

OHG

Mitteilungen

des

Oberhessischen
Geschichtsvereins
Gießen



2023

108. Band

Mitteilungen
des
Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen

Redaktion:
Michael Breitbach, Eva-Marie Felschow,
Susanne Gerschlauer, Volker Hess und Sabine Raßner

108. Band

Gießen 2023


Dieser Band wurde mit einem Zuschuss der
Universitätsstadt Gießen gedruckt.

Impressum:
Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen
Geschichtsvereins Gießen e.V.

Umschlagmotiv:
Portät Justus Liebigs von Wilhelm Trautschold 1842
(Fotografie nach einem Gemälde.
Original im Besitz der Justus-Liebig-Universität Gießen)

ISSN: 0342-1189
Online – URN: urn:nbn:de:hebis:26-opus-1247599



Gesamtherstellung:
VDS  VERLAGSDRUCKEREI SCHMIDT
Neustadt an der Aisch

Inhalt

Nachruf Siemer Oppermann (3. September 1934 – 20. März 2023)	5
I. Beiträge	
Axel G. Posluschny Überlegungen zur jüngerlatènezeitlichen Nutzung des Glaubergs	7
Hans-Werner Hahn Ursachen und Folgen des Scheiterns der Deutschen Revolution von 1848/49	17
Eva-Marie Felschow Justus von Liebig (1803-1873): Erinnerung an den berühmten Chemiker aus Anlass der 150. Wiederkehr seines Todestags	39
Rolf Haaser Justus von Liebig und die schöne Literatur	57
Werner Schmidt Von Liebig's Traumprojekt zu Tennisplätzen. Stationen der Gießener Liebigshöhe	81
Reinhard Damm Gesundheitsversorgung im Großherzogtum Hessen	141
Henriette Stuchtey Kulturdenkmal Schiffenberg. Von der großherzoglichen Domäne zum Naherholungsgebiet (1809–1976)	153
Joachim Hendel Eine „an Ausbeute reiche Reise“. Zwei Gießener Botaniker 1912 und 1914 auf Ceylon	193
Jürgen Dauernheim und Christian Pöpken „Ein leuchtendes Beispiel republikanischen Pflichtbewußtseins“ – Eine biographische Annäherung an den Gießener Lehrer Ludwig Hüter (1861–1940)	209
Athina Lexutt Vom Elfenbeinturmgelehrten zum antisemitischen Irrlehrer – Der Weg Georg Bertrams von der Gießener Theologie zum Eisenacher „Entjudungsinstitut“	251

Ingfried Stahl	
Ihr Vaterland war Deutschland – Angenrods israelitische Emigranten in der NS-Zeit	281
Dokumentation	
Beiträge aus Anlass der Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises 2023	359
Steffen Boßhammer	
Beiträge von Nachwuchshistorikerinnen und -historikern	371
II. Miscellen	
Gerhard Aumüller	
Anmerkungen zur Geschichte der Orgel in Kirtorf	375
III. Rezensionen	
Stefan Gotthelf Hoffmann: Der „Nordecker Judenmord“. Hintergründe zum Tode von Salomon und Johanna Wolf am 3. März 1884. Ein Beitrag zur Familiengeschichte des Schriftstellers Friedrich Wolf (1888–1953). <i>Siegfried Becker</i>	385
Der Untere Hardthof – Geschichte einer Gießener Brauerei. Neue Publikation von Dieter Hoffmeister. <i>Dagmar Klein</i>	386
IV. Neue Publikationen	389
V. Aus dem Vereinsleben	
Zusammengestellt von Dagmar Klein	390
VI. Presseberichterstattung	393
VII. Autorinnen und Autoren	403

Nachruf

Siemer Oppermann (3. September 1934 – 20. März 2023)

Mit Siemer Oppermann, promovierter Archäologe und Honorarprofessor der Universität Marburg, hat der Oberhessische Geschichtsverein ein allseits geschätztes Mitglied verloren. Er gehörte dem Verein über fünfundvierzig Jahre, davon mehrere Jahrzehnte auch dessen Vorstand an. Für seine Verdienste um den Verein erhielt Siemer Oppermann 2014 die Ehrenmitgliedschaft. Ihm verdankt der Verein sowohl Publikationen in unseren Mitteilungen, etwa zu Ausgrabungen beim Kloster Arnsburg, als auch Vorträge. Seine Fachkunde und Expertise als Exkursionsleiter



– Siemer Oppermann bot als besonderer Freund Griechenlands, wo er ein Ferienhaus auf der Peloponnes besaß, zahllose Studienreisen nach dorthin an – brachte er auch für eine Fülle von Sommer-Exkursionen in unseren Verein ein. Er trug außerdem Mitverantwortung für das von Karin Bautz aus der Taufe gehobene neue Format unserer Winterexkursionen, die zu heimischen Museen seit Beginn dem Winter 2009/2010 führen.

Seine Mitarbeit im Vorstand zeichnete sich in besonderer Weise aus. Siemer Oppermann vermochte darin seine vielfältigen und breiten Erfahrungen aus einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Tätigkeiten politischer, sozialer und kultureller Art einzubringen. Beispielhaft seien dafür genannt seine langjährigen kommunalpolitischen Engagements, seine Vereinsaktivitäten für die Deutsch-Griechische Gesellschaft, seine Mitarbeit in der evangelischen Kirche, seine langjährige Mitgliedschaft in der Kantorei der Petruskirche in Gießen, ferner auch sein Einsatz für die Gießener Tafel. Zu seinen weitgesteckten Erfahrungen kam seine so liebenswürdige, freundliche Art hinzu, auf Menschen zuzugehen und sich ihnen zuzuwenden. Er hörte ihnen in dem, was sie bewegte und interessierte, zu. Er unterstützte sie in einer Reihe von Fällen dabei aufs Großherzigste, und wusste zu helfen, in Konflikten Brücken zu bauen. Seine großzügige Gastfreundschaft kam vielen, auch dem Vorstand, zugute.

Seine Kinder haben ihm nach seinem Tod nachgerufen, er habe die Menschen, die ihn kannten, in verschwenderischer Liebe glücklich und ihnen so ein großes Geschenk gemacht – sie haben ihren Dank damit auf eine Formel gebracht, die

freilich weit über die familiären Verhältnisse hinaus tief in das gesellschaftliche Netz ausstrahlte, das Siemer Oppermann lebensgeschichtlich mit vielen Menschen zu knüpfen verstand. Daran hatte auch unser Verein teil, dafür dürfen wir uns glücklich schätzen.

Der Oberhessische Geschichtsverein verabschiedet sich von seinem Ehrenmitglied Siemer Oppermann und gedenkt seiner in großer Dankbarkeit und Verehrung.

Überlegungen zur jüngerlatènezeitlichen Nutzung des Glaubergs

AXEL G. POSLUSCHNY

Einleitung

Während der Glauberg vor allem durch seine späthallstatt- und frühlatènezeitlichen Siedlungsrelikte¹ sowie durch die reichen frühlatènezeitlichen Bestattungen von seinem Südhang² bekannt geworden ist, sind Funde der mittleren bis späten Latènezeit bislang kaum in nennenswerter Zahl überliefert. Einige Neufunde sowohl durch Ausgrabungen als auch als Lesefunde vom Glaubergplateau ergänzen nun das Spektrum³, ändern das Bild eines allenfalls schütterten Fundniederschlags in dieser Zeit aber nicht wesentlich.

Nauheimer Fibeln

Zunächst auffälligstes Fundstück aus der jüngeren Latènezeit ist das Fragment einer Nauheimer Fibel (Abb. 1; Abb. 2)⁴. Dieser Fund wurde bei den Ausgrabungen der Sommerakademie 2017⁵ ohne Befundzusammenhang im Bereich der mittelalterlichen Bebauung (Fläche 8) geborgen.



Abb. 1: Fragment der Nauheimer Fibel aus der Grabung 2017. Länge des Fragments 4,5 cm. Foto: Juliane Schmidt, hA.

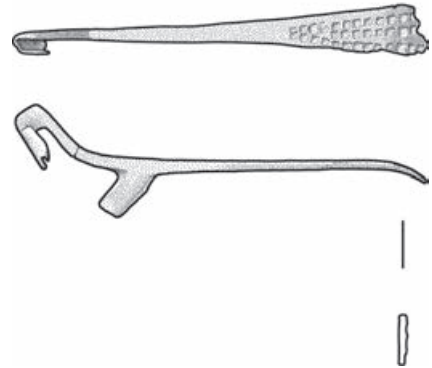


Abb. 2: Fragment der Nauheimer Fibel aus der Grabung 2017. Länge des Fragments 4,5 cm. Zeichnung A. Slowikow.

- 1 Baitinger/Pinsker 2002; Hansen/Pare 2016; Posluschny 2019; Posluschny/Beusing 2019; Posluschny 2022.
- 2 Baitinger 2010; Recker/Rupp 2018; Euler 2020; Messingschlagler/Lessig-Weller 2022.
- 3 Baitinger 2010, 94–95.
- 4 EV 2016/136, FZ-Nr. 0119640.
- 5 Röder et al. 2018.

Der Bügel ist gebrochen, so dass nur dessen vorderer Bereich mit dem Fibelfuß erhalten ist, dieser ist leicht nach oben gebogen. Auf dem leiterbandverzierten Bügel findet sich die für diesen Typ charakteristischen konisch auf den Fibelfuß zulaufenden Reihen mit quadratischen Vertiefungen (Punzen), von denen sich auf Grund des fragmentierten Zustandes der Fibel nur noch zehn je äußerer Reihe erhalten haben. Die Mittelreihe besteht noch aus sechs Vertiefungen⁶. Die Form des Bügelfußes ließ sich nicht genau bestimmen, auch die Spirale ist nicht erhalten. Chronologisch ist die Fibel der Stufe Lt D1 zuzuordnen⁷ und passt damit an das Ende des jüngerlatènezeitlichen Fundspektrums der vom Glauberg bekannten Glasarmringfragmente.

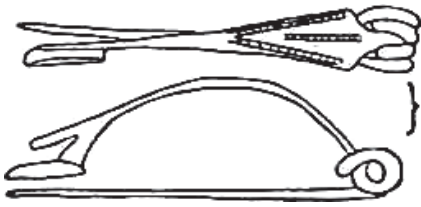


Abb. 3: Fragment einer Nauheimer Fibel aus den Grabungen Heinrich Richters in den 1930er Jahren. Nach Schönberger 1952, Taf. 27,35.

dem Neufund dürfte es sich bei diesen Stücken um den einzigen zweifelsfreien Nachweis jüngerlatènezeitlicher Metallfunde vom Glauberg handeln.

Ein gut vergleichbares Stück stammt vom Glaubergplateau aus den Grabungen Heinrich Richters⁸ (Abb. 3). In älteren Publikationen wurden verschiedentlich auch weitere Nauheimer Fibeln vom Glauberg genannt, allerdings konnte Baitinger sehr überzeugend darlegen, dass zum Zeitpunkt seiner Publikation der Grabungen H. Richters und F.-R. Herrmanns das Exemplar aus den Grabungen Richters die einzige jüngerlatènezeitliche Fibel vom Glauberg ist⁹. Zusammen mit

Glasarmringe



Abb. 4: Fragment eines dunkelbraunen Glasarmrings. Foto: P. Odvody, hA.

Aus den Grabungen 2017 auf dem Plateau (Fläche 8) stammt auch das Fragment eines glatten dunkelbraunen („dunkelbernsteinfarbenen“) Glasarmrings mit einfachem D-förmigem Profil (Abb. 4)¹⁰. Es datiert in die Stufe Latène D1 und ist damit wenig jünger als die bereits bekannten Glasarmringfragmente vom

6 Das Exemplar entspricht der Gruppe 7b, Var.29 mit drei quadratisch gepunzten Rillen (Vertiefungsreihen) nach Gebhard 1991, Taf. 7.138–145. bzw. dem Typ A mit Bügelschwung wohl des Typs C oder D nach Striewe 1996, 15, Abb. 7.

7 Gebhard 1991, 95 Abb. 42. – Zur Datierung der Nauheimer Fibeln siehe auch Zanier 2004. Vom Glauberg sind bislang keine eindeutig Lt D2- oder gar frühkaiserzeitlichen Funde bekannt, so dass hier eine „klassische“ Datierung in die Stufe Lt D1 wahrscheinlicher ist.

8 Schönberger 1952, Taf. 27,35; Baitinger 2010, Taf. 1,10.

9 Baitinger 2010, 94–95.

10 Reihe 35 nach Gebhard 1989, 19 sowie Taf. 32,412.



Abb. 5: Fragment eines blauen Glasarmrings. Foto: P. Odvody, hA.



Abb. 6: Fragment eines blauen Glasarmrings. Foto: P. Odvody, hA.

Glauberg (vgl. Tab. 1)¹¹. Ein noch unpublizierter Lesefund eines blauen Glasarmrings aus einem Maulwurfshaufen unweit des Enzheimer Tors (Abb. 5)¹² kann in die Stufe Latène C1b datiert werden, während ein 2019 bei Landschaftspflegearbeiten am Plateau aufgefundenenes weiteres blaues Glasarmringfragment (Abb. 6)¹³ wohl in die Stufe Latène C2 einzuordnen ist.

Tab. 1.: Funde latènezeitlicher Glasarmringfragmente vom Glauberg.

Fundstelle	Haevernick ¹⁴ Gruppe	Gebhard ¹⁵ Reihe	Datierung	Abbildung
Plateau	3a	35	Lt D1	Abb. 4
Plateau	8c	21	Lt C1b	Abb. 5
Plateau	16	23	Lt C2	Abb. 6
Plateau	14	1	Lt C1a	Baitinger 2010, 100 Abb. 73.
Plateau	5a	33	Lt C1a	Baitinger 2010, 100 Abb. 74
Annex	14	1	Lt C1a	Hansen/Pare 2016, Taf. 24,26
Plateau ?	?	?	?	Verschollen ¹⁶

11 Baitinger 2010, 99–100 mit Abb. 73–74; Hansen/Pare 2016, 107 und Taf. 24,26.

12 Reihe 21 nach Gebhard 1989, 16. – Dem Finder Walter Gasche (Büdingen) sei herzlich für seine Mitarbeit gedankt.

13 Reihe 23 nach Gebhard 1989, 17.

14 Haevernick 1968.

15 Gebhard 1989.

16 Weitere (blaue?) Glasarmringe stammen wohl aus den Grabungen Heinrich Richters in den 1930er Jahren, von diesen sind aber keine Abbildungen überliefert, die Funde selbst dürften

Hinsichtlich vergleichbarer Funde sind die hier neu vorgestellten Glasarmringe vom Glauberg problemlos in das bekannte Verbreitungsbild einzugliedern. Parallelen finden sich für das braune Exemplar (Abb. 4) im Wesentlichen in den gut erforschten Fundstellen Bad Nauheim und Manching und auch das Exemplar Gebhard Reihe 23 (Abb. 6) ist in Hessen, aber auch bis nach Mähren, verbreitet¹⁷.

Mahlsteine

Vom Glauberg sind neben drei noch nicht publizierten frühlatènezeitlichen Reibsteinfragmenten (sog. Napoleonshüte)¹⁸ auch drei Fragmente von Drehmühlen bekannt, die nicht eindeutig in einen mittelalterlichen Fundkontext zu datieren sind¹⁹. Bei allen Fragmenten handelt es sich um Lesefunde, von denen nur eines (Kat.-Nr. 190) aus dem Bereich des Plateaus stammt, Kat.-Nr. 188 wurde vor dem östlichen Hauptwall und Kat.-Nr. 189 im Bereich des Annex' gefunden (Abb. 7)²⁰. Wefers datiert alle drei Fragmente in die mittlere bis späte Latènezeit²¹, allerdings sind sie streng genommen aus sich selbst heraus nicht datierbar. Die Datierung in die späte Latènezeit erfolgt nur über die allgemeine Datierung der Drehmühlen in diese Periode, wobei die Autorin selbst, gestützt u.a. auf die Funde aus Münzenberg-Oberhörger und Regensburg-Harting, ein Vorkommen dieses Mühlentyps in der mittleren und sogar in der frühen Latènezeit für möglich hält²². Wenngleich eine Datierung in die am Glauberg gut belegte Besiedlungsphase in der Spätantike bzw. der Völkerwanderungszeit²³ zumindest für die aus Eifeler bzw. sog. Mayener Basalt hergestellten Stücke Kat.-Nr. 188 und 190 eher unwahrscheinlich ist²⁴, wäre eine Produktion und Nutzung des aus einheimischem Tholeiit („Vogelsberger“ Basalt) für das späte 4. und frühe 5. Jh. n.Chr. zumindest grundsätzlich denkbar²⁵. Vom Dünsberg stammen 71,2 % der dort gefundenen 52 jüngerlatènezeitlichen Dreh-

beim Brand des damaligen Grabungshauses am 2. April 1945 verloren gegangen sein: Baitinger 2010, 99.

17 Für frdl. Hinweise zur Datierung und Verbreitung der hier besprochenen Glasarmringe danke ich Herrn M. Seidel, TLAD/Steinsburgmuseum. – Zur Verbreitung jüngerlatènezeitlicher Glasarmringe am Nordrand der Keltiké siehe Seidel 2023.

18 Die Publikation der Fragmente im Kontext vergleichbarer Funde aus der weiteren Umgebung des Glaubergs befindet sich derzeit in Vorbereitung.

19 Wefers 2012, 125; Kat.-Nr. 188–190; Taf. 35.

20 Die Koordinatenangaben bei Wefers 2012, Kat.-Nr. 188 und 190 scheinen vertauscht zu sein, da ihre Lage nicht der Beschreibung im Text sowie im Katalogteil entspricht.

21 Wefers 2012, 125.

22 Wefers 2009; Wefers 2012, 90–92.

23 Schäfer 2021. – Die Publikation dieser Arbeit befindet sich derzeit in Vorbereitung.

24 Die für eine nacheisenzeitliche Mayener Produktion häufig belegten „Zierrillen“ sind bei den Glauberg-Funden nicht vorhanden, auch könnte der zwischen 275 und 500 n. Chr. deutlich reduzierte Export von Drehmühlen aus Mayener Basalt in die Gebiete rechts des Rheins (Grunwald/Wenzel 2022, 51 Abb. 4a) eher für eine nicht-spätantike Datierung sprechen.

25 Zumindest die Mayener Ware ist im Bestand der spätantiken Keramik vom Glauberg mit 146 Randfragmenten gut vertreten: Schäfer 2021, 32.



*Abb. 7: Ungefähre Fundlage der drei vom Glauberg bekannten Drehmühlenfragmente.
Grafik: Autor nach Koordinatenangaben von Wefers 2012; Datengrundlage: DGM
HVBG (Multi-Hillsbading-Visualisierung), OSM.*

mühlenfragmente aus dem Mayener Gebiet²⁶, aus dem Heidetränk-Oppidum immerhin noch 51,46 % der 172 bekannten Fragmente²⁷. Die nach Osten, Richtung Vogelsberg abnehmende Bedeutung des Eifeler Importes belegen die Fundzahlen aus Bad Nauheim, wo nur 8,2 % der 73 Fragmente aus dieser Region stammen, über 91 % dagegen wohl aus dem Vogelsberg und seinen Randgebieten. Zwar ist die Zahl von drei Fragmenten vom Glauberg sehr gering, doch würde diese aufgezeigte Tendenz dafür sprechen, dass man in der jüngeren Latènezeit hier eher nicht mit einem Anteil von 66,66 % Mayener Drehmühlen zu rechnen hätte. Diese zugegeben spekulativen Überlegungen sollen eine jüngerlatènezeitliche Datierung der drei Mahlsteinfragmente vom Glauberg nun keineswegs in Abrede stellen, doch sind auf ihrer Grundlage zumindest berechtigte Zweifel an einer eindeutigen Zuweisung in diese Zeitstufe zu begründen.

Zur chronologischen Relevanz der Funde

Die neugefundene Nauheimer Fibel sowie auch den Altfund dieses Fibeltyps, ebenso wie die Glasarmring- und die Mahlsteinfragmente als Beleg für eine (ausgeprägte) spätlatènezeitliche Besiedlung des Glaubergplateaus zu werten, ist eher

²⁶ Wefers 2012, 116.

²⁷ Wefers 2012, 119.

schwierig. In diesem Fall hätten bei älteren Ausgrabungen sowie auch bei den Grabungen im Rahmen der Sommerakademie von 2016 bis 2018 auf dem Glaubergplateau eine signifikante Zahl von Keramikfunden auch dieser Zeitstufe geborgen werden müssen. Da die chronologische Ansprache von Funden und Befunden durch den Ausgräber Heinrich Richter nicht immer dem heutigen Forschungsstand entsprach, muss auch sein Hinweis auf „mit Besen- und Kammstrich verzierte Spätlatènescherben“²⁸ zurückhaltend bewertet werden²⁹, insbesondere, da die Funde der 1930er Jahre beim Brand des damaligen Funddepots verloren gingen. Eindeutig in die jüngere Latènezeit zu datierende Keramik ist auch bei den aktuellen Grabungen von 2016 bis 2023 weder auf dem Glaubergplateau, noch im Bereich des Enzheimer Kopfes, noch am Südhang des Glaubergs gefunden worden. Sowohl auf dem Plateau als auch bei den neuesten Grabungen am Enzheimer Kopf³⁰ konnte vorgeschichtliche Keramik in großer Menge geborgen werden (Baitinger hat allein für die Grabungen der 1980er und 1990er Jahre auf dem Glaubergplateau ein Gewicht der Funde (weit überwiegend Keramik) von ca. 3,2 Tonnen berechnet³¹) darunter allerdings keine eindeutig in die Jüngere Latènezeit zu datierende Keramik. Da sich außer neolithischen, urnenfelderzeitlichen und früheisenzeitlichen auch spätantik/völkerwanderungszeitliche und mittelalterliche Scherben in großer Zahl erhalten haben, ist auch eine Verlagerung ausgerechnet nur der jüngerlatènezeitlichen Funde sehr unwahrscheinlich. Die Fundlage der drei bekannten Fragmente von Handmühlen passt nur im Fall des auf dem Plateau aufgefundenen Fragmentes (Kat.-Nr. 190) zu einer ausgeprägten Besiedlung – und nur vom Plateau sind (mit der Ausnahme eines aus dem Annexbereich stammenden Glasarmringfragmentes – siehe Tab. 1³²) bislang die wenigen jüngerlatènezeitlichen Fibel- und Glasarmringfragmente bekannt. Für den Annexbereich ist insgesamt nur eine eher schütterte Besiedlung nachgewiesen, vom Vorfeld des östlichen Hauptwalles (Kat.-Nr. 190) liegen derzeit noch keine klaren Erkenntnisse über eine (vorgeschichtliche) Besiedlung vor, wenngleich eine bislang noch unbeachtet gebliebene, schwache Geländeerhebungen für einen sehr flachen bzw. verflachten „Randwall“ um dieses Areal sprechen könnten (Abb. 8). Künftige Untersuchungen werden die Ursache für diese Geländeerhebungen sowie das Vorhandensein einer möglichen Vorfeldbesiedlung (und gegebenenfalls ihre Datierung) klären müssen.

Mit Ausnahme der beiden oben genannten Nauheimer Fibeln ist der Fundniederschlag von Metallfunden, vor allem aber auch der Fundniederschlag von Keramikfunden aus der mittleren und späten Latènezeit nach wie vor vernachlässigbar gering. Einstweilen wird man also wohl von einer Begehung oder anderweitig geringfügigen Nutzung des Glaubergplateaus während der jüngeren Latènezeit ausgehen müssen, die eventuell auch in Form einer Nutzung für Opferungen oder

28 Zitiert nach Baitinger 2010, 57 Anm. 271.

29 Siehe dazu auch Baitinger 2010, 95 mit Anm. 432.

30 Posluschny et al. 2024.

31 Baitinger 2010, 132 Anm. 769.

32 Hansen/Pare 2016, Taf. 24,26.

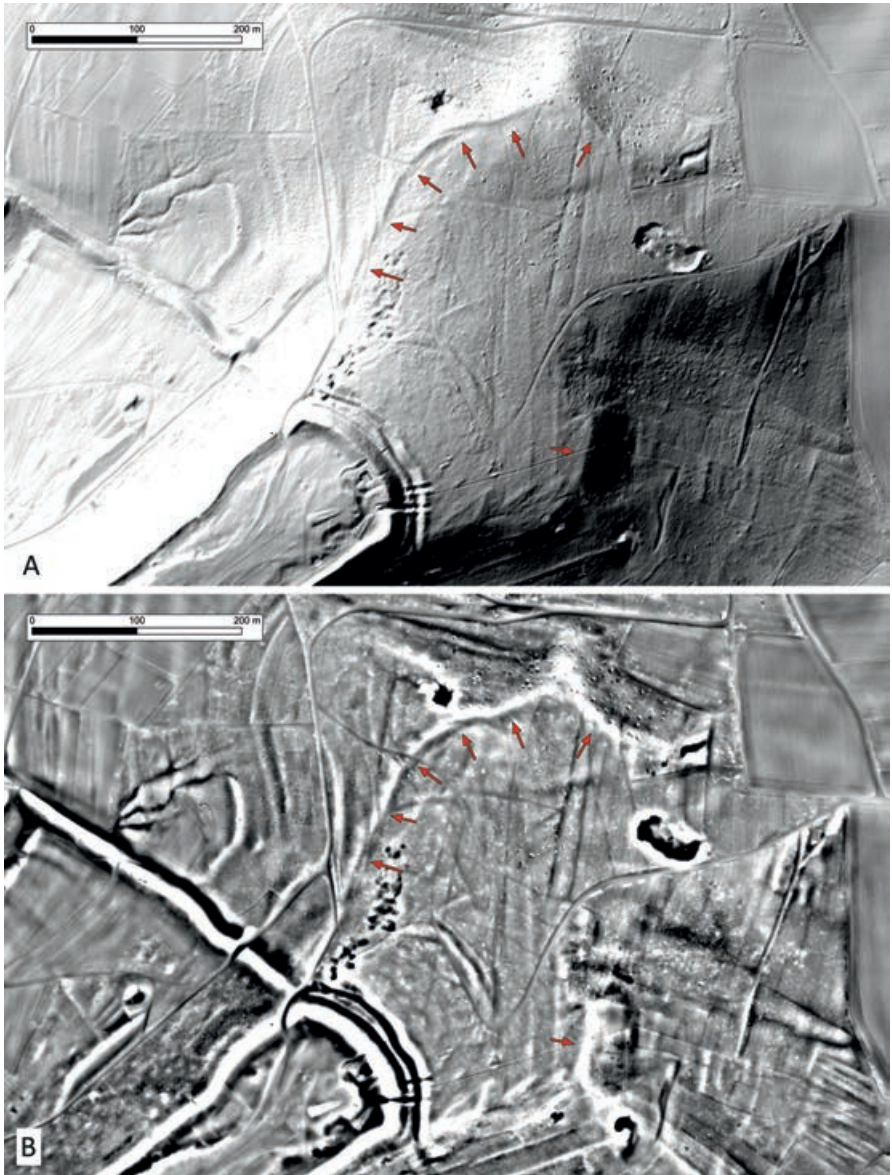


Abb. 8: Lage möglicher Wallreste im Vorfeld des östlich gelegenen Hauptwalls des Glaubergplateaus. – A. Hillshading-Visualisierung; B. Simple-Local-Relief-Visualisierung. Grafik: Autor; Datengrundlage: DGM HVBG, OSM.

Weihungen denkbar ist, wie sie auch für die vergleichbaren Funde von der Schnippenburg (Lkr. Osnabrück) diskutiert wird³³. Analog zu den dort allerdings deutlich zahlreicher auftretenden latènezeitlichen Glasperlen und Metallfunden könnten die Glauberg-Funde der Mittel- bis Spätlatènezeit vielleicht auch im Sinne von Deponierungen bzw. Weihehorten interpretiert werden³⁴. Bei den Fragmenten blauer und purpurner Glasarmringe ist darüber hinaus auch nicht auszuschließen, dass sie nicht im Laufe der ausgehenden Latènezeit in den Boden gelangten, sondern erst in einer nachfolgenden Epoche³⁵, in der die auffälligen, meist blauen Glasstücke als Kuriosum oder Amulette³⁶ oder aber als Rohstoff zur eigenen Weiterverarbeitung³⁷ eine gewisse Bedeutung gehabt haben könnten³⁸. Als Rohstoff könnten auch die bronzenen Fragmente von Nauheimer Fibeln gedient haben³⁹.

Beim derzeitigen Forschungsstand können die angedeuteten Interpretationen sicher nur vorläufig sein, viel hängt davon ab, ob und wenn ja, in welchem Fundzusammenhang weitere jüngerlatènezeitliche Funde vom Glauberg geborgen werden können.

33 Z.B. Möllers 2007, *passim*.

34 Möllers 2007, *passim*.

35 Zu denken ist hier sicherlich zuerst an die Phase der spätrömischen/völkerwanderungszeitlichen Besiedlung des Glaubergs, in der nach Ausweis der Funde der Glauberg wieder sehr intensiv besiedelt gewesen ist und vermutlich auch eine große Bedeutung gehabt haben dürfte – in diesem Sinne schon Werner 1965, 450–453. Etwas relativierend, wengleich die Bedeutung des Glaubergs in dieser Besiedlungsphase weiterhin betonend Böhme 2013, 145; zuletzt auch Schäfer 2021.

36 Z.B. Haevernick 1968; Baitinger 2010, 100.

37 Aus dem noch unpublizierten frühmittelalterlichen Gräberfeld von Wölfersheim-Berstadt in der Wetterau sind beispielsweise drei Fragmente von blauen latènezeitlichen Glasarmringen bekannt, davon eines aus einem Frauengrab (beim Gürtelgehänge) sowie zwei aus einem als Kiste angesprochenen Befund in einem Handwerkergrab (frdl. Hinweis E. Saal, hessenARCHÄOLOGIE; die Publikation des Gräberfeldes befindet sich in Arbeit).

38 Zur Verwendung von Archaika im Frühen Mittelalter siehe Mainka-Mehling 1998, 87 sowie Ungermann 2009, 238–248. – Beide Autoren diskutieren die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten, die von Recycling (Wiederverwendung zum ursprünglichen Zweck; Weiterverwendung zu einem anderen als ursprünglichem Zweck; Wieder- und Weiterverwertung als Rohstoff zur Herstellung eines völlig neuen Produktes) über die Aufbewahrung wegen ihres ästhetischen Wertes oder wegen ihres hohen Alters bis hin zur Verwendung als Amulett wegen den ihnen zugesprochenen magischen Eigenschaften reichen können. – Bis auf die Aufbewahrung wegen ihres hohen Alters – dieses dürfte für die Menschen im Frühmittelalter im Falle von latènezeitlichen Glasarmringen kaum einschätzbar oder eingrenzbar gewesen sein – könnten alle Erklärungsmodelle durchaus auch auf die entsprechenden Funde vom Glaubergplateau zutreffen.

39 Eine Bewertung der Funde vom Altkönig im Taunus (der nachzeitigem Kenntnisstand ungefähr zeitgleich zum Glauberg in der Frühlatènezeit besiedelt war) im Hinblick auf mögliche jüngerlatènezeitliche Funde ist erst nach der Auswertung der derzeit durch die hessenARCHÄOLOGIE laufenden Untersuchungen möglich. Nach einer ersten Durchsicht der Neufunde scheinen aber keine klar jüngerlatènezeitliche Fibeln oder Glasarmringfragmente vom Altkönig vorzuliegen (frdl. Mitteilung K. Mückenberger, hessenARCHÄOLOGIE).

Literatur

- H. Baitinger/B. Pinsker (Hrsg.), *Das Rätsel der Kelten vom Glauberg: Glaube – Mythos – Wirklichkeit*. Ausstellung des Landes Hessen in der Schirn-Kunsthalle Frankfurt, 24. Mai bis 1. September 2002 (Stuttgart 2002).
- H. Baitinger, *Der Glauberg – ein Fürstensitz der Späthallstatt-/Frühlatènezeit in Hessen 1-Text, Materialien zur Vor- und Frühgeschichte in Hessen 26 (= Glaubergstudien 1)* (Wiesbaden 2010).
- H. W. Böhme, *Die Bedeutung des Glaubergs im frühen Mittelalter*, *Berichte der Kommission für Archäologische Landesforschung in Hessen* 12, 2012/2013, 2013, 135–150.
- D. Euler, *Glanzvoll ins Jenseits. Die keltischen Prunkgräber vom Glauberg*, *Glauberg-Schriften 2* (Glauberg-Glauberg 2020).
- R. Gebhard, *Der Glasschmuck aus dem Oppidum von Manching*, *Ausgrabungen in Manching* 11 (Stuttgart 1989).
- R. Gebhard, *Die Fibeln aus dem Oppidum von Manching*, *Ausgrabungen in Manching* 15 (Stuttgart 1991).
- T. E. Haevernick, *Perlen und Glasbruchstücke als Amulette*, *Jahrbuch des Römisch-Germanischen Zentralmuseums* 15, 1968, 120–133.
- L. Grunwald/S. Wenzel, *Das Industriegebiet zwischen Andernach und Mayen als Beispiel für Kontinuität von der römischen Epoche bis in das Frühmittelalter*, in: S. Felgenhauer-Schmiedt/C. Theune/S. Eichert/G. Scharrer-Liška (Hrsg.), *Zwischen Spätantike und Jahrtausendwende – Eine Zeit der Neuorientierung und Neukonstituierung: Das archäologische Bild aufgrund von Siedlungen*. Beiträge der internationalen Tagung abgehalten im März 2021, *Beiträge zur Mittelalterarchäologie in Österreich* 38 (Wien 2022) 46–66.
- L. Hansen/C. F. E. Pare, *Untersuchungen im Umland des Glaubergs. Zur Genese und Entwicklung eines frühlatènezeitlichen Fürstensitzes in der östlichen Wetterau*, *Materialien zur Vor- und Frühgeschichte in Hessen* 28 (= *Glauberg-Studien 2*) (Wiesbaden 2016).
- A. Mainka-Mehling, *Archaika als Grabbeigaben: Studien an merowingerzeitlichen Gräberfeldern*. *Tübinger Texte 1* (Rahden/Westf. 1998).
- M. Messingschlager/T. Lessig-Weller, *Die Prunkgräber vom Glauberg*, in: W. David/V. Rupp/F. Verse (Hrsg.), *Kelten Land Hessen. Archäologische Spurensuche im Herzen Europas*, *Glauberg-Schriften 3 (= Vonderau Museum Fulda – Kataloge 51 & Archäologisches Museum Frankfurt – Publikationen 5)* (Wiesbaden 2022) 192–197.
- S. Möllers, *Die Schnippenburg bei Ostercappeln, Ldkr. Osnabrück. Ein Zentralort mit Kultplatzfunktion im nordwestlichsten Ausläufer der Mittelgebirgszone?*, in: S. Möllers/W. Schlüter/S. Sievers (Hrsg.), *Keltische Einflüsse im nördlichen Mitteleuropa während der mittleren und jüngeren vorrömischen Eisenzeit*. *Akten des Internationalen Kolloquiums in Osnabrück vom 29. März bis 1. April 2006*, *Kolloquien zur Vor- und Frühgeschichte* 9 (Bonn 2007) 1–45.
- A. G. Posluschny/R. Beusing, *Space as the Stage: Understanding the Sacred Landscape around the early Celtic Hillfort of the Glauberg*, hg. von G. Papantoniou/A. Sarris/C.E. Morris/A.K. Vionis, *Open Arch.* 5, Special Issue „Unlocking Sacred Landscapes: Digital Humanities and Ritual Space“, 1, 2019, 365–382. <https://doi.org/10.1515/opar-2019-0023>.
- A. G. Posluschny, *Does fortified always equate to defensive? Some thoughts on the fortification systems of the Glauberg hillfort*, in: Tanja Romankiewicz/Manuel Fernández-Götz/

Gary Lock/Olivier Büchsenschütz (Hrsg.), *Enclosing Space, Opening New Ground: Iron Age Studies from Scotland to Mainland Europe. Essays in honour of Professor Ian Ralston* (Oxford 2019) 9–18.

A. G. Posluschny, Glauberg – Machtzentrum in der Wetterau, in: W. David/V. Rupp/F. Verse (Hrsg.), *Kelten Land Hessen. Archäologische Spurensuche im Herzen Europas, Glauberg-Schriften 3* (= Vonderau Museum Fulda – Kataloge 51 & Archäologisches Museum Frankfurt – Publikationen 5) (Wiesbaden 2022) 80–85.

A. G. Posluschny/R. Visser/E. Bulten, Ein Steinbeil aus der Bronzezeit. Die Ausgrabungen des Forschungszentrums der Keltenwelt am Glauberg am Enzheimer Kopf, hessenARCHÄOLOGIE 2023, 2024 (in Vorbereitung).

U. Recker/V. Rupp (Hrsg.), *Die „Fürstengräber“ vom Glauberg: Bergung – Restaurierung – Textilforschung, Materialien zur Vor- und Frühgeschichte in Hessen 29* (= Glauberg-Studien 3) (Wiesbaden 2018).

C. Röder/J. Kranzbühler/M. Gottwald/A. G. Posluschny, Neues von der *Universi castellani et cives* in Glouburg – die Kampagne auf dem Glaubergplateau 2017. 5. Sommerakademie der hessenARCHÄOLOGIE in Glauburg-Glauberg, Wetteraukreis, hessenARCHÄOLOGIE 2017, 2018, 163–167.

H. Schäfer, Die (spät-)römischen Funde vom Glauberg. Unpublizierte Abschlussarbeit zur Erlangung des Master of Arts, Goethe-Universität (Frankfurt 2021).

H. Schönberger, Die Spätlatènezeit in der Wetterau, Saalburg Jahrbuch 11, 1952, 21–130.

M. Seidel, Jüngerlatènezeitliche Glasarmringe aus dem Landkreis Rhön-Grabfeld (Unterfranken). Zu einer Importfundgattung am Nordrand der Keltiké, Beiträge zur Archäologie in Ober- und Unterfranken 12, 2023, 231–288.

K. Striwe, Studien zur Nauheimer Fibel und ähnlichen Formen der Spätlatènezeit, Internationale Archäologie 29 (Espelkamp 1996).

Š. Ungerman, Archaika in den frühmittelalterlichen Gräbern in Mähren, in: P.M. Vlčková/J. Mynářová/M. Tomášek (Hrsg.), *My Things changed Things. Social Development and Cultural Exchange in Prehistory, Antiquity, and the Middle Ages* (Prague 2009) 224–256.

S. Wefers, Neue Mühlen aus dem Osten: „Olynthische Mühlen“ auch in Thüringen und Bayern. Beiträge zur Hallstatt- und Latenezeit in Nordostbayern und Thüringen. Tagung vom 26.–28. Oktober 2007 in Nürnberg, Beiträge zur Vorgeschichte Nordostbayerns 7 (Nürnberg 2009) 149–158.

S. Wefers, Latènezeitliche Mühlen aus dem Gebiet zwischen den Steinbruchrevieren Mayen und Lovosice, Monographien des Römisch-Germanischen Zentralmuseums 95 (Vulkanpark-Forschungen 9) (Mainz 2012).

J. Werner, Zu den alamanischen Burgen des 4. und 5. Jahrhunderts, in: *Speculum Historiale: Geschichte im Spiegel von Geschichtsschreibung und Geschichtsdeutung* (Freiburg 1965) 439–453.

W. Zanier, Ende der Nauheimer Fibeln in früher römischer Kaiserzeit?, Archäologisches Korrespondenzblatt 34, 2004, 65–80.

Ursachen und Folgen des Scheiterns der Deutschen Revolution von 1848/49¹

HANS-WERNER HAHN

Gießen und die Revolution von 1848/49

Der 175. Jahrestag der Revolution von 1848/49 ist nicht nur für die deutsche Geschichte im Allgemeinen, sondern gerade auch für die Geschichte der Stadt Gießen ein erinnerungswürdiges Datum. Gewiss besaß Gießen für den Verlauf der Revolution nicht die Bedeutung, die den großen Städten, allen voran Berlin, Wien und Frankfurt, zufiel. Aber Gießen lag in einem Streifen, der sich vom deutschen Südwesten über das Rheinland, Hessen, die mitteldeutschen Regionen bis nach Schlesien zog. Er umfasste das Kerngebiet des deutschen Revolutionsgeschehens, und hier hatte sich schon im Vormärz eine nationale bürgerliche Elite herausgebildet, die 1848/49 das parlamentarische Leben dominierte. Abseits dieses Streifens, in weiten Teilen Bayerns, in Norddeutschland und im Osten Preußens, verlief das politische Leben vor und während der Revolutionsmonate deutlich ruhiger. Zudem war Gießen generell ein Ort, in dem die Ereignisse der Jahre 1848/49 einen außerordentlich breiten Niederschlag fanden. Dies zeigt vor allem die Untersuchung von Michael Wettengel über die Revolution im Rhein-Main-Raum. Hier wird deutlich, wie rasch die Stadt Gießen und Teile ihres Umlandes im März 1848 von der revolutionären Welle erfasst wurden, wie schnell sich die Politisierung der Gesellschaft vollzog und welchen großen Anteil die Bevölkerung dann an der Arbeit der seit Mai 1848 in Frankfurt tagenden Nationalversammlung nahm.² Diese Politisierung der Gesellschaft, die sich in neuen Presseorganen, vor allem aber in der Gründung politischer Vereine niederschlug, hing natürlich mit der Nähe zur Stadt Frankfurt zusammen. Sie war aber auch eine Fortsetzung und Steigerung von Prozessen und Debatten, die Gießen seit Beginn des 19. Jahrhunderts erfasst hatten und die seit 1830 nicht zuletzt durch die Verfassungskämpfe im Großherzogtum Hessen immer deutlicher hervorgetreten waren.

Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Universität.³ Den Universitätsstädten kam 1848/49 als Motoren der Revolutionsbewegung generell

-
- 1 Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um einen leicht überarbeiteten und mit einigen Anmerkungen versehenen Vortrag, den der Verfasser am 22. November 2023 beim Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen gehalten hat.
 - 2 Wettengel, Michael, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989. Vgl. jetzt auch Wettengel, Michael, Revolution von 1848/49 in Hessen. Die hessischen Staaten, Nassau, Waldeck und Frankfurt, Frankfurt 2022.
 - 3 Vgl. hierzu Felschow, Eva-Marie/Häderle, Irene, Im Visier der Staatsgewalt. Die Universität Gießen als Zentrum von Revolution und Repression 1813 bis 1848, Gießen 2015.

eine besondere Bedeutung zu.⁴ Zum einen gewann die studentische Bewegung, die im Vormärz verfolgt worden war und in geheime Verbindungen hatte ausweichen müssen, neuen Bewegungsspielraum. Zum anderen sahen politische Professoren, die seit im Vormärz wegen ihres Eintretens für ein freiheitliches und einheitliches Deutschland verfolgt worden waren, die Chance gekommen, ihren großen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen. Auch in den politischen Vereinen der Stadt Gießen übernahmen Professoren und andere Bildungsbürger die Führungsrolle. Beim Gründungsprozess der demokratischen Vereine spielten Professoren wie Carl Vogt, Josef Hillebrand und der Dozent Moritz Carrière eine zentrale Rolle⁵ und trugen dazu bei, dass die Demokraten in der Stadt rasch die politische Szene dominierten. Als sich die gemäßigten Liberalen, die Konstitutionellen, in vaterländischen Vereinen gegen die demokratische Richtung zu formieren begannen, standen ebenfalls Universitätsprofessoren gemeinsam mit höheren Justizbeamten an der Spitze der Bewegung.⁶

Auf der Ebene der Parlamente trat diese Dominanz des Bildungsbürgertums noch deutlicher hervor. Die deutsche Nationalversammlung ist ja oft als „Professorenparlament“ bezeichnet und bespöttelt worden. Treffender ist allerdings die Bezeichnung „Juristenparlament“. Mehrere dieser bildungsbürgerlichen Abgeordneten wiesen einen engen Bezug zu Gießen auf, wo sie entweder geboren und aufgewachsen waren, wo sie studiert hatten oder wo sie im Vormärz und danach beruflich gewirkt hatten. Der bekannteste dieser Abgeordneten war zweifellos der Zoologie-Professor Carl Vogt, der im Wahlkreis Gießen gewählt worden war und sich in Frankfurt der linken Fraktion „Deutscher Hof“ anschloss. Am Ende der Revolution gehörte er im Frühjahr 1849 zu den entschiedenen Verteidigern der von den wichtigsten deutschen Fürsten verworfenen Reichsverfassung und bezahlte dieses Engagement mit Amtsenthebung und Schweizer Exil.⁷ Dass Carl Vogt zu den wichtigen und überregional bekannten Akteuren der Revolution von 1848/49 gehörte, kommt nicht zuletzt in den zahlreichen Karikaturen zum Ausdruck, die in den Revolutionsmonaten 1848/49 von ihm entstanden.⁸

Zu den überregional bekannten Akteuren aus dem Gießener Umfeld gehörte ferner Heinrich Carl Jaup, der 1781 als Professorensohn in Gießen geboren wurde, hier selbst Professor der Rechte wurde und in der Paulskirche Mitglied der

4 Bruch, Rüdiger vom, Die Universitäten in der Revolution 1848/49. Revolution ohne Universität – Universität ohne Revolution, in: Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 133–160; Langewiesche, Dieter, Studenten in der europäischen Revolution von 1848, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), S. 38–56.

5 Wettengel, Die Revolution (wie Anm. 2), S. 196 ff.

6 Ebd., S. 248 ff.

7 Berding, Helmut, Carl Vogt (1817–1895). Der politische Lebensweg eines liberalen Demokraten, in: Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw, hrsg. von Heinig, Paul-Joachim u. a., Gießen 2000, S. 479–496.

8 Vgl. hierzu Reiter, Annette, Die Sammlung A. W. Heil. Politische Druckgraphik des Vormärz und der Revolution 1848/49, Stuttgart 1994.



Abb. 1: „Nabuchodonosor, der Minister der Zukunft“. Die Karikatur nimmt Bezug auf die religions skeptische Haltung von Carl Vogt, der als gierig blickende, Gras fressende Raubkatze dargestellt wird. Der Name spielt auf König Nebukadnezar von Babylon an. Der Untertitel „Minister der Zukunft“ bezieht sich auf die Kabinettskrise im September, als Carl Vogt zeitweise als Minister in einem Kabinett Friedrich Dahlmanns im Gespräch war. Dieses Kabinett kam nicht zustande.

(Bildnachweis: Annette Reiter, *Die Sammlung A. W. Heil. Politische Druckgraphik des Vormärz und der Revolution 1848/49*, Stuttgart 1994, S. 241).

gemäßigt-liberalen Casinofraktion war. Jaup leitete als Nachfolger Heinrich von Gagerns von 1848 bis 1850 als so genannter Märzminister das Darmstädtische Staatsministerium.⁹ Zu den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung zählte schließlich aber auch der langjährige Kanzler der Universität Gießen, Freiherr Justin von Linde. Der in den liberal-demokratischen Kreisen verhasste katholisch-konservative Jurist wurde freilich nicht in Gießen gewählt, sondern im westfälischen Wahlkreis Borken.¹⁰ Linde, der auch als Rechtsberater des Reichsverwesers Erzherzog Johann tätig wurde, schloss sich in Frankfurt keiner Fraktion an. Er stimmte in der Regel mit den Konservativen, lehnte jedoch aufgrund sei-

9 Zu Jaup vgl. Best, Heinrich/Weege, Wilhelm, *Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, Düsseldorf 1998, S. 191 f.

10 Ebd., S. 223.

ner pro-habsburgischen Haltung die Wahl eines preußischen Erbkaisers ab. In der Debatte über die Stellung der Juden trat Linde mit dem Satz „als Volk gehören sie zur deutschen Nation“ nachdrücklich für deren rechtliche Gleichstellung ein, als diese ausgerechnet von einem württembergischen Demokraten infrage gestellt wurde.¹¹ In Gießen selbst hatten die Konservativen nur wenige Anhänger. Die Revolutions skeptiker, zu denen auch Justus Liebig gehörte, hofften darauf, dass die Konstitutionellen um Jaup und Heinrich von Gagern durch maßvolle Reformen dem Weitertreiben der Revolution entgegenwirken würden.¹²

Einer der eifrigsten Verfechter eines Weitertreibens des revolutionären Kampfes war der 1826 in Gießen geborene und aufgewachsene Wilhelm Liebknecht. Er wirkte noch nicht auf der parlamentarischen Ebene und auch nicht mehr in Gießen, das er 1846 verlassen hatte. Liebknecht nahm im Herbst 1848 am Aufstandsversuch des badischen Demokraten Gustav Struve teil, wurde verhaftet und beteiligte sich nach der Freilassung im Frühsommer 1849 an der so genannten Reichsverfassungskampagne. Sie scheiterte mit der Kapitulation der Festung Rastatt. Liebknecht entkam dem drohenden Todesurteil nur durch Flucht ins Exil.¹³

Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Erinnerungskultur

Als Mitbegründer und Parteiführer der Sozialdemokratie war es Wilhelm Liebknecht im Deutschen Kaiserreich ein wichtiges Anliegen, die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 wach zu halten und die eigene Partei in diese Traditionslinie zu stellen. So würdigte Liebknecht 1888 mit einem Buch über Robert Blum einen der führenden deutschen Demokraten der Revolution von 1848¹⁴, das noch in mehreren Auflagen erschien. In der offiziellen Erinnerungskultur des Deutschen Kaiserreichs, die ganz von der Reichsgründung und dem Wirken von Bismarck, Moltke und Wilhelm I. bestimmt war, spielte die Revolution von 1848/49 keine Rolle. Für die Konservativen war 1848 ein Jahr, das man schnell vergessen sollte. Und der Großteil des Bürgertums sah im eigenen Wirken von 1848 weniger eine Etappe auf dem Weg zur Reichsgründung, sondern eher einen Irrweg, an den man allenfalls verhalten erinnern wollte. Anders sah es bei den Linksliberalen aus, aber vor allem waren es dann die Sozialdemokraten, die das Erbe von 1848 beanspruchten und dies bei der jährlichen Ehrung der Berliner Märzgefallenen in besonderer Form unterstrichen. Während die Sozialdemokraten die Barrikadenkämpfer in das Zentrum ihrer

11 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hrsg. von Wigard, Franz, Bd. 3, Frankfurt am Main 1848, S. 1759,

12 Vgl. Felschow, Eva-Marie, Die Revolution von 1848 in Deutschland und in Gießen. Politische Anmerkungen des Chemikers Justus Liebig, in: Gießener Universitätsblätter 1995, S. 23–30.

13 Schröder, Wolfgang, Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier, Berlin 2013, S. 52 ff.

14 Liebknecht, Wilhelm, Robert Blum und seine Zeit, Nürnberg 1888.

Erinnerungspolitik stellten, waren es bei den Linksliberalen mehr die parlamentarischen Traditionen und die Grundrechte.¹⁵

In der Weimarer Republik versuchten dann zwar die demokratischen Kräfte, die Traditionen von 1848 für die Stabilisierung der Demokratie zu nutzen. Trotz des Festaktes in der Paulskirche, im Krisenjahr 1923¹⁶, und trotz der neuen, aber stets umstrittenen schwarz-rot-goldenen Reichsfarben hatten sie aber am Ende damit wenig Erfolg. Bezeichnend ist auch, dass die erste große Darstellung zur deutschen Revolution von 1848/49 von einem Historiker verfasst wurde, dem die eigene Zunft aus politischen Gründen die Habilitation verweigert hatte und der 1933 ins Exil ging. Das 1930 erstmals erschienene Werk von Veit Valentin ist auch heute noch höchst lesenswert.¹⁷ Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gewann die Revolution von 1848 in der deutschen Erinnerungskultur und in der historischen Forschung eine größere Bedeutung. Zugleich entstand nun aber ein deutsch-deutscher Streit um das Erbe von 1848, wobei die SED 1948 vor allem den Einheitsgedanken von 1848 aufgriff, um gegen die Weststaatsgründung mobil zu machen. Später bezog man sich in der DDR vor allem auf die gewaltsamen Kämpfe der Revolution, besonders auf die Berliner Barrikadenkämpfe vom März 1848 und die von Friedrich Engels beschriebene Reichsverfassungskampagne vom Frühjahr 1849. In den Westzonen und der späteren Bundesrepublik dominierte dagegen der Blick auf das Paulskirchenparlament und die von ihm verabschiedete Verfassung. Diese Aspekte standen 1998 auch im Mittelpunkt der Erinnerungen an das 150jährige Revolutionsjubiläum. Die Revolution von 1848 erschien nun in einem viel positiveren Licht, als dies zuvor in den deutschen Geschichtsbildern der Fall gewesen war.¹⁸

1998 wurde in der Bundesrepublik erstmals auch eine Sondermarke zur Revolution von 1848 herausgegeben. Abgebildet war die Eröffnungssitzung des Paulskirchenparlaments. Die von ihm ausgehenden Impulse für den Verfassungsstaat und die Parlamentarisierung wurden durch eine zweite Sondermarke hervorgehoben, die an die Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates vom 1. September 1949 erinnerte. In der DDR hatte man dagegen bis 1989 mit Sondermarken zu den Berliner Barrikadenkämpfen vom März 1848 vor allem auf den revolutionären

15 Hahn, Hans-Werner, Verdrängung und Vermächtnis. Die Revolution von 1848/49 in der Geschichtskultur der Deutschen, in: Ries, Klaus (Hrsg.), *Revolution an der Grenze. 1848/49 als nationales und regionales Ereignis*, St. Ingbert 1999, S. 23–50.

16 Rebentisch, Dieter, *Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75. Jahrfeyer der 1848er Revolution*, Heidelberg 1998.

17 Valentin, Veit, *Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849*, 2. Bde., Berlin 1930. Vgl. auch Fehrenbach, Elisabeth, Veit Valentin, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 69–85.

18 Vgl. den umfangreichen Ausstellungskatalog: Gall, Lothar (Hrsg.), *1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und der Schirn Kunsthalle Frankfurt zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49*, Frankfurt am Main 1998.

Kampf Bezug genommen.¹⁹ Zum 175. Jahrestag der Revolution war auch im vereinten Deutschland die Forderung zu hören, dem „Ort des Revolutionären“ eine größere Berücksichtigung in den Darstellungen der Revolution von 1848/49 einzuräumen.²⁰ Eine entsprechende Sondermarke ist zwar 2023 nicht erschienen. Zwei Jahre zuvor erinnerte die Deutsche Post aber mit einer Briefmarke an Robert Blum, der am 9. November 1848 in Wien hingerichtet worden war.²¹ Die Sondermarke der Deutschen Post erschien in einer Serie mit dem Titel „aufrechte Demokraten“. Im Jahr zuvor war im Schloss Bellevue ein Saal nach Robert Blum benannt worden. Der jetzige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier versucht in Fortsetzung der von Gustav Heinemann 1970 angestoßenen demokratischen Erinnerungspolitik dem Wirken deutscher Demokraten größere Resonanz zu verschaffen.²²

Die Ursachen für das Scheitern der Revolution von 1848/49

In der Geschichte der Revolution von 1848/49 steht die Hinrichtung Robert Blums für einen Kampf mit der Gegenrevolution, der im November 1848 noch nicht entschieden war, aber dessen Scheitern sich manchen schon anzudeuten schien. Nach dem großen Aufbruch vom März 1848, der Wahl zur Nationalversammlung und der Einsetzung einer provisorischen Reichszentralgewalt mit dem Reichsverweser Erzherzog Johann an der Spitze schienen die großen Ziele der Revolution – also die Einheit Deutschlands unter einer freiheitlichen Verfassung – vielen zum Greifen nahe. Die Herbstereignisse von 1848 – vor allem das Vordringen der Gegenrevolution in Preußen und Österreich – brachten dann aber einen großen Rückschlag, von dem sich die Revolution am Ende nicht mehr erholen sollte.

Immer wieder ist bei der Beschäftigung mit der Revolution von 1848/49 gefragt worden, wo die Ursachen dafür lagen, dass die Revolutionsbewegung die großen politischen Ziele, die deutsche Einheit und die freiheitliche Verfassung nicht erreicht hat. Vor über siebzig Jahren hat der linksliberale Jenaer Historiker Karl Griewank²³ Antworten gegeben, die noch immer bedenkenswert sind, aber unter Einbeziehung neuer Forschungsergebnisse heute präzisiert werden müssen.²⁴ Gleich zu Anfang seiner Ausführungen macht Griewank deutlich, warum die Vor-

19 Vgl. hierzu Hahn, Hans-Werner, Einheit, Freiheit und sozialökonomischer Wandel: Das 19. Jahrhundert im Spiegel deutscher Briefmarken, in: Achim Thomas Hack/Klaus Ries (Hg.), Geschichte zum Aufkleben. Historische Ereignisse im Spiegel deutscher Briefmarken, Stuttgart 2020, S. 49–73.

20 Gatzka, Claudia C., 1848/49 und der Ort des Revolutionären in der deutschen Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 73 (2023), S. 7–9.

21 Zerback, Ralf, Robert Blum. Eine Biografie, Leipzig 2007.

22 Steinmeier, Frank-Walter (Hrsg.), Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789-1918, München 2021.

23 Kaiser, Tobias, Karl Griewank (1900–1953) – ein deutscher Historiker im „Zeitalter der Extreme“, Stuttgart 2007.

24 Griewank, Karl, Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848/49 (1950), in: Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Die deutsche Revolution von 1848/49, Darmstadt 1983, S. 59–90.

gänge vom März 1848 am Ende nicht jene Wucht erzeugen konnten, wie dies nach 1789 in Frankreich der Fall gewesen war. Auch wenn die alten fürstlichen Gewalten in Deutschland im März 1848 relativ rasch dem Druck einer breiten Revolutionsbewegung nachgaben, so waren die Gegensätze zwischen dem Ancien Régime und der Revolutionsbewegung in Deutschland von Anfang an weniger scharf, als dies 1789 in Frankreich der Fall gewesen war. Die Herrscher in Deutschland waren durch die Reformen des aufgeklärten Absolutismus, durch die rheinbündischen und preußischen Reformen und auch durch die nach 1815 in den Einzelstaaten des Deutschen Bundes erreichten verfassungspolitischen Zugeständnisse den bürgerlichen Politikvorstellungen auf wichtigen Feldern bereits entgegengekommen. Diese Reformtradition schlug sich 1848 in der Spaltung der bürgerlichen Revolutionsbewegung nieder, in der ein entscheidender Grund für das Scheitern des gesamtdeutschen Verfassungswerks zu sehen ist.²⁵ Auf der einen Seite standen die gemäßigt liberalen Kräfte um Heinrich von Gagern. Sie strebten eine Verrechtlichung der Revolution an, wollten die Bewegung in institutionelle Bahnen lenken, wie es mit der Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung auch geschah. Die neue Ordnung sollte auf dem Wege einer Verständigung mit den scheinbar geschwächten alten Gewalten durchgesetzt werden. Ziel war eine Reformrevolution, die auf bereits begonnenen Reformpfaden aufbaute und auf die Reformbereitschaft der alten Gewalten hoffte. Dem setzten die entschiedenen Demokraten und radikalen Republikaner, die den Kompromissangeboten der alten Gewalten misstrauten, ein Konzept entgegen, das auf eine Verwirklichung einer echten Volkssouveränität hinauslief. Man wollte der monarchischen Gewalt enge Grenzen ziehen, beziehungsweise sie ganz beseitigen. Gerade Carl Vogt hat das Vertrauen der gemäßigten Liberalen in eine „fortschreitende Entwicklung stabiler Zustände“ in einer Parlamentsrede vom 1. Februar 1849 scharf attackiert und betont, dass es seiner Überzeugung nach keine Alternative zu einer „echten“ Revolution gebe und diese deshalb gegen die alten Gewalten weiter vorangetrieben werden müsse: „Das ist das Gesetz der Natur, und das ist auch das Gesetz des politischen Fortschritts.“²⁶

Die Spaltung des bürgerlichen Lagers in gemäßigte Liberale und entschiedene Demokraten, die in den Revolutionsmonaten auch in Gießen immer deutlicher hervortreten sollte²⁷, wurde auch durch die unterschiedlichen Positionen zur sozialen Frage verschärft. Das Bevölkerungswachstum und die Struktur- und Konjunkturkrisen des Vormärz hatten überall in Deutschland – gerade auch in Oberhessen²⁸ – zu einer Massenarmut geführt, die sich im Frühjahr 1848 an vielen Orten in

25 Langewiesche, Dieter, Republik, konstitutionelle Monarchie und „Soziale Frage“. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in ders. (Hrsg.), Die deutsche Revolution (wie Anm. 24), S. 341–361.

26 Stenographischer Bericht (wie Anm. 11), Bd. 7, S. 4992.

27 Vgl. Wettengel, Die Revolution (wie Anm. 2), S. 196 ff. u. 248 ff.

28 Vgl. Hahn, Hans-Werner, Wirtschaft und Verkehr, in: Speitkamp, Winfried (Hrsg.), Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 1: Bevölkerung, Wirtschaft und Staat in Hessen 1806–1945, Marburg 2010, S. 73 ff.

zahlreichen sozialen Protestbewegungen niederschlug.²⁹ Die gemäßigten Liberalen wollten die gesellschaftlichen Krisen durch verbesserte Bildungsangebote und die Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels entschärfen. Demgegenüber bejahten zwar auch die Demokraten das Privateigentum. Sie plädierten aber zugleich für einen staatlich gesteuerten Ausgleich der sozialen Gegensätze. Vor allem aber wollten sie auch die ärmeren Schichten der Gesellschaft durch das allgemeine Wahlrecht künftig in die politischen Entscheidungsprozesse einbinden. Letzteres schien aber 1848 aus Sicht der Liberalen schon deshalb schwierig zu sein, weil das politische Bewusstsein in breiten Teilen der Bevölkerung ihrer Ansicht nach erst unzureichend entwickelt war.³⁰

Gewiss unterstützten große Teile des deutschen Volkes die politischen Märzforderungen und nahmen an den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung teil. Auf der anderen Seite hatte es aber nicht nur die politische Märzbewegung gegeben, sondern auch spontane Revolutionsbewegungen. Es war zu Maschinenstürmen, Hungerrevolten, bäuerlichen Protestbewegungen und auch zu antijüdischen Exzessen³¹ gekommen, die aus sozialer Unzufriedenheit resultierten, hinter denen aber meist kein konkretes politisches Programm stand. Die Formen und Forderungen solcher Proteste, die sich auch während der Revolution fortsetzten, waren so vielfältig, dass auch die neuen Eliten – also die in vielen Einzelstaaten an die Regierung gekommenen Liberalen – sich schwer taten, eine angemessene Antwort auf all diese sozialen Probleme zu geben. Die neuere Revolutionsforschung sieht in dieser Heterogenität der vormärzlichen Gesellschaft eine der entscheidenden Ursachen für das Scheitern der großen politischen Ziele des Jahres 1848.

Die deutsche Gesellschaft war 1848 noch weit von jener industriellen Klassengesellschaft entfernt, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbilden sollte. Sowohl in der ländlichen wie in der städtischen Gesellschaft traten mit der Revolution die vielfältigsten Interessen und Wünsche hervor. Selbst das Bürgertum als wichtigster Träger des politischen Wandels vertrat in vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen sehr unterschiedliche Auffassungen. Dies galt etwa für die Frage, ob eine künftige gesamtdeutsche Handelspolitik von freihändlerischen oder schutzzöllnerischen Prinzipien geleitet werden sollte. In der Frage der Gewerbefreiheit und Niederlassungsfreiheit aller Staatsbürger vertrat zwar die Mehrheit der deutschen Nationalversammlung eine wirtschaftsliberale Auffassung. Dies stieß jedoch bei vielen Handwerksmeistern und städtischen Bürgern, die durchaus mit den politischen Zielen der Revolution sympathisierten, auf Widerstand. Man fürchtete um das Auskommen der Handwerker. Viele Städte wollten durch ein eigenes Niederlassungsrecht einen unkontrollierten Zustrom unterstützungsbedürftiger Menschen verhindern. Eine staatliche

29 Gailus, Manfred, *Strasse und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847–1849*, Göttingen 1990.

30 Zu den jeweiligen Positionen vgl. Langewiesche, *Republik* (wie Anm. 25).

31 Vgl. Rohrbacher, Stefan, *Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49)*, Frankfurt am Main 1993.

Sozialpolitik gab es noch nicht, in den Städten aber existierte meist ein bescheidenes System der Armenfürsorge, das es auf den Dörfern in der Form nicht gab. Stadtbürger befürchteten daher einen Zustrom von land- und erwerbsloser Dorfbevölkerung, der das bisherige System der Armenfürsorge sprengen würde.³²

Die Revolution von 1848 ist oft als eine bürgerliche Revolution bezeichnet worden. In der Tat entsprach das in der Reichsverfassung vom März 1849 verankerte gesellschaftliche und wirtschaftliche Programm den Ordnungsprinzipien einer bürgerlichen Gesellschaft. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in den oft gewaltsamen spontanen Revolutionsbewegungen und vor allem auch in den vielen, an das deutsche Parlament gerichteten Petitionen eine vorindustriell-antikapitalistische Haltung widerspiegelte.³³ Diese schlug sich etwa in Forderungen der Fuhrleute nieder, den Eisenbahntransport bestimmter Waren zu verbieten. Ferner fand die von den Liberalen befürwortete marktwirtschaftliche Ordnung mit freier Preisgestaltung bei einem Großteil der städtischen Unterschichten entschiedenen Widerspruch. Hier forderte man im Sinne der so genannten „moralischen Ökonomie“ bezahlbare Preise für Nahrungsmittel, also Markteingriffe des Staates. Komplizierte Interessengegensätze finden sich schließlich auch in der ländlichen Gesellschaft. Verarmte Bauern und ländliche Unterschichten forderten die Beibehaltung alter Nutzungsrechte an Wald und Allmende. Die besser situierten und nun von den Feudallasten befreiten Bauern wollten dagegen die Chancen marktwirtschaftlicher Verhältnisse nutzen.

Die Revolution war damit für große Teile der Bevölkerung auch ein letzter Abwehrkampf gegen eine als Bedrohung empfundene Moderne, also gegen Marktwirtschaft und Industrialisierung.³⁴ Aber auch innerhalb der bürgerlichen Kräfte, die die Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben wollten, gab es heftigen Streit darüber, ob die Zollpolitik eines geeinten Deutschlands künftig an freihändlerischen oder schutzzöllnerischen Prinzipien ausgerichtet sein sollte.³⁵ Vor welchen Schwierigkeiten die Abgeordneten der Nationalversammlung angesichts der auseinanderstrebenden Interessen und Wünschen standen, kommt auch in den Karikaturen zum Ausdruck. Der fiktive Abgeordnete Piepmeyer, der 1848/49 als Comicfigur die Sorgen und Nöte eines Abgeordneten widerspiegelte, stand staunend vor den vielfältigen Eingaben, die den volkswirtschaftlichen Ausschuss des Parla-

32 Hahn, Hans-Werner, Die sozioökonomische Ordnung der Nation, in: Dipper, Christoph/ Speck, Ulrich (Hrsg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt 1998, S. 366–380.

33 Zu den Petitionen aus der Provinz Oberhessen, bei denen die Frage der Gewerbeordnung auch eine wichtige Rolle spielte, vgl. Moldenhauer, Rüdiger, Die Petitionen aus Oberhessen an die deutsche Nationalversammlung 1848–49, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N. F. 51 (1966), S. 75–119.

34 Langewiesche, Dieter, Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Teil 2, in: Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 342.

35 Best, Heinrich, Interessenpolitik und nationale Integration. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland, Göttingen 1980.



Er verspricht für Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Aufhebung der Jagdrechte und aller Grund- und Feudallasten stimmen zu wollen.



Er verspricht für Freihandel zu stimmen.



Er verspricht für Aufrechterhaltung des Bestehenden, für Zunftzwang zu stimmen.



Er verspricht für Schutzzölle zu stimmen.

Abb. 2: „Der Abgeordnete Piepmeyer macht unterschiedlichen Wählergruppen sich völlig widersprechende Zusagen“. (Bildnachweis: „Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer“. Erstmalsiger Reprint der Ausgabe von 1849, neu hrsg. von Isabel Sistemich und Susanne Kramer, Aachen 2000, S. 27).

ments erreichten, und stimmte in seiner Hilflosigkeit allen sich widersprechenden Forderungen seiner Wähler zu.³⁶

All diese divergierenden gesellschaftlichen Interessen verstärkten die politischen Gegensätze im bürgerlichen Lager. Obwohl eine wirkliche soziale Revolution eigentlich nicht drohte und von einem proletarischen Klassenbewusstsein noch keine Rede sein konnte, führten gerade die so stark aufkommenden sozialen Wünsche in weiten Teilen des Bürgertums zu großen Ängsten. Einige fürchteten am Ende weniger die alten Gewalten als die von radikalen Demokraten erhobenen Forderungen nach umfangreichen sozialen Reformen und politischer Partizipation der Unterschichten durch das allgemeine Wahlrecht. Eine republikanische Ordnung erschien daher vielen als Enteignungsmaschine. Die jeweiligen Zuschreibungen – egoistisches Großbürgertum gegen sozialrevolutionäre Demokraten – beruh-

³⁶ Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer. Abgeordneter zur constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, 1848, (von Adolf Schrödter gezeichnet u. Johann Hermann Detmold), bearbeitet von Sistemich, Isabel u. Kramer, Susanne, Aachen 2000, S. 47 u. 27.



Abb. 3: „Der Abgeordnete Piepmeyer steht staunend vor der Fülle von Petitionen, die seit Sommer 1848 an den volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung gerichtet werden“. (Bildnachweis: „Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer“. Erstmalsiger Reprint der Ausgabe von 1849, neu hrsg. von Isabel Sistemich und Susanne Kramer, Aachen 2000, S. 47).

ten zwar auf verzerrten gegenseitigen Wahrnehmungen, aber sie schwächten die Durchschlagskraft der Revolutionsbewegung und spielten den alten Gewalten in die Hände.³⁷

Dies zeigte sich gerade in der Herbstkrise der Revolution, als in Österreich und Preußen die alten Gewalten mit ihren gegenrevolutionären Strategien erfolgreich waren und die gemäßigt liberalen Eliten der Reichszentralgewalt sich mit Waffengewalt gegen die Angriffe radikaler Kräfte zur Wehr setzen mussten. Der Frankfurter Septemberaufstand entstand aus den Protesten gegen den Malmöer Waffenstillstand mit Dänemark. Die Frankfurter Unruhen entzündeten sich zwar an der Kritik, die in der Nationalversammlung gegen das eigenmächtige Vorgehen Preußens aufgekommen war. Sie wurden allerdings auch durch die soziale Unzufriedenheit städtischer Mittel- und Unterschichten angeheizt. Der Septemberaufstand leitete den Wendepunkt der deutschen Revolution ein. Es kam zwar auch in anderen deutschen Regionen, in Baden, Thüringen und vor allem in Wien zu neuen Aufständen, die von Vertretern der radikalen Linken angeführt wurden. Zu

37 Vgl. Langewiesche, Republik (wie Anm. 25), S. 360.

einer zweiten großen Revolutionswelle kam es aber nicht, schon weil die Koordination zwischen den einzelnen Aufständen ausblieb. Karl Griewank hat die Frage aufgeworfen, ob nicht ein energischeres und gemeinsames Vorgehen der demokratisch-republikanischen Kräfte auch bei einem Scheitern nicht doch gewisse Errungenschaften der Märzrevolution so hätte festigen können, dass „sie nicht wieder rückgängig zu machen gewesen wären“.³⁸

Die neuere Forschung hat aber gezeigt, dass das gesellschaftliche und politische Fundament dieser zweiten Revolutionswelle zu schwach war. Die Schwäche resultierte keineswegs vorrangig aus der Ablehnung gewaltsamer Proteste durch die gemäßigt-liberalen Kräfte im Bürgertum. Auch in der ländlichen Gesellschaft, die nach wie vor den Großteil der deutschen Bevölkerung ausmachte, fanden die Aufrufe zu einer neuen Revolution eher schwachen Rückhalt, wenn man einmal von besonders politisierten Regionen wie Baden, der bayerischen Pfalz oder Teilen Thüringens absieht. Viele Bauern, deren Proteste im März und April 1848 den Druck auf die Regierenden so massiv verschärft hatten, waren inzwischen aus der Revolutionsbewegung ausgeschert. Durch die in vielen Staaten rasch vollzogene Aufhebung der feudalen Überreste, also den Abschluss der so genannten Bauernbefreiung, war das wichtigste Anliegen der bäuerlichen Bevölkerung erfüllt. In bestimmten deutschen Regionen blieben Bauern als Mitglieder politischer Vereine zwar aktiv. In vielen anderen ländlichen Regionen sah es freilich anders aus.³⁹ Im Übrigen war die ländliche Gesellschaft auch das wichtigste Rekrutierungsfeld des Militärs. Die Verfügungsgewalt über das Militär blieb auch in der Revolution in der Hand der alten Gewalten. Die liberalen Eliten der neuen Reichszentralgewalt hatten keinen Zugriff auf eigene Truppen und waren bei der Niederschlagung von Unruhen auf das bestehende Militär angewiesen. Diese Schwäche nutzten die alten Gewalten seit Herbst 1848 immer stärker aus. Dabei zeigte sich gerade in Preußen, dass es der Führung durch eine Mischung von Disziplinierung, ideologischer Einflussnahme und Belohnungen gelang, die Einsatzbereitschaft der meist aus der Landbevölkerung rekrutierten Truppen aufrecht zu erhalten und aufkommende Militärmeutereien und Landwehrunruhen rasch niederzuschlagen. Auch dies war ein wichtiger Grund für das Scheitern der Revolution.⁴⁰

Darüber hinaus profitierten die alten Gewalten auch von der noch immer starken Loyalität, die breite Bevölkerungskreise den jeweiligen Herrscherhäusern entgegenbrachten. Die deutschen Dynastien waren ja nicht wie in Italien als zum Teil landfremde Nutznießer der europäischen Kabinettpolitik entstanden. Als angestammte Fürstenhäuser verfügten sie in weiten Teilen der Bevölkerung über ein beachtliches Kapital fest verwurzelter Anhänglichkeit. Als in der Paulskirche von linker Seite die Forderung aufkam, die Kleinstaaten zu mediatisieren, bekannten sich

38 Griewank, Ursachen (wie Anm. 24), S. 72.

39 Ries, Klaus, Bauern und ländliche Unterschichten, in: Dipper/Speck (Hrsg.), Revolution (wie Anm. 32), S. 262–271.

40 Vgl. Hachtmann, Rüdiger, Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002, S. 126 ff.

viele Bewohner Thüringer Kleinstaaten zwar zu einem freiheitlichen deutschen Nationalstaat. Sie forderten aber zugleich, dass ihr kleines Fürstentum als Teil des deutschen Bundesstaates erhalten bleiben sollte.⁴¹ In Städten des östlichen Preußens kam es im Herbst 1848 zu so genannten Thron- und Altarunruhen. Hierbei protestierten Teile des Kleinbürgertums und der Unterschichten gegen den Wirtschaftsliberalismus der bürgerlichen Eliten und unterstrichen zugleich ihre Treue zum König. Auch die preußischen Veteranenvereine mit ihren bereits etwa 50 000 Mitgliedern aus breiten Schichten des Volkes erwiesen sich als Stütze der Konservativen. Ähnliche Tendenzen gab es im kirchlichen Bereich, wo die Revolution von 1848 gerade im Katholizismus zum Ausbau des kirchlichen Vereinswesens führte. Damit wurden in Bayern und Österreich jene gestärkt, die dem Einigungsversuch der deutschen Nationalversammlung ablehnend gegenüberstanden.

Zur Schwäche der zweiten Revolutionswelle vom Herbst trug aber auch eine gewisse Revolutionsmüdigkeit bei, die in vielen Schichten der Gesellschaft zu spüren war. Das hing nicht zuletzt mit enttäuschten materiellen Erwartungen an den politischen Wechsel zusammen. Der Revolution vorausgegangen waren mehrere Konjunktur- und Strukturkrisen, die sich in den Sommermonaten des Jahres 1848 sogar weiter verstärkten. Teilweise ist auch die mangelnde politische Reife der Deutschen als Grund für das Ausbleiben der zweiten Revolution genannt worden. Der Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich Riehl sprach 1850 davon, dass die Masse der Menschen im März 1848 die neue Freiheit aufgenommen habe wie ein Kind ein Spielzeug zu Weihnachten. Man habe sich aber „bald satt geschaut“ und es schließlich in die Ecke geworfen, „wie Kinder zu tun pflegen“.⁴² Eine solche Sicht verkennt freilich die beachtlichen Lernprozesse, die die Deutschen in Parlamenten, kommunalen Gremien, Vereinen, Petitionsbewegungen oder Volksversammlungen seit März 1848 vollzogen hatten. Diese Lernprozesse brachen im Herbst 1848 auch nicht ab. Das Vereinswesen erhielt durch die Proteste gegen die Hinrichtung Robert Blums und die anhaltenden Debatten über die deutsche Verfassung sogar einen weiteren Schub.⁴³

In einem Bereich waren politischen Lernprozessen freilich Grenzen gesetzt: bei der Frage, wie ein deutscher Nationalstaat in das europäische Staatensystem eingepasst werden konnte. Die deutsche Frage war schon bedingt durch die Mittellage und die 1815 dem Deutschen Bund zugedachte Funktion im Gleichgewichtssystem auch eine europäische Frage.⁴⁴ In der älteren deutschen Forschung ist immer wieder

41 Hierzu jetzt Beez, Julia, Kleinstaat und Zentralgewalt. Die schwarzburgischen Fürstentümer in der Revolution von 1848/49, Petersberg 2023, S. 377 ff.

42 Riehl, Wilhelm Heinrich, Nassauische Chronik des Jahres 1848. Mit einem Nachwort und Dokumentenanhang von Winfried Schüler und Guntram Müller-Schellenberg, Idstein 1979, S. 105.

43 Wettengel, Michael, Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848, in: Dowe, Dieter/Haupt, Heinz-Gerhard/Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 701–738.

44 Doering-Manteuffel, Anselm, Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871, München 2001, S. 24 ff. u. 85 ff.

darauf verwiesen worden, dass die großen außerdeutschen Mächte, also Russland, Frankreich und Großbritannien dem angestrebten deutschen Nationalstaat ablehnend gegenübergestanden hätten. Nur bestimmte politische Kreise in London hätten sich anfangs eine kleindeutsch-bundesstaatliche Nationalstaatsgründung unter Schonung der einzelstaatlichen Monarchen vorstellen können. Dieser Befund ist durchaus richtig. Man muss aber auch sehen, dass die Deutschen durch den im Sommer und Herbst 1848 aufkeimenden Nationalismus in der Schleswigfrage, der ja gerade auch die politische Linke erfasst hatte, Misstrauen bei den europäischen Nachbarn hervorriefen. Die Grenzkonflikte zwischen den Deutschen einerseits und den territorialen und staatlichen Ansprüchen der dänischen, polnischen und italienischen Nationalbewegung andererseits verstärkten im europäischen Ausland die Sorgen vor einem neuen Machtzentrum in Mitteleuropa. Sie erschwerten damit die Realisierung des angestrebten deutschen Nationalstaates.⁴⁵

Fragt man abschließend nach den Ursachen für das Scheitern der deutschen Revolution von 1848, so sollte man von monokausalen Erklärungen Abstand nehmen. Man kann nicht den Widerstand der europäischen Mächte oder den Konflikt um Groß- oder Kleindeutschland oder auch – wie von marxistischer Seite – den vermeintlichen Verrat des Bürgertums an seinen eigenen Zielen als den alles entscheidenden Grund benennen. Wenn die Revolution von 1848/49 den großen Durchbruch verfehlte, so hing dies mit einer ganzen Fülle höchst verschiedener Faktoren zusammen. Zunächst einmal muss man festhalten, dass das Scheitern der Revolution von 1848/49 ja kein rein deutsches Phänomen war. Die deutsche Märzrevolution war von der Februarrevolution in Frankreich ausgelöst worden. Schon zuvor hatte es Aufstände in Italien gegeben, und auch in anderen Teilen Europas war es im März 1848 zu Unruhen und Aufständen gekommen, die sich sogar über Europa hinaus auswirken sollten.⁴⁶ Auch fortan gab es eine wechselseitige Beeinflussung zwischen den europäischen Revolutionen sowohl in Bezug auf die Ziele als auch im Hinblick auf den Verlauf. Seit Sommer 1848 mehrten sich überall in Europa die Anzeichen dafür, dass der revolutionäre Schwung vom Frühjahr zu erlahmen begann und dass die alten Gewalten, beziehungsweise konservativere, auf Ruhe und Ordnung drängende Kräfte erstarkten. Dies zeigte sich in der Pariser Junischlacht ebenso wie in den Siegen, welche die österreichischen Truppen unter den Oberbefehlshabern Windischgrätz und Radetzky gegen Aufständische in Polen, Prag und Italien erzielten. Dabei wurden gerade die Nationalitätenkonflikte von den alten Gewalten genutzt, um ihre Positionen gegenüber den Revolutionsbewegungen zu verbessern. Am Ende verfehlten die Revolutionen nicht nur in Deutschland, sondern vielleicht mit Ausnahme der Schweiz in ganz Europa ihre Kernziele. Ob

45 Ausführlich zu diesen Debatten, in denen gerade der ehemalige Kanzler der Universität Gießen zur Mäßigung aufrief, Wollstein, Günter, *Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1977. Zu Linde vgl. dort S. 249.

46 Hierzu jetzt Clarke, Christopher, *Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf um eine neue Welt*, München 2023.

man tatsächlich durch ein entschlosseneres Handeln, besseren Organisationsformen, besseren charismatischen Führungspersönlichkeiten und durch ein stärkeres Zusammenwirken der europäischen Revolutionsbewegungen mehr hätte erreichen können, bleibt zweifelhaft. Die demokratische Linke in Deutschland rechtfertigte im Herbst 1848 und im Frühjahr 1849 die bewaffneten Kämpfe gegen die konterrevolutionären Kräfte unter anderem damit, dass ein Erfolg der deutschen Revolution auch auf den anderen europäischen Revolutionsschauplätzen eine Wende einleiten könne. Man setzte auf den gemeinsamen Kampf der europäischen Freiheitsbewegungen gegen die reaktionären Mächte. Der Ruf nach einem europäischen Befreiungskrieg war angesichts der realen Kräfteverhältnisse aber wohl eher „Ausdruck deutschen intellektuellen Wunschenkens, bar jeder Rücksicht auf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Gesellschaften“.⁴⁷ In einem solchen Krieg hätte „die Gegenrevolution wohl in noch größerem Umfang und auf viel blutigere Weise gesiegt“⁴⁸, und die politische Niederlage der freiheitlichen Kräfte wäre noch größer gewesen.

Die vielen Hindernisse, die gerade in Deutschland einer erfolgreichen Revolution entgegenstanden, hingen vor allem damit zusammen, dass man 1848 vor der besonderen Aufgabe stand, mehrere sich überlagernde Modernisierungsprobleme zur gleichen Zeit lösen zu müssen.⁴⁹ In Frankreich wurden die Verfassungs- und Partizipationsfragen bereits im festen Gehäuse eines Nationalstaates diskutiert. In Deutschland kam die Verfassungsfrage dagegen gemeinsam mit der noch ungelösten Frage der Nationalstaatsgründung auf die Tagesordnung. Um Grenzen und Ausmaß eines deutschen Nationalstaats musste erst noch gerungen werden. In den Verfassungsberatungen entschied sich die deutsche Nationalversammlung im Oktober 1848 zunächst für eine großdeutsche Lösung. Danach sollte das künftige Deutsche Reich aus dem Gebiet des Deutschen Bundes bestehen, zu dem aber Schleswig und die östlichen Provinzen Preußens neu hinzukommen sollten. Das Habsburger Reich war mit jenen Gebieten dabei, die bisher Teil des Deutschen Bundes waren: also die deutschösterreichischen Gebiete, aber auch Böhmen und der italienischsprachige Teil von Tirol. Die Monarchie der Habsburger wäre demnach in einen reichszugehörigen und einen reichsfremden Teil zerfallen. Zudem wurde festgelegt, dass kein Einzelstaat des bundesstaatlich organisierten Reiches mit einem nichtdeutschen Staat staatsrechtlich vereinigt sein dürfe.⁵⁰ Die Habsburger Monarchie hätte sich demnach in Personalunionen auflösen müssen, und ihr Monarch wäre Staatsoberhaupt mehrerer unabhängiger Staaten gewesen. Damit stand das in Jahrhunderten errichtete übernationale Ordnungs- und Herrschafts-

47 Winkler, Heinrich August, *Der überforderte Liberalismus. Der Ort der Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichte*, in: Hardtwig (Hrsg.), *Revolution* (wie Anm. 4), S. 196.

48 Ebd.

49 Langewiesche, *Republik* (wie Anm. 25), S. 341 ff.

50 Huber, Ernst Rudolf, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 2: *Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850*, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 796 f.

gefüge der Habsburger auf dem Spiel. Entsprechend gering war die Bereitschaft der bisherigen habsburgischen Führungsschicht, sich auf einen solchen Weg zu begeben. Folglich gab es einen harten Widerstand Wiens gegen diese Lösung. Zugleich lehnte man aber auch den von der Mehrheit der Paulskirche dann favorisierten kleindeutschen Bundesstaat unter Führung Preußens ab. Der nun stärker aufkommende preußisch-österreichische Dualismus gehörte zweifellos zu den wichtigen Ursachen, die zum Scheitern der Revolution führten.⁵¹

Darüber hinaus barg aber auch die Verfassungsfrage genug Konflikte, die ein gemeinsames Handeln der Revolutionsbewegung erschwerten. In der deutschen Nationalversammlung ging es zum einen um die Entscheidung über eine unitarische oder föderative Ordnung. Die Mehrheit der Nationalversammlung wollte auf die gewachsenen Strukturen in Deutschland Rücksicht nehmen und strebte eine bundesstaatliche Lösung an. Zum anderen war die Regierungsform umstritten. Hier wurde zwischen der in Europa typischen konstitutionellen Erbmonarchie, einer parlamentarischen Monarchie oder einer Republik gerungen, wobei das letzte Modell die geringste Unterstützung besaß. Heftig umstritten war ferner das Wahlrecht, bei dem die Liberalen am Ende doch auf das allgemeine Männerwahlrecht akzeptierten, um die notwendigen Stimmen der Linken für die Reichsverfassung und die Wahl eines preußischen Erbkaisers zu erhalten.⁵² All diese komplizierten Fragen von Grenzen und Verfassung wurden nun aber noch überlagert von den sozialen Fragen, die ebenfalls neue, allerdings keineswegs einfache Lösungen erforderten.

Weitere strukturelle Probleme, die einen Erfolg der Revolutionsbewegung erschwerten, lagen in dem für Deutschland typischen Polyzentrismus: im Fehlen eines revolutionären Zentrums wie Paris, in den starken regionalen Entwicklungsfällen und in dem vielfach noch sehr ausgeprägten Stadt-Land-Gegensatz. Hemmend wirkten auch die aus der konfessionellen Spaltung resultierenden Konflikte und die große Heterogenität der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das aus all dem resultierende Neben- und Gegeneinander von zukunfts- und rückwärtsgewandten Ideen und Interessen verhinderte von Anfang an eine dauerhafte große Allianz aller nach Veränderung strebenden Kräfte. Neben den strukturellen Hindernissen trugen zweifellos auch politische Fehler und Fehleinschätzungen zum Misserfolg der Revolution bei. Die neuen bürgerlichen Eliten, die im März 1848 zu Macht und Einfluss drängten, überschätzten nach den raschen Anfangserfolgen die eigenen Kräfte und Möglichkeiten. Zugleich unterschätzten sie bei ihrem Versuch, einen Nationalstaat zu gründen, sowohl Ängste und Bedürfnisse der übrigen europäi-

51 Botzenhart, Manfred, Die österreichische Frage in der deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: Gehler, Michael u. a. (Hrsg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1996, S. 115–134.

52 Botzenhart, Manfred, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850*, Düsseldorf 1977, S. 663 ff.

schen Mächte als auch die verbliebene Macht der alten Gewalten in den deutschen Einzelstaaten, vor allem in Preußen und Österreich.

Man hat den liberalen Eliten immer wieder mangelnde Entschlossenheit vorgeworfen und kritisiert, dass sie aus Furcht vor einem Weitertreiben der Revolution weder auf der neuen nationalen Handlungsebene noch in den Einzelstaaten das zeitweise vorhandene Machtpotential genutzt hätten. So kritisierte der ehemalige preußische Diplomat und demokratische Publizist Varnhagen van Ense, dass die Frankfurter Nationalversammlung nur über die Freiheit geredet, sie aber nicht gegen deren Feinde ausreichend gesichert habe. Das Parlament hätte gleich „alle öffentlichen Ämter und alle öffentliche Gewalt, die der Reaktion diene, an sich reißen müssen“ und entschlossen gegen die widerstrebenden Monarchen vorgehen müssen.⁵³ Einer solchen Kritik ist aber entgegenzuhalten, dass man die Revolutionsbereitschaft der Bevölkerung nicht überschätzen darf. Zudem war die gesamte politische Strategie der Liberalen von Anfang an darauf gerichtet, die unkalkulierbare Revolution rasch zu beenden und in eine Reformpolitik zu überführen. Diese Haltung entsprach dem liberalen Selbstverständnis und wurde durch die Erfahrungen mit den spontanen Protestbewegungen von Bauern sowie ländlichen und städtischen Unterschichten noch verstärkt. Dennoch flüchteten sich die Liberalen im Verlauf der Revolution nicht einfach in die schützenden Arme der alten Gewalten. Sie blieben bis zuletzt bestrebt, ihrer eigenständigen Politik der Mitte zum Erfolg zu verhelfen. Obwohl die vielfach überzogenen Revolutionsängste der Liberalen maßgeblich zur Spaltung und damit zur Schwächung der bürgerlichen Kräfte beitrugen, fanden Liberale und der Großteil der Demokraten am Ende durch die Reichsverfassung doch eine gemeinsame Handlungsgrundlage. Der große Durchbruch blieb dennoch aus, weil gleichzeitig zu viele Probleme zu lösen und die Widerstände auf den entscheidenden Feldern zu groß waren.

Die Folgen des Scheiterns der Revolution von 1848/49

Was bedeutete nun das politische Scheitern der Revolution für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte? Vor über 70 Jahren hat Griewank geschrieben, dass die „Erinnerung an die deutsche Revolution von 1848 niemals Gefühle des Stolzes oder der Befriedigung“ habe erregen können, wie dies bei den Revolutionen anderer Völker der Fall gewesen sei.⁵⁴ Andere Historiker sind noch weitergegangen. Sie haben von Deutschland als dem Land der misslungenen bürgerlichen Revolution gesprochen und hierin ein großes Hemmnis aller folgenden Demokratisierungsversuche gesehen. Die gescheiterte Revolution war für sie eine wichtige Etappe auf einem deutschen Sonderweg in die Moderne, der in den Verbrechen des National-

53 Greiling, Werner, Varnhagen van Ense. Lebensweg eines Liberalen. Politisches Wirken zwischen diplomatie und Revolution, Köln/Weimar/Wien 1993, S. 241.

54 Griewank, Ursachen (wie Anm. 24), S. 59.

sozialismus mündete.⁵⁵ Gegen eine solche These sind in den letzten Jahrzehnten viele überzeugende Befunde ins Feld geführt worden. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Revolutionen von 1848 letztlich überall in Europa gescheitert sind. Selbst beim revolutionären Vorbild Frankreich stand am Ende keine fortschrittliche Republik, sondern ein autoritäres Kaiserreich.

Die deutsche Revolution hatte zwar ihr großes politisches Ziel vom März – den freiheitlichen deutschen Nationalstaat – nicht erreicht. Man kehrte zur Ordnung des Deutschen Bundes zurück und stellte im folgenden Jahrzehnt das politische Leben durch eine rigide Repressionspolitik für einige Zeit wieder still. Trotzdem bedeutete das Scheitern der Revolution nicht einfach die Rückkehr zu den alten Verhältnissen. Viel zu viel hatte sich in den wenigen Revolutionsmonaten verändert. Obwohl sich König Friedrich Wilhelm IV. bis zuletzt gegen die Gewährung einer Verfassung gestäubt und den Verfassungsentwurf des preußischen Parlaments verworfen hatte, war Preußen in der Revolution zu einer konstitutionellen Monarchie geworden. In Österreich kehrte man zwar nochmals zum Neoabsolutismus zurück, knüpfte aber nicht mehr bruchlos an die gescheiterten Konzepte Metternichs an. Die wichtigsten Veränderungen brachte die Revolution von 1848 aber zunächst auf dem Felde der Ökonomie. Zur Erfolgsbilanz der Revolution zählten hier die Fortschritte bei der Agrarreform und eine liberalere Wirtschaftspolitik deutscher Regierungen, die den wirtschaftlichen Strukturwandel zur modernen Industriegesellschaft beschleunigte. Auch wenn man das Bürgertum durch die wirtschaftspolitischen Konzessionen von weiteren politischen Ambitionen ablenken wollte, so stärkte der nun einsetzende wirtschaftliche Aufschwung langfristig auch die gesellschaftliche und politische Position der bürgerlichen Kräfte. Schon Ende der 1850er Jahre kam es zu einem neuen Aufbruch der liberalen und nationalen Kräfte. Die wieder erwachte Einheitsbewegung zeigte, dass die Kernideen der von der Paulskirche verabschiedeten Reichsverfassung – die Herstellung eines deutschen Bundesstaates mit freiheitlicher Verfassung und direkt gewähltem deutschen Parlament – nicht auf Dauer zu unterdrücken waren.⁵⁶ Die Revolution gab somit trotz all ihrer Schwächen bleibende Impulse im Streben nach deutscher Einheit, bürgerlichem Rechtsstaat und sozialen Reformen. Diesen positiven Langzeitfolgen hat die neuere Forschung noch stärkere Beachtung geschenkt. Die deutsche Revolution von 1848/49 wird daher heute trotz ihres politischen Scheiterns als eine „Epochenschwelle zur Moderne“ angesehen.⁵⁷

Als Otto von Bismarck in den frühen 1860er Jahren seine einheitspolitische Strategie entwickelte, war ihm klar, dass Kompromisse mit der bürgerlich-liberalen Bewegung nur zu erreichen waren, wenn man in der Frage des direkt gewähl-

55 Zur Kritik an dieser Sichtweise vgl. Blackbourn, David/Eley, Geoff, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848*, Frankfurt am Main 1980.

56 Zusammenfassend zu dieser „Erfolgsbilanz“ der Revolution: Hein, Dieter, *Die Revolution von 1848/49*, München 1998, S. 135 ff.

57 Hachtmann, *Epochenschwelle* (wie Anm. 40).

ten Parlaments entgegenkam. Das wurde 1867 und 1871 auch in der Verfassung verankert. Auch das allgemeine gleiche Männerwahlrecht wurde übernommen. Gewiss blieb die Bismarcksche Reichsverfassung in vielerlei Hinsicht weit hinter der Paulskirchenverfassung zurück, vor allem durch den Verzicht auf deren Grundrechtskatalog. Dennoch setzte die von der Nationalversammlung verabschiedete Verfassung bleibende Maßstäbe für eine von Gleichheit und Freiheit geprägte Ordnung, die auch unter den obrigkeitsstaatlichen Strukturen des Kaiserreichs fortwirkten und seit 1919 in den späteren deutschen Verfassungen und Gesetzen ihren Niederschlag fanden.⁵⁸

Auch andere Befunde deuten darauf hin, dass die Revolution von 1848/49 im politischen Leben der Deutschen Veränderungen brachte, die in dem folgenden Jahrzehnten nicht mehr völlig beseitigt werden konnten. Die Revolution von 1848/49 erwies sich als entscheidende Epochenschwelle für die Politisierung der deutschen Gesellschaft und die Herausbildung der künftigen Parteienstrukturen. Die neue politische Situation mit Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit führte 1848 zu einem großen Entwicklungssprung des gesamten Vereinswesens. Überall in Deutschland wuchs die Zahl von Organisationen und Bewegungen, die sich Gehör verschaffen und ihre spezifischen Vorstellungen und Wünsche in die Neuordnung einbringen wollten. Wichtig war vor allem, dass sich politische Vereine zumindest zeitweise frei organisieren und für ihre jeweiligen Ziele werben konnten. Das für Deutschland lange prägende fünfgliedrige „Parteiensystem“ aus Liberalen, Demokraten, Konservativen, dem politischen Katholizismus und der Arbeiterbewegung, das sich schon in den Debatten des Vormärz herausgebildet hatte, trat nun in Parlamentsfraktionen und politischen Vereinen noch deutlicher in Erscheinung. Dazu gehörten der Aufbau außerparlamentarischer Organisationen, neue Wege der Massenbeeinflussung durch Versammlungen und Parteipresse sowie die Vernetzung lokaler, regionaler und nationaler Organisationen. Die politische Vereinsbildung vollzog sich dabei nicht kontinuierlich, sondern in Schüben, wobei vor allem die Wahl zur Nationalversammlung, die Herbstkrise und der Kampf um die Reichsverfassung diesen Prozess beförderten. Bei Liberalen und Demokraten trat die Vereins- und Parteibildung am stärksten hervor, aber auch die vor allem im östlichen Preußen aktiven Konservativen und der politische Katholizismus nutzten die Revolution für die Erweiterung ihres Anhangs und zur programmatischen Neuorientierung. Und auch für die Formierung der deutschen Arbeiterbewegung war die Revolution von 1848/49 eine erste wichtige Etappe. Dies galt vor allem für die von Stephan Born geführte „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“. Darüber hinaus wurden an vielen Orten Arbeitervereine gegründet, die allerdings wie der in Gießen im Sommer 1848 entstandene Ver-

58 Kühne, Jörg-Detlef, Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben, Frankfurt am Main 1985.

ein politisch noch in enger Beziehung zu den Demokraten standen.⁵⁹ Lange Zeit wenig beachtet wurde die Bedeutung, die der Revolution von 1848 für die Politisierung von Frauen und für die Entstehung der deutschen Frauenbewegung zukam. Die neue Forschung hat gezeigt, wie stark Frauen in unterschiedlicher Form an der Revolutionsbewegung beteiligt waren und wie die 1848er Aktivitäten von Frauen wie Louise Otto-Peters die Grundlagen für die neuen Organisationen der 1860er Jahre legten.⁶⁰

Gewiss muss man sagen, dass der 1848 zeitweise errungene Grad an Demokratisierung erst in der nächsten Revolution 1918/19 wieder erreicht und nun durch das Frauenwahlrecht und die Republik auch übertroffen wurde. Und gewiss muss man daher die Frage stellen, ob die Revolution von 1848 bei einem anderen Verlauf den deutschen Demokratisierungsprozess nicht erheblich beschleunigt hätte. Schließlich erlangten Parteien und Vereine auch nach dem Ende des Reaktionsjahrzehnts nicht mehr die Freiräume, die 1848 zeitweise gegeben waren. Und im Deutschen Kaiserreich von 1871 blieben Vereinsfreiheit und Versammlungsrecht angesichts der Eingriffe des Obrigkeitsstaates weit von den Idealen entfernt, die man 1848 hatte verwirklichen wollen.⁶¹ Trotzdem schlugen sich die Folgen der 1848 angestoßenen Politisierungsprozesse in der politischen Kultur des Kaiserreichs positiver nieder, als dies lange behauptet worden ist. Dies zeigen etwa die von der amerikanischen Historikerin Anderson vorgelegten Analysen der Reichstagswahlen zwischen 1871 und 1912.⁶² Zwischen den politischen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen in Deutschland und den westeuropäischen Staaten gab es trotz unterschiedlicher Ausgangslagen und Entwicklungspfaden letztlich mehr Gemeinsamkeiten als lange angenommen. Obwohl von der gescheiterten Revolution von 1848/49 kein direkter Weg in die deutschen Katastrophen des 20. Jahrhunderts führte, wird über die „langen Schatten des Scheiterns der Revolution“⁶³ – also über den Sieg des Obrigkeitsstaates und die Folgen unterschiedlicher Revolutionswahrnehmungen sozialer Gruppen und politischer Richtungen – nach wie vor kontrovers diskutiert.

Fragt man nach politischen Langzeitwirkungen des Revolutionsjahres 1848, so muss neben dem Demokratisierungsschub aber auch ein anderer Aspekt beachtet werden, der in einem weniger positiven Licht erscheint. Der von den europäischen Freiheits- und Einheitsbewegungen erhoffte Völkerfrühling hatte nur kurze Zeit

59 Vgl. Hahn, Hans-Werner, Es begann auch an Lahn und Dill: 150 Jahre Soziale Demokratie – Eine Partei und ihre Geschichte, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, 98 (2013), S. 125 f.

60 Zu Deutschland vgl. Kienitz, Sabine, Frauen, in: Dipper/Speck (Hrsg.), Revolution (wie Anm. 32), S. 272–285; aus europäischem Blickwinkel siehe Clarke, Frühling (wie Anm. 46), S. 583 ff.

61 Vgl. Breitbach, Michael/Deiseroth, Dieter (Hrsg.), Versammlungsrecht des Bundes und der Länder, 2. Aufl. Baden-Baden 2020, S. 67 ff.

62 Anderson, Margaret Lavinia, Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009.

63 Hachtmann, Epochenschwelle (wie Anm. 40), S. 188 ff.

gehalten. Die Revolutionen führten nicht zur Versöhnung der europäischen Völker, sondern zunächst einmal zu verschärften Nationalitätenkonflikten und neuen Kriegen. 1848 war noch kein Epochenjahr auf dem Weg zu einem friedlichen Europa freier Nationen. Die Revolution setzte vielerorts nationale Übersteigerungen und Machträume frei. In Deutschland schlug sich dies in den Grenzdebatten der Paulskirche und der ersten Flottenbegeisterung nieder. Aber auch in vielen anderen Ländern war das zu spüren. Deshalb ist Vorsicht geboten, wenn man die deutsche Revolution von 1848 als demokratischen Einigungsversuch von unten vorschnell der so genannten „Kriegsgeburt“ des Kaiserreichs⁶⁴ entgegenstellt. Zum einen gab es generell kaum eine europäische Nationalstaatsgründung, die keine „Kriegsgeburt“ war. Zum anderen wären auch 1848/49 erfolgreiche europäische Nationalstaatsgründungen ohne Krieg vermutlich gar nicht möglich gewesen.⁶⁵ Der idealistische Glaube an ein friedliches Zusammenwachsen einer Nation durch Parlamentsmehrheiten zerbrach rasch an den machtpolitischen Realitäten in Europa. Gegen die dänischen Ansprüche auf Schleswig zog nicht erst Bismarck in den Krieg. Dies wollten schon die Liberalen und Demokraten von 1848. Österreich hätte sich nie kampflos von seinen Positionen in Deutschland abdrängen lassen. Russland drohte mit Intervention. Und Frankreich hielt 1848 gegenüber den einheitspolitischen Bestrebungen in Deutschland wohl nur still, weil es innenpolitisch mit sich selbst genug zu hatte. Als Louis Napoleon dann fest im Sattel saß, machte er rasch klar, dass eine deutsche Einigung nur unter seinen Bedingungen zu erfolgen hatte. Im Übrigen war die provisorische Reichszentralgewalt in Frankfurt von keiner der europäischen Mächte offiziell anerkannt worden. Die weiteren Entwicklungen in Italien und Deutschland zeigten dann sehr klar, dass Nationalbewegungen letztlich nur erfolgreich sein konnten, wenn sie sich eng mit einem bereits existierenden staatlichen Macht- und Militärapparat verbanden. Diesen Realitäten trugen nach dem Erfolg der italienischen Nationalbewegung in den 1860er Jahren auch viele deutsche 48er Rechnung und suchten Kompromisse mit Bismarck. Umgekehrt musste aber auch Bismarck in seiner Strategie jenen Realitäten Rechnung tragen, die durch die so genannte innere Nationsbildung⁶⁶ in Deutschland – durch die politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen – und den Bedeutungszuwachs der bürgerlichen Kräfte entstanden waren. In dieser Hinsicht war die Revolution von 1848/49 durchaus eine wichtige Voraussetzung für den späteren Einigungsprozess.

64 So Conze, Eckart, Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020, S. 62 ff.

65 Ausführlich hierzu Langewiesche, Dieter, Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne, München 2019, S. 149 ff.

66 Hierzu ausführlich Fehrenbach, Elisabeth, Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871, 2. Aufl., München 2007.

Die Revolution von 1848 wies somit nicht nur ambivalente Erscheinungsformen auf, die ihr politisches Scheitern begünstigten. Sie hatte auch sehr ambivalente Folgen für die deutsche und europäische Geschichte. Es ist wichtig an sie zu erinnern. Das war in Deutschland lange nicht der Fall. Man sollte dabei den zweifellos starken demokratischen Aufbruch dieser Monate hervorheben. Man sollte aber auch ihre Schattenseiten nicht ausblenden und kein Bild entstehen lassen, nach dem eine erfolgreiche Revolution Deutschland vor all den Abgründen bewahrt hätte, welche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgen sollten.

Justus von Liebig (1803–1873): Erinnerung an den berühmten Chemiker aus Anlass der 150. Wiederkehr seines Todestags¹

EVA-MARIE FELSCHOW

Als Liebig am 18. April 1873 im Alter von knapp 70 Jahren an seinem letzten Wirkungsort München verstarb, war er auf dem Gipfel seiner Karriere angelangt. Seine bahnbrechenden Forschungen auf dem Gebiet der organischen Chemie hatten ihm im In- und Ausland ein enormes Renommée verschafft und sein Fach – die Chemie –, die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht mehr als eine Hilfswissenschaft der Medizin gewesen war, hatte sich einen festen Platz im Lehrplan der Universitäten erobert. Aber Liebig war nicht nur ein herausragender Chemiker, er war vielmehr als das. Er war ein überaus streitbarer Zeitgenosse, der seine Ideen rigoros bis hin zu offener Polemik gegenüber Andersdenkenden verfocht und der die damaligen Mittel der Publizistik virtuos für die Durchsetzung seiner Ansichten und zur Vermarktung seines Namens nutzte. Wenn er sich für seine Person



Abb. 1: Porträt Justus Liebig's von Wilhelm Trautschold 1842 (Fotografie nach einem Gemälde. Original im Besitz der Justus-Liebig-Universität Gießen).

einen Vorteil versprach, scheute er auch nicht davor zurück, in Publikationen Forschungsergebnisse eines Kollegen zu übernehmen, ohne dabei dessen Namen zu erwähnen – wir würden dies heute als Plagiat brandmarken. Sein zentrales Anliegen war die Förderung der Naturwissenschaften und hier vor allem der Chemie, wofür er sich engagiert in universitäts- und wissenschaftspolitischen Debatten einsetzte. Liebig war in vielerlei Hinsicht sehr modern – so etwa im Aufbau eines sozialen

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen Vortrag, der im Frühjahr 2023 im Anschluss an die Mitgliederversammlungen des Wetzlarer Geschichtsvereins und des Oberhessischen Geschichtsvereins aus Anlass der 150. Wiederkehr des Todestags von Justus Liebig gehalten wurde. Für den Druck wurde der Vortragstext nur geringfügig ergänzt und leicht stilistisch überarbeitet. Die Anmerkungen beschränken sich auf die Nennung von Belegstellen wörtlicher Zitate. Die Literatur, die dem Text zugrunde liegt, ist am Ende des Beitrags aufgeführt.

Netzwerks mit seinen Schülern – und kann auch heute noch Impulsgeber, ja sogar Vorbild sein. Im Folgenden sollen einige Facetten seiner vielschichtigen, durchaus ambivalenten Persönlichkeit geschildert werden.

Justus Liebig war ein hessisches Landeskind. Er stammte aus der Residenzstadt Darmstadt, wo er im Mai 1803 als Sohn eines Drogistenhändlers geboren wurde. Nichts deutete zunächst darauf hin, dass aus ihm einmal ein angesehenes Wissenschaftler werden würde. Nach dem vorzeitig abgebrochenen Besuch des Gymnasiums seiner Heimatstadt und einer ebenfalls nicht zu Ende geführten Apothekerlehre in Heppenheim begann er Chemie bei Professor Karl Wilhelm Gottlob Kastner in Bonn und Erlangen zu studieren, was zu diesem Zeitpunkt noch ohne Abitur möglich war. Allerdings konnte Liebig's Bedürfnis nach praktischer Unterweisung von Kastner nicht befriedigt werden. Wie an den meisten deutschen Universitäten fehlten auch in Bonn und Erlangen die Voraussetzungen für einen empirisch ausgerichteten naturwissenschaftlichen Unterricht. Vielerorts war noch die romantische Naturphilosophie die gängige Lehre, die einer nüchternen Naturbeobachtung entgegenstand. Völlig anders waren dagegen die Verhältnisse in Frankreich. Die dortigen Gelehrten standen in der Tradition von Descartes und Forscher wie Lavoisier hatten Paris seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zur Wissenschaftsmetropole Europas aufsteigen lassen. Vorbildlich waren vor allem die chemischen Laboratorien und die großen naturkundlichen Sammlungen, die die französische Hauptstadt geradezu zu einem Mekka für Naturwissenschaftler machte. Wie andere deutsche Nachwuchskräfte hatte Liebig das Glück durch Fürsprache seines Lehrers Kastner ein Stipendium des hessen-darmstädtischen Großherzogs zu bekommen, was ihm vom Herbst 1822 bis Frühjahr 1824 einen Studienaufenthalt in Paris ermöglichte. Ein Erlebnis, das zum entscheidenden Wendepunkt in seinem wissenschaftlichen Werdegang wurde. In den Laboratorien der Chemiker Thénard und Gay-Lussac lernte er experimentelles naturwissenschaftliches Arbeiten kennen, das für ihn fortan zum Inbegriff von Forschung wurde. Liebig wurde die Notwendigkeit exakter Beobachtung und Empirie für wissenschaftlichen Fortschritt bewusst und er sah im Gegensatz dazu die Defizite der in Deutschland noch vorherrschenden Naturphilosophie. Seine Erkenntnis brachte er im Mai 1823 in einem Brief an seinen Jugendfreund August von Platen zum Ausdruck: *„Ich bin soeben mit einem Werk über die neuere Chemie beschäftigt, das mich wohl noch einige Jahre in Athem halten wird. Es ist wahrlich traurig, wie sehr in der neueren Zeit der Ruhm der Deutschen in der Physik, Chemie und den andern Naturwissenschaften geschwunden ist; kaum ist noch ein Schatten übrig geblieben, und um diesen Schatten reißen sie sich wie bissige Hunde. Der jetzige deutsche Chemiker, der genug zu thun hat, wenn er nur seine unerschöpfliche Wissenschaft umfassen will, maßt sich den Philosophen zu spielen an, und darüber geht sein Wirken verloren. Recht vortrefflich ist es, wenn er seine Wissenschaft philosophisch ergreift und erfäßt, und dadurch in die todte Masse Geist und Leben bringt, allein er darf seine Grenzen als Chemiker nicht überschreiten, da bei ihm das Philosophieren Lachen erregt. Es existieren kaum die nöthigen Gesetze um den ungeheuren Bau dieser Wissenschaft ein wenig zusammen zu leimen, allein dessen ungeachtet wird darauf los systematisiert und Hypothesenkrämerei getrieben, daß einem der Kopf schwindelt. Die Franzosen und Engländer schlagen ganz den entgegengesetz-*

ten Weg ein: hier ist die Wissenschaft blos ein mechanisches Mauerwerk, die quasi mathematische Art, wie man sie behandelt, läßt gar kein Raisonement zu; doch ist sie im Augenblick sehr gut, sie hat in der neueren Zeit die herrlichsten Entdeckungen herbeigeführt, und ist besonders für das Leben von außerordentlichem Nutzen. Die schwedische und jetzt auch die dänische Schule (Berzelius, Oerstedt) schlägt den goldenen Mittelweg ein, und wir haben noch mehr zu erwarten“². Damit skizziert der damals noch junge Liebig seine künftige wissenschaftliche Methode: Exakte Beobachtung ist unabdingbar, jedoch sollen die empirisch gewonnenen Erkenntnisse nicht vereinzelt, sondern im Zusammenhang betrachtet, in Bezug auf das übergeordnete Ganze gesehen werden. Neben diesen grundlegenden methodischen Überlegungen nutzte Liebig seine Zeit bei den französischen Lehrmeistern zu Studien über die Knallsäure, die seinen Namen in der chemischen Welt bekannt zu machen begannen. In Paris wurde Alexander von Humboldt – selbst ein begeisterter Naturforscher – auf den jungen Mann aufmerksam und empfahl ihn an dessen Landesherrn. Großherzog Ludwig I. berief daraufhin den Nachwuchskemiker – Liebig war gerade einmal 21 Jahre alt – zum Professor an die Landesuniversität in Gießen. Hier wirkte Liebig ab 1824 achtundzwanzig Jahre lang und entfaltete seine größte wissenschaftliche Schaffenskraft. Leicht war der Beginn seiner Tätigkeit in Gießen allerdings nicht.

Mit seiner Berufung gelangte der aufstrebende Wissenschaftler an eine typische kleine Landesuniversität, deren Lehrkräfte vornehmlich tradiertes Wissen an die Studierenden weitergaben. Von empirischer Forschung, wie sie Liebig in den Pariser Laboratorien kennen- und schätzen gelernt hatte, war man dagegen an der Lahn noch weit entfernt. Entsprechend gering war das Verständnis der Kollegen für die Bedürfnisse moderner, experimentell arbeitender Naturwissenschaft, die auf eine Mindestausstattung ihrer Institute und regelmäßige finanzielle Zuwendungen angewiesen ist. Nach anfänglichem Zögern stellte man dem Neankömmling das Wachhaus einer ehemaligen Kaserne zur Verfügung, dessen Ausstattung der junge Chemieprofessor überwiegend aus eigenen Mitteln bestreiten musste. In der Rückschau beschrieb Liebig die Anfangssituation treffend damit, dass „*man ihm vier leere Wände statt eines Laboratoriums gegeben habe*“³. Die Arbeitsbedingungen waren mehr als bescheiden. Neben einer Säulenhalle, wo gefährliche Versuche im Freien durchgeführt werden konnten, und einem größeren Laboratorium mit acht bis neun Arbeitsplätzen waren drei Abstellräume und ein kleines Schreibzimmer vorhanden.

Ungeachtet dieser beengten Verhältnisse begann Liebig seine Tätigkeit in Gießen mit besessenem Arbeitseifer und hatte schon bald enorme wissenschaftliche Erfolge vorzuweisen. Sein vornehmliches Interesse galt dem noch weitgehend unerschlossenen und extrem schwierigen Gebiet der organischen Chemie. Durch die Konstruktion des sogenannten Fünf-Kugel-Apparats gelang ihm eine entscheidende Verbesserung der Elementaranalyse, die deren Durchführung erheblich ver-

2 Zitiert nach: Carrière, Moritz, Lebensbilder: Liebig und Platen. Leipzig 1890, S. 293.

3 Brief Liebigs an Justin v. Linde, 12.08.1833, in: Universität und Ministerium im Vormärz. Justus Liebigs Briefwechsel mit Justin von Linde, bearbeitet von Eva-Marie Felschow und Emil Heuser, Gießen 1992, S. 4.

einfachte. Die Bestimmung von Kohlenstoff, Wasserstoff, Sauerstoff und Stickstoff in organischen Verbindungen – bis dahin eine Aufgabe für Spezialisten – wurde zur Routinearbeit. In Liebig's Gießener chemischen Laboratorium wurden zeitweise pro Jahr mehrere hundert Analysen organischer Verbindungen abgeschlossen, was eine bis dahin unvorstellbare Vermehrung des Wissens in kurzer Zeit zur Folge hatte. Liebig und seine Schüler haben durch diese zum ersten Mal in großem Stil durchgeführten empirischen Forschungen der organischen Chemie gleichsam ein neues Gesicht gegeben. Von Anfang an war Liebig bestrebt, seine Forschungsergebnisse zeitnah zu publizieren, was ihm zunehmende Bekanntheit und Anerkennung verschaffte. Da er auf das gemeinsame forschende Lernen mit seinen Studierenden größten Wert legte, reichten die vorhandenen wenigen Arbeitsplätze angesichts der wachsenden Schülerzahl bald nicht mehr aus.

Anfang der 1830er Jahre sah sich Liebig daher gezwungen, sich um eine Erweiterung der Laborräume zu bemühen. Wohlwissend das er an der Universität kaum Unterstützung finden würde, nutzte er seine inzwischen erlangte Reputation und wandte sich direkt an die großherzogliche Regierung, um in der Residenzstadt auf eine Verbesserung seiner Situation zu drängen. In Darmstadt fand er vor allem bei dem Ministerialbeamten und Universitätskanzler Justin von Linde Verständnis. Wie Liebig war auch Linde daran interessiert, die Landesuniversität konkurrenzfähiger zu machen und die Studentenzahlen zu erhöhen. Er begegnete daher den Wünschen des eigenwilligen und so überaus erfolgreichen Wissenschaftlers aufgeschlossener und unvoreingenommener als dies dessen Kollegen vor Ort taten, die den wachsenden Ruhm des Chemikers eher mit Misstrauen und Neid zur Kenntnis nahmen. Trotz der schlechten Finanzlage des hessen-darmstädtischen Staats setzte sich Linde für eine deutliche Vergrößerung des Laboratoriums ein, die in zwei Schritten erfolgte. 1835 wurde ein Anbau nach Südwesten vorgenommen, wodurch Liebig das seit langem gewünschte eigene Arbeitszimmer und ein Privatlabor erhielt. Wenige Jahre später wurde an das vorhandene Laboratorium ein eingeschossiger Querflügel angebaut, der 1840 fertiggestellt war. In ihm wurde ein Pharmazeutisches Laboratorium, eine Bibliothek, ein Analytisches Labor und ein Hörsaal mit 70 Plätzen untergebracht. Vor allem die Einrichtung des Analytischen Labors war für die damaligen Verhältnisse völlig neu und für die Zeitgenossen so ungewöhnlich, dass es in einer Zeichnung festgehalten wurde.

In dem nach seinen Bedürfnissen gestalteten Laboratorium konnte Liebig seinen neuen Lehrstil praktizieren. Er bewirkte eine Revolutionierung nicht nur in der Chemie, sondern auch in angrenzenden naturwissenschaftlichen Fächern. Das gemeinsam arbeitende Forscherteam war als neues Sozialgebilde geboren und war künftig nicht mehr wegzudenken. Mit den meisten seiner Schüler blieb Liebig auch nach deren Gießener Aufenthalt in Verbindung, half ihnen in ihrem weiteren Berufsweg mit Empfehlungsschreiben und nutzte den Kreis zum Austausch von Informationen. Im Gegenzug baute er auf die Unterstützung und Loyalität seiner einstigen Schüler für seine unterschiedlichen Projekte, etwa bei der Erwerbung von Patenten im Ausland oder zur Anknüpfung sozialer Kontakte. So entstand ein weitgespanntes soziales Netzwerk, in dem Liebig als Mittelpunkt mit regem „net-

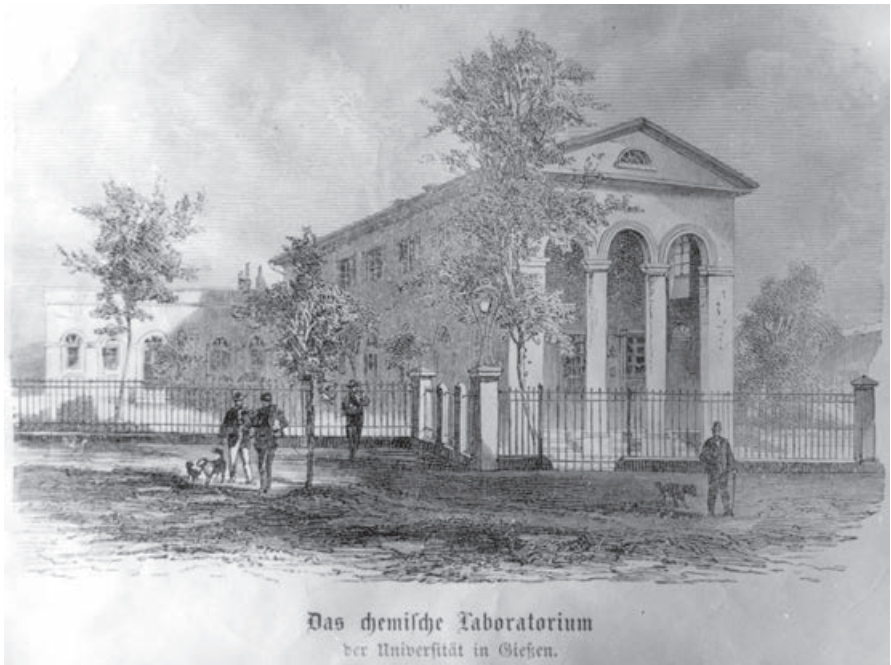


Abb. 2: Das chemische Laboratorium nach der zweiten Erweiterung, um 1840 (Fotosammlung der Universitätsbibliothek Gießen).



Abb. 3: Innenansicht des chemischen Laboratoriums nach der Zeichnung von Trautschold und v. Ritgen, um 1840 (Fotosammlung der Universitätsbibliothek Gießen).

working“ etwas praktizierte, was in unserer modernen Gesellschaft inzwischen für unerlässlich beim Aufbau von Karrieren gilt.

Das neue didaktische Konzept des forschenden Lernens wurde schon bald zum Vorbild für die Gestaltung chemischer Laboratorien nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Der bedeutendste Ableger des Gießener Labors war das 1845 begründete Royal College of Chemistry in London, dessen Leitung der Liebig Schüler August Wilhelm Hofmann übernahm. Es entwickelte sich quasi zu einer Art Gießener Filiale. Auch an der amerikanischen Universität Harvard griff man beim Bau des dortigen Laboratoriums auf das Gießener Modell zurück. Dort war es Liebigs Schüler Eben Norton Horsford, der die Errichtung des Labors initiiert hatte und maßgeblich beeinflusste⁴. So wurde nicht nur Liebigs wissenschaftliche Methode – die durch den Fünf-Kugel-Apparat verbesserte Elementaranalyse –, sondern auch sein Unterrichtsstil wegweisend für die naturwissenschaftliche Forschung der Zukunft.

In Gießen lagen Liebig aber nicht nur die eigenen Arbeitsbedingungen am Herzen, sondern er engagierte sich darüber hinaus vehement in universitätspolitischen Fragen, um an der kleinen Landesuniversität zeitgemäße Veränderungen zu erwirken. Neben einer besseren Ausstattung der wenigen bereits vorhandenen Institute ging es ihm dabei in erster Linie um die Berufung neuer Lehrkräfte. Diese sollte seiner Ansicht nach nicht mehr mit Rücksicht auf verwandtschaftliche Beziehungen erfolgen – wie dies an den frühneuzeitlichen Universitäten die Regel gewesen war –, sondern nach dem wissenschaftlichen Verdienst des Kandidaten. Mit diesem Gedanken war der Chemieprofessor auf der Höhe seiner Zeit, stieß aber bei seinen Gießener Kollegen auf heftigen Widerstand; sie entstammten noch mehrheitlich alten Universitätsgeschlechtern und fürchteten Einbußen ihrer bisherigen Stellung. Ein besonderer Dorn im Auge waren Liebig die Mediziner und hier vor allem die Person des Anatomieprofessors Johann Bernhard Wilbrand, der als Anhänger der spekulativen Methode jedes experimentelle Forschen rundweg ablehnte. Im Februar 1842 unterrichtete Liebig den Universitätskanzler über die für ihn unhaltbaren Zustände in der Medizinischen Fakultät. Am Ende des Briefs hieß es: *„Ich bitte ins Auge zu fassen, daß Balser und Werner bis jetzt noch keine Zeile geschrieben haben, daß Wilbrand und Nebel Invaliden sind, daß Plagge der Spott und Hohn seiner Zuhörer ist und daß wir außer Ritgen Niemanden haben, der über Klein Linden hinaus bekannt ist“*⁵. Die hier genannten Personen waren alle Professoren der Medizinischen Fakultät und das erwähnte Klein-Linden ein Dorf vor den Toren Gießens. Das Gesagte, das von einem im Ausland bestens bekannten Wissenschaftler stammte, war eine vernichtende Kritik. Solche drastischen Schilderungen verfehlten ihren Zweck nicht. Aufgrund seines hohen wissenschaftlichen Ansehens und seines langen Verweilens an der Gießener Universität konnte Liebig in Berufungsangele-

4 In einem Brief vom 04.06.1848 hatte Liebig Horsford genaue Ratschläge zur Gestaltung der Laborräume erteilt: Universitätsarchiv Gießen, Liebig-Depositum Nr. 3155.

5 Brief Liebigs an Justin von Linde, 05.02.1842, in: Universität und Ministerium im Vormärz (wie Anm. 3), S. 149.

genheiten erstaunlichen Einfluss geltend machen. Im Zusammenwirken mit Universitätskanzler Linde realisierte er seine Vorstellungen von der leistungsbezogenen Berufung renommierter Fachvertreter bei der Besetzung von Lehrstühlen in wichtigen naturwissenschaftlichen Fächern (Zoologie, Physik, Botanik) und für Teile der Medizin (Physiologie, Anatomie). Außerdem kam es zu einem Ausbau innerhalb des engeren Fachs Chemie, schon 1841 bzw. 1843 wurden auf Anregung Liebig's Extraordinariate für technologische Chemie und physikalische Chemie eingerichtet, womit völlig neue Forschungsfelder etabliert wurden.

Durch diese Maßnahmen erlebte die Universität Gießen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts einen deutlichen Aufschwung. Nachdem die Studentenzahlen in der Krisenzeit der Napoleonischen Ära sehr niedrig gewesen waren, erhöhte sich die Frequenz seit den 1830er Jahren und betrug im Zeitraum zwischen 1840 und 1850 zwischen 400 und 600 Studierende pro Semester, was knapp 10 % der Gesamtbevölkerung Giessens entsprach. Welche Bedeutung Liebig hierbei zukam, zeigt ein Blick auf das Wintersemester 1842/43. Von den insgesamt 445 Studenten waren 42 im Fach Chemie immatrikuliert, das zwei Jahrzehnte zuvor noch kaum als eigenständiges Studienfach anerkannt gewesen war. Unter diesen 42 Chemiestudenten befanden sich 18 Ausländer, darunter vor allem Engländer, Franzosen und Schweizer. Von den übrigen 403 Gießener Studenten dieses Wintersemesters stammten lediglich sechs aus nichtdeutschen europäischen Staaten, was die Anziehungskraft des Chemieprofessors gerade für die Gewinnung ausländischer Studierender unterstreicht⁶. Einer der ersten bei Liebig studierenden Ausländer war der Sohn seines einstigen Lehrers Gay-Lussac. Mit seinen Fortschritten auf dem Gebiet der organischen Chemie hatte Liebig maßgeblich dazu beigetragen, dass Paris seine führende Position als Wissenschaftsstandort allmählich verlor. Angehende Naturwissenschaftler zogen künftig eine Ausbildung in den Laboratorien deutscher Universitäten vor, wobei vom Gießener Labor eine besondere Strahlkraft ausging. Der englische Gelehrte Williamson brachte dies 1847 auf den Punkt als er sagte, Gießen sei „*the only place where there is a true spirit of research in the present day*“⁷. Dies war nun wahrlich ein Kompliment für die Universität an der Lahn.

Überhaupt war es die angelsächsische Welt, in der Liebig eine ungeahnte Popularität erlangen sollte. In Großbritannien waren es zuerst die schottischen Universitäten Edinburgh und Glasgow, die die Bedeutung der Naturwissenschaften für den Prozess der Industrialisierung erkannten und ihr Augenmerk auf die Entwicklung der Chemie auf dem Kontinent richteten. Der Glasgower Chemieprofessor Thomas Thomson kannte Liebig aus dessen Schriften und lud ihn ein, auf der Versammlung der „British Association for the Advancement of Science“ in Liverpool einen Vortrag zu halten. Diese Vereinigung hielt bereits jährlich solche Tagungen zum Wissensaustausch vor allem in naturwissenschaftlichen

6 Zu den genannten Zahlen vgl. Personenbestandsverzeichnis der Universität Gießen für das Wintersemester 1842/43.

7 Zitiert nach: Busse, Neill, Der Meister und seine Schüler. Das Netzwerk Justus Liebig's und seiner Studenten. Hildesheim 2015, S. 31.

Fragen ab. Der Gießener Chemiker nahm die Einladung an und reiste im Sommer 1837 das erste Mal auf die britische Insel. Seine Reise ging von Hull über York und Leeds nach Manchester und schließlich weiter nach Irland und Schottland. Dabei lernte er nicht nur die Eisenbahn kennen, die für ihn „so schnell war als ein Vogel fliegen kann“⁸, sondern auch eine Reihe britischer Chemiker und Industrieller – etliche wertvolle Kontakte knüpften ehemalige Schüler für ihn – und besichtigte die unterschiedlichsten Fabriken. Vom Ausmaß der Industrialisierung war Liebig überwältigt – etwas Vergleichbares gab es in seiner Heimat nicht –, Manchester mit seinen Dampfmaschinen und rauchenden Schornsteinen sah für ihn aus „wie die Hölle“⁹. Zugleich erhielt er einen Eindruck von den großzügigen Agrarflächen, die bewirtschaftet wurden. Anders als in den Ländern des Deutschen Bundes, wo der bäuerliche Kleinbetrieb noch vorherrschend war, basierte die englische Landwirtschaft auf riesigen Landgütern, die in den Händen von Großgrundbesitzern lagen. Aus dem Gesehenen zog Liebig schon bald weitreichende Schlüsse.

Nach seiner Rückkehr verlagerte Liebig den Schwerpunkt seiner Forschungen auf Untersuchungen des Stoffwechsels der Pflanzen und Tiere sowie auf den Bereich der physiologischen Chemie, d.h. er wandte seine gewonnenen Erkenntnisse in der organischen Chemie auf die Landwirtschaft und auf die Medizin an. Aus Artikeln in der führenden medizinischen Zeitschrift „Lancet“ war Liebig bekannt, dass sich anders als in Deutschland englische Mediziner schon sehr für Fragen des Stoffwechsels interessierten. Auch daraus suchte der Chemiker nun für sich Kapital zu schlagen. Im Abstand von zwei Jahren publizierte er seine beiden Hauptwerke. 1840 die sogenannte „Agricolturaemie“ („Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agriculture und Physiologie“) und 1842 die sogenannte „Thierchemie“ („Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Physiologie und Pathologie“). Da Liebig sich von diesen beiden Schriften vor allem eine Resonanz in Großbritannien erhoffte, ließ er von seinem Freund und Schüler Lyon Playfair noch von den Korrekturfahnen der deutschen Ausgabe der „Agricolturaemie“ eine englische Übersetzung anfertigen. Die deutsche Ausgabe erschien 1840 im August, die englische folgte bereits im September. Auch von der „Thierchemie“ erschien kurz nach der deutschen Ausgabe die englische. Liebig war einer der ersten deutschen Wissenschaftler, die auch in englischer Sprache publizierten. Er steht damit am Beginn einer Entwicklung, an deren Ende Englisch zur Sprache der Naturwissenschaften schlechthin geworden ist. Und Liebig hatte sich nicht getäuscht, mit seinen beiden Werken rannte er in Großbritannien offene Türen ein. Als er Anfang September 1844 zum dritten Mal die Insel betrat, um an der Tagung der „British Asso-

8 In einem Brief vom 16.08.1837 berichtete Liebig seiner Frau von Dublin aus, dass seine zweite Seereise hinter ihm lag und erwähnte darin: „Von Manchester nach Liverpool ging es in 37 Minuten mit der Eisenbahn, so schnell als ein Vogel fliegen kann“. Judel, Günther Klaus, Justus Liebig in Großbritannien. Justus Liebig's Briefe aus Großbritannien an seine Frau Henriette. Gießen 2003. S. 7.

9 Brief Liebig's an seine Frau Henriette, Manchester, 09.08.1837: Judel, Günther Klaus, Justus Liebig in Großbritannien (wie Anm. 8), S. 3.

ciation“ in York teilzunehmen, war er eine allseits bekannte Persönlichkeit und es schlug ihm eine Welle der Bewunderung entgegen. Im weiteren Verlauf der Reise wurde ihm zu Ehren in Glasgow ein „Public Dinner“ mit 300 geladenen Gästen veranstaltet, bei dem sich die britische Upper Class – Parlamentsmitglieder, Generäle, hochrangige Geistliche, Professoren – ein Stelldichein gab. Liebig war auf dem Höhepunkt seines Ruhms in Großbritannien angelangt.

Allerdings war dieser Ruhm nicht allein auf seinen Schultern gewachsen. In seiner „Agricurchemie“ hatte sich Liebig mit dem Wachstum der Pflanzen beschäftigt und die sogenannte Mineralstofftheorie aufgestellt, wonach die wahren Nährstoffe der Pflanzen Mineralien sind und nicht der Humus. Diese Erkenntnis war aber keineswegs neu, der Agrarwissenschaftler Carl Sprengel hatte dies bereits 1826 formuliert. Und Liebig kannte die fragliche Publikation von Sprengel. Im März 1840 hatte der Chemiker seinem Verleger Vieweg die Veröffentlichung der „Agricurchemie“ angekündigt und dabei vorausschauend bemerkt: „Sprengel wird gewaltige Gesichter schneiden“¹⁰. Liebig hatte also ganz bewusst die Forschungsergebnisse eines Kollegen übernommen, ohne ihn explizit zu erwähnen. Interessanterweise hat er in der zweiten Auflage der englischen Ausgabe der „Agricurchemie“ die Priorität Sprengels in Bezug auf die Mineralstofftheorie klar eingeräumt, aber diese Rehabilitierung Sprengels wurde nur für den englischsprachigen Raum vorgenommen. In den deutschen Auflagen der „Agricurchemie“ ist dies nicht nachweisbar. Diese geschickte Publikationsstrategie führte dazu, dass Liebig in Deutschland künftig als der Begründer der Mineralstofftheorie und als Vater des Kunstdüngers galt. Selbst heute noch ist diese Ansicht anzutreffen. Erst die Publikationen Liebigs und seine zugespitzten Formulierungen hatten den Ideen Sprengels den entscheidenden Durchbruch gebracht, dieses Verdienst konnte sich der umtriebige Chemieprofessor zuschreiben. Auch wissenschaftliche Erkenntnis braucht Publicity, um wirksam werden zu können.

Den von ihm entwickelten Patentdünger ließ Liebig von dem englischen Fabrikanten James Muspratt produzieren und im Herbst 1845 auf den Markt bringen. Der erwartete Gewinn bei diesem Geschäft blieb aber aus, da sich die Sache wegen falscher Annahmen über die Löslichkeit der Bestandteile als Flop erwies. Die englischen Landwirte, die große Hoffnungen auf den Dünger gesetzt hatten, sahen sich getäuscht und es kam zu jahrelangen erbitterten Disputen zwischen Liebig und seinen britischen Gegnern. Aber weder dieser Misserfolg noch das Plagiat konnten Liebigs Renommée im Königreich ernstlich schmälern. 1845 wurde ihm die Leitung des neu eröffneten Royal College of Chemistry in London angeboten, das den Zustand der Chemie in England heben sollte. Liebig verzichtete zugunsten seines Schülers August Wilhelm Hofmann, der dann in dieser Stellung 20 Jahre lang die Ideen seines Lehrers publik machte. Auf seinen beiden letzten Englandreisen 1851 und 1855 wurde Liebig die hohe Ehre zuteil, von Queen Victoria auf deren schottischen Landsitz Balmoral und nach Osborne House auf der Insel Wight eingeladen

10 Liebig an Vieweg, 17.03.1840: Justus von Liebig, Briefe an Vieweg, hrsg. und bearbeitet von Margarete und Wolfgang Schneider, Braunschweig 1986, S. 93.

zu werden. Der Chemiker war in den höchsten Kreisen angekommen und war sich dessen sehr wohl bewusst. An seine Frau Henriette schrieb er: *„Es ist mir die seltnre Ehre geworden an den königlichen Hof eingeladen zu werden. Der Sohn des Kaufmanns in Darmstadt wird an dem Tische der mächtigsten Königin Europas sitzen!“*¹¹.

Bei seinen britischen Gastgebern hatte Liebig in deren Privathäusern englischen Lebensstil kennengelernt, wovon er tief beeindruckt war. Seine weitaus bescheideneren Gießener Lebensumstände suchte er in den 1840er Jahren durch die Aneignung englischer Gepflogenheiten etwas exklusiver zu gestalten. Er brachte aus Großbritannien verschiedene Genuss- und Luxusartikel mit – z.B. Tee, irischen Schnupftabak, Chesterkäse oder Kaschmirschals für seine Frau –, die seiner Gießener Lebensführung einen Hauch des Besonderen gaben. Dabei übernahm er sogar die Gewohnheit englischer Fabrikanten, die Ansicht der eigenen Fabrik als Briefkopf der Geschäftspapiere zu verwenden. Im Fall des Chemieprofessors war es freilich keine Firma, sondern es war sein Institut, das Gießener chemische Laboratorium, dessen Abbildung er auf seinem Briefpapier vorzeigte. Bei seinen Gießener Kollegen, die zu diesem Zeitpunkt meist noch nicht über ein eigenes Institut verfügten, dürfte dies gehöriges Aufsehen und Neid erregt haben.

Und noch etwas hatte Liebig bei seinen Auslandsaufenthalten wahrgenommen: die Verleihung von Adelstiteln an herausragende Wissenschaftler. Hier wollte er nicht zurückstehen und setzte alles daran, seine eigene Erhebung in den Adelsstand zu erreichen. Er brachte dazu seine guten Beziehungen zu dem einflussreichen Ministerialbeamten Linde ins Spiel. Im Juli 1845 teilte er diesem mit: *„Man hat Thénard in Paris zum Baron, Gay Lussac ebenfalls sowie zum Pair de France, Humphry Davy in London zum Baronet, Berzelius in Stockholm zum Baron gemacht, lauter Chemiker, und ich würde dieße Auszeichnung als die größte, dauerndste und würdigste Anerkennung ansehen, aber mein Theuerster der einfache Adel genügt mir nicht, wenn es nicht möglich ist, den Freiherrn durchzusetzen, da lassen Sie die Angelegenheit fallen“*¹². Aber Linde verschaffte dem Anliegen beim Großherzog Gehör und wenige Monate später – am 29. Dezember 1845 – wurde Liebig in den Freiherrnstand des Großherzogtums Hessen erhoben. Ab diesem Zeitpunkt unterzeichnete er seine Briefe stets mit Justus von Liebig. Jedoch erscheint diese Auszeichnung nicht ganz so glanzvoll, wenn man weiß, wie sie zustande kam.

Wie schon bei der „Agricurchemie“ und der „Thierchemie“ deutlich wurde, ging Liebig bei seinen Publikationen äußerst geschickt vor, um eine möglichst große Wirkung zu erzielen. Im Umgang mit den damaligen Mitteln der Publizistik brachte er es zu einer wahren Meisterschaft. Als ihm im Jahr 1830 die Mitherausgeberschaft bei der Fachzeitschrift „Magazin der Pharmacie“ angeboten wurde, griff er sofort zu. Er eröffnete sich damit ein Forum, das es ihm ermöglichte, seine Forschungsergebnisse und diejenigen seiner Schüler umgehend der Öffentlichkeit

11 Brief Liebigs vom 27.09.1851: Judel, Günther Klaus, Justus Liebig in Großbritannien (wie Anm. 8), S. 108.

12 Liebig an Justin von Linde, 14.07.1845, in: Universität und Ministerium im Vormärz (wie Anm. 3), S. 225 f.



Gießen 18 Dec. 47.

Mein theuerster Luise, wenn die Mutter L. Hofmann
 uns morgen Abend, wie es bei uns ^{ganzes Jahr} so
 gerne abwarten werden, so wird es so durch Brief
 mitgeteilt sein, so aber möchte ich in dem Brief
 stehen mit dir bei dir in der Sache bringen
 lassen, ob es meine Genehmigung zu dir mein Lieb
 davon mitzuziehen sich vorzuziehen sei. Denn bei
 dir ist es doch in der Sache selbst mit mir
 fällt so sehr in die Freiheit zu verlassen
 so ist es fast morgen mein volles Gedachte wird
 und so ist mit dem vollem Geist in mein Gemüthe
 und mit dir beifolgt sein, wie die große Befreyung
 auf wird aus der Luft.

Es versteht sich so ist die große Befreyung in seine Hilfe
 sein Danken und dir mit freudigen Können.
 die Befreyung sein in meinem Beruf so
 mein Herz ist dem; ich glaube wenig dem
 ist heute wenig auf meine Zeit freudigen Können werden

Abb. 4: Brief Liebig's an Luise Kekulé, im Briefkopf die Ansicht des chemischen Laboratoriums in Gießen, 18.12.1847 (Universitätsarchiv Gießen, Liebig-Depositum Nr. 330).

seines Fachs zu präsentieren. Spätestens seit 1837 war Liebig im Herausgebergremium federführend, was sich auch im neuen Titel des Blatts niederschlug. Ab 1832 erfolgte die Umbenennung in „Annalen der Pharmacie“, ab 1840 in „Annalen der Chemie und Pharmacie“. In kurzer Zeit entwickelten sich die „Annalen“ unter der Ägide Liebigs zu einer der einflussreichsten chemischen Zeitschriften des 19. Jahrhunderts. Liebig nutzte das Blatt insbesondere zur Verbreitung seiner eigenen Ansichten, aber auch zu rigoroser Kritik an den Arbeiten von Kollegen. Bei seinem Eintritt in die Redaktion hatte er dem Titel der Zeitschrift hinzufügen lassen „in Verbindung mit einer Experimental-Kritik“. Und dies machte Liebig zum Programm. Wenn zum Abdruck eingereichte Manuskripte nach seiner Einschätzung Fehler enthielten, druckte er sie dennoch ab, aber stets mit einem nachgestellten Kommentar aus seiner Feder, der allzu oft persönlich verletzend und polemisch überspitzt ausfiel. Der temperamentvolle Chemiker konnte hier seiner Streitlust die Zügel schießen lassen. Sein Freund Berzelius, mit dem Liebig des öfteren Kontroversen ausfocht, gab ihm den Rat: „*Sie haben mich in die persönliche Lage versetzt, mich gegen einen so geschätzten Freund wie Sie öffentlich verteidigen zu müssen. Bester Liebig, ich spreche dieses ohne die geringste Spur von Groll zu begeben, Sie müssen aufhören chemischer Scharfrichter zu seyn*“¹³. Aber diese Vorhaltungen fielen auf keinen fruchtbaren Boden. Nicht nur durch seine aufsehenerregenden Forschungsleistungen, sondern mehr noch durch seine überschäumende Kritik steigerte Liebig seine Bekanntheit in der Fachwelt. Die Publikationstätigkeit des produktiven Chemikers beschränkte sich keineswegs auf die von ihm herausgegebenen „Annalen“, sondern eine Vielzahl seiner Abhandlungen erschien in Fachzeitschriften des In- und Auslands. Ein weiteres wichtiges Publikationsorgan für die Liebig-Schule war das „Handwörterbuch der reinen und angewandten Chemie“. Von insgesamt neun Bänden erschienen die ersten sechs zwischen 1842 und 1854 unter der Herausgeberschaft von Liebig, Poggendorf und Wöhler. Das „Handwörterbuch“, das in der Anfangszeit maßgeblich von Liebig geprägt war und an dem zahlreiche seiner Schüler als Bearbeiter einzelner Artikel beteiligt waren, wurde zum wichtigsten Nachschlagewerk für die Fachkollegen und übte entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Fachs aus.

Eine neue Plattform zur Verbreitung seiner Ideen bot sich Liebig im Jahr 1841. Auf Anregung des Verlegers Cotta erklärte er sich bereit, in sogenannten „Chemischen Briefen“ in allgemein verständlicher Form über Fortschritte in den Naturwissenschaften in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ zu berichten, dem damals führenden Blatt des Bildungsbürgertums mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren. Liebig war keineswegs der Erste oder der Einzige, der eine Popularisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Angriff nahm, aber er trug einen maßgeblichen Teil dazu bei. Mit seinen „Chemischen Briefen“ gab er nicht nur wich-

13 Zitiert nach: Lemmerich, Jost, Wissenschaftlicher Streit als Lebenselixier – Liebig als Verfechter seiner Ideen, in: Justus Liebig (1803–1873). Der streitbare Gelehrte. Ausstellung der Justus-Liebig-Universität Gießen zum 200. Geburtstag von Justus Liebig. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen 2003, S. 55.

tige Impulse für die Chemie, sondern auch für die Agrarwissenschaften und für die Medizin. Der sich rasch einstellende Erfolg seiner populärwissenschaftlichen Texte, die sich durch einen besonders klaren Stil auszeichneten, überraschte selbst Liebig, der sie anfänglich nur anonym hatte veröffentlichen lassen. 1843 brachte er sie erstmals in Buchform in englischer Sprache auf den Markt, 1844 folgte im Verlag Winter in Heidelberg die deutsche Ausgabe. Zu Lebzeiten Liebig's erschienen die „Chemischen Briefe“ in etwa 50 Auflagen in 13 Ländern, davon allein elf in Italien und acht in Großbritannien. Bis 1845 gab es Ausgaben in allen großen europäischen Sprachen. Damit erreichte dieses Werk eine unglaubliche Breitenwirkung. Adressat der „Briefe“ war die gebildete Welt, waren die Entscheidungsträger und Meinungsbildner in Politik, Verwaltung, Industrie und Landwirtschaft. Einmal mehr suchte Liebig mit diesem Medium seinem zentralen Anliegen Nachdruck zu verleihen, die Bedeutung naturwissenschaftlicher Forschung für die Förderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts in das allgemeine Bewusstsein zu bringen und so das Interesse an den naturwissenschaftlichen Disziplinen zu steigern.

Bereits einige Jahre zuvor war Liebig in dieser Hinsicht aktiv geworden und hatte sein universitätspolitisches Engagement über die Universität Gießen hinaus auf übergeordnete Zusammenhänge konzentriert. In zwei Streitschriften von 1838 und 1840, die er gegen die Verhältnisse in den beiden größten deutschen Staaten Österreich und Preußen richtete, hatte er erstmals versucht, die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit auf das Fach Chemie und auf die Ausbildung angehender Chemiker zu lenken. In seiner Attacke gegen Österreich erörterte er den Wert der Chemie für die industrielle Produktion und verband diese Ausführungen mit einer heftigen Kritik an den österreichischen Chemikern, die seiner Ansicht nach miserable Wissenschaftler waren und ihre Schüler nicht zu eigener Forschungstätigkeit anleiten konnten. Von weitaus grundsätzlicher Natur war die auf Preußen abzielende Streitschrift, in der Liebig den Stellenwert der Naturwissenschaften für die Bildung des Menschen und für die Zivilisation hervorhob. Die Ursache für die Geringschätzung der naturwissenschaftlichen Disziplinen in Preußen lag seiner Einschätzung nach in der dortigen Dominanz der Geisteswissenschaften. Anders als in Gießen, wo durch Liebig's Einflussnahme die Naturwissenschaften früher als andernorts einen erheblichen Aufschwung erfahren hatten, wurde an den preußischen Universitäten der von Wilhelm von Humboldt propagierte Gedanke von der Einheit der Forschung und Lehre vorwiegend im Unterricht der philologischen Fächer umgesetzt. Während Liebig in Bezug auf Österreich die Lehrer der Chemie angegriffen hatte, wandte sich seine Kritik in Preußen gegen die dortige Regierung. Seine Vorwürfe waren wie immer sehr harsch formuliert und es erstaunt, mit welchem ungeheuren Selbstbewusstsein der hessen-darmstädtische Professor seine Meinung kundtat; hatte er sich doch nicht irgendeinen Gegner, sondern den in der deutschen Bildungspolitik führenden preußischen Staat ausgesucht. Wie von Liebig beabsichtigt löste er mit seinen beiden Abhandlungen eine Fülle von Debatten aus, die zeigten, dass er aktuelle Probleme angesprochen hatte. Aber im Falle Preußens blieb eine offizielle Erklärung des eigentlichen Adressaten,

des dortigen Kultusministeriums, aus. Man hatte hier Liebig's einseitige antiphilologische Polemik offenbar sehr übel aufgenommen. Erst zwanzig Jahre später war man in Preußen zu einer großzügigeren Ausstattung der naturwissenschaftlichen Institute bereit. Anders fiel die Reaktion in Österreich aus. Die österreichische Regierung nahm die geäußerte Kritik in unerwarteter Weise ernst und bemühte sich 1840 Liebig für eine Professur an der Universität Wien zu gewinnen, um den dortigen Chemieunterricht nach dem Gießener Vorbild zu reformieren. Aber der Chemiker entschied sich für einen Verbleib in Gießen, schon 1837 hatte er einen Ruf nach St. Petersburg abgelehnt. Und die Regierung in Darmstadt dankte es ihm. Nachdem bereits bis 1835 sein ursprüngliches Ordinariengehalt von 800 Gulden auf 1.250 Gulden aufgestockt worden war, erhöhten sich seine Bezüge nach der Ablehnung der beiden Rufe auf 1.650 Gulden bis zuletzt auf 3.200 Gulden. Aus dem jungen Wissenschaftler, der 1824 als Außenseiter nach Gießen gekommen war, war der bestbezahlte Professor der Landesuniversität geworden. Es verwundert daher nicht, dass er auch den schon erwähnten Ruf nach London nicht annahm.

Aber das Blatt begann sich zu wenden. Nach dem Ausscheiden des Ministerialbeamten Linde im Jahr 1847 aus dem hessen-darmstädtischen Staatsdienst scheint Liebig keinen vergleichbar entgegenkommenden Ansprechpartner mehr in der Landesregierung gefunden zu haben. Die Bleibeforderungen, die er anlässlich eines Rufs an die Universität Heidelberg 1851 stellte, wurden nur zum Teil erfüllt. Um den drohenden Weggang des bekannten Chemieprofessors abzuwenden, entsandte die Stadt Gießen, deren Bürgerschaft die Attraktivität Liebig's für die Universität und die damit verbundenen finanziellen Vorteile wohl zu schätzen wusste, eine Deportation nach Darmstadt. Liebig, der 1840 mit der Gießener Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet worden war und einen Wechsel nach Heidelberg offenbar nicht ernsthaft in Erwägung gezogen hatte, hielt der Stadt an der Lahn noch einmal die Treue. Erst ein Jahr später – 1852 – entschloss er sich, seinen langjährigen Gießener Wirkungskreis aufzugeben und einer Berufung an die Universität München zu folgen. Hauptbedingung für einen Wechsel in die bayerische Hauptstadt war für Liebig die möglichst weitgehende Entbindung von Lehrverpflichtungen, um dem kräftezehrenden Unterrichtsbetrieb im Laboratorium zu entkommen und mehr Zeit für eigene Arbeiten zu erhalten. Weitere Forderungen waren der Neubau eines chemischen Laboratoriums mit entsprechend großzügiger Ausstattung und ein üppiges Gehalt. Da König Maximilian II. ein hohes Interesse an der Förderung der Naturwissenschaften hatte und ihm daher besonders viel an der Gewinnung des international anerkannten Wissenschaftlers lag, ging er trotz der hohen Kosten auf alle Wünsche Liebig's ein. Dieser nahm im Juni 1852 den ehrenvollen Ruf an die Universität München an. Im darauffolgenden Wintersemester 1852/53 begann Liebig seine Tätigkeit an der neuen Wirkungsstätte, wo sich seinem Geltungsdrang völlig neue, bis dahin ungeahnte Perspektiven eröffneten. Mit einem jährlichen Gehalt von 5.000 Gulden und wesentlich angenehmeren Arbeitsbedingungen war er erheblich bessergestellt als in Gießen. Das bisherige Münchner chemische Laboratorium hatte man zu einem großzügigen Wohnhaus für Liebig umgebaut. Daneben befand sich der von ihm geforderte Laboratoriums-

neubau, der zu jener Zeit der am besten ausgestattete in Deutschland gewesen sein dürfte. Er enthielt im Zentrum den sogenannten Liebigschen Hörsaal, der bis zu 300 Personen aufnehmen konnte. Hier fanden Liebigs vielbeachtete Vorlesungen und die von ihm initiierten Abendvorträge statt, mit denen ein breites bürgerliches Publikum – darunter auch Damen – mit der Welt der Chemie bekannt gemacht wurde.



Abb. 5: Wohnbaus von Justus Liebig in München, rechts dahinter der Neubau des chemischen Laboratoriums (Lithografie 1864, Privatbesitz).



Abb. 6: Ansicht des Wohnhauses von Justus Liebig in München, links daneben das chemische Laboratorium, undatiert (Fotografie, Universitätsarchiv Gießen, Liebig-Depositum Nr. 473).

Zu den Verbesserungen im engeren Tätigkeitsbereich kamen die äußerst günstigen Rahmenbedingungen an der Universität München, die sich seit ihrer im Jahr 1826 erfolgten Verlegung von Landshut in die bayerische Hauptstadt eines umfassenden Ausbaus erfreute. Unter König Max II. trat sie in eine neue Ära der Wissenschaftsentfaltung ein und wuchs zur bedeutendsten deutschen Hochschule neben Berlin heran. Dies spiegelt sich u.a. in den Studentenzahlen, die im Sommersemester 1852 in München bei etwa 1.900 Studenten, in Berlin bei knapp 1.600 Studenten und im wesentlich kleineren Gießen bei annähernd 400 Studenten lagen. Liebig hatte nicht nur einen neuen Wirkungskreis, er hatte eine neue Welt betreten.

An der Universität München gehörte der Chemieprofessor zu den prominentesten Mitgliedern der von Max II. berufenen Gruppe auswärtiger renommierter Wissenschaftler und Literaten, die das Niveau der Hochschule weiter heben und das kulturelle Leben der Residenzstadt beleben sollte. Durch seinen vertrauten Umgang mit dem König und die regelmäßige Teilnahme an den Abendunterhaltungen bei Hofe, den sogenannten Symbiosen, hatte Liebig eine außerordentlich einflussreiche Stellung inne. Hier waren es nicht Regierungsbeamte, sondern der Monarch selbst, dem er seine wissenschaftspolitischen Vorstellungen unterbreiten konnte. Auch in München waren es vor allem Berufungen, die Liebig interessierten und in deren Entscheidungsprozess er auf den König einwirkte. Für den Ausbau der naturwissenschaftlichen Disziplinen konnte er auf diese Weise viel erreichen. Als er am 15. Dezember 1859 von Maximilian II. zum Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ernannt wurde, war der Chemieprofessor auf dem Glanz- und Höhepunkt seiner Karriere angekommen. Er war – wie es Peter Moraw einmal formulierte – zum „*Herrscher seiner Wissenschaft*“ geworden¹⁴. Diese neue öffentlichkeitswirksame Plattform nutzte Liebig in gewohnter Manier zur Propagierung der Bedeutung der Naturwissenschaften und griff damit auf die Überlegungen zurück, die er bereits in seiner Streitschrift über den Zustand der Chemie in Preußen thematisiert hatte.

In seinen Münchner Jahren trat Liebig als Repräsentant der Wissenschaften auf, war aber selbst kaum noch forschend tätig. Sein Interesse konzentrierte sich nun verstärkt auf die praktische Anwendung seiner Forschungsergebnisse und auf deren Vermarktung. Mit der Entwicklung des Patentdüngers hatte er auf diesem Gebiet einen ersten, wenn auch missglückten Versuch unternommen. Seit den 1850er Jahren bemühte er sich mit weiteren Verfahren – der Herstellung von Spiegeln, von Säuglingsnahrung, Kaffeeextrakt oder Backpulver – einen Gewinn zu erwirtschaften, was sich aber alles als Fehlschlag erwies. Lediglich der auch heute noch bekannte Fleischextrakt, der nach Liebig's Rezeptur in Südamerika in großem Stil produziert wurde, brachte den erhofften geschäftlichen Erfolg. Bei der Vermarktung dieses Produkts legte Liebig großen Wert auf die Bezeichnung „Liebig's

14 So der Titel einer von Moraw herausgegebenen Publikation: Justus Liebig (1803–1873). *Herrscher seiner Wissenschaft*, hrsg. von Peter Moraw, Gießen 2006.

Fleischextrakt“, um mit seinem bekannten Namen den Verkauf werbewirksam zu steigern. In Punkto Reklame war er den Zeitgenossen voraus.

Mit dem Tode König Max II. im Jahr 1864 begann die bevorzugte Stellung Liebigs bei Hofe zu schwinden, zum Nachfolger Ludwig II. gab es keine engeren Kontakte mehr. Dennoch konnte Liebig in seinen letzten Lebensjahren auf eine beachtliche Lebensleistung zurückblicken: auf die Etablierung des Fachs Chemie im Fächerkanon der Universitäten und auf die erfolgreiche mediale Popularisierung der Naturwissenschaften, auf die Anerkennung des Berufs des Chemikers und dessen errungenen gesellschaftlichen Rang, auf die Entstehung neuer Forschungsfelder durch Spezialdisziplinen der Chemie, auf den Aufbau eines einflussreichen sozialen Netzwerks, das Mitglieder im In- und Ausland umfasste und – nicht zuletzt – auf die gelungene Vermarktung der eigenen Person. Seine herausgehobene Position in der Münchner Gesellschaft und sein Amt als Akademie-Präsident behielt Liebig bis zu seinem Tod im April 1873.

In Gießen halten zwei Institutionen die Erinnerung an den berühmten Chemiker wach. Zum einen ist dies die Liebig-Gesellschaft, die das ehemalige chemische Laboratorium seit 1911 zum Museum umgestaltet und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Im Frühjahr 2023 wurde dem Liebig-Museum eine besondere Auszeichnung zuteil, ihm wurde als erster Einrichtung in Deutschland der „Historical Landmarks Award“ von der European Chemical Society verliehen. Damit ist auf internationaler Ebene anerkannt worden, welche Bedeutung das Laboratorium für die Wissenschaftsgeschichte hat, führt es doch in ziemlich einzigartiger Weise die Anfänge experimenteller Naturwissenschaft anschaulich vor Augen. Für die Liebig-Gesellschaft ist diese Auszeichnung ein wichtiges Signal, in ihren Bemühungen für den Erhalt des Gebäudes auch in Anbetracht des im Dezember 2022 entstandenen Brandschadens im Hörsaal und der damit verbundenen hohen Renovierungskosten nicht nachzulassen. Die zweite Einrichtung ist die Universität Gießen, die seit 1946 Justus Liebig zu ihrem Namensgeber gewählt hat, bis dahin hieß sie nach ihrem Gründer Landgraf Ludwig V. von Hessen-Darmstadt Ludwigs-Universität bzw. latinisiert „Ludoviciana“. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnte die Universität zunächst nur in reduzierter Form als „Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin“ fortbestehen und mit dem neuen Namenspatron hofften die Verantwortlichen im Senat die lange Wissenschaftstradition der untergegangenen Ludwigs-Universität nicht völlig in Vergessenheit geraten zu lassen. Und wofür könnte Liebig heute stehen? In Zeiten zunehmend grassierender fake news ist es wichtiger denn je, dass die Hochschulen ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse publik machen und für notwendige Diskurse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung stellen. Ein Blick auf Liebig, dessen lebenslanges Credo es war, als Wissenschaftler in die Öffentlichkeit hineinzuwirken und eine Beziehung zwischen Wissenschaft einerseits und Politik und Gesellschaft andererseits herzustellen, kann hier durchaus Orientierungshilfe sein.

Literatur:

Brock, William H., Justus von Liebig. Eine Biographie des großen Wissenschaftlers und Europäers. Braunschweig, Wiesbaden 1999.

Busse, Neill, Der Meister und seine Schüler. Das Netzwerk Justus Liebig und seiner Studenten. Hildesheim 2015.

Felschow, Eva-Marie, „*An der Universität ist Misere an der Tagesordnung*“ – Liebig's zwiespältiges Verhältnis zur Ludoviciana, in: Justus Liebig (1803–1873). Herrscher seiner Wissenschaft, hrsg. von Peter Moraw, Gießen 2006, S. 63–78.

Haaser, Rolf, Hinter Nebeln winkend. Justus Liebig und die Dichter, in: Kalender kleiner Innovationen. 50 Anfänge einer Moderne zwischen 1755 und 1856. Für Günter Oesterle, hrsg. von Roland Borgard, Almuth Hammer und Christiane Holm, Würzburg 2006, S. 373–380.

Justus Liebig (1803–1873). Ausstellung der Justus-Liebig-Universität Gießen zum 200. Geburtstag von Justus Liebig. Ausstellungskatalog, 3 Bde. (Bd. 1: Der streitbare Gelehrte, Bd. 2: Seine Zeit und unsere Zeit. Chemie – Landwirtschaft – Ernährung, Bd. 3: Die „Chemischen Briefe“. Zur Popularisierung von Wissenschaft im 19. Jahrhundert), hrsg. vom Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen 2003.

Lind, Carsten, Justus Liebig in Gießen, Deutschland und Europa, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 54, 2004, S. 177–196.

Lind, Carsten, „*Greeted with loudest plaudits*“. Justus Liebig in Großbritannien, in: Justus Liebig (1803–1873). Herrscher seiner Wissenschaft, hrsg. von Peter Moraw, Gießen 2006, S. 79–91.

Thimm, Utz, Chemie braucht Reklame, in: Justus Liebig (1803–1873). Herrscher seiner Wissenschaft, hrsg. von Peter Moraw, Gießen 2006, S. 119–131.

Universität und Ministerium im Vormärz. Justus Liebig's Briefwechsel mit Justin von Linde, bearbeitet von Eva-Marie Felschow und Emil Heuser, Gießen 1992.

Justus von Liebig und die schöne Literatur

ROLF HAASER

*„[...] man kann aber zuletzt nicht immer arbeiten.“
Justus Liebig an Georg von Cotta (Gießen, 1. Febr. 1844)*

I. Angebliche Poesiefeindlichkeit des Wissenschaftlers Liebig

Dass Liebig sich zeitlebens einer schier übermenschlichen Arbeitsbeanspruchung aussetzte, ist ein bekannter Topos der Liebig-Biographik. Was insbesondere seine literarische Produktivität als Naturwissenschaftler angeht, so wurde in der Liebigforschung weitaus seltener bemerkt, dass der vielbeschäftigte Chemiker dennoch auch immer bestrebt war, sich einen Zugang zu einem literarischen Feld offen zu halten, das mit seiner beruflich bedingten schriftstellerischen Beschäftigung nur wenig gemein zu haben schien. Die einschlägige Forschung hat diesen für viele vielleicht überraschenden Aspekt, der den Hauptgegenstand des vorliegenden Beitrags ausmacht, weitgehend übersehen und sich jedenfalls nur selten oder gar nicht näher damit befasst.

Verfasser dieses hat bereits an einem anderen Ort¹ darauf hingewiesen, dass in steter Regelmäßigkeit und in lediglich rhetorisch modifizierten Nuancen in der einschlägigen Biographik ein Bild Justus Liebigs entworfen wurde, das ihn strikt von allem abgrenzte, was ihn auch nur dem Verdacht hätte aussetzen können, er habe sich im Laufe seines Lebens in irgendeiner Weise mit „schöngeistigen“ Gegenständen befasst. Noch heute scheint in der Forschung Konsens darüber zu bestehen, dass Liebig viel zu sehr seiner wissenschaftlichen Arbeit gefrönt habe, um sich den Luxus leisten zu können, sich mit anderer als rein wissenschaftlicher Literatur beschäftigen zu können. Er habe der Dichtkunst nur wenig abgewinnen können, habe überhaupt allem Philologischen gegenüber eine eher distanzierte, wenn nicht sogar feindselige Haltung eingenommen.

Bereits Friedrich Knapp, der ja Liebig aus persönlichem Umgang gut gekannt hat, konstruiert in seinem in den „Annalen der Chemie“ publizierten Nachruf auf Liebig dieses Muster:

1 Vgl. Haaser, Rolf, „Hinter Nebeln Winkend. Justus Liebig und die Dichter, in: Kalender kleiner Innovationen: 50 Anfänge einer Moderne zwischen 1755 und 1856. Für Günter Oesterle, hrsg. von Roland Borgards, Almuth Hammer, Christiane Holm. Würzburg 2006, S. 373–381. – Der vorliegende Beitrag versteht sich als weiterführende Wiederaufnahme dieser Vorarbeit.

„Sinn für Kunst, für redende oder bildende, hatte er nicht, wie überhaupt jeder receptive Genuß ihm fremd war. Das Nachfühlen war seine Sache nicht. Es war nicht üblich, daß er bei Dichtern Erholung suchte [...].“²

Wenn man trotzdem einmal nicht umhin kommt, Liebig gelegentlich doch ein schönggeistiges Interesse konzidieren zu müssen, dann meist in dem Gestus des Unüblichen, der großen Ausnahme etc. Man muss schon aufmerksam die oft eher zufällig gestreuten Marginalien³ in den Fußnotenbereichen und Anmerkungsapparaten studieren, um auf dieses vermeintlich Außergewöhnliche zu stoßen. So kommentiert Hertha Dechend in ihrem Versuch einer Liebigchronologie das zitierte Diktum Knapps, das angebliche Desinteresse Liebigs an der Literatur bestrittend:

„Gegenindizien sind fast nicht vorhanden. Laut Platens Tagebuch haben er und Liebig in Erlangen den Faust zusammen gelesen. Den ersten Briefen aus München lässt sich entnehmen, dass Liebig zuweilen ins Theater ging, sowie in Konzerte und ein Brief an A. W. Hofmann vom 3.1.49 bekundet, dass er sich durch Mohr über Shakespeare belehren ließ.“⁴

In dem bereits zitierten Nachruf konzidiert Knapp immerhin, wohl vor allem mit Blick auf die letzten Lebensjahre Liebigs:

-
- 2 Knapp, Friedrich, Nachruf auf Justus von Liebig, in: *Annalen der Chemie und Pharmacie: vereinigte Zeitschrift des Neuen Journals der Pharmacie für Ärzte, Apotheker und Chemiker und des Magazins für Pharmacie und Experimentalkritik*, N.F. 31, 107 (1858), S. 328.
 - 3 Ein vielsagender Hinweis auf die umfassende literarisch-kulturelle Bildung Liebigs enthält beispielsweise die Schilderung einer Parkanlage in Kingstown bei Dublin, wo er sich beiläufig an Boccaccio erinnert fühlt: „Das schönste an der Landpartie waren Gruppen der schönsten Frauenzimmer, umgeben von Herren, auf dem Boden gelagert, mitten in dem saftigen Grün der Bäume und Gesträuche, welches diesen Inseln so eigentümlich ist; es war wie in Boccaccios Garten, wo sie sich Geschichten einander erzählen.“ – Justus Liebig an seine Frau, Dublin, 16. August [1837]. Zitiert nach Volhard, Jakob, Justus von Liebig, Leipzig 1909, Bd. 1, S. 138. – Vgl. auch Borgmeier, Raimund, Justus Liebig und der englische Garten, in: Justus Liebig. Der streitbare Gelehrte (Ausst.-Kat., Universität Gießen, 9.5.–30.8.2003), hrsg. von Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen 2003, Bd. 2, S. 45–51, hier S. 49.
 - 4 Dechend von, Hertha, Justus von Liebig, 2. Aufl., Weinheim 1963, S. 152. – Dagegen ist hervorzuheben, dass Eva-Marie Felschow in einem Katalogbeitrag aus dem Jahr 2003 Liebigs Wahrnehmung kultureller Unterhaltung in seiner Münchener Zeit ganz anders darstellt: „Da er in seiner neuen Stellung vom zeitraubenden Laboratoriumsbetrieb weitgehend entbunden war, konnte er [...] die Abende mit Theater- und Konzertbesuchen sowie Tanz und Unterhaltung verbringen. Das Hoftheater unter dem Intendanten Franz Dingelstedt erfreute sich in den 1850er Jahren allgemeiner Beliebtheit und Dingelstedt gehörte zu dem Personenkreis, mit dem Liebig privat häufig verkehrte.“ – Felschow, Eva-Marie, Kleine Welt und große Welt - Kontraste zweier Lebensstile, in: Justus Liebig. Der Streibare Gelehrte, (Ausst.-Kat., Universität Gießen, 9.5.–30.8.2003), hrsg. von Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen 2003, Bd. 2, S. 26–44, hier S. 40.

„Wenn keine Gäste da waren, pflegte er sich [...] Abends in sein Zimmer zurückzuziehen; er lag dann halb ausgestreckt auf dem Sopha – von oben fiel das Licht herab – und las mit weit vorgestrecktem Buche allerlei Anregendes, besonders Reisebeschreibungen. Seine Züge waren dabei lebhaft gespannt, als wenn er das Wort ergreifen wollte; seine stets rege Phantasie spielte offenbar mit den entlegensten Dingen.“⁵

In seinem vorletzten Brief an Wöhler, am 4. März 1873, erwähnt Liebig, dass Paul Heyse ihm seinen neuen Roman geschenkt habe, den er gerade lese. Außerdem teilt er seinem Freund und Kollegen mit: „Ich habe kürzlich die ‚Briefe eines Verstorbenen‘⁶ wieder gelesen, vor fünfundvierzig Jahren geschrieben, die mir neues Vergnügen gemacht haben.“⁷

Immerhin das Schlusstableau seiner Biographie stellt Liebig als Leser belletristischer Literatur dar, und wir sind im Bedarfsfall in der Lage, genau angeben zu können, welche Bücher von Pückler-Muskau und Heyse es waren, die auf Liebig Schoß gelegen haben, als er für immer entschlafen ist.

Das vor allem in der älteren Liebigbiographik kolportierte Bild des ausschließlich auf seine fachspezifische Arbeit sich beschränkenden Wissenschaftlers kommt allerdings nicht von ungefähr. Selbstäußerungen Liebig's, in denen er gegen die Philologie polemisiert, finden sich in hinreichendem Maße. Eine Bemerkung wie etwa die, dass Aristoteles lange nicht so dumm sei, als die Philologen ihn gemacht hätten, ist da noch von der harmloseren Sorte.

Nicht minder wirkungsvoll als die drastischen und oft anmaßenden Äußerungen Liebig's über die Philologie ist aber die Tatsache, dass das kolportierte Liebigbild bereits Bestandteil Liebig'scher Autopoesis ist. Die überwiegende Mehrzahl der Liebigbiographen appliziert nämlich im Grunde ein Beschreibungsmuster, das Liebig selbst in seiner sogenannten Autobiographie konstruiert hat.⁸

So charakterisiert sich Liebig als jemand, der zwar ein ausgeprägtes optisches Gedächtnis habe, dem aber jeder Sinn für alles, was mit dem Hörgedächtnis zusammenhänge, abgehe. Damit bietet er eine ebenso griffige wie leicht begreifliche Formel an, die sein Schulversagen ebenso zu erklären scheint wie seine spezifisch experimentell ausgerichtete Wissenschaftskarriere. Man unterliegt der Verlockung, den Schlüssel für das Verständnis der biographischen Entwicklung Liebig's in dieser Selbstbeschreibung gefunden zu haben.

Ganz so einfach liegt der Fall aber keineswegs.

5 Knapp, Nachruf auf Justus von Liebig (wie FN 2), S. 328.

6 Der anonyme Verfasser war Fürst Pückler-Muskau.

7 Brief Justus Liebig an Friedrich Wöhler vom 4. März 1873, in: Aus Justus Liebig's und Friedrich Wöhler's Briefwechsel in den Jahren 1829–1873, hrsg. von A. W. Hofmann, Braunschweig 1888, Bd. 2, S. 358–359.

8 Esselborn, Karl (Hrsg.), Eigne biographische Aufzeichnungen von Justus von Liebig, Gießen 1926.

Zu Liebigs sogenannter Autobiographie wäre einiges zu sagen. Gewöhnlich wird sie im Sinne einer der üblichen Lebenserinnerungen als chronologisch angelegter, planer Erinnerungstext gelesen. Die im Falle Liebigs stark ausgeprägte autopoetische Komponente wird in der Rezeption des Textes weitgehend außer Acht gelassen. Damit wird ihr spezifischer Charakter nicht hinreichend wahrgenommen, denn es ist nicht der Prozess seiner Entwicklung, sondern die punktuelle Bilanz seiner Identitätsfindung, die Liebig hier umschreibt. Um ein Bild der Wissenschaftssphäre Liebigs zu strapazieren: fokussiert wird das Konzentrat seines Lebens, nicht die Reihe der Versuchsanordnungen, einschließlich der fehlgeschlagenen, die der Herauskristallisierung dieses Substrats vorausgegangen sind.

Liebig als Person, die ihr Selbstbild sucht und konstruiert, finden wir an anderer Stelle. Dabei wird es überraschen, dass er das Material hierfür einer aus wissenschaftlicher Sicht höchst dubiosen Veranstaltung verdankt.

Während eines Aufenthaltes in Edinburgh im Jahre 1844 unterzieht sich Liebig auf Betreiben seines englischen Übersetzers William Gregory einer phrenologischen und phreno-magnetischen Untersuchung, das heißt einer zum Zwecke der Feststellung seiner Charaktereigenschaften dienenden Vermessung seines Kopfes in Verbindung mit einer Aktivierung bestimmter Kopfbereiche unter Hypnose. Federführend für den fragwürdigen Analyseversuch ist der Rechtsanwalt George Combe, führender und für das Viktorianische England legendärer Vertreter des Faches.

Wer sich dafür interessiert, wie stark beispielsweise der Geschlechtstrieb Liebigs ausgeprägt war, oder um wieviele Rangpunkte etwa sein Farbensinn gegenüber dem Sprachsinn überwog, der kann sich hier kundig machen, denn Gregory veröffentlichte die Ergebnisse der Studie 1845 im „Phrenological Journal“, von wo aus es auch in deutscher Übersetzung in das „Phrenologische Journal“ Einzug hielt. Es handelte sich dabei um die beiden damals wichtigsten Zeitschriften auf diesem Gebiet.

Über sieben Seiten hinweg nimmt Gregory eine umfassende Analyse der Messergebnisse vor, wobei er wiederholt zur Veranschaulichung des Befundes Anekdoten aus Liebigs Leben heranzieht, mit dem er als dessen Übersetzer eine gewisse, nicht ganz oberflächliche Vertrautheit hatte.

Hier finden wir von Gregory alle die Zutaten und Stichworte vorformuliert, die Liebig später für den Entwurf seines Selbstbildes teilweise wörtlich übernimmt; wohlgemerkt einschließlich des oben erwähnten Musters vom ausgeprägten Augengedächtnis gegenüber dem minder entwickelten Sprachsinn.

Für die Durchführung des Teils der Untersuchung, zu dem Liebig in Hypnose gesetzt werden musste, war der englische Schriftsteller Spencer J. Hall zuständig, und zumindest in seiner Person kann die geschmähte Poesie also für sich in Anspruch nehmen, auf den Prozess der Autopoesis Liebigs Einfluss genommen zu haben.

II. Belege von Poesiefreundlichkeit

Vor Gregorys interpretatorischer Auslegung der phrenologischen Vermessung von Liebigs Schädel durch Combe und Hall sah das Selbstbild Liebigs noch ganz anders aus. Dass die schöne Literatur nämlich keineswegs eine unbedeutende und gar zu vernachlässigende Größe in Liebigs Selbstverständnis spielte, lässt sich mit einem wenig bekannten, aber gleichwohl relevanten Selbstzeugnis auf sprechende Weise belegen. Aus einem Anlass, auf den im folgenden näher einzugehen ist, legt Liebig dem Verleger Cotta gegenüber sein fundamentales Verhältnis zur Lyrik in einer seltenen Deutlichkeit offen, indem er betont, Poesie habe in seinem Leben eine wichtige Rolle gespielt und entschiedenen Einfluss auf seine Geistesrichtung genommen.⁹ Doch bevor auf dieses epistolare Selbstzeugnis aus dem Jahre 1844 näher eingegangen werden soll, sei an dieser Stelle von einem beinahe zwanzig Jahre früher entstandenen Briefdokument Liebigs die Rede, das im literatur- und kulturwissenschaftlichen Diskurs eine bemerkenswerte Prominenz erlangt hat.

II.1. Freundschaft mit August von Platen

Niemand geringerer nämlich als Walter Benjamin ist es, der einen in Paris verfassten Brief Liebigs an August von Platen für hinreichend prägnant und interessant befunden hat, um ihn in der von ihm unter dem Pseudonym Detlef Holz 1936 herausgegebenen Textsammlung „Deutsche Menschen - Eine Folge von Briefen“ aufzunehmen und mit einem anderthalb Seiten langen, analytischen Kommentar zu versehen.¹⁰

Wie Theodor W. Adorno im Nachwort zu der Neuedition der Briefsammlung im Suhrkamp-Verlag ausführt, hoffte Benjamin durch die Präsentation der Briefdokumente ein Zeichen des Widerstandes gegen die maßlose Großmannssucht des offiziellen Nazi-Deutschland zu setzen: „Das Briefbuch begehrt auf gegen die Vernichtung des von den Nationalsozialisten vollends zur Ideologie erniedrigten deutschen Geistes.“¹¹ Alle in dem Band versammelten Briefschreiber verbindet, – so Adorno weiter, – eine Sprache, die ebenso „unvereinbar ist mit der zurichtenden des Befehls wie mit der hochtrabenden Phrase“.¹²

Die Methode, die Benjamin wählt, ist ebenso einfach wie einleuchtend. Mittels der Montage von Materialien, die weitgehend für sich selbst reden, soll die Erinnerung an den Zeitgeist eines der Humanität verpflichteten Jahrhunderts wachgehalten und die Ideologie des Nationalsozialismus destabilisiert werden.

In der Briefsammlung sind neben Liebig unter anderem Lichtenberg, Kant, Georg Forster, Hölderlin, Friedrich Schlegel, Brentano, Goethe, Büchner und

9 Kleinert, Andreas (Hrsg.), Justus von Liebig, „Hochwohlgeborner Freyherr“: die Briefe an Georg von Cotta und die anonymen Beiträge zur Augsburger Allgemeinen Zeitung, Mannheim 1979, S. 6.

10 Wiederabgedruckt in: Benjamin, Walter, Deutsche Menschen. Eine Folge von Briefen. Mit einem Nachwort von Theodor W. Adorno, Frankfurt am Main 1984, S. 50–53.

11 Ebd. S. 90 f.

12 Ebd. S. 91.

Gottfried Keller vertreten. Bewusst stellte Benjamin in der Auswahl der Zeugnisse ein Korpus von klassischen Brieftexten zusammen, die sich aber gleichzeitig einer Ausschrotung durch den üblichen Bildungsbetrieb entzogen.

Durchaus also eine hohe Auszeichnung durch einen feinnervigen Kenner von Literatur und Meister auf dem Gebiet sprachlicher Äußerungen für einen Brief Liebigs, den der Verfasser einer der moderneren auf dem Markt befindlichen Liebig-Biographien als „peinlich“ charakterisiert.¹³ Nicht nur, aber auch um sich über diesen augenfälligen Widerspruch in der Einschätzung des Briefes in ein gewisses Verständnis zu setzen, verlohnt es sich, den von Benjamin zu diesem Brief verfassten Kommentar kurz in den Blick zu nehmen. Der dort entwickelte Gedankengang mündet in die resümierende Schlussfolgerung, dass Liebig in der Frühzeit wie im Alter jene Forschergeneration repräsentierte, der Philosophie und Dichtung noch nicht aus dem Blickkreis verschwunden waren, wenn sie auch „nur mehr winkend und hinter Nebeln herübergeistern“. Liebig ist damit als Repräsentant einer Geisteshaltung gekennzeichnet, die in der Spätromantik wurzelt, einer Epoche also, in der das seit der Frühromantik ausgespannte Netz gedanklicher Verbindungen zwischen Naturwissenschaftlern und Dichtern noch wachgehalten ist, wenngleich das naturphilosophische Interesse der beiden Seiten aneinander sich in zunehmendem Maße lockert, je weiter das Jahrhundert vorrückt.

Eine Verkörperung dieser spezifischen Tendenz der Epoche findet Benjamin in der freilich nur kurze Zeit währenden Freundschaft zwischen Liebig und Platen, in der das Verhältnis zwischen Naturwissenschaft und Dichtkunst „den seltsamsten, gespanntesten Ausdruck“ findet, und dabei ist, wohlgemerkt, der von Benjamin gewählte Superlativ wörtlich, und nicht etwa als bloße rhetorische Floskel zu verstehen:

„Das Kennzeichnende, von älteren Bindungen ähnlicher Art gänzlich sich Unterscheidende, ist die Ausschließlichkeit, mit der sie – von allen übrigen Verbindungen abgesondert, – auf die beiden Partner allein gestellt ist: den neunzehnjährigen Studenten der Chemie und den sieben Jahre Älteren, der an der gleichen Universität Erlangen seinen orientalischen Interessen nachging.“¹⁴

Benjamin sieht in Platen einen „unendlich schwierigen“ Korrespondenten, dessen den Briefwechsel von Zeit zu Zeit unterbrechende Sonette und Ghaselen an Freunde versteckt oder erkauft seien durch unablässige Vorwürfe, Anfälle und Drohungen. Benjamin kontrastiert den komplizierten, mit sich selbst nicht ins Klare kommenden Platen mit der jugendlichen Unbeschwertheit, die sich wie eine Aura über die Briefe Liebigs zu spannen scheint:

13 Brock, William H., Justus von Liebig. Eine Biographie des großen Wissenschaftlers und Europäers, Wiesbaden 1999, S. 26.

14 Benjamin, Deutsche Menschen (wie FN 10), S. 50.

„Um so gewinnender das Entgegenkommen des geliebten und schönen Jüngerer, der in Platens Welt so weit eingeht, ihm als Naturforscher (könnte er sich zu solcher Tätigkeit entschließen) eine größere Zukunft als Goethen zu prophezeien oder auch, Platen zur Freude, seine Briefe mit arabischen Schriftzeichen zu signieren [...]“.“¹⁵

Spätestens seit Walter Benjamin hat also immerhin eine nicht in erster Linie an Wissenschaftsgeschichte interessierte Öffentlichkeit von Liebigs Verhältnis zu dem Dichter Platen Kenntnis genommen. Benjamin seinerseits hatte auf einen Text des Philosophen und Belletristen Moriz Carriere zurückgreifen können,¹⁶ in dem sich der Schwiegersohn¹⁷ Liebigs mit dem Verhältnis zwischen Platen und Liebig auseinandergesetzt hatte.¹⁸

Am Rande erwähnt sei, dass Platen keineswegs der einzige war, der Sonette auf Liebig verfasste. Auch Moriz Carriere hat in seinem 1883 unter dem Titel „Agnes“ herausgegeben Band mit Liebesliedern und Gedankenlyrik der an einem Typhusrückfall allzufrüh verstorbenen ältesten Liebigtochter Liebig ein Denkmal in Form eines Venezianischen Sonetts gesetzt.¹⁹

Carriere, der sich nicht nur als Dichter, Literaturkritiker und Ästhetiker betätigt, sondern auch als Politiker, Philosoph und religiös inspirierter Idealist auftritt, verdankt seinem Schwiegervater Liebig nicht nur die Ehefrau, sondern auch einen wohl nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung seiner Denkrichtung. Umgekehrt hat Carriere seinerseits Liebig in einer Fülle von Grundsatzfragen beeinflusst. Insbesondere hat Liebig von Carriere starke Impulse für die „Chemischen Briefe“ sowie zur Kritik Bacons aufgenommen.

Ich greife damit lediglich zwei Aspekte aus der Fülle der Beeinflussungen heraus, die Brigitte Jaschke in ihrer Stuttgarter Dissertation aus dem Jahr 1996 detailliert ausgebreitet hat.²⁰ Jaschke arbeitet heraus, dass Liebig und Carriere ein arbeitsteiliges Konzept wechselseitiger Einflussnahme verfolgten, wobei Carriere auch als anonymer Zuarbeiter für diverse Vorträge und Publikationen Liebigs auf-

15 Ebd.

16 Carriere, Moriz, Liebig und Platen, in: Allgemeine Zeitung, Beilage, 172 (21.6.1873), S. 2637, wiederabgedruckt in Carriere, Moriz, Lebensbilder, Leipzig 1890, S. 276–308.

17 Vgl. Haaser, Rolf, Moriz Carriere und Carl Vogt: eine Neubetrachtung: (aus Anlass ihres 200. Geburtstages), in: MOHG N.F., 101 (2016), S. 143–203.

18 Carriere, Liebig und Platen (wie FN 16).

19 Dieser Lyrikband Carrieres ist nicht zuletzt wegen seiner zahlreichen poetisch verbrämten Hinweise auf das unmittelbare Liebig-Umfeld höchst aufschlussreich. So bekommt Agnes beispielweise als eine Frau Konturen, die zwischen ihrem Vater und ihrem Mann eine, beiden Seiten gerecht werdende Rolle einzunehmen bestrebt ist. Das in den Band aufgenommene Sonett war während der Gießener Zeit Liebigs anlässlich einer Geburtstagsfeier entstanden. Liebig seinerseits erwies Carriere dadurch seine Referenz, dass er dessen Gießener „Faust“-Vorträge besuchte.

20 Jaschke, Brigitte, Ideen und Naturwissenschaft. Wechselwirkungen zwischen Chemie und Philosophie am Beispiel des Justus von Liebig und Moriz Carrière, (Diss., Univ. Stuttgart), Stuttgart 1996.

tritt. Manche Textpassage im Oeuvre Liebigs lässt so die Handschrift Carrieres erkennen – was keineswegs nur im übertragenen Sinne zu verstehen ist, sondern hin und wieder auch durchaus wörtlich genommen werden kann. Für Carriere hat dieses weitgehend kryptische Betätigungsfeld im Schatten Liebigs in Verbindung mit seinem schon zu Lebzeiten erworbenen Image als verschrobener Phantast die Konsequenz, dass er in seiner Bedeutung für Liebig seitens der Liebigforschung unterschätzt und demzufolge marginalisiert worden ist. Dabei ist er ein Quellengeber ersten Ranges. Das auf Liebig bezogene Kapitel in seinen „Lebensbildern“²¹ ist in seiner maßgeblichen Funktion als Versuch einer ersten kritischen Liebigbiographie in das kollektive Gedächtnis der Liebigspezialisten erst noch einzuschreiben.

Auch einem weiteren für die hessische Literaturgeschichte zentralen Schriftsteller, der auch im Gießener kulturellen Leben seine Spuren hinterlassen hat, hat die Liebigbiographik nur wenig Augenmerk geschenkt, obwohl dieser eine nicht unwichtige Kontaktperson Liebigs während seiner Ausbildungszeit in Paris darstellte. Die Rede ist von Ludwig Börne. Unter dem Datum des 23. Februar 1823 schreibt Liebig aus Paris an seinen Freund Walloth unter anderem:

„Wir [...] bilden nun einen engeren Zirkel und schließen uns an einen größeren Kreis an, aus dem ich nur Namen zitiere, weil Du die Personen selbst nicht kennst: Doktor Börne von Frankfurt, den geistreichen Herausgeber der *Wage*, der sich hier aufhält, mehrere Berliner Ärzte und Doktoren, Dichter und andere.“²²

Aus heutiger Sicht liest sich Liebigs Charakteristik seines geselligen Kreises in Paris wie ein Beleg für Walter Benjamins These von der engen Verflechtung zwischen Naturwissenschaft und Dichtung in der Zeit der romantischen Literatur-epoche.

Börne hat in der Zeit, als Liebig bei ihm in Paris verkehrte, eine Folge von Schilderungen aus Paris für Cottas „Morgenblatt“ verfasst, die als Vorläufer für jenes Buch gelten können, dem Börne seinen literarischen Ruhm verdankte. Börnes Schilderungen aus Paris! – Welches hochwertige Hintergrundmaterial für den ersten Parisaufenthalt Liebigs haben die Liebigbiographen da ungenutzt liegenlassen! Bis hin zu der frappierenden Möglichkeit, Börnes spätere Briefe aus Paris und die chemischen Briefe Liebigs vor einem gemeinsamen Entstehungshintergrund darstellen zu können. Die Pariser Briefe Liebigs an Platen! – Welcher Deutungshorizont ließe sich eröffnen, wenn man sie im Zusammenhang mit Liebigs Umgang im Pariser Börnekreis wiederlesen wollte!

Das facettenreiche Verhältnis Liebigs zur Literatur und zu den Schriftstellern seiner Zeit ist mit den hier angeführten Beispielen kaum mehr als angerissen. Der Faden wäre fortzuspinnen über Gotthelf, Gutzkow, Stifter, Gervinus, Riehl bis hin

21 Carriere, Liebig und Platen (wie FN 16).

22 Brief Liebig an Walloth, Paris, d. 23. Februar 1823, in: Briefe von Justus von Liebig nach neuen Funden, hrsg. von Ernst Berl, Gießen 1928, S. 50.

zu dem Münchener Dichterkreis um Paul Heyse, – wer hätte erwartet, dass Liebig in München sogar als Juror für die Auslobung eines Literaturpreises²³ fungierte! – und selbst Schopenhauer und Nietzsche sind in ihren expliziten Rekursen auf Liebig in der Forschung noch nicht existent. Vergessen wir zum Schluss dieses kleinen name-dropping nicht Georg Büchner, dessen Verhältnis zu Liebig im Grunde einen eigenen Abschnitt in diesem Beitrag erfordern würde.

II.2. Tätige Unterstützung von Ludwig von Biegelebens Petrarca-Projekt

Auf seine frühere Nähe zu Platen beruft sich Liebig in einem Zusammenhang, in dem er seine Kompetenz über die Qualität einer unter seinen Augen entstandenen Lyrik-Übersetzung unter Beweis stellt.²⁴ Nachdem das Werkmanuskript zunächst nicht das verlegerische Interesse Cottas gefunden hatte, sah der Chemiker sich veranlasst, die Grenzen seiner naturwissenschaftlichen Expertise zu überschreiten und sich bei seinem Briefpartner Cotta für eine außergewöhnliche lyrische Arbeit einzusetzen, deren herausragende dichterische Qualität Liebig zweifellos erkannte und anerkannte. Die Rede ist von der Drucklegung einer in Gießen im persönlichen Umfeld Liebigs entstandenen Übersetzung von Petrarcas „Rime“. Es waren zwei von Liebig als Freunde bezeichnete Bekannte aus Darmstadt, Ludwig von Biegeleben und Karl Kekule, ein weitläufiger Verwandter Liebigs, die das anspruchsvolle Übersetzungswerk aus dem Italienischen verfasst hatten.²⁵ Tatsächlich kam dann der Druck der Petrarca-Übertragung durch die persönliche Vermittlung Liebigs zustande. Vor allem sein Verdienst, und erst in zweiter Linie Cottas verlegerisches Engagement, war dafür ausschlaggebend, dass der italienisch-deutsche Kulturtransfer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein literarisches Dokument erster Güte vorzuweisen hatte, das in der zeitgenössischen Presse öffentliche Aufmerksamkeit erweckte.²⁶

23 Vgl. Felschow, *Kleine Welt* (wie FN 4), S. 40.

24 Die Kenntnis dieser aufschlußreichen Quelle verdankt die Forschung einer 1979 von Andreas Kleinert edierten schmalen Broschüre mit Briefen Liebigs an den Verleger Cotta, aus denen bereits im Anfangsteil diese Beitrags zitiert wurde. – Kleinert, *Briefe Liebigs an Cotta* (wie FN 9).

25 Ludwig von Biegeleben (1812–1872) und Karl Ludwig Kekulé (1802–1843) waren zwei mit Liebig befreundete Juristen aus Darmstadt, die über ihre beiderseitige Vorliebe für die Dichtungen Petrarcas ihre zunächst unabhängig voneinander entstandenen Übertragungen von Sonetten und Kanzonen des italienischen Literaturklassikers sich in einer Dichterfreundschaft verbanden und eine gemeinsame metrische Übersetzung der gesammelten Poesien Petrarcas erarbeiteten. Ersterer war bis 1842 Assessor am großherzoglichen Hofgericht in Gießen, während letzterer als Hofgerichtsadvokat in Darmstadt tätig war. Von den beiden Verfassern war Biegeleben der einzige, der die Drucklegung des Werks persönlich erlebte. Sein wenig bekannter Briefwechsel mit Liebig wurde 1930 von seinem Sohn Rüdiger Freiherr von Biegeleben veröffentlicht. Briefe an Justus Liebig, in: *Biegeleben von, Rüdiger, Ludwig Freiherr von Biegeleben: ein Vorkämpfer des grossdeutschen Gedankens*, Leipzig 1930, S. 105–122.

26 *Die Reime des Francesco Petrarca. Uebersetzt und erläutert von Karl Kekule und Ludwig von Biegeleben*. 2 Bände. 8. (45 Bog.) Stuttgart, Cotta. 1844. *Allgemeine Literatur-Zeitung* Halle und Leipzig 21 (Januar 1846), Sp. 164–166; 22 (Januar 1846), Sp. 175–176. – Der

Wegen der besonderen Bedeutung, die dem Brief in der Argumentation des vorliegenden Beitrags zukommt, sei er an dieser Stelle noch einmal in extenso zitiert:

„Gießen 6 Jan. 1842

Hochwohlgeborner Freyherr

Hochgeehrtester Herr!

Die mir gütigst bestimmten Werke von Göthe, Schiller und Wieland sind mir s. Z. richtig zugekommen und ich sage Ihnen dafür meinen besondern Dank. [...] Der eigentliche Gegenstand meines heutigen Schreibens betrifft die Angelegenheit zweier Freunde von mir; Herr v. Biegeleben und Herr Kekule beide aus Darmstadt, zwei der ausgezeichnetsten Juristen die ich kenne und dabey mit Poesie und schöner Litteratur aufs innigste vertraut, haben die Sonnette von Petrarca metrisch übersezt und nach allem was ich von andern höre, denen ihre Bearbeitung bekannt geworden, so wie nach meinem eignen Dafürhalten ist sie vortrefflich.

Das Urtheil eines Chemikers in Poesie wiegt nun freilich nicht viel, allein durch jahrelangen vertrauten Umgang mit Platen mit dem ich in Erlangen zusammen lebte, ist mir die Poesie zum wenigsten ein Freund geblieben, sie hat im Gegentheile durch ihn in meinem Leben eine wichtige Rolle gespielt und entschiedenen Einfluß auf meine Geistes Richtung gehabt. Nur in dieser Beziehung ist es vielleicht keine Unbescheidenheit, wenn ich mir erlaube das Werk der Herren v. Biegeleben und Kekulé, Ihnen zu einer nochmaligen Ansicht und Prüfung zu empfehlen. Gewiß ist, daß es nicht des Geldverdienstes wegen unternommen wurde. Das Publicum was sich für Petrarca's Werke interessirt ist freilich nicht groß, allein eine wahrhaft gute Bearbeitung eines so gerühmten classischen Autors findet in einer Reihe von Jahren dennoch vielleicht Absatz. Die beiden Bearbeiter sehen es als eine Art von Ehrenpunkt an daß das Buch bey Ihnen und in keinem andern Verlage erscheint. Dies ist der Grund der sie veranlaßt hat, durch mich Sie zum zweitemale damit zu behelligen.

Indem ich Ew. Hochwohlgeborn bitte, des Antheils wegen, den ich selbst an der Bearbeitung meiner Freunde nehme, mich gütigst entschuldigen zu wollen, bin ich mit dem Ausdruck der aufrichten Verehrung

und Hochachtung

Ew. Hochwohlgeborn

gehorsamster D.

Dr. Just. Liebig²⁷

anonyme Rezensent betont speziell die metrische Übersetzung als Besonderheit und weist u.a. darauf hin, dass bereits August Wilhelm Schlegel sich gelegentlich mit der Übersetzung des einen oder anderen Gedichtes von Petrarca befasst habe.

27 In einer kleinen, äußerlich unscheinbaren und wenig beachteten Broschüre bereits 1979 veröffentlicht, aus der hier zitiert wird. Kleinert, Briefe Liebigs an Cotta (wie FN 9), S. 5 f.

Ein bisher nicht aufgefundener Antwortbrief Cottas, der zwischen dem Januar und dem März 1842 abgefasst worden war, enthielt offenbar die Zusage, dass er dem Wunsch Liebigs entsprechen und die Petrarca-Übertragung in sein Verlagsprogramm aufnehmen werde. Die dankbare Rückmeldung Liebigs hat sich glücklicherweise erhalten.²⁸ Mit Schreiben aus Gießen vom 12. März 1842 bekundet der für die Belange der Poesie eintretende Chemiker seine Genugtuung über die Verlagsentscheidung bezüglich der „neuen Ausgabe von Petrarca's Werken“. Die Mitteilung an seine beiden Freunde, welche das Werk „mit der größten Liebe unternommen und beendet haben,“ sei inzwischen erfolgt. Liebigs anhaltende Patronage für das Werk und seine Verfasser zeigt sich unter anderem darin, dass er auch deren Honorarvorstellungen an Cotta kommuniziert:

„Von meinem Freunde Kekulé in Darmstadt habe ich darauf das beiliegende Schreiben erhalten, dessen Mittheilung ich für passend halte, obwohl es nicht gradezu für diesen Zweck geschrieben worden ist, ich bemerke dieß ausdrücklich um einige Ausdrücke in dem Briefe, ihrer Form wegen, zu entschuldigen. Herr von Biegeleben hat mir ein zweites Schreiben übergeben in der Hoffnung, daß die darin entwickelten Gründe welche für den Erfolg des Unternehmens sprechen die Annahme zu den vorgeschlagenen sehr billigen Bedingungen entscheiden dürften. Sollte die v. C. Buchhandlung sich nicht dazu entschließen, so erbitte ich mir die Zurücksendung der Briefe.“²⁹

Bis das Buch letztendlich erschien, gingen aber noch über zwei Jahre ins Land. Als Gründe für die Schwierigkeiten bei der Drucklegung führt Rüdiger Freiherr von Biegeleben in der Biographie seines Vaters den Tod Karl Kekules, die Versetzung Ludwig von Biegelebens nach Wien und die Auftragsüberlastung des Cotta-Verlages an.

In einem Brief an Liebig vom 9. November 1843 konnte von Biegeleben erste Lichtblicke verkünden: „Von dem deutschen Petrarca, Ihrem Pflegekinde, sind die ersten Bogen gedruckt; Deutschland wird also bald um 10.000 Reime reicher sein.“³⁰ Nach einem weiteren Jahr, am 30. Oktober 1844, konnte der Cotta-Verlag das Erscheinen des zweibändigen Werkes mit dem Titel „Die Reime des Francesco Petrarca, übersetzt und erläutert von Karl Kekule und Ludwig von Biegeleben“ ankündigen. Eines der ersten Exemplare erhielt Liebig, der es zunächst einer eingehenden Lektüre unterzog, bevor er es seiner „kleinen Bibliothek“ belletristischer Werke einverleibte. Liebigs Dankeschreiben „für den ewig jungen Dichter Petrarca“ war vom 17. November 1844 datiert:

28 Hier und im Folgenden: Ebd., S. 6 f.

29 Ebd.

30 Ludwig von Biegeleben an Justus von Liebig; Wien, 9. November 1843, in: Briefe an Justus Liebig (wie FN 25), S. 113.

„Es mag Ihnen ganz seltsam vorkommen, wenn ich Ihnen sage, daß ich, bei meinen vielfältigen Beschäftigungen, den Petrarca beinahe durchgelesen habe, aber ich liebe besonders diese Art von Dichtung und ich habe in Ihrer Bearbeitung den Dichter erst kennengelernt, vor dem ich herkömmlich den größten Respekt hatte, ohne ihn überall und gründlich zu verstehen. Ich bewundere die Gewalt und Kenntnis, die Sie von der deutschen Sprache haben; es ist ein italischer Hauch in den Übersetzungen, ein lieblicher blauer Himmel und eine Zartheit der Ausdrucksweise, die mich in ihrer Modulation in Erstaunen setzt. Die Kenntnis der Sprache ist das Mitgefühl ihres Inhalts, in dieser Beziehung konnte die Bearbeitung Petrarcas in keine besseren Hände fallen.“³¹

11.3 Kollegiale Kooperation mit Emanuel Geibel

Was Liebig in einem Brief an den Verleger Cotta einmal betonte, dass man nämlich zum Briefeschreiben im Allgemeinen eine Stimmung haben müsse, die sich in einem gedrängten Geschäftsleben nicht leicht finde, gilt auch für seine sporadische Beschäftigung mit der Belletristik. Als Verlagsbuchhändler sorgte Cotta daher nicht nur beispielsweise für den Druck der „Chemischen Briefe“ Liebigs, sondern bestückte auch nebenbei dessen kleine Bibliothek mit einer Reihe von Standardwerken der klassischen deutschen Literatur. Wie bereits erwähnt, hatte der Chemiker Anlass, sich am 6. Januar 1842 bei seinem Stuttgarter Briefpartner für die „mir gütigst bestimmten Werke von Göthe, Schiller und Wieland“ zu bedanken. Bei einer anderen Gelegenheit stattete Liebig am 1. Februar 1844 dem Freiherrn von Cotta seinen aufrichtigsten Dank für die „freundliche Bereicherung meiner kleinen Bibliothek“ ab. Die an diesem Tag zweifellos als Geschenk eingegangene Ausgabe der „Nibelungen“ bezeichnet der dankbare Empfänger, der kurz zuvor mit seiner Gattin bei dem Verleger in Stuttgart zu Gast gewesen war, als „eins der schönsten Werke der deutschen Litteratur und in dem herrlichen Gewand, in dem ich es empfang mir doppelt werthvoll als eine Gabe von Ihrer Hand.“³²

Man mag sich geneigt fühlen, diese Beispiele noch als repräsentativen Austausch geselliger Gesten im Sinne einer standesgemäßen bzw. im Falle Cottas berufsständisch ausgerichteten Kontaktpflege zu lesen, die keine verlässlichen Rückschlüsse auf den tatsächlichen Gebrauch der Prachtausgaben aus dem Hause Cottas im Hause Liebigs ziehen lassen. Man sollte aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass das Thema der Nibelungen dreizehn Jahre später erneut Einzug in die eigenen vier Wände des inzwischen zum Freiherrn erhobenen und nach München übergesiedelten ehemaligen Gießener Professors hielt. Am 9. Februar 1857 räumte Liebig nämlich das Podium seines chemischen Laboratoriums für

31 Justus von Liebig an Ludwig von Biegeleben; Gießen, 17. November 1844, in: Briefe an Justus Liebig (wie FN 25), S. 116 f.

32 Kleinert, Briefe Liebigs an Cotta (wie FN 9), S. 8. – Es handelt sich um Karl Simrocks Übersetzung des Nibelungenliedes, die 1844 in vierter Auflage bei Cotta erschien und mit einem von Ph. Foltz entworfenen Ziertitelblatt versehen war.

einen der erfolgreichsten Dichter des mittleren 19. Jahrhunderts, Emanuel Geibel (1815–1884), der von Maximilian II. mit einer Ehrenprofessur für deutsche Literatur und Poetik in München ausgezeichnet worden war. Der vor allem als Lyriker bekannte Geibel präsentierte sich an diesem Abend als Dramatiker einem bunt gemischten Publikum, dem er die gerade im Manuskript fertiggestellten zwei letzten Akte aus einem noch unveröffentlichten Theaterstück vorlas, – eine Veranstaltung übrigens, bei der auch der dänische Schriftsteller Hans Christian Andersen (1805–1875) zugegen war, wie dieser in seiner Autobiographie „Das Märchen meines Lebens“ sich erinnerte.³³ Den Ausführungen ist zu entnehmen, dass Andersen neben der Schauspielerin Marie Seebach (1829–1897), die für die Hauptrolle bei der Uraufführung im Wiener Burgtheater bestimmt war, an diesem Abend zu dem ausgewählten Kreis der Zuhörerinnen und Zuhörer gehörte, die nach der öffentlichen Vorlesung von Frau Liebig als Hausherrin zum Tee geladen wurden.³⁴

Das im Liebig'schen Hörsaal vorgestellte Theaterprojekt stieß generell auf das lebhafteste Interesse der höheren Gesellschaft Münchens und wurde von der lokalen und überregionalen Presse, von der „Neuen Münchener Zeitung“³⁵ bis zu „Westermanns Illustrierten Monatsheften“³⁶, mit bemerkenswertem Interesse und großer Ausführlichkeit kommentiert. Das Stück erschien kurz darauf im Cotta-Verlag unter dem Titel „Brunhild. Eine Tragödie aus der Nibelungensage“, und das Druckexemplar fand, so darf man vermuten, seinen Platz in Liebigs inzwischen vielleicht nicht mehr so ganz kleinen Bibliothek neben dem Prachtband der „Nibelungen“, den der Chemiker noch in seiner Gießener Zeit von demselben Verleger zum Geschenk bekommen hatte.

Zwar sind keine Reaktionen Liebigs auf Geibels Brunhild-Vorlesung überliefert, aber die Art, wie in seinem Familienkreis über den dichtenden Universitäts-

33 Andersen, Hans Christian, *Das Märchen meines Lebens*, Leipzig 1880, S. 319.

34 Zu dieser geselligen Praxis im Hause Liebigs vgl. Brock, Justus von Liebig (wie FN 13), S. 239 f.

35 *Wissenschaftliche Vorlesungen*. Prof. Dr. E. v. Geibel, *Scenen aus der Tragödie Brunhild*, in: *Abendblatt zur Neuen Münchener Zeitung* Nr. 37 (12.2.1857), S. 145 f. – Der anonyme Verfasser des Beitrags rechtfertigt zunächst die Tatsache, dass im Rahmen einer Vortragsreihe, die sich die Popularisierung der Wissenschaft auf die Fahnen geschrieben hat, „auch eine Tragödie im hohen Styl“ diesem Gesichtspunkt untergeordnet wurde. Sodann begründet er ausführlich, warum Geibels Dramatisierung des epischen Stoffes neben die Behandlung desselben Sujets durch Friedrich Heibel und Richard Wagner zu stellen sei.

36 Die Vorlesungen im v. Liebig'schen Laboratorium in München über verschiedene Materien der Wissenschaft, in: *Westermann's Illustrierte Deutsche Monatshefte* 5 (Februar 1857), S. 709–711: „Während die bisherigen Stunden hervorragende Momente aus der Chemie, Culturhistorie, der physikalischen Geographie und der Musikgeschichte behandelten, sollten wir in der letzten mit einem Bruchstücke der jüngsten Schöpfung Geibel's bekannt werden. Geibel, der wohl unbestritten unter den Sängern der Gegenwart mit Uhland und Rückert die lyrische Palme theilt, trug mit dichterischer Wärme und Begeisterung aus seinem fünfactigen Drama „Brunhilde“, – das im Burgtheater zur Aufführung gebracht werden soll, – den vierten und fünften Act vor, nachdem er den Stoff der vorhergehenden Aufzüge überhaupt einleitungsweise berührt hatte. [...]“.

kollegen gesprochen wurde, lässt sich aus den Äußerungen Moriz Carrières über Geibels theatralischen Ausflug in die Welt der Nibelungen entnehmen:

„Großartig [...] war der Eindruck der ‚Brunhild‘. Mit scharfem Kunstverstand hatte Geibel eingesehen, daß hier die zweite Hälfte des Nibelungenliedes durchaus episch ist, in ihrer epischen Herrlichkeit vom Dramatiker nicht erreicht werden kann, daß aber Brunhilds tragisches Geschick einen dramatischen Konflikt enthält, daß in ihr [und] um sie der erste Teil unseres alten Nationalgedichtes konzentriert werden kann.“³⁷

Zweifellos dürfte Liebig das gesellschaftliche Ereignis genossen haben, wie überhaupt die gesamte unter seiner Federführung ins Leben gerufene öffentliche Vortragsreihe, die seit 1853 alljährlich in seinen Räumlichkeiten stattfand, charakteristisch für seine kulturelle Prägung im Übergangsbereich zwischen populärer Wissensvermittlung und schöngeistiger Literatur- und Kulturrezeption war.³⁸ Von Anfang an stießen die „Vorlesungen im v. Liebig’schen Laboratorium in München über verschiedene Materien der Wissenschaft“ auf außerordentliches Medieninteresse³⁹ und galten neben Theateraufführungen und Konzertveranstaltungen bald als

37 Carrière, Moriz, Emanuel Geibel, Braunschweig 1884, S. 12. – Separatdruck aus den „Illustrierten Deutschen Monatsheften“ (wie FN 36).

38 Jakob Volhard hat im zweiten Band seiner Liebigmonographie sich relativ ausführlich mit den Münchener Abendvorlesungen im Hause Liebigs befasst, fokussiert dabei aber bezeichnenderweise nahezu ausschließlich den rein wissenschaftlichen Aspekt der Veranstaltungsreihe, aufgelockert durch die eine oder andere auf die Person Liebigs bezogene Anekdote. Der allgemeinbildende Anspruch des Veranstalters, wohlgemerkt unter Einschluss des literarisch-kulturellen Feldes, wird dagegen vollkommen ausgeblendet. Dass auch gestandene Dichter wie Dingelstedt, Heyse, Riehl oder eben Geibel von Liebig zu Vorträgen eingeladen wurden, findet im Narrativ Volhards keinerlei Erwähnung. – Vgl. Volhard, Jakob, Justus von Liebig, Leipzig 1909, 2. Bd., S. 348 ff.

39 Als Beispiel sei auf die wohl wichtigste deutschsprachige Tageszeitung der Zeit, die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ verwiesen, die nicht nur im Jahrgang 1853 des Blattes in mehreren Artikeln die Entstehungsphase der Veranstaltungsreihe publizistisch begleitet, sondern auch in der Folgezeit in konstanter Regelmäßigkeit ihre Berichterstattung in das meist überfüllte Auditorium entsendet. Bereits bevor das Projekt zustande gekommen war, informierte das Blatt die deutschsprachige Öffentlichkeit darüber, dass mehrere Professoren der Hochschule beabsichtigen, „eine Reihe Vorlesungen für die Damen unserer Stadt zu halten.“ Unter den an der Planung aktiv Beteiligten wird explizit auch Emanuel Geibel genannt. „Die Vorlesungen sollen“, so heißt es weiter, „schon demnächst beginnen und in der neuerbauten Wohnung des Hrn. Professor v. Liebig stattfinden.“ (Beilage zu Nr. 34 der „Allgemeinen Zeitung“ vom 3.2.1853, S. 626). Schon wenige Tage später kann die Zeitung über die erste Vorlesung berichten: „Wie Ihnen bereits von anderer Seite ist mitgeteilt worden, haben sich dahier einige Männer der Wissenschaft, an ihrer Spitze Professor Dr. J. Frhr. v. Liebig zu dem Zweck vereinigt im Laufe der eben begonnenen Fastenzeit eine Reihe von Vorlesungen über verschiedene wissenschaftliche Gegenstände abzuhalten, zu welchen ganz besonders Damen in größerer Anzahl waren eingeladen worden.“ Neben den Ausführungen über den Eröffnungsvortrag Liebigs „Über die Natur der Flamme“ ist das Ende des Artikels interessant, wo ein Ausblick auf die anstehenden Vorträge innerhalb der Reihe gegeben

eines der herausragenden Kulturereignisse im öffentlichen Leben der Stadt. Liebig erweist sich in diesem Zusammenhang nicht nur als erfolgreicher Akteur der Wissenspopularisierung auf seinem ureigenen Terrain der Chemie, sondern auch in der neuen Rolle als angesehenen Kulturmanager, der auf hervorragende Weise Wissenschaft und Kunst im Münchener Raum miteinander verknüpft und vermittelt. Scheinbar spielerisch gelingt es ihm, in seinen Räumlichkeiten eine Atmosphäre entstehen zu lassen, die diesem Unterfangen höchst dienlich ist.

III. Polemik und Plagiat – Denkanstöße und Deutungshorizonte

III.1. Polemik bei Liebig

Die bislang vorgestellten Ergebnisse fordern wegen ihrer markanten Dichte dazu heraus, den Blick auf Liebigs Selbstverständnis nicht ausschließlich auf seine fachspezifische Leistung zu fokussieren, sondern auch seine fachüberschreitenden Aktivitäten im Auge zu behalten und insbesondere seine Bewegungen in der Transitzone zwischen Wissenschaft und Poesie mit Aufmerksamkeit zu betrachten.

Wie Jakob Volhard gezeigt hat, hat Liebig auch selbst das illustre Forum der von ihm ausgerichteten Abendvorträge zu eigenen Vorlesungen genutzt. Ein solcher Vortrag, der ein Jahr vor Geibels Lesung aus seiner dramatischen Bearbeitung des Nibelungenstoffes stattfand, verdient Erwähnung. Den Zyklus des Jahres 1856 begann Liebig am 19. Januar „vor einem sehr zahlreich versammelten und auserwählten Publicum“⁴⁰ mit einem Vortrag „Über organische und anorganische Natur“. Er habe diese Veranlassung benutzt, um seinen Standpunkt gegen die durch Moleschott, Vogt, Büchner und andere viel verbreiteten Ansichten des schroffsten Materialismus, gegen „die Lügner des Geistes und der Lebenskraft“, gegen die „Dilettanten und Spaziergänger auf dem Gebiet der Naturwissenschaft“ mit Würde

wird. In Aussicht gestellt werden nämlich Vorträge von Dingelstedt „Über den Faust auf der Bühne“, v. Kobell „Über Gold und Eisen“ sowie Dönniges „Über die germanischen Volkslieder“. Ein breit gefächertes Veranstaltungsprogramm also, das in den Räumlichkeiten des Gastgebers ein Podium finden soll, bevor „Geibel ein organisches Bruchstück aus dem erzählenden Gedicht Julian vortragen, und endlich v. Thiersch mit einer Vorlesung über die äginetischen Bildsäulen unserer Glyptothek“ die Reihe beschließen werde. – Allgemeine Zeitung 45 (14.2.1853) S. 705. – Ein weiterer Münchener Korrespondent des in Augsburg erscheinenden Blattes legt dagegen im Beilagenblatt derselben Ausgabe sein Hauptaugenmerk auf das anwesende Publikum: „Die zuhörende Versammlung – unter welcher sich II. kk. HH. Prinz und Prinzessin Luitpold mit ihrem Hof befanden, während I. Maj. Die Königin durch Unpäßlichkeit zu erscheinen verhindert war – bot in dem ganz neuen, zugleich zweckmäßig und gefällig gebauten und eingerichteten, durch Holzgas beleuchteten Laboratorium einen ebenso ungewöhnlichen wie anziehenden Anblick dar. Hohe Hof- und Staatsbeamte, darunter der Hr. Ministerpräsident, der Hr. Minister des Innern, der königl. Preußische Gesandte, mehrere HH. Reichsräthe, waren mit Notabeln aus Kunst und Wissenschaft, sowie Herren mit Damen und Personen aus allen Ständen unter einander in ebenfalls bunter Reihe gemischt. Die Gesellschaft trennte sich erst nach 8 Uhr in sichtlich angelegter und befriedigter Stimmung. Ebd. S. 716.

40 Allgemeine Zeitung 22 (22.1.1856), S. 338 f. – Die folgenden Zitate: ebd.

und Energie auszusprechen. Der Berichterstatter betont u.a., dass „die Wirkung seiner Darstellung, unterstützt von der eigenthümlichen Klarheit, Ruhe und Anmuth seines Vortrags, eine überaus mächtige“ gewesen sei. Es liege im Interesse der ganzen gebildeten Welt, wenn der „Ausspruch einer hohen wissenschaftlichen Autorität“ zu Gehör gebracht werde, denn die Wirkung auf das Publikum sei tiefer und nachhaltiger „als das schwankende Urtheil des eigenen Geistes bei einer so verwickelten und schwierigen Streitfrage, in der so viel für und wider geschrieben worden“ sei. Ein solcher entschiedener Ausspruch des großen Chemikers zählt für den Verfasser des Artikels zu dem Imponierendsten, was die gesamte deutsche Forschungslandschaft aufzuweisen hat.

Fast hat es den Anschein, als hätte Liebig sich die überlegene Gelassenheit des späten Goethe zu eigen gemacht, als er sich ostentativ eine über alle Niederungen einer kampfeslustigen Federkriegerei mit gewissermaßen klassizistischer Erhabenheit hinwegsetzte. Wir stehen hier dem Gipfelpunkt einer langen und facettenreichen Polemikultur Liebigs gegenüber, die in ihrem Entwicklungsprozess durchaus auch andere Spielarten der kontroversen Auseinandersetzung aufzuweisen hat, die weniger an den gereiften Goethe als an den in einem Prozess der Gärung befindlichen jungen August Wilhelm Schlegel erinnern.

Bekanntlich ging es der jungen Schriftstellergeneration um 1800 in erster Linie darum, das anbrechende neue Jahrhundert als intellektuelle Meinungsführer breitgefächert umzugestalten. Diesen Anspruch versuchten sie u.a. mit der Zeitschrift „Athenaeum“ (1798–1800) umzusetzen, die nichts geringeres als eine fundamental neue Periode der Literatur einläuten sollte. Das Öffentlichkeitsmonopol der spätaufklärerischen Publizistik geriet dadurch aber nicht ins Wanken, die ihre Vormachtstellung ungebrochen behauptete. Die Frühromantik sah sich daher zunehmend genötigt, für ihre Positionierungskämpfe im literarischen Feld ein wirkmächtiges polemisch-kritisches Konzept zu entwickeln. Dabei räumte man sich den Spielraum ein, überkommene Tabus zu ignorieren und insbesondere auch gezielte Personalsatire in die polemische Strategie einzubeziehen.

Wie Günter Oesterle betont hat, war diese romantische Lizenz, im rücksichtslosen Sprechen und Schreiben Extreme auszuprobieren, gesellschaftspolitisch gesehen nicht nur brisant, sondern prekär und grenzwertig. Sie sei in der Verfolgung eines Prinzips der rücksichtslosen Offenheit und der unbedingten Mitteilbarkeit und Mitteilung verankert gewesen. Diese propagierte Freimütigkeit fußte, – so Oesterle weiter, – auf einem Prinzip des Streitens, das keineswegs auf den literarisch-ästhetischen Bereich begrenzt blieb, sondern alle Lebensbereiche umfasste. Diese konzeptuelle Fokussierung auf Totalität wurde alsdann durch die Stilisierung als epochaler Kampf des Alten mit dem Neuen ins Pathetische gesteigert.⁴¹

41 Oesterle, Günter, Das Andersartige/Einzigartige literarischer Politik. Stille Nachhaltigkeit und taktvolle satirische Frechheit in der Romantik, in: Christine Lubkoll, Manuel Illi, Anna Hampel (Hrsg.), Politische Literatur. Begriffe, Debatten, Aktualität, Stuttgart 2018, S. 314. – Nachdem Oesterle bereits 1986 einen Aufsatz über das „Unmanierliche“ der Zeitschrift veröffentlicht hatte, kam er mehrfach in unterschiedlichen Zusammenhängen auf die

Die strukturellen Ähnlichkeiten mit den Positionierungskämpfen der jungen Wissenschaft der Chemie zu Zeiten Liebig liegen auf der Hand.

Man darf wohl der These zustimmen, dass das moderne Verständnis von Autorschaft, mit dem die Frühromantiker experimentierten, in erster Linie von August Wilhelm Schlegel verkörpert wurde. Die konsequente und virtuose Modellierung seiner literaturkritischen und literatursatirischen Äußerungen als Strategie der eigenen Positionierung im literarischen Feld um 1800 war auch für die spätere Schriftstellergeneration des Vormärz geläufig. Auch und gerade jenseits der engeren literarischen Kultur spielte das Polemikkonzept der Frühromantik in die unausbleiblichen Kontroversen der exakten Wissenschaften nach der Wende zum 19. Jahrhundert hinein. Liebig jedenfalls, so lässt sich unterstellen, hat diesen Zusammenhang gesehen und für die eigenen Positionierungskämpfe zu nutzen gewusst. Wie bereits für Schlegel war es für Liebig unabdingbar, Meinungsführung und Deutungshoheit in der Öffentlichkeit zu gewinnen und zu behaupten, und dieses Ziel verfolgten sie mit einer durchaus vergleichbaren polemischen Energie.

Über die mit seinem Studienfreund August von Platen geteilte Bewunderung für den Naturphilosophen Friedrich Wilhelm Joseph Schelling war Liebig in Erlangen mit dem ehemaligen Weg- und Kampfgefährten A. W. Schlegels in unmittelbarem Kontakt gekommen.⁴² Liebig mit großem Engagement betriebenes Studium der Naturphilosophie fand unter den Augen eines Universitätslehrers statt, der in der Hochphase der „ästhetischen Prügeley“⁴³ um 1800 eine Schlüsselfigur der frühromantischen kollektiven Polemikkommunität war. Aus seiner Feder stammte die Formulierung eines Prinzips der Streitkultur, das Liebig sich offensichtlich zu eigen machte:

„Jeder Streit, der im Dienste der Wahrheit geführt wird, er sey übrigens beschaffen wie er wolle, ist etwas Gutes und Verdienstliches und ein Glück für die Wissenschaft selbst, dieß ist das Princip und die Ueberzeugung jedes wackern und

Polemikstrategie der Frühromantik zurück; so etwa 2017 in einem Textbeitrag zu einer Ausstellung über August Wilhelm Schlegel. – Oesterle, Günter, Das „Unmanierliche“ der Streitschrift. Zum Verhältnis von Polemik und Kritik in Aufklärung und Romantik, in: Worstbrock, Franz Josef und Helmut Koopmann (Hrsg.), Formen und Formgeschichte des Streitens. Der Literaturstreit, Tübingen 1986, S. 107–120. – Oesterle, Günter, Romantische Satire und August Wilhelm Schlegels satirische Virtuosität, in: Bamberg, Claudia und Cornelia Ilbrig (Hrsg.), Aufbruch ins romantische Universum. August Wilhelm Schlegel. Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt am Main 2017, S. 70–82.

42 Vgl. Riedel, Manfred, „Das geheimnisvolle Wie der Dinge“, Schelling und Platen, in: Bobzin, Hartmut und Gunnar Och (Hrsg.), August Graf von Platen. Leben – Werk – Wirkung, Paderborn 1997, S. 21–44. – Anhand von Belegen aus Platens Tagebuch und der Lyrik rekonstruiert Riedel Art und Umfang von Platens Schelling-Rezeption.

43 Vgl. Schmitz, Rainer (Hrsg.), Die ästhetische Prügeley. Streitschriften der antiromantischen Bewegung. Göttingen 1992. – Vogel, Lutz, „Ästhetische Prügeleien“. Literarische Fehden in Berlin und Weimar (1800–1803), in: Dahnke, Hans-Dietrich (Hrsg.), Debatten und Kontroversen: literarische Auseinandersetzungen in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts. Berlin 1989, Bd. 2, S. 358–417.

um die Wahrheit bemühten Menschen, und dieß Princip findet seine Ausdehnung so gar auf solche Streitigkeiten, die aus Irrthum oder aus verfinsterten Absichten unternommen und geführt werden, indem sie die, welche das Bessere einsehen und behaupten, zwingen, ihre Kräfte zu sammeln, ihre Lehren schärfer zu prüfen und, wo es nöthig, noch strenger zu beweisen. Ohne diese nie einschummernden Streitigkeiten würde die gelehrte Welt bald einem stehenden Sumpf gleichen, aus welchem selbst durch Berührung des Lichts nur unreine und verdunkelnde Dünste sich entwickeln.“⁴⁴

Die Auslotung der Frage, wo für Liebig die Grenzen der Polemik verliefen, ist kaum unabhängig von dem Prozess der auf dem literarischen Feld diskutierten Polemikstrategien der Frühromantik bzw. der Naturphilosophie Schellings zu betrachten. Liebigs spätere Polemik⁴⁵ gegen Schelling steht ironischerweise im Einklang mit dem von Schelling selbst emphatisch proklamierten Streitprinzip als Voraussetzung für wissenschaftlichen Fortschritt. Bekannt sind die polemischen Seitenhiebe Liebigs gegen die Naturphilosophie, die indirekt auch auf Schelling gemünzt waren; etwa im zweiten der „Chemischen Briefe“, wo sie im Bilde eines abgestorbenen Baumes kritisiert wird, der das schönste Laub, die prächtigsten „Blüthen“, aber keine Früchte getragen habe, oder in der polemischen Broschüre über den Zustand der Chemie in Preußen, wo die Naturphilosophie als „Pestilenz“ und „schwarzer Tod des Jahrhunderts“ bezeichnet wird.

Zweifellos hat Liebig erkannt, dass die romantische Übernahme der Wortführung über die „Tendenz des Zeitalters“ eine eitle Wunschform war, ein Erkenntnisprozess, der wohl mit seinem Wechsel von Erlangen nach Paris zusammenhängt und der seinen Abschied von der Schellingschen Naturphilosophie initiiert haben dürfte. Was davon übrig blieb, war allenfalls der auf das große Ganze gerichtete Gestus. Liebig sollte diesen gesteigerten Selbstanspruch der Frühromantiker in einem neuen, eigenen Sinn umbesetzen, wobei er sich bedenkenlos der von Schelling und den Schlegels selbsterteilten polemischen Lizenzen bediente.

44 Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph, Anhang zu dem voranstehenden Aufsatz, betreffend zwei naturphilosophische Recensionen und die Jenaische Allgemeine Literaturzeitung, in: Zeitschrift für spekulative Physik, Bd. 1, H. 1 (1800), S. 70 f. [Hervorhebungen im Original]. Die beiden im Titel des Aufsatzes erwähnten voranstehenden Rezensionen von Schriften Schellings stammen aus der Feder von Henrich Steffens.

45 Zur Distanzierung Liebigs von Schelling vgl. Werner, Petra, Übereinstimmung oder Gegensatz? Zum widersprüchlichen Verhältnis zwischen A. v. Humboldt und F. W. J. Schelling, in: HiN – Internationale Zeitschrift für Humboldt-Studien I, 1 (2000), S. 91: „Liebig bekannte 1840 verbittert, er habe sich leider in seiner Studienzeit der „Ansteckung“ des größten Philosophen und Metaphysikers Schelling nicht entziehen können – er habe diese an Worten und Ideen so reiche, an wahrem Wissen und gediegenen Studien so arme Periode durchlebt, sie habe ihn zwei wertvolle Jahre seines Lebens gekostet. Er könne kaum den Schreck und das Entsetzen schildern, die ihn überkamen, als er aus diesem Taumel zum Bewußtsein erwacht sei.“

III.2. Plagiat bei Liebig

Bei der markant engen Verflechtung von Wissenschaft und Belletristik im Selbstverständnis und praktischen Handeln Liebigs liegt es auf der Hand zu fragen, in welcher Weise literaturnahe Techniken wie Polemik oder Plagiattheorie, um nur die beiden mit Blick auf Liebig wichtigsten Reizworte in diesem Zusammenhang zu nennen, in dieses übergreifende Konzept einzubetten ist.

Liebig hatte auch allen Grund dazu, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was ein Plagiat kennzeichnet. Nach Erscheinen seiner *Agrikulturchemie* 1840 sah er sich nämlich in der „Liebig-Sprengel-Kontroverse“ dem massiven Vorwurf ausgesetzt, sich als Plagiator betätigt zu haben.⁴⁶ Er habe zu Unrecht sowohl Sprengels Mineralstofftheorie als auch dessen berühmt gewordenes und erst später so bezeichnetes „Gesetz vom Minimum“ aus den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts für sich beansprucht.⁴⁷ Nach Erscheinen von Liebigs *Agrikulturchemie* 1840 hatte dies Sprengel selbst umgehend 1841 öffentlich angeprangert. Liebig, mit Sprengels Arbeiten bestens vertraut und ihn darum seinem Verleger 1835 gar zur Mitarbeit an einem Handwörterbuch für die Bearbeitung der Artikel „Analyse der Ackererde“ sowie „Agrikulturchemie“ vorgeschlagen,⁴⁸ hatte sich postwendend und ebenfalls noch 1841 mit seiner „Abfertigung“ genannten und, so Liebig, nur mit „Ekel und Widerwillen“ geschriebenen Antikritik zu verteidigen gesucht.⁴⁹ Kurz darauf, nämlich 1842 ergänzt Liebig ausführlich und völlig überraschend in der 1842 erschienenen 2. Auflage der englischen Fassung seiner *Agrikulturchemie* um die Sprengelschen Versuche aus den 20er Jahren. Sprengel, den er im Jahr zuvor noch als einen der „Lehrer der Landwirtschaft“ geschmäht hatte, sie hätten „den Verstand eurer Schüler mit euren theoretischen Ansichten verwirrt“, würdigt Liebig nun als „ausgezeichneten Agronomen ..., der sich seit 20 Jahren unermüdlich darum bemüht hat, die Bedeutung der anorganischen Bestandteile eines Bodens für die Entwicklung der Pflanzen hervorzuheben, die darauf kultiviert werden.“⁵⁰ Diese Sprengel rehabilitierenden Aussagen finden in die diversen Auflagen der *Agrikulturchemie* deutscher Sprache indessen keine Aufnahme. Im Gegenteil, Liebig wird sich 1855 schließlich ausdrücklich als der Urheber der Mineralstofftheorie berühmen und die Zäsur der wissenschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft auf das Jahr 1840, dem Erscheinen seiner *Agrikulturchemie*, datieren und

46 Ausführlich zu dieser Kontroverse s. Thimm, Utz, Carl Sprengel – mehr als ein „Vorläufer“ Liebigs, in: Justus Liebig (1803–1973). Seine Zeit und unsere Zeit. Chemie-landwirtschaft-Ernährung, Ausstellungskatalog, hrsg. v. Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen 2003, S. 186 ff., dort auch weitere Literatur-Nachweise; ferner Günter Wendt, Carl Sprengel und die von ihm geschaffene Mineraltheorie als Fundament der Pflanzenernährungslehre, Wolfenbüttel 1950.

47 Thimm, Sprengel (wie FN 46), S. 188 ff.

48 Ebd., S. 184.

49 Ebd., S. 194 ff.

50 Zitiert nach der Übersetzung von Utz Thimm in: Thimm, Sprengel (wie FN 46), S. 197.

damit seinen bis in die jüngste Zeit wirkmächtigen, insbesondere in Lexika tradierten Nachruhm begründen.⁵¹

Lässt sich dieses wendungsreiche Vorgehen Liebigs, das – jedenfalls nach außen hin – keinerlei Selbstkritik erkennen lässt und sich äußerst selbstbewusst gibt, erklären? Einen Zugang können dazu ein bemerkenswertes und einzigartiges Dokument aus dem Jahr 1843, also schon kurz nach der öffentlichen Kontroverse mit Sprengel stammend, ebenso wie die späten Reflektionen über Plagiatsprobleme bei Bacon verschaffen.

An seine Zeit der intensiven Auseinandersetzung mit der Philosophie Schellings scheint sich Liebig dabei auch erinnert zu haben, als er im Juli 1843 in einem langen, nachdenklichen Brief an Ludwig von Biegeleben seinen eigenen philosophischen Gedanken über Poesie, Bildung und Kunst freien Lauf ließ. Diesem Dokument aus Liebigs Feder sei darum der Schlussteil des vorliegenden Beitrags gewidmet. Im ersten Drittel des Schreibens stellt der Verfasser einige grundsätzliche Erwägungen über die Rolle der Poesie für die Bildung eines vollkommenen Staatsmannes an, die durch Biegelebens Antritt einer diplomatischen Laufbahn in Wien angeregt wurden:

„In unserem Staatsdienst ist eine große Armut an Männern, welche eine wahrhaft gründliche und tiefe Bildung, Erfahrung und Umsicht für einen großen Wirkungskreis besitzen. Der jetzige Minister ist der einzige, welcher unter den Diplomaten seit einem Menschenalter seine Aufgabe richtig erfaßt und die Gelegenheit benutzt hat, sich zu einem Staatsmann auszubilden. Es gehört notwendig etwas Poesie dazu, allein wie Wenigen ist dieser Begriff ganz klar. Die meisten glauben, sie liege in der Kunst, Verse zu machen und schöne Redensarten in feierliche Reime zu bringen, während es doch nur die göttliche Erleuchtung mit neuen Gedanken ist. Neue Gedanken, die in sich selbst höhere Wahrheiten sind, machen den großen Poeten aus; Tausende leben und sterben, ohne je einen Gedanken, ihnen eigen, gehabt zu haben. Einen Gedanken in allen seinen Beziehungen zum Leben auszubeuten, reicht kaum ein Menschenleben hin; diese Poesie ist die Quelle, aus der sich die Fortschritte der Rechtslehre, der Staatswissenschaft, aus der sich die Entdeckungen des Naturforschers und aller anderen Wissenschaften ergießen. Eine Generation zehrt an einem Gedanken, sie steht zuletzt aus Mangel an Nahrung desselben still, es stellen sich Krankheiten des Geistes ein, die sich in den Schriftstellern, in dem Kunstgeschmack und der Mode äußern [...]“⁵²

Kaum zu überhören sind die Anklänge an Schellings oben zitierte Vision einer toten Wissenschaftslandschaft, die bald einem stehenden Sumpf gleiche, aus wel-

51 Ebd., S. 197 ff., dort auch zur Rezeption im 20. Jahrhundert.

52 Justus Liebig an Ludwig von Biegeleben, Gießen, 21. Juli 1843, in: Briefe an Justus Liebig (wie FN 25), S. 107–110, hier S. 108.

chem sich selbst durch Berührung mit Licht nur unreine und verdunkelnde Dünste entwickeln. Liebig vertraut aber darauf, dass ein einziger Gedanke in der Lage sein kann, diese trostlose Öde des Geistes schlagartig aufzubrechen:

„[...] allein auf einmal kommt ein neuer, noch nie dagewesener Gedanke, und eine Revolution, ein neuer Tag bricht an, er entspringt aus dem Gehirn eines Poeten und er spiegelt sich im Kopfe des Philosophen, des Staatsmannes, des Künstlers, des Religionslehrers wider; er entspringt in dem Geiste eines Feldherrn, eines Philosophen und reflektiert sich in dem Dichter, in dem Leben der Zeit. In vielen ist die Fähigkeit lebendig, neue Gedanken zu erfinden und zu schaffen, die in gewissen Stunden wie eine Prozession von Bildern an dem geistigen Auge vorüberschweben, aber die Kraft, die Macht sie zu haschen und festzuhalten ist nicht da; es ist so, wie wenn sie nie gedacht worden wären. Ein Gedanke ist entstanden und da, eine Entdeckung ist gemacht, gleich kommen die Leute und beweisen, wo ihn Shakespeare her hat, von wem er ihn genommen, gleich wird bewiesen, daß die Entdeckung schon vor hundert Jahren das Licht erblickte, es wird darnach gestrebt, seine Wohltat zu verdunkeln, seine Schönheit zu bestreiten, seine Anwendbarkeit zu leugnen. Dies oder ähnliches haben der oder jener auch schon gedacht, aber die Kraft, das Neuge dachte festzuhalten, in das Leben, in den Staat, in die Kunst und Wissenschaft übergehen zu machen, diese Kraft hat gefehlt.“⁵³

Unverkennbar redet Liebig an dieser Stelle auch aus eigener Erfahrung. Um den plötzlich auftauchenden neuen Gedanken gegen Anfeindungen dritter abzuschotten, bedarf es einer überlegenen Autorität des genialen Erfinders, der sich idealer Weise nicht allein auf seine Erfindungsgabe beschränken darf, sondern auch die Kunst beherrschen muss, seinen Gedanken in die Tat umzusetzen:

„Die Gedanken sind nur nützlich oder segensbringend durch die Kunst, durch einen Inbegriff von Erfahrungen und Hilfsmitteln, die den Schöpfer des Gedankens befähigen, ihm einen Ausdruck mit dem Meißel, Pinsel und Farben oder in einem chemischen oder physikalischen Apparat oder im Staatsleben zu geben. In der Menschheit findet in dieser Beziehung zuweilen eine Teilung statt, der eine hat den Gedanken, aber nicht die Kunst, der andere besitzt die Kunst, aber keine Gedanken. Auch dies ist, wenn in Harmonie, gut und dient zum Fortschritt, allein der wahrhaft große Mann ist stets dadurch charakterisiert gewesen, daß er beides in sich vereinigte. So erledigt sich denn, wie ich glaube, unsere Differenz in den Ansichten über das was man so Kunst nennt und wenn ich bei Ihnen als einem Manne, dem ich die Schaffung neuer Gedanken zutraue, wenn ich

53 Ebd., S. 108–109.

Ihnen wünsche, daß Sie die Gelegenheit benützen möchten, die Kunst damit zu vereinigen, so mag dies freilich als ein Ausdruck der verkehrten Theorie Ihres Freundes anzusehen sein, allein es ist wohl auch als ein Ausdruck der größten Hochachtung und der aufrichtigsten Freundschaft ein wenig geltend zu machen.“⁵⁴

Der Schritt zu dem Tabubruch, sich selbst eine Art von Lizenz des Plagiats auszustellen, wobei allerdings ganz bestimmte Voraussetzungen obwalten müssen, scheint hier angedeutet. Implizit wohl mitgedacht ist hier eine Kunst, den einmal gefassten Gedanken der Öffentlichkeit auch als sein Eigentum transparent zu machen und sich über Plagiatsvorwürfe hinwegzusetzen. Hier kollidiert ein romantischer Erinnerungsrest an die Lizenz, auch grenzüberschreitende Mittel zur Durchsetzung des Neuen im Dienste der Wahrheit einzusetzen, mit den gesellschaftlich bedingten ökonomischen und juristischen Zwängen der Gegenwart (Stichwort Urheberrecht), denn auch die strikte Ablehnung des anmaßenden Plagiats dritter gehört zum Horizont des Selbstverständnisses Liebigs.

Das Bild der verödeten, unfruchtbaren Wissenschaftslandschaft, das Liebig offensichtlich als eine Art Erbe aus dem polemischen Metaphernarsenal Schellings konserviert hatte, taucht in abgewandelter Form noch 1863 in seiner polemisch-kritischen Analyse der Wissenschaftsleistung Francis Bacons auf. „Wer mit allem Fleiß und im besten Glauben“ – so Liebig – einem der Gedanken aus einem der Werke Bacons „mit der nöthigen Geduld und Beharrlichkeit auf allen Umwegen und in allen Windungen nachgeht“, der werde unfehlbar finden,

„daß derselbe im Ursprung einer lustig hervorsprudelnden Quelle gleicht, die in ihrem Lauf grüne mit Blumen bedeckte Wiesen, schattige kühle Wälder verspricht, und zu einem Bach, welcher Mühlen treibt, und zuletzt zu einem Strom, der Schiffe trägt, zu werden verheißt, die aber den Wanderer, der ihr folgt, in eine Einöde ohne alles Leben leitet, und sich zuletzt im dürren Sande verläuft.“⁵⁵

In diese blumig-bildhafte Redeweise verpackt Liebig offensichtlich seine eigene Enttäuschung, die ihn bei der Re-Lektüre der Werke Bacons betroffen zu haben scheint. William H. Brock, der in seiner Biographie Liebigs relativ ausgiebig auf dessen Bacon-Polemik eingeht,⁵⁶ hat unterstrichen, dass Liebigs Anschuldigungen von 1863, Bacon sei ein Lügner, Plagiator, Speichellecker und naiver Methodologe, eine völlige Kehrtwende in Liebigs Verhältnis zu Bacon markierte.⁵⁷

54 Ebd., S. 109.

55 Liebig, Justus von, Ueber Francis Bacon von Verulam und die Methode der Naturforschung. München 1863, S. 14.

56 Vgl. den Kapitelabschnitt „Die Bacon-Affaire“ in: Brock, Justus von Liebig (wie FN 13), S. 240–253.

57 Ebd., S. 240.

Vorher sei Liebig sehr für Bacon eingenommen gewesen und noch 1856 habe er keine Bedenken getragen, sich in Zitaten affirmativ auf den Senior der britischen Wissenschaftsgeschichte zu beziehen. Noch eine weitere Beobachtung, die Brock in diesem Zusammenhang erwähnt, ist von Interesse: Liebig sei nämlich vermutlich erstmals 1843 auf eine Diskussion über Bacons Methode gestoßen.⁵⁸ Damit befinden wir uns in zeitlicher Übereinstimmung mit Liebigs Reflexionen über Kunst und Poesie im öffentlichen Leben, wie er sie in obigem Brief an Biegeleben angestellt hatte. Es ist daher nicht auszuschließen, dass das ursprüngliche Verständnis Bacons, das, wenn man Brock folgt, Liebig zwanzig Jahre vor seiner Bacon-Polemik gewonnen hatte, im Hintergrund des Briefes an Biegeleben mitschwingt. Spuren einer älteren, positiveren Wertung Bacons lassen sich sogar noch aus der Polemik von 1863 herausfiltern:

„Man wird Bacon’s Geschicklichkeit in der Wahl und Anwendung der Mittel, welche er in Bewegung setzt und benutzt, um einen tiefen Eindruck auf den Geist der Gesellschaft zu machen, für die er seine Werke schreibt, seine Bewunderung nicht versagen können und seine Erfolge zeigen, wie richtig er ihren geistigen Standpunkt in naturwissenschaftlichen Dingen beurtheilt hat. [...] In unsern Tagen würden wir bei der Empfindlichkeit, die wir in diesen Dingen besitzen, Bacon’s Verfahren sicherlich als ein arges Plagiat bezeichnen, aber die Ausraubung der Kleinen durch die Großen war damals an der Tagesordnung und die Begriffe von Eigenthum und Diebstahl waren nicht so scharf gesondert wie jetzt; bei Bacon im besonderen geschah der Raub noch überdieß wegen eines erhabenen Zieles, und in die Kreise hinein, in denen er lebte, reichten die Stimmen derer nicht, die so unverschämt waren, sich zu beklagen.“⁵⁹

Als Liebig in den brieflich an Biegeleben mitgeteilten Reflexionen über die Kunst, einen kreativen Gedanken nicht nur zu fassen, sondern ihn auch effektiv und nachhaltig in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu verankern, könnte ihm durchaus das Beispiel Bacons vorgeschwebt haben. Erinnerung sei noch einmal an Schellings frühromantische Lizenz des Tabubruchs in polemischen Auseinandersetzungen, unter der Bedingung, dass sie der Wahrheitsfindung dienen. Indem Liebig selbst 1863 noch einen gewissen Milderungspunkt in der Methode Bacons darin zu sehen bereit ist, dass er ein „erhabenes Ziel“ verfolgt habe, scheint er die Gedankenfigur Schellings umzubesetzen und auf die Plagiatspraxis Bacons in Anwendung bringen zu wollen.

Abschließend seien die Eckpunkte der Argumentationslinie dieses Beitrags noch einmal kurz zusammengefasst.

58 Ebd., S. 241.

59 Liebig, Ueber Francis Bacon (wie FN 55), S. 14–15.

In einem ersten Schritt wurden einzelne Beispiele für das Nebeneinander von Dichtung und Wissenschaft aus verschiedenen Lebensphasen Liebigs untersucht, und zwar mit Schwerpunkt auf der Freundschaft mit Platen während des Studiums in Erlangen, der freundschaftlichen Patronage für ein Manuskript Ludwig von Biegelebens 1842/43 während der Gießener Zeit und der kollegialen Zusammenarbeit mit Emanuel Geibel bei der Ausrichtung kultureller und popularisierender Abendvorträge in München ab 1853.

In einem zweiten Schritt wurden anhand der Liebig vertrauten frühromantischen Lizenz zu Streit und die ambivalente Haltung in der Frage des Plagiats am Beispiel der Rezeption der wissenschaftlichen Methode Francis Bacons in einem Bereich der Affinität von ästhetischen Reflexionen und wissenschaftspraktischen Konzepten beleuchtet. Es konnte gezeigt werden, dass Polemik und Plagiat, als die beiden Reizworte im wissenschaftlichen Selbstverständnis Liebigs, strukturell miteinander zusammenhängen. Vor dem Hintergrund einer selbstverständlichen Verknüpfung von Poesie und exakter Wissenschaft bei Liebig eröffnet sich in der Zusammenschau der beiden heterogenen Felder perspektivisch ein interessanter Zugang zur Analyse seiner Denkweise.

Von Liebigs Traumprojekt zu Tennisplätzen Stationen der Gießener Liebigshöhe

WERNER SCHMIDT



*Abb. 1: Die Liebigshöhe nach einer Zeichnung von Walter Kröll, um 1935.
Blick von Nordwesten auf die Terrasse mit der charakteristischen, schattenspendenden Eiche.
Halb verdeckt ist das erste Gebäude der Liebigshöhe zu sehen.
(Kopie einer Druckgrafik, Archiv Liebigmuseum, Bildabteilung)*

I. Einleitung und inhaltliche Kurzbeschreibung

Der 220. Geburtstag Justus Liebigs im Jahre 2023 und die 200. Wiederkehr von Liebigs Berufung an die Gießener Ludwigs-Universität im Jahre 2024 sind sicherlich geeignete Anlässe, um einen durch Justus Liebig geprägten Ort in Gießen näher zu beleuchten: die Liebigshöhe.

Wo und was war die Liebigshöhe? Eine Frage, die durchaus häufiger gestellt wird, zumal mit der Historie der Liebigshöhe oftmals eine gewisse Unklarheit einhergeht. Liest man in den Chemischen Briefen von 1865 die Worte Liebigs:

„Auf einem Feld in der Nähe von Gießen, von der schlechtesten Beschaffenheit, auf welchem seit Jahrhunderten nur Kiefern gediehen und das als Ackerland kaum einen Wert hatte, habe ich drei Jahre lang eine Reihe von Versuchen über die Wirkung der Mineralbestandteile des Düngers angestellt“.¹

... so denkt man an ein zielgerichtetes, geplantes Vorgehen mit Testreihen und Kontrollgruppen über 3 Jahre. Solch eine Formulierung aus der Feder des Initiators der sogenannten Liebigshöhe fördert eine gewisse Verklärung der wahren Abläufe und verleitet zu Fehlinterpretationen. Um diese zu vermeiden, ist eine Betrachtung der Anfänge sicherlich hilfreich.

In diesem Artikel soll die Liebigshöhe dargestellt werden, sowohl zu Liebig, als auch für die nachfolgende Zeit bis zum Abtragen der letzten Bausteine. Zusätzlich kristallisierte sich während der Recherchen zu diesem Artikel immer mehr auch eine Chronik von zum Teil deutschlandweit wirkenden Ereignissen heraus, die den jeweiligen Zeitgeist widerspiegeln. Heute ist die Liebigshöhe fast ein „Lost Place“, besteht aber in Gießen noch in dem Straßennamen „An der Liebigshöhe“ fort. Zusammen mit dem Philosophenwald bildet sie heute einen Teil des Gießener Grüngürtels im Nordosten der Stadt.

II. Warum und wie kam Liebig zu der Liebigshöhe?

Um den Beweggrund Liebig für sein Interesse an einem unwirtschaftlichen Gelände nahe Gießens darzulegen, erfordert es einen Blick auf seine sich ändernde Rolle als gefeierter „Begründer der Agrikulturchemie“. An anderer Stelle wurde Liebig Anteil an der Verbreitung der Mineraltheorie ausführlich erörtert, daher soll in diesem Artikel nur kurz sein Antrieb und Interesse für ein Stück karges Land vor den Toren Gießens dargelegt werden.²

Liebig hatte als Jugendlicher die Folgen des 1815 ausgebrochenen Vulkans Tambora im heutigen Indonesien erlebt, der in den darauffolgenden Jahren weltweit zu eklatanten Wetterereignissen führte. Der nachfolgende „Sommer ohne Sonne“ brachte niedrige Temperaturen, Überschwemmungen und Missernten mit Hungersnöten. Sehr wahrscheinlich wurde Liebig durch die Entbehrungen seiner Zeitgenossen zu seinen Untersuchungen über die Bedingungen des Pflanzenwachstums angeregt. „Gegen Ende der dreissiger Jahre, auf der Höhe seines wissenschaftlichen Schaffens angelangt“ widmete sich Liebig der Untersuchung der pflanzlichen und tierischen Lebensbedingungen.³ Daher wurde der zu dieser Zeit schon renommierte Chemiker im Sommer 1837 auf die Jahreshauptversammlung der

1 Liebig, v., Justus, Chemische Briefe, Leipzig und Heidelberg 1865, S. 370 Fußnote.

2 Thimm, Utz, Carl Sprengel – mehr als ein „Vorläufer“ Liebig, in: Justus Liebig: seine Zeit und unsere Zeit, Ausstellung der Justus-Liebig-Universität zum 200. Geburtstag von Justus Liebig. Gießen 2003, S. 186–203.

3 Volhard, Jacob u. Knap, Georg Friedrich, Justus von Liebig – Gedenkblätter zu dessen hundertjährigem Geburtstag, Leipzig 1903, S. 27.

„British Association for the Advancement of Science“ nach Liverpool eingeladen.⁴ Er beeindruckte bei seinem Besuch den Vorstand der Gesellschaft so sehr, dass dieser ihn bat, einen ins einzelne gehenden Bericht über den laufenden Stand der organischen Chemie vorzubereiten.⁵ Liebig setzte abweichend zu dieser Bitte seine eigene Vorstellung um und veröffentlichte 1840 sein erstes Standardwerk mit dem Titel: „Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agricultur und Physiologie“.⁶ Basierend auf seinen darin geschilderten Überlegungen zu der Fruchtbarkeit von landwirtschaftlich genutzten Böden, entwickelte er durch theoretisches Abwägen einen „Kunstdünger“, der 1845 in Großbritannien durch den Sodafabrikanten James Muspratt produziert wurde.⁷ Überzeugt von der Richtigkeit seiner Gedankengänge ignorierte er dabei sogar die Ergebnisse von früheren Feldversuchen seines Schülers Playfair, die in eine andere Richtung wiesen.⁸

Die 1845 angelegten Versuchsfelder im englischen Rothamsted vermeldeten eine Stagnation des Pflanzenwachstums und es wurde Liebig berichtet: „Unsere Felder sehen aus wie glatt rasiert“.⁹ Der offensichtliche Misserfolg führte zu einem vorübergehenden Verlust der Reputation Liebigs und der erhofften Einkünfte aus dem Düngerverkauf.¹⁰ Aber schon vorher, nach Brock bereits Ende 1844, suchte er in seiner unmittelbaren Nähe nach einem geeigneten Gelände für Freilandversuche und weiterreichende Pläne.¹¹

Tatsächlich gab es für Liebig noch eine weitere Motivation für den Geländeerwerb, deren Quelle einige Jahre früher zu suchen ist. Wie bereits erwähnt, besuchte Liebig im Sommer 1837 Großbritannien, zu einem Zeitpunkt der erfolgten wissenschaftlichen Anerkennung seiner Person. Er wurde daher von englischen Industriellen und Großgrundbesitzern hofiert, ihr Gast zu sein. Liebig schrieb seiner Frau Henriette mehrere ausführliche Reiseberichte und schilderte das Leben der britischen Mittelklasse in schillernden Farben.¹² Im Spätsommer 1842 trat Liebig seine zweite Reise nach Großbritannien an und gastierte auch auf englischen Landsitzen. Da er die Gartenleidenschaft seiner Frau kannte, führte er malerisch das ihn

4 Volhard, Jacob, Justus von Liebig, II. Band, Leipzig 1909, S. 1.

5 Brock, H. William, Justus von Liebig – eine Biographie des großen Wissenschaftlers und Europäers, deutsche Übersetzung, Braunschweig/Wiesbaden 1999, S. 85.

6 Glaum, Erwin, Festschrift der Liebigsschule Gießen zum 200. Geburtstag ihres Namensgebers Justus von Liebig am 12. Mai 2003, Gießen 2003, S. 46. Das Werk wurde in viele Sprachen übersetzt, die neunte und letzte Auflage erschien 1876, drei Jahre nach Liebigs Tod.

7 Vgl. Thimm, Carl Sprengel, 2003, S. 193.

8 Ebd.

9 Vgl. Glaum, Festschrift der Liebigsschule Gießen ..., S. 49.

10 Felschow, Eva-Marie/Heuser, Emil, Universität und Ministerium im Vormärz – Justus Liebigs Briefwechsel mit Justin von Linde. Hrsg. von Peter Moraw und Heiner Schnellling, Gießen 1992 (Studia Giessensia, Bd. 3), 168. Brief Liebig an Linde vom 22.07.1845, S. 228. Liebig konnte in Verhandlungen mit dem Sodaproduzenten Muspratt im Düngemittelgeschäft einen Anteil von 1/3 erwirken.

11 Vgl. Brock, Justus von Liebig, S. 104.

12 Ebd., S. 83.

beim Anblick beseelende Gefühl an. „Er [Daubeny] ist ein Professor der Chemie, Botanik und Landwirtschaft und bewohnt in den botanischen Gärten (Du kannst Dir recht leicht die Schönheit vorstellen) ein prächtiges steinernes Haus.[...] Mein Zimmer geht auf den Garten, ich habe vor mir die schönsten Blumenbeete in vollem Flor“.¹³ Im gleichen Brief äußerte er sich enthusiastisch zu dem Landsitz des Erzbischofs von York: „Unter dem Garten verstehe ich den Küchengarten, in dem mir ganz besonders das Traubenhaus voller reifer Trauben höchst bemerkenswert war. [...] Vor meinem Fenster hatte ich den grünen Vorhang (bowling green) mit eingeschnittenen Figuren, kleinen Ländern mit den schönsten blühenden Blumen, hinter diesen einen kleinen See und dann die weite grüne Landschaft“.¹⁴

Liebig schien von dem auf englischen Landgütern praktizierten Anbau von Obst besonders angetan. So schildert er in einem Brief vom 4. September 1842 an seine Frau regelrecht begeistert:

„Haffield ist eine Art Schloß mit einem Park und prächtigem Garten mit allem, was das Auge und den Tisch erfreuen kann. Ich sage den Tisch, weil der oder die Küchengärten für mich das bewundernswürdigste sind. [...] In allen Häusern, wo ich bis jetzt war, ist der Küchengarten ein einziges großes Treibhaus. Pfirsiche hat man darin von der größten Schönheit und frische Trauben von Mai bis in die Mitte des Novembers. Ich sage frische Trauben und meine darunter nicht aufbewahrte, nein, frisch im Mai an dem Stock gewachsene.“¹⁵

Wegen der in Großbritannien sehr viel höheren Bekanntheit seiner „Agrikultur“ als in Deutschland glich diese Reise einem Triumphzug.¹⁶ Liebig fühlte sich trotz Reiseanstrengungen sehr wohl und äußerte zum Abschluss seiner Reise als Resümee: „[...]von Oxford bis hierher scheint mir das Land ein einziger Park und Lustgarten zu sein.“¹⁷

Zwischen den Zeilen ist offensichtlich herauszulesen, dass der sich häufig abgepannt fühlende Liebig in Großbritannien Ruhepole der Natur gefunden hatte, die er genießen konnte.

13 Hase, von, Agnes, *Theuerstes Jettchen – Briefwechsel zwischen Justus von Liebig und seiner Frau Henriette*, Selbstverlag, Kassel 2003, S. 96.

14 Ebd., S. 99.

15 Ebd., S. 102.

16 Volhard, Jacob, *Justus von Liebig*, I. Band, Leipzig 1909, S. 164.

17 Ebd. S. 165.

III. Die Liebigshöhe – nur Versuchsfeld oder auch Adelsitz?

1. Interessenslage Liebigs und resultierende Entscheidungen

Ein Inserat vom 1. Februar 1840 im Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen erweckt wegen der offenen Suchformulierung die Aufmerksamkeit: „Es wird ein an der Stadt nahe liegendes Triebviertel oder Sandfeld zu leihen gesucht“.¹⁸ Es ist nicht mehr zu ermitteln, wer der Auftraggeber dieses Inserats war. Es spiegelt aber ziemlich exakt die Interessenslage Liebigs zu dieser Zeit wider. Für seinen Anspruch, der Nutzung eines primär schlechten Bodens für die Steigerung der Ernteergebnisse durch Zufuhr düngender Substanzen, wäre das oben geschilderte Stück Land für solche Freilandversuche sehr wohl passend gewesen.

Am 28.3.1845 schrieb Liebig an seinen Freund Wöhler: „Ich reise morgen nach England [...]. Ich sehne mich nach Unabhängigkeit, und diese Reise hat den Zweck sie zu begründen. Ich bin das Schulmeistern zum Sterben müde und gehe zugrunde, wenn es fort dauert. Ich habe einige Verbindungen entdeckt, welche, als Dünger angewendet, treffliche Dienste leisten werden“.¹⁹ Er war zu diesem Zeitpunkt noch zuversichtlich hinsichtlich des Erfolgs seines Kunstdüngers.

Tatsächlich fiel die Entscheidung für den Erwerb eines unfruchtbaren Geländes zu Versuchszwecken vor dem sich anbahnenden Fiasko des Patentdüngers in Großbritannien. Bereits am 23.4.1845 erwähnte Liebig in einem Brief an den ihm wohlgesinnten Kanzler der Ludwigs-Universität Justin von Linde: „Das Stück Land (16 Morgen) hoffe ich von der Stadt morgen definitiv zu erhalten“.²⁰ Solch eine isoliert im Brief stehende Formulierung spricht sehr für ein bereits vorhandenes Wissen Lindes zu den Absichten Liebigs. Leider ist in der schriftlichen Korrespondenz zwischen beiden kein früherer Hinweis zu finden, sodass diese Information möglicherweise in einem vertraulichen Gespräch ausgetauscht wurde.

Vierzehn Tage später berichtete Liebig von dem zustimmenden Beschluss in der Stadtratssitzung vom 28.4.1845. Für einen Kaufpreis von 500 Gulden erhielt er von der Stadt ein sechzehn Morgen großes Stück Land, das er selbst als unfruchtbaren Hügel bezeichnete.²¹ Aus dem gleichen Brief geht hervor, dass Liebig parallel bei seinem Gönner, dem Prinzen Emil von Hessen-Darmstadt, um „ein Feld von der Domäne Schiffenberg“ bat.²² Dieses parallele Agieren zeigt das lebhaft

18 Vgl. Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 1. Februar 1840, Inseratnummer 107.

19 Dechand, v., Hertha, Justus von Liebig – in eigenen Zeugnissen und solchen seiner Zeitgenossen, Weinheim 1953, S. 54.

20 Vgl. Felschow, Eva-Marie/Heuser, Emil, Universität und Ministerium im Vormärz, 162. Brief Liebig an Linde vom 23.04.1845, S. 221.

21 Ebd. 163. Brief vom 07.05.1845, S. 222. 1835 wurde das Jahresgehalt von Justus Liebig von 800 Gulden auf 1200 Gulden aufgestockt.

22 Schneider, Bernd, Von der hessischen Domäne zum Freizeitzentrum, in: Der Schiffenberg, hrsg. vom Magistrat der Stadt Gießen, Gießen, S. 88. Im Zuge der Säkularisation 1809 wurde der Deutsche Orden aufgehoben und der Schiffenberg kam als Domäne an das Großherzog-

Interesse Liebigs zu dieser Zeit an einem Grundstück vor den Toren der Stadt Gießen.

Gut fünf Wochen später offenbarte sich sein eigentliches Anliegen in einem Brief an einen unbekanntem Adressaten. „[...] der hiesige Stadtrath hat mir in der Nähe von Gießen einen Hügel und Feld von ca. 16 Morgen verkauft, welcher die schönste Aussicht darbietet und in mir den Wunsch erregt hat, einen englischen Garten oder parkartige Anlage (in welcher ich, wenn sie ausführbar ist, eine Sommerwohnung bauen will) daraus zu machen.“²³

Sehr deutlich sind hier die für Liebig angenehmen Erfahrungen auf seinen Reisen nach Großbritannien herauszulesen und ihm schwebte wohl ein ähnlicher, adliger Landsitz vor. In diese Richtung wurde er aktiv und beauftragte den Frankfurter Gartenbauarchitekten Friedrich Grüneberg mit einer Planung für seinen Park.²⁴ Darüber hinaus strebte er die parkartige Umgestaltung des an sein Grundstück anstoßenden Philosophenwaldes an, wahrscheinlich damit für das Auge seine Parkaussicht größer erscheint.²⁵

Öffentlich bekanntgegeben wurde das Projekt schon fünf Tage später in der Großherzoglich Hessischen Zeitung als Meldung aus der Stadt Gießen:

„Gießen, 19. Juli [...] Unser berühmter Professor Liebig wird unserer Stadt auch eine neue Zierde in der Umgebung verleihen. Er wird nämlich den ihm vom Stadtrathe auf ehrenvolle Weise überlassenen, 16 Morgen großen, Bergabhang in einen Lustgarten im englischen Geschmack umwandeln lassen. Der Plan dazu ist von Herrn F. Grüneberg Sohn in Frankfurt mit viel Geschmack entworfen worden und bekundet auf's Neue den schönen Ruf, den sich Herr Grüneberg auch als Gartenkünstler erworben hat. Bei dem Entwurf sind besonders auch der unmittelbar angrenzende Wald, welcher gleichzeitig parkartige Wege erhält, und die reizende Aussicht auf das Panorama der Stadt, sowie die naheliegenden Ruinen Fezberg und Gleiberg trefflich berücksichtigt. Das Landhaus wird unter der Leitung des auch als Maler rühmlichst bekannten Baumeisters, Prof. v. Ritgen, ausgeführt.“²⁶

Wie aus der Beschreibung hervorgeht, stand in dieser Planungsphase die Einbettung des Grundstücks in die Landschaft, die Einbeziehung der Umgebung und

tum Hessen. Daher musste für ein dortiges Grundstück das Ersuchen an das Großherzogliche Haus gerichtet werden.

23 Vgl. Universitätsarchiv Gießen, Liebigbriefe, Nr. 2769, 07.06.1845.

24 Vgl. ebd. Felschow, Universität und Ministerium im Vormärz, 166. Brief Liebigs an Linde vom 14.07.1845, S. 226 und FN4: Hessen-darmstädtischer Oberforststrat Johannes Hieronymus Zamminer.

25 Vgl. ebd.

26 Großherzoglich Hessische Zeitung vom 23.07.1845, abgedruckt in: Brake, Ludwig/Ehlers, Eckhard/Häring, Friedhelm, Liebig in Gießen – Vom Außenseiter zum Ehrenbürger, Gießen 2003, S. 13.

der Blickfang der malerischen Kulissen von Gleiberg und Vetzberg als Gestaltungselemente für einen englischen Garten im Vordergrund.²⁷

Tatsächlich ließ die Stadt im Dezember 1845 Erdarbeiten im Philosophenwald mit geschätzten Kosten von 225 Gulden ausschreiben.²⁸ Ob diese Arbeiten faktisch im Umfeld der Liebigschen Grundstücksgrenze ausgeführt wurden muss offenbleiben.

Diese hochkarätigen Ansprüche entsprachen Liebigs damaligem Drang nach einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung.²⁹ So lenkte er in dem gleichen Brief an den Kanzler Linde die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass in anderen Ländern hochrangige Chemiker geadelt wurden, wobei er sehr konkret von seiner Vorstellung als Freiherr schrieb.³⁰ Sanften Druck baute er mehr oder weniger beiläufig durch die in den Brief eingestreute Bemerkung auf, dass er gerade eine lukrative Beschäftigung am Königlichen Kollegium in London ausgeschlagen habe.

Etwas bescheidener fiel da die Beauftragung des Gießener Bauaufsehers Johannes Körner mit einer Plananfertigung für eine Parkanlage aus.³¹ Allerdings findet sich in den vielen vorliegenden Briefen Liebigs keine Erwähnung Körners und auch eine im Liebig-Museum vorhandene Planung der Liebighöhe von Körner ist undatiert.³² Verschiedene Anhaltspunkte sprechen dafür, dass die Körnersche Planung zeitlich nach dem Entwurf von Grüneberg zum Tragen kam. So kündigte Körner eine am 18.04.1846 stattfindende Versteigerung für die „Einfriedung der Freiherrlichen Liebigs-Höhe“ an.³³ Bemerkenswert ist die Tatsache, dass Körner hier nur

27 Vgl. Borgmeier, Raimund, Justus Liebig und der englische Garten, in: Justus Liebig: der streitbare Gelehrte, Ausstellung der Justus-Liebig-Universität zum 200. Geburtstag von Justus Liebig, Gießen 2003, S. 45–51.

28 Vgl. Anzeigblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 31. Dezember 1845, Inseratnummer 2185.

29 Vgl. Der Palmengarten – Villa Leonhardsbrunn, <https://ojs.ub.uni-frankfurt.de> > download, heruntergeladen am 14.09.2023. Friedrich Grüneberg, geb. 2.9.1813 in Frankfurt als Sohn des Kunst- und Handelsgärtners P. D. Grüneberg. Nach Ausbildungsende arbeitete er einige Jahre als Angestellter bei der renommierten englischen Gartenbaufirma Hugh Low & Co. in Clapton bei London. 1834 kehrte er nach Frankfurt zurück und baute als Inhaber einer eigenen Gärtnerei als erster auf dem Kontinent ein 150 Fuß langes Gewächshaus mit besonderer Eisenkonstruktion, eine sogenannte Vermehrungs- und Wärmehalle. In der Fachwelt erregte er große Bewunderung und Anerkennung. Große Aufträge des russischen Fürsten Wiasenesky (St. Petersburg) und des britischen Pfarrers Williams, eines weltberühmten Kakteenzüchters, der Rothschilds in Frankfurt und Wien und anderer vornehmer Frankfurter Familien, darunter Belli-Gontard und von Mumm, brachten ihm hohe Einnahmen.

30 Vgl. FN 24.

31 Bisher konnte nicht geklärt werden, wie Liebig in Kontakt mit dem Geometer Körner aus Trebur kam, der im August 1845 Gast in einem Gießener Hotel war (vgl. FN 41).

32 Liebig-Museum Gießen, 1930 wurde dem Liebig-Museum von den Töchtern Körners ein Plan gespendet mit dem Titel: Die Liebigs Höhe – gez. von J. Körner, als Jahresangabe wurde, wahrscheinlich von den Töchtern, das Zeitfenster 1840 bis 1850 angegeben.

33 Vgl. Anzeigblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 15.04.1846, Inseratnummer 604. Die gleiche Anzeige wurde am 14.5.1846 (Nr. 1012) von Körner erneut aufgegeben, wobei die Länge der Umfriedung nicht mehr mit 200 Klafter, sondern nur noch mit 128

mit Namen und ohne jegliche Berufsbezeichnung das Inserat beauftragte. Gleiches ist auch wenige Tage später aus einer Vergabe von „Erdarbeiten eines Platzes zu 30 fl.“ auf der Liebigshöhe ersichtlich.³⁴

Erstaunlicherweise ist zu der Personalie Johannes Körner, abgesehen von dem im Liebig-Museum vorhandenen Plan, in Gießen nichts bekannt oder veröffentlicht worden. Hier soll daher für die Einschätzung der von Liebig in zweiter Instanz getroffenen Wahl für Körner ein kurzer Abriss der Personalie eingeschoben werden.

2. Johannes Körner, das unbeschriebene Blatt

Aus einer genealogischen Sammlung konnte entnommen werden, dass Johannes Körner am 2.9.1822 in Trebur geboren wurde und am 6.1.1885 in Gießen verstarb.³⁵ Verheiratet war er mit der in Gießen geborenen Maria Margaretha Christiane Catharina, geb. Borngässer, und in dieser Ehe wurden in Gießen zwischen 1846 und 1865 acht Kinder geboren.³⁶

Die Recherchen zu Johannes Körner führten primär zu den Bürger- und Einwohnerverzeichnissen. In Erwartung des Namensfundes Körner war die Nichtlistung in dem Bürgerverzeichnis, fortlaufend von 1822 bis 1901, eine Überraschung.³⁷ Auch das die Hausbesitzer und Mieter enthaltende Adressbuch von 1841 führte ihn nicht an.³⁸ Dagegen fand sich ein Eintrag Körners ab dem chronologisch nächsten vorhandenen Adressbuch von 1868, wohnhaft in der Neustadt Lit. D 101.³⁹

Auch das Brandkataster der Stadt Gießen von 1838 bis 1868 bestätigte den angeführten Hauseintrag.⁴⁰

Der erste Hinweis auf Johannes Körner fand sich im „Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen“ in der Rubrik „Angekommene und abgereiste

Klafter angegeben wurde. Möglicherweise hatte diese deutliche Fehleinschätzung Körners zu einem Reputationsverlust geführt.

34 Vgl. ebd. vom 25.04.1846, Inseratnummer 680. Wahrscheinlich handelte es sich dabei um vorbereitende Maßnahmen für einen geplanten Hausbau (Vergl. FN 59 und 60).

35 Bingsohn, Wilhelm, persönliche Mitteilung vom 21.9.2023.

36 Vgl. ebd. Bingsohn, 2023.

37 Vgl. Gr. Bürgerverzeichnis der Stadt Gießen, 1822 bis 1901, StdtAGi, N 1912, chronologisches Verzeichnis und N 1911, alphabetisches Verzeichnis.

38 Vgl. Adreß-Buch der Stadt Gießen, 1841.

39 Vgl. Adreß-Buch der Stadt Gießen, 1868. Die Adresse Neustadt Lit. D 101 mit zugehörigem Garten war lokalisiert in dem Bereich der heutigen Mühlstraße zwischen der heutigen Albert-Schweitzer-Straße und heutiger Westanlage. Der Zugang verlief damals über eine als Sackgasse vorhandene Abzweigung der Neustadt. Ab 1883 wurde als Adresse wegen eines Systemwechsels die Neustadt 71 angegeben. Für die Verortung wurde u.a. die Online-Ressource <https://www.lagis-hessen.de/maps/urkataster-plus/city/...> am 25.09.2023 genutzt.

40 Vgl. StdtAG, 1/3, N 2748 (=Brandkataster der Stadt Gießen, 1838–1868), S. 418.

Fremde....“. Demnach logierte er zwischen 5. und 7. August 1845 in dem Gasthof Stern als „Hr. Körner, Geometer von Trebur“.⁴¹

Umso mehr überraschen die bereits angeführten Ausschreibungen des Geometers Körner ohne Berufsbezeichnung zu der Liebighöhe.

Was seinen beruflichen Werdegang anbelangt, können aus den Geburts- und Todesanzeigen seiner Kinder und Ehefrau Schlüsse gezogen werden. So wird er in diesen Meldungen in der Zeitung von 1848 bis 1856 als „Ortsbürger zu Trebur und Geometer dahier“ titulierte.⁴²

Die offizielle Ernennung zum provisorischen Bezirksbauaufseher im ersten Bezirk des Kreises Gießen wurde im Amtlichen Teil des Anzeigeblasses vom 11. April 1857 verkündet, was sich auch in den nachfolgenden Familienanzeigen widerspiegelt, in denen er als „Ortsbürger zu Trebur und Großherzoglicher Geometer und Bezirksbauaufseher dahier“ bezeichnet wird.⁴³

Die organisatorische Struktur des Bauwesens auf Provinzialebene und damit die hierarchische Einordnung Körners geht aus einem Handbuch für Bürgermeister und Staatsbeamte hervor.⁴⁴ Das ganze Großherzogtum ist in Baubezirke eingeteilt, für die Kreisbaumeister angestellt sind. Die Kreisbaumeister in den Provinzialhauptstädten Darmstadt, Gießen und Mainz sind zugleich Provinzialbaumeister. Die Aufsicht über Bauwerke haben den Kreisbaumeistern untergeordnete Bauaufseher 1. Klasse für jeden Baubezirk. Es können weitere Bauaufseher 2. Klasse eingestellt sein.⁴⁵

Es bestanden auch Vorgaben hinsichtlich einer möglichen Abwesenheit aus dem Arbeitsbezirk.⁴⁶ So wurde im § 14 geregelt, dass die Bauaufseher 1. Klasse an dem Wohnort des ihnen vorgesetzten Kreisbaumeisters wohnen müssen. Dieser darf ihm einen Urlaub von bis zu 4 Tagen gewähren.

Für den Treburer Ortsbürger Körner bestand daher die Notwendigkeit einer ständigen Wohnung in Gießen, zumindest ab dem Zeitpunkt seiner Ernennung zum Bezirksbauaufseher im Jahre 1857.

41 Vgl. Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 9.8.1845. Der Gasthof Stern befand sich in der Walltorstraße, Lit. A 107. Die Gemeinde Trebur befindet sich im südhessischen Kreis Groß-Gerau. 1845 gehörte die Region zur Provinz Starkenburg im Großherzogtum Hessen.

42 Vgl. Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen, Ausgaben von 1849, 1850, 1853 und 1855.

43 Vgl. Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen, Amtlicher Teil, 11.4.1857.

44 Sander, Heinrich, Die Staats- und Gemeindeverwaltung in dem Großherzogthum Hessen, Mainz 1853, S. 188.

45 Zum Zeitpunkt der Ernennung Körners zum Kreisbauaufseher war der vorgesetzte Kreisbaumeister Sonnemann, der aber kurz danach im Sommer 1857 verstarb. Sein Nachfolger wurde Kreisbaumeister Hermann Holzapfel, der um 1861 in das ehemalige Haus Liebigs in der Frankfurter Straße einzog. Die damalige Bezeichnung war Seltersberg E 81.

46 Vgl. Großherzogliches Regierungsblatt für das Jahr 1833, Darmstadt, Nr. 58, §14.

Auch die Eheschließung mit einer Gießenerin, die er sehr wahrscheinlich bei seinem ersten Gießen-Aufenthalt kennenlernte, und die zwischen 1846 und 1865 in Gießen geborenen Kinder, erforderten einen ständigen Wohnsitz vor Ort.

Abgesehen von dem bereits erwähnten Eintrag in der Fremdenliste des Gasthofs Stern fand sich kein weiterer Aufenthalt in den Logierlisten.

Die nachfolgenden festen Wohnsitze Körners in Gießen sind aus den von ihm in der Zeitung geschalteten Versteigerungsanzeigen für zu vergebende Arbeiten zu extrahieren, da häufig die Einsichtnahme in die für die Gebote notwendigen Pläne in der Wohnung Körners erfolgte.

Listung der Wohnsitze Körners:

- Neuenweg (Haus unbekannt) ab unbekannt bis Juni 1850,
- Neue Stadtanlage E 1, Hinterhaus (Selterstor, Eckhaus Frankfurter Str./Südanlage) Haus der Frau Hofkammerrat Hofmann ab Juni 1850 bis Sept. 1853,⁴⁷
- Neuenbäue B 53, bei Schneider Nicolaus Kratz, ab Sept. 1853 bis Nov. 1855,
- Seltersweg, im Nebenhaus des Dr. jur. Tasché, gegenüber der Busch'schen Gastwirtschaft, ab Nov. 1855 bis maximal Juni 1856,
- im ehem. Jahreis'schen Garten am Neustädter Tor (zwischen heutiger Albert-Schweitzer-Straße und heutiger Westanlage, neben der Wolltuchfabrik von Homberger), ab Juni 1856,⁴⁸
- im Brandkataster ist unter Neustadt D 101 ab 1859 dort ein Haus für Körner eingetragen. Im März 1879 stellte Körner für die dortige Liegenschaft einen Bauantrag (Neunummerierung ab 1883: Neustadt 71). Dort lebte er bis zu seinem Tod 1885.

3. Vision und desillusionierende Realität auf der Liebigshöhe

Nach der Genehmigung der Grundstücksüberlassung in der Stadtratssitzung vom 28.4.1845 wurde als verwaltungstechnischer Aktsakt die Grundstücksvermessung vorgenommen.

Im vorliegenden Tagebuch der Feldgeschworenen berichtete der beauftragte Weidig über die Grundstücksmarkierung der „sogenannten Kiesgrube“ am 10.7.1845 mit 16 Grenzsteinen.⁴⁹

47 Frau Hofkammerrath war die Frau des Provinzialbaumeisters Johann Philipp Hofmann.

48 Der am Marktplatz ansässige Kaufmann Jahreis wollte mittels eines Inserates am 12.6.1856 seinen Garten mit Gartenwirtschaft und Kegelbahn verkaufen. Schon drei Tage später schaltet Körner eine Anzeige mit dortigem Wohnsitz. Ende 1856 verpachtete Körner die „ehemalige Jahreis'sche Gartenwirtschaft“. In der Folgezeit bietet er immer wieder Früchte und Pflanzen aus seinem Garten an und schaltete Vermietungsanzeigen.

49 StdtAG, 1/3, N 3200 (=Tagebuch der Feldgeschworenen in Gießen, 1845–1924), Nr. 154.

An anderer Stelle wird der Untergrund der Liebigshöhe als rötlicher Kies und unfruchtbarer Sand, bedeckt mit dürrftigem Graswuchs und Gestrüpp, beschrieben.⁵⁰

Zieht man eine geologische Karte des Gießener Beckens zu Rate, so werden für das Gebiet der Liebigshöhe als Untergrund die Lahnterrasse und tertiäre Sande und Tone angegeben, was den für Düngungsversuche interessanten, kiesigen und sandigen Boden bestätigt.⁵¹

Liebig's Ambitionen für ein Sommerhaus mit Blick auf die tiefer liegende Stadt und der Fernsicht auf die Gießener Hausberge kam die Lage des von der Stadt überlassenen Grundstücks sehr entgegen. Von der Liebigshöhe aus mit einer Höhe von 190,6 m.ü.M. fällt das Gelände Richtung Norden und Westen ab und ermöglicht den Blick auf die Stadt.⁵² Auch dem Gießener Maler Müller-Leutert gefiel ungefähr 80 Jahre später diese attraktive Sicht aus der Perspektive des von Liebig geplanten Sommerhauses.⁵³

Die Geländetopografie ist auch hinsichtlich der von Körner projektierten Parkanlage nicht unwesentlich. So plante er das Sommerhaus westlich und etwas unterhalb der höchsten Stelle des Grundstücks. In der Hanglage hätte das eine Nivellierung des Bauplatzes erfordert, wie es auf dem Plan auch den Anschein erweckt. Leider ist genau in diesem Bereich in späteren Jahren das Geländeprofil massiv verändert worden, wie später erläutert werden wird.

Die Arbeiten auf der Liebigshöhe hatten schon bald nach der Grundstückseinsmessung begonnen. Anfangen wurde im Juli 1845 mit dem für die Gartenbewässerung zwingend notwendigen Brunnenbau.⁵⁴ Aber schon recht bald wich die ursprüngliche Euphorie Liebig's einer Ernüchterung, die auch durch die ausbleibenden Gewinne aus dem Düngerverkauf verstärkt wurde. So schrieb er in einem Brief im August 1845: „Ich bin mit meinem Brunnen in einer großen Verlegenheit und fürchte, dass alles Geld, was ich daran gewendet habe, hinweggeworfen ist.“⁵⁵

Auch bei seinem Verleger Vieweg bat er um pünktliche Zahlung der Zinsen eines von Liebig gewährten Darlehens, damit seine „Frau nicht in Verlegenheit

50 Vgl. Rehnelt, Friedrich, Die Liebigshöhe, ihre Vergangenheit und Zukunft, in: Heimat im Bild – Beilage zum Gießener Anzeiger, Nr. 37, 1935. Gemäß Adressbuch der Stadt Gießen 1935 war Friedrich Rehnelt zum Zeitpunkt des Artikels Universitäts-Garteninspektor i.R.

51 Vgl. Geotope in Gießen, Untergrundaufbau im Stadtgebiet von Gießen, Geologische Karte 1 : 25 000, Hrsg. Amt für Umwelt und Natur, <https://storymaps.arcgis.com/stories/9e568b9df3cf4c27a3510b77d23bc460>, heruntergeladen am 27.9.2023.

52 Schmidt, Werner, Neue Sicht auf alte Kapelle, MOHG 107. Band, 2022, S. 277.

53 Müller-Leutert, Helmut, Aquarell, Blick von der Liebigshöhe, 1928 (s. Abb. 14, S. 123). Das Original befindet sich im Oberhessischen Museum.

54 Vgl. Felschow, Universität und Ministerium ..., 166. Brief Liebig an Linde vom 14.07.1845, S. 226.

55 Vgl. UAG, Liebigbrief Nr. 3372, 19.8.1845, abgedruckt in: Brake, Ludwig/Ehlers, Eckhard/Häring, Friedhelm, Liebig in Gießen – Vom Außenseiter zum Ehrenbürger, Gießen 2003, S. 13.

in Hinsicht auf zu machende Ausgaben für die Anlage eines großen Stückes Feld kommt.“⁵⁶

Wenige Tage später brach Liebig zu seiner fünften Reise nach Großbritannien auf. In einem Brief aus London bat er seine Frau, „fleißig auf die Höhe“ zu gehen und er nahm auch Bezug auf den bereits begonnenen Brunnenbau.⁵⁷ Seine Frau teilte ihm kurz danach mit, dass bisher das Wasser im Brunnen nur 6 Fuß hoch stehe, Liebig erachtete aber mindestens 10 Fuß als notwendig für eine Gartenanlage.⁵⁸ Die angespannte Finanzlage kommt in diesem Brief auch dadurch zum Ausdruck, dass Körner auf die Arbeiten der Brunnengräber achten solle. So schrieb Liebig vor, dass für jeden Fuß unter Wasser die Brunnengräber zwei Gulden erhalten sollten, für jeden über Wasser ein Gulden zwanzig Kreuzer.⁵⁹

In diesem Brief erwähnte Liebig, soweit bekannt, Körner letztmalig. Es soll hier auch festgehalten werden, dass der von Körner vorgelegte Plan praktisch vollständig fallengelassen wurde. Die nachfolgenden Versteigerungsausschreibungen gab der zu dieser Zeit amtierende Bauaufseher 1. Klasse Johannes Amendt auf.

Dieser wurde mit der Aufsicht zu dem Bau eines Wohn- und Ökonomiegebäudes auf der Liebigshöhe beauftragt und legte eine Kostenkalkulation für alle Gewerke vor.⁶⁰

Es handelte sich dabei um die Keimzelle der zukünftigen Gastronomie „Zur Liebigshöhe“, die spätestens im Dezember 1846 fertiggestellt wurde.⁶¹ Sicherlich sah dieses einfache Wohngebäude völlig anders aus, als ein ortsfremder Graphiker in Unkenntnis der lokalen Gegebenheiten die Ansicht der Liebigshöhe in einer Phantasielandschaft darstellte.⁶²

56 Schneider, Margarete u. Wolfgang, Justus von Liebig – Briefe an Vieweg, Braunschweig 1986, S. 190. Brief Liebig vom 2.9.1845 an seinen Verleger Vieweg.

57 Judel, Klaus Günther, Justus Liebig in Großbritannien, Reihe Berichte der Justus-Liebig-Gesellschaft zu Gießen, Gießen 2003, S. 93. Brief Liebig aus London vom 17.9.1845 an seine Frau. In dem Plan von Körner ist nordöstlich des geplanten Hauses eine runde Struktur an einem Weg eingezeichnet, die möglicherweise den angesprochenen Brunnen darstellt.

58 Vgl. ebd. S. 93: Brief Liebig aus London vom 20.9.1845 an seine Frau. Der vorhergehende Brief Henriette Liebig lag nicht vor, aber die Inhalte in der angeführten Antwort Liebig lassen den Schluss zu.

59 Vgl. ebd., S. 94.

60 Vgl. Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 23.5.1846, Inserat-Nr. 887. Maurerarbeiten ohne Material: ca. 500 fl., Steinbauerarbeiten: ca. 213 fl., Zimmerarbeit: ca. 928 fl., Dachdeckerarbeit: ca. 215 fl., Schreinerarbeit: ca. 530 fl., Schlosserarbeit: ca. 387 fl., Glaserarbeit: ca. 79 fl., Weißbinderarbeit: ca. 276 fl., Spenglerarbeit: ca. 55 fl., ferner die Lieferung von 10 Tsd. Backsteinen.

61 Vgl. StdtAG, Sign. N 2748 (=Brandkataster der Stadt Gießen, 1838–1863), S. 197. Unter der Nr. Lit. B 123 1/4 wurde als Besitzer für ein Wohnhaus u. Scheuer unter einem Dach Dr. Justus Liebig zu einem Versicherungswert von 1190 fl. eingetragen. Siehe Tabelle 1 im Anhang.

62 Hamm, Wilhelm, Das Ganze der Landwirthschaft in Bildern, 2. Auflage, Leipzig, 1872, S. 4.



Die Liebigshöhe bei Gießen.

Abb. 2: Phantasiebild der Liebigshöhe. (*Das Ganze der Landwirthschaft in Bildern*, 2. Auflage, Leipzig, 1872, S. 4)

Die Registrierungen der Besitzverhältnisse in den verschiedenen amtlichen Büchern erfolgte erst nach 1845 und stellten ein Beispiel für die zeitlich verzögerte Bearbeitung im Amtsbereich dieser Zeit dar.⁶³ Im Grundbuch ist ein als Acker, früher Wüstung und Wald, bezeichnetes Stück Land auf „von Liebig, Prof. Dr. Freiherr zu Giessen“ mit einer Größe von 35.762 qm eingetragen.⁶⁴

Die nach Umrechnung identische Flächenangabe von 5722 Quadratklafter findet sich auch in dem topographischen Güterverzeichnis, eingetragen auf „Freiherr Dr. v. Liebig.“⁶⁵

63 Alle vorliegenden Dokumente führen Liebig mit seinem am 29.12.1845 verliehenen Freiherrentitel an.

64 Archiv Liebig-Museum, Bibliothek 46.00, maschinengeschriebener Auszug aus Grundbuch für die Gemarkung Gießen, Jahr: 1840 (bei der handschriftlichen Jahreszahl ist dem Schreiber ein Fehler unterlaufen, alle sonstigen Dokumente weisen eindeutig das Jahr 1845 als Jahr des Käuferwerbs aus). Liebigshöhe – Flur L – LXXI. Die unterschiedlichen Größenangaben Liebigs zu dem Grundstück können hier konkret auf das richtige Maß umgerechnet werden. Es handelte sich um 14,3 Morgen.

65 StdtAG, 1/3, N 3254b (=Topographisches Güter- und Häuserverzeichnis der Gemarkung Gießen, II. Teil, Flur 22 bis 79, 1836, hier Flur 71, Nr. 1 8/10). Die Umrechnung der Quadratklafter auf Quadratmeter ergibt ebenfalls den Wert von 14,3 Morgen. 1 Morgen = 400 Quadratklafter. Für die Umrechnung vgl. Adressbuch Gießen, 1886, S. 121.

Wie bereits angeführt wurden die Planungen Körners in großen Teilen fallengelassen. Daher sind auf der Basis dieses Planes Interpretationen oder Schlussfolgerungen vorsichtig zu bewerten und sonstige Pläne liegen nicht in der gewünschten Detailgenauigkeit vor.

4. Die angepflanzte Vegetation auf der Liebigshöhe

Gesichert sind Weinstöcke, die Liebig in einem Chemischen Brief von 1865 erwähnt.⁶⁶ Ob diese tatsächlich südlich des geplanten Sommerhauses, wie auf Körners Plan eingezeichnet, angelegt wurden, kann nur vermutet werden.

Von einem Besuch auf Schloss Johannisberg bei Fürst Metternich berichtete Liebig in einem Brief an seine Frau, dass er Versuche über Gärung des Weins und die Düngung der Weinberge abgesprochen habe.⁶⁷ Möglicherweise hatte Liebig bei der Vereinbarung der Weinbergdüngung auch an Weinberge auf der Liebigshöhe gedacht. Er führte im Herbst 1845 Versuche an Weinstöcken mit mineralischem Dünger durch, über deren Resultate er in einem mit „Dünger für Weinberge“ titulierten Flugblatt berichtete.⁶⁸ Wesentlich für die Chronik der Liebigshöhe ist ein Brief Liebigs an seinen ehemaligen Schüler Carl Remigius Fresenius, der zu dieser Zeit bereits in Wiesbaden wohnte und lehrte. Er bat in dem Brief seinen verehrten Freund um Rat für auszuwählende Rebsorten: „Ich bin im Begriffe einen Weinberg anzulegen und bedarf hierfür einer Anzahl Rebenwurzlinge von verschiedenen Sorten, die ich nicht weiß wo ich sie am besten herbekommen kann“.⁶⁹ Konkret war er an rotem und weißem Gutedel, Kleinberger, Oesterreicher, der Fleurytraube und anderen frühreifenden Sorten interessiert. Damit wird deutlich, dass Weinstöcke auf der Liebigshöhe frühestens 1846 gesetzt wurden, zumal ein Antwortschreiben bisher nicht nachgewiesen werden konnte.⁷⁰

Auch eine über Kappes, den Gärtner Liebigs, erzählte undatierte Anekdote bestätigt das Vorhandensein von Weinstöcken auf der Liebigshöhe. Kappes wurde nach der Güte des Weines gefragt und antwortete etwas verlegen: „Er mächt sich!

66 Vgl. FN 1.

67 UAG, Dep. Liebig-Gesellschaft, Nr. 19, Brief Liebigs an Henriette vom 8.9.1845. <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction.action?detailid=v11100764>, 07.10.2023. Bei der Absprache der Weinbergdüngung hatte Liebig möglicherweise die Weinberge auf der Liebigshöhe im Kopf.

68 Gros, Leo, Carl Remigius Fresenius (1818–1897) und sein Laboratorium, in: *Jahrbücher der Gesellschaft für Geschichte des Weines e.V. und des Nassauischen Vereins für Naturkunde e.V.*, Nr. 195, Wiesbaden 2018, S. 20. Der Ort der Versuche wird nicht erwähnt. Fresenius wurde am 1.4.1842 Liebigs Assistent an dem chemischen Laboratorium Gießen, promovierte am 23.07.1842 bei Liebig und war ab 24.06.1843 Privatdozent. Im September 1845 ging Fresenius nach Wiesbaden. Dort eröffnete er im Frühjahr 1848 das Chemische Laboratorium Fresenius. Vgl. dazu *Die Universität Gießen von 1607 bis 1907 – Festschrift zur dritten Jahrhundertfeier*, 1. Band, Gießen 1907, S. 426.

69 Ebd., S. 21. Brief Liebigs vom 04.06.1846 an Carl Remigius Fresenius in Wiesbaden.

70 Vgl. ebd. S. 21.

Die guten Jahrgänge verzapf ich heimlich untern Apfelwein“.⁷¹ Da Weinstöcke in der Regel erst drei bis fünf Jahre nach dem Pflanzen Früchte tragen, dürfte diese Anekdote auf die Zeit nach Liebig's Verpachtung an Kappes zu datieren sein.

Ein Zeitungsartikel aus den 1930iger Jahren berichtet über den Rosenfreund Körner, der angrenzend an die heutige Westanlage einen großen Garten besaß. Dieser zählte wegen seines reichen Rosenflors zu den schönsten in Gießen.⁷²

So sollen Rosen aus dem stadtbekanntem Körnerschen Garten zu Liebig's Zeit an die Liebigshöhe verpflanzt worden sein. Die im Artikel vertretene Sichtweise ist wegen der zeitlichen Abläufe nicht möglich gewesen, da Körner wie bereits erwähnt erst 1856 in Besitz des angeführten Gartens kam, also vier Jahre nach Liebig's Wechsel nach München.

Tatsächlich wurde in späterer Zeit eine 35 Meter lange Rosenvegetation der Nadelrose auf der Liebigshöhe gefunden.⁷³

Nicht unerwähnt soll hier die windschützende Heckenumzäunung bleiben, die im Süden und Osten aus Weißbuchen, im Norden aus Haselnusssträuchern bestand.⁷⁴

Bereits vor dem Erwerb der Liebigshöhe war Kaspar Kappes der Gärtner des Ehepaars Liebig, das hinter dem Chemischen Laboratorium einen langgestreckten Garten besaß.⁷⁵ Liebig's Frau Henriette liebte das Gärtnern und der wohl schon relativ kurze Zeit nach Liebig's Einzug in seine Dienstwohnung gekaufte Garten diente der Familie als Nutzgarten und sonntäglicher Vergnügungsort.⁷⁶ Wann genau Kaspar Kappes als Unterstützung der gärtnerischen Tätigkeit angestellt wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden.⁷⁷ Die länger bestehende Verbundenheit der Familie Liebig kommt auch in einem Brief vom September 1845 zum Aus-

71 Vgl. Schüling, Hermann, Gießener Anekdoten, Gießen 1980, S. 80. Das in Mundart gesprochene Zitat wurde hochdeutsch umformuliert.

72 Vgl. FN 50.

73 Vgl. ebd., die Nadelrose, lat. *Rosa acicularis*, ist eine sehr robuste, alte Rosensorte, die magere Böden bevorzugt.

74 Vgl. ebd., bekannter als der angeführte Name Weißbuche ist die Bezeichnung Hainbuche, die eigentlich zu den Birkengewächsen zählt. Vgl. <https://www.baumschule-horstmann.de/shop/exec/product/55/2616/Hainbuche-Weissbuche.html>, 1.10.2023

75 StdtAG, 1/3, 253 (=Topographisches Güter- und Häuserverzeichnis der Gemarkung Gießen, I. Band, II. Teil, Flur I – XXI, ab 1836, hier Flur 17, Nr. 281 u. 283). Erstaunlicherweise wird das Jahr 1842 als Erwerbszeitpunkt des Gartens angegeben. Aber auch sein spätestens Anfang August 1842 gekauftes Grundstück für sein neues Haus an der Frankfurter Straße wurde in das Topographische Güterverzeichnis erst für das Jahr 1848 eingetragen. (Nr. 187, „pro 1848, Prof. Dr. Freiherr v. Liebig (Hofrathhegrund)“. Vgl. auch: Pöpken, Schmidt, Zum Kanalbau an der Chaussee auf Gießens Seltersberg, in: MOHG 106, Gießen 2021, S. 185 ff.

76 Volhard, Jacob, Justus von Liebig, I. Band, Leipzig 1909, S. 111 f.

77 Vgl. Verein für Computergenealogie, <https://www.compgen.de/recherchieren/#datenbanken>, 2.10.2023. Kapar (Caspar) Kappes, geboren vor 1820, verheiratet mit Elisabeth Zeh. Aus der Ehe gingen zwischen 1848 und 1856 drei Kinder hervor. In der Geburtsanzeige seiner Töchter wird er als Ortsbürger aus Seckbach und Gärtner auf der Liebigshöhe geführt. Der Grabstein auf dem Alten Friedhof in Gießen trug die Inschrift: „Hier ruht in

druck, in dem sich Liebig nach dem Befinden des Gärtners Kappes erkundigt und die Hoffnung für seine mögliche Weiterbeschäftigung ausspricht.⁷⁸ Ein paar Tage später äußerte Liebig sich erfreut zur Besserung der Gesundheit von Kappes.⁷⁹

In einem Inserat vom 6.9.1847 bot Kappes Dickmilch und Kaffee „in der Anlage des Herrn Prof. von Liebig auf dem Trieb“ an.⁸⁰ Hier kommen die Besitzverhältnisse ganz klar zum Ausdruck. Aber bereits im Herbst 1847 war Liebig der Liebigshöhe überdrüssig und verpachtete das Gelände an seinen Gärtner Kappes.⁸¹

So ist in späteren Anzeigen des „Gärtner Kappes auf der Liebigshöhe“ die Bezugnahme auf den Eigentümer Liebig nicht mehr gegeben und er bot 1849 mal eine Milchkuh, mal Flaschenbier der Heyerschen Brauerei an.⁸²

Der Wechsel Liebigs nach München leitete ein neues Kapitel in der Geschichte der Liebigshöhe ein. Liebig konnte in dem Besitz keinen Nutzen mehr erkennen und veräußerte das Grundstück. Der immer wieder beschriebene weit ausladende Eichenbaum auf der Terrasse war zu dieser Zeit wahrscheinlich schon gepflanzt.⁸³

IV. Kleiner Chemiekasten der Agrikultur

Der Leser möge dem Verfasser nachsehen, dass er sich als Nichtchemiker nicht selbst zu einem chemischen Thema äußern möchte. Stattdessen greift er respektvoll auf seinen ehemaligen Chemielehrer Erwin Glaum zurück, der nach seiner Pensionierung 1990 neben vielen Führungen in dem Liebig-Museum auch die dortigen Experimentalvorlesungen als integralen Bestandteil etablierte.⁸⁴ Ein Übersichtsartikel zur Liebigshöhe wäre unvollständig, wenn die Chemie ausgespart bleiben würde. Daher sind hier im Nachfolgenden Ausschnitte aus einem unveröffentlichten Manuskript von Erwin Glaum angefügt:

Frieden Caspar Kappes, geb. 27. Juni 1815 in Seckbach, gest. 16. April 1879 auf der Liebigshöhe.“ (zitiert in Heimat im Bild, wie FN 50).

78 Vgl. FN. 56.

79 Vgl. Judel, Klaus Günther, Justus Liebig in Großbritannien ..., S. 94. Brief Liebigs aus London vom 20.09.1845 an seine Frau Henriette.

80 Vgl. Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 6.9.1847.

81 UAG, Liebigbriefe, Nr. 2670, Brief Liebigs an Maria Kekulé, 23.11.1847. Ausschnitt abgedruckt in Brake, Ludwig/Ehlers, Eckhard/Häring, Friedhelm, Liebig in Gießen – Vom Außenseiter zum Ehrenbürger, Gießen 2003, S. 13.

82 Vgl. Anzeigebblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 12.6.1849, Nr. 1098. Die Heyersche Brauerei ist kurz zuvor auf der Hardt eröffnet worden. Vgl. Hoffmeister, Dieter, Der Untere Hardthof, Gießen 2023, S. 25.

83 Vgl. Wagner, August, Gießen und die Liebigshöhe – Erinnerungen an die zwanziger Jahre, in: Hessische Heimat, Heimatbeilage der Oberhessischen Tageszeitungen, Nr. 1, Gießen 1972. Auf einer Fotografie aus den 1920iger Jahren hatte der Stamm mindestens einen Durchmesser von 60 cm. Damit wäre die Eiche auf der Terrasse zu dieser Zeit schon 100 Jahre alt gewesen. Vgl. <https://www.baumportal.de/baum-alter-bestimmen>, 01.11.2023.

84 Vgl. Müller, Franziska, Das Liebig-Laboratorium von seinen Anfängen bis in die Gegenwart, Gießen 2020, S. 137.

„Jeder Bauer wusste auch damals schon, dass eine Ernte umso besser ausfällt, je mehr ein Acker mit Stallmist gedüngt wird. Leider hatte man zu wenig davon, es gab zu viele Schafe auf den Weiden und zu wenig Rinder in den Viehställen. Liebig wollte das Brachliegen der Äcker und das Düngen mit Stallmist zumindest teilweise durch seine mineralischen Dünger ersetzen. [...]

Auf Vorschlag Liebig's stellte Muspratt in seiner Fabrik einen Dünger her. Diesen sogenannten Patentdünger gewann man durch Mischen von Pflanzenaschen, Gips, Knochenmehl, Kaliumsilicat, Magnesiumsulfat und wenig Ammoniumphosphat. Liebig war der Meinung, die leicht löslichen Bestandteile des Patentdüngers würden durch Regenwasser gelöst, ausgewaschen und stünden somit den Pflanzen nicht mehr zur Verfügung. Um die Löslichkeit herabzusetzen, wurde das Gemisch in einem Ofen durch Erhitzen zusammengeschmolzen und anschließend wieder zerkleinert.

Der Patentdünger kam 1845 erstmals in den Handel, ohne dass vorher damit Feldversuche angestellt wurden. Das hat sich als großer Fehler herausgestellt! Insbesondere die englischen Bauern waren enttäuscht und verbittert, denn der Dünger hielt nicht, was man ihnen versprochen hatte. Das „unlösliche Zeug“ blieb nach dem Ausbringen auf der Bodenoberfläche liegen, es musste sogar noch untergepflügt werden. Auf das Pflanzenwachstum hatte Liebig's Patentdünger jedenfalls keinen sichtbaren Einfluss.

Auch auf der Liebigshöhe in Gießen wurde im Jahre 1845 der Patentdünger ausgebracht, ein vermehrtes Pflanzenwachstum konnte auch hier nicht festgestellt werden. Die Landwirte waren davon überzeugt, dass dieses „steinerne Zeug“ von Dünger nichts bewirken könne, und „Mist bleibe doch Mist“!

Die beiden folgenden Jahre 1846 und 1847 waren sehr reich an Niederschlag. Das Regenwasser löste offenbar doch einen Teil des Patentdüngers auf, denn in diesen Jahren gab es einen Erntesegen, der den Bau einer neuen Scheune auf der Liebigshöhe erforderlich machte⁸⁵.

Mit den letzten beiden Sätzen wird klar, weshalb Liebig in dem eingangs erwähnten Chemischen Brief aus dem Jahr 1865 von einer dreijährigen Versuchsreihe über die Wirkung der Mineralbestandteile des Düngers sprach. In der Textfortsetzung schilderte er seine Überzeugung, dass für die Bodenfruchtbarkeit ausdauernder Pflanzen, wie Bäume, Sträucher und auch Weinreben, deren Aschebestandteile ausreichen. Dagegen sei für einjährige Pflanzen, wie Getreide und Sommergewächse, die Zufügung von Sägespänen zu dem Mineraldünger außerordentlich ertragssteigernd. Die durch Verrottung der Sägespäne freigesetzte Koh-

85 Archiv Liebig-Museum, Signatur 48.075, unveröffentlichter Manuskriptentwurf für die Gießener Liebigshule anlässlich des 200. Geburtstags Liebig's im Jahre 2003, 2002. Vgl. Glaum, Erwin, Lehrerkollegium, 200 Jahre Justus Liebig – Namenspatron der Liebigshule Gießen, 2003.

lensäure diene dem Aufschluss weiterer Erdminerale. Als Voraussetzung für ein gutes Pflanzenwachstum formulierte er einen leichten Landregen als notwendig.

In dem 38. Chemischen Brief beschreibt er das Zusammenwirken der für ein gesundes Pflanzenwachstum notwendigen Stoffe mit einem bildhaften Vergleich: „Acht Stoffe hat der Landwirth im Boden nöthig, wenn alle seine Pflanzen üppig gedeihen, wenn seine Felder die höchsten Erträge liefern sollen. Manche davon, aber nicht alle, sind stets und in Menge darin vorrätig, drei sind den meisten Feldern nur geliehen. Diese acht Stoffe sind gleich acht Ringen einer Kette um ein Rad; ist einer davon schwach, so reisst die Kette bald, der fehlende ist immer der Hauptring, ohne den das Rad die Maschine nicht bewegt. Die Stärke der Kette bedingt der schwächste von den Ringen.“⁸⁶

V. Wechsel auf der Liebigshöhe – die Ära der Gastlichkeit und des Obstanbaus

1. Der zeitlich etwas unklare Besitzerwechsel

Die Jahresangaben zu dem Verkauf der Liebigshöhe weichen in der Literatur voneinander ab. Der Liebig-Biograph Brock führte 1849 als Jahr des Besitzerwechsels an.⁸⁷ Die Überprüfung des Jahres in den amtlichen Quellen ergab ein anderes Datum. So ist der Besitzübergang jeweils zur Hälfte auf die Brüder Caspar und Philipp Kappes in dem Brandkataster für 1852 angegeben. Der für einen Abgleich ebenfalls vorliegende Grundbuchauszug der Liegenschaft ist nicht eindeutig zu interpretieren. Für das Jahr 1847 ist ein Kaufbrief eingetragen, bei dem aber nicht klar ist, ob er sich auf Liebig oder Kappes bezieht. Es folgt als nächster Eintrag für das Jahr 1850 „Kaspar Kappes u. Kons. zu Gießen (Kaufbrief durch Wegzug Liebigs)“.⁸⁸ Diese Jahreszahl steht als amtliches Dokument im völligen Widerspruch zu dem in der Literatur genannten Zeitpunkt des Eigentümerwechsels.

In dem bereits angeführten Brandkataster der Stadt Gießen wird die erste Bebauung der Liebigshöhe als „Wohnhaus und Scheuer unter 1 Dach“ beschrieben, versichert im Dezember 1846.⁸⁹ Als Eigentümer wurde, unter Verschweigen des bestehenden Freiherrntitels, Dr. Justus Liebig eingetragen, der neun Monate nach Fertigstellung Land und Haus an Kappes verpachtete.

Der im Liebig-Museum aufbewahrte Kaufvertrag wurde in dem bereits erwähnten Zeitungsartikel von Rehnelt beschrieben: „Unter dem 21. Januar 1852 wird die Liebigshöhe an den Gärtner Kappes und dessen Ehefrau, geb. John verkauft. Der Kaufpreis beträgt 8000 Gulden, wovon die erste Hälfte gleich, die andere

86 Liebig-Museum, hier 38. Chemischer Brief, 6. Auflage, 1878, S. 395. <https://www.liebig-museum.de/chemische-briefe/>, 26.10.2023.

87 Vgl. Brock, H. William, Justus von Liebig – eine Biographie, 1999, S. 113.

88 Vgl. FN 64 Archiv Liebig-Museum.

89 Vgl. FN 61. Der Dezember 1846 muss als spätester Zeitpunkt der Gebäudefertigstellung betrachtet werden.

Hälfte nach zwei Jahren an Liebig zahlbar waren“.⁹⁰ Bezüglich des Geburtsnamens der Ehefrau von Kappes hatte sich der Autor geirrt, denn die „Kaspar Kappes Wirth Witwe Elisabetha“ wird noch in den 1880iger Jahren in den Adressbüchern geführt.⁹¹

Legt man als Verkaufsdatum den 21. Januar 1852 zugrunde, dann hätte Liebig bereits vier Monate vor seiner Entscheidung für den Wechsel nach München die Liebigshöhe verkauft.⁹²

2. Die Liebigshöhe als Wanderziel

Die Liebigshöhe als Ziel für eine Wanderung durch die Wieseckau oder einer Kutschenfahrt entlang der Grünberger Chaussee mit einer Einkehrmöglichkeit etablierte sich noch zu Liebigs Zeit, denn Kappes offerierte dort im Sommer 1847 Dickmilch und Kaffee.⁹³

Der schöne Ausblick lockte immer mehr Besucher an und damit wuchs das gastronomische Angebot. Erstmals wurde 1850 neben Flaschenbier, Kaffee, Tee, Sauer Milch und weiteren Erfrischungen auch Wein der „Lage Liebigshöhe“ angeboten, der Schoppen zu 8 Kreuzer.⁹⁴ Auch der bäuerlich-gärtnerische Bereich prosperierte, es wurden Milchkühe gehalten und Ende 1854 ein Stall errichtet.⁹⁵

Wahrscheinlich ermöglichte diese Baumaßnahme die spätere Verkleinerung des großen, gemauerten Rundbogens des ehemaligen Scheuteils zu einem Hauseingang (vgl. FN 61, Brandkatastereintrag und Abbildung 3).

Zu dieser Zeit wurden die Gebrüder Kappes in einem überregionalen Adressbuch des Großherzogtums Hessen mit gelistet. Sie wurden nicht nur als Kunst- und Handelsgärtner geführt, sondern auch in der Rubrik Belustigungs- und Vergnügungsorte neben Schiffenberg, Badenburger, Staufenberg und Busch'schem Garten.⁹⁶

Diese Beliebtheit ermöglichte es den Brüdern, für die Erweiterung des gastronomischen Angebots zu sorgen. So wurden 1866 als nächste Baumaßnahmen eine Gaststätte am Haus und eine kleine Halle am Haus errichtet.⁹⁷ Beide Bauten wurden wohl recht einfach ausgeführt, zumindest lag der Versicherungswert für beide nur bei Zweidrittel des bereits angeführten Stalls. Die Halle war sehr wahrscheinlich aus Holz und offen gestaltet, damit für die im Freien sitzenden Gäste ein Wetterschutz geboten werden konnte.

90 Vgl. FN 50, S. 147.

91 Vgl. FN 77: Der Geburtsname der Ehefrau des Gärtners Kaspar Kappes lautete „Zeh“.

92 Vgl. Volhard, Jacob, Justus von Liebig, I. Band, Leipzig 1909, S. 186–188.

93 Vgl. Anzeigeblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 09.06.1847, Nr. 1066.

94 Vgl. Anzeigeblatt für die Provinzialhauptstadt Gießen vom 22.06.1850, Nr. 1306. Ein Schoppen entspricht einem halben Liter. Für acht Kreuzer erhielt man 1850 auf dem Markt elf Eier oder 1 Pfund Rindfleisch.

95 Vgl. FN 40, Brandkataster.

96 Vgl. Adressbuch der Kaufleute, Fabrikanten und Gewerbsleute der freien Stadt Frankfurt, des Großherzogthums Hessen-Darmstadt ..., Nürnberg 1860, S. 54 und 55.

97 Vgl. FN 40, Brandkataster. Für die Gaststätte wurde ein Wert von 450 fl. und für die Halle von 50 Gulden eingetragen.



Abb. 3: Liebigshöhe von Osten, um 1860, wohl älteste fotografische Ansicht. Auf Giebelseite ist ein z.T. vermauerter Rundbogen erkennbar, der auf Türgröße verkleinert wurde. Wahrscheinlich gehörte der Rundbogen zu der im Haus integrierten Scheune. Nach dem Bau einer Scheune wurde das große Tor überflüssig und der dabinterliegende Raum konnte andersweitig verwendet werden. (Archiv Liebigmuseum, Bildabteilung LO-874).



Abb. 4: Liebigshöhe von Süden, um 1870. Hinter dem Ursprungsbau angeschnitten der Gastronomieanbau von 1866. (Archiv Liebig-museum, Bildabteilung LO-875)

Im Adressbuch 1868 sind die Brüder Kappes zwar in der Rubrik der Wirte angeführt, aber nicht mehr bei den Gärtnern. Offensichtlich war dieses Tätigkeitsfeld nach der Erweiterung der Gastronomie zunehmend zurückgefahren worden.

Auf der Abbildung 4 ist das Haus schon aus der Ferne als Gastronomie erkennbar. Hier ist ebenfalls die neu erbaute Scheune und der gastronomisch genutzte Hausanbau von 1866 abgebildet.

3. Die Liebigshöhe als Lieferant agrikultureller Produkte

Das reduzierte Geschäftsinteresse der Gebrüder Kappes ab dieser Zeit an landwirtschaftlichen Produkten wird auch durch die sich inhaltlich wandelnden Inserate in der Gießener Zeitung verdeutlicht. So wurden 1857 junge, veredelte Apfelstämchen von den Brüdern angeboten, 1860 waren unabhängig von der Gastronomie „verschiedene Weine“ im Angebot, 1866 wieder Apfelbäume, 1867 waren es frische Kirschen, 1869 gab es „täglich frische Weintrauben“. Der letzte Verkauf landwirtschaftlicher Produkte wurde am 22.11.1871 angekündigt. Das Inserat hatte schon fast den Charakter eines Ausverkaufs: „Veredelte Aepfel-, Birn- und Mirabellen-Bäumchen sind zu haben auf der Liebigshöhe. Auch sind daselbst 6 Stück Schweine (starke Läufer), welche sich auch zum Einlegen eignen, zu verkaufen. – Gebrüder Kappes.“⁹⁸

Kaspar Kappes war zu dieser Zeit 56 Jahre, sein Bruder Philipp 49 Jahre, und so bevorzugten die beiden die körperlich nicht so anstrengende Erwerbstätigkeit mit der Gastronomie. Es gab zwar in nur 500 Meter Entfernung eine Ausflugs Konkurrenz in Gestalt der Gastronomie „Philosophenwald“, aber der attraktive Ausblick fast 30 Meter höher war vielen Wanderern doch einen Besuch der Liebigshöhe wert.⁹⁹

Im August 1872 kam es auf der Liebigshöhe zu einem Brand, der auch ein schlechtes Licht auf die Gießener Feuerwehren warf. In einem Leserbrief wurde die mangelnde Kooperation der beiden Wehren, drei geplatze Schläuche und ein fehlender Wasserzubringer angeprangert.¹⁰⁰ Dabei war wohl die 1866 erbaute

98 Vgl. Gießener Anzeiger vom 22.11.1871, Inseratnr. 4934. In der Schweinezucht ist ein Läufer ein Jungtier zwischen 25 und 50 kg.

99 Die Gastronomie „(Zum) Philosophenwald“ wurde ab ca. 1856 als reine Sommerwirtschaft von Philipp Leib betrieben, der auch Bauholz verkaufte. Die Beschreibungen legen nahe, dass diese sich innerhalb des Waldstückes befand. In den Wintermonaten residierte Leib ausweislich diverser Zeitungsinserte in seinem Stammhaus, dem Cafe Leib in der Walltorstraße A 193 (spätere Nr. 38). Ein neu erbautes „Wirtslocal am Philosophenwald“ wurde in der Gießener Zeitung vom 19.5.1866 angekündigt. Das Cafe Leib diente vor dem Bau des Gießener Stadttheaters bis zum 22.3.1907 als Theatersaal. 1923 Kauf der Gaststätte „Philosophenwald“ durch die Stadt Gießen, Bedeutungsverlust ab 1925 durch das Flughafen-Cafe, 1935 Unterkunft für Reichsarbeitsdienst Abteilung 5/222 „Justus von Liebig“

100 Vgl. Gießener Anzeiger vom 02.09.1872. Kritisiert wurden in dem Leserbrief die Gailsche Feuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr Gießen, die beide 1855 gegründet wurden.

Gaststätte am Haus betroffen, wie aus dem Brandkataster geschlussfolgert werden kann.¹⁰¹

Mit zunehmendem Alter dachte das Ehepaar Kappes an das Wohl der drei Kinder und es wurde am 22. August 1873 ein Schenkungs- und Verpflegungsvertrag aufgesetzt. Kaspar und Elisabeth Kappes überschrieben den Kindern Agnes, Henriette und Lina zusammen 1/6 der Liegenschaft.¹⁰² Zu dieser Zeit war die älteste Tochter Agnes bereits seit drei Jahren mit dem Goldarbeiter Karl Brück verheiratet, der im Jahr der Hochzeit 1870 ein Geschäft am Kreuzplatz eröffnete, das über 100 Jahre bestand.¹⁰³

Philipp Kappes wird erstaunlicherweise nicht mehr als Eigentümer erwähnt. Er starb am 29.10.1876 im Alter von 54 Jahren mit der Berufsangabe Gärtner. 1879 starb auch 63jährig sein Bruder, der „Wirth und Bürger dahier Kaspar Kappes“.

Ab diesem Zeitpunkt gab es kein auf der Liebigshöhe wohnendes, männliches Familienmitglied mehr. Die Witwe Elisabeth Kappes war zu dieser Zeit Mitte 50 und führte die Gastronomie weiter, möglicherweise zusammen mit den unverheirateten Töchtern Henrietta und Anna Catharina Kappes.¹⁰⁴ Da die Frauen und Töchter von Gastwirten häufig in der Gastronomie mitarbeiteten, war es für sie nach dem Tod von Kaspar Kappes ein gewohntes Tätigkeitsfeld. Allerdings konnten für diese Zeit keine Zeitungsinserate zur Gastronomie ausfindig gemacht werden.

Nach zehn Jahren als Gastwirtin war es wahrscheinlich der Mittsechzigerin doch zu anstrengend geworden und es wurde 1889 über Zeitungsannonce „ein tüchtiges Mädchen vom Lande“ gesucht. Ob die Suche nach Unterstützung der Gastronomie oder dem landwirtschaftlichen Teil der Liebigshöhe galt, muss offen bleiben.

In dieser Zeit reifte der Entschluss für einen Verkauf heran, der zweimal in der Zeitung angesetzt wurde: „[...] freiwilliges Ansuchen der Caspar Kappes Wittwe und Kinder in Gießen gehöriges Wohnhaus (die Liebigshöhe) in der Nähe der neuen Caserne, worin schon länger als 40 Jahre eine gut gehende Wirthschaft betrieben wird, nebst Oeconomiegebäuden und ca. 15 Morgen Garten und Ackerland[...]. Nähere Auskunft ertheilt Herr Carl Brück, Kreuzplatz 8“.¹⁰⁵

101 Vgl. StdtAG, 1/3, N 2449 (=Brandkataster der Stadt Gießen, 1866–1884), S. 244. Die 1866 mit einem Versicherungswert von 250 fl. eingetragene Gaststätte am Haus wurde als Abgang gestrichen. Stattdessen wurde eine „Große Halle am Haus“ für das Jahr 1873 neu eingetragen. Siehe dazu Tabelle 2a und 2b im Anhang.

102 Vgl. ebd. Durch Wechsel des Ordnungssystems der Häuser erhielt die Liegenschaft die Bezeichnung Lit. B 155 anstelle der alten Nummer Lit. B 123 3/4. Der Eintrag des Schenkungsvertrages erfolgte 1874.

103 Agnes Kappes hatte mit dieser Wahl eine gute Entscheidung getroffen. Heinrich Christian Georg Karl Brück begründete 1870 am Kreuz(platz) Lit. C 234 seinen Schmuckladen. Ab 1883 lautete durch Systemwechsel die Adresse Kreuzplatz 8. Das Geschäft bestand unter diesem Namen bis mindestens 1976 am Kreuzplatz 6. (extrahiert aus Gießener Adressbüchern)

104 In den Branchenverzeichnissen der Gießener Adressbücher 1881, 1883, 1886 und 1889 wird unter den Restaurateuren Kaspar Kappes Wwe. zur Liebigshöhe gelistet.

105 Vgl. Gießener Anzeiger vom 09.03.1890, Inseratnr. 2036, Versteigerungstermin 17.03.1890 und vom 30.03.1890 für Termin 01.04.1890. Aus der Beschreibung geht auch ein

VI. Wechselvolle Zeiten auf der Liebigshöhe

1. Peter Immel, Gastwirt und Baustofflieferant

Der Verkauf der Liebigshöhe konnte wohl nicht an den angesetzten Terminen getätigt werden. Laut Grundbucheintrag wurde am 10. August ein Kaufvertrag mit Peter Immel und Ehefrau, geborene Klingelhöfer, geschlossen. Die für den Weiterbetrieb der Gastronomie notwendige Schankerlaubnis wurde in der Sitzung der Stadtverordneten am 4. Sept. 1890 erteilt.¹⁰⁶ Die Genehmigung gestaltete sich wohl unkompliziert, da es um den Weiterbetrieb einer bestehenden Gastronomie ging. Weiterhin war Peter Immel in Gießen bereits seit fünf Jahren als Inhaber eines Restaurants bekannt und verfügte über die entsprechende Erfahrung.¹⁰⁷

Der neue Eigentümer der Liebigshöhe, Peter Immel, praktizierte eine früher häufig anzutreffende Zweigleisigkeit der Einkommensquelle.¹⁰⁸ Er betrieb die Gastronomie, konnte aber wohl mit so viel zu pflegender Gartenfläche nichts anfangen und erinnerte sich an den Ursprung der Liebigshöhe – es war ein karges Stück Land. Er richtete im tiefergelegenen, nördlichen Teil des Grundstückes eine Sandgrube ein, ziemlich genau an der Stelle des Körnerschen Planes, für die Liebigs Sommerhaus geplant war.¹⁰⁹ Liebig hätte also auf Sand gebaut.

Peter Immel hatte dagegen mit seiner Entscheidung sicherlich nicht auf Sand gebaut. Die Stadt Gießen expandierte deutlich und Sand wurde für jede Baumaßnahme benötigt. So bot Immel etwa einen Monat nach dem Kauf der Liebigshöhe „Bausand vorzüglicher Qualität“ an.¹¹⁰ Gab es 1890 in Gießen 1414 Wohngebäude, so waren es 1895 schon 1543.¹¹¹ Neben vielen Privatbauten, vor allem auf dem Seltersberg, wurde in dieser Zeitspanne an größeren Projekten verwirklicht: Turnhallenbau des Turnvereins 1846 (später MTV 1846, Steinstraße 3), Senckenbergstraße, Pestalozzischule und Stadtknabenschule (beide Nordanlage), Johanneskir-

seit mindestens 1850 bestehender Gastronomiebetrieb hervor. Der Ansprechpartner für die Verkaufsbedingungen ist der Schwiegersohn der Witwe. Mit der Neuen Kaserne ist die spätere Bergkaserne gemeint, die im Herbst 1887 von einem Teil der nach Gießen zurückkehrenden Garnison bezogen wurde.

106 Vgl. Gießener Anzeiger vom 06.09.1890.

107 Peter Immel übernahm im Februar 1885 die Restauration der Brauerei Pöschel in der Nordanlage 38. Bedingt durch Besitzerwechsel der Brauerei annoncierte er im Oktober des gleichen Jahres für die dortige Restauration der Brauerei Röhrle. Er was ungewöhnlich pries er „ein neu hergerichtetes elegantes kleines Kneiplokal für gewisse Abende“ an. Bereits sieben Monate später zeigte er in der Neuen Bäu 17 die Eröffnung einer Gastwirtschaft und Restauration an.

108 Vgl. Gießener Anzeiger vom 22.08.1888. Immel betrieb neben seiner Gastronomie in der Neuen Bäu an gleicher Stelle eine Kohlenhandlung.

109 Für eine bessere Anfahrtmöglichkeit an die Sandgrube stellte Immel einen Antrag auf pachtweise Überlassung eines Teiles des städtischen Triebviertels zwischen dem Mittelweg und seiner Sandgrube, der aber in der Stadtverordnetenentscheidung am 5.2.1891 abgelehnt wurde.

110 Vgl. Gießener Anzeiger vom 18.09.1890.

111 Vgl. MOHG 97, 2012, S. 52 und 58.

che, die alten Marktlauben, Turmhaus am Brand, rechtes Eckhaus am Selterstor, Dampfziegelei und Tonwarenfabrik (Fa. Gail, Erdkauter Weg), Corpshaus der Hasia und Starckenburgia.

Am 27.6.1895 verstarb der „Restaurateur Peter Immel [...] nach langem, schweren Leiden“.¹¹² Aber schon ein Jahr vorher wurden von dem Ehepaar Immel Verkaufsbestrebungen angestrengt.¹¹³ Endgültig kam der Verkauf am 27.4.1895, also zwei Monate vor dem Ableben Peter Immels.¹¹⁴ Sehr wahrscheinlich war die Chance für eine Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit ihres Mannes aussichtslos.

2. Zwei „Große“ steigen auf der Liebigshöhe ein

Am 19.6.1895 wurde der Steigbrief für den Kauf der Liebigshöhe zwischen Frau Immel und dem Licher Brauereibesitzer Heinrich Ihring ausgestellt.¹¹⁵ In den folgenden fünf Jahren wurde die Restauration von dem Pächter Karl Loth betrieben, für die Gesamtliegenschaft erfolgte aber eine Zäsur. Der Brauereibesitzer war in erster Linie an der florierenden Gastronomie interessiert und verkaufte nach zwei Jahren den Sandgrubenteil an den neu in Gießen tätigen Bauunternehmer Heinrich Winn.¹¹⁶

Die damit verbundene Zweiteilung des Grundstücks soll hier zweckmäßigerweise in zwei getrennten Abschnitten dargestellt werden.

a. Heinrich Winn –

Exkurs für einen Gestalter des Gießener Stadtbildes

Heinrich Winn war mindestens seit 1884 als selbstständiger Maurermeister in Lich tätig und kannte sicherlich bereits den Brauereibesitzer Ihring aus dem kleinen Städtchen.¹¹⁷ Kurz danach siedelte er nach Gießen über und bezog Quartier im Leihgesterner Weg 24.¹¹⁸

112 Vgl. Gießener Anzeiger vom 29.06.1895.

113 Vgl. Gießener Anzeiger vom 29.06.1894, Inserat Nr.5394.

114 Vgl. ebd. FN 64 Archiv Liebig-Museum, Grundbuchabschrift. Die Witwe Dorothea Immel, geborene Klingelhöfer, betrieb selbst in Gießen die Gastronomie „Zum Wiener Hof“ im Neuenweg 62, die sie aber bald aufgab.

115 Vgl. ebd. Archiv Liebig-Museum, Grundbuchabschrift Der Verkauf wurde am 27.04.1895 getätigt und durch den Steigbrief knappe zwei Wochen später notariell bestätigt. Der Käufer Johann Heinrich Ihring gründete 1854 eine Dampfbierebrauerei in Lich, um die elterliche Gaststätte „Zum Löwen“ mit Bier zu versorgen. <https://www.licher.de/markenwelt/die-licher-geschichte>, 11.10.2023.

116 Vgl. Wagner, August, Aus alten Braustätten und Gasthäusern, Gießen 1980, S. 129.

117 Vgl. Gießener Anzeiger vom 23.08.1884, Inserat Nr.5485. Er suchte Maurer und Tagelöhner für Gießen und gab als Firmensitz Lich an.

118 Vgl. Gießener Anzeiger vom 25.03.1886, Inserat Nr.2084. Er suchte Maurer und Steinhauer unter der o.a. Adresse. Die Liegenschaft befand sich sehr nahe der Kreuzung mit dem damaligen Aulweg.

Seinen ersten großen Coup landete er mit dem Kauf der Dr. Schülerschen Besitzung im Neuenweg 74 zu einem Preis von 91 Tsd. Mark.¹¹⁹ Für die Gießener Stadtgeschichte ist das Besondere der Nachfolgebau der Barockvilla, das Gießener Stadttheater.

Ebenso wie andere ortsansässige Betriebe war Winn am Bau des Stadttheaters beteiligt und führte im Spätherbst 1905 dort die Fundierung aus.¹²⁰

1890 war er zumindest mit Materiallieferungen an den Kliniksneubauten auf dem Seltersberg beteiligt.¹²¹

Ein weiteres markantes Bauwerk auf schwierigem Untergrund wurde von Heinrich Winn am 12. Oktober 1891 angegangen. Er wurde mit den Aushub- und Fundamentierungsarbeiten für die Gießener Johanneskirche beauftragt.¹²² Diese Tätigkeiten sollten noch unbedingt vor dem Wintereinbruch abgeschlossen werden, um ein Jahr bis zur Fertigstellung einsparen zu können. Der erste Pfarrer Karl Naumann beschrieb sehr eindrucksvoll den Wettlauf mit der Zeit. „Das Graben in die Tiefe wurde allerdings von Tag zu Tag mehr eine sehr harte, saure Arbeit. Die Wassermassen in der Tiefe wurden so mächtig, daß sie nur mit Hilfe einer Dampfmaschine, die Herr Kommerzienrath Heyligenstaedt uns überließ, bewältigt werden konnten.[...] die ganze Baustelle in einen Morast verwandelt, sodaß die Arbeit für Menschen und Vieh aufs ärgste vermehrt wurde. Für die Menschen, die bei naßkalter Witterung im Schlamm und Wasser arbeiten mußten, [...] bewilligte der Kirchenvorstand die mehrmalige Darreichung von Kaffee täglich; [...] diese Gabe machte sie zugleich froher und williger – und wehrte auch sehr heilsam dem Branntweintrinken.“¹²³ Letztendlich wurde die Fundamentierung vor dem ersten Frost abgeschlossen.

Das Corpshaus der Starkenburgia auf dem Seltersberg, mit einem auch heute noch beeindruckenden Blick über Gießen, wurde ebenfalls unter der Mitwirkung Winns in den Jahren 1893 bis 1894 errichtet.¹²⁴

Im Zentrum Gießens kaufte er von der Stadt das ehemalige Schulgebäude der Stadtknabenschule in der Schulstraße auf Abbruch. Den bereits eingeplanten Abbruch verschob Winn während des 92. Mittelrheinischen Kreisturnfestes (6. bis

119 Vgl. Gießener Anzeiger vom 03.02.1889. Aus heutigem Blickwinkel ist die Adressbezeichnung überraschend, in der Abfolge der Baugeschichte aber schlüssig. Als diese Barockvilla durch den Buchhändler Heyer auf der ehemaligen Neuenweger Schanze erbaut wurde, zählte die Liegenschaft zu dem Neuenweg, sogar bis 1903.

120 Meyer, Hans, Das neue Stadttheater in Giessen, Gießen 1907, S. 13 u. 40. Heute: Südanlage 1.

121 Vgl. Gießener Anzeiger vom 16.01.1890, Inserat Nr. 509. Bei den Neubauten handelte es sich um die Medizinische Klinik (heute Klinikstraße 36) und die Frauenklinik (heute Langhansstraße 10).

122 Naumann, Karl, Festschrift zur Einweihung der Johanneskirche in Gießen, Gießen 1893, S. 51 u. 52. Die Johanneskirche steht auf der Ecke Südanlage/Goethestraße, Goethestraße 14.

123 Ebd. S. 53 f., Bei vorhergehenden Bodensondierungen wurde im Untergrund eine Kies-schicht festgestellt. Für die Stabilität des gesamten Kirchenbaues sollte diese komplett erreicht werden, um insbesondere für den Turm die notwendige Stabilität zu erzielen.

124 Vgl. Gießener Anzeiger vom 04.11.1893.

10. Juli) und gewährte dort den auswärtigen Turnern Quartier.¹²⁵ Für das Recycling der bei dem Abbruch anfallenden, wiederverwendbaren Bauteile inserierte er und bot u.a. Fenster, Fensterläden und Türen an. Der neue Bau mit roten Blendsteinen wurde recht zügig fertiggestellt und so konnte die Stadtpost von schräg gegenüber ab dem 1.11.1896 in das Gebäude übersiedeln.¹²⁶ Heinrich Winn war nicht nur Maurermeister, sondern vermarktete auch die Immobilien. So verkaufte er das Haus Schulstraße 11 im Februar 1900 für 38 Tsd. Markt.

Seine rege Kauftätigkeit spiegelte sich in den vielen Grundstücken im gesamten Stadtgebiet wider, die seinen Namen trugen. So tätigte er Haus und Grundstückskäufe in dem Karree Stallgasse, Sandgasse und Neustadt und legte dort eine Privatstraße an, die nach Übernahme durch die Stadt den Namen „In Löbers Hof“ erhielt.¹²⁷ Damit legte er auch das Terrain für die in Gießen bekannte Lackiererei Georg Bellof an, die am 1.7.1903 dahin übersiedelte.¹²⁸

Ein echter Schwerpunkt seiner Aktivitäten war aber auf dem Seltersberg. 1895 kaufte und tauschte er von der Stadt eines der ersten Häuser der Seltersbergbebauung mit angrenzenden Grundstücken, die Rabenausche Hofreite, in der er dann auch kurzfristig wohnte.¹²⁹ Er arrondierte dort das Gebiet weiträumig mit Grundstückskäufen im Bereich der heutigen Hofmannstraße und Crednerstraße, aber auch im Bereich Liebigstraße, Bleichstraße und Riegelpfad. So offerierte er „Häuser zum Alleinbewohnen“ in dem dortigen Quartier zum Preis von 15 Tsd. bis 25 Tsd. Mark.¹³⁰

1903 kreuzten sich Ereignisse aus der Anfangszeit der Liebigshöhe mit den Aktivitäten Winns. Er erwarb von den Geschwistern Körner den Körnerschen Garten für 60 Tsd. Mark.¹³¹ Dieser lag einer möglichen Straßenverbindung zwischen Bahnhofstraße, bzw. einem Stummel der Kleinen Mühlgasse und Westanlage im Weg. Für die gewünschte Verbindung erstellte die Stadt bereits 1 Jahr später einen Straßenbauplan und die Mühlstraße wurde zeitnah als direkte Anbindung an die Westanlage gebaut.¹³²

125 Vgl. Gießener Anzeiger vom 06.09.1895. Das Turnfest fand vom 6. bis 10. Juli 1895 statt.

126 Die Stadtpost war von 1884 bis Oktober 1896 in der Schulstraße 6, Ecke Wagengasse untergebracht. Sie zog dann in das von Winn neu erbaute Gebäude und verblieb dort bis 1931. Danach eröffnete der Kaufmann Karl Eduard Kerber einen Erwege-Laden und später das nach ihm benannte Kaufhaus.

127 Vgl. Gießener Anzeiger vom 10.07.1899, Bericht aus der Stadtverordnetensitzung.

128 Vgl. Gießener Anzeiger vom 01.07.1903, Inserat Nr. 5168. Die 1896 eröffnete Lackiererei blieb an diesem Standort bis 1963, erwarb sich einen sehr guten Ruf als Autolackiererei und siedelte dann mit der Betriebsstätte in die Rodheimer Straße um. Aus dieser Familie stammte auch der 1985 tödlich verunglückte Formel 1-Rennfahrer Stefan Bellof.

129 Vgl. Gießener Anzeiger vom 08.09.1895 und 01.11.1895, heute Frankfurter Straße 52.

130 Vgl. Gießener Anzeiger vom 21.01.1897, Inserat Nr. 789.

131 Vgl. Gießener Anzeiger vom 05.01.1903, zur Person Körner vgl. Kapitel III,2: Johannes Körner, das unbeschriebene Blatt.

132 Vgl. Schmidt, Heinrich: Beitrag zur baulichen Entwicklung der Stadt Gießen zwischen 1919 und 1982. In: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Bd. 74, Gießen 1989, S. 23.

Eine weitere Schnittmenge war die vermittelnde Rolle des zu dieser Zeit ehemaligen Bauunternehmers und Stadtverordneten Winn, der sich für einen Verkauf der Liebigshöhe an die Stadt einsetzte. Der Kaufpreis betrug 400 Tsd. Mark und beinhaltete auch das auf 80 Tsd. Mark geschätzte Inventar.¹³³

Das gesamte Spektrum seines Wirkens wird summarisch in einem Zeitungsartikel anlässlich seines 85. Geburtstags beschrieben. Exemplarisch sollen hier nur die Gießener Bauten angeführt werden: Umbau der Fabrik Heyligenstaedt, Umbau der Kaserne, Neubau des Offizierskasinos, Herstellung der Burg Gleiberg, Brückenbau an der Main-Weser-Bahn bei dem Felsenkeller, Umbau des Bahnhofs Gießen, Gießener Wohnhausbauten und eine seiner letzten großen Bauarbeiten war die Volkshalle.¹³⁴

Am 26. Juni 1942 verstarb Heinrich Winn in Gießen. Damit erlebte er nicht mehr mit, wie ein Großteil „seiner“ Häuser zweieinhalb Jahre später in Schutt und Asche versank. Die Denkmaltopografie für die Universitätsstadt Gießen führt 28 denkmalgeschützte Bauten von Heinrich Winn auf, vor allem im damaligen Neubaugebiet des Seltersbergs.¹³⁵ Somit kann man sicher sagen, dass in Gießener Häusern der Sand der Liebigshöhe verbaut wurde, auch wenn die dortige Sandgrube nicht die einzige in Gießen war. 1910 wurde auf der Stadtverordnetenversammlung entschieden, dass die Sandgrube am Rödger Weg nicht mehr wie bisher verpachtet werden sollte, sondern zukünftig in Eigenregie betrieben werden sollte.¹³⁶

b. Die Phase der großen Erweiterungen auf der Liebigshöhe

Ab 1895, dem Zeitpunkt der Übernahme der Liebigshöhe durch den Brauereibesitzer Heinrich Ihring, wurde der Gebäudebestand umfangreich erweitert und erfüllte „alle Anforderungen der Neuzeit“.

Als Spezialität des Hauses wurden während der gesamten Wirkzeit des Pächters Karl Loth frische Waffeln regelmäßig angepriesen. Es fanden sich auch beständig mehr Vereine in der Lokalität ein, feierten dort und hielten ihre Versammlungen ab. Aus heutiger Sicht wirken manche Namen der Auflistung anachronistisch, weltfremd, aber zu damaliger Zeit fanden diese Vereine großen Zulauf: „Conversations-Verein Gießen“, Gesangsvereine „Heiterkeit“, „Harmonia“ und der Bauersche Gesangsverein, Hessischer Fechtverein Waisenschutz, Gießener Zitherklub, Erster

133 Vgl. Gießener Anzeiger vom 11.03.1922.

134 Vgl. Gießener Anzeiger vom 04.11.1939. Die mit Sicherheit von ihm durchgeführten Fundierungen der Johanneskirche und des Stadttheaters wurde in dem Artikel nicht angeführt.

135 Vgl. Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Hessen. Universitätsstadt Gießen. Herausgegeben vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen. Karlheinz Lang unter Mitwirkung von Christel Wagner-Niedner, Braunschweig/Wiesbaden 1993, S. 635. In der Auflistung finden sich nur die Häuser, die nicht durch Kriegszerstörung oder Abriss nach 1993 (Erscheinungsjahr) vergangen sind.

136 Vgl. Gießener Anzeiger vom 27.05.1910. Vorher wurde die Pacht alle drei Jahre neu vergeben, zuletzt zu einem Gesamtpreis von 1201 Mark. Da die Liebigshöhe an dem Rödger Weg lag, war damit möglicherweise die Sandgrube an der Liebigshöhe oder zumindest dazugehörige Sandvorkommen gemeint.

Liebigshöhe.

Wir machen einem verehrlichen Publikum die ergebene Mittheilung,
daß die **Wirthschaft zur Liebigshöhe**

unter dem Heutigen eröffnet wird. Der Betrieb ist in den vollständig **neu hergerichteten Wirthschafts-Localitäten** mit allen Anforderungen der Neuzeit vorgesehen und werden außer einem vorzüglichen **Glas Export-Bier, Wein, Liqueuren u. s. w., Speisen, sowie Kaffee, Thee, Milch** und täglich **frische Waffeln** verabreicht.

Gießen, den 14. Juli 1895.

Für Brauerei J. G. Ihring:
Karl Loth.

6056

Abb. 5: Eröffnungsanzeige vom 14. Juli 1895.

Gießener Stemm- und Ringklub, Gesellschaft Germania, Verein Edelweiß, Gießener Radfahr-Verein 1885, Karnevalsverein Gießener Floresei mit der ersten großen närrischen Damensitzung und der Männer-Turnverein.

Bei den periodisch seit 1852 stattfindenden Jugendfesten im Philosophenwald wurde wegen der unmittelbaren Nachbarschaft auch häufig die Liebigshöhe mit einbezogen. 1896 wurde aus Anlass der 25. Wiederkehr des Friedensschlusses das Fest als „Friedens- und Jugendfest“ etwas größer abgehalten. Nach dem offiziellen Teil der Feier wurden die Kinder zu den extra eingerichteten Spielplätzen geführt. Streng nach Geschlechtern getrennt verblieben die Jungen im Philosophenwald und die Mädchen wurden zum Schützenhaus und zur Liebigshöhe geleitet.¹³⁷

Die große Beliebtheit der Gastronomie und der Geschäftssinn des Brauereiunternehmers führten bereits im Jahr nach Übernahme zu einer ersten Erweiterung. Die Zeitung schreibt dazu, dass der Besitzer scheinbar „aus diesem idyllisch gelegenen Etablissement immer mehr einen Vergnügungsort ersten Ranges schaffen wolle. Durch den Neubau sorgten die Unternehmer dafür, daß die vielen Gäste, welche auch im Winter hier Einkehr halten, einen zeitgemäßen Restaurationsaal vorfanden“.¹³⁸

Bereits im darauffolgenden Jahr wurde zusätzlich ein Gesuch für eine 400 m² große Gartenhalle gestellt. Auch ein Musiktempel sollte errichtet werden.¹³⁹ Die Genehmigung erfolgte in der Stadtverordnetensitzung mit der Auflage, dass mindestens 5 Meter Abstand zur bestehenden Halle eingehalten werden müsse.¹⁴⁰ Diese Vorgabe erklärt auch den auf vielen Bildern sichtbaren Abstand zwischen den Gebäuden, der später durch einen Vorbau verschlossen wurde.

137 Vgl. Gießener Anzeiger vom 12.05.1896.

138 Gießener Anzeiger vom 06.03.1897. Die Beschreibung ist ein Rückblick auf den ein Jahr vorher durchgeführten Anbau eines großen Restaurationsssaales. Die angenommene Abstimmung zum Bauantrag Ihrings für eine benachbarte Trinkhalle erfolgte auf der Stadtverordnetensitzung am 13.03.1897.

139 Vgl. ebd.

140 Vgl. Gießener Anzeiger vom 13.03.1897.



Abb. 6: Liebigshöhe im Baubestand von 1896. Links am Gebäude der chorähnliche Bühnenanbau. Ausschnitt aus Ansichtskarte, gelaufen 1897. (StadtAG, Ansichtskartensammlung W. Schmidt, Nr. 671)

Damit hatte die Gastronomie der Liebigshöhe eine Dimension erreicht, die „bei Eintritt Regenwetters Schutz in der mehrere 1000 Sitzplätze haltenden neu erbauten Festhalle“ auch einem Oktoberfest hätte gerecht werden können.¹⁴¹

Im gleichen Jahr wurde eine Verbesserung des Anfahrtsweges über den Rödger Weg in Angriff genommen, sicherlich auch auf Wunsch und Anregung von Bürgern, die sich auch nach vorangegangenen Regenfällen nicht mehr die Schuhe bei ihrem Besuch der Gaststätte schmutzig machen wollten.¹⁴² Die Herrichtung des Weges lag auch sicherlich im Interesse des Bierlieferanten Ihring, da die Brauereipferde eine schwere Last bis zur Liebigshöhe bewältigen mussten. Dreimal die Woche kamen die Licher Bierfuhrwerke nach Gießen zu verschiedenen Gaststätten und benötigten für die gesamte Tour vier bis fünf Stunden. Bei dem zu ziehenden Gewicht mussten die Pferde immer im Schritt gehen.¹⁴³

Mit diesen Maßnahmen wurden die großen, äußerlich sichtbaren Erweiterungen vorerst abgeschlossen und prägten für die nächsten 25 Jahre das Erscheinungsbild der Gastronomie Liebigshöhe.

Die Ära des Pächters Karl Loth endete um 1901 und er wechselte als Wirt in Lony's Bierkeller in der Gießener Schanzenstraße. Noch unter dem Eigentümer Ihring pachtete anschließend Johann Georg Seipp die Gastronomie. Auch wenn die von ihm selbst geschalteten Inserate eher etwas unscheinbar wirken, so fanden zu seiner Zeit doch größere Veranstaltungen statt. Zu den dort feiernden Vereinen tauchten neben den bereits genannten auch neue auf. Exemplarisch seien genannt: Radfahrverein 1885, Kutscher-Verein, Bäckerverein Frühauf, die Veranstaltung

¹⁴¹ Gießener Anzeiger vom 20.06.1897. Ankündigung des Sommerfestes der „Gießener Floresei“ mit Kinderbelustigungen, Militärkonzert und Theater lebender Photographien durch den Vitagraph.

¹⁴² Vgl. Gießener Anzeiger vom 05.08.1897.

¹⁴³ Vgl. Wagner, Aus alten Braustätten, Gießen 1980, S. 134 f.



Abb. 7: Liebighöhe im Baubestand von 1898. Hinten ist die offene Gartenhalle von 1897 zu erkennen, die während der Pächterzeit von Karl Loth errichtet wurde. Sekundär wurde das Motiv von seinem Nachfolger Georg Seipp bedruckt. (StadtAG, Ansichtskartensammlung W. Schmidt, Nr. 594)

der Kirschenkirmes, Kullmanns „Über Berg- und Tal-Karussell“, Vergnügungsverein „Victoria“, Evangelischer Arbeiter-Verein (EAV), Abteilung Obstanbau der Landwirtschaftlichen Provinzialausstellung, Bewirtung bei Schiefwettbewerben und von Tennisspielern, wozu in den nachfolgenden Absätzen berichtet wird. Karl Loth arbeitete dort als Gastwirt bis Sommer 1905 und wechselte dann als Eigentümer in sein eigenes Lokal im Großen Steinweg 12.¹⁴⁴

Gegen 1892 erreichte das Lawn-Tennispiel auch den Gießener Raum und so bot u.a. das Herrenmodewarengeschäft H. Rübsamen Bekleidung für diese neue Trendsportart an.¹⁴⁵ Um dem Trend der Zeit zu folgen, wurde auch an der Liebighöhe ein Tennisplatz eingerichtet.¹⁴⁶ Wie in anderen Städten gründeten sich auch in Gießen Tennisklubs und der Tennisklub „Liebigshöhe“ veranstaltete am 2. Juli 1904 sein erstes Lawn-Tennis-Turnier auf dem Tennisplatz der Liebigs-

144 Vgl. Adressbuch der Stadt und des Kreises Gießen, Jahre 1901 bis 1906.

145 Vgl. Gießener Anzeiger vom 05.08.1892. Das Geschäft war in der Mäusburg 16 ansässig. Das englische Wort Lawn bedeutet Rasen. Ein erster Lawnplatz wird 1893 bei der Höheren Mädchenschule in der Schillerstraße erwähnt. Im Sommer 1897 wurde die Radrennbahn an der Hardt, verbunden mit Lawn-Tennis eröffnet. Vgl. dazu Gießener Anzeiger vom 06.06.1896, Inserat Nr. 5520.

146 Gießener Anzeiger vom 06.08.1897. In dem Feuilletonbeitrag für den „Darmstädter täglichen Anzeiger“ wurden Lawn-Tennisplätze bei der Liebighöhe erwähnt.

höhe.¹⁴⁷ Weitere Turniere wurden dort durchgeführt und spätestens 1907 gab es an der Liebigshöhe drei Tennisplätze.¹⁴⁸ Das angeschnittene Tennisplatzareal ist auf der Abb. 8 (S. 112) am rechten Bildrand gut erkennbar.

Im zeitlichen Vorgriff sollen hier die späteren Platzverhältnisse zitiert werden: „Zu der Liebigshöhe gehörten auch fünf Tennisplätze, zu denen eine steinerne Treppe von der Terrasse aus hinabführte. Sie wurden stundenweise an Interessenten vermietet, wozu in erster Linie die studentischen Kooperationen gehörten. Die Tennisplätze lagen unterhalb der Terrasse und waren lange die ersten in Gießen (Anmerkung des Verfassers: hier irrte der Autor, vgl. FN. 145). Im übrigen stammten sie noch aus der wilhelminischen Ära, wo das Tennisspielen eine besonders beliebte Form sportlicher Betätigung in höheren Gesellschaftskreisen war. Den zahlreichen Gästen der Liebigshöhe bot sich dann in den Sommermonaten stets ein abwechslungsreiches Bild“.¹⁴⁹

Der bereits angesprochene Schliefwettbewerb würde heute von massiven Protesten begleitet werden. Es handelte sich bei dem Schließen um ein Jagdtraining für Hunde.¹⁵⁰ Im Sommer 1903 wurde unmittelbar unterhalb der Liebigshöhe am Rand des Philosophenwaldes von dem Verein „Hundesport für Gießen und Umgebung“ ein neuer Schlieflplatz angelegt.¹⁵¹ Einem späteren Zeitungsartikel ist zu entnehmen, dass der Platz am Ende des 1938 angelegten Tannenwegs lag.¹⁵² Dort wurden speziell Dachshunde und Foxterrier für das Kriechen in enge Erdröhren ausgebildet und Wettkämpfe abgehalten. Auch lebende Tiere wurden dafür als „Köder“ genutzt, was den aus Ziegelsteinen errichteten „Raubzeugzwinger“ auf dem Gelände erforderte.¹⁵³ Noch 1929 wurden zwölf Jungföchse gefangen, die konkret dem Schlieflplatz an der Liebigshöhe zugeführt werden sollten.¹⁵⁴ Aber erfreulicherweise wurden im September 1934 sowohl das Schliefltraining als auch die Tellereisen verboten.¹⁵⁵

147 Vgl. Gießener Anzeiger vom 05.08.1897. Es wurden Damen- und Herreneinzelspiele, Herrendoppelspiele und gemischte Doppelspiele ausgetragen. In dem Artikel wird immer nur von einem Tennisplatz gesprochen.

148 Vgl. Wegweiser durch die Universitätsstadt Gießen und Umgebung, Verlag Emil Roth, Gießen 1907, gebundene Ausgabe, S. 280.

149 Stephan, Werner, Es stand ein Wirtshaus an der Lahn, Gießen 1985, S. 42.

150 Vgl. <https://www.kruenitz1.uni-trier.de/>, Sucheintrag schlieflen, 16.10.2023: „Es bedeutet sich schlieflend oder kriechend in einem engen Raume bewegen [...] Dachshunde schlieflen in die Dachslöcher.“ Anm. des Verfassers: Dackel wurden früher als Dachshunde oder Teckel bezeichnet.

151 Vgl. Gießener Anzeiger vom 03.08.1903. Der erste Schlieflplatz in Gießen wurde im Sommer 1896 bei der Gaststätte „zur schönen Aussicht“ angesiedelt. Vgl. Gießener Anzeiger vom 29.06.1896.

152 Vgl. Gießener Anzeiger vom 28.01.1939.

153 Vgl. Gießener Anzeiger vom 15.08.1905. Zusätzlich zu dem Zwinger wurden noch das Klubhaus mit Telefonanschluss, Damen- und Herrentoiletten erwähnt.

154 Vgl. Gießener Anzeiger vom 13.05.1929.

155 Vgl. Gießener Anzeiger vom 04.09.1934.

3. Karl Textor, die neue Konstante auf der Liebigshöhe

Nach 10 Jahren verkaufte der Brauereibesitzer Ihring aus Lich das Anwesen der Liebigshöhe in zwei Teilen. Der nach dem Philosophenwald gelegene Teil mit den Wirtschaftsgebäuden wurde im Sommer 1905 für 50 Tsd. Mark an Karl Textor verkauft. Dagegen ging das Richtung Stadt gelegene Gelände für 25 Tsd. Mark an den bereits erwähnten Bauunternehmer Heinrich Winn, der auch diesen Teil als Sandgrube nutzen wollte.¹⁵⁶



Abb. 8: Liebigshöhe um 1910. Links die 1897 errichtete Gartenhalle, die im Abstand zum Nachbargebäude steht. Hinten rechts angeschnitten der Tennisplatz und der Musiktempel. Ansichtskarte, gelaufen 1911. (StadtAG, Ansichtskartensammlung W. Schmidt, Nr. 533)

Karl Textor wollte frischen Wind in die Liebigshöhe bringen. Nach vollständiger Wiederherstellung der Wirtschaftsgebäude und durch schöne Garten- und Parkanlagen sollte ein „angenehmes Familienausflugslokal“ entstehen. Im September 1905 erhielt er die Konzession und so konnte Textor nach Umsetzung seiner Pläne im November des gleichen Jahres die Neueröffnung verkünden.¹⁵⁷ Neben den üblichen Getränken bot er in der Eröffnungsanzeige fettgedruckt täglich frischen Kuchen, Torte und dergleichen an.

156 Vgl. Gießener Anzeiger vom 29.07.1905. Das häufig in der Literatur mit 1906 angegebene Übernahmejahr konnte eindeutig präzisiert werden.

157 Vgl. Gießener Anzeiger vom 30.11.1905.

Anfänglich wurde der Werbeetat von Textor niedrig gehalten. so wurde erst im Januar 1906 ausschließlich Metzelsuppe beworben.¹⁵⁸

Das ganze Jahr über war Textor auf der Suche nach Angestellten, wie kräftigen Hausburschen, ausdrücklich Radfahrer, oder Hausburschen, den Umgang mit Pferden gewohnt. Mehrmals wurden kräftige Dienstmädchen bei hohem Lohn gesucht.

Von Anfang August bis Mitte September wurden täglich frische Zwetschkuchen offeriert, auch wieder als einfache Anzeigen. Auf den süßen Zwetschkuchen folgte unmittelbar die Spansau. Summarisch betrachtet waren das alles recht farblose Inserate.

Die wohl erste Großveranstaltung auf der Liebigshöhe war ein dreitägiges „Wohltätigkeits-Fest zum Besten der Hinterbliebenen der in Südwestafrika gebliebenen Krieger“ (Abb. 9).¹⁵⁹ Dazu erfolgte ein Aufruf an die Einwohner Gießens, das Fest durch regen Besuch und freiwillige Gaben zu unterstützen. Je nach Tag waren die Preise gestaffelt, damit „auch weitere Kreise Gelegenheit haben, das Fest besuchen zu können“.¹⁶⁰ Auch extra Omnibusverbindungen standen zur Verfügung.¹⁶¹

Textor profitierte sicherlich auch indirekt von der kurz danach abgehaltenen 300 Jahr-Feier der Universität Gießen, auch wenn die Liebigshöhe kein offizieller Veranstaltungsort war. Trotzdem wurden die Droschkentarife für Fahrten zu der Liebigshöhe konkret für die Festwoche für einen Einspanner, besetzt mit 1 bis 2 Personen, von 1,20 Mark auf 1,50 Mark erhöht.¹⁶²

Im Jubiläumsjahr der Universität schaltete er in dem Gießener Fremdenführer eine ganzseitige Anzeige, die hier im Text vollständig wiedergegeben werden soll: „Liebigshöhe – größter und schönster Ausflugsort, Besitzer C. Textor. Direkt am Philosophenwald in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegen, mit prachtvollem

158 Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Wurstbr%C3%BChe>, 17.10.2023. Metzelsuppe (auch Wurstsuppe, Worschtsuppe) oder Kesselsupp(e) ist eine mehr oder weniger konzentrierte Brühe, die beim Garen von Fleisch, Leber und Würsten im gleichen Kessel anfällt.

159 Gießener Anzeiger vom 01.06.1907. Ein heute als schwierig angesehenes Kapitel der deutschen Geschichte war die Kolonialpolitik des Kaiserreiches. In Deutsch-Südwestafrika erhoben sich ab 1904 die ortsansässigen Volksgruppen gegen die Kolonialherren. Der Aufstand endete erst 1907/1908 mit dem Tod Tausender Herero und Nama. Zum Wohl Hinterbliebener gefallener Angehörige der deutschen Schutztruppen wurden im Kaiserreich Wohltätigkeitsbasare veranstaltet.

160 Ebd. Das Fest fand vom 8. bis 10. Juni 1907 statt. Der Samstag, mit einem Eintrittspreis von 1 Mark, war dem Militär und der Prominenz vorbehalten. Am Sonntag betrug der Eintritt 50 Pf. und am Montag 25 Pf.

161 Vgl. Gießener Anzeiger vom 06.06.1907. Bei der Omnibusverbindung handelte es sich um Droschken der „Gießener Omnibus-Gesellschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, die den Betrieb am 01.08.1894 aufnahm. Üblicherweise wurde die Liebigshöhe nicht angefahren. Vgl. Augstein, Brake, Eckert, Stadtverkehr in Gießen, Nordhorn 2009, S. 6.

162 Vgl. Gießener Anzeiger vom 18.07.1907. Tarif für die Dauer des Universitäts-Jubiläums vom 30. Juli bis 4. August 1907. Vgl. Adressbuch Gießen, 1906, S. 317. Nur das Korps Teutonia feierte anlässlich des Universitäts-Jubiläums am 1.8.1907 auf der Liebigshöhe ihr 68. Stiftungsfest.



Abb. 9: Personengruppe direkt unterhalb der Gartenterrasse der Liebigshöhe anlässlich des südwestafrikanischen Wohltätigkeitsfestes, gelaufen am 9.Juni 1907. (StdtAG, Ansichtskartensammlung W. Schmidt, Nr. 966)

Fernblick auf die Ruinen Gleiberg, Vetzberg sowie den Dünsberg. Große, sowie kleinere Säle zur Abhaltung von Konzerten, Kommerssen, Familienfestlichkeiten, Tanzkränzchen u. dergl. Kaffee, Tee, Chokolade, Kakao – Täglich große Auswahl frischer Kuchen, Torten und sonstiges Gebäck. Helles sowie Münchner Löwenbräu“.¹⁶³

Möglicherweise wurde Karl Textor durch diese Großveranstaltungen angepornt, denn er führte im gleichen Jahr noch zwei genehmigungspflichtige Baumaßnahmen durch. So verband er die beiden bis dahin im Abstand von fünf Metern stehenden Hallen durch eine Fachwerkkonstruktion. Damit diese auch für Veranstaltungen in der kalten Jahreszeit eine angenehme Raumtemperatur aufwiesen, baute er in jede Halle einen Kamin.¹⁶⁴

Somit war es möglich, auch im Winter regelmäßig Militärkonzerte bei einem Eintrittspreis von 40 Pfennig im großen Saal geben zu können. Fast traditionell wurden diese von der Kapelle des Infanterieregiments Kaiser Wilhelm Nr. 116, unter der Leitung des Großherzoglichen Musikdirektors C. Krause, durchgeführt. Parallel wurde im alten Saal die Restauration wie gewohnt fortgeführt.¹⁶⁵

Im Jahr 1909 wurde der Pferdeomnibus bei fast identischem Streckenverlauf durch eine elektrische Straßenbahn abgelöst. Der regelmäßige Betrieb startete am

163 Ebd. Wegweiser durch die Universitätsstadt, Inseratenanhang S. 11.

164 Vgl. Gießener Anzeiger vom 27.07.1907.

165 Vgl. Gießener Anzeiger vom 14.08.1908, Inserat Nr. 2553.

21. November 1909. Tags zuvor gab es eine offizielle Einweihung, die aber von der Größe her der Bedeutung des neuen Nahverkehrsmittels nicht gerecht wurde. Es wurde von dem Oberbürgermeister Mecum „zu einem einfachen Mittagessen“ auf der Liebigshöhe eingeladen. Nachfolgend gab es dort ein Konzert der Militärkapelle des Gießener Regiments 116 unter der Leitung des Ober-Musikmeisters Wilhelm Löber.¹⁶⁶



Abb. 10: Innenansichten des großen Saales um 1905. Ausschnitt aus Ansichtskarte. Links Blickrichtung des Ursprungsbaus, rechts Blickrichtung Bühne, hinter der sich die Gartenhalle befand. (StadtAG, Ansichtskartensammlung W. Schmidt, Nr. 532)

Neben den Militärkonzerten wurden ab 1910 auch regelmäßig Donnerstagnachmittag Kaffeekonzerte zu einem Eintrittspreis von 20 Pfennig angeboten. Ab Kriegsbeginn wurden solche Veranstaltungen als „vaterländische Konzerte“ für Liebesgaben zum Besten der Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Gießener deklariert, wurden aber 1915 eingestellt.

Kriegsbedingt waren für 1915 und 1916 keinerlei Inserate auffindbar. Die Ursache war sicherlich die dort etablierte Lagerkommandantur für das Gießener Kriegsgefangenenlager, das in dem Dreieck zwischen der Kaiserallee und dem Alten Rödger Weg angesiedelt wurde.¹⁶⁷

Wahrscheinlich war der zunehmenden Not der Gießener Bevölkerung geschuldet, dass bis Kriegsende zweimal Geflügel- und Kaninchenausstellungen auf der Liebigshöhe veranstaltet wurden.¹⁶⁸

166 Vgl. Augstein, Brake, Eckert, Stadtverkehr in Gießen, Nordhorn 2009, S. 14, 15 u. 16. Wilhelm Löber spielte mit der Kapelle auch in anderen Städten und war später wohl auch bei seinen Musikern gefürchtet. 1931 wurde der Reichswehr-Obermusikmeister vom 1. Bataillon des Reichswehr-Infanterie-Regiments 15 in Gießen wegen „Soldatenmißhandlung“ in Fulda zu drei Wochen Arrest verurteilt. Er ließ sich bei der Ausbildung zu Tätlichkeiten und Beleidigungen hinreißen, für die möglicherweise der Selbstmord eines Musikers verantwortlich waren. Vgl. Fuldaer Zeitung vom 06.08.1931.

167 Vgl. Brake, Ludwig/Ehlers, Eckhardt/Thimm, Utz, Gefangen im Krieg, Gießen 2014, S. 392, Plan des Lagers, abgestempelt durch die Lagerverwaltung.

168 Vgl. Gießener Anzeiger vom 28.03.1917 und 06.02.1918.



Abb. 11: Innenansicht der Lagerkommandantur des großen Saales um 1916. Gut erkennbar sind die hohen Rundbogenfenster im großen Saal des ersten Anbaus von 1896. (aus Broschüre: Kriegsgefangenen-Lager Giessen, Hoffotograph Kurtz-Wiesbaden, o.J., ca. 1916, abgebildet auch in *Gefangen im Krieg*, S. 410, s. FN 172)

Dagegen erstaunt neben anderen Sportveranstaltungen in Giessen ein Tennisturnier auf der Liebigshöhe. Man könnte fast meinen, dass frei nach dem Dichterspruch „panem et circenses“ wegen des fehlenden Brotes wenigstens die Spiele angeboten wurden.¹⁶⁹

In diese Logik reihten sich auch die wieder aufgenommenen Militär- und Kruseschen Schülerkonzerte ein, die wieder auf der Liebigshöhe stattfanden. Im Gegensatz zu den zerstreuen Momenten einer Musikdarbietung diente die Einladung zur einem Treffen der „Deutschen Vaterlandspartei Oberhessen“ 1918 der Stärkung einer rechtsnationalen, überparteilichen Bewegung, die „gesinnungsverwandte Gäste“ willkommen hieß.¹⁷⁰

Das Jahr 1919 stand ganz im Zeichen der unmittelbaren Kriegsfolgen. Es fanden auf der Liebigshöhe Veranstaltungen für sich auflösende Truppenteile und für Insassen der noch bestehenden Reservelazarette statt.

169 Vgl. Gießener Anzeiger vom 17.10.1917. Der satirische Spruch stammt von dem römischen Dichter Juvenal und bedeutet Brot und Zirkusspiele.

170 Vgl. Gießener Anzeiger vom 25.05.1918. Zu der Oberhessischen Sektion der DVLP: vgl. Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereines, Bd. 101, Giessen 2016, S. 346 ff. Offizielles Ziel war ein Siegfrieden und es erfolgte relativ schnell nach Kriegsende die Auflösung.

Auch die sonntäglichen Tanzkränzchen wurden ab dem Herbst des Jahres wieder angeboten, die sich als regelmäßige Veranstaltung unter Textor etablierten. Teilweise wurden diese von Vereinen unterstützt und luden in ihrem Namen dazu ein. So ging es Ende 1919 „bei die Lügner“ zu dem 20. Stiftungsfest, wobei der „geheizte Saal“ hoffentlich der Wahrheit entsprach.¹⁷¹

Anfang 1920 legte das Kriegsministerium Bestimmungen für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen fest. Es sollten Durchgangslager als Quarantänelager mit 100tägigem Aufenthalt eingerichtet werden. Das Gießener Durchgangslager wurde als erstes in Hessen eingerichtet.¹⁷² Dazu gehörte auch eine Kleiderkammer auf der direkt benachbarten Liebigshöhe, die nach Lagerauflösung graue Leinenstreifen zum Kauf anbot.¹⁷³

Im weiteren Verlauf des Jahres 1920 erfolgte zeitlich relativ dicht getaktet ein kunterbunter Reigen an Veranstaltungen. Hierzu eine summarische Auslese:

- am 25. April 1920, 7. Allgemeine Hundausstellung („Es wurden auch zahlreiche Verkäufe abgeschlossen. [...] Preise – den heutigen Verhältnissen entsprechend – recht hoch, Tiere bis zu 40 000 und 45 000 Mark standen zum Verkauf“),
- am 8. Mai 1920, Begrüßungsfeier Gießener Kriegsheimkehrer, am 28. und 29. Mai, Kaninchen- und Geflügel-Lokalausstellung,
- am 5. und 6. Juni 1920, Kriegsgefangenen-Heimkehrfest (im Programm: „Lebende Bilder aus Kriegsgefangenschaft, a) Notruf der Gefangenen, b) Im Lager [...] d) Stacheldraht, [...] f) Traum des Gefangenen, [...] i) Frei.“),
- am 29. Juni 1920, Familienabend der Deutschen Volkspartei,
- 1. August 1920, Sommerfest des Naturheil-Vereins Gießen,
- 22. August 1920, Gartenfest des Evangelischen Arbeitervereins („Darbietung verdienen [...] von dem Ehepaar Geilfus gebotenen Apachentanz besondere Erwähnung“),
- 26. September 1920, Abturnen des Männer-Turnvereins,
- 20. November 1920, Feier des 10jährigen Bestehens des Kindergartenvereins – Gießener Fröbel-Seminar („Eintritt für Erwachsene 2 Mark, Kinder unter 12

171 Vgl. Gießener Anzeiger vom 29.11.1919. Die Einladung ging von einem der Gießener Lügentische aus, von denen der älteste und bekannteste der Lügentisch im Lotzekasten war, verkörpert durch die schillernde Figur des ewigen Studenten Christian Busch.

172 Vgl. Gießener Anzeiger vom 26.02.1919. Die Aufenthaltsdauer im Durchgangslager wurde später auf drei Tage deutlich verkürzt. Die Kommandantur befand sich in der Gastronomie „Schützenhaus“ und die Baracken auf dem Platz der späteren Volkshalle. Vgl. Brake/Ehlers/Thimm, Gefangen im Krieg, Gießen 2014, S. 600. Am 27.03.1919 traf der erste Transport in Gießen ein. Ende März 1920 wurde das Gießener Durchgangslager geschlossen und hatte zwischenzeitlich 36000 Heimkehrer aufgenommen. Vgl. Gießener Anzeiger vom 10.03.1920.

173 Vgl. Gießener Anzeiger vom 22.03.1920.

- Jahren 1 Mark.“) und („mehr als 200 junge Mädchen wurden mit der Fröbelschen Erziehungsmethode in den 10 Jahren des Bestehens ausgebildet“),
- 2. Januar 1921, „Stung [...] gemütliches Zusammensein mit Tanz des Vergnügungsvereins Thalia,¹⁷⁴
 - 13. März 1921, Tanzvergnügen Stammtisch Frohsinn 1919,
 - 18. bis 20. Juni 1921, 75. Jubelfeier Vereinigter Männerchor Harmonie-Gemütlichkeit „in sämtlichen Räumen der Liebigshöhe, [...] verbunden mit einem Ehrensingen des Lahntal-Sängerbundes im Stadttheater, Eintrittspreise: Dauerkarte 5 Mk., Tageskarte für Samstag und Montag 3 Mk., für Sonntag 3 Mk.“, zum Ehrensingen im Theater: zwischen einer und sechs Mark.),
 - 28. Juni 1921, Sommerfest mit Tanz des Vergnügungsvereins Thalia („an die Kinder Bretzelausteilung unter Beisein der Eltern“),
 - 2. bis 4. Juli 1921, Gau-Sommerfest, veranstaltet vom Gießener Radfahrverein 1885 mit sportlicher Abendunterhaltung, Konzert und Tanz, radsportlichen Aufführungen der Jugendgruppe, Radball- und Radpolospiele („Aufstellung des Schmuck- und Preiskorsos in der Nordanlage [...] Abfahrt durch Ostanlage – Gartenstraße – Ludwigstraße – Alicestraße – Bahnhofstraße – Kaplangasse – Seltersweg – Süd-Anlage – Gartenstraße – Kaiserallee – nach dem Festplatz [...] auf dem Festplatz große Fahrradgarderobe. [...] Dauerkarte 6 Mk, Tageskarte 2 Mk., am Sonntag 5 Mk.“),
 - 7. August 1921, Sommerfest Gesellschaftsverein „Treue“,
 - 29. Dezember 1921, Winterfest des Vereins der Gastwirte von Gießen und Umgebung.

Die mit angeführten, ausgerufenen Preise verdeutlichen die zunehmende Teuerung und Not in der Weimarer Republik infolge der im Versailler Vertrag festgelegten hohen Reparationsleistungen. Kostete 1919 ein halber Liter Bier noch 15 Pfennig, so stieg der Preis 1921 auf 1 Mark und 1922 auf zwei Mark.¹⁷⁵

Der bisherige Eigentümer Karl Textor hatte vielleicht die Zeichen der Zeit richtig gedeutet und wahrscheinlich war nach so vielen Jahren des Betriebes auch ein Sanierungsstau eingetreten. Ob eine von Textor aufgegebene Suchanzeige vom 30. September 1920 nach zwei „eisernen Trägern – 3 Mtr. bis 3,50 Mtr. lang, 15 bis 20 Zentimeter Durchmesser“ damit im Zusammenhang stand, kann als möglich angesehen werden.

174 Die modern erscheinende Formulierung für „Achtung“ wurde authentisch übernommen.

175 Vgl. https://www.was-war-wann.de/historische_werte/bierpreise.html?expand_article=1, 19.10.2023

4. Die Liebigshöhe wird städtischer Besitz

a) Unter Druck der Hyperinflation

Am 11. März 1922 brachte der Gießener Anzeiger die Meldung, dass durch Vermittlung des Stadtverordneten Winn die Liebigshöhe in den Besitz der Stadt Gießen übergehen wird.¹⁷⁶ Als Kaufpreis wurden 400 Tsd. Mark inklusive des Inventars vereinbart und die Stadt plante die Verpachtung an einen Gastronomen, da „der seitherige Besitzer, Herr Textor, die Wirtschaft nicht weiterbetreiben will“. Konkret wurde auch schon die Renovierungsnotwendigkeit angesprochen. Ebenso sollten die bestehenden Tennisplätze instand gesetzt werden und nach Erweiterung in Eigenregie verpachtet werden.

Die Stadt hatte „angesichts der immer weiter steigenden Preise beschlossen, die zur Ausgestaltung der Liebigshöhe zu einem modernen Konzert- und Vergnü- gungslokal zu treffenden Veränderungen mit größter Beschleunigung vorzuneh- men“.¹⁷⁷ Da in Gießen verschiedene Hotelverkäufe mit entsprechendem Saalange- bot getätigt wurden, suchte die Stadt nach einer zukunftsfähigen Alternative. Eine klare Zielvorgabe war die Erweiterung des vorhandenen Saales und es solle dabei nicht auf die Aufwendung einiger hunderttausend Mark ankommen. Für die Schaf- fung eines großen Vortrags-, Fest- und Konzertsaal, wurde durch die Stadt auch eine akustische Prüfung vorgesehen.¹⁷⁸

Bezüglich der Tennisplätze reagierte die Stadt sehr schnell. Insgesamt wurden in der Vermietungsanzeige sieben städtische Tennisplätze angeführt, von denen 5 auf der Liebigshöhe und zwei bei den Schießständen lagen.¹⁷⁹ Allerdings sollte der Spielbetrieb auf den Plätzen der Liebigshöhe erst 14 Tage später möglich sein. Die Preise dafür waren beachtlich und unterschieden sich in der Platzlage (s. Abb. 12), in der Tageszeit und dem Wochentag. Je nach Zeit und Ort bewegten sich die Kosten zwischen 100 Mark für zwei Stunden am frühen Nachmittag auf den Plät- zen der Gruppe II und 400 Mark auf den Plätzen an den Schießständen am späten Nachmittag. Damit wurde der kürzere Aufstieg von den Plätzen der Gruppe III zur Erfrischung auf der Liebigshöhe mit einem Preisaufschlag erkauf.

In Hinblick auf die geplanten Baumaßnahmen wurden die Planungen von der Realität überholt. So waren für die baulichen Veränderungen ursprünglich 100 000 Mark angesetzt. „Die mittlerweile eingetretene Verschlechterung der Wirtschafts- lage läßt diesen Betrag aber als unzureichend erscheinen und macht die Erhöhung auf 250 000 Mk. nötig“.¹⁸⁰ Hinsichtlich der Kosten wurden die ursprünglich hoch-

176 Vgl. Gießener Anzeiger vom 11.03.1922. Es handelt sich bei dem Vermittler Winn um den bereits angesprochenen Sandgrubenbesitzer und Bauunternehmer. Dabei wurde eine Fläche von 18630 m² an die Stadt verkauft. Vgl. dazu Schmidt, Heinrich, Beitrag zur baulichen Entwicklung der Stadt Gießen zwischen 1919 und 1982. In: Mitteilungen des Oberhessi- schen Geschichtsvereines, Bd. 74, Gießen 1989, S. 219.

177 Gießener Anzeiger vom 01.04.1922.

178 Vgl. ebd.

179 Vgl. Gießener Anzeiger vom 06.05.1922.

180 Gießener Anzeiger vom 08.07.1922.



Abb. 12: Links: Lage der Tennisplätze (grün) und der Sandgrube (gelb) mit alter Zufahrt farblich hervorgehoben. Bearbeiteter Zerstörungsplan der Stadt Gießen, undatiert, ca. 1946 (StdtGI, Planabteilung). Rechts: Personengruppe, Foto gemäß handschriftlicher Bemerkung auf Rückseite vom 28. August 1931 an den Tennisplätzen der Liebigshöhe erstellt. Ausrichtung und Hintergrund legen den oberen Platz der Gruppe III nahe, unmittelbar unterhalb der Terrasse. (Sammlung W. Schmidt)

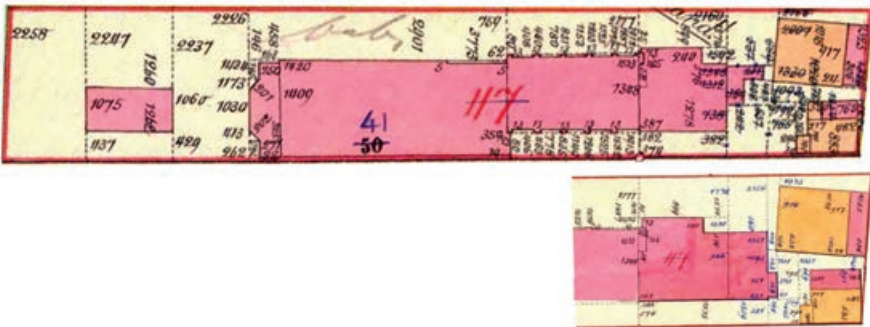


Abb. 13: Kombination zweier Planausschnitte, Flur 18 Abt. D. (Bauordnungsamt Gießen) Die 1922 ausgeführten Baumaßnahmen der Stadt bezogen sich als „Notstandsarbeit“ nur auf den nordöstlichen Teil der Liebigshöhe, hier rechts. (Bauordnungsamt Gießen)

gesteckten Ziele heruntergesetzt und ein Volksgarten geplant. Es sollten aber die Räume mindestens ein „einigermaßen menschenwürdiges Aussehen“ erhalten.¹⁸¹

Am 12. November 1922 war es dann soweit und das „Café-Restaurant Liebigshöhe“ wurde eröffnet. Der neue Pächter, Heinrich Stecken, bot auch wieder die sonntäglichen Tanzkränzchen an und punktete mit einer eigenen Konditorei. Für den gastronomischen Betrieb mussten neue Garderobenständer angebracht werden und auch der Wirtschaftsgarten musste für die neue Saison hergerichtet werden,

181 Ebd.

zu einem Preis von 1,23 Mill. Mark, die als Notstandsarbeiten deklariert wurden.¹⁸² Weitere 3,63 Mill. Mark wurden 3 Monate später für die Beschaffung von Gartenmöbeln veranschlagt.¹⁸³

In dieser Zeit der Hyperinflation hatte der Pächter Stecken sicherlich keinen leichten Stand. Trotzdem führte er den gastronomischen Betrieb weiter und bot Veranstaltungen Raum:

- am 28. April 1923, Künstlerfest zum Abschluss der Theater-Spielzeit 22/23, das in den vorhergehenden Jahren im Stadttheater stattfand,
- am 30. Mai 1923, Tanzabend mit Erna Schumann, Eintrittspreis zwischen 800 und 2000 Mark,
- am 28. Juni 1923, Tanzabend zugunsten der Gießener Studentenhilfe, Eintritt 5000 Mark,
- und nach der Einführung der Rentenmark mit einem Umrechnungskurs von 1 Rentenmark zu 1 Billionen Papiermark am 15. November, am 30. Dezember 1923, Großes Konzert der Hüttenkapelle der Stahlwerke Buderus-Röchling, Eintritt 50 Pfennig bei freiem Eintritt für Werksangehörige.

Es wurde auch wieder die frühere Konzertreihe aufgegriffen, häufig bei freiem Eintritt. Bei niedriger Eintrittsschwelle setzte der Pächter Stecken für eine Gewinnerzielung wohl auf sein gastronomisches Angebot.

Das Jahr 1925 brachte dann in zweierlei Hinsicht einen weiteren Wendepunkt in der Geschichte der Liebigshöhe.

b) Der Alte kehrt zurück

Die beim Kauf der Liebigshöhe anvisierte Lösung eines großen Gießener Veranstaltungssaals erfuhr 1925 eine Wendung. In unmittelbarer Nachbarschaft wurde am 31. Juli 1925 nach zehnwöchiger Bauzeit und gerade noch rechtzeitig für das 32. Mittelrheinische Kreisturnfest die Volkshalle fertiggestellt.¹⁸⁴ Damit entfiel eine potenzielle Chance für die Liebigshöhe, zukünftig Großveranstaltungen an sich ziehen zu können, eine der erklärten Absichten bei Kauf der Liegenschaft durch die Stadt.

Der zweite Wendepunkt war die Rückkehr des ehemaligen Betreibers der Liebigshöhe Textor, der sich nach dreieinhalb Jahren als Gastronom dort zurückmeldete. Der erfahrene Restaurateur übernahm damit unter schwierigen Rahmenbedingungen wieder das Ruder.¹⁸⁵

182 Vgl. Gießener Anzeiger vom 17.03.1923.

183 Vgl. Gießener Anzeiger vom 29.06.1922.

184 Vgl. Gießener Anzeiger vom 29.12.1922. Rechenschaftsbericht des Volkshallenvereins. An Großveranstaltungen wurden das Kreisturnfest und die 116er-Tage angeführt. In der Nachkriegszeit war die Volkshalle in Gießen als Miller-Hall bekannt. Heute residiert dort unter der Adresse Grünberger Straße 143 ein Buffet-Restaurant.

185 Vgl. Gießener Anzeiger vom 05.11.1925. Auch der Brauerei Ihring, jetzt Ihring-Melchior, war Textor treu geblieben.

Wiederum setzte er auf musikalische Unterhaltung mit Tanz, für die jetzt die „Kapelle ehemaliger Militärmusiker“ unter der Leitung des Musikmeisters a.D. Herrn Topp aufspielte.¹⁸⁶

Am 14. und 16. Dezember stellte Textor seine Räumlichkeit dem Alice-Verein für eine Wohltätigkeitsveranstaltung zur Verfügung. Im festlich geschmückten Saal wurde für „einige hundert Kriegerwaisen und ältere, aber noch schulpflichtige Mündel“ eine Weihnachtsfeier durchgeführt. Nach der Bewirtung mit Kakao und Kuchen wurden bei der Bescherung „den Kindern gute praktische Sachen (Kleidungsstücke) und dazu kleine Geschenksäckelchen ausgehändigt“.¹⁸⁷

Dagegen ging es sehr politisch zu auf der gemeinschaftlichen Kundgebung der Demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei, des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.¹⁸⁸ Der Ansturm auf diese Veranstaltung war so groß, da die auf der Tagesordnung stehende „Fürstenabfindung“ viele Gemüter erregte.¹⁸⁹

Sportlich ausgerichtet war der Fahrttag der Radfahrvereine im Gau 73-Lahn, an dem auch alle vier Gießener Radfahrvereine teilnahmen.¹⁹⁰ Durch die Warte wurden Fahrten und Wettbewerbe der kommenden Saison geplant.

Die regelmäßige stattfindenden Sommer-Abonnements-Konzerte eigneten sich zur Kundenbindung eines kulturinteressierten Klientels. Hierzu erfolgte eine Kooperation der beiden, am Philosophenwald gelegenen Ausflugslokale „Liebigshöhe“ und „Philosophenwald“. Die acht Konzerte der Kapelle des I. Grenadier-Bataillons, 15. Infanterie Regiments, wieder unter der Leitung Löbers, fanden wechselweise in den Lokalitäten statt. Durch die angesetzten Gruppenpreise konnte sicherlich auch ein musikinteressiertes, nicht so zahlungskräftiges Publikum gewonnen werden.¹⁹¹

Eher etwas robuster ging es wohl auf dem Oberhessischen Handwerkertag am 19. September zu, der über 1200 Menschen auf die Liebigshöhe lockte. Es wurden 200 Meisterbriefe an „Jungmeisterinnen und Jungmeister“ überreicht. Vertreter der Handelskammer, der Handwerkskammer und des Ortsgewerbevereins hielten Reden und nachmittags wurde die Ausstellung besichtigt, die in den geselligen Teil überging.¹⁹²

186 Bereits im Mai 1925 trat diese Kapellformation auf der Liebigshöhe auf.

187 Gießener Anzeiger vom 18.12.1925.

188 Vgl. Gießener Anzeiger vom 30.01.1926.

189 Vgl. Gießener Anzeiger vom 01.02.1926. Durch die Novemberrevolution 1918 war das Vermögen der Reichsfürsten noch beschlagnahmt. Verschiedene Gerichtsentscheide bestätigten die Schadensersatzforderungen der Fürstenhäuser und es kam zu einem gescheiterten Volksentscheid für die angestrebte Enteignung. Nachfolgend einigten sich die einzelnen Länder auf Kompromisse mit ihren Fürstenhäusern. Vgl. dazu <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/fuerstenenteignung-1926.html>, 20.10.2023.

190 Vgl. Gießener Anzeiger vom 09.02.1926. Zu dieser Zeit gab es an Gießener Radsportvereine: Gießener Radfahrer 1885, Radfahr-Gesellschaft „Die Wanderer“, Radklub „Germania“ und den Radfahrer-Verein Fortuna.

191 Vgl. Gießener Anzeiger vom 21.04.1926.

192 Vgl. Gießener Anzeiger vom 20.09.1926. Sehr wahrscheinlich fand die Ausstellung in der benachbarten Volkshalle statt. Zeitgleich fanden in Gießen die Gartenbau- und Elektrizitäts-



Abb. 14: *Blick von der Terrasse der Liebigshöhe*, 1928. Ölgemälde von Hellmuth Mueller-Leutert (1892–1973). (Original im Oberbessischen Museum)

Die Liebigshöhe stand auch studentischen Feiern offen und so fand die abendliche Begrüßungskneipe zum 75. Stiftungsfest der studentischen Verbindung Gießener Wingolf in den Räumen der Liebigshöhe statt, natürlich nur die Herren. Die dazugehörigen Damen gaben sich zeitgleich „gegenüber im Schützenhaus ein gemütliches Stelldichein“.¹⁹³

In Erinnerung an den Namensgeber feierte die Gesellschaft Liebig-Museum den Geburtstag Liebigs auf der Liebigshöhe. Der Hauptinitiator des Liebig-Museums in Gießen, Prof. Robert Sommer, hielt einen Vortrag mit dem Thema: Die Liebigshöhe um 1850 nach dem Plan von Johannes Körner.¹⁹⁴

Die seltener werdenden Inserate der Gastronomie auf der Liebigshöhe waren wohl auch ein Zeichen des wirtschaftlichen Abschwungs. Carl Textor ist im

tätsausstellung statt. Die Zeitung berichtete am 20.9.1926 von einem Verkehrschaos, da aus der ganzen Provinz Oberhessen sehr viele Besucher nach Gießen strömten. Die Volkshalle musste zeitweise gesperrt werden, da acht- bis neuntausend Menschen in die Halle gelangen wollten.

193 Vgl. Gießener Anzeiger vom 05.08.1927.

194 Archiv Liebig-Museum, ALG, 42, 1930, Nachtrag, Bl. 6, Einladung der Gesellschaft Liebig-Museum vom 11.05.1930.

Adressbuch von 1931 noch als „Gastwirt, Restaurant Zur Liebigshöhe, Café und Konditorei, Festsäle“ im Alten Rödger Weg 41 gelistet. Im nachfolgenden Adressbuch von 1933 ist er bereits als Privatier in der Kaiserallee 68 im 1. Stock angeführt. Wann er genau die Gastronomie abgab und in den Ruhestand ging, konnte damit nur annäherungsweise ermittelt werden.

c) Ein erneuter Neuanfang, geplantes Intermezzo eines Gießener Gastronomen

Heinrich Dechert hatte schon einige Jahre Erfahrung in der Gastronomie, als er die Wiedereröffnung des Cafe-Restaurants Liebigshöhe am 5. Dezember 1931 in der Zeitung bekannt gab. Zuvor war er Hauseigentümer und seit zehn Jahren Wirt des Gasthauses „Zum kühlen Grund“ in der Neuen Bäu 5. Noch im November 1931 annoncierte er ein Schlachtfest in den dortigen Räumlichkeiten, die relativ beengt und nach außen hin sehr unscheinbar waren.¹⁹⁵ Als die Gastronomie in der Liebigshöhe vakant wurde, sah er die Chance für einen Neuanfang. Wie seine Vorgänger setzte Dechert auf Konzertveranstaltungen und Musik mit Tanz. Das letzte musikalische Angebot von ihm wurde für den 22. April 1934 angepriesen und weitere Veranstaltungsmeldungen waren nicht mit seinem Namen verknüpft.

Das Vorderhaus der in der Zwischenzeit von zwei Pächtern weiter betriebenen Wirtschaft „Zum kühlen Grund“ wurde im Sommer 1935 abgerissen und neu errichtet. Die neue Fassade ließ Dechert als Bauherr mit Marmor verkleiden und die Gastronomie reichte dann vom Hinterhaus bis an die Straßenfront.¹⁹⁶ Bereits Weihnachten des gleichen Jahres gab Heinrich Dechert die Wiedereröffnung der Gastronomie bekannt. Seine Inserate sind im Übrigen bemerkenswert, da er in der Regel seine Frau mit anführte.¹⁹⁷

d) Stillstand und Perspektive der städtischer Immobilie

Der Universitäts-Garteninspektor Friedrich Rehnelt sah in Hinblick auf die historische und agrikulturelle Bedeutung der Liebigshöhe wohl Gefahren für den Fortbestand aufziehen. 1935 veröffentlichte er einen Bericht über die Liebigshöhe, in dem er die Erhaltungsbestrebungen der Stadt zwar lobte, aber im gleichen Atemzug die Schaffung eines landwirtschaftlichen Museums mit Nachdruck anregte.¹⁹⁸

195 Die Gastronomie „Zum kühlen Grund“ wurde um 1875 in einem Hinterhaus eröffnet. Der Zugang zu dem Hinterhaus erfolgte rechts eines Geschäftslokals an der Straßenfront durch einen Hausdurchgang. Später wurde noch der zweite Stock des Vorderhauses mit einbezogen.

196 Im Gießener Volksmund erhielt die Gastronomie „Zum kühlen Grund“ dann den Spitznamen „Marmor-Palast“.

197 Vgl. Gießener Anzeiger vom 24.12.1935. Eröffnungsanzeige der Gastronomie „Zum kühlen Grund“.

198 Vgl. Rehnelt, Friedrich, Die Liebigshöhe, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft, in: Heimat im Bild, Nr. 37 vom 12.09.1935, S. 148 (Beilage zum Gießener Anzeiger).

Unter der Adresse Alter Rödger Weg wurde die Liebigshöhe im Adressbuch 1935 noch als Restaurant im Besitz der Stadt gelistet, aber es wurden keine werbenden Inserate mehr geschaltet.

Die Stadt hatte wohl ernsthafte Absichten, die Liegenschaft aufzuwerten. So wurde in der Haushaltssatzung 1936 für den Neubau der Liebigshöhe im außerordentlichen Haushaltsplan ein Darlehen über 100 Tsd. angesetzt.¹⁹⁹ In der Sitzung der Gießener Ratsherren wurde das Projekt genauer beschrieben: „An Stelle der bisherigen Liebigshöhe soll durch entsprechende bauliche Maßnahmen ein zweckentsprechender Um- und Anbau erfolgen, um eine neue Liebigshöhe (Anm. d. Verfassers: Die zwei Worte gesperrt geschrieben) als schöne Erholungsstätte zu schaffen. Es soll ein Teil des Gartens parkartig mit schönem Ausblick auf die Stadt und Umgebung gestaltet werden und ein neuer und gemütlicher Saal entstehen, eine große Terrasse geschaffen werden.“²⁰⁰ Ein monumentaler Vorentwurf des Stadtbaurats Wilhelm Gravert wurde bereits 4 Wochen später in der Zeitung veröffentlicht.²⁰¹ Gravert war auch Vorsitzender des Oberhessischen Kunstvereins und in dieser Funktion konnte er erreichen, dass „die alte Liebigshöhe dem Oberhessischen Kunstverein zur Verfügung gestellt“ werden sollte.²⁰² In diesem Zeitungsartikel stellte auch der Geheimrat Robert Sommer, der lokale Hauptinitiator des Gießener Liebig-Museums, Ausstattungsstücke für ein einzurichtendes Liebigzimmer in Aussicht.

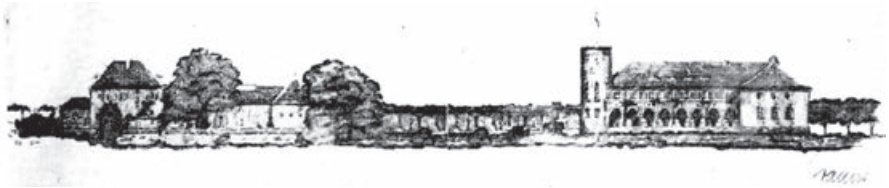


Abb. 15: Entwurfsplan der neuen Liebigshöhe von Wilhelm Gravert. Rechts der neu geplante Komplex der Liebigshöhe mit großem Saal, überdeckter Veranda und Aussichtsturm. Durch eine Pergola verbunden und unter Verzicht auf die Gartenballe ist links der alte Gebäudekomplex zu sehen. Hier sollten Gemäldegalerie und Ausstellungsräume ihren Platz finden. (Gießener Anzeiger vom 28.4.1936)

Die Umsetzung ließ auf sich warten und die Räumlichkeiten wurden im Sinne der Partei genutzt. So wurde in den Räumen der Liebigshöhe die Sammelstelle für das Winterhilfswerk 1936 eingerichtet. Zehn Männer des Gießener Arbeitsdienst-

199 Vgl. Gießener Anzeiger vom 14.03.1936. Haushaltssatzung der Stadt Gießen für 1936.

200 Gießener Anzeiger vom 16.03.1936. Sitzung der Gießener Ratsherren.

201 Vgl. Gießener Anzeiger vom 28.04.1936. Vorentwurf zur Neugestaltung der Liebigshöhe.

202 Vgl. Gießener Anzeiger vom 24.04.1936. Die Liebigshöhe als Gießener Gemäldegalerie.

lagers und mehrere Mitarbeiter des WHW sortierten 14 000 Weihnachtspakete „für die hilfsbedürftigen Volksgenossen“.²⁰³

Eine Übung der Gießener Sanitätskolonnen zur Einrichtung eines Notlazarets fand im Mai 1937 in den Sälen der Liebigshöhe statt. Dabei wurde auch das umliegende Gelände bis hin zu dem Trieb mit einbezogen.²⁰⁴

Als Beweis, „wie erfolgreich sich deutsche Industrie, Technik und Handwerk für unsere Rohstofffreiheit einsetzt“, veranstaltete der „Reichsstand des Deutschen Handwerks“ eine große Handwerkerausstellung in den Räumen der Liebigshöhe. Als Begleitprogramm wurden in dem Kino Gloria-Palast Sonderfilmvorführungen ausgerichtet. So sollte in dem Film „Fäden, die die Welt umspinnen“ die Entwicklung und Herstellung von Kunstseide dargestellt werden.²⁰⁵

Die Gebäude der Liebigshöhe wurden in diesem Jahr durch einen Hausmeister betreut, der mit seiner Frau und Kindern dort wohnte.²⁰⁶ Andere Bewohner waren für die Liegenschaft offiziell nicht gelistet. Im Adressbuch 1939 ist der dortige Hausmeister mit der Berufsbezeichnung Schreiner eingetragen. Dies stand möglicherweise im Zusammenhang mit der Werkstatt des Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK), das in den Räumen der Liebigshöhe Bauteile von Segelflugzeugen herstellte und montierte.²⁰⁷

e) Die Häuser rücken näher

Für das Gebiet unterhalb der Liebigshöhe wurde 1929 der Bebauungsplan „Eichgärten“ aufgelegt.²⁰⁸ Damit wurde das Gelände für eine vorrangige Wohnbebauung erschlossen. Die ersten Baumaßnahmen in dem ausgewiesenen Gebiet waren die 1934 fertiggestellte Pestalozzischule und 1935 die Anlage des heutigen Schwanenteichs. Eine Luftaufnahme vom Sommer 1936 weist, abgesehen von Einzelbauten im dortigen Gebiet, keine neuen Bauten auf. Der wirkliche Bauschub begann erst 1937 und machte mit dem südwestlichen Teil des Tannenweges den Anfang.²⁰⁹

203 Vgl. Gießener Anzeiger vom 12.12.1936. Sehr wahrscheinlich waren die angeführten Männer des Arbeitsdienstlagers aus der 500 m entfernt liegenden Liegenschaft der ehemaligen Gastronomie „Philosophenwald“ herübergekommen. Dort war das Reichsarbeitsdienstlager (RAD-Lager) der Abteilung 5/222 „Justus v. Liebig“ angesiedelt.

204 Vgl. Gießener Anzeiger vom 10.05.1937.

205 Vgl. Gießener Anzeiger vom 31.07.1937. Ausstellung „Deutsche Werkstoffe im Handwerk“ vom 1. bis 12. August 1937. Gloria-Palast, Seltersweg 54.

206 Vgl. Adressbuch Gießen, 1937, „Wiedmeyer, Hans, Hausmeister“. Die Ehefrau verstarb am 27.01.1938, als trauernde Hinterbliebene sind der Ehemann und die Kinder unter der Adresse der Liebigshöhe angegeben. Vgl. Gießener Anzeiger vom 28.01.1938.

207 Vgl. Gießener Anzeiger vom 15.04.1939.

208 Vgl. ebd. Schmidt, Beitrag zur baulichen Entwicklung S. 218, 219. Bebauungsplan vom 19.03.1929.

209 Vgl. Adressbuch 1937, S. 266. In diesem Jahr wird der Tannenweg mit vier Nummern erstmals gelistet, wobei nur die Nummer 1 bewohnt ist und die anderen wahrscheinlich sich zu dieser Zeit noch im Bauzustand befinden..

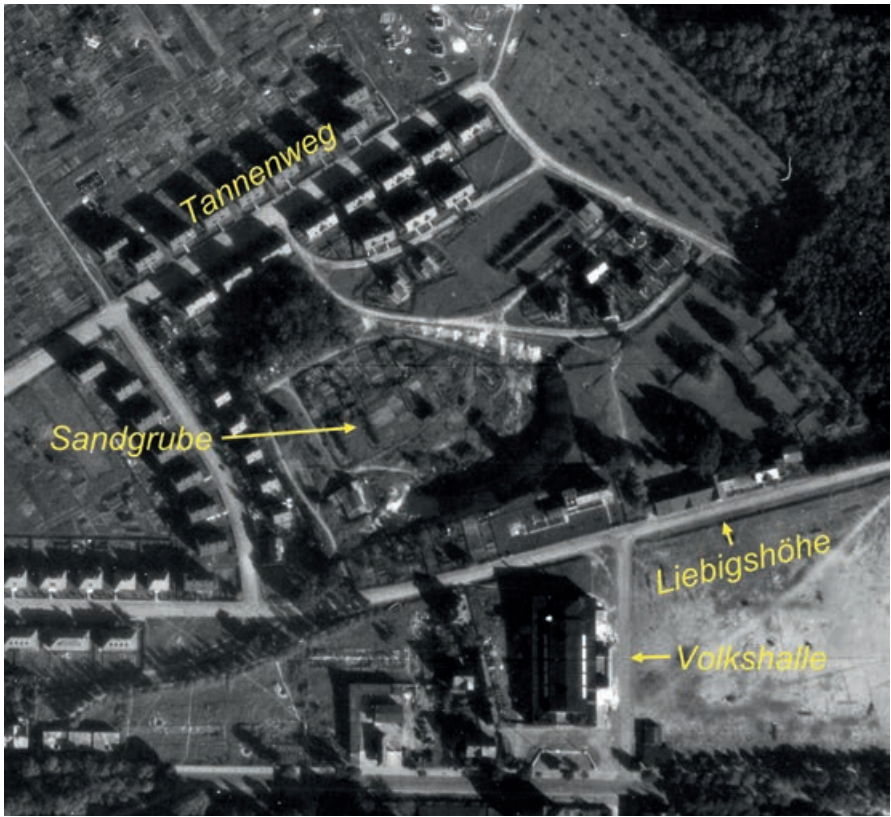


Abb. 16. Luftbild Bereich Liebigshöhe vom 8. September 1944, vormittags.
 Erkennbar sind auch die Tennisplätze. (Sammlung M. Dabl, bearbeitet durch Verfasser).

Anfang 1938 hatte man wohl von dem Projekt einer neuen Liebigshöhe Abschied genommen und stattdessen wurde an der vom Stadtbaurat Gravert geplanten Stelle mit dem Neubau für eine Agrarmetereologische Forschungsstelle und das Reichsamt für Wetterdienst begonnen.²¹⁰

Eine ganze Reihe von Häusern im Tannenweg und der Fröbelstraße waren im Sommer 1938 laut Zeitungsmeldung fast fertiggestellt.²¹¹

Zu dieser Zeit wurden auch vom Tannenweg bogenförmig abzweigend drei Straßenzüge erschlossen, wobei ungefähr die untere Grenze des ehemaligen Grundstücks Liebig den oberen Straßenzug bildete. Daher erhielten diese drei Straßen

210 Vgl. Gießener Anzeiger vom 26.02.1938. Hier wurde nach dem Krieg die Dependents school für amerikanische Kinder etabliert.

211 Vgl. Gießener Anzeiger vom 14.07.1938. Titel: Rege Bautätigkeit in Gießen.

den Namen „Unter der Liebigshöhe“ und wurden im Adressbuch von 1939 erstmals angeführt.²¹²

f) Nach Kriegsende

Die Gebäude der ehemaligen Gastronomie Liebigshöhe wurden durch Kriegseinwirkung gemäß Schadensplan der Stadt Gießen total zerstört und ein kompletter Wiederaufbau fand nicht statt.²¹³ Dagegen wurde wegen der akuten Wohnraumnot der Nachkriegszeit auf dem angrenzenden Fundament des ehemaligen Saales von 1896 ein zweistöckiges Haus errichtet.²¹⁴ Unter einem Dach befanden sich Richtung Philosophenwald die Wohnräume in zwei Etagen mit Zugang von der ehemaligen Terasse her und Richtung Stadt eine Halle. Der erste Mieter der Halle war das Speditionsunternehmen von Willi Duhme und um 1953 war dort die Schlosserei des Montage-Baubetriebs Emil Finkernagel untergebracht.²¹⁵



Abb. 17. Mitglieder der Familien Rätzel vor dem zweistöckigen Wohnteil an der Fröbelstraße um 1955. Links angeschnitten ist noch der gebogene Fenstersturz des ehemaligen Saals sichtbar. Rechts daneben der vermauerte erste Zugang zu dem Saal mit erkennbaren Resten der Wegbefestigung. (Privataufnahme, zur Verfügung gestellt durch Reinhard Rätzel)

212 Das Straßengebiet „Unter der Liebigshöhe“ wurde 1957 aufgeteilt in drei unterschiedliche Straßennamen: „An der Liebigshöhe“, „Ahornweg“ und „Buchenweg“, wobei der erstere am Rand der ehemaligen Liebigshöhe entlang führte.

213 Vgl. StdtAG, Planabteilung, Schadensplan der Stadt Gießen, ohne Jahr.

214 Persönliche Mitteilung Reinhard Rätzel am 26.11.2023. Reinhard Rätzel, Sohn von Georg Rätzel, lebte als Kind in einem teilweise wiederaufgebauten Gebäudeteil der ehemaligen Liebigshöhe.

215 Ebd.

In den Wohnräumen lebten die Familien Georg und Gerhard Rätzel. Der Glaser Georg Rätzel, der sein Glaserei- und Bildereinrahmungsgeschäft in der Grünberger Straße 10 betrieb, erwarb sich recht bald in Kreisen Kunstinteressierter einen guten Ruf.²¹⁶

Unter der gleichen Adresse, aber in dem Richtung Philosophenwald gelegenen, kleinen Haus, wohnte u.a. der ehemalige Hausmeister Hans Wiedmeyer als Rentner.²¹⁷

Die im städtischen Besitz befindlichen Häuser wurden um 1960 abgerissen und die Gemeinnützige Wiederaufbau AG errichtete dort neue Wohnbauten.

Die benachbarte Sandgrube wurde sehr bald nach Kriegsende stillgelegt, da diese als Lagerfläche für Trümmerschutt benötigt wurde. Sie wurde bis auf das Niveau der Straße „An der Liebigshöhe“ aufgefüllt. Liebig hätte sich wohl keinen Adelsitz auf Trümmern gewünscht. Stattdessen erhielt 1954 an dieser Stelle die Freie Turn- und Sportgemeinde Gießen (TSG Gießen) durch einen Pachtvertrag ihren neuen Sportplatz.²¹⁸

VI. Zusammenfassung und Bewertung

Diese Übersichtsarbeit zu dem geschichtsträchtigen Ort der Liebigshöhe behandelt nicht nur ein bedeutendes Kapitel in dem Leben des Chemikers Justus v. Liebig, sondern berührt auch die verschiedenen Nachfolgenutzungen und -planungen bis hin zu dem Abriss des Gebäudekomplexes. In der bisherigen Literatur zu der Liebigshöhe wurden einige Zeitspannen nicht gewürdigt, sodass ein unvollständiges Bild entstand mit einer zum Teil unklaren Datenlage.

Bei den Recherchen bildeten die auf dem Portal der Gießener Universitätsbibliothek zur Verfügung gestellten Gießener Zeitungen eine sehr hilfreiche Online-Ressource. Ohne diese Möglichkeit wären die Recherchen für diesen Artikel um ein Vielfaches zeitaufwendiger gewesen und die Ergebnisse lückenhafter geworden.

Insbesondere in den auf diesem Weg in großem Umfang aufgefundenen Zeitungsinserate mit wechselnden Inhalten ist der Kontext der Zeit nachzuempfinden. Sie geben Auskunft über die Pächter der dortigen Gastronomie und Einblick in die angesagten Trends und Strömungen der Zeit.

216 Vgl. Adressbuch 1951, S. 74. Im Adressbuch 1949 wurden unter der Adresse Alter Rödger Weg 41 angeführt: Rätzel, Georg, Kraftfahrer und Rätzel Gerhard, Konditor. Vgl. Adressbuch Gießen 1949. Georg Rätzel kam nach dem Krieg als Kraftfahrer nach Gießen und wechselte um 1950 den Beruf. In Familiennachfolge besteht die Kunsthandlung noch heute.

217 Vgl. Adressbuch 1954. Ab dem Adressbuch 1954 wurde der ehemalige Alte Rödger Weg in die Fröbelstraße mit einbezogen und neue Hausnummern vergeben. Siehe dazu auch im Anhang, Tab. 3. Die Familien Rätzel wohnten in der Fröbelstraße 73, der ehemalige Hausmeister Wiedmeyer in der separaten Hausnummer 73E.

218 Vgl. ebd. Schmidt, Beitrag zur baulichen Entwicklung S. 221. Sportplatz „Unter der Liebigshöhe“. Der ursprüngliche Sportplatz auf dem Trieb war nach dem Krieg durch die amerikanische Besatzungsmacht beschlagnahmt worden.

Zeitungsberichte zu baulichen Maßnahmen und Ausschreibungen ließen Schlussfolgerungen zu, die weit in Liebigs Zeit zurückreichen und die erste Bebauung konnte deutlich früher als bisher angenommen datiert werden.

Auch die bisher wenig bekannte Verwendung des Gebäudes in den 1930iger Jahren, bis hin zu einer monumentalen Neuplanung durch den Stadtbaurat Gravert, wurde in dem Artikel berücksichtigt.

Der im Gießener Liebig-Museum als Exponat ausgestellte Gartenplan für die Liebigshöhe wurde von dem Geometer Körner erstellt, zu dessen Person bisher nur wenig Bekanntes vorlag. Biografische Daten zu seiner Person geben ihm ein Gesicht und eine in zeitlicher Verzerrung späterer Jahre erfolgte unkorrekte Zuordnung konnte relativiert werden.

Der Zweiteilung des Grundstückes der ursprünglichen Liebigshöhe wurde bisher in der Literatur ebenfalls wenig Beachtung geschenkt. So wurde der stadtwärts gelegene Bereich als Sandlieferant ein wesentlicher Bestandteil der Gießener Baugeschichte. Der bekannteste Besitzer war der Gießener Bauunternehmer und spätere Stadtverordnete Heinrich Winn, der an vielen Gießener Bauten mitwirkte.

Anhang:

Tabelle 1: Brandkataster 1838–1863(6), transkribiert

Nr.	Besitzer	Gebäude	Ver- sichert in fl.	Summa in fl.	Zeit der Versiche- rung	Abgang in fl.	Zu- gang in fl.	Jetziger Betrag in fl.
123 3/4	Dr. Justus Liebig modo pro 1852 Kaspar Kappes 1/2 und Philipp Kappes 1/2	Wohnhaus u. Scheuer unter 1 Dach a) Stall b) Gaststätte am Haus c) Kleine Halle am Haus	3810	3810	Dcbr 1846 für 1846 1860 Jan. 1855 1866 1866		1190 450 250 50	 4260 5450 5760

*Tabelle 2a:
 Brandkataster 1866–1884, transkribiert, für die bessere Übersichtlichkeit Darstellung in Guldenwährung, Zeitraum 1866–1872.
 Am 9. Juli 1873 wurde die im Großherzogtum Hessen-Darmstadt gültige Guldenwährung auf die Markwährung umgestellt.
 Offizieller Umrechnungskurs: 1 Gulden = 1,71 Mark.*

Besitzer	Gebäude			Brandversicherungs-Kapital		Zeit der Versicherung	Abgang	Zugang	Derzeit. Br. Vers.-Kapital
	Nummer	Litera	Benennung	im Einzelnen	im Ganzen				
				alt	neu				
Kappes, Kaspar 1/2 u.	123¾	155		Wohnhaus und Scheuer	5000	fl.	fl.	fl.	5450
Kappes, Philipp 1/2				unter einem Dach					5750
1874			a.	Stall	450			300	
Kappes, Kaspar und Frau 5/6 deren Kinder: Agnes, Henriette und Lina 1/6			b.	2-Scheuppen Große Halle am Haus, jetzt Scheuer	3260			250	
			c.	Halle/ xxxxxx/ am Haus					

Tab. 2b: Brandkataster 1866–1884, transkribiert, für die bessere Übersichtlichkeit Darstellung in Markwährung, Zeitraum 1873–1884.

Besitzer	Gebäude			Brandversicherungs-Kapital		Zeit der Versicherung	Abgang	Zugang	Derzeit. Br. Vers.-Kapital	
	Nummer		Litera	Benennung	im Einzelnen					im Ganzen
	alt	neu								
Kappes, Kaspar 1/2 u.	123¼	155		Wohnhaus und Scheuer	M	M	M		13450	
Kappes, Philipp 1/2				unter einem Dach 2 Stock sind hier	16290				23070	
1874			a.	Stall	1290					
Kappes, Kaspar und Frau 5/6 deren Kinder: Agnes, Henriette und Lina 1/6			b.	2-Scheuer Große Halle am Haus, jetzt Scheuer	3260				1873	
			c.	Halle/ xxxxxx/ am Haus	90				1866	
			d.	Halle im Garten	2140				1873	
									23070	

Tabelle 3:

Adresswechsel der Liebigshöhe		
Bezeichnung	Quelle	Anmerkungen zu Umbezeichnungen.
B 123 $\frac{3}{4}$	Brandkataster 1838–1868	Liebigshöhe eingetragen ab Dezember 1846, Stadt ist in Quartiere (Litera) A bis E eingeteilt.
B 155 Liebigshöhe	Adressbücher 1868–1881	Umstellung der Hausbezeichnungen, um neu erbaute Häuser ohne Bruchzahlen kennzeichnen zu können.
In den Eichgärten 50	Adressbücher 1883–1925	Umstellung auf Straßennamen.
Alter Rödger Weg 41	Adressbücher 1927–1951	Zunehmende Bebauung in Umgebung (Volks- halle, Sportplatz, Weg zum Flughafen, „Garten- stadt Eichgärten“)
Fröbelstraße 73	Adressbücher 1954–1957	Ein durchgehender Straßenzug trug im Anfangsstück den Namen Fröbelstraße (ab 1935) und im Endstück alter Wetzlarer Weg. Diese gewachsene Widersprüchlichkeit wurde nach dem Krieg beseitigt.



Anhang Bild 1: Planmontage: Auf der Grundlage eines bis 1926 aktualisierten Stadtplans wurde die Planskizze eines Englischen Gartens für Justus v. Liebig eingefügt. Die Lage der Gastronomie Liebigsböhe (Zustand um 1922) ist in Originallage dargestellt und mit einer Ansichtskarte aus der Zeit komplettiert. Die Lage entspricht der heutigen Fröbelstraße 65 (vbs-Gebäude) u. 71. Als Orientierungshilfe dient die „Volkshalle“, spätere „Miller-Hall“ in der Grünbergstr. 143. (Bildquellen: StdtAG Planabteilung, Exponat Liebig-Museum, StdtAG Slg. R. Metzger)

1860



1866



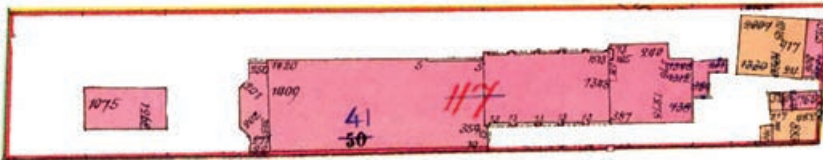
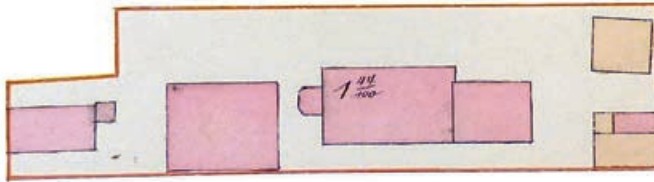
1896



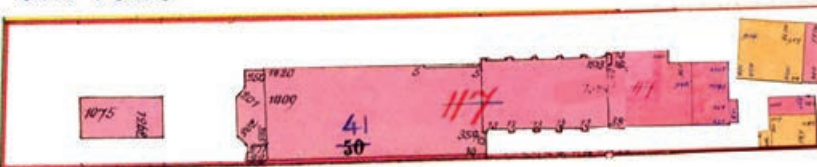
1897



1897



um 1920



nach 1922

nach 1922



Anhang Bild 2: Zeitliche Abfolge der Gebäudeveränderungen auf der Liebigstraße
(erstellt durch Verfasser, Bildquellen: StdtAG Ansichtskartensammlung W. Schmidt und
StdtAG Flurkarten)

Quellen- und Literaturverzeichnis

a) Quellen

Stadtarchiv Gießen (= StdtAG)

- 1/3, N 1911 (Gr. Bürgerverzeichnis der Stadt Gießen, 1770–1898, alphabetisches Verzeichnis)
- 1/3, N 1912 (Gr. Bürgerverzeichnis der Stadt Gießen, 1822–1901, chronologisches Verzeichnis)
- 1/3, N 2748 (Brandkataster, 1838–1868)
- 1/3, N 2749 (Brandkataster, 1868–1884)
- 1/3, N 3200 (Tagebuch der Feldgeschworenen in Gießen, 1845–1924)
- 1/3, N 3254b (Parzellenkarten über die Grundstücke und Gebäude der Gemarkung Gießen, Band II, Flur 26 bis 76, ab 1830)
- 1/3, 253 (Topographisches Güter- und Häuserverzeichnis der Gemarkung Gießen, I. Band, II. Teil, Flur I – XXI, ab 1836)
- 1/3, 254 (Topographisches Güter- und Häuser-Verzeichnis der Gemarkung Giessen, II. Band, II. Teil, Flur XXII – LXXIX, ab 1836)
- Planabteilung, diverse Stadtpläne
- Planabteilung, Schadensplan der Stadt Gießen mit farblicher Kennzeichnung der Beschädigungsgrade

Archiv Liebig-Museum Gießen

- 46.00, maschinengeschriebener Auszug aus Grundbuch für die Gemarkung Gießen, Jahr: 1840
- 48.75, Manuskript Erwin Glaum für die Liebigsschule anlässlich des 200. Geburtstags Liebigs

Bauordnungsamt Gießen

- Parzellenkarten ca.1890 – ca.1914, Flur 18 Abt. D

b) Literatur

Adressbuch der Kaufleute, Fabrikanten und Gewerbsleute der freien Stadt Frankfurt, des Großherzogthums Hessen-Darmstadt, des Kurfürstenthums Hessen-Cassel, des Herzogthums Nassau, der Landgrafschaft Homburg und des Herzogthums Luxemburg, Nürnberg, 1860.

Adressbücher der Stadt Gießen (vereinfachte Auflistung der unterschiedlichen Adressbuchbezeichnungen) für die Jahre 1868, 1871, 1874, 1877, 1878, 1881, 1883, 1886, 1889, 1891, 1893, 1896, 1897, 1898-99, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1917, 1920, 1921, 1922, 1925, 1927, 1929, 1931, 1933, 1935, 1937, 1939, 1941, 1949, 1951, 1954, 1957, 1960.

Augstein, Dietrich/ Brake, Ludwig/ Eckert, Dieter, Stadtverkehr in Gießen, Nordhorn, 2009.

Borgmeier, Raimund, Justus Liebig und der englische Garten, in: Justus Liebig: der streitbare Gelehrte, Ausstellung der Justus-Liebig-Universität zum 200. Geburtstag von Justus Liebig. Gießen, 2003.

Brake, Ludwig/Ehlers, Eckard/Häring, Friedhelm (Dokumentation), Liebig in Gießen. Vom Außenseiter zum Ehrenbürger. Hrsg. vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen, Gießen, 2003.

Brock, H. William, Justus von Liebig – eine Biographie des großen Wissenschaftlers und Europäers, deutsche Übersetzung, Braunschweig/Wiesbaden, 1999.

Dechand, v., Hertha, Justus von Liebig – in eigenen Zeugnissen und solchen seiner Zeitgenossen, Weinheim, 1953.

Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Hessen. Universitätsstadt Gießen. Herausgegeben vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen. Karlheinz Lang unter Mitwirkung von Christel Wagner-Niedner, Braunschweig/Wiesbaden 1993.

Die Universität Gießen von 1607 bis 1907, Festschrift zur dritten Jahrhundertfeier. Herausgegeben von der Ludwigs-Universität Gießen, Gießen 1907.

Felschow, Eva-Marie/Heuser, Emil, Universität und Ministerium im Vormärz – Justus Liebig's Briefwechsel mit Justin von Linde. Hrsg. von Peter Moraw und Heiner Schnelling, Gießen 1992 (Studia Giessensia, Bd. 3).

Glaum, Erwin, Festschrift der Liebigschule Gießen zum 200. Geburtstag ihres Namensgebers Justus von Liebig am 12. Mai 2003, Gießen, 2003.

Gros, Leo, Carl Remigius Fresenius (1818–1897) und sein Laboratorium, in: Jahrbücher der Gesellschaft für Geschichte des Weines e.V. und des Nassauischen Vereins für Naturkunde e.V., Nr. 195, Wiesbaden 2018.

Großherzogliches Regierungsblatt für das Jahr 1833, Darmstadt, 1833.

Hamm, Wilhelm, Das Ganze der Landwirtschaft in Bildern, 2. Auflage, Leipzig, 1872.

Hase, von, Agnes, Theuerstes Jettchen – Briefwechsel zwischen Justus von Liebig und seiner Frau Henriette, Selbstverlag, Kassel, 2003.

Judel, Klaus Günther, Justus Liebig in Großbritannien, Reihe Berichte der Justus-Liebig-Gesellschaft zu Gießen, Gießen, 2003.

Liebig, v., Justus, Chemische Briefe, Leipzig und Heidelberg, 1865.

Meyer, Hans, Das neue Stadttheater in Giessen, Gießen, 1907.

Müller, Franziska, Das Liebig-Laboratorium – von den Anfängen bis in die Gegenwart – Festschrift zum 100jährigen Jubiläum des Liebig-Museums, aus Reihe: Berichte der Justus Liebig-Gesellschaft zu Gießen, Band 10, 2003.

Naumann, Karl, Festschrift zur Einweihung der Johanneskirche in Gießen. Gießen, 1893.

Rehnelt, Friedrich, Die Liebigshöhe, ihre Vergangenheit und Zukunft, in: Heimat im Bild – Beilage zum Gießener Anzeiger, Nr. 37, Gießen, 1935.

Sander, Heinrich, Die Staats- und Gemeindeverwaltung in dem Großherzogthum Hessen, Mainz, 1853.

Schmidt, Werner, Neue Sicht auf alte Kapelle, in Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, 107. Band, Gießen, 2022.

Schneider, Bernd, Von der hessischen Domäne zum Freizeitzentrum, in: Der Schiffenberg, hrsg. vom Magistrat der Stadt Gießen, Gießen, 1979.

Schneider, Margarete u. Wolfgang, Justus von Liebig – Briefe an Vieweg, Braunschweig, 1986.

Schüling, Hermann, Gießener Anekdoten, Gießen 1980.

Stephan, Werner, Es stand ein Wirtshaus an der Lahn, Gießen, 1985.

Thimm, Utz/ Carl Sprengel – mehr als ein „Vorläufer“ Liebig's, in: Justus Liebig: seine Zeit und unsere Zeit, Ausstellung der Justus-Liebig-Universität zum 200. Geburtstag von Justus Liebig. Gießen, 2003.

Volhard, Jacob, Justus von Liebig, I. Band, Leipzig, 1909.

Ders., Justus von Liebig, II. Band, Leipzig, 1909.

Volhard, Jacob/ Knapp, Georg Friedrich, Justus von Liebig – Gedenkblätter zu dessen hundertjährigem Geburtstag, Leipzig, 1903.

Wagner, August, Aus alten Braustätten und Gasthäusern, Gießen, 1980.

Ders., Gießen und die Liebigshöhe – Erinnerungen an die zwanziger Jahre, in: Hessische Heimat, Heimatbeilage der Oberhessischen Tageszeitungen, Nr. 1, Gießen 1972.

Wegweiser durch die Universitätsstadt Gießen und Umgebung, Verlag Emil Roth, Gießen, 1907.

c) Online-Ressourcen:

Anzeigebblatt der Stadt Gießen, 1840–1867, Onlineausgabe: Gießen, Universitätsbibliothek, 2019 (<https://digisam.ub.uni-giessen.de/ubg-ihd-zuz-ga/periodical/titleinfo/701803>),

Baum-Portal.de (<https://www.baumportal.de/baum-alter-bestimmen>),

Briefe von und an Justus Liebig (<https://digisam.ub.uni-giessen.de/ubg-ihd-nl-liebig>),

Der Palmengarten – Villa Leonhardsbrunn (<https://ojs.ub.uni-frankfurt.de> > download),

Geotope in Gießen, Amt für Umwelt und Natur (<https://storymaps.arcgis.com/stories/9e568b9df3cf4c27a3510b77d23bc460>),

Historische Bierpreise (https://www.was-war-wann.de/historische_werte/bierpreise.html?expand_article=1),

Gießener Anzeiger, 1868–1943, Onlineausgabe: Gießen, Universitätsbibliothek, 2014 (<https://digisam.ub.uni-giessen.de/ubg-ihd-zuz-ga/periodical/titleinfo/1223822>),

Krünitz, Johann Georg, Oekonomische Encyclopädie oder allgemeines System ... (<https://www.kruenitz1.uni-trier.de/>),

Liebig-Museum, Chemische Briefe (<https://www.liebig-museum.de/chemische-briefe/>),

Verein für Computergenealogie (<https://www.compgen.de/recherchieren/#datenbanken>).

d) Sonstiges

Bingson, Wilhelm, Datenbank, persönliche Mitteilung vom 21. September .2023,

Rätzel, Reinhard, persönliche Mitteilung vom November 2023.

Gesundheitsversorgung im Großherzogtum Hessen

Zugleich Rezension von *Franziska Maria Meixner*,
Gesundheitswesen im Großherzogtum Hessen-Darmstadt
im 19. Jahrhundert am Beispiel des oberhessischen Hinterlandes
(bis 1866), 2022 (Selbstverlag der Hessischen Historischen
Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für
Hessen).

REINHARD DAMM

Universität Bremen, Institut für Informations-, Gesundheits- und Medizinrecht

Einleitung

Der Veröffentlichung einer Marburger Ärztin liegt eine dem Fachbereich Medizin der Philipps-Universität Marburg im Jahr 2020 vorgelegte medizinische Dissertation zugrunde. Sie ist nunmehr im Selbstverlag der genannten Historischen Kommission erschienen. Schon dieser Entstehungszusammenhang belegt zweierlei: zum einen, dass die Medizin die Medizingeschichte als eigenständige Subdisziplin begreift und zum anderen, dass auch die Verfasserin die Geschichte von Medizin und Gesundheitswesen weit ausgreifend und zu Recht in ihren Verknüpfungen mit der allgemeinen Geschichtsschreibung versteht. Daher gilt auch für diese Arbeit: Medizingeschichte versteht sich schon längst nicht mehr ausschließlich als „*Wissenschaftsgeschichte*, die versucht, den stetigen Erkenntnisfortschritt nachzuzeichnen“, sondern umfassender auch als „*Kulturgeschichte*, die den historischen, für die Entwicklung der Medizin interessanten Erfahrungsräumen und ihren spezifischen, zeitbedingten kulturellen Kontexten nachforscht“.¹ Und sie ist zugleich, auch im Verständnis der Verfasserin, *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, die nicht zuletzt die beschränkten wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung im „armen Hinterland“ einbezieht: „Ein armes Land, das hessische Hinterland ... Die Bewohner meist arm und in elender Weise sich behelfend“.² Daher verwundert es nicht, dass sich der Bezug auf die *Armut* der Bevölkerung jedenfalls in manchen Abschnitten geradezu als roter Faden durch den Text zieht. Bei alledem bietet die Arbeit einen Ausschnitt *regionaler Medizingeschichte*, die einerseits einen überschaubaren Raum betrachtet, aber jedenfalls teilweise zugleich exemplarisch über Regionalität hinausweist.

1 Alle Zitate bei Andreas Hedwig, Geleitwort, in: Gerhard Aumüller/Andreas Hedwig (Hrsg.), *Regionale Medizingeschichte. Konzepte – Ergebnisse – Perspektiven*, Marburg 2022, S. V (Hervorhebungen hinzugefügt).

2 Carl Vogt, *Aus meinem Leben. Erinnerungen und Rückblicke*, Stuttgart 1896, zitiert nach dem rezensierten Werk, Franziska Maria Meixner, S. 11.

Es handelt sich um eine „quellenfundierte Arbeit“, die insbesondere auf der Auswertung der handschriftlichen Akten der Hessen-Darmstädtischen amtsärztlichen Bezirke (Physikate) Battenberg, Biedenkopf, Gladenbach und Vöhl beruht (S. 2, mit weiteren Quellenangaben). Nach einer Einleitung ist die Arbeit in fünf unterschiedlich umfangreiche Abschnitte gegliedert, auf die der Rezensent mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen eingehen wird. Knapp vorgestellt werden von der Autorin die historische Entwicklung des Großherzogtums bis 1866 und in einer ersten Skizzierung die Verwaltung des Gesundheitswesens. Nach den konflikthaften Teilungen der Landgrafschaft Hessen, hier nicht näher darzustellen, kam es auch zur Teilung Oberhessens und brachte das sogenannte oberhessische Hinterland hervor. Dieses bildete einen schmalen Landstrich nördlich von Gießen, von der Residenzstadt Darmstadt aus gesehen „weit hinten“. Er erstreckte sich in Nord-Süd-Richtung von Battenberg bis Königsberg bei Gießen und umfasste 1816 die Ämter Königsberg, Blankenstein, Battenberg, Vöhl (Itter) und Biedenkopf. Dieses verwaltungsmäßig wiederholt modifizierte Territorium blieb in der nachnapoleonischen Zeit bis 1866 bei dem nunmehr „Großherzogtum Hessen“, dann musste das Großherzogtum, beim „Deutschen Krieg“ auf der Seite des Verlierers Österreich stehend, das oberhessische Hinterland an den Gewinner Preußen abtreten, bei dem es als sogenannter Hinterlandkreis Teil der preußischen Provinz Hessen-Nassau wurde.

Wichtig ist auch für das Gesundheitswesen, wie bereits angedeutet, die frühe Kennzeichnung des oberhessischen Hinterlandes als einer wirtschaftlich benachteiligten Region, deren Situation als „dürftig“ beschrieben wird (S. 10).³ Vorhandene Handwerksbetriebe konnten die Familien vielfach nicht ernähren, die landwirtschaftliche Prägung hatte es mit kargen Böden, rauem Klima und langen Wintern zu tun. Nicht von ungefähr geht es alsbald um das „Armenwesen“ und die Armengesetzgebung im Großherzogtum (S. 14 ff.). Insofern hat die Situation von kleinbäuerlichen Selbstversorgern am Existenzminimum, wie sich noch zeigen wird, gravierende Auswirkungen gerade auch im Bereich der gesundheitlichen Versorgung. Dies gilt ungeachtet der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Bemühungen um staatliche Reformen des Gesundheitswesens.

Von zentraler Bedeutung sind für die gesamte Arbeit die Begriffe des *Physikus* und des *Physikats*. Während der Begriff des Physikus, ähnlich wie der des Medicus, schon seit dem Mittelalter für einen Arzt verwendet wurde, stand er ab dem 18. Jahrhundert nur noch für im Staatsdienst stehende Ärzte. Als Physikat galt der einem Physikus von der Regierung zugewiesene geographische Bezirk. Außerdem wurden mit dem Begriff des Physikats aber auch Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten des Physikatsarztes bezeichnet. Nach vielfachen Veränderungen wurden 1814 vier Physikate (später als „Medizinalbezirke“ bezeichnet) entsprechend den bestehenden „Ämtern“ eingerichtet: Biedenkopf, Battenberg, Vöhl und Blankenstein (Gladenbach) (S. 23).

3 Die in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich durchgängig auf das rezensierte Werk.

Staatliche Interventionen und der „Aufstieg der Ärzte“

Ausführlich geht die Verf. auf die medizinische Versorgung im ländlichen Hinterland ein (S. 28–117) und in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Situation des ausdifferenzierten *medizinischen Personals*: Ärzte, Chirurgen, Hebammen, Apotheker, Heildiener und Krankenwärter sowie nicht autorisierte Heiler („Pfuscher“). Krankenhäuser waren in dem betrachteten Zeitraum im oberhessischen Hinterland nicht vorhanden. Im Großherzogtum gab es solche nur in der Residenzstadt Darmstadt, in Mainz und in der Universitätsstadt Gießen. Eine herausragende Rolle spielen *Stellung und Ausbildung der Ärzte* (S. 29 ff.). Es wird hier die wachsende Bedeutung der Universitäten für die medizinische Ausbildung und der striktere staatliche Zugriff auf Studium und Prüfungswesen deutlich. Landeskinder, die ein Studium aufnehmen wollten, mussten dies an der Landesuniversität in Gießen tun und dort für mindestens zwei Jahre bleiben (S. 29). Insgesamt wird das die Epoche prägende Bemühen der Landespolitik deutlich, die Ärzte zu den dominierenden Funktionsträgern des Gesundheitswesens zu machen. Auch angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung in ländlichen Gebieten, nicht nur in Hessen-Darmstadt, bis ins 19. Jahrhundert überwiegend wenig oder nicht kompetentes Heilpersonal (Bader, Wundärzte, Quacksalber) in Anspruch nahm, sollten nunmehr qualifizierte Ärzte als zentrale Akteure in diesem Bereich zuständig sein (S. 28).

Es fallen insofern zwei sich wechselseitig ergänzende und in der einschlägigen Literatur wiederholt behandelte historische Entwicklungsstränge zusammen. Dies betrifft *einerseits* die Ausweitung der Staatstätigkeit seit der frühen Neuzeit und insofern nicht zuletzt auch die Wahrnehmung der „Gesundheit als Aufgabe des Staates“ und dies einschließlich der „Schaffung von Medizinalbehörden“.⁴ *Franziska Meixner* hat in diesem Zusammenhang an anderer Stelle formuliert: „Durch eine geeignete *Medizinische Policy* wollte sich der Staat eine gesunde, arbeitsfähige und wohl auch in militärischer Hinsicht schlagkräftige Bevölkerung schaffen. ... Dem Trend hatte sich Hessen-Darmstadt in einer Hinsicht bereits 1807 durch Erlass einer Impfvverordnung angeschlossen. Die große Reform des Gesundheitswesens wurde jedoch erst im Zuge umfassender Neuerungen etwa zehn bis fünfzehn Jahre später in Angriff genommen“, so durch die „moderne Medizinalordnung“ von 1822.⁵ *Andererseits* bildet das angesprochene staatliche Bemühen, die Ärzteschaft auch in Hessen-Darmstadt zum zentralen Träger der Gesundheitspolitik zu machen, einen Ausschnitt des allgemeinen „Aufstiegs der Ärzte im 19. Jahr-

4 Christoph Schweickardt, Zur Geschichte des Gesundheitswesens im 19. und 20. Jahrhundert, in: Stefan Schulz/Klaus Steigleder/Heiner Fangerau/Norbert W. Paul (Hrsg.), *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin*, Frankfurt/Main 2006, S. 155 ff. (156).

5 Franziska Meixner, Reformansätze des Gesundheitssystems im Großherzogtum Hessen-Darmstadt und der Beitrag der Physikatsärzte im oberhessischen Hinterland, in: Gerhard Aumüller/Andreas Hedwig (Hrsg.), *Regionale Medizingeschichte* (wie FN 1, S. 115 ff. (117 f.)) (Hervorhebung im Original).

hundert“ und dies als Teil eines breiteren Entwicklungsschubs insbesondere der Dienstleistungsberufe als „Professionen“.⁶

In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass der untersuchte Zeitraum jedenfalls teilweise in das „goldene Zeitalter der Medizin“⁷ fällt, in dem der wissenschaftliche Fortschritt neue medizinische Optionen eröffnet. Hieraus allmählich sich ergebende Behandlungsmöglichkeiten erreichen aber vielfach noch lange nicht die betroffenen Patienten, insbesondere die wie hier betroffenen eher ärmlichen Populationen. Und es fallen überdies wichtige medizinwissenschaftliche Entwicklungsschritte in zeitlicher Hinsicht jenseits des untersuchten Zeitraums erst in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts oder in den Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert. Insofern sei nur an Namen wie *Robert Koch* und *Louis Pasteur* erinnert, auf die auch die Verfasserin hinweist (S. 220). Dass im Übrigen der „Aufstieg der Ärzte“ gleichzeitig mit einer gesteigerten, auch rechtlichen Verantwortung der Ärzte für berufliches Handeln zusammenfällt, ist vielfach belegt.⁸

Medizinische Topographien und Kritik der Ärzte

Ein umfangreiches Kapitel ist den sogenannten „medizinischen Topographien“ gewidmet (S. 118–180). Der Begriff der Topographie bezeichnet in diesem Zusammenhang Berichte, die den Physikatsärzten seitens der Regierung in bestimmten zeitlichen Abständen abverlangt wurden. Die Einrichtung derartiger Topographien gab es nicht nur in Hessen-Darmstadt, wie die Ausführungen zum Berichtswesen anderer Länder belegen (S. 175 ff., auch schon S. 123 ff.). Für diese Berichte gab es detaillierte Vorgaben, die nicht nur medizinische Aspekte im engeren Sinne betrafen. Es sollte vielmehr von den *Physici* nach bestimmten Strukturvorgaben ein umfassendes Bild von der Beschaffenheit ihres Bezirks abgeliefert werden. Insofern gibt es erstaunlich umfangreiche Auflistungen der in die Berichte aufzunehmenden Themen. Sie umfassten neben den aufgetretenen Krankheiten unter anderem die klimatischen und geographischen Verhältnisse der Region, Ernährungsweisen, nach Instruktionen für die Sanitätsbeamten von 1822 auch die „Schilderung der Sitten und Lebensart des Volkes, der physischen und moralischen Erziehung desselben“, die „eingewurzelten Gewohnheiten, Vorurtheile und Mißbräuche, welche sich der Ausführung einer zweckmäßigen Sanitätspolizei entgegen stellen, und sachgemäße Vor-

6 Claudia Huerkamp, *Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten. Das Beispiel Preußens*, Göttingen 1985; Claudia Huerkamp, *The Making of the Modern Medical Profession, 1800–1914: Prussian Doctors in the Nineteenth Century*, in: Geoffrey Cocks/Konrad H. Jarausch (eds.), *German Professions 1800–1950*, New York 1990, S. 66 ff. Zum „Aufstieg des Ärztestandes“ auch Christoph Schweickardt, *Zur Geschichte* (wie FN 4), S. 157.

7 Ronald D. Gerste, *Die Heilung der Welt. Das Goldene Zeitalter der Medizin (1840–1914)*, Stuttgart 2021.

8 Vgl. aus jüngerer Zeit den Überblick bei Colm Peter McGrath, *The Development of Medical Liability in Germany, 1800–1945*, Frankfurt/Main 2019; dazu Reinhard Damm, *Juristenzeitung*, 75. Jahrgang, 2020, S. 682 f.

schläge zu deren Abstellung“ (S. 132). In den Berichten spielen schlechte Ernährung und nicht zuletzt übermäßiger Alkoholmissbrauch, „Branntwein im Übermaß“ als „wahres Gift“, eine große Rolle (S. 147).⁹ Zum Hintergrund gehört auch insofern der Hinweis auf die verbreitete Erbärmlichkeit der Lebensverhältnisse.

Wichtig sind die Ausführungen zu der von den Physikatsärzten des Hinterlandes ihrerseits geäußerten *Kritik am Gesundheitswesen* (S. 152–160). Für eine Bewertung des Physikatskonzepts kommt dessen zentraler zweispuriger Funktionsvorgabe entscheidende Bedeutung zu. Die Physici sind einerseits „Sanitätsbeamte“ (S. 153) und andererseits Inhaber einer *privaten Arztpraxis*. Mit dieser Doppelfunktion sollten die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sowie das Einkommen der Ärzte gesichert werden. Für die Unterhaltssicherung der Ärzte „verließ sich der Staat somit darauf, dass die Ärzte aus ihrer Praxis ein gewisses Einkommen bezogen“ (S. 153). Dieses Konzept stieß aber gerade in wirtschaftlich schwachen Gebieten auf Grenzen. Denn es fiel die Besoldung der Medizinbeamten über feste Bezüge nach verbreiteter Kritik seitens der Ärzteschaft wie auch staatlicher Funktionsträger zu gering aus (S. 153). Die staatliche Bevorzugung von Justiz und Hoheitsbeamten gegenüber der Medizin ist Thema in zeitgenössischen Kritiken, so in einem „Handbuch der Statistik des Großherzogthums Hessen“ von 1822.¹⁰ Ein Berichterstatter der Zweiten Kammer der Landstände erklärt im Jahr 1823 zur Lage der Landärzte, „es könne nicht der geringste Zweifel über die Nothwendigkeit einer Verbesserung der Verhältnisse der Sanitätsbeamten geben, denen bei der Größe der Armuth der Landbewohner der größte Theil ihrer Arbeit unbelohnt bleibe“ (S. 153). Es seien die Besoldungen der Sanitätsbeamten „so gering gegriffen, daß sie davon allein nicht subsistiren können“ (S. 153).¹¹ Dies ist dann auch für die hier betroffene Region eher verhängnisvoll: „Im Armenhaus Hinterland findet Privatpraxis fast nicht statt“ (S. 153), ein Grund für die „mangelnde Attraktivität der

9 Bestürzend drastisch fällt das Beispiel des Physikats Battenberg aus, für das ein jährlicher Branntweinkonsum von 128.000 Liter angegeben wird, bei 9.306 Einwohnern ein Verbrauch pro Kopf von 13,7 Liter. Da bei dieser Zahl Frauen und Kinder einbezogen sind, fällt der Alkoholkonsum der Männer offensichtlich noch beträchtlich höher aus.

10 So der Gießener Universitätsprofessor August Friedrich Wilhelm Crome, *Handbuch der Statistik des Großherzogthums Hessen in staatswirtschaftlicher Hinsicht*, 1822; hier zitiert nach Meixner, S. 100. An dieser Stelle wird auch auf eine Kritik an den immensen staatlichen Ausgaben für die vielen hochbezahlten „Räte“ hingewiesen, die von Georg Büchner/Friedrich Ludwig Weidig, *Der Hessische Landbote*, Darmstadt 1834, vorgebracht wurde.

11 Vgl. auch Christian Probst, *Fahrende Heiler und Heilmittelhändler. Medizin von Marktplatz und Straße*, Rosenheim 1992, S. 173: „Für die besoldeten Ärzte deckten die festen Bezüge meist nur einen Teil ihres Lebensunterhalts, oft sogar nur einen kleinen. Den Rest musste die Privatpraxis einbringen“ (zitiert nach Meixner, S. 154). Es ist von einem Arzt die Rede, der sich etwas Land gekauft habe, um darauf Landwirtschaft zum Unterhalt seiner Familie zu betreiben: „Das koste ihn viel Zeit, die ihm für die Betreuung Kranker und für unbezahlte Rundreisen im Physikats nicht zur Verfügung stehe. Dadurch käme er leider auch nicht regelmäßig in zwanglosen direkten Kontakt mit den Bewohnern der etwas abgelegeneren Dörfer“ (Meixner, S. 155, mit Nachweisen).

Physikate im Hinterland“ (S. 115 ff.).¹² Es sei bei der Festlegung der Physikatsgehälter offenbar davon ausgegangen worden, dass die Situation der Landärzte der „goldenen Praxis der Ärzte großer Städte“ gleiche. (S. 153). Aus der Armut der Patienten resultieren so auf der einen Seite Einkommenseinbußen der Ärzte. Andererseits galt für mittellose Patienten auch wegen der „zu hoch angesetzten Medizinaltaxe“ (S. 155)¹³: „Sie blieben unbehandelt, griffen zu ‚wohlfeileren Hausmitteln‘ (Selbstmedikation) oder gingen zum Pfuscher (Quacksalber), der seine Dienste günstiger anbot“ (S. 154).

„Epidemische Krankheiten“

Besonders ausführlich fallen die Ausführungen zu „epidemischen Krankheiten“ im Hinterland aus (S. 181–272), wobei der Epidemiebegriff nicht durchgängig mit dem heutigen übereinstimmt. „Als Epidemie oder Seuche sah man eine Krankheit an, wenn sie eine gewisse Zeit lang herrschte, ihre Auslöser nur vorübergehend vorlagen. Die vorliegenden Akten legen nahe, dass Scharlach, Masern, Varioloiden, Nervenfieber, Keuchhusten, Röteln, Ruhr und Cholera die in Oberhessen häufigsten epidemischen Krankheiten waren“ (S. 183). Eingehend befasst sich die Autorin mit Scharlachepidemien in den Physikaten Battenberg und Biedenkopf, Fieberepidemien im Physikat Battenberg und Pockenepidemien in den Physikaten Battenberg, Biedenkopf und Gladenbach. Dabei präsentiert die Verfasserin insbesondere statistische, sozialgeschichtliche und wissenschaftshistorische Auswertungen.

Die Ausführungen aus regionaler Perspektive fügen sich, wie hier angemerkt sei, in die Wahrnehmung von Epidemien als Großthema der Epoche. Es betrifft eine gerade für das 19. Jahrhundert schwergewichtige Problematik, die daher auch in einem Standardwerk der Geschichtsschreibung Beachtung findet. „Seuchenangst und Prävention“ werden in ihren „großen Tendenzen“ wie auch thematischen Einzelfeldern mit ihren teils katastrophalen Folgen beschrieben.¹⁴ Zu ihnen gehört etwa die von der Autorin nicht eigens erörterte *Tuberkulose*. Im frühen 19. Jahrhundert als einheitliches Krankheitsbild erkannt, wurde sie doch erst durch ihr „spektakuläres Epidemischwerden“ zu einem „Merkmal der Epoche“.¹⁵ „Prominente Todesfälle“ bilden eine lange Spur bis in das 20. Jahrhundert: unter anderen etwa John Keats (1821), Frédéric Chopin (1849), Robert Louis Stevenson (1894), Franz Kafka

12 Der Bezirk Battenberg galt für die untersuchte Epoche als der „wirtschaftlich schwächste Teil des Hinterlandes“, Meixner, S. 154.

13 „Die Behandlung seiner Patienten hatte der Physikus (wie jeder praktische Arzt) nach der Medizinaltaxe abzurechnen, deren Tarif für die Landbevölkerung schwer zu bezahlen war.“, Meixner, S. 154; Abbildung eines Auszugs einer „Taxe für Dienstleistungen der Aerzte“ auf S. 157.

14 Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, 2009, S. 268 ff. (268).

15 Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung* (wie FN 14), S. 269.

(1924).¹⁶ Eine medikamentöse Behandlung war lange nicht verfügbar, wurde erst seit 1944 möglich und erst seit 1966 in wirksamerer Form.¹⁷

Bei *Scharlach* handelte es sich jedenfalls in der untersuchten Zeitspanne um eine schwerwiegende und gefährliche Erkrankung, der sich die Autorin ausführlich zuwendet (S. 184–220). In der für diese Erkrankung typischen Weise waren insbesondere *Kinder* betroffen (S. 219). Es werden Scharlachepidemien in den Physikaten Battenberg und Biedenkopf untersucht, die zeitlich weit auseinander liegen, nämlich einmal in den Jahren 1818 und 1819 und sodann in den Jahren 1856 und 1864. Aus dieser Zeitspanne ergeben sich wesentliche Einsichten, so insbesondere die, dass sich die von den Ärzten erzielten Behandlungserfolge zwischen 1818/1819 und 1856/1864 nicht wesentlich verbessert haben (S. 219). Hierin spiegelt sich der wissenschaftshistorische Befund, dass erst die Entdeckung der für Scharlach ursächlichen Mikroorganismen und die Entwicklung einschlägiger Antibiotika die Therapie „revolutionieren“ (S. 220). Dies gelingt allerdings erst weit jenseits des Untersuchungszeitraums gegen Ende des 19. Jahrhunderts in einem Forschungskontext, für den zu Recht, wie erwähnt, auf *Robert Koch* und *Louis Pasteur* verwiesen wird (S. 220). Eine wirksame Bekämpfung von Scharlach in der medizinischen Praxis entwickelt sich erst im 20. Jahrhundert.

Dem eingeschränkten Wissensstand entsprechend, lagen in der untersuchten Epoche die Sterberaten hoch, nämlich bei über 25% bei den erfassten Behandelten in 1818/1819 und über 31% in den Jahren 1856/1864 (S. 219). Die Verfasserin gibt auch Hinweise auf Zahlen bei den unbehandelt Gestorbenen sowie auf vermutete Dunkelziffern bei den unbehandelt Genesenen. Auch hierzu geht die Autorin von einer beträchtlichen Zahl von Betroffenen aus, bei denen oder für die (Kinder) die Hilfe eines Physikus nicht in Anspruch genommen wurde (S. 219). Erneut wird auf mittlerweile allfällige finanzielle Gründe und die notorische Abneigung der Bevölkerung verwiesen, zum Arzt zu gehen (S. 219).

Ein interessantes Detail ergibt sich bei der Beurteilung von Erfolg und Misserfolg von Behandlungen. Diese erfolgt jedenfalls teilweise in Zusammenschau mit den Eintragungen in *Kirchenbücher* (S. 185). Die entsprechenden Angaben für (christliche) Verstorbene enthielten neben Geburts- und Todestag oft auch die Todesursache. Den Pfarrern war vorgeschrieben, was sie bei „Sterb-Protokollen“ in das Kirchenbuch einzutragen hatten: „Die Krankheit, woran sie gestorben, diese jedoch nur dann, wann dieselbe ganz bestimmt oder grassierend gewesen“ (S. 185).¹⁸

Abschließend wird der Frage nach einer besonderen Betroffenheit *armer Menschen*¹⁹ nachgegangen, ob also „Armut krank machte“ (S. 203, 279 f.). Der Anteil

16 Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung* (wie FN 14), S. 269.

17 Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung* (wie FN 14), S. 269.

18 So nach einer Verordnung zur „Einrichtung, Führung und Sicherstellung der Kirchenbücher“ von 1807; zitiert auf S. 185, FN 39.

19 „Arm“ wird in diesem Zusammenhang im Sinne von unvermögend verstanden, nicht im Sinne staatlichen Armenwesens im Großherzogtum Hessen (S. 203 f., 279). Hierauf war die Autorin bereits früh eingegangen (S. 14 ff.): „Es wurde unterschieden zwischen offiziell anerkannten *Armen*, also Einwohnern einer Ortschaft, die durch Armutszeugnis bestätigt

dieser Population an den *Erkrankten* wird mit aller Vorsicht eher zurückhaltend eingeschätzt. So liegt dieser Anteil im Physikat Battenberg bei mindestens 41% und damit verglichen mit dem Anteil an der Gesamtbevölkerung „nicht besonders hoch“ (S. 203). Anders sieht es hinsichtlich des Anteils der an der Epidemie *Gestorbenen* aus. Insoweit erscheint ein höherer Anteil von armen Erkrankten nachgewiesen (S. 203, 280).

Was schließlich *Kinder* als besonders vulnerable Population betrifft, so sei insofern mit Blick auf die seinerzeitige Entwicklung der Gesundheitsverhältnisse hervorgehoben: In einem die Epoche prägenden „epidemiologischen Übergang“ wandelten sich im Europa des späten 18. und frühen 19. Jahrhundert Krankheiten wie Scharlach, Masern und Keuchhusten von altersunspezifischen Krankheiten zu typischen Kinderkrankheiten. „Dieser Prozess war mit einer wachsenden Bedeutung von gastrointestinalen Krankheiten verbunden, die wiederum primär Säuglinge und Kleinkinder bedrohten“. Und „da dieser Krankheitskomplex zudem besonders eng mit den sozioökonomischen Lebensbedingungen verknüpft war, wurde die Lebenserwartung zunehmend durch schichtenspezifische Unterschiede bedingt“.²⁰

„Der Kampf gegen die *Pocken*“, auch von der Autorin ausführlich thematisiert (S. 241–272)), ist als „Ur-Geschichte“ der Seuchenbekämpfung und Seuchenprävention in die Medizingeschichte eingegangen.²¹ Auch die weltweite Zurückdrängung der Pocken durch den Erfolg der Vakzination nach *Edward Jenner* (1749–1823) steht für den „Anfang vom Ende des medizinischen Ancien Régime“.²² Nach der von *Jenner* 1796 erfolgreich erprobten sogenannten „Vakzination“ wurde die Lymphe aus den Pockenpusteln erkrankter Kühe Menschen eingepflegt, die dadurch Abwehrkräfte gegen die Pocken bildeten. „Allerdings stand die Euphorie unter den Medizinerinnen in auffälligem Kontrast zur Zurückhaltung gerade in der Landbevölkerung, die selbst kostenlose Angebote vielfach ablehnte.“²³ Und der Kampf um eine *Impfung*, aber auch die ablehnende Haltung von *Impfgegnern* werden zu Handlungsfeldern, die Staatsinterventionen und gesundheitspolitische Initiativen zunehmend beschäftigen. Dies wird sowohl in dem hier besprochenen Werk als auch in der allgemeinen Geschichtsschreibung erörtert.²⁴ Einiges erinnert an aktuelle Initiativen und Kontroversen um Impfungen in Zeiten von Epidemien und Pandemien.

dauerhaft nicht in der Lage waren, sich und ihre Familien zu ernähren..., und Einwohnern, die sich wohl ernähren konnten, aber über wenig bis gar keine Geldmittel verfügten“ (S. 14).

20 Jörg Vögele, Zur Entwicklung der Gesundheitsverhältnisse im 19. und 20. Jahrhundert, in: Stefan Schulz/Klaus Steigleder/Heiner Fangerau/Norbert W. Paul (Hrsg.), *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin*, 2006, S. 165 ff., 166.

21 Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung* (wie FN 14), S. 271.

22 Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung* (wie FN 14), S. 291.

23 Birgit Aschmann, Über den Umgang mit der Natur. Inkohärenzen in der Hochmoderne, in: Birgit Aschmann/Monika Wienfort (Hrsg.), *Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich (1871–1914) und seine neuen Kontroversen*, Frankfurt/Main 2022, S. 279 ff., 283.

24 Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung* (wie FN 14), S. 271 ff.

Für die hier betrachtete Epoche und Region hebt die Verfasserin hervor, dass auf eine im Jahr 1800 herrschende Blatternepidemie mit vielen Todesopfern mit der Durchführung von Kuhpockenimpfungen reagiert wurde. Mit dem Impfgesetz von 1807 wurde in Hessen-Darmstadt als erstem deutschen Land (noch im selben Jahr gefolgt von Bayern) die flächendeckende Impfung von Kindern angeordnet (S. 242).²⁵ In der Geschichtsschreibung wird dem entsprechend darauf verwiesen, dass „Hessen“²⁶ und Bayern die ersten deutschen Staaten (waren), die unter napoleonischem Einfluss die Impfpflicht gegen Pocken einführten (1807), während Preußen, das sein Militär so gut schützte, ansonsten lange auf das Engagement lokaler Ärzte vertraute.“²⁷ Auch für das Hinterland ist in Betracht zu ziehen, dass es um verschiedene Pockenarten ging (Variola, Variolois, Varicell), zu deren Unterscheidung die Ärzte durchaus in der Lage waren (S. 272). Im Hinterland handelte es sich meist um die ungefährlichere Variante der Varioloiden (S. 243, 281).

Welche Bedeutung dem seuchenpolitischen Umgang mit den Pocken nicht nur in der Regionalität des Hinterlands, sondern auch in großpolitischen Dimensionen zukam, mag folgender Hinweis illustrieren: „Manche Regierungen verkanteten, anders als Napoleon, die Bedeutung einer *massenhaften* Impfung. So entstanden Asymmetrien von großer Bedeutung: Die 1870 gegen Frankreich ins Feld ziehenden deutschen Soldaten standen nahezu komplett unter dem Schutz einer zweifachen Vakzination. In Frankreich hingegen war ein großer Teil der Soldaten ungeimpft. Gleichzeitig flackerten die Pocken in mehreren Landesteilen wieder auf. Der Deutsch-französische Krieg fand also inmitten einer akuten epidemischen Krise statt. Der asymmetrische Schutz trug zur französischen Niederlage bei. Während des Krieges verlor die französische Armee achtmal mehr Pockentote als das deutsche Heer. Zusätzlich sind 1869–1871 in Frankreich möglicherweise 200.000 Zivilisten an Pocken gestorben. Mit Kriegsgefangenen wurden die Pocken dann jedoch nach Deutschland eingeschleppt. Dort waren die Zivilisten viel schlechter geschützt als Soldaten. Einer schweren Epidemie fielen daher in den Jahren 1871 bis 1874 mehr als 180.000 Menschen zum Opfer.“²⁸

Die Autorin erörtert anschaulich die sachlichen und kompetenziellen Einzelheiten der Durchführung von Impfungen. Nach den gesetzlichen Vorgaben hatten die Impfarzte in ihrem Bezirk jährlich zweimal eine „Gesamtimpfung“ durchzuführen, die alle Neugeborenen sowie alle noch nicht geimpften Kinder erfassen

25 Nachweise bei Meixner, S. 257, FN. 350. Zur Entwicklung in Gießen Irmtraut Sahmland, Die Anfänge der Schutzimpfung in Gießen, Gießener Universitätsblätter, Jg. 30, 1997, S. 51 ff.

26 Erstaunlicherweise wird bei Jürgen Osterhammel an dieser Stelle nicht klargestellt, um welchen der hessischen Einzelstaaten es sich handelt.

27 Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung (wie FN 14), S. 275.

28 Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung (wie FN 14), S. 273 (Hervorhebung im Original), mit Hinweis auf Stefan Winkle, Geißeln der Menschheit. Kulturgeschichte der Seuchen, Düsseldorf 1997, S. 893 f.; Matthew Smallman-Raynor/Andrew D. Cliff, War Epidemics. A Historical Geography of Infectious Diseases in Military Conflict and Civil Strife, 1850–2000, Oxford 2004, S. 452 ff.

sollte. Ausführende Impfpärzte waren vielfach die Physikatsärzte selbst, im Übrigen die von ihnen beauftragten Amtschirurgen oder praktischen Ärzte. „Die Impfpärzte hatten sich eine Woche vor dem Termin der Vakzination Impfstoff von einem Impfinstitut (in Gießen oder Darmstadt) zu besorgen und in jedem Ort des Distriktes einige Kinder ‚vorzuimpfen‘. Zum geplanten Termin hatten diese Kinder dann gut entwickelte Kuhpocken, aus denen Impfstoff entnommen werden konnte. Mit diesem Impfstoff (also der humanisierten Lymphe) wurden die übrigen Ortsbewohner anschließend geimpft“ (S. 257 f.). Wiederauffrischungsimpfungen („Revaccinationen“) wurden von der Regierung erwogen, letztlich aber nicht als Pflichtprogramm umgesetzt. Insofern wird die diesbezüglich „zögerliche Haltung der Fakultät in Gießen“ (in einem Gutachten im Jahre 1828) dafür verantwortlich gemacht, dass Auffrischungsimpfungen dauerhaft freiwillig blieben (S. 272). Nur selten wurden anlässlich des Ausbruchs von Erkrankungen auch „Gesamtrevisionen“ durchgeführt, bei denen alle Personen eines Physikats auf ihren Impfstatus hin überprüft wurden. Dabei stellte sich teilweise eine „erschreckend hohe Zahl von Nichtgeimpften“ heraus (S. 258). Auch dies dokumentiert die „ablehnende Haltung der Bevölkerung, die zum Teil nicht an die Wirksamkeit der Impfung glaubte und vor allem Dingen Kosten fürchtete“ (S. 272).

Die Hoffnung, im Laufe der Jahre bei den meisten oder gar allen Einwohnern eine Ansteckung mit Pocken zu verhindern, erwies sich letztlich als „Illusion“ (S. 264). Den hierfür in Betracht kommenden Gründen geht die Verfasserin unter mehreren Gesichtspunkten nach: unvollständige Impfungen, unvollständige und unkorrekte Impflisten, Qualitätsmängel bei Durchführung der Impfungen. Hinsichtlich der Auslöser für den wiederholten Ausbruch von Pockenepidemien wird von den Physici des Hinterlandes überwiegend auf ein Einschleppen durch Ungeimpfte über die Landesgrenze aus dem „Ausland“ (als „furchtbare Plage der Einwohner“) etwa durch herumziehende Bettler oder Lumpensammler, aber auch jenseits der Landesgrenze arbeitende junge Männer verwiesen (S. 269). Auf die Frage nach einem schichtenspezifischen Auftreten der Pocken wird in den Physikatsberichten nicht genauer eingegangen. Aber es wird doch wohl davon ausgegangen, dass, nach einem zeitgenössischen Zitat, „die Krankheit bekanntermaßen ja doch in erster Linie die Bedürftigen (trifft)“ (S. 271). Ansteckungen begünstigende beengte Wohnverhältnisse werden in Betracht gezogen und für extreme Fälle so geschildert: „In einer einzigen Stube wohnten vier junge Frauen mit jeweils einem unehelichen Säugling gemeinsam mit einer alten Frau“ (S. 271).

Für das Hinterland fällt letztlich die Gesamtbeurteilung jedenfalls hinsichtlich der Mortalitätsrate moderat aus, was insbesondere auf die überwiegend betroffene ungefährlichere Pockenvariante der Varioloiden zurückzuführen ist (S. 271, 281). Bei diesen gab es Heilerfolge, während den Ärzten bei den echten Pocken (*Variola vera*) letztlich nur Isolierungsmaßnahmen blieben, um die Ausbreitung der Epidemie zu verhindern (S. 281). Allerdings kam es auch in diesen Fällen dazu, dass Betroffene diese Maßnahmen missachteten, gerade um eine soziale Isolierung zu vermeiden (S. 281).

Schlussbetrachtung

Die Aktualität des gewählten Themas wird in jüngster Zeit auch durch Literatur zu Gesundheitsversorgung, Seuchengefahr, Impfbewegung und Prävention in den deutschen Einzelstaaten und in der untersuchten Epoche unterstrichen, die die Autorin allerdings nicht mehr heranziehen konnte.²⁹ Der besondere Gewinn der von ihr vorgelegten Arbeit liegt in der Zusammenschau von staatlichen gesundheitspolitischen Interventionen, den sozialen armutsgeprägten Verhältnissen, dem konkreten Handeln der Ärzteschaft sowie den verfügbaren oder gerade angesichts noch eingeschränkten Wissens fehlenden medizinischen Optionen. Die Autorin setzt Schwerpunkte, die zwar nicht durchgängig zwingend, aber doch insgesamt plausibel sind. Hervorhebenswert sind die Grenzüberschreitungen sowohl hinsichtlich der regionalen Grenzen des Hinterlandes und des Großherzogtums Hessen als auch der herangezogenen Fachdisziplinen. Dies wird auch durch ein anspruchsvolles Literaturverzeichnis der Primärquellen und Sekundärliteratur belegt. Hinzu kommen Supplemente, die unter anderem Vorlesungsverzeichnisse der Universität Gießen sowie ausführliche Verzeichnisse und Nachweise zu medizinischen Topographien enthalten. Insgesamt ergibt sich das Bild eines gelungenen und weiterführenden Werkes.

29 Birgit Aschmann, Über den Umgang mit der Natur (wie FN 23).

Kulturdenkmal Schiffenberg. Von der großherzoglichen Domäne zum Naherholungsgebiet (1809–1976)¹

HENRIETTE STUCHTEY

„Es war ein ununterbrochener Strom aus allen Himmelsrichtungen, der dem im Hochsommerglanz daliegenden Bergkloster zustrebte. In kurzen Zwischenräumen arbeiteten sich die schwerbeladenen Omnibusse der Kraftverkehrs-gesellschaft Hessen die steilen Windungen hinauf, um immer neue Gäste aus dem nahen Gießen zu holen – bis der Schiffenberg tatsächlich nicht mehr aufnahmefähig war. (...) Das ehrwürdige Kloster Schiffenberg hatte sich zur Feier des Tages in ein festliches Gewand gekleidet. Wo eine Möglichkeit zur Anbringung vorhanden war, flatterten die Reichs- und Landesfabnen lustig im leichten Winde, Girlanden und die natürliche Schönheit des Schiffenbergs schufen eine festliche Harmonie, ...“²

So beschrieb die Oberhessische Volkszeitung 1930 das Fest zum 800-jährigen Weihejubiläum der Basilika – Tausende nahmen an einer Festveranstaltung auf dem Schiffenberg teil, dem Hausberg der Gießener, der damals noch gar nicht zur Stadt Gießen gehörte. Die im eigentlichen Jubiläumsjahr 1929 gegründete „Heimatvereinigung Schiffenberg“ organisierte das zweitägige Fest mit einer Freilichtbühne im Hof, einem „Massenchor“ der Gießener Gesangsvereine, der Aufführung eines Schiffenbergfestspiels und einem abschließenden Preisschießen.

Neben der Erforschung und Publikation der Quellen zur Geschichte von Kloster und Deutschordenskommende lohnt auch ein Blick auf die Bewirtschaftung und den Erhalt des Kulturdenkmals Schiffenberg seit dem 19. Jahrhundert.³ Verschiedene Nutzungen, Konzepte und Entwicklungen sind Spiegel ihrer Zeit. Sie haben Spuren hinterlassen an den heutigen Baudenkmalern selbst, in den Plänen und Akten der Ministerien, Forstämtern und den Hochbauämtern des Hessischen Großherzogtums, des Landes und der Stadt Gießen, durch Fotos, Presseberichte oder in den Beschreibungen von Zeitzeugen. Der 1845 gegründete Hessische Verein für die Aufnahme mittelalterlicher Kunstwerke erfasste 1856 die ehemalige

1 Überarbeiteter und erweiterter Text meines Vortrags auf dem Schiffenberg am 11.9.2022 anlässlich des Tag des offenen Denkmals und der Veranstaltung „Der Schiffenberg. 50 Jahre im Besitz der Universitätsstadt Gießen“.

2 Zitat: 800 Jahr-Feier des Schiffenbergs, Oberhessische Volkszeitung, 8.7.1930. Festprogramm, StadtA GI, 83/1641; Presseartikel aus hessischen Zeitungen (Kassel, Darmstadt, Frankfurt, Gießen) zusammengestellt von Carl Walbrach, StadtA GI, 83/0014; Unterlagen zur Aufstellung der Freilichtbühne mit Beschreibungen und Zeichnungen, HStAD, G 34, 2635.

3 Jüngste Überblickdarstellung zum Schiffenberg: Henriette Stuchtey, Der Schiffenberg bei Giessen (Reihe Kleine Kunstführer), Regensburg 2020.

Klosterkirche als Denkmal⁴, die Gebäude des Deutschen Ordens dokumentierte der geheime Baurat Prof. Dr. Heinrich Walbe erst 1933 in dem Band „Die Kunstdenkmäler des Kreises Gießen südlicher Teil“.⁵ Die Denkmalpflege ist spätestens seit der umfassenden Restaurierung der Domäne Schiffenberg um 1900 engagiert. 1902 tritt das Denkmalschutzgesetz für das Großherzogtum Hessen in Kraft – es ist das erste Gesetz eines deutschen Staates, das Denkmalschutz und Denkmalpflege detailliert und vorbildlich regelt und erstmals auch Bestimmungen zu Bodendenkmälern und Denkmälern in Privatbesitz enthält.⁶ Heute ist der Schiffenberg als Kulturdenkmal im Sinne einer Sachgesamtheit in das Denkmalverzeichnis der Universitätsstadt Gießen eingetragen.

1 Erste Umgestaltung des Dominialhofes und Einrichtung einer Gastwirtschaft

Nach der Säkularisierung 1809 fiel die Kommende des Deutschen Ordens an das aus der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt hervorgegangene Großherzogtum und wurde zur Domäne. Sie stand unter forstfiskalischer Verwaltung, d.h. sie war dem Landesforstmeister des Bezirksforstamts Darmstadt unterstellt, die örtliche Dienststelle bildete das Forstamt Schiffenberg in Gießen. Zum Dominialhof gehörten 29,7 ha landwirtschaftliche Nutzflächen. In der ehemaligen Klosterkirche fanden nur noch gelegentlich Gottesdienste statt. Bereits 1821 wurde mit kirchlicher Erlaubnis eine große, auf Holz gemalte Kreuzigungsszene an das Großherzogliche Museum abgegeben,⁷ und 1837 Kirchengesetz, Mobiliar und eine fünfregistrierte Orgel aus der Mitte

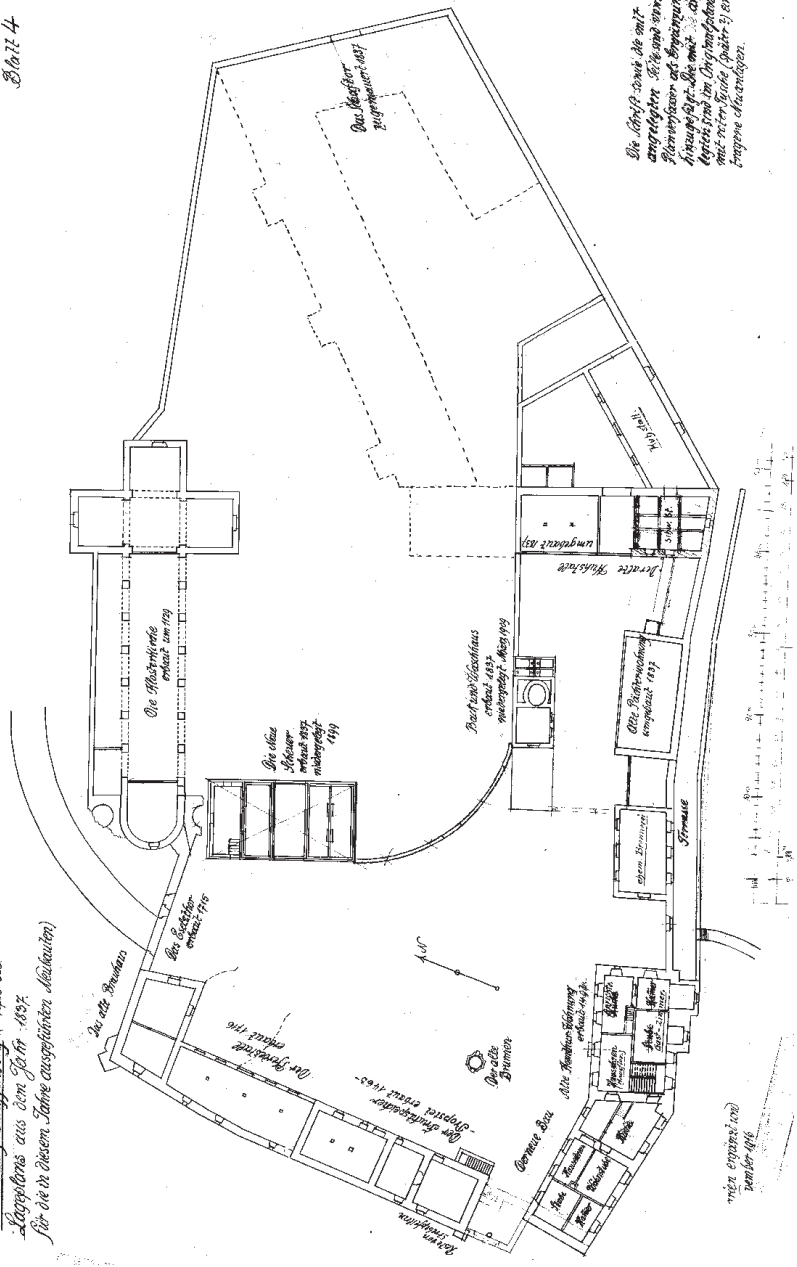
4 Denkmäler der deutschen Baukunst: dargestellt von dem Hessischen Vereine für die Aufnahme mittelalterlicher Kunstwerke zu Darmstadt (Bd. 1), Darmstadt 1917. Die 1856–1870 unter dem Titel „Denkmäler der Deutschen Baukunst I“ vom Hessischen Verein für die Aufnahme Mittelalterlicher Kunstwerke herausgegebenen Tafeln wurden an die Mitglieder versandt aber erst 1917 gedruckt als Fortsetzung des gleichnamigen dreibändigen Werkes, das Gustav Moller 1821–1844 herausgegeben hatte. Wilhelm Lotz beschreibt 1862 Kirche und Taufstein, Ders., Kunst-Topographie Deutschlands, Bd. 1: Norddeutschland, Kassel 1862, S. 539.

5 Heinrich Walbe (Bearb.), Die Kunstdenkmäler des Kreises Gießen III: Südlicher Teil ohne Arnsburg, Darmstadt 1933, S. 385–392. Der Architekt Prof. Dr. Heinrich Rudolf Walbe (1865–1954) war ab 1903 Denkmalpfleger für die Provinz Oberhessen, für seine Verdienste um die kirchliche Denkmalpflege wurde ihm 1932 von der Theologischen Fakultät der Universität Gießen die Ehrendoktorwürde verliehen. Otto Müller, Heinrich Walbe, in: Mitteilungsblätter des Historischen Vereins für Hessen 3, Heft 4 (1954), S.123–124.

6 Winfried Speitkamp, Entstehung und Bedeutung des Denkmalschutzgesetzes für das Großherzogtum Hessen von 1902, in: 100 Jahre Denkmalschutzgesetz in Hessen. Geschichte – Bedeutung – Wirkung (Arbeitshefte des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen 5), Wiesbaden 2003, S. 13–22.

7 Im Antrag des Hofgerichtsakzessisten Trapp wird das Gemälde 1821 an das Großherzogliche Museum in Darmstadt abgegeben, HStAD, E 5 B, 1369. Im Inventar vom 24.1.1660 ist vermutlich dieses Gemälde verzeichnet, Dagmar Klein, Neues aus den Inventarlisten der Deutschordens-Kommende Schiffenberg aus den Jahren 1660 und 1741, MOHG 103

Bauzeichnung Schiffsbauerei (Kopie des
Lageplans aus dem Jahr 1837
für die in diesem Jahre ausgeführten Neubauten)



Die Arbeit sollte die mit
angewandten 30 bis 40 Jahre
Flächenraum der Bauarbeiten
hinzugetan. Die mit 30 Jahre
langes sind im Vergleich dazu
mit neuen 30 bis 40 Jahre
Frage zu beantworten.

Abb. 1: Dominialhof Schiffsbauerei (Kopie des Lageplans aus dem Jahr 1837 für die in diesem Jahre ausgeführten Neubauten), Nodhugel,
Blatt 4 (Archiv Hochbauamt Gießen).

des 18. Jahrhunderts verkauft. Anlässlich der beabsichtigten Verpachtung der Domäne sah das Großherzogliche Finanzministerium 1831 nichts Verwerfliches in einer profanen Nutzung der Kirche, die in kleinen Orten und insbesondere bei Klosterkirchen bereits seit langer Zeit üblich sei.⁸ Der Lageplan von 1837 zeigt, dass der ehemals in zwei Hofbereiche und einen Garten gegliederte, von einer Umfassungsmauer umschlossene Innenhof der ehemaligen Kommende umgestaltet wurde (Abb. 1). Im Westen blieben das Brauhaus, der Pferdestall, die Propstei (Fruchtspeicher⁹) und die Komturei mit westlich angrenzendem Neuen Bau erhalten, während im Osten die Stallungen und Scheunen des Deutschen Ordens entlang der Umfassungsmauer abgebrochen und teilweise neu errichtet wurden. In diesem Zusammenhang wurde der östliche Zugang, das sogenannte Schaftor, zugemauert. Unmittelbar vor der Südseite des Westchores der Basilika ließ das Bauamt eine große Scheune errichten, von der ein Zaun zu einem ebenfalls neuen Back- und Waschhaus im Südosten führte und so einen „Zier- und Unterhaltungs-Garten“ einfriedete.¹⁰

135 Jahre lang bewirtschafteten Mitglieder der Pächterfamilie Lyncker das Dominialgut.¹¹ Im ersten Pachtvertrag mit dem Küfer und Weinwirt Friedrich Lyncker aus Gießen heißt es 1836, dass das in der Gemarkung Schiffenberg gelegene Hofgut „der Schiffenberg“ zum „Zwecke des Betriebes einer Gastwirtschaft sowie einer damit verbundenen Landwirtschaft verpachtet“ werde.¹² Die zumeist

(2018), S. 23–36, hier S. 24. Der heutige Verbleib ist unbekannt, Auskunft Dr. Thomas Förster, Hess. Landesmuseum Darmstadt vom 22.5.2023. Das Inventar von 1815 listet weitere Einrichtungsgegenstände der Kirche auf, HStAD, E 5B, 1396/1397/1398.

8 HStAD, G 34, 192.

9 Die Bezeichnung Fruchtspeicher findet sich bereits im Inventar von 1741 und hielt sich bis ins 20. Jahrhundert. Verwendet wird im folgenden Text die Bezeichnung Propstei.

10 Zitat aus Art. 26 des Pachtvertrags vom 22.4.1861, HStAD, G 38 Giessen, 192, die spätere Bezeichnung ist „Kirchgarten“. Genaue Beschreibung in: Ergänzungen zum Inventarium. Geschichtliche Daten aus der Baugeschichte des Dominialhofs Schiffenberg nebst Beschreibung der noch erhaltenen Kloster- und Kommende-Bauten daselbst, aufgestellt von Regierungsbaumeister Fritz Nodnagel, September 1917, Unteroffizier beim Hauptmann der Kraftfahrtgruppen stellvertr. Generalkommando A.K. Frankfurt a/M, Manuskript, HStAD, G 34, 2737. Zu Friedrich Nodnagel (1881–1972): „Nodnagel, *Friedrich* Ludwig Heinrich Wolph Paul“, in: Hessische Biografie <https://www.lagis-hessen.de/pnd/1100192875>. Vgl. Inventar der Deutschordenskommende von 1761, HStAD, E 5 B, 1455; abgedruckt in: Hermann Kalbfuß, Die Schiffenberger Kirche im 18. Jahrhundert, in: MOHG 16 N.F. (1908), S. 86–91.

11 GA, 8.6.1937: 100 Jahre Familie Lyncker auf dem Schiffenberg. Ein Teil der Domäne wurde bis Juni 1824 an Eleonore Witte verpachtet, anschließend bis Juni 1825 an den letzten Deutschordensverwalter Amtmann Karl Alexander Weber und bis 1837 zusammen mit Weber an den Oberförster a.D., Karl Koch. Bei der Neuverpachtung bot Koch mit, doch Lyncker erhielt den Zuschlag. Es muss bereits zuvor eine kleine Gastwirtschaft gegeben haben, HStAD, G 34, 2737; Heimat im Bild, 10.8.1933; Hermann Kalbfuß, Die Kirche zu Schiffenberg, MOHG 20 (1912), S. 55–66, hier S. 56.

12 Art. 1 des Pachtvertrags 1938–1850 mit Friedrich Lyncker vom 1.8.1838 (Vorlage vom 21.11.1836), HStAD, G 38 Giessen, 192. Für den Unterhalt der Gebäude war der Pächter erst nach deren Sanierung durch die Dominialverwaltung zuständig. Nach Walbrach gab es um 1840 auch eine Planung, die Komturei und den Neuen Bau als Großherzogli-



Abb. 2: Basilika mit zwei verschlossenen Arkaden, 1883 (HStAD, R 4, 17035).

auf zwölf Jahre abgeschlossenen Pachtverträge regeln sehr genau die Bedingungen für die landwirtschaftlichen Anbauflächen und die Nutzung des Hofes. Die „anständige Wirtschaft“ sollte in den vorhandenen und noch herzurichtenden Gebäuden für das „gebildete Publikum“ eingerichtet werden. Zur Verfügung standen dafür die Südterrasse und das „Orangeriehaus (Schiff der Kirche)“¹³, in das ein „Estrich aber nicht gedielt zu offenem Raum für die Wirtschaft“ eingezogen werden sollte, sowie die Umgebung der Kirche. Im Sommer durfte die Wirtschaft abends um zehn Uhr, im Winter um acht Uhr geschlossen werden, ebenso an hohen Feiertagen und bei Trauerfällen des Pächters. Dieser hatte kein Recht auf Nutzung oder Unterhalt der Kirche, d.h. damals des Chorbereichs der Basilika mit einem Vorplatz in den beiden angrenzenden vermauerten Jochen des Langhauses. (Abb. 2) Wenn Gottesdienste stattfanden, musste er dem Pfarrer und Schullehrer aus Steinbach eine „gewöhnliche anständige Verköstigung nebst einen Glas Wein“ anbieten. Das spätestens ab 1716 zugemauerte nördliche Seitenschiff durfte vom Päch-

ches Schloss einzurichten, Carl Walbrach, Schiffenberg. Augustiner-Kloster und Deutsch-Ordenshaus, Gießen 1930, S. 24; zuvor Kalbfuß, Die Kirche zu Schiffenberg, S. 62.

13 Zitat aus der Gebäudeliste des oben genannten Pachtvertrags. Die im Hauptschiff eingerichtete Orangerie wird im Inventar von 1761 erstmals beschrieben, Klein, Neues aus den Inventarlisten, S. 34. Bereits das Inventar von 1543 erwähnt nur noch den Chor und das Querschiff als Kirche.



Abb. 3: Terrasse mit Lauben, um 1900 (StadtA GI, 81-1929).

ter landwirtschaftlich genutzt werden. Laut erstem Pachtvertrag konnte Friedrich Lyncker Stallungen für sechs Pferde, 20 Rinder, 30 Schweine und 120 Schafe nutzen. Im Erdgeschoss des Neuen Baus wurden ab 1837 die neue Pächterwohnung und im südöstlichen Teil des Erdgeschosses der Komturei zwei Gasträume eingerichtet.¹⁴

Der Pachtvertrag für die Jahre 1850 bis 1862 benennt erstmals den eigens für den Wirtschaftsbetrieb angelegten Kirchgarten mit Bäumen, Sträuchern und Wegen.¹⁵ Erwähnt werden auch der nun eingezäunte Begräbnisplatz am südlichen Chorbereich der Kirche sowie eine von der Dominalverwaltung angelegte, eingefriedete „Baumschule“, also die in einem Rechteck gepflanzten 15 Bäume (v.a. Kastanien), von denen gemäß der Lagepläne 1953 noch neun, 1972 noch sieben bestanden. Die Kirche musste weiterhin verschlossen bleiben und vor Beschädigungen geschützt werden, durfte aber von 1862 an für Interessierte in Begleitung des Pächters geöffnet werden. Im Falle eines Brandes mussten beide Glocken ununterbrochen geläutet werden, sowie eine Glocke bei Tagesanbruch und eine Glocke bei Einbruch der Nacht.¹⁶

14 Die erste Pächterwohnung befand sich in einem Bestandsbau an der Umfassungsmauer östlich der Komturei, dort wurde später eine Brennerei eingerichtet.

15 Pachtvertrag vom 15.8.1849, HStAD, G 38 Giessen, 192. Lageplan der Außenanlagen „Domäne Schiffenberg, aufgenommen im Jahr 1839“ mit eingezeichneten späteren Veränderungen, Archiv Hochbauamt Gießen.

16 Art. 28 Pachtvertrag 1862–1874 vom 22.4.1861, HStAD, G 38 Giessen, 192. Kirchgarten, Begräbnisstätte und „Baumschule“ durften landwirtschaftlich nicht genutzt werden, der

Schon in den 1840er Jahren gehörte der Schiffenberg neben der Badenburg, dem Gleiberg, dem Hardthof und der Heuchelheimer Mühle zu den beliebtesten Gießener Ausflugsorten¹⁷. Der weite Blick in die Landschaft und das gepflegte Waldgebiet entsprachen dem Bedürfnis nach Erholung der städtischen Bevölkerung und dem zunehmenden Interesse an der Förderung des Fremdenverkehrs im Laufe des 19. Jahrhunderts. 1855 beantragte der Pächter die Errichtung eines Laubengangs auf der bereits bestehenden Südterrasse, um den Gästen lauschige Sitzplätze zur Bewirtung anzubieten.¹⁸ (Abb. 3) In den Sommermonaten hielten ab 1873 einige Züge der eingleisigen Strecke zwischen Gießen und Hungen außerplanmäßig „unter’m“ Schiffenberg und 13 Jahre später gab es dort bereits einen offiziellen, ganzjährig bedienten Bedarfshaltepunkt.¹⁹ Für die Studierenden der wachsenden Universität bildete der Schiffenberg einen wichtigen Ort für Verbindungsfeste und Mensuren, zu denen gelegentlich ein Sonderzug verkehrte. Auch die Rodelwiese war schon früh ein Ausflugsziel. Ab Mitte der 1870er Jahre nahm die Zahl der Vereinssitzungen, der Lehrer- und Pfarr-Konferenzen sowie der Stiftungsfeste des Gießener Turnvereins oder Veranstaltungen der Gesangvereine auf dem Schiffenberg stetig zu.

2 Wachsende Wertschätzung der ehemaligen Klosterkirche

Allerdings beschrieb bereits 1841 der Schriftsteller Eduard Duller, dass das Innere der Kirche durch Einbauten und Vermauerungen beengt und nicht erfahrbar sei und man auf „wüste Trümmerhaufen“ stöße.²⁰ Doch noch 1859 lehnte das Kreisbauamt in Gießen den Vorschlag der Großherzoglichen Ober-Forst- und Domänen-Direktion ab, die Einbauten aus dem Kirchenschiff zu entfernen. 1861 protokollierte der Referent der Ober-Forst- und Domänen-Direktion, dass der Schiffenberg „als einzige anständige Wirtschaft der Umgebung geführt [wird], daher muss man auch für den äußeren Anstand sorgen.“²¹ 1873 datiert eine Entwurfszeichnung für

Pächter musste aber den Dünger unentgeltlich dafür abgeben. Die folgenden Pachtverträge weisen kleinere Änderungen und Ergänzungen auf, z.B. regelt der Pachtvertrag für 1901–1910 dass nur bei Feuer noch geläutet werden muss, HStAD, G 38 Giessen, 196.

- 17 H. H., Das Leben in Gießen vor und während der Volksbewegung in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, Sonntagsgruß. Gemeindeblatt der Evangelischen Kirchengemeinde Gießen 3 (25.12.1914) Nr. 50, S. 339. „Ansicht von Gießen und Umgebungen, 1841“, in: Historische Ortsansichten, <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/oa/id/1606> (Stand: 11.6.2008).
- 18 Zeichnungen und Beschreibungen, HStAD, G 34, 2737. Die offene Holzkonstruktion wird nach der Zeichnung auf der Terrassenmauer abgestützt. Abb. 3 zeigt mit weißem Spaliergitter abgegrenzte, überdachte Sitzplätze und einen Zaun auf der Terrassenmauer.
- 19 Zunächst von Juli bis September, in den Folgejahren wegen der großen Nachfrage schon ab April. Jürgen Röhrig, 100 Jahre Haltepunkt Schiffenberg, Hessische Heimat 7 (1986) Heft 15/19, S. 59–60; Ders., Heimat im Bild 37./38. und 39./40. Woche, 2006; Dieter Eckert, Hessische Heimat 11 (1.6.1991), S. 41–43.
- 20 Eduard Duller, Giessen und seine Umgebungen, Giessen 1841, S. 88–89, Zitat S. 89.
- 21 Protokoll der „Geschäftsreise“ des Referenten Günther am 22.6.1861, HStAD, G 38 Giessen, 192.

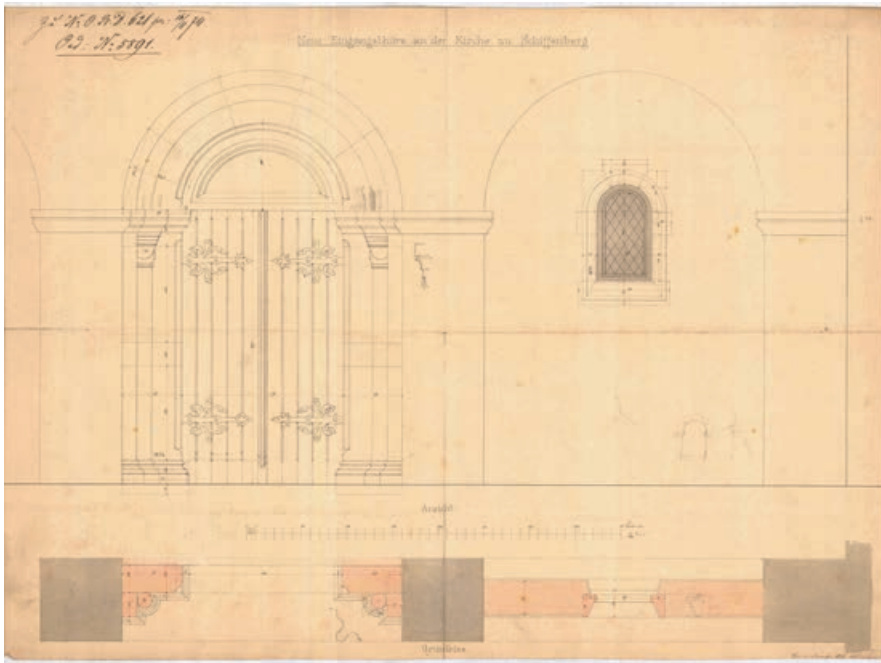


Abb. 4: Neue Eingangstüre an der Kirche zu Schiffenberg, kolorierte Zeichnung, November 1873 (Archiv Hochbauamt Gießen).

ein neoromanisches Stufenportal, das in die zugemauerte zweite östliche Arkade eingebaut werden sollte, um den Zugang der Kirche prominenter zu gestalten. Dieser Plan wurde zugunsten der Verlegung der Tür in das Hauptschiff und zweier kleine Rundbogenfenster in den zugemauerten Jochen aufgegeben.²² (Abb. 2 und 4). Auf den Denkmalwert der romanischen Basilika besann sich das Großherzogliche Kreisbauamt erst, als Mitte der 1880er Jahre der unwürdige Zustand der Kirche öffentlich beklagt wurde. Die Darmstädter Zeitung berichtete von Vandalismus in Chor und Querschiff und forderte, die Kirche nicht mehr mit zu verpachten.²³ Die erste bisher bekannte Bauaufnahme des Kreisbauamtes in Gießen datiert vom Januar 1885 (Längsschnitt).²⁴ Im Folgejahr wurden die Abmauerung des Chors entfernt

22 Archiv Hochbauamt Gießen. Beschreibung und Planung ab 1858: HStAD G 38, Giessen, 192. Der Lageplan „Domaine Schiffenberg“ von 1839 zeigt die Tür noch im zweiten Joch auf der Hofseite. Der Maler Otto Ubbelohde zeichnete 1880 die Südseite der Kirche mit verschlossenen Arkaden, Skizzenbuch SB02, Bl. 23, Goßfelden, Otto-Ubbelohde-Haus (<https://www.bildindex.de/document/obj06692310?medium=ous02556>).

23 Darmstädter Zeitung; amtliches Organ der Hessischen Landesregierung, 17.12.1884 und Wiederabdruck GA, 19.12.1884.

24 Blatt 11 (Längsschnitt, 1885), Kolorierte Bauzeichnungen 1885–1895, Archiv Hochbauamt Gießen.



Abb. 5: Basilika von Südwesten mit Brunnen und Göpel vor dem Abbruch der Scheune, 1896 (Bildarchiv Foto Marburg/1607100).



Abb. 6: Innenhof vor dem Bau des Verbindungsgebäudes, 1896 (HStAD, R 4, 19430).

und die Herrenbühne im nördlichen Querschiff aufgestellt. Durch den Abbruch der großen Scheune am Westchor, die bisher den Blick auf die Kirche versperrte, wurde die Bedeutung der ehemaligen Klosterkirche deutlich aufgewertet. Stattdessen wurden am westlichen Ende der Südseite der Kirche zwei Reihen mit je drei Bäumen gepflanzt (Abb. 5 und 6).²⁵

Unter der Leitung des Regierungsbaumeisters Wilhelm Jost erfolgte 1902/03 schließlich die seit 1885 diskutierte Sanierung der Basilika.²⁶ Dazu gehörten zur „Vereinheitlichung des äußeren Erscheinungsbildes“ das Abschlagen des vollflächigen Verputzes an der Südseite des Langhauses sowie das Reinigen und Ausbessern des Verputzes und der Werksteine im Inneren, da man davon ausging, dass mittelalterliche Bauten unverputzt waren. Ebenfalls in Auftrag gegeben wurden die Bleiverglasung von 25 Fenstern (Spitzbogenfenster im Chorbereich farbig mit einfachem geometrischem Muster, es wurden auch hölzerne Schutzgitter beauftragt) sowie die Neuverlegung von Tonplatten als Bodenbelag im nördlichen Seitenschiff und deren Ausbesserung im Hauptschiff. Ein geplantes neues Gewölbe für den Westchor wurde nicht ausgeführt, der Dachstuhl blieb weiterhin offen sichtbar. Am Ostchor konnte der Gießener Archäologe Prof. Bruno Sauer 1902 die Fundamente der ehemaligen Chorapsiden freilegen lassen.²⁷ Entlang des Verlaufs der Außenmauer des ehemaligen Seitenschiffs ließ das Bauamt eine ca. 1 m hohe Mauer aus Basaltsteinen mit acht ca. 30 cm höheren Mauerpfosten (entsprechend den Arkadenpfeilern) errichten, um die Kirche vor dem Eindringen von Wasser aus dem ansteigenden Hofgelände zu schützen, mittig führten Stufen auf das Niveau des Hauptschiffs. Die Maßnahme, die in den Akten als „Herrichtung des Schiffs der Kirche zu Wirtschaftszwecken“ bezeichnet wird, ging auf einen Wunsch des Pächters zurück, seinen Gästen einen überdachten und vor allem zugfreien Aufenthaltsort zu bieten. Der Chorbereich wurde nun durch ein neues schmiedeeisernes Gitter mit Tor abgetrennt, das eine bisher hölzerne Absperrung ersetzte.

25 Beschreibung nach Nodnagel, S. 7–8, er datiert den Abbruch auf 1899 (vgl. Situationsplan 1899). Der Lageplan von 1909 verzeichnet den Abbruch für 1895, auf einer 1896 datierten Ansichtskarte ist die Scheune nicht mehr vorhanden, vgl. HStAD, R 4, 19430 Hofansicht (Abb. 6).

26 Architekt Wilhelm Jost (*1874 Darmstadt, †1944 Lohdorf [heute Łojewo/Polen]) war seit 1901 Regierungsbaumeister und 1902 und 1906 in Gießen tätig. Die Bild- und Schriftquellen des Großherzoglichen Hochbauamts zur umfassenden Sanierung der Basilika im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt wurden im Rahmen dieses Beitrags nicht detailliert ausgewertet. HStAD, G 34, 4554; vgl. Bauhistorisches Gutachten von Dr. Hans-Hermann Reck, Wiesbaden 2013. Detailzeichnungen zum Chorgitter und der Verglasung der drei Chorfenster von Jost: HStAD, P 11, 13480/1-3 und P 11, 13478. Die Bleiverglasungen wurden 1902 durch die Fa. Friedrich Endner. Atelier für Glasdekoration, Darmstadt, ausgeführt.

27 Bericht vom 30.8.1902, HStAD, G 34, 4554.

3 Ausbau der historischen Wirtschaftsgebäude und Aufnahme der ersten Pensionsgäste

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts ließ das Bauamt die Hofanlage den neuen Erfordernissen für die Bewirtung einer größeren Anzahl von Gästen anpassen und erzielte dadurch eine deutlichere räumliche Trennung von landwirtschaftlichem Betrieb und Gastwirtschaft. (Abb. 7) Durch den Neubau von Scheunen im Südosten 1886 und 1896 entstand für den Pächter ein geschlossener Viehhof für die Pferde, Kühe, Schweine und Hühner, wofür allerdings ein Teilstück der Umfassungsmauer abgetragen werden musste. 1895/96 errichtete das Kreisbauamt einen zweigeschossigen Verbindungsbau in historisierender Architektur zwischen dem Neuen Bau und der Propstei mit der ersten Toilettenanlage. 1899/1900 wurde das erste Obergeschoss der Propstei zu einem großen Gastraum umgebaut, landwirtschaftliche Einrichtungen wie eine Malzdarre wurden rückgebaut. Die Außentreppe als einziger Zugang erhielt eine aufwendige hölzerne Überdachung, die aber keine lange Bestandszeit hatte.²⁸

Regierungsbaumeister Karl Schön leitete von 1904 bis 1907 die Sanierung der ehemaligen Gebäude des Deutschen Ordens.²⁹ Die Komturei diente fortan zusammen mit dem Neuen Bau als Gaststätte, Pension und Pächterwohnung. Der Verputz wurde entfernt, das Fachwerk hofseitig freigelegt und auf der Talseite beschiefert. Die Fenster im Bruchsteinmauerwerk erhielten anstatt der hölzernen Laibungen Lungsteingewände. Die Pensionszimmer befanden sich in den beiden Obergeschossen der Komturei, im Erdgeschoss die Anrichte, talseitig je mit Erkern ein Wirtszimmer und ein Gastzimmer (später als Altdeutsches Zimmer bezeichnet). Die Wände der Gasträume erhielten hohe Holzvertäfelungen, auch der Treppenaufgang im Flur zu den Obergeschossen und dem Neuen Bau wurde durch einen neuen Antritt aufwendig gestaltet. (Abb. 8). Das Dach des Neuen Baus wurde mit größeren Dachgauben neu aufgebaut und nach Erneuerung der Holzkonstruktion des Obergeschosses ein großer und ein kleiner Saal eingerichtet (Abb. 19), die Küche und die Pächterwohnung befanden sich im Erdgeschoss.³⁰ Der Lageplan aus dem Jahr 1909 zeigt eine landschaftlich großzügig gestaltete Freifläche, die den Gästen zum Verweilen zur Verfügung stand. Familie Lyncker musste nach Abschluss der Sanierungsarbeiten einen Zuschlag zur Pacht entrichten.³¹

28 Beschreibung nach Nodnagel, S. 8. Er datiert den Verbindungsbau allerdings auf 1885/86, dieser ist aber auf einer Fotografie mit dem – durch Bauakten belegt – nach 1895 entstandenen Göpel nicht vorhanden. Vgl. HStAD, R 4, 19430 (Abb 6).

29 Dipl.-Ing. Karl Schön (*1877) war 1907-13 Regierungsbaumeister beim Hochbauamt Gießen, ab 1904 bereits dort tätig. Beschreibung nach Nodnagel, 1917.

30 Bestandszeichnungen 1923: HStAD, G 38 Giessen, 196 (Pläne für die Elektrifizierung); Januar 1937: HStAD, P 11, 14723, 1-3.

31 Schreiben des Finanzministeriums vom 13.4.1910. Der Pächter hatte seit Abschluss der Sanierungsarbeiten einen Zuschlag von 800 Mark jährlich zu entrichten, HStAD, G 38, 196.

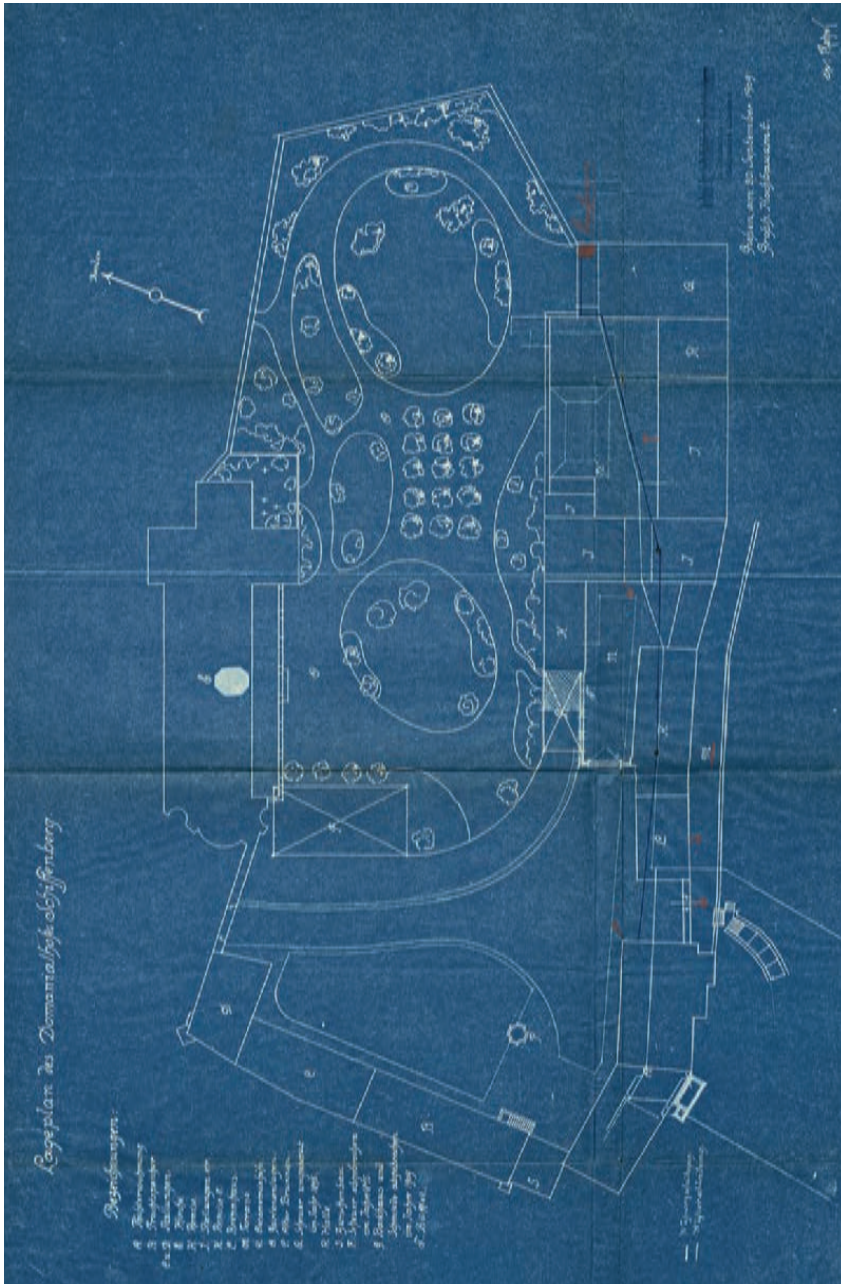


Abb. 7: Lageplan, 1909 mit eingezeichnetem Beleuchtungsplan von 1923 (HStAD, G 34, 2753).



Abb. 8: Flur und Treppenaufgang in der Komturei, um 1910 (StadtA GI, 81-0057).

Der historische Ziehbrunnen im Innenhof wurde 1896 durch ein Göpelwerk mit Druckwerksleitung zu einer Brunnenanlage vervollständigt, die das Hochpumpen des Wassers aus 32 m Tiefe durch eine von Pferden betriebene Pumpenkonstruktion ermöglichte.³² (Abb. 5) Die Anlage war vermutlich sehr störanfällig, denn im detaillierten Lageplan von 1909 ist das Göpelwerk bereits nicht mehr dargestellt, so dass von einer nur kurzen Nutzungszeit ausgegangen werden muss. Für die Unterhaltung der Brunnen und der Feuerlöschgeräte war die Großherzogliche Oberförsterei Schiffenberg zuständig, das Thema der Wasserversorgung und Pumpenkonstruktionen zieht sich durch sämtliche großherzogliche Bauakten. Der Pachtvertrag von 1897 verpflichtete den Pächter zum Betrieb einer Brennerei. Die Verträge von 1901 und 1910 stellten es ihm frei, doch nachdem im Ersten Weltkrieges die Kupfergefäße für die Rüstungsindustrie abgeliefert werden mussten, wurde die Brennerei auf seinen Antrag hin von der Domonialverwaltung abgemeldet und der auf zeitgenössischen Fotografien abgebildete, weithin sichtbare Schornstein in den 1920er Jahren abgetragen.³³

Der Pächter inserierte noch im Sommer 1914 im Darmstädter Tagblatt die „idyllisch gelegene Sommerfrische (...) inmitten herrl. staubfreier Laub- und

32 Kostenschätzungen, Rechnungen, Baubeschreibungen und Pläne, HStAD, G 34, 2752. Planung einer Pumpenkonstruktion bereits 1854–55: HStAD, G 34, 2754. Siehe auch Dagmar Klein/Arnulf Kuster/Florian Kupfer, Der Brunnen auf dem Schiffenberg, MOHG 103 (2018), S. 37–43 (ohne Berücksichtigung der vorgenannten Quellen).

33 Abmeldung zum 1.10.1919. Vereinbarung vom 26.7.1920, HStAD, G 38 Giessen, 196.

Nadelwäld., wunderb. Fernsicht auf ein selten schönes Landschaftsbild (...) neuzeitlich hergerichtete elegante Lokalitäten, luftige Zimmer.“³⁴ Ansichtskarten waren ebenfalls für die Sommerfrische und der Schiffenberg galt nun als das meistbesuchte Ausflugsziel Gießens, im Hof befand sich seit dem Abbruch des Backhauses 1909 ein Außenbuffet. Für die Dauer des Ersten Weltkriegs wurde dem Pächter ein Pachtnachlass gewährt, 1916 waren ihm im Sommer bis zu 46 Kriegsgefangene zugeteilt, die täglich 12 Stunden arbeiteten.³⁵ 1915 fand im Innenhof das sogenannte Kriegsturnen (Hoch- und Weitsprung, Kugelstoßen, Wetläufe) der umliegenden Turnvereine mit fast 600 Turnern statt.³⁶

4 Umnutzung, Modernisierung und Neubewertung der Gebäude des Deutschen Ordens als Kulturdenkmäler

Anfang der 1920er Jahre gab es auch wegen der hohen Unterhaltskosten Diskussionen über eine intensivere Nutzung der Gebäude auf dem Schiffenberg. Bereits 1919 hatte das Finanzministerium der Stadt Gießen den Dominialhof zur Pacht oder zum Kauf angeboten. Oberbürgermeister Karl Keller lehnte das Angebot im Jahr 1920 aus finanziellen Gründen ab, bat aber das Ministerium, die Interessen der Stadt auch in Zukunft zu berücksichtigen und ihr ein Vorkaufsrecht einzuräumen, was auch zugesagt wurde. Vorerst sollte jedem Pächter auferlegt werden, auf dem Schiffenberg eine gute und leistungsfähige Gast- bzw. Schankwirtschaft zu betreiben.³⁷ Über mehrere Jahre hinweg wurde zwischen dem Hessischen Ministerium der Finanzen und der Universität Gießen darüber verhandelt, ob der Schiffenberg der Universität Gießen für Lehrzwecke zur Verfügung gestellt bzw. ob dort ein Institut für Tierzucht als Lehr- und Versuchsanstalt eingerichtet werden könnte. Dies hätte allerdings erhebliche Auswirkungen auf die öffentliche Nutzung und den Betrieb der Gaststätte gehabt, was auch in der zeitgenössischen Presse eingehend diskutiert und von den Stadtverordneten einstimmig zurückgewiesen wurde.³⁸ Das Ministerium der Finanzen lehnte den Antrag 1923 wegen „dringenderen Maßnahmen für

34 Darmstädter Tagblatt, 20.6.1914. „Staubfrei“ bezieht sich vielleicht auch auf die „Entstaubung“ der Straße zum Schiffenberg, die 1914 mit Steinkohlenteer gedeckt wurde, Fuldaer Zeitung, 8.10.1915.

35 Schreiben von Gustel Lyncker am 19.7.1916, StadtA GI, L 308; HStAD, G 38 Giessen, 196, hier Zahlungen an Gustel Lyncker.

36 Oberhessische Zeitung, 6.9.1915.

37 HStAD, G 38 Giessen, 196. Oberbürgermeister Keller bat zudem das Ministerium für Finanzen, die Anfrage von Otte Erdmann und des Privatdozenten Dr. Theodor Spira, dort das „Stift Schiffenberg“ als eine gemeinnützige Erziehungs- und Lebensgemeinschaft zu gründen, abzulehnen (Schreiben vom 1. Mai 1923 an die Oberförsterei Schiffenberg). Dem wurde mit Schreiben vom 27.5.1923 entsprochen. Auch die Einrichtung eines Sanatoriums mit dem Bau von neuen Gebäuden wurde angefragt.

38 GA, 3.8.1922 und 8.8.1922. Der erste Lehrstuhlinhaber Prof. H. Kraemer des 1921 gegründeten Institut für Tierzucht diskutierte die Schiffenbergpläne u.a. vor Ort, schließlich richtete er den Oberen Hardthof als Versuchsbetrieb ein. Gerhard Reinhold/Max Rolfes, Zur Geschichte der Landwirtschaftswissenschaft an der Ludwigs-Universität und der Justus

das Allgemeinwohl der Bevölkerung“ endgültig ab und begründete dies auch mit der bevorstehenden kostspieligen Elektrifizierung des Schiffenbergs sowie den dazu erforderlichen Umbauten. „Die Verwirklichung wissenschaftlicher und ideeller Pläne“ könne „ohne Schaden bis zum Eintritt besserer Zeiten zurückgestellt werden.“³⁹ Die Auswirkungen der Ruhrbesetzung, die galoppierende Inflation und Separatistenunruhen offenbarten sich auch in Hessen.

Der Pächter Lyncker erhielt bereits seit dem Ersten Weltkrieg nur noch ein- oder dreijährige Pachtverträge und fragte jedes Jahr aufs Neue an, ob es sich überhaupt lohne, seine Felder zu düngen. Erst 1954 konnte die Pächterfamilie wieder einen längeren und zugleich den letzten Pachtvertrag abschließen. Auch die vollständige Elektrifizierung des Schiffenbergs im Jahr 1926⁴⁰ und der Einbau einer Pumpstation für die Wasserversorgung⁴¹ sowie der Einbau einer Damentoilettenanlage im ersten Stock der Komturei 1937 änderten nichts daran, dass es in den 1930er und 1940er Jahren immer wieder zu Pachtrückständen kam und die Instandhaltung der Gebäude vernachlässigt wurde. Eine Ausnahme bildete die Gaststätte, wo die 1937 renovierten Gastzimmer im Erdgeschoss von dem Kunstmaler Graef mit den Wappen der Komturei und des Deutschen Ordens neu gestaltet wurden, in der Hoffnung, dass damit das Gekritzeln an Wänden und Decken ein Ende haben würde.⁴² (Abb. 9) Die Haupteinnahmequelle für den Pächter war nun eindeutig der Gastwirtschaftsbetrieb, der Schiffenberg nehme als Ausflugsort für die Bevölkerung Gießens eine „gewisse Monopolstellung“ ein. Weiterhin konnte der Pächter auch das Kirchenschiff für die Bewirtung nutzen.⁴³

In den 1930er Jahren erfasste der Denkmalpfleger für Oberhessen, der Geheime Baurat Prof. Dr. Walbe basierend auf den Beschreibungen des Regierungsbaumeisters Fritz Nodnagel von 1917 auch die ehemaligen Gebäude des Deutschen Ordens

Liebig-Hochschule Gießen, in: Ludwigs-Universität, Justus-Liebig-Hochschule: 1607–1957. Festschrift zur 350-Jahrfeier, Gießen 1957, S. 353–354.

39 Zitat aus dem Schreiben des Ministeriums der Finanzen vom 7. 7.1923, HStAD, G 38 Giessen, 196.

40 1921 hatte das Hess. Ministerium für Finanzen die „Anlage einer elektrischen Lichtleitung“ zum Schiffenberg zunächst zurückgestellt, HStAD, G 38 Giessen, 196. Die Mittelbereitstellung und die Planung begannen 1923, die Masten wurden 1924 geliefert, die Maßnahme wurde erst 1926 umgesetzt, HStAD, G 34, 2753.

41 Bauzeichnungen 1937, HStAD, P 11, 14724/1-4. Die Damentoiletten befanden sich zuvor im Dachgeschoss des Neuen Baus.

42 GA, 27.8.1937 und 28.8.1937. Der Vorname des Malers wird in der Presse nicht genannt, höchstwahrscheinlich handelt es sich nach einem Vergleich von Porträtfotos und dem Zeitungsfoto um den Maler und Grafiker Ernst Graef (*1909 Leipzig, †1985 St. Veit an der Glan), der sich zum Broterwerb in den 1930er Jahren besonders mit angewandter Kunst, darunter Wandmalerei befasst hat. Allerdings wird der im Gießener Anzeiger genannte Wohnort Köln in der Literatur bisher nicht genannt, vgl. Ernst Graef, Bilder und Zeichnungen, Klagenfurt 1979.

43 HStAD, G 38 Giessen, 228 (Zitat). Andere Gaststätten in der Umgebung sind weggefallen, heißt es in einem Schreiben des Reichsstatthalter in Hessen vom 24.7.1938, in dem eine notwendige Erhöhung des Pachtzinses begründet wird.



Abb. 9: Altd deutsches Zimmer mit den Wappen der Ordensritter und Stuckdecke, um 1940 (StadtA GI, 81-3479).



Abb. 10: Luftbild des Dominialhof Schiffenberg, 1930er Jahre (Archiv Untere Denkmalschutzbehörde Gießen).

als Kulturdenkmäler. (Abb. 10) Wie wichtig ihm die historische Erhaltung der Anlage war, zeigt sich z.B. daran, dass er 1935 den Antrag der Gießener Fünfziger-Vereinigung ablehnte, eine Gedenktafel in der Umfassungsmauer des Schiffenberg in der Nähe des Friedhofs anzubringen.⁴⁴ Sein Missfallen erregte auch die unpassend große Sandsteintafel, die 1930 im Rahmen des erwähnten Volksfestes direkt neben dem großen Barockportal der Komturei in das Bruchsteinmauerwerk ein-

⁴⁴ Antrag der Altersvereinigung 1884/34, HStAD, G 34, 2635.



Die Soldaten des Ergänzungsbataillons zur Vereidigung vor der alten Kirche auf dem Schiffenberg angetreten. — (Aufnahme: Pfaff, Gießen.)

Abb. 11: Vereidigung des Ergänzungsbataillons Infanterie-Regiment 116 (GA, 11.1.1937, Foto: Pfaff, Gießen).

gelassen worden war. Diese würdigt den Kulturhistoriker und Schriftsteller Wilhelm Heinrich Riehl (1823–1879), der hier 1843/44 als Gießener Theologiestudent gewohnt hatte. Walbe zog eine wertigere, viel kleinere Bronzetafel vor.⁴⁵ Im Jahr 1932 ließ das Hochbauamt an der Südseite der Basilika Ausgrabungen durchführen, um den Beweis für das Vorhandensein eines ehemaligen Kreuzganges zu erbringen, was jedoch nicht gelang.⁴⁶

Von den Nationalsozialisten wurde der Schiffenberg als besonders stimmungsvoller Veranstaltungsort für Militärkonzerte, Vereidigungen, Feiern zur Sommer- und Wintersonnenwende und Fackelzeremonien in der Basilika genutzt, bzw. instrumentalisiert.⁴⁷ (Abb. 11) Mit gemeinsamen Kraftomnibusfahrten sollte die deutsche Heimat erkundet werden, wobei nun auch die Landschaftspflege am „Erholungsort“ Schiffenberg an Bedeutung gewann. Die neu gegründete Heimatvereinigung Schiffenberg, deren langjähriger Vorsitzender der Leiter des Forstamtes Schiffenberg und spätere nationalsozialistische, ehrenamtliche Stadtrat Karl Nico-

45 HStAD, G 34, 2737. Carl Walbrach, Wilhelm Heinrich Riehl in Gießen, Heimat im Bild, 3.7.1930, S. 108.

46 HStAD, G 34, 2737 (ohne Ergebnisbericht der Ausgrabungen); Bericht von Carl Walbrach, Heimat im Bild, 5.1.1933.

47 GA, 11.1.1937, 15.12.1937, 22.6.1938. Fackelzeremonie der „Mädelgruppe des 1/116 Gießen Süd“, GA, 13.4.1938.

laus war, organisierte Heimatfeste und hatte es sich zum Ziel gesetzt, die landschaftliche Schönheit der Bevölkerung zu erhalten, an der „der Gießener Bürger nach getaner Arbeit, seine Freude haben soll“. So ließ sie zusätzliche Bänke aufstellen, sorgte für die Freihaltung von Sichtbeziehungen und forderte Jagdpächter auf, ihre Hochsitze zu tarnen, um sie der Landschaft anzupassen.⁴⁸ Der Pächter warb mit dem „entzückenden Frühlingslandschaftsbild“ und den „reizvoll vom Altan aus gesehenen Mondabenden und -nächten“.⁴⁹

5 Eingemeindung nach Gießen und Kriegsfolgen

Auf Antrag des Gießener Oberbürgermeisters Heinrich Ritter wurde der Schiffenberg am 1.4.1939 nach Gießen eingemeindet, auch als Ausgleich für das für militärische Zwecke gesperrte Waldgelände im Norden.⁵⁰ Konkret bedeutete dies, dass die Stadt für die Unterhaltung und den Ausbau der öffentlichen Wege zum Dominihof zuständig wurde. Den Zweiten Weltkrieg überstanden die Gebäude auf dem Schiffenberg vergleichsweise unbeschadet. Im Dachgeschoss der Komturei wurde 1944 ein Raum für eine Wetterdienststation des Luftgaukommandos XII zu Gießen eingerichtet.⁵¹ Der Forstmeister vom Schiffenberg beschrieb später den Beobachtungsstand mit Blinkanlage ironisch als nützlichen Orientierungspunkt für feindliche Kampfflugzeuge bei den Angriffen auf das Gießener Stadtgebiet, doch auch von der deutschen Flak seien Flugzeuge über dem Schiffenberg abgeschossen worden.⁵² Die Druckwelle eines britischen Flugzeugs, das in der Nacht vom 22. auf den 23. März 1944 vermutlich im Notabwurf zunächst Sprengbomben absetzte und dann unterhalb der Gastwirtschaftsgebäude abstürzte, verursachte vor allem Schäden an den Dächern und Fenstern.⁵³ Infolge der starken Zerstörung des Gießener Albert Jesionek-Krankenhauses (ehemals Lupus-Heilstätte) durch die Luftangriffe auf Gießen am 6. und 11. Dezember 1944 wurde als Ausweichquartier auf dem Schiffenberg eine Tuberkulosestation eingerichtet.⁵⁴ Nachdem die Amerikaner 1945

48 GA, 1.4.1937; GA, 17.7.1939 (Resümee des zehnjährigen Bestehens); GA, 22.7.1940 (Zitat).

49 Zitate aus Werbung des Pächters: GA, 22.4. und 22.7.1939.

50 Schreiben des Oberbürgermeisters Heinrich Ritter an den Reichsstatthalter des Volksstaats Hessen Jakob Sprenger, 4.4.1938. Die Eingemeindung der drei Vororte Wieseck, Heuchelheim und Kleinlinden (als „Siedlungsraum“) und der Gemarkung Schiffenberg sei zwingend notwendig. Die Stadt strebe eine Erhaltung des Guts Schiffenberg an, um es zu einer „großzügigen Anlage (Stadtspark – Grünanlage – Restaurant usw.) auszubauen“. Erlass 561/E/38 vom 3.1.1939, Inkraft am 1.4.1939, StadtA GI, N7 442. Über die Eingemeindungen: GA, 30.3.1939.

51 HStAD, G 38 Giessen, 229.

52 Schreiben an das Bezirksforstamt Darmstadt vom 27.9.1954, HStAD, H 37 Giessen, 711.

53 HStAD, G 38 Giessen, 228, Bericht des Pächters vom 23.3.1944. Fünf Tote und ein Überlebender des Absturzes wurden gefunden, zwei Brüder Lyncker verletzt; die auf der Nordseite untergebrachten französischen Kriegsgefangenen waren kaum betroffen.

54 Georg Herzog, Zur Geschichte der Akademie für Medizinische Forschung und Fortbildung, Gießen 1957, S. 80.

einen Teil der Gebäude auf dem Schiffenberg beschlagnahmt hatten, wurde sie zunächst von der Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) weitergeführt, Ende 1945 jedoch als „forgotten place in every respect“ aufgelöst.⁵⁵

Bei einer Begehung des Dominialhofes im Jahr 1946 anlässlich einer Wertermittlung wurde festgestellt, dass aufgrund von Kriegsschäden und der Einquartierung einer Flüchtlingsfamilie seit 1943 keine Pensionsgäste mehr aufgenommen werden konnten und der Hof durch Wehrmachtsfahrzeuge stark beschädigt war.⁵⁶ 1949 wurden Warntafeln aufgestellt, dass das Betreten nur auf eigene Gefahr gestattet sei. Im Jahr 1946 stellte der Pächter Flüchtlingen ca. einen Morgen Grabland zur Bewirtschaftung zur Verfügung.⁵⁷ Für Reparaturen an den landwirtschaftlichen Gebäuden war er selbst zuständig, für die Beseitigung der Kriegsschäden das Hochbauamt, doch eine Neueindeckung des Süddaches der Gastwirtschaft mit Schiefer wurde erst 1956 ausgeführt, da die Schiefergruben zunächst beschlagnahmt und nur provisorische Ausbesserungen mit Holzschindeln und Dachpappe möglich waren. Die Beschädigungen am Mauerwerk und dem Dach der Propstei waren nicht gravierend, die letzten Schäden in der Gastwirtschaft wurden 1955 behoben.⁵⁸

Die Kriegsschäden an der Basilika bedeuteten in der Folge jedoch einen großen Verlust an Originalsubstanz. Die Dächer des Ostchors und der durch die Sogwirkung entlang des Dachfirstes des südlichen Langhauses entstandene, ca. 20 cm breite Spalt konnten repariert, bzw. 1950/51 mit Schiefer neu gedeckt werden.⁵⁹

55 Ein Bericht über die Begehung des „Tuberculosis Hospital“ auf dem Schiffenberg am 19.12.1945 beschreibt die Station in zwei Räumen des Hauptgebäudes. Die Küche teilen sich die damals 27 Patienten mit der Pächterfamilie, zwei DP Ärzte kümmerten sich um die Kranken, könnten aber nicht viel tun, so dass die Patienten bis zum Jahresende 1945 in das Flüchtlingslager in Gießen bzw. die Patienten mit offener Tuberkulose in das an das DP Lager Ziegenhain angeschlossene TBC-Sanatorium in Steinatal gebracht wurden (heute Melanchthon-Schule Willingshausen-Steinatal). HStAD, Q 4, 8/56-1/6. Nach der Beschlagnahme wurde auf dem Schiffenberg auch ein polnisches Offizierslazarett eingerichtet, HStAD, H 37 Giessen, 711.

56 Protokoll vom 14.9.1946, Begehung am 30.8.1946 mit Vertretern des Forstamts Schiffenberg, des Hessischen Hochbauamts Gießen, dem Verwalter des Oberen Hardthofs als landwirtschaftlichem Schätzer sowie dem Pächter. Die Gebäude befanden sich demnach in einem allgemein guten Zustand, die Kirche wurde für die Ermittlung des Pachtzinses nicht berücksichtigt. Der Gesamtfriedenswert der Gebäude einschließlich der Hofreite wurde auf 128 396 RM festgelegt. HStAD, H 37 Giessen, 711. Die Flüchtlingsfamilie lebte 1948–1954 in einem Raum im Dachgeschoss der Komturei.

57 HStAD, G 38 Giessen, 228. Grabland am Wege zum Schafweiher an der Bahnhofstraße Watzenborn-Steinberg.

58 HStAD, H 37 Giessen, 537; HStAD, H 37, Gießen, 711.

59 HHStAW, 543, 53, HStAD, H 24, 3170: Erläuterungsbericht und Ausschreibungsunterlagen des Staatsbauamts Gießen vom 12.5.1950 sowie Korrespondenz mit dem Landeskonservator Dr. Otto Müller (1911–1999), ab 1945 Leiter der Zweigstelle Darmstadt des Landeskonservator von Groß-Hessen, Christoph Mohr, Nachruf Otto Müller, in: Denkmalpflege und Kulturgeschichte 2 (1999), S. 46–47.

Doch die teilweise herabgestürzten und seit Kriegsende weiter verfallenen barocken Kreuzgewölbe des Querschiffs wurden nun mit Genehmigung des Landeskonservators Dr. Otto Müller vollständig abgebrochen. Er empfahl horizontale Kassettendecken mit Brett-ausfachungen einzuziehen. Weil das nach Abbruch der Gewölbereste technisch unmöglich war, ließ man die Dachstühle (dendrochronologisch datiert 1735/36) offen sichtbar, da die dann ausgeschriebenen Rabitzgewölbe (mit einem Drahtputz) aus denkmalpflegerischer Sicht ungeeignet erschienen. Es entsprach durchaus dem damaligen Verständnis der Denkmalpflege, Bauten auf eine Zeitschiene – hier die der Romanik – zurückzuführen. So ließ Müller z.B. 1953 auch die barocken Gewölbe der karolingischen Einhardsbasilika in Seligenstadt abnehmen. Der Landeskonservator empfahl zudem die Entfernung aller Verglasungsreste aus den Fenstern, so dass diese anschließend offen standen.

Der Pächter Ewald Lyncker kam auch in der Folgezeit seinen Verpflichtungen für die Instandhaltung der Gebäude nicht nach, obwohl im Pachtvertrag von 1954 ausdrücklich festgehalten war, dass die Gastwirtschaft so zu führen sei, dass der Charakter des Schiffenbergs als bevorzugter Ausflugsort erhalten werde. Die vorgeschriebenen Unterhaltsarbeiten an den Wirtschaftsgebäuden und im Innern der Wohngebäude wurden weiterhin kaum ausgeführt und das Preis-Leistungs-Verhältnis in der Gastwirtschaft wurde immer wieder bemängelt.⁶⁰ Im gleichen Pachtvertrag wurde nun erstmals festgelegt, dass die Kirche nicht für gastgewerbliche oder private Zwecke genutzt werden darf und dass die Natur- und Kunstdenkmäler auf dem Pachtgelände zu schützen sind.⁶¹ Der Bestandsplan des Dominialhofes von 1953 zeigt aber auch, dass im östlichen Haftteil ein fast 11m breiter, eingezäunter Geländestreifen als Auslauf für Schweine diente, die frühere räumliche Trennung von Gastwirtschaftsbetrieb und Landwirtschaft schien rückläufig zu sein.⁶²

60 Vgl. Pachtvertrag 1954 Art. 9, Abs. 4a: Die gesamte Unterhaltung der Wirtschaftsgebäude sowie die Unterhaltung der Wohngebäude im Innern. Hierzu auch: Schreiben des Forstmeisters Wilhelm Trautwein vom 31.7.1957 an den Regierungspräsidenten Fortstabeileitung in Darmstadt über die notwendige Beseitigung von Schwammschäden im 2. Obergeschoss des Hauptgebäudes (Konturei) mit beigefügtem Gutachten eines Sachverständigen. Trautwein sieht hier noch Folgen der Kriegsschäden, denn der Hausschwamm wurde 1936 schon einmal festgestellt, sei aber von dem Pächter nicht ordnungsgemäß entfernt worden. Er bittet um 5000 DM für das Staatsbauamt Gießen, der Pächter Lyncker sehe sich finanziell dazu nicht in der Lage. HStAD, H 37 Giessen, 711.

61 HStAD, H 37 Giessen, 711: Pachtvertrag vom 18.9.1954, Art. 1 Abs. 3. Art. 8 (kommentierter Entwurf). 1952 mahnte der Landeskonservator bereits, dass der Pächter im Mittelschiff der Kirche nicht seine Wäsche trocknen soll. Schreiben vom 4.10.1952 des Landforstmeisters Bezirksforstamt Darmstadt an das Forstamt Schiffenberg, ein entsprechender Passus ist im neuen Pachtvertrag aufzunehmen. Bereits Baurat Nodnagel bemerkte 1917, dass der Pächter das Kirchenschiff zum Wäschetrocknen nutzt.

62 HStAD, P11, 14725.

6 Fremdenverkehrsplanung in Hessen und Tauschvertrag mit der Stadt Gießen

Seit Anfang der 1950er Jahre beschäftigte sich das Land Hessen mit einer modernen Fremdenverkehrskonzeption. Es ließ 1953 die landeseigenen Schlösser und Burgen „für die Zwecke des Fremdenverkehrs“ erfassen, darunter auch die „Kirchenruine Schiffenberg“⁶³. (Abb. 12) Dem die Anfrage bearbeitenden Forstmeister des Forstamts Schiffenberg reichte das Formular nicht aus, so dass er auf drei Seiten ausführlich antwortete: Er erläuterte die Lage und die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Omnibus oder Bahn bis Bahnhof Schiffenberg, dann 2 km Fußweg), beschrieb detailliert die Gebäude und deren Zustand und die notwendigen Arbeiten und dass der Pächter nach einem gerade neu ausgearbeiteten Pachtvertrag für 18 Jahre die Kosten der Gebäudeunterhaltung zu tragen habe, die Gebäudeunterhaltung des Fruchtspeichers (Propstei) und der Kirche aber vom Land Hessen finanziert werde. An der Nutzung solle sich nichts ändern, allerdings habe der Pächter die Unterbringung von Dauergästen angeregt, wofür aber z.B. in der Propstei Zimmer eingerichtet werden müssten, was bisher am Widerstand des Landeskonservators und an der fehlenden Finanzierung gescheitert sei. Seit dem Krieg konnten keine Gästezimmer mehr vermietet werden.⁶⁴

Im gleichen Jahr fertigte das Staatsbauamt Gießen unter der Leitung von Regierungsbaurat Otto Kunkel detaillierte Baubestandszeichnungen des Dominialhofs Schiffenberg an.⁶⁵ Auch der Verkehrsverein Gießen wandte sich 1957 an das Staatsbauamt mit der Bitte, den Schiffenberg in einen Zustand zu versetzen, der nicht nur für die Gießener Bürger attraktiv sei, sondern auch als überregionaler Anziehungspunkt z.B. für Tagungen und Kongresse dienen könne.⁶⁶ Die Stadt Gießen ließ die Wanderwege ausbauen bzw. erneuern, die Heimatvereinigung Schiffenberg sorgte für die Aufstellung von weiteren Bänken und unterhielt die Schutzhütte im Schiffenberger Wald. Der Beirat für den „Ausbau von Schlössern und Burgen zu Fremdenverkehrszwecken“ hatte jedoch zunächst anderen Projekten den Vorrang gegeben, so dass noch Ende der 1960er Jahre über die Aufnahme der Gebäude auf dem Schiffenberg in die Ausbauliste nicht entschieden worden war.⁶⁷

Am 14. Juli 1958 beantragte der Gießener Oberbürgermeister Albert Osswald beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Forsten nun förmlich den Er-

63 Zitat, Beschluss des Hess. Landtags Verfügung Nr. BFD 3522, Az.V.-326.01/E. HStAD, H 37 Giessen, 711.

64 HStAD, H 37 Giessen, 711. Ein Gutachten des Regierungs- und Landschaftsrats Dr. Goldmann ging von einem Jahresumsatz von 79.000 DM aus, davon 24.000 DM für die Landwirtschaft und 55.000 DM für die Gastwirtschaft. Hierzu auch Ulrich Eisenbach/Gerd Hardach (Hrsg.), Reisebilder aus Hessen. Fremdenverkehr, Kur und Tourismus seit dem 18. Jahrhundert, Darmstadt 2001.

65 HStAD, P 11, 14725 bis P 11, 14734. Otto Richard Kunkel (*27.9.1927) wird am 4.2.1950 zum Regierungsbaurat, am 1.3.1962 zum Regierungsbaudirektor berufen.

66 Schreiben des Verkehrsverein Gießen vom 11.4.1957 an das Staatsbauamt Gießen, am 15.4.1957 an das Forstamt Schiffenberg weitergeleitet, HStAD, H 37 Gießen, 711.

67 Freie Presse, 20./21.10.1962; GAZ, 7.9.1968.



Abb. 12: Ansichtskarte Ruine Schiffenberg (StadtA GI, 81-0059).

werb der Domäne Schiffenberg, um auf deren Entwicklung Einfluss nehmen zu können, da z.B. der Gasthof schlecht geführt werde, die Gasträume dringend erweitert und die Verkehrsanbindung verbessert werden müssten. Eine Woche später wurde der Regierungspräsident in Darmstadt gebeten, die Verkaufsverhandlungen zu führen, wofür der Wert für die Gebäude getrennt vom landwirtschaftlichen Besitz ermittelt werden sollte. Bestehende Verträge, wie u.a. mit der Gemeinde Watzenborn, die seit 1850 jährlich vergünstigtes Laubbrennholz erhielt, mussten gekündigt werden. Die Pächterfamilie Lyncker sollte auf einen Aussiedlerhof versetzt werden, was allerdings aus Haushaltsgründen bis 1964 nicht gelang.⁶⁸ Für die bebauten Flächen des Hofes wurde ein Wert von 385.647 DM ermittelt, für die landwirtschaftlichen Flächen ein Wert von 414.258 DM, wobei ein Abschlag wegen der Hanglage und der Übernahme der Unterhaltung von Wegen und Gräben vorgenommen wurde.⁶⁹

68 Oberbürgermeister Osswald erwähnte, dass der Familie in der Nähe von Büdingen ein Hof angeboten worden sei, allerdings gab es über einen Entschädigungsanspruch Differenzen zwischen dem Land und dem Pächter, Freie Presse, 4.4.1962. Siehe auch GAZ, 15.10.1971; GAZ, 22.3.1972.

69 Teil II des Grundstückstauschvertrags vom 19.10.1962 (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5.7.1962). Die aufstehenden Gebäude auf dem Schiffenberg ohne die Basilika wurden mit 277.800 DM bewertet, die Befestigung des Hofes, Außenanlagen und sonstige Einrichtungen mit 64.700 DM. Für die bebauten Flächen des Hofes wurden 4 DM/m² angesetzt. Die Gesamtsumme betrug demnach 385.647 DM. Die verpachteten landwirtschaftlichen Flächen von 29,7 ha wurden vom Tausch ausgenommen, sollten aber

Am 19. Oktober 1962 unterzeichnete Oberbürgermeister Osswald zunächst einen Tauschvertrag für den gesamten domänenfiskalischen Streubesitz in den Gemarkungen Gießen, Klein-Linden, Wieseck und Schiffenberg mit einer Fläche von 84,5 ha. Im Gegenzug erhielt das Land Grundstücke, die es für den Ausbau der Justus-Liebig-Universität und für Neubauten der Staatlichen Ingenieursschule benötigte.⁷⁰ Osswald kündigte an, die Auffahrt nun zweispurig ausbauen zu lassen und „den Schiffenberg mit seinen alten, historischen Baulichkeiten zu pflegen und zu verschönern, den Bürgern unserer Stadt und der näheren Umgebung dieses Erholungszentrum zu erhalten und durch Wanderwege zu erschließen.“⁷¹ Das Land sollte die Basilika renovieren lassen und diese anschließend der Evangelischen Kirche als zukünftiger Eigentümerin übergeben. Die Unterhaltung der Gebäude sollte bis auf Weiteres dem Pächter und dem Forstamt Schiffenberg obliegen.⁷²

7 Erwerb des Gebäudebestands durch die Stadt Gießen und Planungen für ein Naherholungsgebiet

Es dauerte jedoch noch weitere zehn Jahre, bis auch die Gebäude und die landwirtschaftlichen Flächen des Schiffenbergs in den Besitz der Stadt Gießen übergingen. Probleme bereiteten die Klärung der Zuständigkeiten zwischen den Ministerien und die Frage, ob der Schiffenberg als touristisches Ziel nicht auch für das Land selbst finanziell interessant sei. In den Jahren 1964–65 entwickelte das Staatsbauamt Gießen in Abstimmung mit dem Landeskonservator eine Planung für den Baubestand auf dem Schiffenberg, die Hotelzimmer in der Propstei, ein Museum im ehemaligen Pferdestall, eine Pächterwohnung im Brauhaus und die Modernisierung des Gastwirtschaftsgebäudes mit Erweiterung der Gasträume und zusätzlichen Gästezimmern in den beiden Obergeschossen vorsah.⁷³ Allen Entwürfen gemeinsam war die Erhaltung des historischen äußeren Erscheinungsbildes, die Bausubstanz im Inneren der Gebäude wurde weitgehend überplant. Ein Abbruch der Landwirtschaftsgebäude war zunächst nicht vorgesehen.

Ein Grund für die lange Verzögerung war zudem ein Rechtsstreit über das Pachtverhältnis mit der Familie Lyncker. Seit dem Tode des Pächters Ewald Lyncker im Jahr 1959 hatte die Familie keinen Vertrag mehr mit dem Land, da die Witwe bzw. die Söhne es versäumt hatten, fristgerecht einen neuen Pachtantrag zu stellen und vertragsgemäß einen neuen Wirtschaftsverwalter zu benennen, so dass das Forstamt Schiffenberg 1961 bereits den eigentlich bis 1972 laufenden Vertrag

nach Klärung von Einzelfragen mit dem Pächter Lyncker noch 1962 an die Stadt Gießen übertragen werden.

70 Das Land hatte 1958 die städtische Ingenieurschule übernommen, heute Technische Hochschule Mittelhessen (THM).

71 Freie Presse, 20./21.10.1962.

72 Schreiben des Forstmeisters Wilhelm Trautwein vom 5.4.1966 an den Oberforststrat Reiß, HStAD, H 37 Giessen, 711.

73 Entwürfe vom 24.4.1964, 15.7.1964 und 26.2.1965, HStAD, P 14 735/1-8; P 14.736/1-5; P 11 14.737/1-10.

kündigte, aber zunächst keine Räumung verlangte. Statt einer Pacht zahlte die Familie nun eine Nutzungsentschädigung.⁷⁴ Für die Stadt Gießen war der Pächter eine „untragbare Hypothek“, bereits seit Mitte der 1950er Jahre wurde die Eignung des Pächters für die Führung der Gaststätte hinterfragt.⁷⁵

Parallel setzte sich die Stadt mit der Einrichtung eines Naherholungsgebiets auseinander. Unter Naherholung verstand man ab Mitte der 1960er Jahre die Feierabend-, Tages- und Wochenenderholung im Umland von Städten und Gemeinden; der Deutsche Städtetag betonte die wachsende Bedeutung von Naherholungsgebieten für die Stadtbevölkerung. 1970 teilte Oberbürgermeister Schneider dem Hessischen Sozialminister mit, dass die Stadt Gießen Vorplanungen für die Errichtung eines „Freizeitentrums Schiffenberg“ erstelle. In einer Zeit zunehmender Automatisierung und Rationalisierung und damit einhergehender Arbeitszeitverkürzung sei es wichtig, für die Bürger Orte der Freizeitgestaltung zu schaffen. Betont wurde auch, dass ein Naherholungsgebiet in Form einer parkähnlichen Anlage dem Erholungsbedürfnis der Menschen und dem Schutz der Bürger vor Umweltbelastungen diene.⁷⁶ Eine Besonderheit des Schiffenbergs sahen zeitgenössische Gießener Ökonomen darin, dass es sich um eine kombinierte Wirtschafts- und Erholungslandschaft handelte, d.h. Teile des Gebietes wurden sowohl landwirtschaftlich als auch als Erholungsraum genutzt.⁷⁷ Die Überlegung, auch den landwirtschaftlichen Betrieb des bestehenden Hofes in ein Freizeitkonzept auf dem Schiffenberg zu integrieren, wurde damals jedoch nicht verfolgt.

Am 16. Oktober 1971 rief schließlich der Gießener Kaufmann und CDU-Stadtverordnete Rudolf Stein die Aktion „Rettet den Schiffenberg“ ins Leben und startete eine Unterschriftenaktion, die über 2800 Bürgerinnen und Bürger unterzeichneten. Er warf der Stadt und vor allem dem Land Untätigkeit und Konzeptlosigkeit vor, denn der in den 1960er Jahren angekündigte Ausbau sei nie realisiert worden. Die Bürgerinitiative, der u.a. Vorstandsmitglieder der Heimatvereinigung Schiffenberg und des Oberhessischen Geschichtsvereins angehörten, mit Oberbürgermeister Schneider als Vertreter des Magistrats, setzte sich für einen Ausbau des „wertvollen Kulturdenkmals“ ein, um den historisch gewachsenen Charakter und die familiäre Atmosphäre zu erhalten.⁷⁸ Dass dringender Handlungsbedarf bestand, bestätigte auch Landeskonservator Dr. Gottfried Kiesow bei einem Ortstermin mit

74 Gezahlt jährlich vom 1.4.1961 bis 31.3.1972, HStAD, H 37 Giessen, 539.

75 Schreiben des Forstmeisters Wilhelm Trautwein vom 5. April 1966 an den Oberforststrat Reiß, HStAD, H 37 Giessen, 711. Er schlug u.a. vor, der Familie Lyncker eine Entschädigungssumme für die vorzeitige Räumung zu zahlen, um so der Stadt Gießen für den Erwerb des Dominialhofs entgegenzukommen. Zur Eignung des Pächters, HStAD, G 38 Giessen, 228.

76 Vortrag Dr. Homrighausen am 18.4.1971 bei der Jahreshauptversammlung der Heimatvereinigung Schiffenberg, GAZ, 21.4.1971.

77 StadtA GI, N 9080. Die Stadt förderte 1974 eine ökonomische Fallstudie von Prof. Friedrich Kuhlmann, Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Gießen zur besonderen Wirtschaftlichkeit der Entwicklung des Naherholungsgebietes Schiffenberg.

78 GAZ, 18.10.1971.

Oberbürgermeister Schneider im Juli 1971, bei dem u. a. die zukünftigen Nutzungen thematisiert wurden. Noch im selben Jahr sollten aus Landesmitteln der Dachstuhl und auf Kosten der evangelischen Kirche die Fenster instand gesetzt werden, um dem Verfall Einhalt zu gebieten und die Basilika für eine kirchliche und kulturelle Nutzung zur Verfügung zu stellen.⁷⁹ Bei der Gründungsveranstaltung der Bürgerinitiative am 4. Dezember kündigte Schneider die Beantragung von Landesmitteln für die Renovierung der Kirche an.⁸⁰ Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung könne Verhandlungen mit Interessenten für die Gastronomie auf dem Schiffenberg aufnehmen und das Baudezernat dafür entsprechende Pläne entwerfen.⁸¹

Als der Beirat des neu gegründeten Landesbetriebs „Burgen und Schlösser des Landes Hessen (Gaststätten und Hotels)“ am 16. November 1971 beschloss, den Schiffenberg nicht zu übernehmen und den Verkauf der gesamten Domäne an die Stadt Gießen empfahl,⁸² kam Bewegung in die Kaufverhandlungen. Lange wurde um den Kaufpreis gerungen, da die Finanzen des Landes einer unentgeltlichen Übertragung entgegenstanden.⁸³ Abgesehen von der Beseitigung der Kriegsschäden hatte das Land Hessen den Schiffenberg nie umfassend saniert, weshalb die Stadt Gießen auch die Basilika aus den Kaufverhandlungen ausnehmen wollte.⁸⁴ Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Erwerb der Basilika erst nach mehreren Sitzungen zu, nachdem der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt zugesagt hatte, 90.000 DM im Jahr 1972 und 10.000 DM im Folgejahr für die Restaurierung zur Verfügung zu stellen⁸⁵. Diese Summe sollte auch nach damaliger Auffassung der Denkmalpflege ausreichen, um das Dach neu einzudecken und den losen Putz abzuschlagen, was 1972–74 dann zu den ersten Baumaßnahmen auf dem Schiffenberg gehörte.

Mit der Pächterfamilie Lyncker wurde im März 1972 vereinbart, dass sie bis zum Mai die zum Abbruch vorgesehenen landwirtschaftlichen Gebäude räumt und vor allem nach der bereits erfolgten Aufgabe der Milchwirtschaft nun auch

79 Aktenvermerk Hessisches Forstamt Gießen vom 5.7.1971. Vertreter des Vereins der Freunde des Theaters hatten bereits 1970 angeboten, die Verglasung der Fenster zu finanzieren, was vom Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt abgelehnt wurde, weil erst das Gesamtkonzept der Sanierung des Schiffenbergs feststehen sollte. Der Theaterverein plante 1971 in der Kirche Aufführungen in Kooperation mit dem Philharmonischen Chor Gießen und der Singakademie Wetzlar.

80 Bericht GAZ, 6.12.1971.

81 GAZ, 8.12.1971; Die Stadt Giessen übernimmt den Schiffenberg. Baudirektor a.D. Hans-Werner Riebel erinnert sich, in: Festschrift aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums der Heimatvereinigung Schiffenberg Gießen e.V., Gießen 2004, S. 68–75.

82 Schreiben des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt vom 25.11.1971 an Oberbürgermeister Schneider.

83 GAZ 18./19.12.1971.

84 Bericht des Oberbürgermeisters Schneider, Magistratssitzung am 24.1.1972.

85 60.000 DM aus dem Etat des Landeskonservators und 30.000 DM aus Lottomitteln des Landwirtschaftsministeriums; Niederschrift der 35. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.04.1972, der 36. Sitzung vom 4.5.1972 und der 38. Sitzung am 29.6.1972. GAZ 17.2.1972.

die noch 60 Schweine verkauft. Die Gastwirtschaft konnte vorerst weiter betrieben werden und der Sohn des ehemaligen Pächters, Friedrich Lyncker, mit seiner Familie noch bis zum nächsten Jahr dort wohnen bleiben.⁸⁶ In der Zwischenzeit wurde die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Industriebau mbH beauftragt, mit Pachtinteressenten und Brauereien zu verhandeln. Für den künftigen Pächter, der nach wie vor eine Residenzpflicht hatte, sollte eine Wohnung im Brauhaus eingerichtet werden, was aber später an der fehlenden Finanzierung scheiterte.

Zum 1. April 1972 ging der Schiffenberg für die Summe von 196.000 DM in den Besitz der Stadt über. Bezahlt wurde nur für das Gelände, die aufstehenden Gebäude überließ das Land Hessen schließlich kostenlos, wohl wegen des enormen Sanierungsstaus.⁸⁷ Im Art. 7 des Kaufvertrages heißt es, dass das Gelände „zum Ausbau als Naherholungsgebiet sowie zur Errichtung eines der Öffentlichkeit uneingeschränkt zugänglichen Freizeitzentrums unter Beachtung der Landschaftspflege“ verkauft wird. Um diese Formulierung war lange gerungen worden, da das Land verhindern wollte, dass die Stadt Gießen günstig an Bauland kommt. Dem Land wurde ein 15jähriges Rückkaufsrecht eingeräumt.⁸⁸ Unter Art. 10, den sonstigen Bestimmungen, ist geregelt, dass die romanische Basilika, die ehemaligen Gebäude des Deutschen Ordens, der Brunnen und die mittelalterliche Umfassungsmauer unter Denkmalschutz stehen. Sie sind zu erhalten und das äußere Bild darf nur mit Zustimmung des Landeskonservators verändert oder wiederhergestellt werden. Zur Sicherung dieser Verpflichtungen wurde eine Dienstbarkeit zugunsten des Landes Hessen, vertreten durch den Landeskonservator, eingetragen.

Für die Gestaltung des Naherholungsgebietes Schiffenberg zog die Stadt den damals bundesweit erfahrenen Landschaftsplaner Prof. Dr. Gerd Däumel von der Hessischen Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim/Rheinhessen hinzu.⁸⁹ Er beriet eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Forstverwaltung, des Instituts für Bodenkunde, der Stadt Gießen und des Heimatvereins Schiffenberg und sollte auch die Bepflanzung des Schiffenbergs ausarbeiten. Seine Studierenden des vierten Semesters legten drei Gestaltungsvorschläge vor, die Ende 1971 den Bürgern vorgestellt wurden.⁹⁰

86 Die Witwe des ehemaligen Pächters, Wilhelmine Lyncker zog zum Sohn Ewald Lyncker nach Hausen.

87 Der Kaufvertrag wurde erst am 8.12.1972 unterzeichnet, die Summe war in drei Raten zu zahlen, erstmals am 25.9.1972. Für die Zeit vom 1.4.1972 bis 25.9.1972 mussten 5% des Kaufpreises als Nutzungsentschädigung gezahlt werden. Das Land hatte in der Kabinettsitzung vom 29.5.1972 dem Verkauf zugestimmt.

88 Schreiben des Hess. Ministers für Landwirtschaft und Umwelt an den Oberbürgermeister Schneider vom 4.3.1972. HStAD, H 37 Giessen, 539.

89 Prof. Dr. Gerd Däumel (1913–2011) hatte ab 1972 einen Lehrauftrag für Landschaftspflege an der Universität Gießen, 1975–78 für Landschafts- und Grünflächenplanung. 1978 dort zum Honorarprofessor ernannt. HHStAW, 504, II. 87 I. Ein erster Ortstermin fand am 3.5.1971 mit Prof. Däumel statt.

90 Die Studierenden erhielten je Plan 300 DM Aufwandsentschädigung. Niederschrift 154. Magistratssitzung vom 15.11.1971. Die bisher nicht auffindbaren Pläne könnten sich im Nachlass von Prof. Gerd Däumel befinden, der ab 2024 aufgearbeitet werden soll. Mittei-

8 Zeittypische Bürgerwünsche und deren Umsetzung

Der Magistrat ließ über einen Fragebogen die Wünsche der Bürger ermitteln und insbesondere über die Freizeitaktivitäten wie Ponyreiten, eine Kneippanlage, ein Höhenfreibad oder ein Wildgehege abstimmen. Hochaktuell war die Frage nach einer „Trimm-Dich-Anlage“. 1970 hatte der Deutsche Sportbund die Aktion „Trimm Dich durch Sport“ initiiert, die erst ab Ende 1971 konkrete Gestaltungsideen vorstellte. Das Ergebnis der 1149 Antworten war, dass der Nahbereich der Bergkuppe als reines Landschaftsgebiet erhalten werden sollte und 80% die Restaurierung der Kirche befürworteten. 60% der Bürger stimmten für das Aufstellen von Vogelhäusern im Innenhof, sowie 75% für den Ausbau der Rodelbahn und des Brauhoferweihers zu einem attraktiven Waldsee. Generell sollten nur wenige der im Fragebogen vorgeschlagenen Einrichtungen auf dem Gelände realisiert werden und der Schiffenberg vor allem zu Fuß oder mit dem Bus besucht werden können, aber auch eine Zahnradbahn zum Hasenkopf wurde angeregt.⁹¹

Die Schiffenberg Planungsgruppe „Grün und Naherholung“ wurde von Dr. Erich Homrighausen vom Institut für Bodenkunde und Bodenerhaltung der Universität Gießen geleitet, der seit 1971 ehrenamtlicher Umweltschutzbeauftragter der Stadt Gießen war. Die städtischen Fachämter verwirklichten unter Einbeziehung der Pläne aus den Semesterarbeiten der Fachhochschule Wiesbaden-Geisenheim bis zum Sommer 1973 den Trimm-Dich Pfad mit 20 Stationen, einen Grillplatz am Hasenkopf und eine große Grillhütte mit Grillplatz und Kinderspielplatz.⁹² Entlang von drei neuen Rundwanderwegen wurden ortstypische Gewächse wie Heckenrose, Weißdorn und Birke angepflanzt und Orientierungstafeln aufgestellt, alte knorrige Obstbäume sollten das Gesamtbild nicht stören.⁹³ Die nicht ertragreichen Ackerflächen wurden für Spiel- und Liegewiesen mit Gras eingesät, die nutzbaren Flächen (29,7 ha) an einen Landwirt aus Pohlheim verpachtet. Der Steilhang unterhalb der Terrasse sollte für Schafe oder Pferde eingezäunt werden.

Das im Fragebogen vorgeschlagene „Indianerdorf“ gab es bereits, denn 1970 wurde dem Gießener Karl-May Club ein Steinbruchgelände im Schiffenberger Wald zur Anlage einer kleinen Westernlandschaft überlassen, die sich als „Rocky

lung des Sohnes Wolfram Däumel an die Autorin, 9.9.2022. Siehe auch GAZ, 6.12.1971. 1971 wurden die Studiengänge der Hessische Lehr- und Forschungsanstalt in die neu gegründete Fachhochschule Wiesbaden integriert.

- 91 Eine empirische Auswertung der Fragebogen gab es nicht, die Zahlen sind der Presse und Vermerken entnommen. GAZ, 18./19.12.1971; Niederschrift 161. Magistratssitzung vom 17.1.1972. Der Wiesecker Bürger Dr. Siegfried Lehmann reichte 1972 eine neunseitige Planung für einen Schiffenbergpark bei der Stadt ein, die ein großes Heimatmuseum vorsah und ein detailliertes Konzept für die Gestaltung eines Parks mit Zahnradbahn vorschlug.
- 92 Mit 20 Stationen wurde dieser in Gießen erste Trimm-Dich Pfad vom Leo Club Lahn-Dill gebaut, Ausgangs- und Endpunkt lagen beim Parkplatz Forstgarten, GAZ, 27.6.1973. In der Folgezeit wurden die Einrichtungen nur unregelmäßig instand gesetzt und im Jahr 2000 die verbliebenen Stationen endgültig abgebaut, GAZ, 22.8.2000.
- 93 Bericht des Leiters des Garten- und Friedhofsamt Martin Hamel, GAZ, 13.1.1973.

Hill“ großer Beliebtheit erfreute und die große Resonanz der Abenteuerspielplätze Anfang der 1970er Jahre widerspiegelt.⁹⁴ Für das Wildgehege wurden drei Varianten vorgeschlagen, denn tatsächlich hatte die Stadt das Angebot eines Unternehmers in Betracht gezogen und ihn zu einer Ortsbesichtigung eingeladen. Dieser wollte eine „Tierfreiheit“ mit freilaufenden Löwen, Bären und Zebras anlegen – also eine Art Safaripark, der mit dem Auto, aber auch mit Elektrobussen befahren werden sollte. 75 Prozent der Bevölkerung entschieden sich schließlich für ein Wildgehege mit verschiedenen Tierarten. Der frühere Oberbürgermeister, nun Hessischer Ministerpräsident Osswald stellte der Stadt für die Anlage eines Tierparks eine Unterstützung von 200.000 DM in Aussicht.⁹⁵ Die vom Umweltausschuss beantragte Einrichtung eines Tierparks mit Damwild, Muffelwild, Bergziegen und Heidschnucken bis Mitte 1973 wurde jedoch nie umgesetzt und ab 1981 stand die Ausweisung des Waldgebietes Schiffenberg als Erholungswald einem Wildgehege entgegen.⁹⁶

Schon bei der Eingemeindung hatte man sich eine bessere Verkehrsanbindung und einen Ausbau der Straße erhofft, denn die steilen Serpentinaugen der Fahrstraße verbrauchten unnötigen Kraftstoff, hieß es 1939 in der Oberhessischen Volkszeitung.⁹⁷ Ab 1945 fuhren an Sonn- und Feiertagen ein Linienbus der Stadtwerke und bis in die 1950er Jahre noch Planwagen (sog. Kremser) auf den Schiffenberg.⁹⁸ 1964 hatte die Stadt Gießen die Auf- und Abfahrt zum Schiffenberg zweispurig ausgebaut und legte 1965 einen neuen Fußweg an.⁹⁹ Dieser wurde auch von den Fahrgästen genutzt, die am Bahnhof Schiffenberg ausstiegen.¹⁰⁰ Ab 1973 fuhr an Wochenenden und Feiertagen nachmittags ein Bus direkt vom Gießener Bahnhof zur Endhaltestelle im Innenhof, allerdings nicht bei Regenwetter. Obwohl bereits 1978 ein Radweg zum Schiffenberg gefordert wurde,¹⁰¹ orientierten sich die weiteren Planungen an der zeittypischen Förderung des motorisierten Individualverkehrs, es gab keine Busverbindungen unter der Woche und bereits ab 1983 hielten am Wochenende keine Züge mehr am Bahnhof.¹⁰² Ein Wendehammer und eine neue Parkplatzanlage nahmen jedoch Rücksicht auf das Erscheinungsbild des Kulturdenkmals und untersagten das Parken im Innenhof.

94 GAZ, 2.9.2016.

95 Pläne, Hoffnungen und Wunschträume ranken sich um den Schiffenberg, GAZ, 9.9.1972.

96 Mitschrift Sitzung des Bau- und des Haupt- und Finanzausschuss am 8.5.1973, Antrag vom 27.3.1973.

97 Gießen und sein Schiffenberg. Annehmlichkeiten, die man sich von der Eingemeindung erhofft, Oberhessische Volkszeitung, 1.4.1939.

98 GA, 19.8.1950.

99 HStAD, H 37 Giessen, 616.

100 1955 umbenannt in Bahnhof Watzemborn-Steinberg.

101 GAZ, 13.5.1978.

102 Röhrig, Heimat im Bild 39/40, 2006.

9 Ausbau des ehemaligen Dominialhofes „unter Wahrung des historischen Charakters“

Am 2. September 1972 fand die offizielle Übereignung im Rahmen eines Festakts auf dem Schiffenberg statt.¹⁰³ Oberbürgermeister Schneider betonte, dass der Magistrat die öffentlichen Mittel gezielt und sparsam einsetzen werde, denn man wolle keinen „Rummelplatz“, sondern einen Ruheort. Die Bedeutung der Basilika als ein herausragendes Zeugnis romanischer Baukunst wurde noch nicht besonders gewürdigt, im Vordergrund stand ihre künftige Nutzung für Gottesdienste und vor allem für Theateraufführungen und Konzerte. Bei einer Begehung noch im gleichen Monat mit dem Landeskonservator Dr. Gottfried Kiesow, Vertretern der Kirche, des Stadttheaters, der Bürgerinitiative „Rettet den Schiffenberg“ und des Oberhessischen Geschichtsvereins wurde zu diesem Zweck die Verglasung der seit Kriegsende offenen Fensteröffnungen beschlossen. Das Hochbauamt ließ die noch vorhandenen eisernen Fensterrahmen von 1902 wieder bleiverglasen, die Rahmen aber untypisch weiß streichen.¹⁰⁴ (Abb. 13) So konnten bereits ein Jahr später Theateraufführungen stattfinden, bei denen allerdings wenig Rücksicht auf die wertvolle historische Bausubstanz genommen wurde. Regelmäßige Konzerte im Rahmen des „Musikalischen Sommers“ gab es ab 1976. Die Bürgerinitiative spendete 100 stapelbare, rostfreie Stühle mit Metallgestell und bequemer Sitzschale aus rotem oder schwarzem Kunststoff, die für die Witterungsverhältnisse in der Basilika geeignet schienen. Die Stadt finanzierte 200 weitere Stühle.¹⁰⁵ Auch für die Rückführung der um 1320 entstandenen, sogenannten Schiffenberg Madonna, die sich seit 1918 im Landesmuseum Darmstadt befand, setzte sich die Bürgerinitiative ein.¹⁰⁶ Das Museum stimmte nur einem Abdruck zu, der zunächst im Treppenhaus der Gaststätte, später in einer Nische im südlichen Querschiff der Basilika aufgestellt wurde. Eine Replik erhielt auch die St. Bonifatius Kirche in Gießen. Die Gesamtkosten der Sanierung 1972–73 (Instandsetzung der Putzflächen im Innern und der Außenwände zum Hof, Verglasung, Neueindeckung des Langhausdaches, Beleuchtung) betragen 140.000 DM, an denen sich das Land Hessen mit 110.000 DM und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau mit 25.000 DM beteiligten.¹⁰⁷ (Abb. 13)

103 GAZ, 4.9.1972.

104 Begehung am 22.9.1972. GAZ, 9.9.1972 und 29.9.1972.

105 Schreiben des Hochbauamts vom 13.5.1976 an Oberbürgermeister Schneider für die Magistratssitzung. Das vom Hochbauamt erstellte Inventar vom 31.1.1977 gibt einen Stückpreis von 54,50 DM an: Stapelstühle mit Stahlrohrgestell und Fiberglassitzschale 1974, Akten Hochbauamt.

106 Ursula Schottmüller, *Hessische Heimat* 4 (25.2.1978), S. 13–15; Moritz Woelk (Bearb.), *Bildwerke vom 9. bis zum 16. Jahrhundert aus Stein, Holz und Ton im Hessischen Landesmuseum Darmstadt*, Berlin 1999, S. 119–126. Die beschädigte, kopflose Madonna kam 1917 in das Oberhessische Museum. Nachdem im Schiffenberger Wald der Kopf gefunden wurde, erwarb das Landesmuseum die Madonna und ließ den Kopf montieren, nach erheblichen Brandschäden 1944 folgte eine aufwändige Restaurierung.

107 Durch einen Überschuss im Zahlenlotto wurde am 6.11.1973 der zuvor vom Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt zugesagte Zuschuss um 10.000 DM erhöht. Bei



Abb. 13: Basilika und Innenhof nach der Sanierung, 1977 (Foto: Manfred Blechschmidt).

Der Ausbau des ehemaligen Dominialhofes sollte unter Wahrung des historischen Charakters in drei Bauabschnitten erfolgen, die 1972 veranschlagten Kosten beliefen sich auf 2 Mio. DM.¹⁰⁸ Im Juni 1972 begann bereits der Abbruch der Ställe, Schuppen und Remisen. Sie galten wie schon 150 Jahre zuvor die landwirtschaftlichen Gebäude des Deutschen Ordens als historisch nicht wertvoll und wurden trotz vermuteter „Reste alter Bausubstanz“ aus der Kommendezeit auch von der Landesdenkmalpflege nicht als schützenswert eingestuft, da sie fast ausschließlich aus dem 19. Jahrhundert stammten und reine Nutzgebäude waren.¹⁰⁹ Sie sollten künftig nicht als „Fremdkörper wirken“, meinte Stadtbaurat Erich Bartsch.¹¹⁰ Eine genaue Bestandsaufnahme und Dokumentation erfolgte nicht, erhalten sind

einer Baubesprechung am 16.2.1973 wurde vereinbart, den Putz im Innern nicht weiter abzuschlagen und den Restaurator Faulstich aus Allendorf/Lumda zu beteiligen.

108 GAZ, 25.1.1972. Schreiben von OB Schneider an die Stadtverordnetenfraktionen vom 24.02.1972. Am 2.3.1972 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Durchführung des ersten Bauabschnitts zu, der den Abbruch der landwirtschaftlichen Gebäude, die Ergänzung der Außenmauer in ihrem ursprünglichen Verlauf, die Errichtung eines Verkaufskiosks und die Gestaltung der Freiflächen umfasste.

109 In der Magistratsitzung vom 26.7.1971 wird noch vom Erhalt der Gebäude ausgegangen und vorgeschlagen, dort Garagen unterzubringen. Die Landeskonservatorin Klappenbach stimmte bei der Begehung mit Baudirektor Riebel am 30.11.1971 dem Abbruch zu (Schreiben vom 1.12.1971).

110 Bericht über die Pressekonferenz zum Abschluss des ersten Bauabschnitts, GAZ, 28.6.1973.

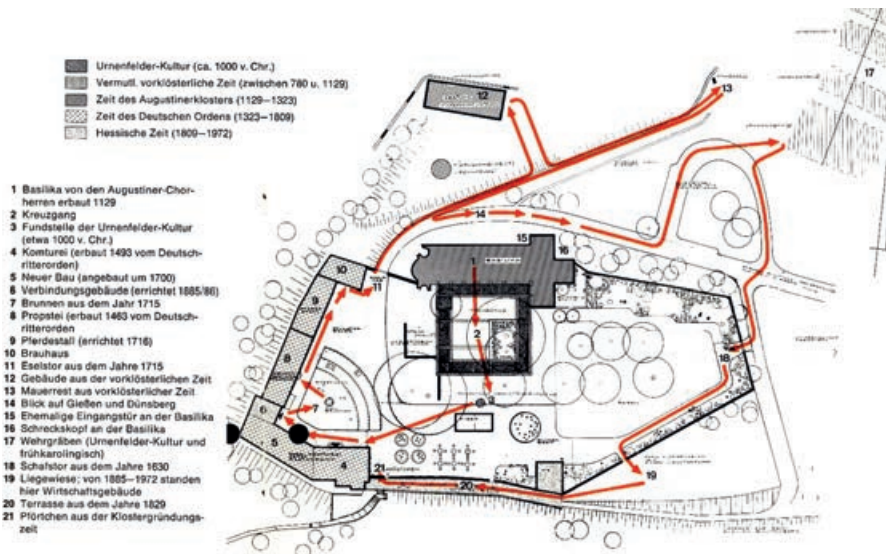


Abb. 14: Übersichtsplan für Besucher, 1973 (Schiffsberg, Hausberg der Giessener, Veröffentlichung des Magistrat der Universitätsstadt Giessen, o.D. (1973)).

heute Fotos und Bestandspläne des Staatsbauamts von 1953.¹¹¹ Unter Verwendung von Abbruchsteinen wurde der historische Verlauf der Umfassungsmauer der ehemaligen Deutschordenskommande wiederhergestellt. Dabei entstand ein weiterer Durchgang von der Terrasse zum Innenhof und das seit Anfang des Jahrhunderts zugemauerte Schafstör wurde als künftiger Haupteingang wieder geöffnet.

Der Innenhof wurde zur Kirche hin abgesenkt, indem die bei der ersten Kirchensanierung errichtete Mauer entlang der Arkaden entfernt und das Gefälle durch Terrassierung ausgeglichen wurde. (Abb. 14) An zwei Standorten rückgebauter Wirtschaftsgebäude ließ das Hochbauamt ein Toilettengebäude sowie einen Kiosk für die Außenbewirtschaftung errichten und in die Freiflächen Pflanzbeete und ein Freischachfeld integrieren. (Abb. 15) Die neue Pflasterung vor der Basilika zeichnete den Grundriss des vermuteten Kreuzgangs nach (*schwarzes Quadrat im Plan, Abb. 14*), für den jedoch auch anlässlich der Verlegung von Versorgungsleitungen im Innenhof keine baulichen Hinweise gefunden werden konnten. Allerdings wurden bei den vom ehrenamtlichen Bodendenkmalpfleger der Stadt Giessen Manfred Blechschmidt begleiteten Grabungen Scherben aus der Urnenfelderzeit (1200–800 v. Chr.) geborgen, die zusammen mit weiteren Funden im

111 HStAD, P11 14725-14734. Fotos, Archiv Untere Denkmalschutzbehörde, Hochbauamt Giessen.



Abb. 15: Kiosk und Toilettengebäude, 1973 (Foto: Manfred Blechschmidt).

Eselsgarten auf eine Höhengsiedlung dieser Zeit schließen lassen.¹¹² Die Funde wurden später in Wandvitrinen zwischen Treppenhaus und Gasträum in der Komturei präsentiert. Zu den Grabungsfunden gehören auch das Fundamentmauerwerk eines Gebäudes im Eselsgarten, Wehrgräben und Reste eines Mauerrings, die als Teil einer frühmittelalterlichen Befestigungsanlage gelten und zusammen mit weiteren Funden auf eine kontinuierliche Besiedlung des Schiffenbergs bis zur Klostergründung 1129 hinweisen.¹¹³

Die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts wurde am 1. Juli 1973 mit einem von der Stadtverwaltung gemeinsam mit dem damals ca. 750 Mitglieder zählenden Heimatverein Schiffenberg und den Fünzigervereinigungen organisierten Fest mit über 3.000 Besuchern gebührend gefeiert.¹¹⁴ Auch die Ausgrabungen wurden in einer Ausstellung dokumentiert. Oberbürgermeister Schneider wünschte sich, dass solche Volksfeste auf dem Schiffenberg zu einer Tradition werden, hatte er doch die städtische Planung für den Schiffenberg maßgeblich gefördert und vorangetrieben.

Im Zuge der 1974–75 erfolgten Sanierung des ehemaligen Propsteigebäudes (Neueindeckung des Daches, Fachwerksanierung mit Ausmauerung der Gefache

112 Manfred Blechschmidt, Die Grabungen auf dem Schiffenberg, in: Festschrift Heimatvereinigung 2004, S. 61–67.

113 Katharina Mohnike, Zu den archäologischen Untersuchungen auf dem Schiffenberg bei Gießen zwischen 1973 und 2015 – moderne Bodendenkmalpflege im Umfeld eines Kulturdenkmals von nationaler Bedeutung, in: MOHG 100 (2015), S. 31–94.

114 GAZ, 2.7.1973.

mit Hochlochziegeln) wurde die Außentreppe mit Genehmigung der Landeskonservatorin zurückgebaut, da es sich um eine Zutat aus dem 19. Jahrhundert handle. Übersehen wurde dabei, dass bereits auf den sogenannten Schönborn Plänen eine Treppe dokumentiert ist, es also dort spätestens seit 1734 einen Treppenaufgang gab.¹¹⁵ Die Anpassungsmaßnahmen für die notwendige geänderte Erschließung der Obergeschosse waren für den historischen Bestand erheblich. Es wurde eine neue Türöffnung geschaffen und ein innenliegendes Treppenhaus aus Beton eingebaut. Abweichend von den Plänen der 1960er Jahre, hier Hotelzimmer einzurichten, sollte das Gebäude nun für Tagungen und Gesellschaften genutzt werden; erste Vorgespräche fanden mit dem Hotel- und Gaststättenverband sowie mit dem Hessischen Sparkassen- und Giroverband statt, die sich hier ein Schulungszentrum vorstellen konnten.¹¹⁶ Sogar eine komplette Verlagerung des Oberhessischen Museums auf den Schiffenberg war im Gespräch und in der Folgezeit immer wieder der Vorschlag, dort eine Außenstelle zur Dokumentation der Geschichte des Schiffenbergs und insbesondere zur Präsentation der Bodenfunde einzurichten.¹¹⁷ Auf einen aufwendigen Innenausbau der Propstei, der auch den Einbau neuer Stahlbetondecken vorsah, wurde jedoch aus Kostengründen dann verzichtet. Da die Obergeschosse bis ins 21. Jahrhundert keiner dauerhaften Nutzung zugeführt wurden, ist der Anteil an historischer Bausubstanz in diesem vermutlich ältesten Gebäude des Deutschen Ordens auf dem Schiffenberg noch sehr hoch. 1974–75 ließ das Hochbauamt wegen Baufälligkeit auch das Obergeschoss und Dach des noch jungen Verbindungsbaus von 1896 bis auf die Hoffassade komplett erneuern.

Die zunächst als zwei Bauabschnitte geplante Sanierung der bisherigen Gaststätte wurde aus praktischen und finanziellen Gründen zusammengelegt. In Komturei und Neuem Bau waren laut Abteilungsleiter Günther Debus „Kardinalmaßnahmen“ erforderlich, da durch Bruchstellen in den Binderlagen und Fäulnisbefall

115 Schreiben der Landeskonservatorin der Außenstelle Marburg, Anneliese Klappenbach vom 1.12.1971. Die Architekturpläne aus dem Archiv der Grafen von Schönborn zu Wiesentheid aus dem Schloss Wiesentheid (heute Staatsarchiv Würzburg) wurden 1967 erstmals publiziert: Joachim Hotz, Pläne von Bauten des Deutschen Ordens in Hessen, in: Klemens Wieser O.T. (Hrsg.), Acht Jahrhunderte Deutscher Orden in Einzeldarstellungen (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 1), Bad Godesberg 1967, S. 465–484. Nach Nodnagel (S. 17) wurde die historische Treppe, unter der sich ein kleines Gefängnis befand, zwischen 1839 und 1841 erneuert. Im Inventar von 1741 ist die Treppe mit Gefängnis verzeichnet, Klein, Neues aus den Inventarlisten, S. 25.

116 24.4.1972 Schreiben des Oberbürgermeisters Schneider an die Stadtverordnetenfraktionen. Bernd Schneider, Von der hessischen Domäne zum Freizeitzentrum, in: Chronik Heimatvereinigung Schiffenberg. Die Geschichte der Heimatvereinigung Schiffenberg von 1929 bis 1984, Gießen 1984, S. 88–104.

117 Schreiben des Landeskonservators von Hessen vom 1.12.1971 an den Magistrat der Stadt Gießen. Auch im Vermerk des Landeskonservators Dr. Reinhard Bentmann über einen Ortstermin am 18.4.1975 mit Vertretern des Hochbauamts und dem Baudezernenten vom 23.4.1975 wird die Einrichtung eines Heimatmuseums, in dem die Bodenfunde gezeigt werden sollten, befürwortet. GAZ, 1.9.1973; GA, 25.11.1989.



Abb. 16: Bauarbeiten an den ehemaligen Wirtschaftsgebäuden des Deutschen Ordens, Oktober 1975 (StadtA GI, 81-13909).

der Balkenköpfe die Tragfähigkeit gefährdet war.¹¹⁸ (Abb. 16) Daher wurden drei neue Stahlbetondecken eingezogen, nur die Decken des ersten Obergeschosses und des Dachgeschosses der Komturei konnten erhalten werden. Dieser Maßnahme fielen die vermutlich aus dem 18. Jahrhundert stammenden Stuckdecken¹¹⁹ in den beiden Gasträumen der Komturei zum Opfer, da Landeskonservator Dr. Reinhard Bentmann entgegen der Einschätzung seiner Vorgängerin Klappenbach 1971 nach den Erläuterungen des Hochbauamtes dem Vorhaben zustimmte. Bedingung war, dass die Barockdecken zeichnerisch und fotografisch maßgenau erfasst und anschließend auf dieser Grundlage rekonstruiert wurden. Die 30.000 DM Mehrkosten verursachende Rekonstruktion galt als denkmalpflegerische Leistung.¹²⁰ (Abb. 17, Abb. 9) Heute hat die Materialgerechtigkeit und die Erhaltung der Originalsubstanz

118 GAZ, 23.1.1975; GAZ, 19.3.1975; Dr. Reinhard Bentmann, Vermerk vom 22.4.1975. Bereits 1957 lag dem Staatsbauamt ein Gutachten vor, das Echten Hausschwamm im 2. Obergeschoss der Komturei belegt, was als eine Folge der Kriegsschäden eingeschätzt wurde. Schreiben vom 25.7.1957. HStAD, H37 Giessen, 711. Fotos der Baumaßnahme in: Peter Sattler, Das Komturgebäude auf dem Schiffenberg, Heimat im Bild, Juli 1975, 29. Woche, o.S.

119 Die genaue Datierung der Stuckdecken ist noch nicht erforscht, vielleicht entstanden sie um 1700 in Zusammenhang mit den neuen Barockportalen an Komturei und Neuem Bau, die Funktion der Räume im Erdgeschoss ist aus den bisher ausgewerteten Inventaren nicht ersichtlich.

120 Riebel, Festschrift 2004.



Abb. 17: Saniertes Erkerzimmer in der Komturei, um 1977 (StadtA GI, 81-3272).

einen deutlich höheren Stellenwert, auch wenn die bereits 1936 entdeckten und 1957 nachgewiesenen Schäden durch den Echten Hausschwamm sicherlich eingreifende Maßnahmen rechtfertigten. Abgesehen davon, dass Stahlbetondecken und -treppen in der ehemaligen Komturei (erbaut zwischen 1493 und 1503) und dem Neuen Bau (erbaut Anfang 1700) sicher nicht materialgerecht waren, wurden wichtige bauhistorische Spuren zerstört, die zudem Hinweise auf frühere Umgestaltungen hätten geben können.¹²¹ Die ehemaligen Gasträume im Erdgeschoss der Komturei wurden modernisiert, dabei die historischen Wandvertäfelungen entfernt und nur reduziert erneuert, ein Kamin eingebaut, das Mobiliar komplett ersetzt.¹²² Im Obergeschoss des Neuen Baus fanden im unterteilbaren Saal 120 Gäste Platz (Abb. 18 und 19), die fünf neu eingerichteten „Fremdenzimmer“ mit Bad erwiesen sich später allerdings als nicht rentabel. Die mehrflügeligen, fein gegliederten Sprossenfenster wurden in Abstimmung mit dem Landesdenkmalpfleger durch schlichte Isolierglasfenster mit wenigen aufgesetzten Sprossen ersetzt, die nur noch eine Andeutung der historischen Gestaltung gaben und die Fassadengestaltung verflachten. Dies war sicherlich ein Kompromiss und auch den fehlenden finanziellen Mitteln für den denkmalpflegerischen Mehraufwand geschuldet, die sich bau- seits bereits bei der Rekonstruktion der Stuckdecken erschöpft hatten.

121 Manfred Blechschmidt, Vorbericht über die Ausgrabungen am Schiffenberg 1973–1975 MOHG 60 (1975) S. 145–156, 145.

122 Inventarverzeichnis des Hochbauamts vom 31.1.1977: Möblierung des Saals im 1. OG der Firma Stoelcker (Modelle 3198 (82 Stühle), 3199 (14 Sessel), 4354(29 Tische), 3828 (6 Bänke). Die Innenarchitektin war Helga Hettler, Vgl. Abb. 19).



Domäne Schiffenberg b. Giessen Gesellschaftszimmer

Abb. 18: Saal im Neuen Bau, um 1910 (StadtA GI, 81-0055).



Abb. 19: Sanierter Saal im Neuen Bau, um 1977 (Werbebroschüre Kloster Schiffenberg, Foto Gebr. Metz, Tübingen).

Beim Einbau eines neuen Stahlbetontreppenhauses im Eingangsbereich der Gaststätte und der Verlegung der Toiletten in den Keller (mit Kellererweiterung) wurde die historische, zum Tal ausgerichtete Eichentreppe zerstört. (Abb. 8) Die gotisierenden Freskomalereien des Malers Fritz Bartsch-Hofer zur Geschichte des Schiffenbergs, die der Pächter 1950 in Absprache mit der Denkmalpflege und dem Hochbauamt im Flur und damaligen Treppenaufgang anlegen ließ, wurden nicht erhalten,¹²³ ebenso nicht die Wappenmalerei von 1937 in den Gasträumen (Abb. 9). Den Verlust der Malereien bedauerten auch Gießener Bürger.¹²⁴ Stattdessen gaben nun Gemälde regionaler Künstler aus dem Besitz des Oberhessischen Museums und Fotos vom ehemaligen Kirchenschatz des Schiffenbergs Aufschluss über die 850jährige Geschichte der Anlage, ebenso wie die 1988 an den Gebäuden montierten Bronzetafeln.¹²⁵ Die Eingangstüren der Deutschordensgebäude als wichtige Bestandteile der Fassaden wurden stilgerecht erneuert, die denkmalpflegerisch wertvolle Patina der Eichentüren ging dabei für immer verloren.

Nach einer Zusammenstellung des Hochbauamtes vom April 1976 beliefen sich die Baukosten für den Um- und Ausbau des Schiffenbergs auf 3,1 Mio. DM, wovon 10% auf Erschließungsmaßnahmen und Versorgungsleitungen (Strom-, Trink- und Löschwasserversorgung einschließlich Telefon und Steuerleitungen zwischen Hochbehälter Petersweiher und Schiffenberg) und fast zwei Drittel auf den Gaststättentrakt mit Verbindungsbau entfielen.¹²⁶ Für den Ausbau des Naherholungsgebiets wurden 65.000 DM bewilligt.¹²⁷ Erster städtischer Pächter war Claus Adolf Schmidt, der die Bewirtung nicht auf „Lukull's Lieblinge ausrichtete, sondern auf den Durchschnittsausflügler“.¹²⁸ In seiner Werbebroschüre lobt Schmidt die kürzlich ausgeführten Renovierungsarbeiten, bei denen darauf geachtet worden sei, so viel wie möglich von der alten Substanz zu erhalten, die Einrichtung sei bis aufs kleinste Detail der geschichtlichen Umgebung angepasst.¹²⁹ (Abb. 19) Im Schlussbericht des Hochbauamts heißt es 1977, dass die Baumaßnahmen zwar auf den his-

123 Fritz Bartsch-Hofer (ab 1960 alias Swen Kuren), *1915 Königsberg/Preußen, †1990 Bad Nauheim, war während des 2. Weltkriegs als Flak-Kommandant auf dem Schiffenberg einquartiert. GA, 19.8.1950; GAZ, 5.7.2018.

124 Schreiben von Heinz Gregor an Oberbaudirektor Riebel vom 13.12.1976.

125 GAZ, 24.12.1988.

126 Schreiben des Hochbauamts an Oberbürgermeister Schneider für die Magistratssitzung am 26.4.1976 vom 13.5.1976.

127 Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung vom 28.9.1972.

128 Pächter vom 1.7.1973 bis 31.3.1997. Zitate GAZ, 9.9.1972.

129 Als letzte Maßnahme erfolgte 1987/88 die Sanierung des ehemaligen Pferdestalls, in dem zunächst das Außenmobiliar untergebracht war, und in den nach Zeichnungen von 1964 noch 1981 große Garagentore eingebaut werden sollten, HStAD, P 11, 14735, 6. Das Hochbauamt stuft das Gebäude 1987 als einsturzgefährdet ein, so dass der Dachstuhl erneuert, eine Stahlbetondecke eingezogen, das Dach mit naturroten Biberschwanzziegeln eingedeckt, die Sandsteingewände der Türen und Fenster saniert und letztere erneuert wurden. Die Hoffassade blieb in ihrem Erscheinungsbild erhalten. Sachbericht Hochbauamt, 31.8.1988. Es wurde auch von der Denkmalpflege vorgeschlagen, dort einen Ponystall einzurichten, GAZ, 20.8.1987.

torischen Bestand abgestimmt waren, aber „Kompromisslösungen zwischen Alt und Neu“ gefunden werden mussten, um die Ausführungen auf den heutigen Stand der Technik zu bringen. Dies bedeutete letztlich eine Kernsanierung der Baudenkmäler – sie sollten „entrümpelt“ werden.¹³⁰ Der denkmalpflegerische Anspruch, die historische Bausubstanz so weit wie möglich zu erhalten, und der Respekt vor historischen Bauweisen wurden hier dem Nutzungskonzept, der Wirtschaftlichkeit und dem Vertrauen auf fortschrittliche moderne Bautechniken und Materialien untergeordnet.

Die damalige Presse zum Ausbau des Schiffenbergs war durchweg positiv. Eine erste Besucherbefragung durch einen Diplomanten des Instituts für Angewandte Geographie und Regionalplanung im Jahr 1977 bestätigte die hohe Attraktivität des Freizeitentrums.¹³¹ Das Engagement der Bürgerinitiative und des Heimatvereins Schiffenberg, aber auch die politischen Diskussionen zeigten, dass Anfang der 1970er Jahre in der Bevölkerung eine neue Sensibilität für den Denkmalschutz geweckt worden war. Die Verabschiedung des Hessischen Denkmalschutzgesetzes 1974 und das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 fielen ebenso in die Zeit der Schiffenbergsanierung wie der Beschluss der Landesdenkmalpfleger unter ihrem Vorsitzenden Dr. Gottfried Kiesow zur systematischen Erfassung aller deutschen Baudenkmäler. In Hessen waren zu diesem Zeitpunkt erst 600 bis 700 Einzeldenkmäler und Gesamtanlagen erfasst.¹³²

In der Folgezeit gehörten neben veränderten Nutzungskonzepten, dem Bauunterhalt und weiteren Sanierungen auch die Einrichtung eines Schiffenbergmuseums, die Rekonstruktion des südlichen Seitenschiffs oder eine Verglasung der Arkaden der Basilika immer wieder zu den aktuellen Themen auf dem ununterbrochen beliebten Hausberg der Gießener. Die großen Sanierungen seit dem Jahr 2000 sind nun wesentlich enger auf den Erhalt des Kulturdenkmals abgestimmt. Als bisher wohl größte denkmalpflegerische Leistung auf dem Schiffenberg gilt die sorgfältig geplante und von zahlreichen bauhistorischen, archäologischen und restauratorischen Untersuchungen begleitete Sanierung der Basilika unter Leitung des Gießener Denkmalpflegers Joachim Rauch, die 2016 mit dem Hessischen Denkmalpreis ausgezeichnet wurde.¹³³ Seit 2012 ist die Basilika als Denkmal von nationaler Bedeutung eingestuft. Nach der optisch zurückhaltenden Verglasung der Arkaden des fehlenden südlichen Seitenschiffs kann nicht mehr von einer Ruine gesprochen werden und die Nachhaltigkeit der vorbildlichen Restaurierung ist gesichert.

130 „Umbau und Wiederaufbau Schiffenberg“ (Zitate), Schlussbericht vom 4.7.1977.

131 Befragung im Rahmen einer Diplomarbeit von Karlheinz Kien bei Prof. Dr. Volker Seifert. GAZ, 11.10.1977 und 15.7.1978.

132 GAZ, 29.11.1976; GAZ, 2.6.1977; Michael Kummer, Die Hessischen Denkmalschutzgesetze 1974 und 1986, in: 100 Jahre Denkmalschutzgesetz, 2003, S. 29–36.

133 Die grundständige Sanierung der Basilika (2011-15) wurde vom Leiter der Unteren Denkmalschutzbehörde Gießen, Dipl.-Ing. Joachim Rauch, geleitet, dem ich für wertvolle Hinweise und die Weitergabe seines umfangreichen Wissens herzlich danke.

Anhand der vorliegenden Untersuchung der Nutzungs-, Bewirtschaftungs- und Baugeschichte sowie der zeitgenössischen Berichterstattung konnte exemplarisch für die Entwicklung des Schiffenbergs zum Naherholungsgebiet gezeigt werden, wie unterschiedliche Ansprüche der Bauunterhaltung und Denkmalpflege, der Freizeitbedürfnisse sowie der Stadt- und Landespolitik ineinander griffen und in einem fruchtbaren, nicht immer unkomplizierten Spannungsfeld zueinander standen. Die Balance zu halten zwischen dem Erhalt des bedeutenden Kulturdenkmals Schiffenberg und seiner angemessenen kulturellen und touristischen Nutzung, bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe der Universitätsstadt Gießen.

Quellen:

Neben den jeweils in den Fußnoten genannten Beständen des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt (HStAD) und des Stadtarchivs der Universitätsstadt Gießen (StadtA GI) sind dies städtische Akten des Liegenschaftsamtes, Gartenamtes und Hochbauamtes (Untere Denkmalschutzbehörde). Mein Dank gilt besonders Herrn Dr. Christian Pöpken und den Mitarbeitern des Stadtarchivs.

Abkürzungen:

GA = Gießener Anzeiger

GAZ = Gießener Allgemeine Zeitung (bis 1966 Gießener Freie Presse, auch Gießener Allgemeine)

Eine „an Ausbeute reiche Reise“. Zwei Gießener Botaniker 1912 und 1914 auf Ceylon¹

JOACHIM HENDEL

Einleitung. Das Herbarium als Ausgangspunkt



Abb. 1: Direktor des Botanischen Gartens Prof. Adolf Hansen (Bildarchiv von UB und UA Gießen)

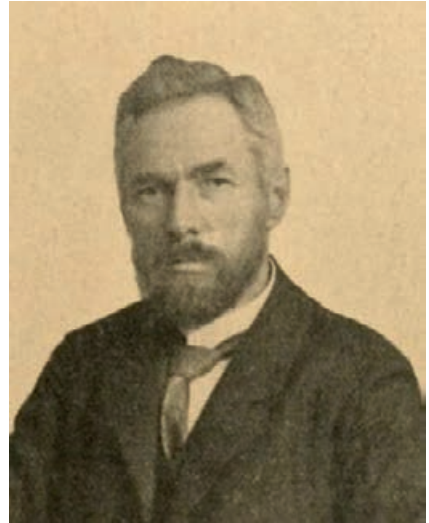


Abb. 2: Gartenbauinspektor Friedrich Rehnelt („Die Gartenwelt“, 1921, UAG)

Der Botanische Garten ist ein Hort für lebende Pflanzen aus der ganzen Welt. Daneben verfügt die Justus-Liebig-Universität Gießen über ein Universitätsherbarium, d.h. Sammlungen getrockneter Arten wie etwa das Hansen-Rehnelt-Herbar mit ca. 3.000 Belegen. Dieses geht zurück auf den Direktor des Botanischen Gartens,

1 Der Aufsatz basiert auf den Recherchen zu einer Ausstellung, die vom 01.09. bis 06.10.2022 im Palmenhaus des Botanischen Garten zu Gießen gezeigt wurde. Zu den Hintergründen der Ausstellung vgl. Bettina Brockmeyer, Magnus Huber: „Die Klassifizierung der Welt“. Eine Ausstellung im Botanischen Garten zu kolonialen Spuren an der JLU, in: Gießener Universitätsblätter, Jg. 56 (2023) S. 93–100. Die Tafeln der Ausstellung können als pdf noch über die Homepage der Sammlungsbeauftragten der JLU online abgerufen werden. Der Verfasser dankt für die anregende Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe und besonders Prof. Dr. Bettina Brockmeyer (Historisches Institut) für den Austausch in der Transkriptionsarbeit und bei der Erstellung der Ausstellungstexte. Ferner danke ich dem Direktor des Botanischen Gartens, Prof. Dr. Volker Wissemann, und dem „Hüter“ des Herbars, Dr. Martin de Jong für wertvolle Hinweise und Textbausteine.

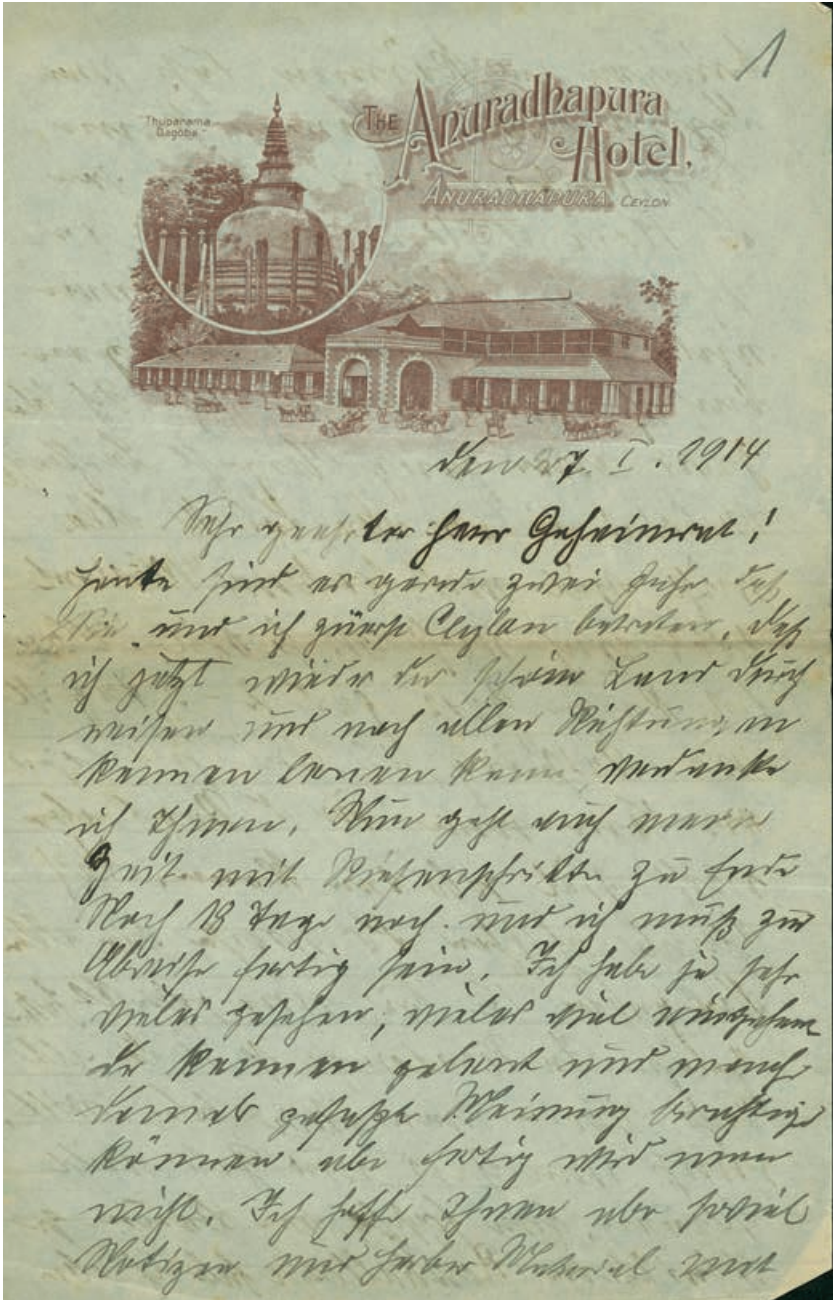


Abb. 3: Auszug aus einem dienstlichen Schreiben Rehnelt an Hansen (UAG, Nachlass Rehnelt)

den seit 1891 in Gießen lehrenden Botanik-Professor Adolf Hansen (1851–1920) und den Garteninspektor Friedrich Rehnelt (1861–1945), der ein Jahr später hier seinen Dienst antrat. Beide waren Anfang 1912 nach Ceylon gereist, um Pflanzen zu bestimmen und Samen für die eigene Aufzucht mitzubringen.

Über die erste Reise erschien zwei Jahre später ein ausführlicher Bericht in einer Gartenbau-Zeitschrift in fünf Teilen.² Außerdem erhielt sich im Familiennachlass, der seit 2022 im Universitätsarchiv Gießen (UAG) verwahrt wird, ein Brief von Rehnelt an seine Frau von dieser Reise. Zudem liegen zahlreiche Fotos von Pflanzen sowie die Belege im Herbarium vor. Von der zweiten Reise schrieb Rehnelt 15 Briefe an seinen Vorgesetzten Adolf Hansen und drei Briefe an seine Frau, die für die Ausstellung „Die Klassifizierung der Welt. Universitäres Sammeln im kolonialen Kontext“ Ende 2022 das erste Mal wissenschaftlich ausgewertet wurden. Der folgende Text ist eine deutlich erweiterte Fassung der Ausstellungstexte und legt den Fokus stärker auf die Briefe sowie die Sprache über „Koloniales“. Die Quellensammlung aus Briefen, Fotos und Belegen dient zugleich der derzeit laufenden Aufarbeitung des Herbars, um etwa Fundorte und damit die Reiseroute zu rekonstruieren.³

Warum ausgerechnet Ceylon?

Ceylon (seit 1972 Sri Lanka) hat eine zweitausendfünfhundertjährige Kultur und wurde von indigenen Herrscherfamilien regiert, die Letzte war bis 1815 die Familie Kandy. Ceylon hat zudem eine mehrere Jahrhunderte andauernde koloniale Geschichte. Zunächst wurde die Insel von der Niederländischen Ostindien-Kompagnie kontrolliert, ab 1803 und nach einem kurzen Intermezzo stand sie von 1815 bis 1948 dauerhaft unter britischer Herrschaft.

Nach dem Ende des Zimtmonopols hatte vor allem der Anbau von Kaffee (seit 1823) und Tee (seit 1867) sowie Kautschuk und Kokospalmen Voraussetzungen geschaffen, die touristische und wissenschaftliche Reisen erleichterte. Ein dichtes Straßennetz und Eisenbahnlinien war entstanden. „resthouses“ als Übernachtungsmöglichkeiten kamen hinzu. Der Hafen der Hauptstadt Colombo wurde ausgebaut und ab 1886 auch regelmäßig von der deutschen Linie „Norddeutsche Lloyd“ angefahren. Dem deutschen Kaufmann auf Ceylon Walther Freudenberg (1852–1932) kam es im Vergleich zu vorher „wie eine kleine Völkerwanderung“⁴ vor.

-
- 2 Friedrich Rehnelt: Fünfzig Tage unter den Palmen von Ceylon, in: Die Gartenwelt. Illustrierte Wochenschrift für den gesamten Gartenbau, 18. Jg. (1914), S. 1–4, 22–24, 34–38, 57–62, 73–77.
 - 3 Im Folgenden werden nur die direkten Zitate aus den Briefen Rehnelts an Hansen ausgewiesen, zudem ist der Bestand noch in Bearbeitung und die Briefe daher unsigniert.
 - 4 Walther Freudenberg: Von deutscher Arbeit auf Ceylon. Erinnerungen und Erfahrungen des Hauses Freudenberg & Co., Colombo, seit 1873 (= Schriften des deutschen Auslands-Instituts, Stuttgart. A: Kulturhist. Reihe, Bd. 17), Stuttgart 1926, S. 48.



Abb. 4: Mit dem englischsprachigen Reiseführer von 1907 bereitete sich Rehnelt auf seine Touren durch Sri Lanka vor. (UAG, Nachlass Rehnelt)

Nicht nur topographisch war Ceylon recht gut erschlossen, auch für Touristen bot zum Beispiel der Reiseveranstalter Thomas Cook & Son mehrtägige Rundreisen an.⁵ Der englische Reiseführer empfahl folgenden Reisetypen die Reise ins „Travellers's Paradise“: Anglern wegen des Mahseer-fishing [Flugangeln], „sportsman“, um Elefanten, Rotwild, Bären und Leoparden zu jagen, Archäologen wegen der großen, antiken Städte, Interessierte an technischer Entwicklung wegen des Teeanbaus und der Gummiproduktion, sowie allen Gesundheits- und Erholungssuchenden wegen des Klimas.⁶

Carl von Linné (1707–1778) und andere Botaniker hatten in Europa ein wissenschaftliches Klassifizierungssystem geschaffen, das weltweit angewendet und ausgebaut werden sollte. Ceylon war bekannt für seine Biodiversität. Mit den Botanic Gardens in Peradeniya bestand darüber hinaus eine britische Forschungseinrichtung, die deutschen Botanikern eine Anlaufstelle bot. Diese nutzten auch die beiden Gießener Prof. Adolf Hansen und sein Garteninspektor Friedrich Rehnelt.⁷

5 Ceylon – A Traveller's Paradise. A Brochure, Colombo 1907, S. 22 f.

6 Ebd., S. 58–65.

7 UAG, PrA Nr. 2488 (Personalakte Rehnelt), Bl. 1.

Beide Botaniker verfügten über Auslandserfahrung und waren 1912 immerhin im Alter von 61 bzw. 51 Jahren, als sie die elfwöchige Reise mit allen Strapazen insbesondere dem Klimawechsel auf sich nahmen. Wohl aufgrund dieser Belastungen trennten sich beide für vier Wochen und Rehnelt arbeitete allein in den höheren Lagen. Durch Hansens Ausfall war die „Ausbeute“⁸ 1912 geringer ausgefallen als geplant. Darin liegt wohl der Grund, dass Rehnelt die Studien zwei Jahre später fortsetzte: „Manches war hochinteressant und ich habe öfter bedauert, daß Sie nicht mit hierher konnten.“⁹ Rehnelt fuhr also 1914 noch einmal alleine nach Ceylon. Gesundheitlich hatte er dabei vor allem mit dem Essen auf der Überfahrt und auch vor Ort zu kämpfen. Außerdem schilderte er seine „abgelaufenen“ Füße. Ihn sorgten zudem eine grassierende Cholera-Epidemie sowie das allgegenwärtige Fieber. Anschließend reichte Rehnelt zum ersten Mal in 22 Dienstjahren Erholungsurlaub ein.

Wer bezahlte die Reisen? Gießener begeistern sich für Kolonien

Adolf Hansens Interesse an Ceylon hing eng mit einem außeruniversitären Auftrag zusammen, denn er sollte eine Neubearbeitung des dreibändigen Standardwerkes „Pflanzenleben“ (zuerst 1890/91) von Anton Kerner von Marilaun (1831–1898) vornehmen. Für den Bereich der Tropen wollte er die Fauna selbst erlebt haben und eigenes Anschauungsmaterial verwenden, während Rehnelt die Fotodokumentation übernehmen sollte.¹⁰ Weil Hansen sich also bei der Wiederholungsreise ganz auf seinen Mitarbeiter verlassen musste, schrieb dieser neben seinen botanischen Aufgaben ausführliche Briefe. Tagebuchartig lieferte er Informationen über seine Sammeltouren und erstellte damit gleichzeitig einen Arbeitsnachweis. Denn Hansen übernahm für die zweite Reise den Großteil der Kosten.

Eine Studienreise nach Ceylon überstieg selbstverständlich die finanziellen Mittel des Botanischen Instituts und der Landesuniversität überhaupt. Selbst wenn der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein (1868–1937) selbst in den Jahren 1902/1903 Indien bereist hatte und man von seinem grundsätzlichen Interesse ausgehen konnte, brauchte es neben der staatlichen auch eine private Finanzierung.

Die erste Reise nach Ceylon von Anfang Januar bis Anfang April 1912 hatte durch persönliche Vermittlung die Senckenberg-Gesellschaft Frankfurt unterstützt

8 Das auch für den Aufsatztitel verwendete Zitat stammt aus Rehnelt, *Fünfzig Tage* (1914), S. 74: „Es war ein Tag reicher Ausbeute gewesen.“. Wie geläufig der Ausdruck war, zeigt auch August Siebert (1854–1923), damaliger Direktor des Palmengartens zu Rehnelts 60. Geburtstag „[...] als sie sich an einem Sonntag nachmittag von mir im Tropenkostüm als ‚Weltreisende‘ mit frischfröhlichem Mute und allen Hoffnungen auf eine reiche Ausbeute verabschiedeten.“ in: *Die Gartenwelt* 25. Jg. (1921), S. 252.

9 UAG, Nachlass Familie Friedrich Rehnelt, Unterlagen zu Ceylon (künftig: UAG, Nachlass Rehnelt), Brief Nr. 12.

10 Die 3. Auflage in der Neubearbeitung erschien 1913–1916 und 1921–1922 in einer Neuauflage beim Bibliographischen Institut Leipzig (und Wien).

und das Ministerium hatte Gelder aus dem Institutsbudget bewilligt. Für die Reise von Anfang Dezember 1913 bis März 1914 gab das Ministerium nur noch ein Drittel hinzu und private Unterstützer traten in den Vordergrund. Die überlieferte Sponsorenliste ist bekannt und ein Blick darauf verdeutlicht, in welcher kolonialen Atmosphäre die Wissenschaftler agierten: Das Gießener Bürgertum, dessen Teil sie zugleich waren, war dem Unternehmen aufgeschlossen, was auch die Resonanz auf die folgende Ausstellung zeigt.

Etwa die Hälfte zu den Kosten steuerten Hansen privat und sein Institut bei. Dazu kam eine Großspende des Gießener Apothekers Theodor Schwieder, der denselben Betrag noch einmal leihweise über Hansen anbot. Drei weitere Gießener Persönlichkeiten gaben ebenfalls etwas dazu: Landgerichtsdirektor Bücking sowie die Geheimen Kommerzienräte Siegmund Heichelheim (1842–1920) und Wilhelm Gail (1854–1925). Gails Interesse für andere Kulturen ist bekannt. Seine Sammlung hatte den Grundstein für das Völkerkundemuseum des Geographen Wilhelm Sievers (1860–1921) gelegt, das 1910 eröffnet worden war, und deren Exponate finden sich heute in der Ethnologischen Sammlung des Oberhessischen Museums. Gails Sohn Georg (1884–1950) hatte eine Weltreise unternommen, die ihn 1911 auch nach Colombo geführt hatte, und von der er für Sievers Objekte einsammelte.¹¹ Sievers hatte bereits 1896 die Gesellschaft für Erd- und Völkerkunde zu Gießen gegründet. Wenn sich aus deren Bemühungen rund um das Museum ein allgemeines Interesse an Exotik und fremden Kulturobjekten ableiten lässt, so kam dieses mit Sicherheit auch den Forschungsvorhaben der Botaniker zugute.

Was den obigen Herren als Gegenleistung zugesagt wurde, ist nicht bekannt, aber weitere Interessenten ließen sich rekonstruieren: Ein gewisser Dr. Goldschmidt aus Essen hatte Rehnelt ebenfalls einen Arbeitsauftrag (Samenlieferung o.Ä.) erteilt. Als diese Tour wegen Krankheit und Zeitmangel nicht zustande kam, deutete Rehnelt an, das eingeworbene Geld zurückzahlen zu müssen. Für den Geheimrat Gustav Schenk zu Schweinsberg (1842–1922) in Darmstadt sammelte er Akazien. An einer Stelle wird im Zusammenhang mit einer seltenen Pflanze der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein erwähnt, der bereits 1895 das umfangreiche Klenzesche Herbarium der Universität Gießen geschenkt hatte. Rehnelt sammelte außerdem Meeresalgen in Neapel ein. Sie dienten Hansen als Vergleichsproben, als er im Sommer 1914 die Sammlung von Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832) im Nationalmuseum in Weimar bearbeitete.

Unterstützung erfuhr zumindest die zweite Reise auch von nicht-hessischen Kreisen: So gewährte die Reederei Norddeutscher Lloyd für wissenschaftliche Reisen eine Ermäßigung von 20 Prozent. Außerdem fragte Rehnelt nach Unterstützung durch das Auswärtige Amt an, welches wiederum das Generalkonsulat in Kalkutta anwies.¹² Ein Schreiben, das Rehnelt längeren Aufenthalt an einem Ort ermöglichen sollte, lag aber bei seiner Ankunft noch nicht vor.

11 Vgl. Stadtarchiv Gießen, Familien- und Firmenarchiv Gail, Fotoalben als Reisetagebücher und Briefe (7/071-157 und -204 und -205).

12 UAG, PrA Nr. 1654 (Personalakte Rehnelt), Bl. 64, 66.

„Freitag ist Badeabend“ – Die Überfahrt als Zeichen europäischer Expansion

Die Reise über den Jahreswechsel 1913/14 absolvierte Friedrich Rehnelt allein. Es sind zahlreiche Kontakttreffen mit anderen Botanikern in Genua und Neapel vermerkt. Die Europäer nutzten die Reisezeit für wissenschaftlichen Austausch und die Vorbereitung auf das Zielland. Rehnelt reiste mit dem Reichspostdampfschiff „Prinz Ludwig“ der Reederei Norddeutscher Lloyd Bremen. Es handelte sich dabei um ein Schiff der „Feldherren“-Reihe, das erst 1906 in Betrieb genommen worden war. Es kombinierte Transport- mit Passagierschiffahrt. Die Verteilung der Kajüten, Aufenthaltsflächen und Speiseräume erfolgte nach der Einteilung in drei Klassen. Passagiere unterschiedlicher Klassen kamen so nicht miteinander in Berührung und Rehnelt selbst reiste II. Klasse. Er berichtet von „fidelen Gesellschaften“ und Grüppchenbildung, von einer Weihnachtsfeier, einem Ball und neuen Moden („Ein Paar soll sogar Tango getanzt haben“¹³) – wovon er aber nur seiner Familie berichtete. Das Schiff war mit ca. 700 Personen voll belegt, was Rehnelt als belastend empfand.

Die „Prinz Ludwig“ war einer von 53 Reichspostdampfern, die staatlich subventioniert wurden. Das „Gesetz betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern“ von 1885 sollte den regelmäßigen Austausch insbesondere mit Ostasien und Australien ermöglichen, seit 1890 auch mit Ostafrika. Damit konnten etwa die Kolonie Deutsch-Ostafrika, die Schutzgebiete in China oder die Kolonie Deutsch-Neuguinea und weitere Ziele im Westpazifik erreicht werden. Der Norddeutsche Lloyd, der als größte Reederei damals die meisten staatlichen Aufträge annehmen konnte, wurde zu einer der fünf größten Reedereien weltweit. Wenn schon die Anzahl an deutschen Kolonien gering bleiben musste, dann spielte wenigstens die Schifffahrtsindustrie mit deutscher Technik eine aufstrebende Rolle.

Die Route führte von Bremen/Bremerhaven über Genua, Neapel (beide Italien), Port Said (Ägypten), durch den Suez-Kanal nach Aden (Jemen) nach Colombo (Ceylon/Sri Lanka, seit 1815 Britische Kolonie). Sie führte damit von der Nordsee durch den Ärmelkanal in den Atlantik, vom Mittelmeer ins Rote Meer und durch den Golf von Aden ins Arabische Meer.

Nach Rehnelts Briefen betrug seine Überfahrt drei Wochen. Postsendungen benötigten demnach fünf bis sechs Wochen für beide Strecken. Das bedeutet, dass Rehnelt nur von der Hinfahrt Briefe an seine Familie schrieb und bei Ankunft ein Telegramm absetzte. Jede weitere Post ab Ceylon hätte er womöglich überholt. Aus finanziellen Gründen wies Hansen Rehnelt zwischendurch an, seine Reise um vier Wochen zu verkürzen. Die Rückfahrt erneut mit der „Prinz Ludwig“ dauerte

13 UAG, Nachlass Rehnelt, Brief Nr. 18.



Abb. 5: Reichspostdampfer „Prinz Ludwig“ (Ansichtskarte ungelassen, UAG)

nur 17 Tage. Von Genua reiste Rehnelt mit dem Zug nach Gießen weiter, wo er am 5. März eintraf und sofort seinen Dienst wieder aufnahm.¹⁴

Die Arbeitsbedingungen auf der Insel

Kein Europäer kam vor Ort ohne lokale Arbeitskräfte aus. Sogenannte Intermediaries dolmetschten, begleiteten die Forschenden auf ihren Routen, stellten Kontakte her, vermittelten Wissen. Auch Rehnelt stand ein erfahrener Mann für Hilfsdienste zur Verfügung, ein Einwohner der britischen Kolonie, der ihm empfohlen worden war, ihn aber nur mit der Funktionsbezeichnung benennt: „Mit meinem Boy bin ich bis jetzt sehr zufrieden.“¹⁵ Weniger zufrieden war Rehnelt, dass er sich von vielen verschiedenen Menschen kleinere Hilfsleistungen erkaufen musste, v. a. im Rahmen der Ankunft. Rehnelt schickte aus Neugier seinen Helfer auch in hohe Bäume, um deren Material sichten zu können.¹⁶

Informationen über Rehnelts Mitarbeiter müssen wir uns aus den Briefen aus beiläufigen Bemerkungen erschließen. So erfahren wir nur, dass der namenlos bleibende Mann aus dem Süden Ceylons stammte, damals Mitte dreißig war und überdies bereits die Welt bereist hatte. Nur ein Erlebnis mit seinem Mitarbeiter teilt

¹⁴ UAG, PrA Nr. 2488, Bl. 37 (Schreiben von Hansen an den Verwaltungsausschuss vom 6.3.1914); Brief Nr. 13.

¹⁵ UAG, Nachlass Rehnelt, Brief Nr. 15, Unterstreichung im Original.

¹⁶ Rehnelt, Fünfzig Tage (1914), S. 73 f.



*Abb. 6: Wurzel der Pandanus odoratissimus mit dem „Boy“ an der Ostküste
(F. Rehnelt, Ceylon 1914, UAG)*

Rehnelt ausführlicher mit: „Da wir wiederholt frische Leoparden Spuren gesehen und hin und wieder ein Auto Ton von Elefanten erscholl, es inzwischen auch vier Uhr geworden war, wimmerte der Boy, dass es leichtfertig sei, dass ich den Revolver in Colombo gelassen hatte.“¹⁷

Der Radius vor Ort wurde durch regionale Krankheitsausbrüche und Regenfälle eingeschränkt, Choleraausbrüche, Fieber und Regenfälle ließen manche Gegenden unpassierbar werden, sodass einige Pflanzen nicht besorgt werden konnten. Rehnelt musste sich dabei auf Reisehinweise seines Mitarbeiters oder von Touristen verlassen. Rehnelt startete seine Reise beim deutschen Konsul und Generalvertreter für den „Norddeutschen Lloyd“, dem Inhaber der Firma Freudenberg & Co. Freudenberg stattete Rehnelt u. A. mit Kartenmaterial aus. Als Fortbewegungsmittel dienten Rehnelt ein Mietwagen oder das Postauto, das allerdings einmal liegen blieb und die Passagiere laufen mussten. Auf Ochsenwagen griff er aus Zeitgründen nicht zurück. Die günstigere Variante, mit dem Zug zu reisen, konnte Rehnelt wegen der seltenen Verbindungen kaum nutzen, weil dieser etwa am Sonntag nur einmal fuhr.

17 UAG, Nachlass Rehnelt, Brief Nr. 7.

Die Hitze setzte ihm zu, sodass er abends „abgespannt“¹⁸ war und nicht mehr arbeiten konnte. Auch fehlten ihm manchmal die Hilfsmittel für seine Arbeit: So mangelte es mitunter an Spiritus zur Konservierung. Eine Dunkelkammer bzw. dunkle Abstellräume waren zumindest im Institut vorhanden, sodass es möglich war, vor Ort die Fotos zu entwickeln und die Aufnahmequalität sofort zu überprüfen.

Die Begegnungen beim Sammeln und Klassifizieren

Auf Ceylon begegneten Rehnelt und Hansen im Wesentlichen vier Bevölkerungsgruppen: deutschen Kaufmannsfamilien, englischen Botanikern, englischen Gastgebern und der einheimischen Bevölkerung. Rehnelt hebt die Treffen mit Europäern hervor und nennt deren Namen, was einerseits zeigt, wem er Bedeutung zumaß, andererseits aber vermutlich auch daran liegt, dass Hansen die Personen kannte.

Rehnelt startete seine Reise beim bereits erwähnten deutschen Konsul Freudenberg. Er residierte beim Büro des Norddeutschen Lloyd Co., dessen Vertreter Freudenberg zugleich war. Das Konsulat war eine erste Anlaufstelle für die Deutschen und bot neben praktischer Unterstützung natürlich auch gesellschaftlichen Austausch in der Fremde an. So kam es 1912 zu einer bizarr anmutenden Veranstaltung, die den Anwesenden als selbstverständlich erschien: An Kaisers Geburtstag wurde mit einer indischer Kapelle gefeiert.¹⁹

Auf Ceylon traf Rehnelt 1914 eher zufällig auf einen direkten Kollegen aus Gießen, nämlich den Privatdozenten Werner Bruck (1880–1945), der 1905 Assistent bei Hansen geworden war und sich bei ihm 1907 habilitiert hatte. Bruck war allerdings im Auftrag des Reichskolonialamtes in verschiedenen ostasiatischen Ländern unterwegs.²⁰

Mit den einheimischen Bewohnern (Singhalesen, Tamir etc.) verkehrten die Wissenschaftler erwartungsgemäß nur im Rahmen einer Arbeitsbeziehung, aber nicht auf Augenhöhe, sondern als Auftraggeber für Dienstleistungen. Für sie hat Rehnelt auch keine Namen, sondern nur den Sammelbegriff „Eingeborene“ oder die Arbeitsbezeichnung wie „Kuli“ oder „Boy“ parat.²¹

Ein ausgeprägtes Interesse an den Menschen ist ohnehin nicht zu erkennen. Die Aufnahmen beschränken sich gemäß seinem Auftrag auf die Pflanzen und die Landschaft. Sofern Menschen zu erkennen sind, stehen sie nicht im Mittelpunkt. Nur selten wurden sie offensichtlich aufgefordert, sich zu positionieren. An dieser Stelle kommt Rehnelt vom Äußeren auch auf Charakterzüge zu sprechen: „Die

18 UAG, Nachlass Rehnelt, Brief Nr. 12, Bl. 1. Die folgenden Aussagen des Absatzes ebd. und Rehnelt, *Fünzig Tage* (1914), S. 59; Brief Nr. 2.

19 Rehnelt, *Fünzig Tage* (1914), S. 23.

20 UAG, Phil Fak Nr. 5 (Berufungsakte Bruck).

21 „Kuli“ ist ein Diener aus niedriger Kaste, eigentlich für die Reinigung der Sanitäreinrichtungen zuständig; ein „Boy“ ist ein persönlicher Diener für Männer.



*Abb. 7: „Eingeborenen Bad (Pokuna) und Cacaopalmen“ in Colombo
(F. Rehnelt, Ceylon 1912, UAG)*

untenstehende Abbildung gibt eine Gruppe Eingeborner wieder, die, jung und alt, mich drei Stunden lang begleitet hatten, um photographiert zu werden. Die Bevölkerung ist intelligent, hilfsbereit, treu und gutmütig. Die Leute haben angenehme Gesichtszüge und sind in der Jugend oft von auffallender Schönheit, besonders die Kinder und die jungen Männer.“²²

In einem Aufsatz, den Rehnelt nach dem Ersten Weltkrieg ebenfalls in der „Gartenwelt“ veröffentlichte, erinnert er sich erneut an Ceylon und zieht dabei einen geschmacklosen Vergleich: „Was die Wärme betrifft, so weiß ich, seit ich Ceylon besuchte, daß ein großer Teil unserer Warmhauspflanzen zu kalt steht. In Colombo betrug die Durchschnittstemperatur 28 Grad. In dem 500 m höher gelegenen Peradeniya fällt die Temperatur auch des Nachts nicht unter 19 Grad. Man liest bisweilen, daß infolge Defekts der Heizungseinrichtung Gewächshäuser bei uns ohne künstliche Wärme bleiben mußten und daß dabei trotz einer Temperatur von wenigen Grad über Null Begonien, Maranten, Peperomien und ähnliche Pflanzen nicht zu Grunde gingen. Für mich ist dies lediglich ein Beweis dafür, daß Pflanzen sehr viel aushalten können. Man hört zwar nichts davon, daß afrikanische Neger (die wir im besetzten Gebiet [= Rheinland, J.H.] reichlich haben) erfrieren, weiß aber, daß sie früher oder später an Lungenseuche zu Grunde gehen. Bei

22 Rehnelt, Fünfzig Tage (1914), S. 76.



Abb. 8: Kanal mit Kokospalmen und Familie (F. Rehnelt, Ceylon 1914, UAG)

Wie schon beim Reisen auf der Insel war Rehnelt auch bei der Bestimmung von Pflanzen auf die Hilfe der lokalen Bevölkerung angewiesen, etwa bei den Kokospalmen. Eine zufällige Szene schildert er anschaulich: „Als ich den Baum [Spathodea campanulata] in einem Garten Colombos zum ersten Male sah, lernte ich gleich eine Eigentümlichkeit desselben kennen. Ich hatte mir eine der massenhaft abgefallenen Blüten aufgehoben, um sie näher zu betrachten. Da kam ein kleiner, schwarzer Junge aus einer Gruppe spielender Kinder herbeigesprungen, pflückte vom nächsten Ast eine Knospe und zeigte mir, wie ein langer, dünner Wasserstrahl aus der Spitze derselben spritzt, sobald man darauf drückt.“²⁵ Rehnelt verschweigt ebenfalls, welche Kontakte er hatte, um einen kaum bekannten aber ungewöhnlich riesigen Banyan-Feigenbaum in einem Privatgarten fotografieren zu können.²⁶

den tropischen Pflanzen ist es ähnlich: sie vegetieren.“²³

Bei Übernachtungen griff Rehnelt teilweise auf Zimmer von englischen Landbesitzern zurück. Wegen einer Autopanne musste er eine Nacht überbrücken und bei einer lokalen Familie schlafen. Das Essen nahm er aber lieber im ausgebuchten Hotel ein. Außer den genannten Hilfsdiensten erwähnt Rehnelt nur einen weiteren Kontakt mit Einheimischen: „Das Auto hält, um die Lampen anzustecken. Da bat ich meinen Kuli, er solle in das am Ufer liegende Bott steigen, um mir einen Zweig einer seltenen Pflanze zu bringen. Er lacht über mein Geldangebot und meint, ob ich denn nicht die Krokodile gesehen hätte! Ein kleines Lief über den Weg.“²⁴ Eigentlich will Rehnelt hier ein Beispiel für eine gefährliche Situation berichten, dabei erzählt er aber zugleich von der Arbeitsweise eines europäischen Wissenschaftlers, der auf seine Forschungsausbeute bedacht ist, ohne Rücksicht auf örtliche Begebenheiten zu nehmen – ja, ohne sie zu kennen.

23 Friedrich Rehnelt: Was ich als Gärtner in den Tropen lernte, in: Die Gartenwelt (1921), S. 153–155, 168–170, 182–184, hier S. 168.

24 UAG, Nachlass Rehnelt, Brief Nr. 10.

25 Rehnelt, Fünfzig Tage (1914), S. 24.

26 „Er steht im Garten des Admirals und ist nicht allgemein zugänglich. Einheimischen überhaupt nicht, deshalb kannte ihn niemand. Ich mußte erst besondere Erlaubnis einholen und der Wachtmann blieb während des Photographierens dabei.“ UAG, Nachlass Rehnelt, Brief Nr. 11.

Mit dem Abstand von etwa sieben Jahren ging er näher auf die Schwierigkeiten vor Ort ein: „Mit einem anderen Teile der Pflanzen wird man bekannt durch die Eingeborenen. Mehr als bei uns weiß dort jeder, ob Mann, Frau oder Kind, die Namen der häufigsten Bäume und Sträucher in der Landessprache anzugeben. Diese sind wiederum in Trimen's und in Thwaite's Floren von Ceylon unter Beifügung der botanischen Benennung verzeichnet. Die Hauptmasse aber muß im Herbarium des Botanischen Instituts festgestellt werden. Wieviel Mühe und Arbeit es aber manchmal kostet, nur die Namen der häufigsten Pflanzen eines einzigen Dschungels zuverlässig festzustellen, kann nur der richtig beurteilen, welcher sich in ähnlicher Lage vor die Aufgabe gestellt sah. Ich glaube, daß die botanische Erforschung unserer ehemaligen Kolonien zu einem ganzen Teile den jungen als Sammler ausgeschickten Gärtnern zu danken ist, von denen mancher in afrikanischer Erde ruht. Der Gärtner ist mehr als sonst jemand an Arbeiten in hohen Temperaturen gewöhnt und arbeitet auch dann mit Hingebung, wenn Lohn und Erfolg nicht locken. Nicht mit Unrecht behauptet man, daß deshalb die Gärtner – und neuerdings auch die Gärtnerinnen – schon mit wehleidigem Gesichtsausdrucke auf die Welt kommen.“²⁷

Über den Kontakt mit englischen, vielleicht auch anderen Wissenschaftlern, die am Institut der Botanic Gardens arbeiteten und mit denen Rehnelt auf Augenhöhe hätte arbeiten können, berichtete er wenig. Allerdings hielt er sich häufiger am Institut auf, denn dort konnte er auf ein Herbar zugreifen, mit dem er die gesammelten Pflanzen bestimmen konnte. Aus Zeitmangel wollte er dies auf dortige Mitarbeiter abwälzen. Man sieht an Rehnelts Briefen sowohl die Kooperation europäischer Forscher, als auch die Konkurrenzsituation, in der sich die Wissenschaftler in ihrer Suche nach neuen Erkenntnissen befanden.

Daneben hatte Rehnelt auch externe Aufträge entgegengenommen, die der Finanzierung der Reise dienten, was im letzten Kapitel ausgeführt wird. Sie zeugen vom Interesse am Exotischen und dem Netzwerk der Gießener Botaniker. In erster Linie berichtet Rehnelt natürlich von allen Aufträgen, die er für seinen Vorgesetzten Hansen erledigt hat, oder begründet detailliert, warum er daran gehindert wurde. Seine Arbeit bestand wohl in erster Linie im umfänglichen Sammeln von Pflanzen auch unter schweren Bedingungen: „Ich habe alles, was ich erlangen konnte, gesammelt. Man kann aber nicht alles mitnehmen, man hat auch beim Abstieg sehr auf den Weg zu achten. Ein Fehltritt kann verhängnisvoll werden.“²⁸ Dabei stand Rehnelt wegen der verkürzten Reise unter Zeit- und Erfolgsdruck, weshalb er sich permanent gegenüber seinem Vorgesetzten rechtfertigt: „Sollte es mir aber nicht gelingen, ihrer habhaft zu werden, so müssen Sie schon entschuldigen.“²⁹

27 Rehnelt, Gärtner (1921), S. 187.

28 UAG, Nachlass Rehnelt, Brief Nr. 7.

29 Ebd.

Die Ceylon-Ausstellung 1914 im Palmenhaus

Die Briefe Rehnelts an seinen Vorgesetzten Hansen lassen nicht erkennen, was außer den Samen, Pflanzen und Fotos noch auf Ceylon gesammelt wurde. Für koloniale Spuren außerhalb der Botanik dient der Nachlass Rehnelts, dessen Dokumente überwiegend dienstlichen Charakter haben, die er aber dennoch in seinem Hause aufbewahrte. Ein erster Hinweis ist dem Plakat zur Ceylon-Ausstellung zu entnehmen, die ab dem 12. Juni 1914 im Palmenhaus des Botanischen Gartens gezeigt wurde. Darauf heißt es: „Ausstellung von Kolonialpflanzen und deren Erzeugnissen, sowie der Sammlungsgegenstände“. Über zwei Listen und Rechnungen lassen sich diese Ausstellungsstücke rekonstruieren, ohne jedoch die reale Präsentation zu kennen. So wurden neben Vergrößerungen der eigenen Fotoaufnahmen vermutlich Alltagsszenen nachgestellt. Die Gegenstände der „Eingebornen“ stellte der ehemalige Diener Rappnu zusammen und ließ sie über einen Mitreisenden an Rehnelt nachschicken: diverse Kochtöpfe, Teufelsanzug mit Hut und Glockengürtel, Trommel und Maske sowie Kleidungsstücke und Schmuck, mit denen vermutlich eine Puppe angezogen werden sollte.³⁰ Über Hamburger Händler bezog Rehnelt zudem Früchte, die er zusätzlich in Verkauf brachte. Die Vorbereitungen und Werbemaßnahmen zahlten sich: Es kamen fast 8.000 Besucherinnen und Besucher, ganze Schulklassen und Vereine, und es wurde ein finanzieller Überschuss erzielt, die die Reise nach Ceylon anteilig refinanzierte.³¹ Die eigentlich verlängerte Ausstellung wurde wegen des Kriegsbeginns am 1. August 1914 geschlossen.

Was bleibt? Was geht verloren? Das Herbarium Hansen-Rehnelt

Die Informationen, die Pflanzen, die Bezeichnungen konnte Rehnelt nur mit der Unterstützung einheimischer Personen sammeln. Die Namen dieser Personen blieben ungenannt. Aus den Veröffentlichungen und dem in Gießen gesammelten Wissen verschwinden diese Menschen schließlich ganz. Auch findet der britische Kolonialismus keinen Eingang in das mitgebrachte und verarbeitete Wissen. Es sind von ihren Erwerbsumständen „gereinigte“ Objekte, von Europäern vorgenommene Klassifizierungen, die Eingang in die universitäre Sammlung und damit auch in die Lehre und Forschung finden. Die Belege tragen nur die Handschrift von Friedrich Rehnelt, Gartenbauinspektor aus Gießen.

Eine Pflanze wurde sogar nach ihm benannt, von dem wohl aus Frankfurter Tragen befreundeten Botaniker Alwin Berger (1871–1931): „*Coleus Rehneltianus* A. Berger.“ Berger zitierte dazu aus einem Brief Rehnelts, der die Hintergründe beleuchtet: „Ich sah den *Coleus* zunächst in Peradeniya, bat um eine Kleinigkeit Samen, was mir auch bereitwilligst zugesagt wurde. Am nächsten Morgen aber

30 Die Summe von 55,31 Rupien hatte Rehnelt nur zum Teil vorgestreckt und der Diener überließ es ihm, den Rest von 10 Rupien zu bezahlen, vgl. Schreiben von August Ertheiler, Colombo, 11.05.1914 (UAG, Nachlass Rehnelt). Dieser hatte sich mit Rehnelt den Diener geteilt.

31 Zum Streit mit Hansen um die Abrechnung vom Juli 1916 vgl. UAG, PrA Nr. 1654, Bl. 78.

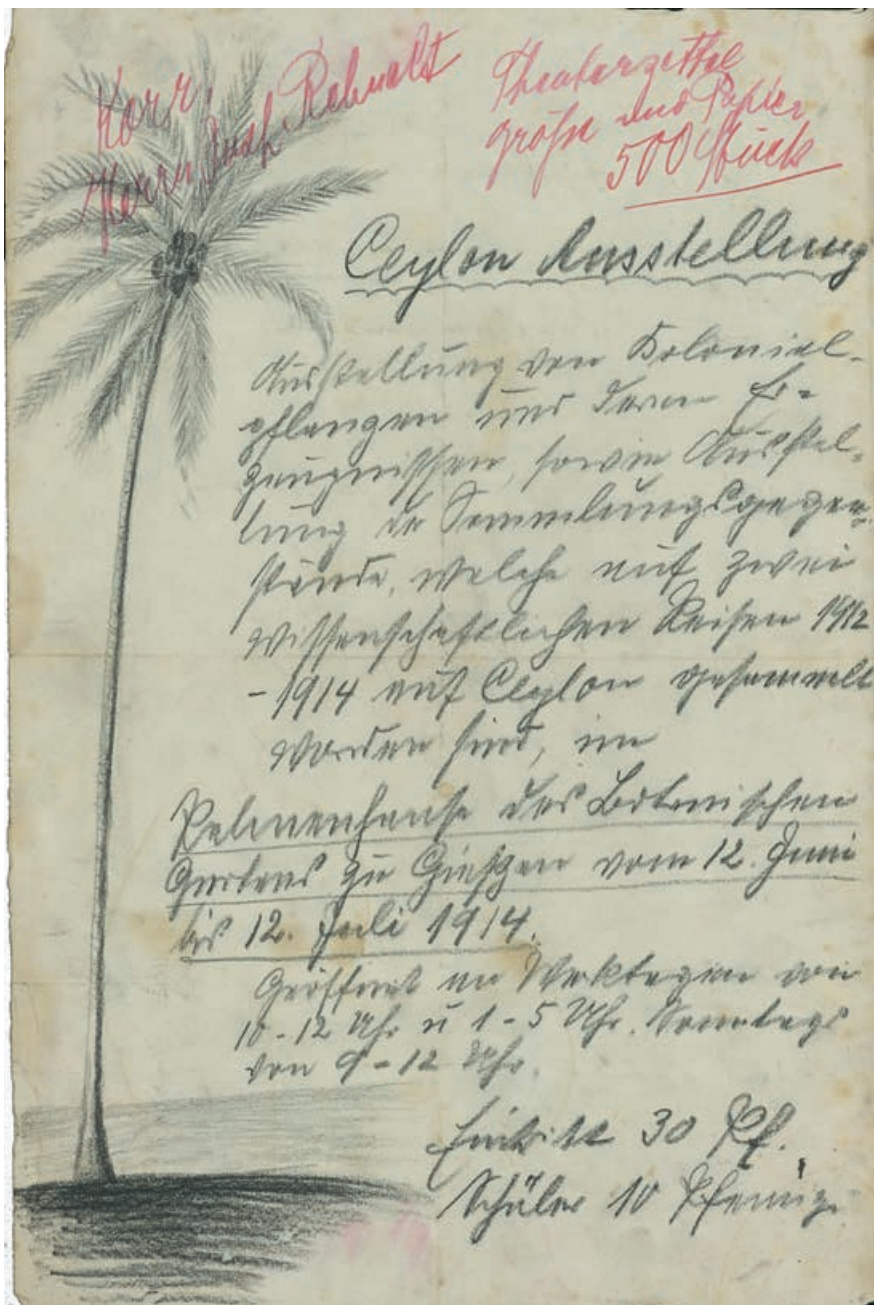


Abb. 9: Entwurf zum Plakat für die Ceylon-Ausstellung 1914
(F. Rehnelt, Gießen 1914, UAG).

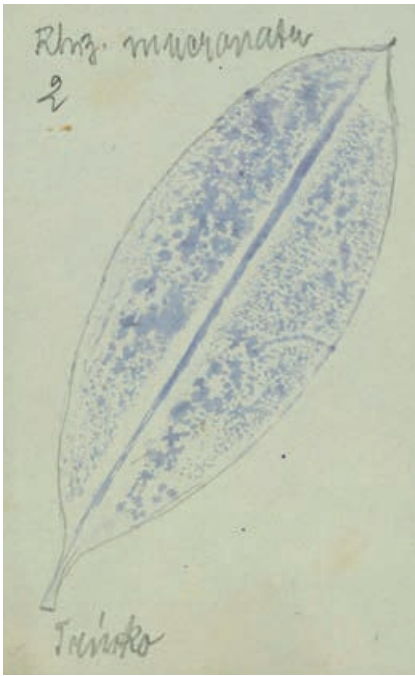


Abb. 10: Blattabdruck der *Rhizophora mucronata*, Trincomalie (F. Rehnelt, Ceylon 1914, UAG)

waren die Pflanzen ausgerissen und beseitigt. Ich traf aber später in Anuradhpura, wo früher ein botanischer Garten war, ein paar Pflänzchen, von denen ich Herbarmaterial und fünf Samen sammelte. Es ist möglich, daß das Ding irgendwoher namenlos eingeschleppt worden ist. Ich gab die Pflanze zuerst in Peradeniya zum Bestimmen, und die dortigen ausgezeichneten Botaniker (Eingeborene, die Engländer treiben sonstige Sachen) bezeichneten ihn als *Garden variety*, was ganz ausgeschlossen ist. Meiner Ansicht nach handelt es sich um eine neue Art.“³²

Darin täuschte Rehnelt sich allerdings, denn bereits 1830 war sie „*Coleus scutellarioides* (L.) Benth.“ beschrieben. „*Coleus Rehneltianus*“ ist heute eher ein Synonym, wie Martin de Jong herausgefunden hat, der für die AG Spezielle Botanik das Herbarium aktuell aufarbeitet. Der schriftliche Nachlass von Friedrich Rehnelt wird also für viele Fragestellungen weiterhin genutzt werden können.

32 Alwin Berger: *Coleus Rehneltianus* Berger. Eine wertvolle Neueinführung, in: *Die Gartenwelt*, 20. Jg. (1916), S. 505 f., hier S. 505.

„Ein leuchtendes Beispiel republikanischen Pflichtbewußtseins“ – Eine biographische Annäherung an den Gießener Lehrer Ludwig Hüter (1861–1940)

JÜRGEN DAUERNHEIM UND CHRISTIAN PÖPKEN

Der Deutsche Republikanische Lehrerbund (kurz: DRLB) war zur Zeit der Weimarer Republik ein engagierter Verteidiger und Lobbyist der republikanischen Idee und Staatsform sowie der Demokratie im Allgemeinen und der damit verbundenen Werte auf dem Gebiet von Schule und Erziehung im Besonderen. Seine Geschichte und Entwicklung stellen ein unterbelichtetes Kapitel der Geschichtsschreibung des ersten demokratischen Staates in Deutschland und seiner Gesellschaft dar – auch wenn verschiedenen Orts bereits Studien vorgelegt wurden.¹ Dass er mit der Mission, Lehrkräfte an Schulen und Universitäten für eine republikanische Erziehung der jüngeren Generationen zu gewinnen, spätestens Anfang der 1930er Jahre und angesichts des Aufstiegs des Nationalsozialismus auf verlorenem Posten stand, leuchtet angesichts des bekannten Forschungsstandes

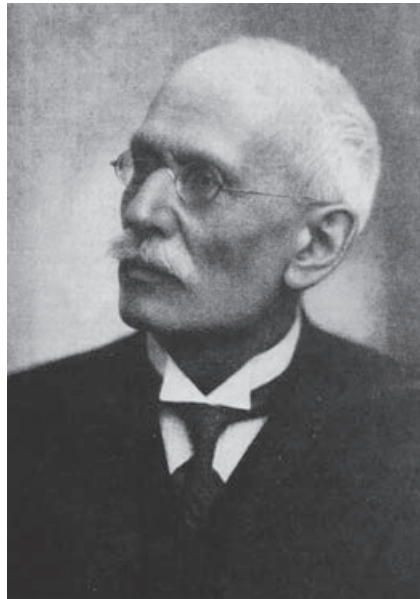


Abb. 1: Ludwig Hüter (1861–1940), aus: *Der Wegweiser*, Nr. 1, 1932, S. 2.

zum Niedergang der Weimarer Republik freilich sofort ein. Allerdings steht der skizzierte DRLB nicht im Zentrum des Beitrags; die eingehende Auseinandersetzung, die er verdient, soll an anderer Stelle erfolgen. Hier bilden er und seine Ver-

1 Vgl. Seeligmann, Chaim: Der Deutsche Republikanische Lehrerbund in der Weimarer Republik, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Bd. VIII, 1979, S. 365–387; ferner Nees, Ernst Dieter: Der Republikanische Lehrerbund und seine Aktivitäten in der Provinz Oberhessen, in: *Wetterauer Geschichtsblätter* 35 (1986), S. 127–155, sowie Hohendorf, Gerd: Der Deutsche Republikanische Lehrerbund. Aus der Geschichte der Lehrerbewegung in der Weimarer Republik, in: Ruth und Gerd Hohendorf: *Diesterweg verpflichtet. Beiträge zur deutschen Bildungsgeschichte (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 52)*, Köln u. a. 1994, S. 252–269. Dieser Text erschien erstmals 1957 in der damaligen DDR.

bandsarbeit vielmehr die Folie, um eine ebenfalls kaum erforschte Persönlichkeit und ihr Wirken nicht nur, aber gerade auch im Lehrerbund genauer unter die Lupe zu nehmen. Es handelt sich um den Gymnasialprofessor Ludwig Hüter, der von 1889 bis 1926 am Großherzoglichen Gymnasium zu Gießen unterrichtete, das ab 1907 Landgraf-Ludwigs-Gymnasium (LLG) hieß. Er war 1922 Mitgründer der Gießener Ortsgruppe des DRLB, der eine zentrale Bedeutung für die Geschichte der Organisation zukommen sollte – ein in der Erforschung der Gießener Stadtgeschichte bisher nicht gewürdigter Sachverhalt. Die herausragende Rolle, die Hüter von Gießen aus im DRLB spielte, ist jedenfalls Grund genug, seiner Biografie und seinem zähen Ringen um den Bestand von Demokratie und Republik eine historische Untersuchung zu widmen.²

1. Jugend, Berufsjahre und Familie – Hüter im Kaiserreich

Geboren wurde Ludwig Hüter am 23. November 1861 in Schaafheim (Kreis Dieburg/Provinz Starkenburg). Seine Eltern waren Friedrich Hüter und Emilie Hüter, geb. Noack.³ Zu seiner Kindheit und Jugend gibt es bisher wenige Erkenntnisse. Man darf annehmen, dass sie von den allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst waren: den Kriegen Bismarcks und der Herstellung eines vereinten (nicht freiheitlichen) Deutschen Reiches unter preußischer Vorherrschaft. Letzteres wiederum war von verschiedensten Gegensätzen geprägt, die sich in Begriffen wie „Sozialistengesetze“, „Kulturkampf“ oder „moderner“, d. h. zunehmend politisch und rassistisch aufgeladener Antisemitismus sowie in Tendenzen des Nationalismus, Militarismus oder Kolonialismus niederschlagen. Freilich erlaubte es der in der Verfassung verankerte Föderalismus den fortbestehenden staatlichen Einheiten wie dem Großherzogtum Hessen auch, eigene Akzente zu setzen (v. a. in der Innenpolitik).

Eine Spur des frühen Lebensweges von Ludwig Hüter kann gleichwohl anhand der Quellen freigelegt werden. So lässt sich feststellen, dass sein Vater Friedrich Hüter um 1867/68 seine Oberförsterstelle in Schaafheim gegen eine solche in Grünberg (Oberförsterei Nieder-Ohmen/Provinz Oberhessen) eintauschte.⁴ Der Sohn, Ludwig, besuchte nachweislich als Schüler das Großherzogliche Gymnasium im nicht weit entfernten Gießen, wo er 1879 das Abitur ablegte.⁵ Der Beruf des

2 Erste Zugänge zur Person Ludwig Hüter bieten u. a. folgende biographische Skizzen: Dauernheim, Jürgen: Erinnerung an eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Prof. Dr. Ludwig Hüter und (an) ein besonderes Datum vor 100 Jahren, in: Epistula. Jahresschrift der Vereinigung der Ehemaligen und Freunde des Landgraf-Ludwigs-Gymnasium, Nr. 92 (Juni 2023), S. 77–80, und Nees, Ernst Dieter: Von der Schwierigkeit Republikaner zu sein – die gestörte Verfassungsfeier 1927 in Gießen, in: MOHG (NF) 76 (1991), S. 57–65, hier: S. 61 f.

3 Vgl. Stadtarchiv Gießen [= StdtAG], Sterberegister Gießen 1940, Nr. 1542 – Sterbefall Ludwig Hüter.

4 Vgl. Hof- und Staats-Handbuch des Großherzogthums Hessen. 1867, Darmstadt [1867], S. 295, sowie Hof- und Staats-Handbuch des Großherzogthums Hessen. 1868, Darmstadt [1868], S. 457.

5 Vgl. StdtAG, 7/38 [= Bestand Landgraf-Ludwigs-Gymnasium], Nr. 691.

Vaters und der eigene Gymnasialbesuch sprechen für sein Aufwachsen in gut abgesehenen bürgerlichen Verhältnissen.

Nach dem Abitur und einem Studium in Berlin und Gießen kam er 1885 als Akzessist (= Referendar) an das Großherzogliche Gymnasium zurück,⁶ dessen Leiter damals der für die großherzoglich-hessische und darüber hinaus auch für die reichsdeutsche Schulpolitik bedeutende Prof. Dr. Hermann Schiller war.⁷ 1886 verfasste der junge Hüter unter dem Titel „Schule und Haus“ eine pädagogische Seminararbeit, worin er seine humanistische Weltanschauung erkennen lässt und zeitkritische Töne anschlägt.⁸

Das hier bereits erkennbare Wertegerüst übertrug er als Lehrer der Fächer Deutsch, Latein, Griechisch, Philosophie und – wohl erst ab 1919 – Staatsbürgerkunde in den pädagogischen Alltag. Etwa, wenn Hüter als Kenner und Vermittler der griechischen und römischen Geschichte und Literatur der Antike in Erscheinung trat, nicht zuletzt als Herausgeber des zweibändigen und in mehreren Auflagen erschienenen Werks „Quellenbuch zur römischen Geschichte“ (um 1910) wie auch als Bearbeiter einer Euripides-Schulausgabe des „Hippolytos“ (1905). 1918 bis 1920 erschienen Schulausgaben mehrerer Sophokles-Texte („Antigone“, „Philoctetes“, „Oedipus tyrannos“, „Elektra“ und „Aias“).

Am 13. Dezember 1899 meldete der „Gießener Anzeiger“ unter „Lokales und Provinzielles“: „Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Allergnädigst geruht, am 9. Dezember dem Lehrer am Gymnasium zu Gießen Ludwig Hüter (...) den Charakter als Professor zu verleihen“.⁹ Später war er bis zum Ruhestand 1926

6 Vgl. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), G 53 LLG Gießen, Nr. 113, Schreiben des Großherzoglichen Ministeriums des Innern und der Justiz, Abteilung für Schulangelegenheiten vom 7. Januar 1885. Mit Schreiben vom 30. März genehmigte Darmstadt Hüters Aufnahme „in das pädagogische Seminar, unter Bewilligung einer Remuneration im Betrage von jährlich 600 Mk., mit Wirkung vom Beginne des bevorstehenden Sommerhalbjahres“ (ebd.).

7 Zu Schiller (1839–1902) vgl. „Schiller, Johann Heinrich Karl Friedrich *Hermann*“, in: Hessische Biografie <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/11726783X>> (Stand: 11.9.2023).

8 Vgl. HStAD, G 53 LLG Gießen, Nr. 158. Hier kritisiert Hüter den Einfluss der Schule auf die Entwicklung der Persönlichkeit junger Menschen als zu durchgreifend. Erst wenn sie auf der einen und die Familie auf der anderen Seite wieder die ihnen zugeordneten Aufgaben wahrnehmen, „wird die Zeit wieder da sein, wo man den wahren Fortschritt zur Befreiung und Besserung der menschlichen Verhältnisse nur in der Anregung des Individuums zu selbständiger Thätigkeit sucht. (...) So bleibt jeder Ersatz für die Wirkung des Hauses auf die Kinder immer nur Schein; das Wesen selbst ist unersetzbar“ (ebd., Bl. 74 f.). Bemerkenswert ist auch Hüters differenzierte Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Denn einerseits bescheinigt er ihm Modernität sowie „große Berechtigung“ (ebd., Bl. 71) und betont die Wirkmächtigkeit des sozialistischen Staatsgedankens wie von sozialen Bewegungen, welche der moderne Staat integrieren müsse, um bestehen zu können (vgl. ebd., Bl. 72). Andererseits wirft er – den Individualismus in der Erziehung verteidigend – die Frage auf: „[W]ie sollte eine Welt, in der alles Große durch Vereinigung der Massen entsteht, für das stille Schaffen des Einzelnen viel Verständnis haben, des Einzelnen, der für den Sozialismus nur den beschränkten Wert eines der Tausendstel hat, die das Ganze ausmachen?“

9 Gießener Anzeiger, 13. Dezember 1899, Erstes Blatt, S. 2.

der einzige Oberstudienrat (OStR) im Kollegium und als solcher wohl auch ständiger Vertreter des Schulleiters. Einen Eindruck von Hüters Lehrtätigkeit am LLG vermitteln Aussagen ehemaliger Schüler, wie sie in den „Epistula“, der Schul- und Ehemaligenzeitschrift, dokumentiert sind. Anfang der 1960er Jahre etwa blicken sie auf ihre 50 Jahre zurückliegende Pennälerzeit zurück und erinnern Hüter als einen „Sonderling, schon durch die lange hagere Gestalt und seine Stimme und Sprache, doch war er einer der tüchtigsten Lehrer und bewährt in der Ausbildung der Referendare. (...) Von den Kaiser- und Großherzogs-Geburtstagsfestakten pflegte er sich zu drücken, einmal aber mußte er die Rede halten; ohne Bezug auf den Anlaß sprach er sehr gut über Maecenas und Mäzenatentum (was ja immerhin auf den Großherzog paßte); zum Schluß: ‚Äch bän am Schlosse.‘ Dann, so gleichgültigen Tons wie vorher begeistert: ‚Ond non brängt es das Härkommen met säch, daß wär onseren verfassungsmäßigen Försten hochläben lassen: Ernst Ludwig, hoch, hoch, hoch![-] – so schnell und gleichgültig, daß die Festversammlung kaum nachkommen konnte“.¹⁰ Schilderungen wie diese lassen an den pedantischsteifen, aber im Grunde nicht unsympathischen Prof. Crey aus der „Feuerzangenbowle“ denken („Sätzen sä sich“).¹¹ Der Kunsthistoriker, Lehrer und Leiter des Gießener Studienseminars im Fach Geschichte Hermann Otto Vaubel¹² beschreibt Hüter rückblickend als einen der profiliertesten Oberstufenlehrer seiner Schulzeit. Im Kollegium hätte er „[fa]m weitesten links“¹³ gestanden. „Man wußte, daß er Sozialdemokrat war. (...) Eine Karriere, zu der er die qualitativen Voraussetzungen mitgebracht hätte, war ihm in der Monarchie versperrt. Als sie ihm in der Republik offengestanden hatte, hat er darauf verzichtet“. Dem einstigen Oberprimaner Hans Bruchhäuser blieb Hüters Unterricht am 30. Juli 1914, d. h. kurz vor Beginn der Sommerferien (und des Krieges) unvergesslich: „Prof. Hüter hielt uns eine Ansprache, abschließend mit einem vaterländischen Gedicht, dessen Schlußworte lauteten: ‚Dann kehre heim, Alldeutschlands Jugend, geschmückt mit grünem Ehrenkranz‘. Danach wandte er sich sichtlich erschüttert ab und wankte hinaus. Wir schnellten ergriffen von den Sitzen hoch, unsere letzte Schulstunde war

10 Müller-Wiener, H.: Unsere Lehrer vor 50 und mehr Jahren. Erinnerungen der „Goldenen“ Abiturienten von 1913, in: Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis, Nr. 27 (1. Februar 1963), S. 8–13, hier: S. 12 f. An diese Episode erinnert auch Kunkel, Otto: Anno Dazumal. Geschichten und Geschichterchen aus der Zeit vorm ‚Kleinen‘ Weltkrieg. Wiederaufgerührt durch ‚epistula‘ Nr. 35/1967, S. 29–32, 33 u. 36, in: Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis, Nr. 36 (1. November 1967), S. 18–24, hier: S. 23 f.

11 Für ein anderes Beispiel, das auf sprachlich-phonetische Besonderheiten hinweist, vgl. Franck, Ludwig: Meine Lehrer in ihren Ausdruckstypen, in: Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis, Nr. 24 (1. Oktober 1961), S. 13–17, hier: S. 14 f.

12 Zu Vaubel (1897–1984) vgl. Knauß, Erwin: Dr. Hermann Otto Vaubel (1897–1984) in memoriam, in: MOHG (NF) 69 (1984), S. X–XIII.

13 Hier und im Folgenden Vaubel, Hermann Otto: Schuljahre am Ende der Wilhelminischen Zeit. Erinnerungen, in: Hessische Heimat. Aus Natur und Geschichte, Nr. 18/28.08.1976, S. 69–72, hier: S. 71.



Abb. 2: Großherzogliches Gymnasium (ab 1907: Landgraf-Ludwigs-Gymnasium) in der Südanlage, Landgraf-Ludwigs-Gymnasium – Fotoarchiv.

zu Ende“.¹⁴ Mit seiner Bestürzung stellte der Gießener OStR wohl einen ‚zivilen‘ Gegenentwurf zu jenem Typus dar, den Erich Maria Remarque im Roman „Im Westen nichts Neues“ vorgestellt hatte: Der Lehrer Kantorek weckte bei seinen Schülern mit patriotischen Worten aus Überzeugung und Bedacht den Wunsch, sich freiwillig für den Kriegsdienst zu melden.

Bedauerlicherweise muss die Erforschung der historischen Figur Hüter (bisher) auf die Sichtung und Auswertung eines Nachlasses mit persönlichen Unterlagen (Manuskripten, Entwürfen, Fotografien, behördlichem oder privatem Schriftverkehr etc.) verzichten. Es ist unklar, ob ein solcher Nachlass existiert, und falls ja, ob er der Nachwelt eines Tages zugänglich gemacht wird. Positiv macht sich dagegen bemerkbar, dass der Gymnasiallehrer aus Gießen über viele Jahrzehnte den Austausch mit herausragenden Persönlichkeiten nicht nur des politischen Lebens in Deutschland, sondern auch des literarischen und intellektuellen suchte. Denn seine eigenen, abgesandten Briefe können heute in verschiedenen Archiven und Sammlungen eingesehen werden. Ein Beispiel ist die Glückwunschkarte, die Hüter 1896 Malwida von Meysenbug¹⁵ zu deren 80. Geburtstag schrieb. Darin kündigt er der

14 Zit. n. Brake, Ludwig/Ehlers, Eckhard/Thimm, Utz: Gefangen im Krieg. Gießen 1914–1919, Marburg 2014, S. 237.

15 Zu Meysenbug (1816–1903) vgl. Häntzschel, Hiltrud: Meysenbug, Malwida von, in: Neue Deutsche Biografie, Bd. 17, Berlin 1994, S. 407–409.

weltgewandten und einst mit Wagner und Nietzsche befreundeten Schriftstellerin („Memoiren einer Idealistin“) einen Brief an und setzt emphatisch hinzu: „Was verdanken die treuen Jünger ihrer Idealistin, was dem Worte und dem Beispiele der verehrungswürdigen, lieben Freundin? den heftigen Widerwillen gegen ‚satte Tugend und zahlungsfähige Moral‘, ¹⁶ das starke Vertrauen auf den schließlichen Sieg des ‚Wahren, Guten, Schönen‘, den festen Glauben an die hohe Bestimmung der Menschen zu ‚liberté, égalité, fraternité‘.“ ¹⁷ Kaum verschleiert beschreibt der Verfasser zugleich das eigene Welt- und Menschenbild: Sein Idealismus und der an der Antike geschulte Humanismus lassen ihn Demokratie und Menschenrechte als leitende Werte für die Moderne definieren. Einem (teils übersteigerten) und das Kaiserreich um 1900 prägenden Nationalismus setzte er die (universalen) Werte der Französischen Revolution entgegen.

Der Bericht von Vaubel (s. o.) weist darauf hin, dass Hüters Weltanschauung und politische Haltung zurzeit der Monarchie vielen Zeitgenossen bekannt waren. Als Sozialdemokrat muss er im Kollegium einen schweren Stand gehabt haben, war die Mehrheit der Lehrer doch dem damaligen Zeitgeist entsprechend konservativ und national eingestellt. Welche tiefgreifenden Folgen eine sozialdemokratische Betätigung haben konnte, zeigt die Relegierung von Ludwig Hüters jungem Gießener Lehramtskollegen Eduard David aus dem Schuldienst 1894. ¹⁸ Dieser hatte die in Gießen erscheinende und auf die Verankerung und Stärkung der SPD in der ländlich geprägten Umgebung ausgerichtete „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ ¹⁹ mitgegründet und war auf eigenen Wunsch zur Ausübung der Redaktionstätig-

-
- 16 Hierbei handelt es sich um ein Zitat aus dem Gedicht „Anno 1829“ von Heinrich Heine.
- 17 Goethe- und Schiller-Archiv / Klassik Stiftung Weimar, 116 [= Bestand Meysenbug], Nr. 120, Brief Ludwig Hüters an Malwida von Meysenbug vom 25. Oktober 1896.
- 18 Zu David (1863–1930) vgl. Ritter, Gerhard A.: David, Eduard Heinrich, in: Neue Deutsche Biografie, Bd. 3, Berlin 1957, S. 535. David war wie Hüter früherer Schüler des Großherzoglichen Gymnasiums und dort nach dem Studium Akzessist gewesen. SPD-Politiker, 1893 Mitbegründer der Mitteldeutschen Sonntagszeitung und 1896 Mitglied des großherzoglich-hessischen Landtags, 1903 des Reichstags. Er gehörte dem rechten („revisionistischen“) Parteiflügel der SPD an, vertrat während des 1. Weltkriegs eine Burgfriedenspolitik und befürwortete den Erwerb von Kolonien. Im Oktober 1918 noch zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt, war er 1919 erster Präsident der Weimarer Nationalversammlung und später mehrfach Reichsminister in Koalitionsregierungen.
- 19 Zur „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“, die ab 1906 als „Oberhessische Volkszeitung“ firmierte, vgl. Friedel, Mathias: Politische Presse und Parlamentarismus in Hessen. Vom Kaiserreich zum Land Hessen (1868/71–1946), Wiesbaden 2017, S. 178–180. Dort wird das Blatt als führendes, gemäßigttes Parteiorgan beschrieben, das „prononciert darauf ausgerichtet [war], die Landbevölkerung für die Sozialdemokratie zu gewinnen und zugleich die in Mittel- und Nordhessen auf Stimmenfang gehenden ‚Antisemitischen Schimpfapostel‘ (...) zu verdrängen“ (ebd., S. 179). Letzterer Begriff stammt von Philipp Scheidemann, der Ende 1895 Redakteur der Sonntagszeitung wurde, später aber Bekanntheit v. a. durch sein politisches Wirken auf Reichsebene erlangte: als Staatssekretär im Kabinett Baden (Oktober/November 1918), Mitglied im Rat der Volksbeauftragten (November 1918 bis Februar 1919) und Reichskanzler 1919/20.

keit beurlaubt – und bald darauf entlassen worden, nachdem er die von offizieller Seite gestellte Frage bejaht hatte, ob sein Engagement der Sozialdemokratie gelte.²⁰

Ludwig Hüter trat als sein Mitstreiter offenbar weit weniger merklich in Erscheinung – jedenfalls sind keine zeitgenössischen Quellen aus dem Kaiserreich bekannt, die ihn etwa als politischen Redner oder Beiträger des erwähnten SPD-Parteiorgans ausweisen. Es deutet auch nichts darauf hin, dass er disziplinarrechtlich unter Druck gesetzt oder zur Mäßigung aufgefordert worden wäre. Umso mehr muss man sich daher Berichten zuwenden, die zwar aus der Weimarer Republik stammen, trotz des Zeitabstands aber ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit besitzen, zumal neben Hüter selbst damals noch viele Zeitgenossen die Aussagen bezeugen konnten. Instruktiv ist insbesondere, wie die „Oberhessische Volkszeitung“ Hüter anlässlich des 70. Geburtstages für seine Verdienste um die Sozialdemokratie ehrt. Dabei charakterisiert sie ihn ausgehend von seinen Anfängen am Gymnasium: „Bald verband ihn mit dem gleichfalls hier tätigen (SPD-)Genossen Dr. Eduard David eine enge Freundschaft, die es mit sich brachte, dass auch der junge Gelehrte Hüter ein überzeugter Sozialist wurde. Als Dr. David die ‚Mitteldeutsche Sonntagszeitung‘, den Vorläufer unserer ‚Oberhessischen Volkszeitung‘, gründete, fand er in Prof. Hüter einen eifrigen Mitarbeiter, der mit seinen grundsätzlichen Darlegungen über den Sozialismus wesentlich dazu beitrug, den steinigen Boden Oberhessens für unsere Bewegung vorzubereiten. Dieser Betätigung, die durch eine enge persönliche Verbundenheit mit Wilhelm Liebknecht,²¹ einem der Gründerväter der SPD, der ebenfalls ein Sohn unserer Stadt ist, eine weitere Befruchtung erhielt, blieb Genosse Hüter auch treu, als sein Freund Dr. David sein Tätigkeitsfeld nach Mainz verlegte [das war 1896, d. V.]. Allen persönlichen Nachteilen zum Trotz verleugnete Prof. Hüter auch als Beamter des monarchistischen Systems niemals seine Gesinnung. Er war nicht nur eine aufrechte und starke Persönlichkeit, sondern auch als hervorragender Gelehrter und vorzüglicher Pädagoge einer der besten und beliebtesten Lehrer des hiesigen Gymnasiums.“²² Was

20 Vgl. Miller, Susanne: Einleitung, in: Dies. (Bearb.): Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. Bearbeitet in Verbindung mit Erich Matthias (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Reihe 1: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 4), Düsseldorf 1966, S. XI–XXXVI, hier: S. XIII f., sowie Friedel, Politische Presse (wie FN 19), S. 57.

21 Zu Liebknecht (1826–1900) vgl. Schröder, Wolfgang: Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier. Ein Fragment. Herausgegeben von Renate Dreßler-Schröder und Klaus Kinner (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XVIII), Berlin 2013; ferner Weisershaus, Friedrich Wilhelm: Wilhelm Liebknecht. Das unruhige Leben eines Sozialdemokraten. Eine Biographie, Gütersloh 1976 sowie Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 298 f. Auch Liebknecht war Schüler des Großherzoglichen Gymnasiums zu Gießen gewesen.

22 Prof. Dr. Hüter 70 Jahre alt, in: Oberhessische Volkszeitung, 23. November 1931. Etwas deutlicher hinsichtlich des Verhältnisses zu Liebknecht wird – auch vor dem Hintergrund des 70. Geburtstags – die Bundeszeitung des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes. Dort ist zu lesen: „Auch mit Wilhelm Liebknecht, der seit der Aufhebung des Sozialisten-



Abb. 3: Eduard David (1863–1930),
Bundesarchiv, Bild 183-H28785
(CC-BY-SA 3.0).

für die politische Betätigung gilt, trifft auch auf Hüters Verhältnis zu Parteigrößen wie Eduard David und Wilhelm Liebknecht zu: Es bleibt für die Zeit des Wilhelminismus weitgehend im Dunkeln. Das kann sich ändern, wenn weitere Hüter-Korrespondenzen oder andere Quellen „entdeckt“ werden und Abhilfe schaffen. Bis dahin stützt sich die Analyse freilich notgedrungen auf Indizien.

Solche Indizien liefert auch der „Fall Schädel“, ein landes-, ja reichsweiter Skandal um den damaligen Direktor des Gymnasiums Dr. Ludwig Schädel aus den Jahren 1904/05. Hüters (Schul-) Freund und Parteigenosse Eduard David brachte die Affäre um Missstände an Gießens renommierter Schule im großherzoglich-hessischen Landtag zur Sprache und wirbelte damit viel Staub auf, brachten seine Enthüllungen doch die Regierung in Erklärungsnot. Allein über 20 Seiten umfassen die Protokolle des Landtags von 1905 dazu. Folge war das vorzeitige Ausscheiden Schädels aus dem Dienst und die Verschiebung der 300-Jahrfeier des Gymnasiums um zwei Jahre – statt 1905 wurde sie 1907 zusammen mit dem Jubiläum der Universität gefeiert.²³ Welchen Bezug hatte Ludwig Hüter zu diesem Politikum? Der frühere Gießener Gymnasiast Walter Schonebohm erinnerte sich 1955, der LLG-Lehrer habe darüber nach dem Krieg, ca. 1920/21, in der „Oberhessischen Volkszeitung“ berichtet und fünf Kollegen aufgeführt, die sich bald nach Dienstantritt Schädels zusammengenommen hätten, um ihn zu stürzen.²⁴ Überprüfen lässt sich dieser Hinweis nicht, weil der Großteil der Ausgaben der „Volkszeitung“ – darunter jene der 1920er Jahre – infolge des NS-Terrors gegen die Arbeiterbewegung als verschollen gilt. So bleibt der Spekulation überlassen, wen genau Hüter als Gegner des Schuldirektors benannte. Aufgrund der freundschaftlichen Nähe zu Eduard David, der den Stein ins Rollen brachte, erscheint jedoch naheliegend, dass Hüter bereits 1904/05 über die

gesetzes in Berlin lebte, trat der junge Hüter bald in persönliche freundschaftliche Fühlung“, Ludwig Hüter zum 70. Geburtstag, in: Der Wegweiser, Nr. 1, 1932, S. 3–5, hier: S. 3.

23 Vgl. Dauernheim, Jürgen: Der Fall Schädel – oder: Weshalb die 300-Jahrfeier des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums nicht 1905, sondern erst 1907 stattfand. Kriminalstück, in: MOHG 91 (2006), S. 25–43.

24 Vgl. Schonebohm, Walter: Erinnerungen an meine Schulzeit am LLG 1892–1901, in: Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis, Nr. 10 (Februar 1955), S. 8–11.

Hintergründe des Skandals und das Durchstechen von Informationen an den SPD-Abgeordneten im Bilde war.

Einmal begegnet der Name Hüters dann doch vor dem Ende des Kaiserreichs in einem klar politischen Kontext, und zwar am 16. März 1918 im „Gießener Anzeiger“ als Unterzeichner einer Einladung zur öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Gießen des Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Dabei handelte es sich um eine überparteiliche Plattform, die sich im Zeichen der wachsenden innenpolitischen Polarisierung des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg für einen Verständigungsfrieden und die Parlamentarisierung starkmachte und sich auf SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei (FVP) sowie auf die Gewerkschaftsverbände stützen konnte. Im Herbst 1917 konstituiert war der Volksbund eine Gegen gründung zur rechtsradikalen Deutschen Vaterlandspartei, die Hunderttausende für einen „Siegfrieden“, für weitgehende Annexionen und gegen innere Reformen mobilisierte.²⁵ Im „Anzeiger“ riefen nun also Hüter und seine Mitstreiter zur Teilnahme am 20. März im Saal des Hotels „Fürstenhof“ auf. Erläuternd wurde hinzugesetzt: „Nach § 2 seiner Vereinssatzung wirkt der Volksbund für die Sammlung der Volkskräfte während des Krieges, den sofortigen freiheitlichen Ausbau im Innern und einen volkstümlichen, dauernden Frieden.“²⁶ Das spätere Eintreten Hüters als Funktionär des DRLB für die Republik und gegen die drohende NS-Diktatur scheint mit dieser politischen Agenda und angesichts des lagerübergreifenden Charakters des Volksbundes vorgezeichnet gewesen zu sein.

Während gleichwohl auf dem politischen Feld zumeist mit Mutmaßungen und Plausibilitäten operiert werden muss, beleuchten amtliche Dokumente aus der Zeit vor 1918 neben der Lehrtätigkeit Hüters auch die Hintergründe seines familiären und persönlichen Umfelds. Er erlitt zwei schmerzhafteste Verluste. Am 24. Januar 1899 starb seine junge Frau Bertha Christiane Margarete Hüter, geb. Weber (* 15. März 1868), Tochter des Malers Anton Weber (1833–1909), nur elf Tage, nachdem sie den Sohn Andreas August Friedrich Anton zur Welt gebracht hatte.²⁷ Dieser wiederum ließ sein Leben als Soldat am 16. Juli 1918, wenige Monate vor dem Ende des 1. Weltkriegs, im Feldlazarett in Aussonce bei Reims nach einer deutschen Offensive.²⁸

25 Vgl. Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt a. M. 1995, S. 259 f.

26 Gießener Anzeiger, 16. März 1918, Zweites Blatt, S. 4. Zu den Unterzeichnern gehörten neben Ludwig Hüter u. a. auch der Bibliotheksdirektor Karl Ebel, der Literat und spätere Politiker und Widerstandskämpfer Theodor Haubach, der Jurist Wolfgang Mittermaier sowie der Lehrer und FVP-Landtagsabgeordnete Otto Urstadt.

27 Die Ehe war im Vorjahr geschlossen worden, nachdem ein Gesuch Hüters zur Dispensation der fristgerechten Bekanntmachung des Aufgebots am 16. März 1898 positiv entschieden worden war. Verkompliziert worden war der Fall dadurch, dass sich die Braut zu Beginn des Jahres gerade auf einem mehrmonatigen USA-Aufenthalt befand, vgl. HStAD, G 28 Giessen, Nr. F 8066.

28 Vgl. StdtAG, Personenstandskartei – Eintrag auf Karte von Ludwig Hüter.

Zuvor hatte der junge Vater und Witwer Ludwig Hüter am 13. Juli 1900 Marianne Weber (* 13. April 1873 in Berlin) geheiratet, die Schwester der verstorbenen Ehefrau.²⁹ Ihre Tochter Margaret(h)e Emilia wurde am 7. Juni 1901 geboren; sie war nach einem Aufenthalt in Freiburg (vermutlich bereits zum Studium) von 1922 bis 1927 wieder in Gießen unter der Adresse der Eltern gemeldet und begegnet in der Gießener Personenstandskartei als Studentin bzw. wissenschaftliche Arbeiterin.³⁰ Am 1. April 1916 kam Pflөгetochter Margarete (* 6. Juni 1915 in Solingen) hinzu, zuweilen Gerda genannt.³¹ Hüters zweite Ehefrau, Marianne, engagierte sich bereits ausgangs des Kaiserreichs in der bürgerlichen Frauenbewegung. So war sie von 1912 bis 1914 Rechnerin im Frauenstimmrechtsverein und nahm 1913 an der in Gießen tagenden Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins teil, der von Helene Lange geführt wurde.³² Nach mehreren Wohnsitzwechseln in Gießen erwarb Ludwig Hüter am 1. Dezember 1917 das Haus („Hofreite“) Steinstraße 90 mitsamt einem benachbarten Gartengrundstück.³³ Dort blieb er auch bis zum Lebensende wohnen.

2. Streiter für die Demokratie – Hüter in der Weimarer Republik

Die Gründung der Weimarer Republik bedeutete für Ludwig Hüter eine mit großen Hoffnungen und Erwartungen verbundene Zäsur. Erstmals lebte der bekennende Sozialdemokrat in einem demokratisch verfassten Staat. In Darmstadt stand nun nicht mehr der Großherzog an der Spitze, sondern als Staatspräsident des neuen Volksstaates Hessen der Sozialdemokrat Carl Ulrich (1919–1928).³⁴ Im Gegensatz zur Reichsebene zeichneten sich die Verhältnisse durch ein hohes Maß an politischer Stabilität aus, setzte sich das Kabinett bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 doch durchweg aus Vertretern der „Weimarer Koalition“ (SPD, Zentrum und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei, kurz: DDP) zusammen. Hüter erlaubten diese Umstände, sich mit der bildungspolitischen Verbandsarbeit sowie mit dem Eintreten für die republikanische Regierungsform einen neuen Wirkungskreis zu erschließen. Dieser beanspruchte gegenüber Familie und Schule zunehmend mehr Raum. Nach der Pensionierung am 10. Oktober 1926 dürfte das hierfür investierte Zeitbudget nochmals zugenommen haben.

29 Vgl. ebd., Sterberegister Gießen 1939, Nr. 292 – Sterbefall Marianne Hüter.

30 Vgl. ebd., Personenstandskartei – Karte von Margarete Hüter. Auf der Karte von Ludwig Hüter wird ihre Studienfachrichtung näher mit „stud. rer. pol.“ beschrieben.

31 Vgl. ebd. – Karte von Grete Nippes, später Hüter.

32 Vgl. Klein, Dagmar: Von der Wohltätigkeit zum politischen Engagement. Die Gießener Frauenvereine 1850–1933, Gießen 2006, S. 100.

33 Vgl. StdtAG, 1/3, Nr. 305 [= Grundbuch der Gemarkung Giessen, Bd. 1b, 1915 ff.], Bl. 491.

34 Zu Ulrich (1853–1933) vgl. Mühlhausen, Walter: Vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten (Blickpunkt Hessen 3), Wiesbaden 2003.



Abb. 4: Kollegium des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums 1920 mit Ludwig Hüter (sitzend, 2. von rechts), Landgraf-Ludwigs-Gymnasium – Fotoarchiv.

Volkspädagogik für die demokratische Republik

Das erste nach außen erkennbare Engagement in dieser Richtung entwickelte Hüter, indem er seit 1919 an der Volkshochschule (VHS) Gießen als Kursleiter und Vortragender auftrat. Diese hatte sich dem Ziel einer vollständigen Umstrukturierung des Erziehungswesens verschrieben. Bildung und Kulturarbeit für Erwachsene sollten dazu beitragen, in einer Zeit des Umbruchs sozialen Frieden herzustellen und demokratische Teilhabe als Lebensform zu etablieren.³⁵ So bot Hüter im ersten VHS-Semester (Herbst 1919) einen Kurs mit dem Titel „Revolution. Erläutert hauptsächlich an der römischen Geschichte“ an. Inhaltlich behandelte er „Wesen und Arten der Revolution, wirtschaftliche und politische Zustände sowie u.a. Ursachen und Folgen, Verläufe, Parteien u.v.m.“.³⁶ Dabei suchte er – wohl von seiner humanistisch-pädagogischen Expertise als Gymnasialprofessor ausgehend – „die exemplarische Auseinandersetzung mit dem Thema Revolution in einer Phase, als der Alltag der Menschen ebenfalls von Revolutionen betroffen war und diese Grundlagenwissen für die Teilnahme am Staatsleben brauchten“. Auch in der Folge blieb Ludwig Hüter im Programm der VHS präsent, allerdings zunächst mit literarischen Themen wie Goethes „Faust“³⁷ oder der deutschen Literaturgeschichte

35 Vgl. Krautheim, Hans-Jobst/Krautheim, Ulrike/Rohrbach, Rita: Aufbruch in die Demokratie. Die Gießener Volkshochschule 1919–1947, in: MOHG 103 (2018), S. 139–192, hier: S. 157–161.

36 Hier und im Folgenden ebd., S. 163.

37 Vgl. Gießener Anzeiger, 3. Mai 1920, Erstes Blatt, S. 2.

von den Anfängen bis zum Ende des Mittelalters.³⁸ Im Einklang mit seiner Tätigkeit als VHS-Dozent steht die Anerkennung, die Hüter als Pädagoge in sozialdemokratischen Kreisen genoss. Anlässlich eines runden Geburtstages ist der Parteizeitung entnehmbar: „Mit besonderer Hingabe und Befähigung stellte er sich in den Dienst der Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft. Mit der ihm eigenen Volkstümlichkeit verstand er es ausgezeichnet, selbst schwierige wissenschaftliche Probleme seinen zahlreichen einfachen Hörern verständlich und zugänglich zu machen. Auf diesem Gebiet hat ihm die Arbeiterschaft nicht nur unseres engeren Heimatgebietes unendlich viel zu danken“.³⁹

Die Anfänge der Ortsgruppe Gießen des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes

In der gerade zitierten Laudatio seiner Genossen heißt es über Ludwig Hüters Wirken für den Deutschen Republikanischen Lehrerbund, er hätte sich „den größten Dank aller Republikaner (...) mit der Gründung des Republikanischen Lehrerbundes [erworben]. Den Anstoß hierzu gab die von ihm längst erkannte Tatsache, daß die staatsbürgerliche Erziehung unserer Jugend in den Schulen im neuzeitlichen republikanischen Sinne außerordentlich viel zu wünschen übrig ließ. Diesem Mangel abzuhelfen, war ihm eine heilige Aufgabe“.

Tatsächlich beginnt die politisch wirkmächtigste Phase im Leben Hüters mit der Gründung der Ortsgruppe Gießen des parteiübergreifenden „Deutschen Republikanischen Lehrerbundes“, die er mit 35 Lehrerkollegen verschiedener Bildungseinrichtungen von der Volksschule über höhere Schulen, Berufsschulen bis zur Universität initiierte. Diese republikanisch gesinnte Gruppe traf sich am 15. Januar 1922 sinnigerweise im Hotel „Großherzog von Hessen“ (Westanlage / Ecke Bahnhofstraße, im Krieg zerstört), um zu beraten, wie sich das republikanische Weltbild im Bildungswesen befördern lasse.⁴⁰ Am 11. Februar berichtet der „Gießener Anzeiger“, die Ortsgruppe hätte die Satzungen beraten und einen Vorstand gewählt.⁴¹ In derselben Ausgabe erscheint ein Beitrittsaufruf, der das Programm wie folgt umreißt: „Wir stehen auf dem Boden der durch die Weimarer Verfassung geschaffenen demokratischen und sozial gerichteten Republik. Wir erblicken in ihr die würdigste, zugleich die für Deutschlands innere und äußere Politik jetzt einzig mögliche Staatsform, die nach dem Zusammenbruch des alten Systems unserem schwer bedrückten Vaterland den Frieden zu wahren vermag und der Erfüllung des nationalen Sehns nach einem großdeutschen Einheitsstaat die Wege ebnen kann. Wir wollen die heranwachsende Jugend zu sozialem Fühlen und Handeln, zu republikanischem Verantwortlichkeitsgefühl und zu demokra-

38 Vgl. ebd., 17. Oktober 1921, Zweites Blatt, S. 1.

39 Hier und im Folgenden Prof. Dr. Hüter (wie FN 22).

40 Vgl. Gießener Anzeiger, 23. Januar 1922, Erstes Blatt, S. 2.

41 Vgl. ebd., 11. Februar 1922, Erstes Blatt, S. 2.

Republikanischer Lehrerbund

an Volks-, Mittel- und Hochschulen
Ortsgruppe Gießen.

Wir stehen auf dem Boden der durch die Weimarer Verfassung geschaffenen

demokratischen und sozialgerichteten Republik.

Wir erblicken in ihr die würdigste, zugleich die für Deutschlands innere und äußere Politik jetzt einzig mögliche Staatsform, die nach dem Zusammenbruch des alten Systems unserem schwer bedrückten Vaterland den Frieden zu wahren vermag und der Erfüllung des nationalen Sehns nach einem großdeutschen Einheitsstaat die Wege ebnen kann.

Wir wollen die heranwachsende Jugend zu sozialem Fühlen und Handeln, zu republikanischem Verantwortlichkeitsgefühl und zu demokratischer Achtung vor der freien Persönlichkeit und ihren Rechten erziehen, durch unser Beispiel nicht minder als durch unbedingte Wahrhaftigkeit in Unterricht und Lehre.

Wir sind entschlossen, jeder an Schulen sich zeigenden, gegen die Republik gerichteten Propaganda entgegenzutreten, von welcher Seite sie auch komme.

Wir werden Anfeindungen und Schädigungen, die Lehrern oder Schülern aus ihrem Bekenntnisse zur Republik erwachsen, gemeinsam abwehren.

Wir treiben keine Parteipolitik. In unseren Reihen ist jeder ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit willkommen, der sich rückhaltlos zur deutschen Republik bekennt.

Zum Beitritt fordern auf

von der Universität: Ernst von Aster, Paul Cermak, Robert Frihsche, Hugo Hepding, Georg Honigmann, Walter Kinkel, Kurt Koffka, Wolfgang Mittermaier, Karl Schaum, Karl Ludwig Schmidt, Karl Uller, Oswald Weidenbach;

von den höheren Schulen: Wilhelm Hahn, Ludwig Hebermehl, Ludwig Hüter, Siegfried Kann, Karl Michel, David Sander, Otto Weißgerber;

von den Volksschulen: Julius Biedenkopf, Wilhelm Dieß (Dieß), Fritz Euler, Martin Fischer, Luise Fliß, Pauline Grossart, Otto Grünebaum, Ernst Hahn (Hungen), Friedrich Huf, Heinrich Guth, Wilhelm Loos, Friedrich Ost, Ernst Ploch (Vollar), Johannes Reul, Hermann Schmidt.

140513

Abb. 5: Gründung Ortsgruppe Gießen des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes, aus: Gießener Anzeiger vom 11. Februar 1922.

tischer Achtung vor der freien Persönlichkeit und ihren Rechten erziehen, durch unser Beispiel nicht minder als durch unbedingte Wahrhaftigkeit in Unterricht und Lehre. Wir sind entschlossen, jeder an Schulen sich zeigenden, gegen die Republik gerichteten Propaganda entgegenzutreten, von welcher Seite sie auch komme. Wir werden Anfeindungen und Schädigungen, die Lehrern oder Schülern aus ihrem Bekenntnisse zur Republik erwachsen, gemeinsam abwehren. Wir treiben keine Parteipolitik. In unseren Kreisen ist jeder ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit willkommen, der sich rückhaltlos zur deutschen Republik bekennt“.⁴²

Dem Vorstand gehörten zunächst an: der Volksschulrektor Wilhelm Loos (1. Vorsitz),⁴³ Philosophieprofessor Ernst von Aster (2. Vorsitz),⁴⁴ Oberstudienrat Prof. Hüter (3. Vorsitz), Berufsschullehrer Friedrich Huf (Schriftführer) und der Zeichenlehrer Josef Klein (Rechner). Während Aster sowie Hüter der SPD angehörten, hatte Loos von 1919 bis 1921 für die DDP im Landtag des Volksstaates gesessen.

Dass sich viele „fortschrittliche“ Kräfte in Gießen enger um diese Männer zusammenschlossen, hatte wohl mit der Wahrnehmung einer Bedrohung der Republik zu tun. Diese manifestierte sich etwa in rechtsradikalen Netzwerken in der Region⁴⁵ und in den rechtsterroristischen Morden an Matthias Erzberger (Zentrum) und Reichsaußenminister Walter Rathenau (DDP) 1921/22 – ebenso aber auch im Stimmenzuwachs für Parteien, die der Republik distanziert (Deutsche Volkspartei, kurz: DVP) bis ablehnend (Deutschnationale Volkspartei, kurz: DNVP) gegenüberstanden. Der damalige Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) brachte die Lage im berühmt gewordenen Wort: „Der Feind steht rechts“ auf den Punkt. In den Bildungsanstalten teilten Anhänger von Republik und Demokratie diese Einschätzung.⁴⁶ Weitere im öffentlichen Dienst beschäftigte republikanisch Gesinn-

42 Ebd., Zweites Blatt, S. 3. Diese Erklärung wird 1924 fast wortgleich im Vorwort zur ersten Ausgabe der Verbandszeitschrift wiedergegeben, vgl. *Der Wegweiser*, Nr. 1/2, 1924, S. 3. Sie wird mehrfach im gleichen Sinne wiederholt, 1930 aber noch erweitert und präzisiert: Der DRLB erstrebt die „Zusammenfassung aller Lehrer und Lehrerinnen“ an allen Bildungsanstalten, die sich „zur Deutschen Republik und ihren Symbolen bekennen [= Schwarz-Rot-Gold als Nationalfarben und das „Lied der Deutschen“ als Nationalhymne, d. V.] und deren Zweck die gemeinsame Arbeit an der Ausbreitung und Vertiefung des republikanischen Staatsgedankens und an der Erziehung republikanischer Menschen im Sinne der Weimarer Verfassung ist“, ebd., Nr. 4/5, 1930, S. 157 f.

43 Zu Loos (1885–1948) vgl. „Loos, Wilhelm“, in: *Hessische Biografie* <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/1156048591>> (Stand: 29.3.2023).

44 Zu Aster (1880–1948) vgl. Baumgartner, Hans Michael: Ernst von Aster (1880–1945) / Philosoph, in: Hans Georg Gundel, Peter Moraw und Volker Press (Hrsg.): *Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Erster Teil (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 35)*, Marburg 1982, S. 6–11.

45 Vgl. Meinel, Susanne: *Brigade Ehrhardt, Organisation Consul und Bund Wiking: Das Spinnennetz rechtsradikaler Verbände in Mittelhessen 1920–1925*, in: *Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins* 36 (1993), S. 55–101.

46 Zur Lage an den Universitäten vgl. Mühlhausen, Walter: *Das Weimar-Experiment. Die erste deutsche Demokratie 1918–1933*, Bonn 2019, S. 206: „Es war die Zeit, als Professoren der Universitäten, denen als ‚Pflanzstätten des Geistes‘ (so der Kasseler Regierungspräsident



Abb. 6: Wilhelm Loos (1885–1948),
StadtAG, Foto- und Bildersammlung.

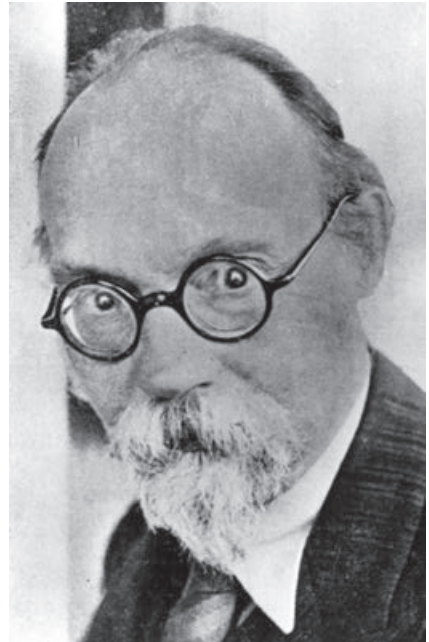


Abb. 7: Ernst von Aster (1880–1948),
Universitätsarchiv Gießen, Bildarchiv.

te organisierten sich, u. a. Richter, Anwälte, Pfarrer; ferner wurde die Republikanische Beschwerdestelle e. V. gegründet.⁴⁷

Gießen wird „Vorort“ des DRLB

Als sich in der Inflationszeit 1922/23 die älteren DRLB-Ortsgruppen in Freiburg, Dortmund, Frankfurt und anderswo auflösten und nur Gießen weiterarbeitete, erklärte dessen Ortsgruppe sich im Mai 1923 zum „Vorort“, und so wurde deren Vorstand gleichsam „Bundesvorstand“. Als Bundesadresse fungierten die Privatanschriften von Vorstandsmitgliedern: 1926 Löberstraße 25 (Friedrich Huf) und 1928 Steinstraße 90 (Ludwig Hüter). Aus dieser Ortsgruppe entwickelte sich in der Weimarer Republik eine allmählich reichsweit operierende und in der Schul- und Bildungspolitik verschiedener Regierungen der „Weimarer Koalition“ (v. a. Hessen und Preußen) einflussreiche Organisation. Dennoch war und blieb Gießen das Zentrum des

Ferdinand Friedensburg 1929) eine wichtige Funktion im Prozess der politisch-demokratischen Bildung zukam, tosenden Beifall ernteten, wenn sie in den Vorlesungen die Republik und ihre Repräsentanten in den Schmutz zogen“.

47 Zur Republikanischen Beschwerdestelle vgl. Jung, Otmar: Verfassungsschutz privat: Die Republikanische Beschwerdestelle e.V. 1924–1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 35 (1987), H. 1, S. 65–93.

Bundes. So umreißt Handelsstudienrat Barthel (Bad Nauheim) anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Ortsgruppe ihr Verdienst in der „Oberhessischen Volkszeitung“ vom 9. Februar 1932 mit den Worten: „Es bleibt für alle Zeiten ein glänzendes Zeugnis für den Vorstand und die Mitglieder der Gießener Ortsgruppe, daß sie die Notwendigkeit der Ausbreitung des Bundes nicht nur erkannten, sondern diese Aufgabe auch ernst nahmen. Insbesondere war es das Vorstandsmitglied Professor Hüter, der in zäher und zielbewußter Arbeit die republikanischen Lehrer für die Ziele des Bundes interessierte und die Gründung der meisten Ortsgruppen im übrigen Deutschland entscheidend beeinflußte, so daß heute der Bund in der republikanischen Bewegung überhaupt ein beachtenswerter Faktor ist“.⁴⁸

Tätigkeitsfelder des DRLB und der Ortsgruppe Gießen

Seit 1924 wirkte Gymnasialprofessor Hüter zusammen mit Friedrich Huf als Herausgeber des „Wegweisers“, der Zeitschrift des Lehrerbundes mit Erscheinungsort Gießen.⁴⁹ Dessen erste Nummer formulierte sogleich die vier Tätigkeitsfelder, in denen die Gießener Ortsgruppe zu arbeiten bestrebt war: 1. In der Lehrtätigkeit wird jede tendenziöse Darstellung verworfen und „unbedingte Wahrhaftigkeit“⁵⁰ auf allen Wissensgebieten gefordert. Die lebendige Anteilnahme der Schüler „an politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen“ soll „namentlich durch staatsbürgerliche Erziehung“ gefördert werden. 2. In der Schulverwaltung geht es „um die Ausmerzung wertloser Literatur“ aus den Büchereien der Schulen, deren Ersetzung durch Schriften, „die zur Wahrhaftigkeit und sozialer Gesinnung erziehen“, und die „Umgestaltung der Lehrbücher im gleichen Sinne“. Erhebliche Fälle antirepublikanischer Propaganda, von Anfeindungen republikanisch gesinnter Lehrer und Schüler „sollen geklärt und möglichst im Wege kollegialer Aussprache erledigt werden“. 3. In der Öffentlichkeit wollen die Mitglieder aufklärend wirken, und 4. im privaten Leben „durch wahrhaft demokratisches, für Schüler beispielgebendes Auftreten und Handeln (...) arbeiten“.

Seit Beginn hält der Bund „aufklärende Vorträge für besonders wichtig, [um] den Geist des neuen Deutschlands, der demokratischen Republik, kennen zu lernen“. So referierten schon 1922 der Freiburger Rechtswissenschaftler Hermann Kantorowicz über „Das Wesen der Republik“ und Hüter über „Unsere Stellung im Geschichtsunterricht“. Ferner gab es Gedenkreden zum Jahrestag der Ermordung Rathenaus oder zur Erinnerung an Vorkämpfer der Demokratie in Deutschland im 19. Jahrhundert. In Vortragsreihen zur bürgerlich-demokratischen Tradition Deutschlands referierte neben Hüter und Huf etwa auch der Historiker und spätere Politiker Ludwig Bergsträsser.⁵¹ Dabei ging es u. a. um Immanuel Kant,

48 Zit. n. Der Wegweiser, Nr. 2/3, 1932, S. 73.

49 Vgl. ebd., Nr. 1/2, 1924, S. 1.

50 Hier und im Folgenden ebd., S. 3.

51 Zu Bergsträsser (1883–1960) vgl. Franz, Eckhart G.: Ludwig Bergsträsser (1883–1960), in: Bernd Heidenreich und Walter Mühlhausen (Hrsg.): Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 187–200.

die Paulskirche, Carl Schurz, Friedrich Ludwig Jahn oder Robert Blum. Hinzu kamen Resolutionen und Eingaben an verschiedene Ministerien, etwa die Kultusministerien Preußens und des Volksstaates Hessen. Der DRLB erstellte Denkschriften, verabschiedete Entschlüsse, Appelle und Aufrufe, verfasste Buchkritiken und -empfehlungen – auch hier war Hüter oft federführend –, solidarisierte sich mit angegriffenen republikanischen Lehrkräften und half ihnen durch Veröffentlichung, wodurch Fälle reichsweite Aufmerksamkeit fanden. Er positionierte sich gemäß dem Wort des Gießener Philosophieprofessors August Messer⁵² als „gemeinsame Schutzorganisation“⁵³ für jene, die sich offen zur „heutigen deutschen Republik bekennen“.

Mit Blick auf die Bedrängung republikanischer Lehrkräfte registrierte man im Lauf der Zeit eine Verschärfung, so dass Preußens Unterrichtsminister Carl Heinrich Becker, ein DRLB-Förderer, 1926 im Landtag vom „Martyrium republikanischer Lehrer“⁵⁴ sprach. ‚Wenn Sie die Akten des Kultusministeriums sich ansehen‘ – und dabei wandte er sich gegen rechts – ‚so würden Sie erkennen, daß man geradezu von einem Martyrium reden kann, das diejenigen Schulmänner durchmachen müssen, die für den republikanischen Gedanken eintreten‘. Mit den Mitteln des Boykotts, der Beschimpfung, Verleumdung und Denunziation wurden die republikanischen Lehrer bekämpft.⁵⁵ Im „Wegweiser“ häuften sich die Meldungen über beunruhigende Fälle. Besonders übel war es wohl in Ostelbien und am schlimmsten in Pommern, wie es an einer Stelle heißt.⁵⁶

Beispielhaft, wenngleich untypisch für den Einsatz zugunsten republikanischer Lehrkräfte ist ein Fall von 1930. Hierbei verwandte sich Ludwig Hüter im Namen des DRLB gegenüber dem Regierungspräsidenten von Kassel, Ferdinand Friedensburg (DDP),⁵⁷ für einen „Bundesfreund“⁵⁸ im „verbohrt nationalsozialistischen Nest“ Rollshausen (Kreis Marburg) und unterstützte dessen Bewerbung um eine freie Stelle als Lehrer in Ockershausen bei Marburg. In der im Nach-

52 Zu Messer (1867–1937) vgl. Kanitscheider, Bernulf: August Messer (1867–1937)/Philosoph, in: Hans Georg Gundel, Peter Moraw und Volker Press (Hrsg.): Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zweiter Teil (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 35), Marburg 1982, S. 644–657.

53 Hier und im Folgenden Der Wegweiser, Nr. 2, 1927, S. 35.

54 Hier und im Folgenden zit. n. ebd., Nr. 3/4, 1926, S. 35.

55 Vgl. Müller, Karl: Das Martyrium republikanischer Lehrer, in: Der Wegweiser, Nr. 3/4, 1926, S. 42–45, hier: S. 43.

56 Vgl. Springborn, Friedrich: Wer schützt den republikanischen Lehrer in Ostelbien?, in: Der Wegweiser, Nr. 1, 1930, S. 17–20.

57 Zu Friedensburg (1886–1972) vgl. Agethen, Manfred: Ferdinand Friedensburg (1886–1972). Stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin, in: Günter Buchstab, Brigitte Kaff, Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg i. Brsg. 2004, S. 179–186.

58 Hier und im Folgenden Bundesarchiv Koblenz, N 1114 [= Nachlass Friedensburg], Nr. 16, Bl. 112r, Brief Ludwig Hüters an Regierungspräsident Ferdinand Friedensburg (Kassel) vom 13. August 1930.

lass Friedensburg als Konzept überlieferten Antwort wird bedauernd mitgeteilt, dass die fragliche Stelle bereits anderweitig besetzt worden sei. Bezeichnenderweise führt Friedensburg ferner aus: „Ich halte es im republikanischen Interesse durchaus nicht für besonders erwünscht, wenn die Republikaner in solche Ortschaften drängen, deren Bevölkerung bereits überwiegend republikanisch gesinnt ist. Gerade in Orten mit stark staatsgegnerischer Einstellung hat ein Lehrer eine besonders ernste und wichtige Mission zu erfüllen. Ich bitte es also zu verstehen, wenn ich gerade derartigen Gesuchen gegenüber eine gewisse Zurückhaltung zeige“.⁵⁹ Diese Argumentation lag ganz auf der Linie des Lehrerbundes, so dass Hüter in seiner Erwiderung nur zustimmend ergänzen konnte, dass der Bund seinen „Freunden in solchen Fällen ans Herz [legte], sich auf ihrem schwierigen Posten tapfer durchzusetzen. Denn wir sind überzeugt, dass auf die Dauer auch eine der Republik abgeneigte Elternschaft g[ü]nstig in unserem Sinne beeinflusst wird, wenn gerade der Lehrer taktvoll, aber offen sich zur Republik bekennt“.⁶⁰ Der vorliegende Fall lasse aber eine Versetzung des bedrängten Lehrers wünschenswert erscheinen – an seine Stelle solle „eine energische, vielleicht jüngere republikanische Kraft“⁶¹ treten.

„Der Wegweiser“

Mit der Bundeszeitschrift „Der Wegweiser“ zielte der DRLB darauf, die Reichweite zu vergrößern und seine Anliegen effektiver umzusetzen. Gedruckt wurde sie in der Buchbinderei Otto Meyer in der Ludwigstr. 30 in Gießen.⁶² Mit ihr nahm die Bekanntheit des Bundes langsam, aber stetig zu und ging allmählich weit über den Volksstaat Hessen, das einstige Großherzogtum Hessen, hinaus. Tatsächlich trug der „Wegweiser“ zur Erschließung eines großen Leser- und Unterstützerkreises unter einflussreichen Persönlichkeiten aus Politik, Schule und Wissenschaft bei. Erwähnt werden 1926 u. a. Eduard David, der frühere Reichsjustizminister Gustav Radbruch, der Soziologe Ferdinand Tönnies, der Zentrums-Politiker Friedrich Dessauer, Reichskanzler a. D. Joseph Wirth, Reichsinnenminister Dr. Külz und der hessische Staatspräsident Ulrich.⁶³ Ferner seien „[a]lle Hochschulen des Reiches (...) durch namhafte Lehrer in unserem Leserkreis vertreten“,⁶⁴ darüber hinaus „eine stattliche Anzahl Direktoren höherer Lehranstalten, Rektoren von Mittel- und Volksschulen, Ober-

59 Ebd., Bl. 112v.

60 Hier und im Folgenden ebd., Bl. 113.

61 Im Nachlass Friedensburg findet sich auch ein Briefwechsel, worin Ludwig Hüter dem Regierungspräsidenten am 10. Januar 1928 die Mitgliedschaft im DRLB und den Bezug des „Wegweisers“ nahelegt (vgl. ebd., Bl. 128) und am 24. Januar eine wohlwollende Antwort aus Kassel erhält, die auch positiv auf Hüters Rede anlässlich des Verfassungstages am 11. August 1927 Bezug nimmt (vgl. ebd., Bl. 129). Auf diese Rede wird noch eingegangen werden.

62 Ab 1930 im Verlagshaus Darmstadt, Wolfgang Schröter.

63 Vgl. Der Wegweiser, Nr. 3/4, 1926, S. 35 u. 62.

64 Hier und im Folgenden ebd., S. 62.

schulräten, Schulräten und Schulinspektoren aus vielen Teilen Deutschlands“. Ludwig Hüter hält fest: „Hauptstütze“⁶⁵ sei die „republikanische Volksschullehrerschaft“, am wenigsten vertreten: „Studienräte (...) mit einzelnen rühmlichen Ausnahmen“. Dies hing u. a. damit zusammen, dass die Philologen mit ihrer universitären Ausbildung sich klar von den übrigen Lehrkräften mit zumeist Lehrerseminar-Ausbildung, für die das Abitur nicht vorausgesetzt wurde, unterschieden. Sie sahen sich als Repräsentanten und Verteidiger des Gymnasiums und damit der Dreigliedrigkeit des Schulwesens. Hierzu vertrat der DRLB ab einem gewissen Zeitpunkt die Gegenposition: „[U]nsere Aufgabe liegt vor allem in der Erkämpfung der Einheitsschule, in der Durchdringung der Schule mit sozialem und republikanischem Geist“.⁶⁶ In den ersten vier Jahren standen für den „Wegweiser“ die Gründer Hüter und Huff finanziell gerade. Sie firmierten als Eigentümer, was ihnen sicherlich nicht leicht gefallen war, aber ihr Engagement für die Sache dokumentiert. Erst 1928 ging die Zeitschrift „offiziell in den Besitz des Bundes über“.⁶⁷ Hüter wurde Herausgeber und lieferte als Chefredakteur eine Fülle von Beiträgen.

Republikanische und sozialdemokratische Traditionsbildung und Erinnerungskultur

Der DRLB organisierte zwischen 1925 und 1929 verschiedene Veranstaltungen unter Hüters Vorsitz und mit seinen Vorträgen zu geschichtlichen und gesellschaftspolitischen Themen sowie zur Werbung für den Bund und seine Anliegen. So referierte der Gymnasialprofessor im März 1925 über „Fürst und Volk“, nämlich mit dem „Ziel, den Gedanken des Einheitsstaates in der deutschen Geschichte aufzusuchen“.⁶⁸ Im November 1926 sprach er bei einer Zusammenkunft alter Gießener Gymnasiasten vermutlich an der Robert-Blum-Linde in Gießen, was als Beispiel republikanisch-demokratischer Traditionsbildung im Sinne des DRLB zu verstehen ist. Robert Blum sei, so schreibt Hüter am 9. November 1926 zum Jahrestag von dessen Hinrichtung, „[i]m Vorparlament zu Frankfurt (...) einer der Vizepräsidenten und in der Frankfurter Nationalversammlung Vertreter Leipzigs und Führer der Linken, ein Vorkämpfer des deutschen Freiheitsstaates“⁶⁹ gewesen. Er hätte gleichsam im Auftrag der „Frankfurter“ in Wien die Aufständischen in ihrem Kampf unterstützt und sei nach deren Kapitulation vor der kaiserlichen Übermacht am 9. November 1848 widerrechtlich erschossen worden. „Ich sterbe

65 Hier und im Folgenden ebd., S. 63.

66 Ebd., Nr. 5, 1929, S. 81.

67 Ebd., Nr. 2, 1928, S. 28.

68 Gießener Anzeiger, 16. März 1925, Erstes Blatt, S. 3. Ende Januar 1926 trat der LLG-Lehrer auf der Liebigshöhe als Redner auf einer Protestkundgebung der republikanischen Parteien gegen die Fürstenabfindung auf, vgl. ebd., 1. Februar 1926, Zweites Blatt, S. 2.

69 Hier und im Folgenden Hüter, Ludwig: Die Robert-Blum-Linde in Gießen. Zur Erinnerung an den 9. November 1848, in: Gießener Anzeiger, 9. November 1926, Zweites Blatt, S. 2. Hüter schreibt Blum einen „begeisterten und begeisternden Liberalismus“ (ebd.) zu. Die Linde befand sich im Lärchenwäldchen zwischen Licher Straße und Grünberger Straße.

für die deutsche Freiheit, für die ich gekämpft habe, möge das Vaterland meiner eingedenk sein!“, waren die letzten Worte des Freiheitshelden“. Zum Schluss seines Artikels skizziert Hüter, wie er sich das öffentliche Erinnern an Blum und das demokratische Erbe der Revolution von 1848 vorstellt. Denn angesichts des Fehlens einer Gedenktafel an der Linde und des ungepflegten Zustands des sie umgebenden Platzes macht er folgenden Vorschlag: „Ich wende mich nunmehr an die lokalpatriotischen Gießener, an die Herzensrepublikaner und an diejenigen, die in Herrn Dr. Stresemann ihren politischen Führer erblicken. Ich fordere alle auf, mitzuwirken im Bunde mit den Stadtbehörden und Stadtverordneten, daß das Andenken an Robert Blum in unserer schönen Heimatstadt jetzt wieder erstehe. Ein natürlichen [!] Felsblock vor der Linde mit der schlichten Inschrift: ‚Robert Blum, 9. November 1848.‘ Die würdige Einweihung erfolge am 18. Mai 1927, dem Tage, an dem im Jahre 1848 die erwählten Vertreter Großdeutschlands, darunter Robert Blum, unter Geschützdonner und Glockengeläute in die Paulskirche einzogen – ‚die Besten unseres Volkes an Geist und Idealismus!‘“ Mit den Anhängern des Vorsitzenden der DVP und Außenministers Stresemann sollten die sogenannten „Vernunftrepublikaner“ für die Republik im Allgemeinen und deren Erinnerungskultur im Besonderen gewonnen werden.⁷⁰ Der Autor wusste, dass die republikanische Sache einer Verbreiterung ihrer Unterstützerverkreise bedurfte, um bestehen zu können.

Festzuhalten ist, dass Hüter nicht nur als DRLB-Funktionär, sondern auch als Sozialdemokrat öffentlich wirkte. Ein Beispiel ist der umfangreiche Artikel, den er 1926 über Wilhelm Liebknecht aus Anlass des 100. Geburtstags und der Einweihung zweier Gedenktafeln in einer Sonderbeilage der „Oberhessischen Volkszeitung“ publizierte. Mit Selbstzeugnissen und Bildern ausgestattet zeichnet der Verfasser darin das Leben des 1900 verstorbenen Jubilars unter der Perspektive „Liebknecht und Gießen“ nach. Einige Kapitelüberschriften unterstreichen diesen Ansatz: „Der berühmte Urgroßvater“, „Das Geburtshaus“, „Schüler und Student“, „Der Studentenauszug auf den Staufenberg“ und „Der Gießener ‚Polizeiroman‘“ (über den Leipziger Hochverratsprozess 1872). Hervorzuheben sind die Bemerkungen Hüters zum öffentlichen Umgang mit Liebknecht. Dabei zitiert er aus der „Frankfurter Zeitung“ vom 30. März, wonach zum 100. Geburtstag zwar eine SPD-Veranstaltung (mit Vortrag von Hüter) großes Interesse gefunden hatte. Aber: „Weder die Stadt noch die Universität erinnerte sich daran, daß Wilhelm Liebknecht über den Rahmen seiner Partei hinaus eine Persönlichkeit von Bedeutung war“.⁷¹ Demgegenüber betont Hüter: „Heute, am 2. Mai, erfüllt die dankbare sozialdemokra-

70 Argumentativ geschickt zitiert Hüter vor der obigen Passage ausführlich aus einer Rede Stresemanns vom 2. Oktober 1926, worin dieser die Revolutionäre und Frankfurter Abgeordneten von 1848 als „die Besten unseres Volkes“ würdigt und hinzusetzt: „Freuen würde ich mich, wenn es noch einmal einen Reichstag gäbe, in dem das an Geist und Idealismus vereinigt wäre, was sich damals in der Paulskirche zusammenfand“, zit. n. ebd.

71 Zit. n. ders.: Liebknecht und Gießen, in: Oberhessische Volkszeitung, 1. Mai 1926 – Sonderbeilage, S. 1–7, hier: S. 5.

tische Arbeiterschaft Gießens, organisiert in der größten politischen Partei am Orte und im Reiche, gegenüber ihrem berühmten Landsmann die Ehrenpflicht, sein Andenken auch äußerlich in seiner Vaterstadt zu erhalten. Zwei Ehrentafeln werden von jetzt an stolz verkünden, daß Wilhelm Liebknecht, der große Volksmann und Arbeiterführer, aus Gießen stammt; die eine befindet sich am Hause seines alten Freundes Karl Orbig ‚Zum Ritter‘, die andere an dem, seinem Geburtshaus gegenüberliegenden städtischen Gebäude, dessen Wand nach erheblichen Bemühungen der Stadtbürokratie zu diesem Zwecke abgewonnen werden konnte“.⁷² Wie Blum wollte der Gießener Gymnasialprofessor auch Liebknecht als Wegbereiter der Republik „kanonisieren“.

Hüters Rede zum Verfassungstag 1927⁷³

Ludwig Hüter, DRLB-Funktionär und Sozialdemokrat, trat anlässlich des Verfassungstages am 11. August 1927 als Hauptredner der städtischen Festveranstaltung im Stadttheater auf. Ein Sinnbild dafür, dass die erste deutsche Republik nach politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich bewegten, um nicht zu sagen chaotisch-erschütternden Jahren 1918–1923/24 auch in Gießen ruhigere Fahrwasser bzw. eine Konsolidierung erreicht hatte? Andernorts, im preußischen Berlin, schien der Eindruck bestätigt, wie dem Tagebuch des Diplomaten, Schriftstellers und Mäzens Harry Graf Kessler entnehmbar ist. Am 11. August 1927 notierte er: „Verfassungstag. Fahrt durch die innere Stadt (...). Die Regierungsgebäude alle beflaggt, auch die Omnibusse, Elektrischen, Untergrund, die großen privaten Geschäftshäuser, Warenhäuser, Hotels und Banken meistens nicht oder nicht in den Reichsfarben. An den andren Privathäusern mäßige Beflaggung in Schwarz-Rot-Gold. Aber alles in allem wohl mehr Flaggen als in den früheren Jahren nach Aussage von Guseck usw“.⁷⁴

In Gießen allerdings kam es an diesem Tag zu einem Eklat – und die Rede Hüters war der Stein des Anstoßes. Sein Auftritt und dessen Wirkung im Stadttheater lassen sich anhand des freilich tendenziösen Berichts im „Gießener Anzeiger“ vom 12. August nachvollziehen:

„Trotz mancher Unausgeglichenheiten und widriger Dinge, von denen er [i. e. Hüter] verschiedene Einzelheiten zum Teil mit beißender Kritik erwähnte, wolle man in dieser Stunde aber einem frohen Optimismus huldigen. Formal habe die Republik vollständig gesiegt; denn zu den Herzensrepublikanern, die seinerzeit die Weimarer Verfassung geschaffen hätten,

72 Ebd.

73 Dabei handelt es sich um das am besten ausgeleuchtete Kapitel in der Biografie Ludwig Hüters. Vgl. Nees, Schwierigkeit (wie FN 2); außerdem Ossner, Juliane: Die Reichsgründungs- und Verfassungsfeiern in Wetzlar und Gießen 1921 bis 1933. Wissenschaftliche Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades im Fach Mittlere und Neuere Geschichte, Gießen 1998 (unveröffentlicht; Archivierung: StdtAG, 86, Nr. 150), S. 61–69.

74 Kessler, Harry Graf: Tagebücher 1918 bis 1937. Hrsg. v. Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. u. Leipzig 1996, S. 557.

seien die sog. Vernunft-Republikaner hinzugekommen, und diesen seien im letzten Jahre noch die ‚Muß-Republikaner‘ gefolgt, womit der Redner die Deutschnationale Volkspartei meinte, deren Politik er dabei mit kritischen Bemerkungen betrachtete. Nunmehr ließ der Redner eine weit abgesteckte Betrachtung der deutschen Geschichte folgen, die immer nur ‚eine Fürstengeschichte‘ gewesen sei[,] und ging dabei die einzelnen Epochen unter dem Gesichtswinkel republikanischer Einstellung durch. Hierbei kritisierte er in der Hauptsache die Fürsten und dabei insbesondere wiederholt mit ausgesprochener Schärfe die Hohenzollern, namentlich auch den früheren Kaiser Wilhelm II. Bei diesem Teil der Ansprache fiel gar manches Wort, das in den Kreisen der sog. ‚Vernunft- und Muß-Republikaner‘, deren innere Umstellung sich nicht so rasch vollzieht, sehr peinlich berührte und jedenfalls leider nicht dazu beigetragen hat, das Moment des bisher Trennenden noch weiter in den Hintergrund zu schieben. Als der Redner in diesem Zusammenhang mit großer Schärfe das frühere monarchische Regime und seine Spitze erörterte und dabei stark parteipolitisch sich aussprach, kam es zu einem Zwischenfall. Der Kommandeur unseres Bataillons und die in seiner Begleitung befindlichen Offiziere, sowie die zahlreich erschienenen Unteroffiziere und kurz darauf auch die Militärkapelle verließen den Theatersaal, wobei bei dem Fortgang der Kapelle Pfuirufe aus dem Publikum ertönten. Der Redner feierte zum Schluß Gießen und Oberhessen, die einen Friedrich Gottfried Welcker, Weidig-Butzbach, Georg Büchner-Darmstadt, Karl Vogt, Rübsamen, Gutfleisch und Wilhelm Liebknecht ihr eigen nennen konnten, deren Wirken er gleichfalls verherrlichte. Mit dem Bekenntnis zur Republik und der Aufforderung, an die Ideale des neuen Volksstaates zu glauben und an ihrer Erringung mitzuarbeiten, schloß der Redner seine von starkem Beifall gefolgtten Ausführungen“.⁷⁵

Großer Beifall einerseits, andererseits scharfe Ablehnung durch die anwesenden Militärangehörigen und kritische Berichterstattung im nationalliberal-rechtsbürgerlichen „Gießener Anzeiger“,⁷⁶ der dem Redner parteipolitische und scharfe Rhetorik, mangelnde Bereitschaft zur Überbrückung von Gräben und implizit auch Schulmeisterei vorhielt: Es stellt sich die Frage, ob Hüter selbst die Wahrnehmung hatte, mit seiner Rede zum Verfassungstag die gewünschte Wirkung erzielt zu haben.

Die Affäre zog noch weitere Kreise. So kritisierte die liberale „Vossische Zeitung“ den Auszug des Militärs aus dem Stadttheater als Provokation eines Personenkreises, der sich auf monarchistischen, mithin staatsfeindlichen, Veran-

75 Der Verfassungstag in Gießen, in: Gießener Anzeiger, 12. August 1927. Erstes Blatt, S. 3.

76 Zur politischen Verortung des „Gießener Anzeigers“ in der Weimarer Republik vgl. Speitkamp, Winfried: Modernisierung in der Krise: 1918 bis 1945, in: Ludwig Brake und Heinrich Brinkmann (Hrsg.): 800 Jahre Gießener Geschichte. 1197–1997. Hrsg. im Auftrag des Magistrats der Universitätsstadt Gießen, Gießen 1997, S. 215–262, hier: S. 228 f.

staltungen tummele. Ebenfalls auf Hüters Seite stellte sich Hessens Staatspräsident Ulrich, indem er beim Reichswehrminister gegen „die bewußte Störung der behördlich arrangierten Verfassungsfeier“⁷⁷ protestierte und hierin eine „Demonstration gegen republikanische Staatsgesinnung“ erkannte. Angriffe hagelte es aus dem nationalliberalen und rechtskonservativen Lager. So beschwerte sich die Gießener DVP-Ortsgruppe beim Oberbürgermeister darüber, die Rede sei der Versuch gewesen, „eine überparteiliche Volksfeier auf das Niveau einer sozialistischen Funktionärsversammlung herabzudrücken“. In diese Richtung zielte auch der „Gießener Anzeiger“, als er seine Kritik und Polemik gegen Hüter am 13. August verstärkte. In den nächsten Wochen kam aber noch ein neuer, vom Reichswehrministerium lancierter Vorwurf hinzu: Der Hauptredner hätte sich herabsetzend über den Reichspräsidenten und Mitglieder der Regierung geäußert. Dies wäre für die Offiziere und Unteroffiziere der eigentliche Grund für das Verlassen des Theaters gewesen. Hüter antwortete darauf am 23. August im „Berliner Tageblatt“, indem er jene Behauptung als „glatte Unwahrheit“⁷⁸ entschieden zurückwies. Um für Klarheit zu sorgen, veröffentlichte er den Wortlaut der Rede im Dezember im „Wegweiser“.⁷⁹ Dem Einwand der parteipolitischen Einseitigkeit begegnete er mit dem Hinweis: „Der unbefangene Leser mag entscheiden, ob ich für etwas anderes als die echte Republik Partei ergriffen habe“.⁸⁰ Die demokratisch-liberale „Frankfurter Zeitung“ hatte sich kundig gemacht, den Text analysiert sowie am 21. August im Artikel „Kein Angriff auf Hindenburg“ unterstrichen, dass die Vorhaltungen nicht verfangen. Vielmehr verteidigte sie das Recht Hüters, dem eigenen republikanischen Empfinden Ausdruck zu verleihen, auch in subjektiver Färbung.⁸¹

Bezeichnend ist, wie Hüters Gesinnungsgenosse Kessler den Verfassungstag am 14. August bilanziert: „[M]ein Eindruck ist, daß einerseits Schwarz-Rot-Gold bei einem wachsenden Teil des Volkes, bis in die Kreise der Deutschen Volkspartei (...), als vorläufig unumstößliche Tatsache anerkannt wird; daß aber andererseits nach wie vor die große Mehrheit der captains of industry, der Finanzgewaltigen, der Beamtenschaft, der Reichswehr, des Richterstandes, der großen und mittleren Grundbesitzer (Junker), der Universitätsprofessoren und Studenten der Republik feindlich gegenübersteht“.⁸² Dass Hüter diese Analyse teilte und den Defiziten in Erziehung, Lehrerschaft wie auch Schule Abhilfe schaffen wollte – davon zeugt sein Einsatz für die Verbreitung des republikanischen Gedankens im Rahmen des DRLB. Mit der Gießener Rede zum 11. August betrat der überzeugte Republi-

77 Hier und im Folgenden zit. n. Nees, Schwierigkeit (wie FN 2), S. 60.

78 Zit. n. Hüter, Ludwig: Meine Rede zur Verfassungsfeier in Giessen, in: Der Wegweiser, Nr. 4, 1927, S. 62 f., hier: S. 62.

79 Vgl. ders.: Einheit und Freiheit – die Leitsterne der deutschen Geschichte. Eine Rede zur Verfassungsfeier am 11. August 1927, in: Der Wegweiser, Nr. 4, 1927, S. 64–73.

80 Ders.: Meine Rede (wie FN 78), S. 63.

81 Vgl. ebd., S. 62; sowie Nees, Schwierigkeit (wie FN 2), S. 63 f.

82 Kessler, Tagebücher (wie FN 74), S. 558.

kaner indes eine größere Bühne, selbstbewusst und kämpferisch, auch als er politischen Gegenwind verspürte. Dieser war massiv, denn im „Wegweiser“ heißt es noch im Mai 1928, die „Unterstellungen und Verschleierungen“⁸³ aus dem Reichswehrministerium hätten bewirkt, dass eine „Flut der wüsten Verunglimpfungen in der radikalen Rechtspresse und in den so beliebten persönlichen Zuschriften“ an Hüters Adresse gelangte.

„Republikanische Erziehung“ und die verstärkte Werbung von Bundesfreunden

Zusätzlich zum Engagement als Herausgeber und Chefredakteur des „Wegweisers“ übernahm Hüter die Funktion als verantwortlicher Hauptschriftleiter der auf der DRLB-Bundestagung in Kassel 1929 neu beschlossenen Schriftenreihe „Republikanische Erziehung“.⁸⁴ Beeindruckend ist: Der erste Band beginnt mit Grußworten von vier prominenten Republikvertretern: Reichsinnenminister Carl Severing (SPD), Reichskanzler a. D. Joseph Wirth (Zentrum), Preußens Unterrichtsminister Carl Heinrich Becker (parteilos) sowie Reichsminister a. D. Eduard David, dessen Worte an Ludwig Hüter gerichtet sind und mit der vertraulichen Anrede „Lieber Freund!“⁸⁵ einsetzen. Fünf Hefte kamen heraus; mehr als doppelt so viele waren noch in Arbeit, konnten angesichts der NS-Machtübernahme aber nicht mehr erscheinen. Auch von den erschienenen Heften sind heute wohl nur noch wenige greifbar.

Viele DRLB-Ortsgruppen, die 1922/23 die Arbeit einstellten, wurden wiederbelebt, etwa in Frankfurt oder Darmstadt. Ende 1929 unternahm Hüter eine sehr umfangreiche Werbereise durch Deutschland, mit Stationen in Hannover, Oldenburg, Ostfriesland, Bremen, Hamburg, Rathenow, Potsdam, Berlin, Bitterfeld und Weißenfels.⁸⁶ Zugleich verstärkte der Verband seine Werbung und sein „Networking“ durch briefliche Kontaktpflege. Ein Erfolg hiervon war die Gewinnung von Adolf Grimme, der von 1930 bis 1932 preußischer Unterrichtsminister war.⁸⁷ Zu dessen Amtsantritt gratulierte Hüter am 31. Januar 1930, fortsetzend: „Wir sind überzeugt, werter Herr Bundesfreund, dass wir in Ihnen, nunmehr in höchster Stelle, einen verständnisvollen[!], rührigen und einflussreichen Mitarbeiter besit-

83 Hier und im Folgenden Epilog zur Verfassungsrede Professor Hüters, in: Der Wegweiser, Nr. 3, 1928, S. 42 f., hier: S. 43.

84 Vgl. Bundestag des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes in Kassel, in: Der Wegweiser, Nr. 5, 1929, S. 80–82, hier: S. 81. Hier werden als Mitwirkende der Schriftenreihe Kreisschulrat Wilhelm Loos (Groß-Gerau) und Studienrat Dr. Clemens Schwarte (Wiesbaden) erwähnt.

85 Zwei zustimmende Briefe an den Herausgeber, in: Wie erziehen wir republikanische Menschen? (Republikanische Erziehung, H. 1), Langensalza 1929, o. S.

86 Vgl. Der Wegweiser, Nr. 1, 1930, S. 46–48. Im Anschluss daran konnte die Bundeszeitschrift melden, dass sich die Zahl der Mitglieder im Laufe des Jahres 1930 um Zweidrittel erhöht hatte, vgl. ebd., Nr. 6, 1930, S. 224. Ortsgruppen entstanden auch in Ostpreußen und Mitteldeutschland, in Erfurt z. B. und in Oldenburg wurden 1930 sogar Landesverbände gegründet.

87 Zu Grimme (1889–1963) vgl. Grebing, Geschichte (wie FN 21), S. 289.

zen, wo es gelten wird, das Deutsche Schulwesen zu republikanisieren, sowie die deutschen Lehrer und durch sie die deutsche Jugend zum Volksstaat zu erziehen“.⁸⁸ Die emsige Organisationsarbeit des DRLB-Geschäftsführers belegen auch die im Nachlass des Pädagogen Erich Weniger (1894–1961) erhaltenen Karten vom Frühjahr 1930, die darauf zielten, den Akademiedirektor in Altona für den Lehrerbund zu gewinnen. Dabei erfolgte der Hinweis, dass mit Studienrat Feuerhahn (Harburg) ein Bundesfreund Weniger als möglichen Interessenten an der Mitarbeit bzw. einer Mitgliedschaft empfohlen hatte.⁸⁹ In einem weiteren Schreiben heißt es bald darauf ohne Umschweife: „Unterrichtsminister Grimme ist unser Mitglied. Vielleicht entschliessen Sie sich, auch durch Ihren Beitritt zum Bunde unsere wertvolle Bewegung zu unterstützen. Natürlich würden wir Ihnen besonders dankbar sein, wenn Sie bei passender Gelegenheit auch in den Kreisen Ihres neuen Kollegiums unsere Sache empfehlen wollten“.⁹⁰

Wachstum, Bundestagungen und ein Aktionsprogramm

Der steigende Druck auf republikanisch gesinnte Lehrkräfte im Reich hatte die Ortsgruppe Gießen als „Vorort“ am 13. November 1926 dazu bewegt, „Konzentration und Ausdehnung“⁹¹ als Aufgaben zu definieren – galt es doch „aus der republikanischen Lehrerschaft aller Schulgattungen“ den „geistigen Generalstab der Republik“ zu bilden. So sollte der DRLB durch die Gründung neuer Orts-, Bezirks- und Landesgruppen seine Schlagkraft erhöhen. In diesem Sinne veröffentlichte der „Wegweiser“ einen Aufruf. Und schon im Mai 1927 konnte Hüter das „[e]rfreuliche Wachstum der Bewegung“⁹² melden: „Wir haben Mitglieder und Leser aus allen Teilen Deutschlands von Ostpreußen und Schlesien bis in die Rheinlande, von Nord- und Ostsee bis nach Oberbayern und zum Bodensee“. Tatsächlich kam es reichsweit zur Gründung neuer Gruppen. Als Hüter im März 1929 in Gießen über die Entwicklung des Bundes berichtete, gewannen die Anwesenden die Überzeugung, „daß gewaltige Arbeit im Aufbau geleistet wurde, und daß der Bund eine Macht geworden ist, die Beachtung finden muß“.⁹³

Der Lehrerbund reagierte auf den Mitgliederzuwachs und die reichsweite Gründung von Orts- und Bezirksgruppen mit organisatorischen Veränderungen. So fanden nun jährlich Bundestagungen statt – die erste am 17. Juni 1928 im Festsaal der Berufsschule III in Frankfurt am Main mit ca. 300 Teilnehmerinnen

88 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin [= GStA], VI. HA, Nachlass Grimme, A., Nr. 1776, Schreiben von Ludwig Hüter an Adolf Grimme vom 31. Januar 1930.

89 Vgl. Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Cod. Ms. E. Weniger [= Nachlass Erich Weniger], 1: 386, Karte von Ludwig Hüter an Erich Weniger vom 4. März 1930.

90 Ebd., Schreiben von Ludwig Hüter an Erich Weniger vom 28. März 1930.

91 Hier und im Folgenden Der Wegweiser, Nr. 3/4, 1926, S. 59.

92 Hier und im Folgenden ebd., Nr. 2, 1927, S. 38.

93 Ebd., Nr. 3/4, 1929, S. 62.

und Teilnehmern. Hier bedachte der erste Vorsitzende, Wilhelm Loos, Ludwig Hüter in der Begrüßungsrede mit lobenden Worten: „Herzlicher Dank gebührt einem Manne, der seit Jahren seine ganze Arbeitskraft in den Dienst des Bundes uneigennützig gestellt und insbesondere alle die vielen Kleinarbeiten, die das Gelingen einer so groß angelegten Kundgebung voraussetzen, in unermüdllichem Idealismus erledigt hat, dem Gießener Vorstandsmitglied Professor Hüter. (Langanhaltender Beifall.) Er ist ein leuchtendes Beispiel republikanischen Pflichtbewußtseins“.⁹⁴ Auf der zweiten öffentlichen Tagung wurde 1929 in Kassel eine neue Bundessatzung verabschiedet, die einen Bundestag als höchstes Organ vorsah, das mindestens alle zwei Jahre einzuberufen war. Für das dritte Treffen wurde 1930 nach Brandenburg an der Havel eingeladen. Hier war es v. a. das neue Vorstandsmitglied Dr. Heinrich Deiters,⁹⁵ Oberschulrat im preußischen Provinzialschulkollegium Hessen-Nassau (Kassel), der durch ein aufrüttelndes Hauptreferat einen stärkeren Linkskurs und eine ausgeprägt antikoloniale und gegenüber den Kolonialvölkern emanzipatorische Haltung im Bund durchsetzte. Ein von Deiters begründetes und am 11. Juni 1930 vom Bundestag angenommenes Aktionsprogramm sah die Aufgabe des republikanischen Staates darin, „dem deutschen Staatsvolk im Verlauf von tiefgreifenden sozialen und politischen Umwälzungen eine neue Lebensform“⁹⁶ zu schaffen; der Bund wirke „in der Öffentlichkeit und in der Schulerziehung für die Erkenntnis, daß die deutsche Republik einen demokratischen, sozialen und pazifistischen Charakter hat und ihre Politik nach innen und außen in diesem Sinne führen muß“. Zu Informations- und Werbezwecken wurde dieses demokratisch-sozial-pazifistische Programm an die deutschen Kultusministerien, das Reichsinnenministerium etc. verschickt.⁹⁷

Die vierte und letzte Bundestagung fand 1931 in Darmstadt statt. Hier ging es aufgrund der politischen Entwicklung (Erstarken republikfeindlicher Kräfte, v. a. der NSDAP, und Aushöhlung der Demokratie durch die Notverordnungs politik des Präsidialkabinetts Brüning) vor allem um die Bildung der republikanischen Einheitsfront und des Kartells der republikanischen Verbände, über deren Entwicklungsstand Ludwig Hüter in einer nicht öffentlichen Sitzung berichtete. So schloss sich der DRLB im gleichen Jahr mit anderen Organisationen zum Republi-

94 Zit. n. Erste öffentliche Tagung des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes zu Frankfurt a. M. am 17. Juni 1928. Eingehender Bericht, in: *Wie erziehen wir republikanische Menschen?* (Republikanische Erziehung, H. 1), Langensalza 1929, S. 32–38, hier: S. 34.

95 Zu Deiters (1887–1966) vgl. Jahnke, Ursula: Deiters, Heinrich 2.7.1887–31.1.1966 Pädagoge, Dekan, in: Jochen Černý (Hrsg.): *Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon*, Berlin 1992, S. 77 f.

96 Hier und im Folgenden Aktionsprogramm des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes beschlossen auf der Bundestagung in Brandenburg a.d.H. am 11.6.1930, in: *Der Wegweiser*, Nr. 4/5, 1930, S. 157–160, hier: S. 157.

97 Vgl. ebd., S. 159. So erhielt etwa das Badische Kultusministerium ein Exemplar des DRLB-Aktionsprogramms, vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe [= GLA], 235, Nr. 19987, Schreiben des Bundesvorstandes des DRLB an das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 28. August 1930, dem auch das Programm beiliegt.

kanischen Kartell zusammen.⁹⁸ Grund zur Frustration bot im Kontext der Tagung die Regierung der Republik Baden in Karlsruhe. Diese zeichnete sich bis Ende 1932 durch Stabilität und eine republikanische Grundhaltung aus. Zentrum und SPD bildeten den Kern und wurden „wechselnd ergänzt durch DDP und DVP“.⁹⁹ In der Einladung nach Darmstadt wies Hüter den Kultusminister am 7. Mai 1931 darauf hin, „daß unsere Tagung im Einvernehmen mit den Kultusministerien von Hessen und Preußen als ein Kursus der staatsbürgerlichen Erziehung für den Freistaat Hessen und die preussischen Provinzen Hessen-Nassau und die Rheinprovinz durchgeführt wird“.¹⁰⁰ Nachdem Karlsruhe mitgeteilt hatte, „aufgrund der außergewöhnlich großen Zahl der Pfingsttagungen“¹⁰¹ keine Vertreter entsenden zu können, war in Hüters Antwort vom 11. Juni die Enttäuschung mit Händen zu greifen. Er hätte gehofft, dass die Nähe des Tagungsortes erlaubt hätte, „endlich in eine nähere Verbindung mit Baden zu kommen“,¹⁰² was „durch Vertretung des Badischen Kultusministeriums auf der Tagung besonders gefördert“ worden wäre. Bezüglich der Absage schreibt er: „Ich muß gestehen, diese ablehnende Antwort hat den Bundesvorstand und die gesamte Versammlung in Darmstadt, der ich sie in ihrem Wortlaut mitteilte, stark befremdet“. Der DRLB sehe „einen bedauerlichen Mangel an Verständnis für die allgemein staatspolitische Bedeutung unserer Bewegung namentlich in der jetzigen Notzeit der Republik. Müßte es doch in dieser gefährlichen Lage für alle republikanischen Regierungen eine Selbstverständlichkeit sein, die geistigen Kräfte, die sich in dem heißen Kampfe um die Republik zur Verfügung stellen, dankbar zu begrüßen und zielbewußt zu ermutigen“. Die dem Ministerium fehlende Einsicht könne erklären, „wenn sich bei unseren zahlreichen Freunden im Freistaat Baden das Vertrauen nach oben mindert“. In der Antwort ergänzte das Kultusministerium den bekannten Abwesenheitsgrund (Referenten-

98 Vgl. Republikanische Einheitsfront: Kartell der republikanischen Verbände Deutschlands, in: *Der Wegweiser*, Nr. 2/3, 1931, S. 114–121, und *An alle Republikaner! An unsere Bundesfreunde*, in: ebd., S. 122 f. Laut Fritsch, Werner: *Kartell republikanischer Verbände Deutschlands (KRVD) 1931–1933*, in: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.): *Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*. In vier Bänden, Bd. 3: *Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei*, Leipzig 1985, S. 179–181, hier: S. 179, gehörten dem Kartell auch der Deutsche Republikanische Reichsbund, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Republikanische Richterbund, der Republikanische Juristenbund, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer, der Bund Republikanischer Beamter sowie die Deutschen Republikanischen Pfadfinder an. Im April 1931 umfasste es bereits 26 Organisationen.

99 Weber, Reinhold/Wehling, Hans-Georg: *Geschichte Baden-Württembergs*. 2. Aufl., München 2012, S. 85.

100 GLA, 235, Nr. 19987, Schreiben des geschäftsführenden Vorsitzenden des DRLB Ludwig Hüter an den Kultusminister der Republik Baden, Dr. Remmele, vom 7. Mai 1931.

101 Ebd., Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts an den Deutschen Republikanischen Lehrerbund vom 18. Mai 1931.

102 Hier und im Folgenden ebd., Schreiben des geschäftsführenden Vorsitzenden des DRLB Ludwig Hüter an den Kultusminister der Republik Baden, Dr. Remmele, vom 11. Juni 1931.

mangel) um den der prekären Finanzlage, aufgrund deren Tagungsbesuche „auf das Äußerste einzuschränken sei[en] (...) Doch darf ich Sie versichern, daß das Badische Unterrichtsministerium den Bestrebungen des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes lebhaft Aufmerksamkeit schenkt“.¹⁰³ Beim Empfänger in Gießen dürfte diese Erklärung kaum mehr als Schulterzucken und Stirnrunzeln ausgelöst haben.

„In ernster Zeit“ – Republikerschutz und republikanische Erziehung in Weimars „totaler Krise“¹⁰⁴

Der „Wegweiser“ warnte seit 1930 mit zunehmend deutlichen Worten und scharfer Kritik vor Hitler und der immer stärker werdenden NS-Bewegung. Jedoch drohte Gefahr für die Republik bzw. die republikanische Erziehung inzwischen auch von einer ganz anderen Seite, wie Hüter Ende 1931 in seinem Text „In ernster Zeit“ herausstellt. Hintergrund waren die Einschnitte im öffentlichen Dienst, die das erste Präsidialkabinett unter Reichskanzler Brüning im Zuge seiner Deflationspolitik durchsetzte. Diese Politik war Berlins Antwort auf den Konjunktureenbruch im Gefolge von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit. Mangels Stimmenmehrheit im Reichstag baute die Regierung dazu auf den Rückhalt von Reichspräsident von Hindenburg und verfolgte ihren Kurs der drastischen Einsparungen, Steuererhöhungen und Erschließung neuer Einnahmequellen mit Hilfe von präsidialen Notverordnungen. Die Härten der Krisenpolitik für weite Teile der Bevölkerung nahm Brüning billigend in Kauf, u. a. da sie ihm im außenpolitischen Ringen um die Einstellung der Reparationszahlungen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs nützlich erschienen.¹⁰⁵ Die Auswirkungen bekam, vermittelt über den zum Sparen genötigten Volksstaat Hessen, auch Hüter zu spüren, denn die Kürzungen beschränkten sich nicht auf die Beamten- bzw. Lehrergehälter, sondern erstreckten sich auch auf Pensionen. So musste er, der 1926 regulär pensioniert worden war, später ebenfalls finanzielle Einbußen hinnehmen. Von 696,75 RM (April 1930) wurde sein Ruhegehalt auf schließlich 529,96 RM (Februar 1932) abgesenkt. Im April 1932 erfolgte wieder eine Anhebung auf 576,81 RM.¹⁰⁶

Damit zurück zum Text „In ernster Zeit“. Dessen Motivation beschreibt Ludwig Hüter angesichts der Gehaltskürzungen und dagegen gerichteten Proteste aus der Lehrerschaft gegenüber dem preußischen Unterrichtsminister und DRLB-Bun-

103 Ebd., Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts an den geschäftsführenden Vorsitzenden des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes Ludwig Hüter vom 23. Juni 1931.

104 Vgl. Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987, der die Jahre 1924 bis 1929 als eine „trügerische Stabilisierung“ deutet, die in die „totale Krise“ der ersten deutschen Demokratie in den Jahren 1930 bis 1933 einmündete.

105 Vgl. Marcowitz, Reiner: Weimarer Republik 1929–1933. 2. Aufl., Darmstadt 2007, S. 65–67.

106 Vgl. HStAD, G 35 E, Nr. 7058, Besoldungsstammkarten Hüter, Ludwig (1930–1945), hier: 1930 bis 1932.

desgenossen Grimme wie folgt: „Mein Gedanke war, unsere Lehrerfreunde nicht nur vor einseitig beruflichen und wirtschaftlichen Erwägungen und Verbitte- rung zu bewahren, sondern besonders vor dem Abgleiten in den Radikalismus, indem ich ihnen am Schluß die hohen Ideale einer ruhigen Entwicklung lebendig vorführte.“¹⁰⁷ Dass die dem DRLB zugeneigten „republikanischen“ Unterrichts- ministerien in Preußen (Grimme) und Hessen das Spardiktat mittrugen, muss Hüter frustriert haben. Doch unterstreicht er: „Nicht der Gehaltsabbau mit seinen ‚Ungerechtigkeiten und Härten‘ (...), sondern die ‚Zerstörung der jetzigen Quali- tät der Schule‘ durch falsche Sparmaßnahmen (...) ist der springende Punkt“.¹⁰⁸ Er mahnt aber zur Besinnung und pocht auf konstruktive Handlungsvorschläge, z. B. gezielte „Junglehrerhilfe“.¹⁰⁹ Die zentrale Forderung wolle man nicht verschwei- gen: „Die Grundleistung des ganzen Schulproblems besteht nach unserer festen Überzeugung in der Vereinheitlichung und Vereinfachung des gesamten Schul- wesens“.¹¹⁰ Da ihre ernsthafte Umsetzung aber aktuell utopisch sei, gelte es für den DRLB, „zum positiven Kern vor[zu]dringen“;¹¹¹ Selbsterkenntnis sei das Ziel. Defizitär erscheinen dem Autor v. a. die Bestrebungen, in weiteren Lehrerkrei- sen Unterstützer zu gewinnen und zur Autorität aufzusteigen. So waren die Bun- desfreunde nicht umtriebiger und überzeugend genug, um als Teil einer republika- nischen „Graswurzelbewegung“ erfolgreich zu sein. Für den Bund gehe es neben der Erziehung zur Republik um „Festigung des Erzieherideals im Fichteschen Sinne: Würde und Einheit aller Lehrer aller Schulstufen, aller Schulgattungen, alles Erziehtums (...) im Dienste an der Jugend“.¹¹² Davon war man intern aber weit entfernt, nicht zuletzt wegen des Fernbleibens der Professoren und Gymnasialleh- rer. Reichsweit machte sich die fehlende Einheit angesichts des „Schulabbaus“ je- doch noch stärker bemerkbar. Denn wieviel geschlossener, fragt Hüter, hätte die Lehrerschaft auftreten können, wenn sie „durch unseren zielbewußten Vortrupp, das kampffreudige ‚Kampfbanner der Lehrerschaft‘, vertreten, jetzt einmütig hätte protestieren können“.¹¹³ So fordert er „von unseren Freunden Besinnung auf das Notwendige“ und warnt sie – wie im Brief an Grimme erwähnt – vor dem Gefähr- lichsten: dem „Abschwenken ins radikale Lager der Staatsfeindlichkeit. Die Staats- treue sollte grundsätzlich bei zureichender Einsicht und Charakterfestigkeit nie gefährdet sein, auch durch Härten und Irrtümer der ‚republikanischen‘ Regierung nicht. (...) Gerade für die Lehrer könnte es ein besonders schlimmes Erwachen ge- ben, wenn die republikfeindlichen Mächte siegten, mit durch die Schuld lauer, untätiger, verdrossener ‚Republikaner‘.“ Hüter appelliert so, sich im Ringen um die Republik treu zu bleiben und nicht nachzulassen. Auch weist er eindringlich

107 GStA, VI. HA, Nachlass Grimme, A., Nr. 1776, Schreiben von Ludwig Hüter an Adolf Grimme vom 11. Februar 1932.

108 Hüter, Ludwig: In ernster Zeit. Schulabbau – Kulturabbau, in: Der Wegweiser, Nr. 6, 1931, S. 202–214, hier: S. 205.

109 Ebd., S. 206.

110 Ebd., S. 208.

111 Ebd., S. 209.

112 Ebd., S. 210.

113 Hier und im Folgenden ebd., S. 212.

auf die „Parolen phantastischer oder kaltschnäuziger Volksverführer“ vom Schlage Hitlers hin und betont, dass hieraus die schwere und besonders wichtige Aufgabe erwachse, „mit ausdauernder Geduld zu warnen und zu mahnen, vor allem aber durch kein eigenes Schwanken in schwankender Zeit das Übel zu vermehren, und statt auf das ‚große Wunder‘ zu hoffen, sich der Kleinarbeit an dem leidenden Volke zu widmen“. ¹¹⁴ Vielmehr obliege es den demokratischen Volkserziehern, aufzuzeigen, „daß auf den Irrwegen der Dunkelmänner und der Gewaltmenschen ein neues Barbarentum in den Bereich der Zivilisation einzubrechen droht“. ¹¹⁵ Ihr Ziel müsse „politische, wirtschaftliche und sittliche Freiheit“ sein. Pathetisch wird der zu gehende Weg skizziert: „Er führt in einem stetigen Erziehungswerk zum Guten, zur Freiheit der verantwortungsbewußten Persönlichkeit und der Volk werdenden Masse, langsam, aber sicher. Als ideal schwebt ein politischer, wirtschaftlicher und kultureller Freistaat vor, der von jedem seiner einsichtigen und tatkräftigen Bürger ‚Gemeindrang‘ im Sinne des letzten Faustwortes voraussetzt und auslöst. In diesem Allgemein-Ideal des eigenen Volkes und der ganzen Menschheit gipfelt die bewußte Arbeit aller echten Volkserzieher“. Gegenüber Grimme liefert Hüter in seinem Brief folgende Einordnung: „Ich schrieb den Artikel unter großen Schmerzen und habe ihn korrigiert und erweitert auf dem Krankenlager in der Klinik (schwere Operation). Es war, wenn ich nicht davon käme, als offenes Vermächtnis gedacht“. ¹¹⁶

3. Erzwungener Rückzug ins Private – Hüter im „Dritten Reich“

Die nationalsozialistische Machtübernahme im Reich wie im Volksstaat Hessen überschattete die letzten Lebensjahre des über siebzigjährigen und von schwerer Krankheit gezeichneten pensionierten Gymnasialprofessors. Angesichts der seit 30. Januar 1933 in schnellem Tempo erfolgenden Errichtung der NS-Diktatur blieben seinem Deutschen Republikanischen Lehrerbund nur noch wenige Wochen, in denen politisches Handeln zumindest ansatzweise möglich war. Eines der letzten Zeugnisse davon ist der Briefwechsel zwischen Hüter und dem Reichspräsidentenbüro, den der DRLB am 3. März in der „Oberhessischen Volkszeitung“ abdrucken ließ. Der geschäftsführende Vorsitzende wendet sich hier mit der Bitte nach Berlin, angesichts diffamierender Aussprüche von Reichskanzler Hitler gegen Friedrich Ebert eine Richtigstellung zugunsten des 1925 verstorbenen Staatsoberhaupts vorzunehmen. In diesem Kontext erinnert Hüter Hindenburg an seine frühere Würdigung des Amtsvorgängers und daran, dass ihm „bei der letzten Präsidentenwahl [1932, d. V.] alle unsere Freunde ohne Ausnahme gegen Herrn Hitler ihre Stimme gegeben haben“. ¹¹⁷ Als Träger von Ehre und Würde des Vaterlandes

114 Ebd., S. 213 f.

115 Hier und im Folgenden ebd., S. 214.

116 GStA, VI. HA, Nachlass Grimme, A., Nr. 1776, Schreiben von Ludwig Hüter an Adolf Grimme vom 11. Februar 1932.

117 Hier und im Folgenden zit. n. Reichspräsident gegen Reichskanzler. Herr Hindenburg korrigiert Herrn Hitlers Frankfurter Rede, in: Oberhessische Volkszeitung, 3. März 1933. Beilage.

und Unparteiischer möge er öffentlich Stellung beziehen. In der Tat kann die von Staatssekretär Otto Meissner (1880–1953) unterzeichnete Antwort als Ehrenrettung Eberts verstanden werden: „Sein Verdienst um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland nach dem Zusammenbruch unseres Volkes, das wird jederzeit dankbar im deutschen Volk, auch von seinen politischen Gegnern, anerkannt werden. Sein Streben war immer darauf gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen“. Bei aller Spröde dieser Worte konstatiert der Lehrerbund, der Reichspräsident hätte „sich mit diesem Schreiben offen für die persönliche Ehre unseres unvergeßlichen ersten Reichspräsidenten eingesetzt und damit die Rede des Herrn Reichskanzlers Hitler in einer Weise korrigiert, die die Genugtuung aller Republikaner und rechtlich denkenden Menschen in Deutschland erwecken wird¹¹⁸“. Wenn diese Befriedigung denn mehr war als ein Sich-Selbst-Mut-Zusprechen – sie konnte nicht verschleiern, dass die demokratisch-republikanisch Gesinnten im Frühjahr 1933 mit dem Rücken zur Wand standen. Denn dem SA-Terror und der von der Hitler-Regierung betriebenen Politik der Aushebelung von Demokratie und Rechtsstaat hatten sie kaum mehr als Worte entgegensetzen. Und auch die Presse- und Meinungsfreiheit war bald gegenstandslos, wie das Verbot der „Oberhessischen Volkszeitung“ am 2. Mai beweist.¹¹⁹ Bis auf die NSDAP wurden alle politischen Parteien verboten und mit ihnen auch republikanische Verbände wie der DRLB.

Ein Brief vom 28. November an den Schriftsteller Wilhelm Schäfer¹²⁰ zeigt, wie grundlegend sich Hüters Situation inzwischen verändert hatte. Er sei „endlich im eigentlichen Ruhestand“,¹²¹ hätte Muße, „wenn auch nicht mit äußerer dignitate“, und leide an Rheuma. Dann setzt er hinzu: „Noch ein persönliches Wort über meine Freizeit. Das beiliegende Heft mag Sie kurz über mich orientieren. So bin ich denn jetzt in den Zustand zurückgekehrt, den ich schon aus dem Kaiserreich einigermaßen kannte: ‚national unzuverlässig.‘ Die Aktivität ist endgültig vorbei, behandelt werde ich staatspolizeilich und beamtenrechtlich“. Seinem Schreiben hatte der Absender zweierlei beigefügt: den Artikel aus der „Oberhessischen Volkszeitung“ vom 3. März (s. o.) und die erste Nummer des „Wegweisers“ von 1932 (mit der Würdigung „Ludwig Hüter zum 70. Geburtstag“).¹²² Bemerkenswert ist, mit welcher Offenheit der Gießener seine prekäre Lage einem Menschen schildert, der ihn nicht und den er selbst nur durch seine Bücher kannte. Dies überrascht umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass Schäfer seit den 1920ern als völkisch-nationaler Autor Popularität genoss und aus seiner Nähe zur NS-Ideologie

118 Ebd.

119 Vgl. HStAD, R 1 B, Nr. 952, Schreiben des Staatskommissars für das Polizeiwesen in Hessen vom 2. Mai 1933. Ferner Friedel, Politische Presse (wie FN 19), S. 291.

120 Zu Schäfer (1868–1952) vgl. Delseit, Wolfgang: Schäfer, Wilhelm, in: Neue Deutsche Biografie, Bd. 22, Berlin 2005, S. 515 f.

121 Hier und im Folgenden Heinrich-Heine-Institut (Düsseldorf), Nachlass Schäfer, Schreiben Ludwig Hüters an Wilhelm Schäfer vom 28. November 1933.

122 Diese Information basiert auf den schriftlichen Auskünften von Frau Jana Kleine (Heinrich-Heine-Institut, Düsseldorf) an die Verfasser vom 17. und 18. Juni 2020.

Reichspräsident gegen Reichskanzler

Herr Hindenburg korrigiert Herrn Hitlers Frankfurter Rede

Aus Anlaß der Rede des Herrn Reichskanzlers Hitler in der Frankfurter Festhalle hat sich der republikanische Lehrerbund in folgendem Schreiben an den Herrn Reichspräsidenten gewandt:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Der Deutsche Republikanische Lehrerbund, den der Unterzeichnete als geschäftsführender Vorsitzender zu vertreten hat, vereingt in seinen Reihen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession zahlreiche Lehrer an Staats-, höheren und Hochschulen und sonstigen Bildungsanstalten,

die sich rückhaltlos zur deutschen Republik bekennen.

Besondere Beachtung finden unsere Bundesgenossen beim verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert genollt, dem vorbildlichsten Mitbestreuer der deutschen Republik. An der Hochschätzung Ihres Vorgängers fühlen wir uns vollkommen einig mit Ihnen, Herr Reichspräsident, der Sie sich als Generalschmerzlich in seinen denkmwürdigen Briefe mit dem ausgezeichneten Manne verbündet haben zur Rettung unseres Volkes vor dem drohenden Zusammenbruch, weil Ihnen berührt wurde,

„dass auch er als treuer bester Mann sein Vaterland über alles liebe unter Hinweisung persönlicher Meinungen und Wünsche.“

Aber diesen „treuen deutschen Mann“ hat Herr Hitler, der von Ihnen bestellte neue Reichskanzler in Frankfurt a. M. in öffentlicher Versammlung in einer Rede, die durch den Rundfunk weiteste Verbreitung erhielt, folgendes gesagt:

„Sie (die führenden Vertreter des Novemberstils) sagen, sie hätten im Krieg ihre Pflicht getan. Ja, der deutsche Arbeiter hat an der Front gekämpft, der Marxismus niemals. Ich habe auch nicht gehört, daß Ebert und Scheidemann sich an der Front bewährt hätten.“

Wenn Worte einen Sinn haben, liegt hier eine böswillige Persönlichkeitsanklage des „Marxisten“ Ebert vor, der, nach dem Urteil des Redners, in schwerer Zeit seine vaterländische Pflicht verübt hat,

deswegen Mannes, der drei Söhne im Felde hatte, von denen zwei gefallen sind.

Eine tiefe Empörung über diesen heillosen Auspruch hat sich unserer Freunde bemächtigt. Von Ihnen, Herr Reichspräsident, dem bei der letzten Wahlzeitwohl alle unsere Freunde ohne Ausnahme gegen Herrn Hitler ihre Stimme gegeben haben, ermahnen wir Sie in unserer Erzeugung.

Nach dem schänen Worte des Kaiserzweigen Herrn von Papen sind Sie der einzige Mann in Deutschland, der Kraft Geist und Charakter allen solcher Würde anspricht.

Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, als unparteiischen, hohen Vertreter der Ehre und Würde des gemeinsamen Vaterlandes bitten wir um öffentliche Stellungnahme zu dem Urteile des derzeitigen höchsten Beamten der deutschen Republik über ihren toten ersten Präsidenten.

Mit der Versicherung aufrichtigster Hochachtung
gen. Prof. Hüter,
geschäftsführender Vorsitzender.

Die Antwort des Reichspräsidenten

Es lief darauf aus dem Büro des Herrn Reichspräsidenten folgende Antwort ein:

Büro des Reichspräsidenten
Der Staatssekretär

Berlin W. 8, den 1. März 1933.
Wilhelmstraße 73.

Auf Ihr Schreiben vom 27. u. 28. März, läßt Herr Reichspräsident von Hindenburg auf die Ausführungen verweisen, die er in seiner Ansprache beim Eintritt seines Amtes am 12. Mai 1933 gesprochen und die wie folgt lauten:

Es ist nicht meines Amtes, das Wirken meines durch einen frühen und unerwarteten Tod aus seiner Arbeit gerissenen Herrn Amtsvorgängers zu kennzeichnen und zu werten. Diese Aufgabe hat Herr Reichskanzler Dr. Brücker an der Spitze des Heimgegangenen erfüllt und bekräftigt. Sein Verdienst um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland nach dem Zusammenbruch unseres Volkes, das wird jederzeit dankbar im deutschen Volk, auch von seinen politischen Gegnern, anerkannt werden. Sein Streben war immer darauf gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen.

Hochachtungsvoll
Dr. Weizsäcker

Der Herr Reichspräsident hat sich mit diesem Schreiben offen für die persönliche Ehre unseres unergründlichen ersten Reichspräsidenten eingesetzt und damit die Rede des Herrn Reichskanzlers Hitler in einer Weise fortgesetzt, die die Gemüthsruhe aller Republikaner und rechtlich denkenden Menschen in Deutschland etweder wird.

Abb. 8: Artikel „Reichspräsident gegen Reichskanzler. Herr Hindenburg korrigiert Herrn Hitlers Frankfurter Rede“, aus: Oberhessische Volkszeitung vom 3. März 1933. Beilage (Auszug).

keinen Hehl machte. Wollte der Verfasser hiermit (und mit irreführend einschmeichelnden Wendungen wie „Gesinnungsfreund“)¹²³ ein Gegengewicht zu den Spitzen und giftigen Pfeilen setzen, die er aus republikanischer Warte gegen den Adressaten und dessen Nationalismus sowie gegen „gewisse Oberlehrer“, „Banausen, Ignoranten, Pharisäer in einem instinktlosen Bürgertum“ abschoss? Dem Hinweis auf eine staatspolizeiliche und beamtenrechtliche Behandlung (s. o.) ist zu entnehmen, dass Hüter als Oppositioneller sich im Visier der politischen Polizei des NS-Staates wusste und mit Kürzungen oder sogar der Streichung der Versorgungsbezüge rechnen musste.

Obwohl aus vielen Zeilen Verbitterung über die Zerstörung der Republik und der im DRLB-Kontext geleisteten Arbeit spricht, deuten die wenigen bekannten

123 Hier und im Folgenden Heinrich-Heine-Institut (Düsseldorf), Nachlass Schäfer, Schreiben Ludwig Hüters an Wilhelm Schäfer vom 28. November 1933.

Privatschreiben Ludwig Hüters aus der Zeit nach 1933 darauf hin, dass er das (kultur-)politische Tagesgeschehen verfolgte und sich nicht mundtot machen ließ. So wandte er sich nach der Lektüre des Zeitungsartikels „Geist als Sündenbock“ am 15. April 1935 an dessen als NS-Anhänger bekannten Verfasser, den Philosophieprofessor Theodor Lorenz Haering,¹²⁴ um ihm auf durchaus eigenwillige Weise Zustimmung im Kampf gegen den um sich greifenden Antiintellektualismus mitzuteilen.¹²⁵

Es sind auch zwei Hüter-Briefe aus dem letzten Lebensjahr, 1940, überliefert. Adressatin war die Lehrerin und Schriftstellerin Hulda Hofmiller, geborene Eggart, Witwe des politisch rechts stehenden Nietzsche-Forschers Josef Hofmiller.¹²⁶ Gegenstand waren Fragen der Erziehung, die Hüter als Pädagogen und Humanisten wohl ein Leben lang beschäftigten. Konkret ging es um Sexuaufklärung (Selbstbefriedigung, Prostitution und vorehelicher Geschlechtsverkehr). Hierbei erinnerte sich der Absender „an die Trostlosigkeit, mit der in meiner eigenen Jugend (...) seitens der kompetenten Autoritäten (Eltern, Lehrer, Pfarrer, Ärzte) dem heiklen Thema aus dem Weg gegangen wurde“.¹²⁷ Dem Hinweis von Hofmiller auf eine Schrift der Autorin Käthe Sturmfels zur Rolle der Frau und der Kindserziehung hält Hüter ein fortschrittlicheres Frauenbild entgegen: „[D]as Kleinkind anlangend, die Kindergärten sollten nur Notbehelfe sein? Wie verstiegen und wie unrichtig! Die im Wirtschaftsleben oder in anstrengender Haustätigkeit stehende Frau des Volkes, kann sie überhaupt alle ihre Kleinkinder persönlich pflegen und erziehen? Erziehen! Wozu? Doch, um im lebendigen Leben später zu bestehen! Was haben Mutterkindchen nicht oft alles zu leiden, wenn sie jäh in die Gemeinschaft der Schule eingereiht werden!“¹²⁸

Von diesen Texten und Briefzeugnissen abgesehen herrscht mit Blick darauf, wie Ludwig Hüter die NS-Diktatur erlebte, Quellenarmut. Das Gleiche gilt für seine Frau Marianne, die Tochter Margarethe und Pflgetochter „Gerda“. Auch hier ist das eingangs erwähnte Fehlen eines persönlichen Nachlasses zu beklagen. Die Erinnerung seines früheren Schülers Trapp, wonach Hüters Haus in der Stein-

124 Zu Haering (1884–1964) vgl. Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Aktualisierte Ausgabe, Frankfurt a. M. 2005, S. 217.

125 Vgl. Universitätsbibliothek Tübingen, Nachlass Theodor Haering, Md 1014-240, Brief von Ludwig Hüter an Theodor Haering vom 15. April 1935. Darin zitiert Hüter den folgenden antisemitisch-antiintellektualistischen Spruch aus „Plischkes Kalender“ mit dem Titel „Intellekt!“. „Hinweg mit diesem Wort[,] dem bösen/mit seinem jüdisch grellen Schrei!/ Nie kann ein Mann von deutschem Wesen/ein Intellektueller sein!“. Als spitzfindige Bemerkung fügt Hüter lediglich hinzu: „Sind Sie vielleicht mit dadurch zu Ihrem Schrei ‚Geist als Sündenbock‘ veranlaßt worden, an dem ich mich vor kurzem labte?“ Die abschließend behauptete „Gesinnungsverbundenheit“ zu Haering kann nur eine stark eingeschränkte gewesen sein.

126 Zu Hofmiller (1872–1933) vgl. Dehn, Manfred: Hofmiller, Josef, in: Neue Deutsche Biografie, Bd. 9, Berlin 1972, S. 471.

127 Münchner Stadtbibliothek / Monacensia, Nachlass Hofmiller, HH B 70, Brief von Ludwig Hüter an Hulda Hofmiller vom 4. Januar 1940.

128 Ebd., Brief von Ludwig Hüter an Hulda Hofmiller vom 6. März 1940.

straße 90 durch die Nationalsozialisten enteignet worden sei,¹²⁹ beruht jedenfalls auf einem Irrtum. Hüter wohnte bis zu seinem Tode dort, und es blieb auch danach im Eigentum der Familie. So verzeichnet das Gießener Adressbuch von 1941 seine nun verheiratete Pflegetochter Gerda Bende, wohnhaft in Wiesbaden, als Eigentümerin.¹³⁰ Dagegen trifft Trapps Hinweis zu, dass sein alter Lehrer in der Zeit des „Dritten Reiches“ eine finanzielle Rückstufung erlitt. Denn von April 1934 bis 1939 vermerkten seine Zahlungsblätter bzw. Stammkarten eine Kürzung der eigentlichen Bruttopension von 653,75 RM auf 523,93 RM, d. h. um ca. 20%.¹³¹ Ob die Ruhegehaltsbeschneidung im engeren Sinne politisch motiviert war und einen bekannten NS-Gegner treffen sollte oder einem allgemeinen reichsweiten Trend folgte, ist hier nicht zu klären. Tatsächlich erreichten bei den planmäßigen Reichsbeamten die Gehälter der oberen und mittleren Gehaltsgruppen im Jahr 1938 noch nicht wieder das Niveau aus der Zeit vor Brünnings Notverordnungen.¹³² Pensionen dürften davon nicht entkoppelt – und Landesbeamte nicht besser gestellt gewesen sein als Reichsbeamte. Für eine Maßregelung des einstigen Mitglieds von SPD sowie DRLB-Vorstand spräche dagegen Hüters Aussage gegenüber Wilhelm Schäfer, als „national unzuverlässig“ zu gelten und „staatspolizeilich und beamtenrechtlich“ behandelt zu werden (s. o.). Denn die unter Hitler 1933 statuierte beamtenrechtliche Gesetzgebung mit dem Ziel der NS-„Gleichschaltung“ des öffentlichen Dienstes betraf Regimegegner und Juden nicht nur unter aktiven Beamten, sondern auch unter den „frühere[n] Beschäftigte[n], die bereits Versorgungsleistungen bezogen (...). Die Einzelfragen zum Verlust oder der Kürzung von Versorgungsansprüchen waren in Durchführungsverordnungen geregelt“.¹³³ Die Besoldungsstammkarten liefern keine Erklärung für Hüters reduzierte Pension; allerdings sind sie unvollständig und weisen eine große Lücke ausgerechnet für die Zeit von April 1932 bis April 1934 auf.¹³⁴

Über die gesundheitliche Lage Hüters in den letzten Lebensjahren lässt sich wenig sicher sagen. Von der schweren Erkrankung, die 1931 eine Operation nötig machte und ihn zwang, den 70. Geburtstag im Gießener Krankenhaus zu verbringen, dürfte er sich wieder (leidlich) erholt haben. Womöglich war sie aber

129 Vgl. Trapp, E. O.: Jubiläumsgedanken eines „Goldenen“. Aus der Ansprache von Otto Trapp, in: *Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis*, Nr. 30 (20. August 1964), S. 14–17, hier: S. 15.

130 Vgl. Adressbuch Stadtkreis und Landkreis Gießen 1941, Gießen 1941, S. 104.

131 Vgl. HStAD, G 35 E, Nr. 7058, Besoldungsstammkarten Hüter, Ludwig (1930–1945), hier: 1934 bis 1939.

132 Vgl. Herbst, Ludolf: *Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg*, Frankfurt a. M. 1996, S. 246.

133 Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (Hrsg.): *Zukunft durch Wandel. 75 Jahre VBL 1929–2004*. Online-Ressource: https://docplayer.org/45876687-Vbl-versorgungsanstalt-des-bundes-und-der-laender-zukunft-durch-wandel.html#show_full_text (letzter Zugriff: 11.11.2023), S. 21.

134 Vgl. HStAD, G 35 E, Nr. 7058, Besoldungsstammkarten Hüter, Ludwig (1930–1945).



Abb. 9: Grabstätte Hüter auf dem Alten Friedhof (August 2020), Foto: Dagmar Klein.

ein Vorbote des Leidens, dem er am 9. Dezember 1940 im Evangelischen Schwesternhaus erlag: Die Todesursache war laut Sterberegistereintrag Vorsteherdrüsenkrebs (in Verbindung mit Kreislaufschwäche).¹³⁵ Mit dem Tod von Ehefrau Marianne (19. März 1939) hatte Hüter zuvor einen letzten Schicksalsschlag auszuhalten gehabt.¹³⁶ Hüters Grab und das seiner Familie befindet sich auf dem Gießener Alten Friedhof. Nachdem der Stein und die Umfassung zuvor schon fast im Erdreich versunken waren, wurde die Grabstätte 2022 wieder instandgesetzt und angelegt.¹³⁷



Abb. 10: Renovierte Grabstätte – Vorderseite (August 2022), Foto: Dagmar Klein.



Abb. 11: Renovierte Grabstätte – Rückseite (August 2022), Foto: Dagmar Klein.

135 Vgl. StdtAG, Sterberegister Gießen 1940, Nr. 1542 – Sterbefall Ludwig Hüter.

136 Vgl. ebd., Sterberegister Gießen 1939, Nr. 292 – Sterbefall Marianne Hüter.

137 Das Hüter-Grab findet auch in der neuen Friedhofs-App Erwähnung (Download der App unter: www.wo-sie-ruhen.de).

4. Ein früher Gießener Demokrat und Republikaner – Resümee und Ausblick

Leben und Wirken des Gymnasiallehrers, Sozialdemokraten und Republikaners Ludwig Hüter zeigen, dass es zur Zeit der ersten deutschen Demokratie, d. h. in den Jahren 1918/19 bis 1933, auch in Gießen Menschen gab, die sich abseits der Parteipolitik für die Verankerung einer demokratischen Republik in den Köpfen und Herzen der Bevölkerung in Stadt, Umland, ja in ganz Deutschland starkmachten. Als Lehrer am Großherzoglichen Gymnasium (ab 1907: LLG) einem klassischen Humanismus verbunden, verschrieb er sich 1919 der republikanischen Erziehung; als Lehrer im Fach der Staatsbürgerkunde, als Dozent an der Volkshochschule, als Protagonist republikanischer Traditionsbildung und als Rückgrat, Organisator und Vorstandsmitglied des zeitweise viel Zulauf sowie gewisse (politische) Unterstützung erfahrenden Deutschen Republikanischen Lehrerbundes.

Das Forschungsinteresse am Nationalsozialismus und seinen Völkerrechtsverbrechen stellt seit langem die Befassung mit den 1933 unterlegenen Kräften und ihrem Einsatz für eine lebendige und wehrhafte demokratische Republik in den Schatten. „[D]as durchaus weit verbreitete ‚demokratische Denken‘ (Christoph Gusy) und die demokratische Aktion [wurden] bislang nur stiefmütterlich behandelt (...) Denn es gab ihn auch, den Verfassungspatriotismus auf allen Ebenen, in den Massenorganisationen, in der Wissenschaft, in Literatur und Presse bis hinunter ins weit verzweigte Vereinswesen, wenig analysiert, und in der Strahlkraft kaum bemessen, ebenso wie die Wirkung der doch vielschichtigen Gegenstrategien von Politik und republiktreuen Verbänden gegen das antidemokratische Denken und vor allem gegen die militanten Republikfeinde“.¹³⁸

Der Lehrer Ludwig Hüter steht in einer Reihe mit anderen tatkräftigen und mutigen, teils vergessenen verfassungspatriotischen Streiterinnen und Streitern für die Weimarer Republik, darunter auch manche weitere Gießener DRLB-Mitglieder. Der vorliegende Text zielte darauf, seinen Beitrag (v. a. den als Lehrerbundsfunktionär geleisteten) für die damalige „res publica“ nachzuzeichnen und angesichts des Demokratiejubiläums 2023 (175 Jahre Paulskirche) in Erinnerung zu rufen. Am Schluss steht die mit Wortspiel versehene, wohlwollend zugespitzte Formulierung der „Oberhessischen Volkszeitung“, die die historische Rolle des Demokratieaktivisten aus Gießen umreißt: „Genosse Hüter gilt heute im ganzen Deutschen Reiche und besonders dort, wo die Reaktion am stärksten ist, als der Hüter des bedrängten republikanischen Lehrerstandes“.¹³⁹

138 Mühlhausen, Weimar-Experiment (wie FN 46), S. 213 f. u. 215.

139 Prof. Dr. Hüter (wie FN 22).

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Archivgut:

Bundesarchiv Koblenz

- N 1114 [= Nachlass Friedensburg], Nr. 16

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt [= HStAD]

- G 28 Giessen, Nr. F 8066
- G 35 E, Nr. 7058
- G 53 LLG Gießen, Nr. 113 und 158
- R 1 B, Nr. 952

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin [= GStA],

- VI. HA, Nachlass Grimme, A., Nr. 1776

Generallandesarchiv Karlsruhe [= GLA]

- 235, Nr. 19987

Goethe- und Schiller-Archiv / Klassik Stiftung Weimar

- 116 [= Bestand Meysenbug], Nr. 120

Heinrich-Heine-Institut (Düsseldorf)

- Nachlass Schäfer

Münchener Stadtbibliothek / Monacensia

- Nachlass Hofmiller, HH B 70

Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen

- Cod. Ms. E. Weniger [= Nachlass Erich Weniger], 1

Stadtarchiv Gießen [= StdtAG]

- Personenstandskartei
- Sterberegister Gießen
- 1/3, Nr. 305 [= Grundbuch der Gemarkung Giessen, Bd. 1b, 1915ff.]
- 7/38 [= Bestand Landgraf-Ludwigs-Gymnasium], Nr. 691
- 86, Nr. 150 [= Magisterarbeit Juliane Ossner]

Universitätsbibliothek Tübingen

- Nachlass Theodor Haering, Md 1014-240

Druckschriften allgemein:

- Adreßbuch Stadtkreis und Landkreis Gießen 1941, Gießen 1941
- Gießener Anzeiger
- Hof- und Staats-Handbuch des Großherzogthums Hessen. 1868, Darmstadt [1868]
- Hof- und Staats-Handbuch des Großherzogthums Hessen. 1867, Darmstadt [1867]

Schriften Ludwig Hüters und aus seinem Umkreis (Deutscher Republikanischer Lehrerbund und SPD):

- An alle Republikaner! An unsere Bundesfreunde, in: Der Wegweiser, Nr. 2/3, 1931, S. 122 f.
- Bundestag des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes in Kassel, in: Der Wegweiser, Nr. 5, 1929, S. 80–82
- Epilog zur Verfassungsrede Professor Hüters, in: Der Wegweiser, Nr. 3, 1928, S. 42 f.
- Erste öffentliche Tagung des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes zu Frankfurt a. M. am 17. Juni 1928. Eingehender Bericht, in: Wie erziehen wir republikanische Menschen? (Republikanische Erziehung, H. 1), Langensalza 1929, S. 32–38
- Hüter, Ludwig: In ernster Zeit. Schulabbau – Kulturabbau, in: Der Wegweiser, Nr. 6, 1931, S. 202–214
- Ders.: Meine Rede zur Verfassungsfeier in Giessen, in: Der Wegweiser, Nr. 4, 1927, S. 62 f.
- Ders.: Einheit und Freiheit – die Leitsterne der deutschen Geschichte. Eine Rede zur Verfassungsfeier am 11. August 1927, in: Der Wegweiser, Nr. 4, 1927, S. 64–73
- Ders.: Die Robert-Blum-Linde in Gießen. Zur Erinnerung an den 9. November 1848, in: Gießener Anzeiger, 9. November 1926, Zweites Blatt, S. 2
- Ders.: Liebknecht und Gießen, in: Oberhessische Volkszeitung, 1. Mai 1926 – Sonderbeilage, S. 1–7
- Ludwig Hüter zum 70. Geburtstag, in: Der Wegweiser, Nr. 1, 1932, S. 3–5
- Prof. Dr. Hüter 70 Jahre alt, in: Oberhessische Volkszeitung, 23. November 1931
- Reichspräsident gegen Reichskanzler. Herr Hindenburg korrigiert Herrn Hitlers Frankfurter Rede, in: Oberhessische Volkszeitung, 3. März 1933. Beilage
- Republikanische Einheitsfront: Kartell der republikanischen Verbände Deutschlands, in: Der Wegweiser, Nr. 2/3, 1931, S. 114–121
- Republikanische Erziehung [= Schriftenreihe], Langensalza 1929 ff.
- Der Wegweiser [= Bundeszeitung], Gießen (ab 1930 Darmstadt) 1924–1932
- Zwei zustimmende Briefe an den Herausgeber, in: Wie erziehen wir republikanische Menschen? (Republikanische Erziehung, H. 1), Langensalza 1929, o. S.

Literatur

Agethen, Manfred: Ferdinand Friedensburg (1886–1972). Stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin, in: Günter Buchstab, Brigitte Kaff, Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg i. Brsg. 2004, S. 179–186

Baumgartner, Hans Michael: Ernst von Aster (1880–1945) / Philosoph, in: Hans Georg Gundel, Peter Moraw und Volker Press (Hrsg.): Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Erster Teil (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 35), Marburg 1982, S. 6–11

Brake, Ludwig/Ehlers, Eckhard/Thimm, Utz: Gefangen im Krieg. Gießen 1914–1919, Marburg 2014

Dauernheim, Jürgen: Erinnerung an eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Prof. Dr. Ludwig Hüter und (an) ein besonderes Datum vor 100 Jahren, in: *Epistula. Jahresschrift der Vereinigung der Ehemaligen und Freunde des Landgraf-Ludwigs-Gymnasium*, Nr. 92 (Juni 2023), S. 77–80

Ders.: Der Fall Schädel – oder: Weshalb die 300-Jahrfeier des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums nicht 1905, sondern erst 1907 stattfand. Kriminalstück, in: *MOHG 91* (2006), S. 25–43

Dehn, Manfred: Hofmiller, Josef, in: *Neue Deutsche Biografie*, Bd. 9, Berlin 1972, S. 471

Delseit, Wolfgang: Schäfer, Wilhelm, in: *Neue Deutsche Biografie*, Bd. 22, Berlin 2005

Franck, Ludwig: Meine Lehrer in ihren Ausdruckstypen, in: *Epistula Gymnasii Ludovicani Gissensis*, Nr. 24 (1. Oktober 1961), S. 13–17

Franz, Eckhart G.: Ludwig Bergsträsser (1883–1960), in: Bernd Heidenreich und Walter Mühlhausen (Hrsg.): *Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2000, S. 187–200

Friedel, Mathias: *Politische Presse und Parlamentarismus in Hessen. Vom Kaiserreich zum Land Hessen (1868/71–1946)*, Wiesbaden 2017

Fritsch, Werner: Kartell republikanischer Verbände Deutschlands (KRVD) 1931–1933, in: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.): *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*. In vier Bänden, Bd. 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei, Leipzig 1985, S. 179–181

Grebing, Helga: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin 2007

Häntzschel, Hiltrud: Meysenbug, Malwida von, in: *Neue Deutsche Biografie*, Bd. 17, Berlin 1994, S. 407–409

Herbst, Ludolf: *Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg*, Frankfurt a. M. 1996

Hohendorf, Gerd: Der Deutsche Republikanische Lehrerbund. Aus der Geschichte der Lehrerbewegung in der Weimarer Republik, in: Ruth und Gerd Hohendorf: *Diesterweg verpflichtet. Beiträge zur deutschen Bildungsgeschichte (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 52)*, Köln u. a. 1994, S. 252–269

Jahnke, Ursula: Deiters, Heinrich 2.7.1887–31.1.1966 Pädagoge, Dekan, in: Jochen Černý (Hrsg.): *Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon*, Berlin 1992, S. 77 f.

Jung, Otmar: Verfassungsschutz privat: Die Republikanische Beschwerdestelle e.V. 1924–1933, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 35 (1987), H. 1, S. 65–93

Kanitscheider, Bernulf: August Messer (1867–1937)/Philosoph, in: Hans Georg Gundel, Peter Moraw und Volker Press (Hrsg.): *Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zweiter Teil (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 35)*, Marburg 1982, S. 644–657

Kessler, Harry Graf: *Tagebücher 1918 bis 1937*. Hrsg. v. Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. u. Leipzig 1996

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*. Aktualisierte Ausgabe, Frankfurt a. M. 2005

Klein, Dagmar: Von der Wohltätigkeit zum politischen Engagement. Die Gießener Frauenvereine 1850–1933, Gießen 2006

Knauß, Erwin: Dr. Hermann Otto Vaubel (1897–1984) in memoriam, in: MOHG (NF) 69 (1984), S. X–XIII

Krautheim, Hans-Jobst/Krautheim, Ulrike/Rohrbach, Rita: Aufbruch in die Demokratie. Die Gießener Volkshochschule 1919–1947, in: MOHG 103 (2018), S. 139–192

Kunkel, Otto: Anno Dazumal. Geschichten und Geschichterchen aus der Zeit vorm ‚Kleinen‘ Weltkrieg. Wiederaufgeführt durch ‚epistula‘ Nr. 35/1967, S. 29–32, 33 u. 36, in: Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis, Nr. 36 (1. November 1967), S. 18–24

„Loos, Wilhelm“, in: Hessische Biografie. Online-Ressource: <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/1156048591>> (Stand: 29.3.2023)

Marcowitz, Reiner: Weimarer Republik 1929–1933. 2. Aufl., Darmstadt 2007

Meinl, Susanne: Brigade Ehrhardt, Organisation Consul und Bund Wiking: Das Spinnennetz rechtsradikaler Verbände in Mittelhessen 1920–1925, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 36 (1993), S. 55–101

Müller, Susanne: Einleitung, in: Dies. (Bearb.): Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. Bearbeitet in Verbindung mit Erich Matthias (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Reihe 1: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 4), Düsseldorf 1966, S. XI–XXXVI

Mühlhausen, Walter: Das Weimar-Experiment. Die erste deutsche Demokratie 1918–1933, Bonn 2019

Ders.: Vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten (Blickpunkt Hessen 3), Wiesbaden 2003

Müller, Karl: Das Martyrium republikanischer Lehrer, in: Der Wegweiser, Nr. 3/4, 1926, S. 42–45

Müller-Wiener, H.: Unsere Lehrer vor 50 und mehr Jahren. Erinnerungen der „Goldenen“ Abiturienten von 1913, in: Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis, Nr. 27 (1. Februar 1963), S. 8–13

Nees, Ernst Dieter: Von der Schwierigkeit Republikaner zu sein – die gestörte Verfassungsfeier 1927 in Gießen, in: MOHG (NF) 76 (1991), S. 57–65

Ders.: Der Republikanische Lehrerbund und seine Aktivitäten in der Provinz Oberhessen, in: Wetterauer Geschichtsblätter 35 (1986), S. 127–155

Ossner, Juliane: Die Reichsgründungs- und Verfassungsfeiern in Wetzlar und Gießen 1921 bis 1933. Wissenschaftliche Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades im Fach Mittlere und Neuere Geschichte, Gießen 1998 (unveröffentlicht; Archivierung: StdtAG, 86, Nr. 150)

Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987

Ritter, Gerhard A.: David, Eduard Heinrich, in: Neue Deutsche Biografie, Bd. 3, Berlin 1957, S. 535

„Schiller, Johann Heinrich Karl Friedrich *Hermann*“, in: Hessische Biografie. Online-Ressource: <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/11726783X>> (Stand: 11.9.2023)

- Schonebohm, Walter: Erinnerungen an meine Schulzeit am LLG 1892–1901, in: *Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis*, Nr. 10 (Februar 1955), S. 8–11
- Schröder, Wolfgang: Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier. Ein Fragment. Herausgegeben von Renate Dreßler-Schröder und Klaus Kinner (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XVIII), Berlin 2013
- Seeligmann, Chaim: Der Deutsche Republikanische Lehrerbund in der Weimarer Republik, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Bd. VIII, 1979, S. 365–387
- Speitkamp, Winfried: Modernisierung in der Krise: 1918 bis 1945, in: Ludwig Brake und Heinrich Brinkmann (Hrsg.): *800 Jahre Gießener Geschichte. 1197–1997*. Hrsg. im Auftrag des Magistrats der Universitätsstadt Gießen, Gießen 1997, S. 215–262
- „Spier, Samuel“, in: *Hessische Biografie*. Online-Ressource: <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/119475073>> (Stand: 15.10.2021)
- Springborn, Friedrich: Wer schützt den republikanischen Lehrer in Ostelbien?, in: *Der Wegweiser*, Nr. 1, 1930, S. 17–20.
- Trapp, E. O.: Jubiläumsgedanken eines „Goldenen“. Aus der Ansprache von Otto Trapp, in: *Epistula Gymnasii Ludoviciani Gissensis*, Nr. 30 (20. August 1964), S. 14–17
- Ullmann, Hans-Peter: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Frankfurt a. M. 1995
- Vaubel, Hermann Otto: Schuljahre am Ende der Wilhelminischen Zeit. Erinnerungen, in: *Hessische Heimat. Aus Natur und Geschichte*, Nr. 18/28.08.1976, S. 69–72
- Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (Hrsg.): *Zukunft durch Wandel. 75 Jahre VBL 1929–2004*. Online-Ressource: https://docplayer.org/45876687-Vbl-versorgungsanstalt-des-bundes-und-der-laender-zukunft-durch-wandel.html#show_full_text (letzter Zugriff: 11.11.2023)
- Weber, Reinhold/Wehling, Hans-Georg: *Geschichte Baden-Württembergs*. 2. Aufl., München 2012
- Weitershaus, Friedrich Wilhelm: *Wilhelm Liebknecht. Das unruhige Leben eines Sozialdemokraten. Eine Biographie*, Gütersloh 1976

Vom Elfenbeinturmgelehrten zum antisemitischen Irrlehrer – Der Weg Georg Bertrams von der Gießener Theologie zum Eisenacher „Entjudungsinstitut“

ATHINA LEXUTT

1. Es ist wieder da¹ – Warum es wichtig ist, sich mit Georg Bertram zu beschäftigen

„Der 9. November 1938 fragt uns eindringlich: Wollen wir die Herrschaft des Rechts immer und für alle in unserem Land anerkennen? Das Recht auf Leben, auf Freiheit, auf Gleichheit, das Recht auf die eigenen Überzeugungen, Lebensweisen und Glaubensbekenntnisse? Wollen wir uns dem Unrecht, der Diskriminierung, der Missachtung jeden Andersseins und wollen wir uns vor allem dem Antisemitismus entschieden entgegenstellen?“² So formulierte es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Eröffnung einer Tagung mit dem Thema „Wie erinnern wir den 9. November? Ein Tag zwischen Pogrom und demokratischen Ausbrüchen“.

Wie wichtig es ist, diese Frage zu stellen und eine angemessene Antwort in grundsätzlicher Absicht zu formulieren und in spezielle Herausforderungen zu reformulieren, zeigen die jüngeren und jüngsten Ereignisse in Deutschland, in denen jüdische Einrichtungen und Menschen jüdischen Glaubens Ziel antisemitischer Hetze und Propaganda sind. Wer auch immer hinter diesen Anschlägen steht: Sie geschehen in einem Land, das sich in einer besonderen Verantwortung weiß und der Tragweite solcher Geschehnisse bewusst zu sein hat. Dass es in diesem Land immer noch antisemitische Strömungen gibt und verschiedene Aussagen beinahe schon wieder salonfähig sind, muss erschrecken und zu neuer Wachsamkeit führen.

Dieser Wachsamkeit soll auch der folgende Beitrag zuarbeiten, der sich mit einer der skurrilsten und abstoßenden Einrichtung, die der Nationalsozialismus hervorbracht hat, bzw. mit einem ihrer Mitarbeiter beschäftigt: dem Gießener Theologen Georg Bertram, der an vorderster Front im Eisenacher „Institut zur Erforschung und Beseitigung jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ mitarbeitete und somit dazu beitrug, dass christliche Theologien und Kirchen dem nationalsozialistischen Wahnsinn Nahrung gaben und darin ihren eigentlichen Auftrag verraten haben. Der folgende Beitrag versteht sich dabei als ein noch sehr rudimentärer erster Aufschlag, der nur einige wenige Fakten zu-

1 Die Anspielung auf das 2012 erschienene Buch „Er ist wieder da“ von Timur Vermes dürfte evident sein.

2 <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/11/221109-Tagung-9-November.html> (aufgerufen am 26.11.2022)

sammentragen kann. Eine intensivere Aufarbeitung, zu der weitere Recherchen, Sichtung und Auswertung von Archivmaterial sowie eine Einbettung in die Situation und Ausrichtung der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Gießen zur Zeit des Nationalsozialismus gehören würden, kann hier noch nicht geleistet werden. Ob die Entwicklung Bertrams einer zunehmenden Verquickung wissenschaftlichen Forschens und politischer Interessen oder einer Preisgabe der akademischen Redlichkeit an weltliche Ideologie geschuldet ist, mit anderen Worten: ob konfessionell-theologisches Forschen den Keim zu Ab- und Ausgrenzung bereits so in sich trägt, dass ein entsprechender Anstoß genügt, um daraus einen Deutungs- und Machtanspruch abzuleiten, der in sich schon ideologisch ist – auch diese Frage kann hier noch nicht abschließend beantwortet werden. Dies wie vor allem eine detaillierte Darstellung der Gießener Theologie vor, während und unmittelbar nach der NS-Zeit, die vermutlich auch Ergebnisse hinsichtlich dieser letztgenannten Frage liefern würde, bleiben einem Forschungsprojekt vorbehalten, denn vor allem dies hat die bisherige Recherche zu Tage gebracht: Hier klafft eine eklatante Lücke³. Bis auf gelegentliche Erwähnungen etwa in den Jubiläumsbeiträgen zur Geschichte der Gießener Universität und einige fokussierte Untersuchungen fehlt es an einer umfangreichen Darstellung. Insbesondere zu dem scheinbar unbedeutenderen theologischen Personal⁴, zu denen auch die beiden Mitarbeiter des „Entjudungsinstituts“ Karl Friedrich Euler und Georg Bertram⁵ gehören, gibt es keine näheren Forschungen. Löbliche Ausnahme ist der Beitrag „Diener zweier Herren“ von Michael Weise.⁶ Weise, der auch für die Sonderausstellung in Eisenach „Erforschung und Beseitigung. Das kirchliche ‚Entjudungsinstitut‘ 1939–1945“ verantwortlich zeichnet, kann aber in diesem Aufsatz auch nicht mehr tun, als einige

-
- 3 Zwei nennenswerte Ausnahmen gibt es: Frontabschnitt Hochschule. Die Gießener Universität im Nationalsozialismus, Gießen 1982 (diese Publikation nimmt allerdings stärker die Studentenschaft in Augenschein), und Greschat, Martin, Die evangelisch-theologische Fakultät in Gießen in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945), in: Jendorff, Bernhard / Mayer, Cornelius u.a. (Hrsg.), Theologie im Kontext der Geschichte der Alma Mater Ludoviciana. Vorträge des Fachbereichs Religionswissenschaften gehalten anlässlich des 375-jährigen Jubiläums der Universität Gießen im Jahre 1982, Gießen 1983, S. 139–166.
- 4 Es ist symptomatisch zu nennen, dass in den Bänden Gundel, Hans Georg / Moraw, Peter u.a. (Hrsg.): Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zwei Bände (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 35 / Lebensbilder aus Hessen 2), Marburg/Lahn 1982, nicht einmal Bertram, der immerhin ordentlicher Professor war, erwähnt wird. Im Übrigen auch Haenchen nicht – offenbar haben nur diejenigen Aufnahme gefunden, die im Nachhinein einigermaßen unverdächtig waren oder über ihre Zeit hinaus „positiven“ Einfluss hatten.
- 5 Bertram und Euler scheinen intensiven Kontakt auch schon zuvor gehabt zu haben, auf jeden Fall waren sie verschwägert: Bertrams Ehefrau war Eulers Schwester, was Bertram auch für seinen Ariernachweis in Geltung brachte, vgl. dazu sein Schreiben vom 23.10.1936 (Gießener Universitätsarchiv, Personalakten Bertram, LU Nr. 9065 Eg.), das er selbstverständlich mit „Heil Hitler“ statt anderer Grußformeln unterzeichnete.
- 6 Weise, Michael, Diener zweier Herren. Theologische Forschung und ideologische Betätigung bei Georg Bertram und Karl Friedrich Euler in der NS-Zeit, in: MOHG 105 (2020), S. 335–369.

Eckpunkte darzubieten; eine intensive theologische Auseinandersetzung fehlt verständlicherweise.⁷ Ebensovienig kann der im Internet veröffentlichte Beitrag von Jörg-Peter Jatho „Unbekannte Fakten zum Nationalsozialismus an der Universität Gießen“ aus dem Jahr 2018, der immerhin etwas intensiver auf einige Veröffentlichungen Bertrams einzugehen versucht, über oberflächliche Beobachtungen hinauskommen.⁸ An dieser Stelle wartet also in der Zukunft noch etliches an Arbeit, die auch hier nicht geleistet werden kann. Nichtsdestoweniger soll dieser Beitrag einen ersten Einblick liefern, der zu weiteren Forschungen anregen mag. Dazu werde ich mich für den Augenblick vor allen Dingen auf den Werdegang Bertrams bis zu seiner Mitarbeit im Eisenacher Institut konzentrieren, um zu beobachten, wie sich schleichend ein durchaus ernstzunehmender Wissenschaftler zu einem gefährlichen Propagandisten entwickelt. Seine Tätigkeit innerhalb des Instituts, seinen Einsatz für die Erhaltung des Instituts nach Ende des Zweiten Weltkriegs⁹ sowie seinen weiteren Werdegang detaillierter, als es die bisherige Forschung getan hat¹⁰, nachzuzeichnen, muss dann Gegenstand weiterer Forschungen sein.

2. Wie es dazu kommen konnte –

Georg Bertrams Weg vom Gelehrten zum Propagandisten

2.1 Der Septuagintaforscher –

Bertrams Werdegang bis zur Machtergreifung

Georg Bertram, am 14. März 1896 in Charlottenburg geboren, studierte Evangelische Theologie in Tübingen und Berlin¹¹, wo er bis 1925 Repetent am neutestamentlichen Seminar war und 1921 mit einer knapp 100seitigen Arbeit über „Die Leidensgeschichte Jesu und der Christuskult“ magna cum laude promoviert wurde.¹²

7 Wo Weise sich um eine theologische Auseinandersetzung bemüht, da tut er dies meist, indem er Sekundärliteratur bemüht, aber nicht intensiv selbst auf Spurensuche geht. Außerdem liegt ein gewisser Schwerpunkt auf Euler.

8 Abrufbar unter <http://linkes-giessen.de/joerg-peter-jatho-unbekannte-fakten-zum-national-sozialismus-an-der-universitaet-giessen/> (zuletzt aufgerufen am 26.11.2022).

9 Vgl. dazu Arnhold, Oliver, „Im Kampf für die Entjudung des religiösen Lebens“. Zur Ideologie des kirchlichen ‚Entjudungsinstituts‘, in: Spehr, Christopher / Oelke, Harry (Hrsg.), Das Eisenacher „Entjudungsinstitut“. Kirche und Antisemitismus in der NS-Zeit (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Darstellungen 82), Göttingen 2021, S. 155–176, hier: 168–170.

10 Sein Einsatz für den Erhalt des Instituts nach dem Untergang des Dritten Reiches ist dabei besonders perfide, argumentierte er doch – wie übrigens auch Grundmann – damit, das Institut sei „eine reine Verteidigungsinstitution des Christentums gegenüber dem antichristlichen Nationalsozialismus“ gewesen. (vgl. Schuster, Dirk, Die Lehre vom ‚arischen‘ Christentum. Das wissenschaftliche Selbstverständnis im Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘ (Kirche – Konfession – Religion 70), Göttingen 2017, S. 253.

11 In seiner Berufungsakte gab er an, von 1918 bis 1920 Militärhilfsgeistlicher an der Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichtenfelde gewesen zu sein.

12 Unterlagen zu seinem Werdegang finden sich etliche in seiner Personalakte der Gießener Universität; nachdem es zu Beginn der 60er Jahre zu Diskussionen um seine Versorgungs-

Mit dieser Arbeit reihte er sich in die Liste der Vertreter der formgeschichtlichen Methode¹³ ein, die 1919 durch den programmatischen Beitrag von Martin Dibelius „Die Formgeschichte des Evangeliums“ begründet sowie vor allem von Karl Ludwig Schmidt und Rudolf Bultmann fortgesetzt wurde und eine Wende in der neutestamentlichen Forschung insofern bedeutete, als nunmehr auch die Texte „entzaubert“ werden konnten, die für die christlichen Kirchen als Fundament des Bekenntnisses galten.

In seiner seinem Lehrer Adolf Deißmann gewidmeten Untersuchung fasst Bertram die Passionsgeschichte demgemäß als Kulterzählung und fragt: „Wieweit ist uns die in den Evangelien vorliegende Überlieferung durch die psychologische Einstellung einer Jesusgemeinde nach Inhalt und Form bestimmt, inwieweit ist sie als Kulterzählung der Urgemeinde von ihrem Herrn und Heiland anzusprechen?“¹⁴ Den historischen Einsichten verpflichtet, bemüht er sich darum, alles Kerygmatische¹⁵ und Kultische, damit Spätere und die eigentliche Geschichte Verschleiernde als solches zu entlarven und darunter den Kern der Erzählung freizuschälen. Die Passionsgeschichte ist eben keine „Geschichte“, will also nicht Faktisches wiedergeben, sondern eine solche Erzählung entspringt, so Bertram, kultischen Motiven. „Eine Religion“, so konstatiert er, „entsteht nicht als Dogma und Sittenlehre, mit Angriffs- und Verteidigungstendenz nach außen, sondern als Kultus, d.h. als inneres Verhältnis der Gläubigen zu ihrem Kultheros, das in ihrem Glauben und Leben – nicht etwa nur im Gottesdienst – zum spontanen Ausdruck kommt.“¹⁶ Freilich geht es ihm in seiner dezidiert als literarkritisch definierten Untersuchung nicht darum, mit der Feststellung, dass es sich bei verschiedenen Elementen der Passionsgeschichte um eine kultische Form und eine kultische literarische Überarbeitung handelt, die Historizität grundsätzlich infrage zu stellen. Er will nachweisen, „daß die Überlieferung von Jesus geformt worden ist durch die Bedürfnisse der gläubigen Gemeinde, die wir zusammenfassend als kultische bezeichnen.“¹⁷ Dieser Ansatz ist spätestens seit Entdecken der historisch-kritischen Methode, vor allem den Überlegungen des in früheren Zeiten in Gießen tätigen Theologen Adolf

bezüge und die Festsetzung seines Dienstalters gekommen war und manche Unterlagen offenbar nicht (mehr) vorhanden waren, mussten verschiedene Dokumente neu zusammengetragen werden.

13 Formgeschichte beschreibt eine Methode der Auslegung, die die jeweilige Gattung (Form) eines biblischen Textes berücksichtigt, also ob es sich etwa in der Schöpfungserzählung um einen historischen Bericht oder um eine Erzählung handelt oder welchen Sitz im Leben, also welchen historisch-kultischen Gebrauch etwa die Berpredigt im Matthäusevangelium hatte.

14 Bertram, Georg, Die Leidensgeschichte Jesu und der Christuskult. Eine formgeschichtliche Untersuchung (Forschungen zur Religion und Literatur des Alten und Neuen Testaments NF 15), Göttingen 1922, Vorwort.

15 Das griechische Wort *kerygma* = Predigt, Verkündigung meint im christlichen Kontext einmal die Verkündigung Jesu selbst, in unserem Zusammenhang aber den verkündigten Jesus, der bereits als der Sohn Gottes und als Messias, als Christus, als Erlöser verehrt wurde und im Gegenüber zum historischen Jesus von Nazareth steht.

16 Ebd., S. 5.

17 Ebd., S. 7.

von Harnack¹⁸ nichts Neues und entspricht der neutestamentlichen Forschung seiner Zeit. Umgekehrt geht er aber nicht so weit wie etwa später Rudolf Bultmann und will Mythos und Legende ganz abtun; er sieht beides „als Zeit entsprechende Ausdrucksmittel des Heiligen für die Überlieferung von Jesus“.¹⁹ Ihm ist erst einmal nur darum zu tun, diesen Kultcharakter zu erkennen. Da er darin aber auch gerade das Besondere und Charakteristische des Christentums erblickt, ist aus dieser Erkenntnis keine Ablehnung zu folgern oder gar so etwas wie ein bereinigter Text. Es müsse jedoch klar sein, dass die Überlieferung – wie etwa hier der Passionsgeschichte – nicht dem historischen Ist der Passion, sondern dem historischen Ist der frühen Christengemeinde entspricht.

Ganz richtig wird in diesem Sinne festgehalten, dass weite Teile der von ihm untersuchten Passionsgeschichte aus missionarischen Zwecken so und nicht anders formuliert wurden und sich ein, wie er es nennt, Legenden- bzw. Sagenkranz um einen historischen Kern herum gebildet hat. Allerdings kann sich Bertram – wie die wenigsten seiner Zeit – in diesem Zusammenhang nicht zu einem reinen Wirklichkeits- gegenüber einem Wahrheitsbegriff durchringen, der diesen Erkenntnissen Rechnung trüge; er behandelte also den biblischen Text immer noch als „heiligen“ Text und Vermittlung göttlichen Willens und göttlicher Wahrheit und nicht als rein literarisches Zeugnis; er verzichtete nicht auf so etwas wie eine Offenbarungswahrheit. Das wird an einer Formulierung wie der folgenden, die bereits in der Einleitung begegnet, deutlich: „Im Gemeindegottesdienst, in der Stunde stiller, häuslicher Feier, in Not und Drang der Verfolgung, im Sieg und Frieden treuen Bekenntnisses tritt den Gläubigen ihr himmlischer Herr entgegen und verkürt ihr irdisches Leben auch in seinen dunklen Seiten [...]“.²⁰ Es ist angesichts späterer Äußerungen Bertrams nicht auszuschließen, dass in einer solchen Wendung die Erinnerung an den 1. Weltkrieg mitschwingt. Vieles in seinen Ausführungen ist ausgesprochen dogmatisch und kerygmatisch formuliert und keineswegs so „historisch“, wie wir uns das heute unter historischer Neutralität und Objektivität vorstellen würden. Bertram selbst nennt als Grund dafür, dass sich im Christentum Geschichte und Religion, die sich seiner Ansicht nach ausschließen müssten, verbunden haben. Insofern treffen hier „Geschichte als Entwicklung, als ewig Werdendes“ und Religion, das „ewig Seiende[...], das] Absolute [...]“²¹ aufeinander, ein Faktum, das Bertram als „das entscheidende Problem moderner Frömmigkeit“²² bezeichnet.

Für die Frage, ob Bertram bereits in dieser frühen Zeit antijudaistische oder gar antisemitische Tendenzen zeigt, ist die Passionsgeschichte natürlich insofern

18 Ob und in welcher Weise die liberale Theologie Wegbereiter der DC gewesen ist, ist ein diskutiertes Feld. Vgl. dazu u.a. Schneider, Thomas Martin, Die „Deutschen Christen“ und ihre ‚Rassentheologie‘, in: Spehr / Oelke (Hrsg.): Das Eisenacher „Entjudungsinstitut“, wie FN 9, S. 94.

19 Bertram, Die Leidensgeschichte Jesu, wie FN 13, S. 100.

20 Ebd., S. 6.

21 Ebd., S. 99.

22 Ebd., S. 99.

besonders geeignet, weil auf sie traditionell rekurriert wird, wenn es darum geht, die Juden als Jesumörder zu diffamieren. Im Blick auf die Person des Judas Iskariot bleibt Bertram jedoch in der beschriebenen dogmatisch-kerygmatischen Sichtweise und sieht in ihm das Werk Satans personifiziert. Die Verhörszene hingegen hält einen Moment bereit, den man als antijüdisch einstufen könnte; doch auch an dieser Stelle bleibt Bertram seinem historischen Interesse verhaftet und verzichtet auf entsprechende Pointierungen. So schreibt er: „Das ganze Motiv [gemeint ist, dass sich Pilatus die Hände in Unschuld wäscht] dient weniger dazu, den Pilatus reinzuwaschen, es stammt weniger aus apologetischem Interesse, als daß es der antijüdischen Stimmung der ältesten Christenheit lebhaften Ausdruck verleiht. Ja es ist vielleicht sogar ätiologisch [also als nachträgliche, in eine Erzählung gekleidete Begründung für ein gegenwärtiges Phänomen, Anm. d. Vfin.] zu verstehen, als volkstümliche Erklärung für all das Unheil, das in jener Zeit über die Juden hereinbrach: Sie haben eben selbst den Fluch auf sich herab gerufen.“²³ Wenn man in Rechnung stellt, dass es nach der Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 durchaus und durch dieses Ereignis neue Nahrung erhalten habende antijüdische Polemik in der frühen Christenheit gegeben hat, dann ist Bertrams Beobachtung möglicherweise sogar richtig und nicht über diesen konkreten historischen Rahmen hinaus misszuverstehen. Eine gewisse Polemik kann man in der Kreuzigungsszene selbst finden, in der sich Bertram einigen Exegeten anschließt, die festhalten, nicht das römische Militär, sondern nach Jesu Auslieferung hätten die Juden selbst die Kreuzigung vorgenommen. Allerdings muss man auch hier konstatieren, dass Bertram sich dieser Deutung zwar anschließt, jedoch offenbar aus rein exegetischen Gründen. Im Gegenteil spricht er sogar davon, dass „die Vorstellung im [nicht kanonischen] Petrus-Ev [beherrschend wird], wo die Schuld der Juden immer wieder tendenziös betont wird, und dann in späterer Literatur, wie z. B. bei Justin.“²⁴

Ebenso unauffällig ist in diesem Werk Bertrams Umgang mit alttestamentlichen Stellen, die er beinahe allesamt im Stile des für seine Zeit durchaus noch üblichen Verheißungs-Erfüllungs- Schema interpretiert. Die Grenzen einer solchen Interpretation werden etwa an der Stelle deutlich, wo es um das Beinebrechen des Gekreuzigten geht: Bertram konstatiert, diese Szene sei wie auch der Lanzestich einzig darum eingebaut, um die alttestamentliche Weissagung zu erfüllen und dem Ganzen einen pathetischen Ton zu geben, „der dem Bericht den Charakter der Übergeschichtlichkeit verleiht.“²⁵ Dass das Brechen der Beine dazu diene, den Tod am Kreuz schneller herbeizuführen, war nicht im Bewusstsein Bertrams.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass in Bertrams Dissertation weder antijüdische noch antisemitische Elemente zu finden sind, obgleich sich gerade die Passionsgeschichte dazu geeignet hätte, diene sie doch seit alters her dazu, das Narrativ von den Juden als Jesumördern und damit als erklärten Feinden des Christentums zu bedienen. Insofern er sich dessen nicht bedient, kann ihm zu dieser Zeit noch

23 Ebd., S. 68.

24 Ebd., S. 76.

25 Ebd., S. 85.

kein Antijudaismus oder Antisemitismus unterstellt werden. Allerdings: Wir befinden uns auch noch in einem sehr frühen Stadium seiner Biografie.

Nur ein Jahr nach seiner Dissertation erwarb Bertram 1922 die *venia legendi* für die neutestamentliche Wissenschaft und wurde – obwohl nur auf dem dritten Platz gelistet – nach Senatsbeschluss vom 18. Februar 1925 nach Gießen berufen.²⁶ Im gleichen Jahr erhielt er von der Universität Berlin die Ehrendoktorwürde. Wie bereits Weise festgehalten hat, dürften sich sowohl seine Berufung als auch die Ehrendoktorwürde dem Umstand verdanken, dass Bertram sich „schnell den Ruf eines ausgewiesenen Fachmanns für die Septuaginta“²⁷ erarbeitet hatte. In einem programmatisch zu nennenden Aufsatz unter dem Titel „Septuaginta und Urchristentum. Ein Entwurf“²⁸ fasst er zusammen, dass „[d]ie christliche Kirche [...] aus der Sphäre des Septuaginta-Judentums“ hervorgegangen sei.²⁹ Indem er auf dieser Basis behauptet, die neutestamentliche Geschichte sei zwar vom Alten Testament geprägt, habe ihre Inhalte aber von diesem Septuaginta-Judentum³⁰, legt er eine erste, vorsichtige Spur in seine spätere Tätigkeit im Eisenacher Institut, in der es darum gehen wird, das Neue Testament und das Christentum von allem alttestamentlichen und jüdischen Einfluss zu befreien. Gleichwohl betont er hier noch die Transformation und – wenn man dies einmal so nennen will – den Eigentumswechsel. Denn er hält fest: „[Das Alte Testament] ist in der christlichen Geschichte nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich Eigentum der christlichen Kirche geworden. Die Uebersetzungen geben den Beweis dafür. Das gilt auch bereits von der vorchristlichen Uebersetzung der Septuaginta, die ein Spiegelbild der jüdisch-hellenistischen Frömmigkeit liefert, aus der die urchristliche hervorgegangen ist.“³¹ Dieser Beitrag ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich in Untersuchungen, die von durchaus redlichem wissenschaftlichem Interesse geprägt sind, kleinste und kleine Verschiebungen einschleichen, die unter anderen Umständen ganz andere Ergebnisse hervorbringen können.

26 Auf Platz 1 war Ernst Lohmeyer gelistet, der als Nachfolger von Rudolf Bultmann 1920 nach Breslau berufen worden und dort auch bis zu seiner Strafversetzung durch die Nationalsozialisten 1935 an die Universität Greifswald geblieben war; Platz 2 war mit Roland Schütz besetzt, der allerdings die neutestamentliche Wissenschaft mit didaktischen Überlegungen zu verbinden zu seinem Hauptthema gemacht hatte und zum April 1926 in Kiel zum ordentlichen Professor zunächst für Psychologie und Religion, ein Jahr später für Religionswissenschaft berufen wurde. Von Gießen erhielt er 1926 aber immerhin noch die Ehrendoktorwürde und widmete der Alma Mater die Arbeit „Geschichte der christlichen Kirche im Unterricht“. Zu Schütz vgl. Käbisch, David, Roland Schütz, in: BBKL 29 (2008), S. 1306–1318. Während Lohmeyer zu den Kritikern des NS gehörte (und darum auch strafversetzt wurde), trat Schütz schon 1933 der NSDAP bei und bekannte sich offen zur Glaubensbewegung Deutsche Christen (DC).

27 Weise, Diener, wie FN 6, S. 327 (in der Ausgabe fälschlicherweise 337).

28 In: Theologische Blätter 4 (1925), S. 208–213.

29 Ebd., S. 208.

30 Vgl. ebd., vor allem S. 209.

31 Ebd., S. 213.

Nichtsdestoweniger gilt: Bertram erwies sich als Fachmann auf seinem Gebiet, der Septuagintaforschung. Seine zahlreichen Beiträge in den bis heute renommierten theologischen Standardwerken „Theologisches Wörterbuch zum Neuen Testament“ (ThWNT)³² und „Religion in Geschichte und Gegenwart“ (RGG), die vor allem in den Jahren 1935, 1938 und 1942 erscheinen³³, unterstreichen dies. Dieses Interesse hatte er vor allem seinem Berliner Lehrer Adolf Deißmann zu verdanken, der ihn in diese Forschungen eingeführt und ihm wohl auch ein besonderes Gefühl für die griechische Sprache vermittelt hatte. Deißmann selbst stand für eine intensive Berücksichtigung des religiösen Umfeldes des Neuen Testaments und bemühte sich um eine „Säkularisation der dogmatischen *Philologia sacra*“, das hieß um den unmittelbaren Zugang zu der ursprünglichen Lebendigkeit und sprachlich-sachlichen Eigenwüchsigkeit des „Bibelgriechisch“.³⁴ Deißmann hatte in seinen Forschungen nachgewiesen, dass das vergleichsweise einfache Griechisch der Septuaginta nicht in despektierlicher Absicht als „Judengriechisch“ oder „Ghetto-kauderwelsch“ abzutun sei, sondern im Gegenteil hervorragend dazu geeignet war, „der hellenistischen Welt den semiotischen Monotheismus zu vermitteln“.³⁵ Auch

32 Das ThWNT wurde von Georg Kittel herausgegeben, der selbst erwiesenermaßen Antisemit war, vgl. dazu den Band von Bormann, Lukas / Zwiep, Arie W. (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer Biographie Gerhard Kittels (1888–1948) (History of Biblical Exegesis 3), Tübingen 2022. Zu Grundmanns Beziehung zu Kittel vgl.: Morgenstern, Matthias, Walter Grundmann als Schüler Gerhard Kittels. Variationen des „christlichen Antisemitismus“ zwischen Tübingen und Eisenach, in: Spehr / Oelke (Hrsg.), Das Eisenacher „Entjudungsinstitut“, wie FN 9, S. 177–195. Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle, dass das ThWNT 2019 unverändert in einer Lizenzausgabe bei der wissenschaftlichen Buchgesellschaft erschienen ist. Eine Einleitung im ersten Band von Lukas Bormann (V–XXII) gibt zwar eine Art Leseanleitung und verschweigt auch Kittels nationalsozialistische Orientierung nicht, die maßgeblichen Einfluss auf Autoren und Artikel der ersten vier Bände hatte (vgl. XII–XVII), jedoch ist es schon überraschend, dass eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Autoren und Artikeln fehlt. Es ist unbestreitbar, dass das ThWNT in Teilen immer noch als Standardwerk gelten muss – das schützt aber nicht davor, den Kontext mindestens der ersten vier Bände stärker zu berücksichtigen. Zu wünschen wäre auch gewesen, dass die WBG darauf in ihrer Werbung für dieses Werk explizit aufmerksam gemacht hätte (und nicht nur notiert hätte „Die aktuelle Einleitung von Prof. Lukas Bormann beleuchtet den Entstehungskontext des Werkes und gibt Hinweise, worauf bei der Benutzung besonders zu achten ist.“) und hinsichtlich der Herausgeber bei Kittel etwas mehr vermerkt hätte als „Gerhard Kittel (1888–1948), Herausgeber von Bd. 1–4, war von 1926–1945 Professor für Neues Testament an der Universität Tübingen“ (<https://www.wbg-wissenverbindet.de/shop/30405/theologisches-woerterbuch-zum-neuen-testament>, zuletzt aufgerufen am 18.11.2023).

33 Vgl. dazu die Zusammenstellung von Geiser, Stefan, Bibliographie zu deutschen Neutestamentlern im NS-Staat, abrufbar im Internet auf den Seiten der Hannah-Arendt-Stiftung für Totalitarismusforschung (http://www.hait.tu-dresden.de/ntbib/Neutestamentler_bib.pdf, zuletzt aufgerufen am 22. Oktober 2023), S. 12–15.

34 Zitiert nach Elliger, Walter, 150 Jahre Theologische Fakultät Berlin. Eine Darstellung ihrer Geschichte von 1810–1960 als Beitrag zu ihrem Jubiläum, Berlin 1960, S. 98.

35 Deißmann, Adolf, Die Hellenisierung des semiotischen Monotheismus, zitiert nach Rütten, Almut, „Hellenisierung des semitischen Alten Testaments“ und „Christianisierung des

wenn es einige, in der Folgezeit nicht unbedeutende Verschiebungen im Zugang Bertrams zur Septuaginta gegeben hat, verdankte er also doch seinem Lehrer viel, und insofern verwundert es nicht, wenn er zum 60. Geburtstag Deißmanns (am 7. November 1926) im folgenden Jahr eine Festgabe herausgab, die vor allem sprachwissenschaftliche Untersuchungen enthielt. Bertram selbst war mit einem Aufsatz zu dem Thema „Die Himmelfahrt Jesu vom Kreuz aus und der Glaube an seine Auferstehung“ vertreten. Seinen bisherigen Methoden und Erkenntnissen verpflichtet, kam Bertram auch in dieser kleinen Untersuchung zu dem Schluss, dass es sich bei den Erzählungen von der Auferstehung Jesu um Legenden handle, „deren Verhältnis zur Wirklichkeit kein unmittelbares ist, und in denen der Historiker zunächst eben nur die Tatsache des Auferstehungsglaubens bezeugt finden darf.“³⁶ In seiner Untersuchung sprach er im Zusammenhang der Verbindung von „Auferstehungsgeschichten und Erzählungen aus dem irdischen Leben Jesu“³⁷ davon, dass „auch die älteste christliche Gemeinde [...] sich im Grunde in ihrem Glauben nicht abhängig von dem Glaubensstand ihrer Führer [zeigt], auch wenn der Historiker, der an den Begriff der Führerpersönlichkeit gebunden ist, das vielfach nicht anders sehen kann“.³⁸ Ebenso spricht er davon, dass „Paulus die Gefahren solches Führerkultes empfindet.“³⁹ Gemeint ist natürlich die namentlich im ersten Korintherbrief bezeugende Auseinandersetzung darüber, wer das Haupt der Gemeinde ist. Aus der historischen Distanz heraus jedenfalls befremdet die Terminologie Bertrams, vor allem wenn man bedenkt, dass der Begriff „Führer“ in Anlehnung an den „Duce“ Benito Mussolini von Hitler seit 1922 und seit 1925 in der NSDAP gebraucht wurde.⁴⁰ Sollte sich Bertram also bereits zu dieser Zeit mit nationalsozialistischem Gedankengut angefreundet haben – was bisher aus den Quellen noch nicht bewiesen werden kann –, wird er sehr genau gewusst haben, was er tut.

1928 erschien von Bertram in der renommierten Tübinger Reihe „Sammlung gemeinverständlicher Vorträge und Schriften aus dem Gebiet der Theologie und Religionsgeschichte“ eine Art Summe seines neutestamentlichen Ansatzes unter dem Titel „Neues Testament und historische Methode. Bedeutung und Grenzen historischer Aufgaben in der neutestamentlichen Forschung“.⁴¹ Dieser aus einem auf dem Historikerkongress 1928 in Oslo gehaltenen Vortrag hervorgegangene

jüdischen heiligen Buches“. Zur Verhältnisbestimmung von Christentum und Judentum bei Georg Bertram, in: Kurz, Wolfram / Lächele, Rainer u.a. (Hrsg.), *Krisen und Umbrüche in der Geschichte des Christentums*, Gießen 1994, S. 107–122, hier: S. 111.

36 Bertram, Georg, *Die Himmelfahrt Jesu vom Kreuz aus und der Glaube an seine Auferstehung*, Tübingen 1927, S. 188.

37 Ebd., S. 191.

38 Ebd., S. 191 f.

39 Ebd., S. 191.

40 Vgl. Heiden, Konrad, *Adolf Hitler*. Bd. 1: *Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit*. Zürich 1936, S. 216.

41 Bertram, Georg, *Neues Testament und historische Methode. Bedeutung und Grenzen historischer Aufgaben in der neutestamentlichen Forschung* (Sammlung gemeinverständlicher Vorträge 134), Tübingen 1928.

Beitrag führt seine bisherigen formgeschichtlichen Untersuchungen fort und stellt sie in den größeren Kontext der Frage, was Geschichte ist und wie man sinnvoll einen Geschichtsbegriff auf die neutestamentlichen Texte anwenden kann. Seiner These, es handele sich bei den Texten sowohl der Synoptiker als auch des Paulus vorwiegend um Texte des frühchristlichen Kultus und weniger um Texte mit der Absicht der Historisierung, blieb er treu und spitzte sie folgendermaßen zu: „Das Neue Testament ist zunächst Zeugnis der Frömmigkeit der urchristlichen Gemeinden. Die Gestalt Jesu steht vor ihnen und ist der Forschung unmittelbar nicht zugänglich. [...] Nicht, was er war, sondern, was er ist, hat sich je und je nur dem Gläubigen erschlossen. Mit dieser Erkenntnis wird der Historiker sich bescheiden müssen.“⁴² Bemerkenswert ist, dass Bertram in diesem Zusammenhang das die neutestamentliche Forschung lange bestimmende Gegenüber von Judenchristentum und Heidenchristentum ebenso durchbrechen will wie das schroffe Gegenüber von Historie auf der einen und Mythos, Sage und Märchen auf der anderen Seite; auch die Historie, so seine These, sei „eine Form der Ueberlieferung“.⁴³ Sehr pointiert fragte Bertram, ob es sich bei den neutestamentlichen Schriften um „Quellen im engeren Sinne des Wortes (Tradition oder Zeugnis)“ oder um Überreste im Sinne von „Erbauungsschriften, Liturgien und Briefe[n]“ handle, die „zunächst nur Gegenwartsbedeutung hatten und daher als ein Stück der Ereignisse wirklichen Leben der christlichen Gemeinde (nicht im Leben Jesu selbst) zu betrachten sind.“⁴⁴ In Konsequenz seiner früheren Forschungsergebnisse handelte es sich seinem Urteil nach im Wesentlichen um Überreste, die vor allem kultische Zwecke hatten. Die Erkenntnis, dass viele der Texte „auf dem Boden jüdischer Frömmigkeit erwachsen“ und dass es einen Gegensatz von alttestamentlichem Gesetz und neutestamentlichem Evangelium gibt, steht ganz auf dem Fundament dessen, was immer schon Lehre der Kirche gewesen ist. Freilich begegnet auch hier der Begriff des Führers, der offenbar „sicher und tapfer“ sein muss⁴⁵, weswegen man ihn aber gerade für Simon Petrus nicht in Anschlag bringen darf. Im Blick auf seine Person konstatiert Bertram: „Seine Führerstellung ist nicht Sache seiner menschlichen Begabung[,], sondern beruht auf seinem Ergriffensein durch Jesus.“⁴⁶ Auch wenn also Bertram offenbar eine gewisse Vorstellung einer Führergestalt hat und in diesem Beitrag die Kreuzigung den Juden allein anlastet⁴⁷, fällt es immer noch schwer, ihm antijudaistische oder antisemitische Tendenzen zu attestieren. Er bewegt sich immer noch im Rahmen dessen, was in seiner Zeit gang und gäbe war.

Im Jahre 1930 feierte der Akademisch-Theologische Verein zu Gießen seinen 50. Stiftungstag. Zu diesem Anlass gab Bertram eine Festgabe mit dem Titel „Stromata“ heraus, zu der niemand Geringeres als der damals immerhin schon 78-jäh-

42 Ebd., S. 41.

43 Ebd., S. 10.

44 Ebd., S. 15.

45 Ebd., S. 29.

46 Ebd.

47 Ebd., S. 21.

rige Adolf von Harnack selbst (der Initiator des u.a. von Johannes Bornemann, Johannes Guyot, Georg Wehsarg gegründeten Vereins und sicherlich einer der berühmtesten Vertreter der Gießener Theologie überhaupt) das Grußwort verfasste.⁴⁸ Der Titel dürfte eine Anspielung auf das gleichnamige Werk des Clemens von Alexandrien sein bzw. auf die mit diesem Werk verbundene Genrebezeichnung, denn das griechische Wort „Stromata“ bzw. „stromateis“ bedeutet soviel wie „Teppiche“ bzw. „Flechtwerk“; darunter wird also eine bunte Sammlung von Aufsätzen zu verschiedenen Themen verstanden, die nicht notwendig durch einen roten Faden zusammengehalten sein müssen, sondern – wie hier – aus gegebenem Anlass aktuelle Forschungsbeiträge bietet.⁴⁹ Infolgedessen ist das damalige wissenschaftliche Personal der Gießener Fakultät mit Beiträgen beteiligt, und natürlich ist auch Bertram selbst vertreten, und zwar mit einem Aufsatz zu „Paulus Christophoros. Ein anthropologisches Problem des Neuen Testaments“.⁵⁰ Wie auch bei den Aufsätzen der anderen Autoren fehlt jeder Hinweis, dass sich Bertram nationalsozialistischem Gedankengut angenähert hätte. Die Beiträge sind insgesamt von sehr unterschiedlicher Qualität und entbehren zu einem Teil nicht des in der damaligen Zeit durchaus öfter begegnenden kerygmatischen Pathos, sie lassen aber nicht erkennen, ob eine positive oder negative Auseinandersetzung mit der politischen und gesellschaftlichen Situation auch nur implizit geführt wird. Eher geht es um den Zustand und die Aufgabe der Theologie allgemein, man kann eine gewisse Klage über eine bisweilen zu konstatierende Abkehr von traditionellen Elementen etwa in der Liturgie heraushören. Einzig in dem Beitrag Gustav Krügers, der späterhin als einer der ganz wenigen Gießener Theologen gegen die Gleichschaltungspolitik der nationalsozialistischen Universitätsleitung aufbegehren wird, ist eine gewisse Sorge zu vernehmen, die Wissenschaft könne sich nicht mehr so frei entfalten, wie es ihr ja eigentlich zusteht. In seinem Beitrag heißt es: „Die Wissenschaft mag wachsen, wie sie will, über Gott wird sie nie hinauswachsen. Wir mögen unser Leben bilden, so viel in unserer Macht steht, wir werden oder jedenfalls wir sollten es so bilden, daß wir es letzten Endes nur in Gottes Licht sehen. Dieses Licht bricht sich freilich in den verschiedensten Strahlen: der Eine sieht es so, der Andere an-

48 Stromata. Festgabe des Akademisch-Theologischen Vereins zu Giessen im Schmalkaldischen Kartell anlässlich seines 50. Stiftungstages, unter Mitarbeit von Ehrenmitgliedern und Alten Herren herausgegeben von Georg Bertram, Leipzig 1930. Der Akademisch-Theologische Verein wurde 1880 von Adolf Harnack gegründet, der nach seiner Berufung nach Gießen 1879 als junger Ordinarius (er war damals 27 Jahre alt) die Zahl der Studenten erhöhen und diese fester an die Fakultät binden wollte. Dies gelang ihm auch: 1879 waren 18 Studenten in Gießen, 1886 waren es genau 100 Studenten mehr. Der Verein gehörte dem Eisenacher Kartell an, das im Mai 1928 mit dem Leipziger Kartell ein Jahr später zum Schmalkaldener Kartell fusionierte. Das Schmalkaldener Kartell trat 1933 aus dem Deutschen Wissenschaftler-Verband (einem Dachverband studentischer Verbindungen) aus und löste sich 1935 ganz auf.

49 Vgl. dazu Bertram, Georg, Der Akademisch-Theologische Verein, in: Ebd., S. 182 f.

50 Paulus Christophoros. Ein anthropologisches Problem des Neuen Testaments, in: Ebd., S. 26–38.

ders. Sie mögen hier alle Dinge standardisieren. Gott können Sie nicht standardisieren. [...] Es gibt Leute, die sich einbilden, sie hätten die Aufklärung mit Löffeln gegessen, und werden doch nie gewahr, dass ein Vorurteil an ihnen hängen geblieben ist: das Vorurteil gegen Gott. Sie denken, dass sie, wenn sie sich seiner Autorität unterwerfen, sich wieder mit den Fesseln belasten, die sie abgestreift zu haben glaubten. Sie vergessen dabei, dass wahre Religionsfreiheit in sich selbst, und das Gottesdienst das Gegenteil von Sklaventum ist. Es bleibt nun einmal wahr, dass alles wahrhaft menschliche Leben eingebettet ist in die Ehrfurcht vor dem, was über uns ist. Es gibt keine Wissenschaft, die nicht zum Leben führt, und es gibt kein Leben, das nicht in der Ehrfurcht gipfelt. So mag es mir gestattet sein, des Apostels Dreiheit vom Universitätsstandpunkt in diese Dreiheit umzuformen: Nun aber bleibet Wissenschaft, Leben, Ehrfurcht, diese drei; aber die Ehrfurcht ist die größte unter ihnen.“⁵¹ Wer hier eine Kritik an den gegenwärtigen Zuständen heraus hören wollte, konnte das tun – er musste aber nicht. Was Bertram betrifft, so kann man tatsächlich einen ähnlichen Geist aus seinem Nachwort herauslesen, in dem er kurz etwas zur Historie des Akademisch-Theologischen Vereins zusammentrug; er schloss nämlich mit den Worten: „Was uns verbindet, ist der gemeinsame Ausgangspunkt, ist die Liebe zur theologischen Wissenschaft, und über die Mannigfaltigkeit der Arbeitsgebiete, der Methoden und der Altersstufen hinweg möchten wir zeugen von der Liebe zur Wahrheit, die uns frei macht.“⁵²

2.2 „Für Volk und Vaterland“ – Bertrams Wirken an der Gießener Theologischen Fakultät in der NS-Zeit

Diese Freiheit aufzugeben war man in Gießen allerdings nur kurze Zeit später bereit. Nach der sogenannten Machtergreifung 1933 verpflichtete sich die Universität Gießen dem Führerprinzip und gab sich im Oktober eine neue Verfassung, die im Blick auf den Rektor bestimmte: „§ 1. Der Rektor ist der Führer der Landesuniversität und als solcher dem Staate verantwortlich. Es stehen ihm alle Befugnisse des bisherigen Engeren Senats und des Gesamtsenats, des früheren Kanzlers und Verwaltungsausschusses zu. // § 2. Der Rektor wird von dem Reichsstatthalter in Hessen ernannt und verpflichtet. Er schlägt seinen Nachfolger aus der Zahl der ordentlichen Professoren vor.“⁵³ Freilich ist in Anschlag zu bringen, dass sich in dieser Zeit

51 Krüger, Gustav, Chicago, in: Ebd., S. 174–181, hier: S. 180 f. Krüger verwendete für seinen Beitrag eine Abschiedsvorlesung, die er 1926 an der Divinity School of Chicago, an die er zur Gastvorlesungen eingeladen war, gehalten hatte. Zwar sind also seine Worte an das amerikanische Publikum gerichtet, in der Einleitung machte er aber deutlich, warum er diese Abschiedsvorlesung, eingebettet in einen Bericht über seine überaus positiven Erfahrungen vor Ort, auch an dieser Stelle publizierte: „Ich möchte wohl, daß auch unseren deutschen Studierten und Studenten daraus etwas von dem Geist echter Wissenschaft entgegenweht, der in Chicago so gut zu Hause ist wie an irgend einer unserer akademischen Lehrstellen.“ (Ebd., S. 176)

52 Bertram, Georg, Der Akademisch-Theologische Verein, wie FN 47, S. 183.

53 Gundel, Hans-Georg, Rektorenliste der Universität Gießen 1605–1971 (Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek Gießen 32), Gießen 1979, S. 72. Für diese Neu-

bereits Gerüchte über die Schließung der Universität oder zumindest einzelner Fakultäten häuften, der Universität also schon von daher daran gelegen gewesen war, politisch um gutes Wetter zu bitten.⁵⁴ Der letzte, vom freien Senat für die Amtsperiode 1933/34 gewählte Rektor war der Kirchenhistoriker Heinrich Bornkamm, der gemäß der neuen Verfassung zudem vom Reichsstatthalter dazu ernannt wurde und für die Amtsperiode 1934/35 seinen Nachfolger (Gerhard Pfahler⁵⁵) bestimmte. Bornkamm gehört sicher zu den schillerndsten Gestalten der evangelischen Theologie während der Zeit des Nationalsozialismus. Hier ist nicht der Ort, seine Rolle genau zu untersuchen oder gar zu beurteilen.⁵⁶ Für unseren Zusammenhang ent-

gestaltung hat sich besonders der Mediziner Philaetes Kuhn eingesetzt, vgl. dazu Chronik der Hessischen Ludwigs-Universität. Am 30. Juni 1934 vorgelegt vom derzeitigen Rektor D. theol. Heinrich Bornkamm (Schriften der hessischen Hochschulen. Universität Gießen 1934/2), Gießen 1934, S. 12: „Mit Wirkung vom 13. Oktober 1933 erhielt die Landesuniversität eine neue Verfassung. Um ihre Gestaltung ist besonders verdient der o. Prof. der Medizin Dr. Philaetes Kuhn, der in rastloser Arbeit für den Neubau der Universität seine Gesundheit zum Opfer brachte und seit vielen Monaten zu unserem großen Leid durch ein schweres Krankenlager von der weiteren tätigen Mitarbeit ferngehalten wird. Die Landesuniversität ist ihm den wärmsten Dank schuldig.“ Vgl. dazu auch Frontabschnitt Hochschule, wie FN 3, S. 159–166.

- 54 Dass trotz immer wieder geäußerter Überlegungen die Universität dann doch nicht geschlossen wurde, hatte mehrere Gründe, und zwar drei davon im Zusammenhang der Pläne von 1935, die Juristische Fakultät ab 1936 zu schließen: „Drittens: Keine andere Universität und Fakultät sei so stark mit dem Land und der Bevölkerung verbunden, kaum irgendwo sonst habe es ‚weniger politische Reibereien‘ gegeben, sei das ‚kameradschaftliche Zusammenleben‘ so ideal. Viertens: Gießens große völkische wie wissenschaftliche Tradition – hier seien ‚bewußte Judengegnerschaft und der alldeutsche Gedanke‘ geboren worden, und gerade bei den Juristen hätte es so viele hervorragende und ‚vom landläufigen Liberalismus abweichende‘ Gelehrte gegeben. Fünftens schließlich: Gießen sei eine kleine Universität, wo sich der ‚Gedanke der universitas‘ also am leichtesten verwirklichen lasse, sei eine Hochschule, die ‚sich judenfrei gehalten‘ habe, gelegen in einer Arbeiter- und Landstadt, wo der Student wie kaum anderswo ‚sowohl Bauern, Soldaten wie auch Arbeiter kennenlernen‘ könne und ebenfalls ‚den harten soldatischen Geist‘. Zu guter Letzt aber eine weitere Empfehlung, die den mit den damaligen Überlegungen und mit den Gedankengängen in jenen Köpfen weniger Vertrauten etwas verblüfft: Gießen sei – neben Aschaffenburg – ‚der Ort, von dem aus strategisch der Rhein gewonnen und die Mainlinie allein gehalten werden‘ könne.“ (So Heiber, Helmut, Universität unterm Hakenkreuz. Teil II: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, Bd. 1, München/New York u.a. 1992, S. 151; vgl. dort auch weiter S. 193–195, wo deutlich wird, wie gefährdet Gießen tatsächlich war.)
- 55 Pfahler war bereits 1922 der NSDAP beigetreten, hatte sich der DC angeschlossen und sich intensiv mit sogenannter „Rassenpsychologie“ beschäftigt; er war also ein Rektor ganz im Sinne der nationalsozialistischen Vorstellung. Dennoch hatte er, der württembergische Pfarrerssohn, sich stets vor die Theologische Fakultät gestellt, vgl. dazu etwa Press, Volker, Die Universität Gießen 1933–1957 – Niedergang, Auflösung und Wiedergeburt, in: Gießener Universitätsblätter 162 (1983), S. 9–34 (<http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2013/9533>, aufgerufen zuletzt am 21. Oktober 2023), hier: S. 14–16.
- 56 Vgl. dazu etwa die kurzen Notizen bei Greschat, Die evangelisch-theologische Fakultät, wie FN 3, S. 142 f. Greschat hatte wohl anlässlich seines Beitrages ein Zeitzeugeninterview

scheidend ist, dass er sich den Deutschen Christen angeschlossen, diese aber nach der auch intern umstrittenen Sportpalastkundgebung im November 1933 bereits wieder verlassen hatte; in Adolf Hitler sah er – wie viele andere seiner Zeitgenossen – ein „Geschenk an unser Geschlecht“⁵⁷, galt aber dem fanatisch-linientreuen hessischen Landesbischof Ernst-Ludwig Dietrich als jemand, „den man schon längst hätte kaltstellen müssen, da er uns die ganze theologische Jugend verdirbt.“⁵⁸ Wie andere evangelische Theologen, die später zu den dezidierten Gegnern des Naziregimes gehörten (wie etwa Otto Dibelius oder Martin Niemöller), war auch Bornkamm zunächst durchaus angetan von dem, was die nationalsozialistische Ideologie versprach. Ohnehin war der Protestantismus aus verschiedenen Gründen empfänglicher sowohl für die Führeridee (Fortsetzung des Summepiskopats), die Konzentration auf Volk und Nation (der Protestantismus war „deutscher“ als der universal ausgerichtete römische Katholizismus) sowie das zumindest offizielle Bekenntnis zur christlichen Tradition und gegen den Kommunismus. Die Semestereröffnung am 8. November 1933 gestaltete Bornkamm mit einem Vortrag über „Die Sendung der deutschen Universität in der Gegenwart“. Und der 450. Geburtstag Luthers wurde von ihm mit einer Festrede über „Luther und der deutsche Geist“ akademisch begangen.⁵⁹ So wundert es nicht, dass 1933 auf Einladung von Fakultät⁶⁰, Landeskirche, Vertretern der hessischen Pfarrer sowie der DC ein Lehrgang in Gießen stattfand, der der „gemeinsame[n] theologische[n] Besinnung auf die brennenden Gegenwartsfragen dienen“⁶¹ sollte. Die Gießener Professoren Wilhelm Rudolph (Altes Testament), Georg Bertram (Neues Testament), Ernst Haenchen (Systematische Theologie) und Leopold Cordier (Praktische Theologie) hielten sich alle an die durch den Titel vorgegebenen Begriffe Volk und Staat, einzig Bornkamm schrieb zu „Volk und Rasse“. Es wäre eine wichtige, interessante und aufschlussreiche Aufgabe, die einzelnen Beiträge nun genauer zu untersuchen⁶² und etwa bei Bornkamm festzustellen, dass er Luther als Vorreiter des völkischen Gedankens feierte, seine Judenschriften aber so interpretierte, dass man ihm nicht unbedingt eine innere Beteiligung unterstellen kann. Der im Titel begegnende Begriff der „Rasse“ wurde von Bornkamm lediglich einmal ver-

mit dem 1930 nach Gießen berufenen Alttestamentler Wilhelm Rudolph geführt, der sich erinnerte, Bornkamm sei bei der Rektoratsübergabe in SA-Uniform aufgetreten (vgl. ebd., S. 142). An Bertram erinnerte sich Rudolph als jemanden, den man aus verschiedenen Gründen nicht mochte (vgl. ebd., S. 161, Anm. 11).

57 Zitate bei Klee, Ernst, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich*, Frankfurt/Main 2005, S. 66, und Bornkamm, Heinrich, *Was erwarten wir von der deutschen evangelischen Kirche der Zukunft?*, Berlin 1939, S. 5.

58 So Dietrich an August Jäger im Februar 1934, zit. nach Meier, Kurt, *Der evangelische Kirchenkampf*, Bd. I, Halle-Göttingen 1976, Anm. 723.

59 Zu beidem vgl. *Chronik der Hessischen Ludwigs-Universität*, wie FN 51, S. 13.

60 Treibende Kraft war hier der Praktische Theologe Leopold Cordier, wie Greschat nachweist (vgl. Greschat, *Die evangelisch-theologische Fakultät*, wie FN 3, S. 145–147).

61 Cordier, Leopold, Vorwort, in: Bornkamm, Heinrich (Hrsg.), *Volk. Staat. Kirche. Ein Lehrgang der Theologischen Fakultät Gießen*, Gießen 1933, S. 3 f., hier: S. 3.

62 Einen ersten Zugang findet man bei Greschat, *Die evangelisch-theologische Fakultät*, wie FN 3, S. 147–151.

wendet, und dies eher noch nicht im Sinne der nationalsozialistischen Rassenlehre. Damit wäre sein Beitrag entweder als Beispiel eines zu diesem Zeitpunkt noch vorsichtig und subtil geäußerten Antisemitismus zu werten oder aber als solches, das die Naivität zeigt, mit der damals einige Theologen in Begrifflichkeiten und Narrative verfielen, die längst schon anders besetzt waren.⁶³ Und dann wäre auch zu konstatieren, dass der Systematiker Haenchen⁶⁴ der einzige war, der als Literatur Adolf Hitlers „Mein Kampf“ nannte und in seinem Beitrag am weitesten ging, was die Rezeption und die Zuarbeit zu nationalsozialistisch-völkischem Gedankengut betrifft.⁶⁵ Dazu ist aber hier nicht Ort und Zeit.⁶⁶

Viel wichtiger in unserem Zusammenhang ist, dass eine deutliche Veränderung in Bertrams Beitrag gegenüber seinen früheren Texten zu sehen ist. Sein Interesse ging nicht mehr dahin, einen etwaigen Kultcharakter der für sein Thema herangezogenen Texte offenzulegen, auch philologische Interessen traten ganz in den Hintergrund, die er noch ein Jahr zuvor in einem Beitrag zu „Der Begriff der Erziehung in der griechischen Bibel“⁶⁷ ausführlich demonstriert hatte. Sein Anliegen war es dagegen, das ist mit Händen zu greifen, eine eigene Position zum Judentum zu fin-

63 Deutlich scharf verurteilt hier Greschat, ebd., S. 148 f.

64 Haenchen war 1933, allerdings gegen einen Minderheitsvotum gegen ihn (vgl. ebd., S. 141) nach Gießen berufen worden und ebenso wie Bornkamm bis zur Sportpalastrede Reinhold Krauses Mitglied der DC; nach seinem Austritt beantragte er Aufnahme in die NSDAP. Die Minderheit hatte sich für Peter Brunner ausgesprochen; der Ruf an Brunner war bereits erteilt worden, aber die neue NS-Regierung hatte die Verhandlungen abgebrochen. Vgl. dazu Press, Die Universität Gießen, wie FN 53, S. 15.

65 Um nur ein Beispiel anzuführen: „Wie das deutsche Volkstum morgen aussehen wird, ob es verkümmern wird oder neu aufblühen, das hängt mit ab von der Entscheidung, die ich heute fälle. Das hängt mit davon ab, ob ich heute seiner Forderung gehorche. Der ‚deutsche Mensch‘ ist nur im ständigen Werden und er wird nur in seiner Entscheidung dafür. Sobald man einmal den Gedanken des ‚deutschen Menschen‘ in seiner Tiefe erfaßt, sobald man versteht, daß blondes Haar und blaue Augen einen noch nicht zum deutschen Menschen machen, sondern daß hier eine bestimmte Innerlichkeit gefordert wird, wird jeder Augenblick zur Prüfung, ob wirklich mein deutsches Wollen rein und lauter ist. [...Gott hat] den deutschen Menschen als Schöpfungsmöglichkeit in uns angelegt [... Daher soll und kann der Staat] das Deutsche aus der Seele hervorholen [... und die Kirche hat die Aufgabe,] dem Führer wie dem von ihm Geführten [zu verkünden,] daß hinter den menschlichen Ordnungen und Gesetzen der Erhaltungswille Gottes selber steht.“ [Ernst Haenchen: Volk und Staat in der Lehre der Kirche, in: Bornkamm (Hrsg.), Volk. Staat. Kirche, wie FN 59, S. 53–72, hier: 65–67].

66 Vgl. dazu wie zu den in Gießen lehrenden Theologen insgesamt Jatho, Unbekannte Fakten, wie FN 8, S. 17–48. Ganz offenbar handelt es sich bei der schriftlichen Fassung des Vortrags eher um so etwas wie eine Mitschrift, was durch den oft stichwortartigen Stil unterstrichen wird. Dem dürfte auch geschuldet sein, dass nicht immer alle Nachweise ganz sauber geführt sind. Gleichwohl: Für einen ersten Überblick über die Theologen, die in der Zeit des Nationalsozialismus an der Gießener Fakultät gelehrt haben, ist dieser Beitrag ein wichtiger Zugang.

67 In: Bornkamm, Heinrich (Hrsg.), Imago Dei. Beiträge zur theologischen Anthropologie. Gustav Krüger zum 70. Geburtstag dargebracht. Im Auftrage der Theologischen Fakultät Gießen, Gießen 1932, S. 33–51.

den. Anders lassen sich seine zum Teil verwirrenden Zusammenstellungen und auf den ersten Blick nicht selten widersprüchlich erscheinenden Beobachtungen zum alttestamentlichen Judentum einerseits und zum hellenistischen Judentum andererseits bis hin schließlich zum rabbinischen Judentum kaum erklären. Einige hier begehrende Gedanken sind bei Bertram bereits 1929 anzutreffen. In diesem Jahr gab er das Werk „Juden und Phönizier“ des Orientalisten und Diplomaten Georg Rosen zusammen mit dessen Sohn Friedrich neu bearbeitet heraus⁶⁸ und versah es mit einem Nachwort.⁶⁹ Dort reihte er die Untersuchung Rosens in die Forschung ein und versuchte sich an einer eigenen Position zur Hauptfrage, was das Motiv der Ausbreitung des Judentums bei gleichzeitigem Verschwinden der Phönizier gewesen sei. Im Diasporajudentum, das „vom Tempel als dem heiligen Ort“⁷⁰ losgelöst war, habe sich „das jüdische Schicksal entschieden.“⁷¹ Eine zweite These, die sich in der Forschung etabliert habe, sei, dass „[d]ie Ausbreitung des Judentums [...] nicht nur Ausbreitung des jüdischen Volkes, sondern auch propagandistische Verbreitung der jüdischen Religion“⁷² gewesen sei. Dass dies nicht nur ein Phänomen der Antike ist, sondern Missionswille, Propaganda und Universalismus einen Wesenszug des Judentums beschreiben, teilte Bertram mit anderen von ihm als Referenzgrößen herangezogenen Wissenschaftlern. In diesen Äußerungen darf man sicher bereits Spuren einer Rezeption etwa des Narrativs vom internationalen Judentum entdecken, wenngleich es hier noch eher zaghaft aufscheint. Dennoch wird hier vorbereitet, was dann 1933 bei Bertram deutlicher durchbrach.

Im Beitrag zu dem Band „Volk. Staat. Kirche“ gewinnt man nämlich den Eindruck, dass er förmlich darum rang, frühere Einsichten und unwiderlegbar Faktisches ebenso zur Sprache zu bringen wie zugleich das Judentum als undifferenzierte und unklare, nicht recht greifbare Größe darzustellen. Das kann natürlich ebenso wenig gelingen wie sein Versuch, die historisch-exegetischen Beobachtungen als solche stehenlassen zu wollen und ihre Unübertragbarkeit festzuhalten und dann im nächsten Schritt doch diesen Übertrag zu versuchen.⁷³ Von daher tut man gut

68 Das Manuskript war auf einer Orientreise Georg Rosens verloren gegangen, der Vater war vor Fertigstellung einer neuen Niederschrift gestorben und Friedrich, selbst in viele diplomatische Händel verstrickt und inzwischen nicht mehr in der Lage, dem Thema wissenschaftlich zur Genüge beizukommen, hatte in Bertram einen kundigen und willigen Unterstützer gefunden, vgl. dazu: Rosen, Friedrich, Vorwort, in: Rosen, Georg, Juden und Phönizier. Das antike Judentum als Missionsreligion und die Entstehung der jüdischen Diaspora, neu bearbeitet und erweitert von Friedrich Rosen und Georg Bertram, Tübingen 1929, S. V–VIII.

69 Bertram, Georg, Nachwort des Bearbeiters, in: ebd., S. 112–118. Almut Rütten bemerkt, das gesamte umfangreiche 2. Kapitel stamme von Bertram, vgl. „Hellenisierung des semitischen Alten Testaments“, wie FN 33, S. 113, Anm. 24.

70 Bertram, Nachwort, wie FN 67, S. 112.

71 Ebd., S. 113.

72 Ebd.

73 Besonders deutlich an folgender Formulierung: „Fremd ist dem Neuen Testament der nationale Staat unter der Führung von Männern, die mit Ernst Christen sein wollen, fremd sind ihm auf dem Boden der hellenistischen Mischkultur die Werte und Probleme von Rasse und

daran, seinen Aufsatz zu „Volk und Staat im Neuen Testament“⁷⁴ von seinem Ende her zu lesen, wo Bertram pathetisch beschwört: „Erst auf dem Boden der christlichen Glaubensgemeinschaft wird das Wort Wirklichkeit werden: ‚Niemand hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben lasset für seine Freunde‘ (Joh 15, 13). Auch dieses Wort steht in seiner Anwendung auf Menschen unter eschatologischen Vorzeichen. Aber in seiner Anwendung auf die Toten des Großen Krieges leuchtet der Glaube auf, daß in der Kampfeswirklichkeit unseres Lebens die Gottestat der Liebe, die in Golgatha geschehen ist, sich als tragende und stählende Kraft in Dienst und Opfer für Volk und Vaterland verwirklicht.“⁷⁵ Die Beschwörung des Ersten Weltkriegs in diesen Zeilen als große Tat der Freundesliebe, als Opfer für Volk und Vaterland und als Höhepunkt eines verwirklichten Christenlebens wird in dem Text vorbereitet von einem starken Gegenüber des Juden Jesus und dem Volk, dem er entstammt. Bertram leugnete nicht, dass Jesus dem Judentum entstammt – auch wenn nirgendwo der Satz fällt, dass Jesus selbst Jude war – und seine Botschaft zunächst vornehmlich an sein eigenes Volk richtet. Offenbar wurde Bertram aber zugleich von dem Wunsch getrieben, die Juden der hellenistischen Zeit gewissermaßen als Volk auf verlorenem Posten zu diskreditieren und die Ursache dafür im Judentum selbst zu suchen. Vor allem machte er dafür „die Stellung des Judentums zum Staat“ verantwortlich, die er als „unwahr und gebrochen“⁷⁶ bezeichnete. Den Sadduzäern warf er eine „Politik der Kompromisse“⁷⁷ vor, für die Pharisäer hielt er ein Bemühen „für die Reinheit und Unverletzlichkeit des jüdischen Kultes“⁷⁸ fest. Vor allem aber sah er, nachdem er in etwas unübersichtlicher und mitunter kruder Weise von Synkretismus einerseits spricht, andererseits von „auf Blutsverwandtschaft beruhende[r] religiöse[r] Volksgemeinschaft“⁷⁹ einen zeitgenössischen Antisemitismus als beinahe zwangsläufig gegeben, weil sich die Umwelt des Judentums von dem Zugleich von „völkischer Exklusivität und religiöser Expansion“⁸⁰ bedroht fühlte. Solche Äußerungen konnte Bertram leicht auch in seine Gegenwart übertragen verstanden wissen, und auch wenn er diesen Transfer nirgendwo expressis verbis leistete, darf doch davon ausgegangen werden, dass er sowohl die Rede des neuzeitlichen Antisemitismus vom auserwählten Volk als auch die Rede vom internationalen Judentum und den von ihm ausgehenden Gefahren gut internalisiert hatte. Auch folgende Formulierung darf schon als verätherisch gelesen werden: „Kulturgeschichtlich gesehen steht das Christentum in

Volk und es muß infolgedessen der christlichen Ethik vorbehalten bleiben, von der neutestamentlichen Verkündigung aus die Stellung des Christen im nationalen Staat zu umreißen.“ (Bertram, Volk und Staat im Neuen Testament, in: Bornkamm, Volk. Staat. Kirche, wie FN 59, S. 50) Auf den folgenden Schlussseiten tut er aber dann genau dies.

74 Ebd., S. 35–52.

75 Ebd., S. 52.

76 Ebd., S. 37.

77 Ebd., S. 36.

78 Ebd., S. 37.

79 Ebd., S. 38.

80 Ebd., S. 39.

seinen Anfängen selbstverständlich auf dem Boden dieser vom Judentum vorbereiteten und ausgeprägten Anschauungen.⁸¹ Dass das Christentum in seinen Anfängen eine Gruppierung innerhalb des Judentums war, das zu sagen, kann sich Bertram nicht durchringen. Das findet seine Entsprechung darin, dass er im Blick auf Jesu theologische Botschaft betonte, ihm sei es um die geistige Abrahamskindschaft gegangen, „die er dem widerspruchsvollen Nationalismus des Judentums entgegensetzte.“⁸²

Den Juden des Alten Testaments unterstellte er eine Haltung zur Obrigkeit, die sie als von Gott gewollte und eingesetzte unterstützt und im Fürbittengebet bedenkt: „Anerkennung der Obrigkeit als der von Gott selbst gegenüber menschlicher Willkür und Haltlosigkeit aufgerichteten Schranke, das ist der Grundsatz von dem aus die Juden zu allen Zeiten im ganzen loyale Untertanen selbst der feindlichen Obrigkeit gewesen sind.“⁸³ Es ist einigermaßen überraschend, wie er diese an sich positive Haltung aber dann sofort ins Negative zu verkehren verstand, wenn er kurz darauf für das rabbinische Judentum formulierte, man nehme die Obrigkeit gewissermaßen als notwendiges Übel hin, habe aber „für ihre positiven Aufgaben [...] kein Verständnis und eigene Mitverantwortung, persönliche Mitarbeit, freudige Bejahung des Staates als des Schützers der Volksgemeinschaft kam, wenn überhaupt für die Völker des Römischen Reichs, so doch keineswegs für die Juden in Frage.“⁸⁴ Dagegen setzte er Jesu Wort „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ (Mt 22, 21). Dies, so der unausgesprochene Zusatz, ist die rechte Haltung, womit er – in Fortsetzung seiner früheren kulturprotestantisch angehauchten Überzeugungen – Jesus und der von ihm gestifteten Religionsgemeinschaft das einzig angemessene, weil Staat und Gemeinschaft unterstützende Verhältnis zusprach und das Christentum so klar als Vervollkommnung der religiösen und menschlichen Entwicklung sah. Das wird zuletzt auch an folgendem Satz deutlich, wenn Bertram als eine Art historisches Faktum formuliert: „Das Evangelium ist weltweit; es bringt allen Völkern das Heil, aber die Menschen, die seine Träger sind, die bleiben gebunden an ihr Volk und Vaterland.“⁸⁵ Es dürfte klar sein, dass er in diesem Aufsatz vielleicht noch ein wenig ringend, aber doch schon sehr weit über den historischen Kontext seines Untersuchungsgegenstands hinausging, weil er bereits davon überzeugt war und vermitteln wollte, dass das Heil vom deutschen Christenmenschen über seinen politischen Führer in alle Welt zu bringen ist. Eine Quelle will wissen, dass er – was dann nicht verwundern würde – am 1. Dezember 1933 in die NSDAP eingetreten ist.⁸⁶ Allerdings stellte das Urteil der

81 Ebd.

82 Ebd., S. 41.

83 Ebd., S. 42.

84 Ebd., S. 44.

85 Ebd., S. 41.

86 Vgl. dazu Heschel, Susannah, Die Historiographie des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben, in: Spehr / Oelke (Hrsg.), Das Eisenacher „Entjudungsinstitut“, wie FN 9, 331–357, hier: 340.

Spruchkammer Gießen fest, er sei kein Mitglied gewesen, was letztlich dazu geführt haben dürfte, dass er zum Schluss als „Minderbelasteter“ eingestuft wurde.⁸⁷

Eben diese Gedanken sind es, die auch seine späteren, in die Zeit des Nationalsozialismus fallenden Veröffentlichungen prägen. Besonders Publikationen aus dem Jahr 1936 und den unmittelbaren Folgejahren sind hier zu nennen. Kirchenpolitisch ist dazu in Anschlag zu bringen, dass mit der Ernennung von Ernst-Ludwig Dietrich zum Bischof der neuen Landeskirche Nassau-Hessen ein deutlich schärferer, und das heißt: deutschchristlicher Wind wehte, wozu die Inkraftsetzung des Arierparagraphen und das Verbot des Pfarrernotbundes in seiner Landeskirche gehörten. Der Praktische Theologe Leopold Cordier, der sich trotz durchaus deutschnationaler Grundausrichtung der Bekennenden Kirche angeschlossen hatte, dürfte angesichts dieser auch für die Gießener Fakultät besorgniserregenden Entwicklung, nämlich einer kompletten Gleichschaltung, die treibende Kraft dafür gewesen sein, dass am 2. November 1934 der Dekan der Fakultät, der oben bereits erwähnte und nun gerade nicht als Kritiker des Nationalsozialismus aufgeschienene Ernst Haenchen, eine Erklärung der Fakultät verlas, in der unter Berufung auf das lutherische Amtsverständnis Dietrich zum Rücktritt aufgefordert wurde.⁸⁸ Diesem Votum hatte sich – so jedenfalls Greschat mit einem indirekten Nachweis⁸⁹ – einzig Bertram nicht angeschlossen, was als Zeichen dafür angesehen werden muss, dass Bertram ideologisch nunmehr endgültig ins nationalsozialistische Lager übergegangen war. In welcher Weise er und Dietrich miteinander in Verbindung standen, wäre Gegenstand eigener Untersuchungen. Jedenfalls ist zweierlei zu konstatieren: Erstens verlief dieser Vorstoß der Gießener Fakultät insofern im Sande, als auf den Druck des Gauleiters Sprenger sowohl Bornkamm als auch Haenchen, die sich dem Staat mehr verpflichtet gefühlt hatten als der Kirche⁹⁰, eingeknickt waren, während gegen Cordier ein Prüfverfahren eingeleitet worden war; damit stand der weiteren Gleichschaltung nichts mehr im Wege; zweitens wurde durch diese Entwicklung auch die forciert, dass gezielt der Lehrkörper mit solchen Männern

87 Quellenangabe s. unten FN 128.

88 Vgl. dazu Greschat, Die evangelisch-theologische Fakultät, wie FN 3, 152–154, und hier 153: „Die Theologische Fakultät kann ihm daher nicht als einen Bischof im evangelischen Sinn des Wortes ansehen. Er hat nach lutherischer Auffassung von der Kirche sein Amt verwirkt. Sie fordert ihn auf, von seinem Amt zurückzutreten und damit die Bahn für einen wirklichen kirchlichen Frieden freizugeben.“ Dass Haenchens Votum gegen Dietrich nicht gleichzusetzen war mit einer Kritik am Nationalsozialismus, wird dadurch unterstrichen, dass Haenchen 1937 der NSDAP beigetreten ist.

89 Greschat zitiert aus einem Flugblatt des Dekans Haenchen: „Die Theologische Fakultät der Universität Gießen hat durch den Herrn Universitätsrichter prüfen und feststellen lassen, dass es sich ohne Zweifel um eine vollgültige Erklärung der Fakultät handele. Begründung: Die vom Dekan der Fakultät auf der Synode am 2. November abgegebene Erklärung wird von 10 der 13 Fakultätsmitglieder gebilligt; ein Fakultätsmitglied konnte wegen Abwesenheit noch nicht befragt werden, ein weiteres gab eine eigene Erklärung ab, und nur ein einziges Mitglied der Fakultät steht rückhaltlos hinter dem Herrn Landesbischof.“ (So ebd., S. 164, Anm. 56)

90 So ebd., S. 154.

besetzt wurde, die linientreu waren (zum Beispiel Erich Vogelsang), während die Angehörigen der Bekennenden Kirche (neben Leopold Cordier waren dies die Privatdozenten Peter Brunner und Edmund Schlink) zahlreichen Repressalien ausgesetzt waren⁹¹. Diese Entwicklung dürfte Bertram in seinem Kurs weiter beflügelt haben. So begegnet bei Bertram stärker als zuvor der Gedanke, dass das hellenistische Judentum in seinem missionarischen Anspruch und in seiner „Umbildung [von] der alttestamentlichen Offenbarung zur Weltreligion“⁹², seinen Charakter als Volk vernachlässigend, sich stärker als Religionsgemeinschaft verstand – aber eben darin seine Wurzeln und sein Spezifikum aufgab und letztlich dem Christentum gewissermaßen als dem besseren Judentum den Weg ebnete. Denn das Christentum habe durch die Heidenmission den „hellenistisch orientierten Teil vom Judentum“ abgezogen, „so daß eine ‚einheitlich semitisch bestimmte Judentum‘ zurückgeblieben sei“.⁹³ Mit dieser Entwicklung und derjenigen von einer Gnadenreligion zu einer Leistungsreligion, zu einer „jüdischen Religion der Selbstgerechtigkeit“ und „Religion des Lohnes“⁹⁴ habe das Judentum den Anspruch auf das Alte Testament gewissermaßen selbst verwirkt. Solche Äußerungen haben natürlich einen klaren Anklang an das, was die Deutschen Christen als „jüdische Lohnmoral“ bezeichnet und als solches verurteilt haben, was der deutschen Volkskirche schade und von der sich also freizumachen gelte.⁹⁵ Diese Gedanken vertiefte Bertram in weiteren Veröffentlichungen, so zum Thema „Volkstum und Menschheit im Lichte der Heiligen Schrift“⁹⁶, und es ist nicht zu übersehen, dass sein Ton schärfer und pointierter wurde. Dafür spricht etwa folgender Ausschnitt aus dem genannten Werk: „Die natürlichen Forderungen der Reinheit des Blutes, der Gesundheit des Stammes wurden nicht mehr gehört und sind seitdem vielfach da nicht mehr gehört worden, wo die humanistische Bildung die grundlegende Voraussetzung der inneren Bindung des Menschen an die Geschlechterfolge zer-

91 Vgl. dazu ebd., 155–157, und Press, Die Universität Gießen, wie FN 53, S. 16.

92 Bertram, Georg, „Religion“ in der Bibel. Zur Vermenschlichung der biblischen Offenbarung, in: Kirche im Angriff 12 (1936), 89, zit. nach Rütten, „Hellenisierung des semitischen Alten Testaments“, wie FN 33, S. 114.

93 Rütten, ebd., S. 117. Sie zitiert hier aus Bertram, Georg, Volk und Völker in der Heiligen Schrift, in: Kirche im Angriff 11 (1935).

94 Bertram, Georg, Die religiöse Umdeutung altorientalischer Lebensweisheit in der griechischen Übersetzung des ATs, in: ZAW NF 13 (1936), 153–167, hier: 161 f., zit. nach: Rütten, „Hellenisierung des semitischen Alten Testaments“, wie FN 33, S. 118.

95 Vgl. etwa die Entschließung der Berliner Glaubensbewegung DC vom 13.11.1933: „Wir erwarten, daß unsere Landeskirche als eine deutsche Volkskirche sich frei macht von allem Undeutschen in Gottesdienst und Bekenntnis, insbesondere vom alten Testament und seiner jüdischen Lohnmoral.“ (Herausgefördert. Dokumente zur Geschichte der Evangelischen Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von Siegfried Hermle und Jörg Thierfelder, Stuttgart 2008, Nr. 60, S. 140)

96 Bertram, Georg, Volkstum und Menschheit im Lichte der Heiligen Schrift (Aufbau im positiven Christentum 34), Bonn 1937.

stört hatte und er so der eigenen Ichsucht und ihrem Streben nach flüchtigem Lebensgenuss keine sittliche Kraft mehr entgegenzusetzen hat.“⁹⁷

Seinen engeren Forschungsbereich verließ Bertram 1934/35 mit einem Aufsatz zu „Reichskirche und Bekenntnis“.⁹⁸ Offenbar hatten ihn die Vorträge seiner Fakultät über Volk, Staat und Kirche angeregt, nunmehr selbst über die Gestalt der Kirche im Führerstaat nachzudenken, und sicher dürften auch die Ereignisse um den Landesbischof Dietrich dazu beigetragen haben, dass Bertram sich herausgefordert sah, das von seiner eigenen Fakultät konsequent infrage gestellte Führerprinzip zu verteidigen. Zwar rekurrierte er auch in diesem Beitrag auf das Neue Testament und seine Aussagen zu „Hirt und Herde, Bischof und Gemeinde“⁹⁹, doch ging es ihm hier vor allem darum, die zentrale Aufgabe einer so großen Institution wie der Kirche als Zuarbeiterin der nationalsozialistischen Ideologie und des Staatswesens herauszustellen. Im Kirchenkampf seiner Zeit sah er eine große Gefahr und hielt dagegen: „Die Bewegung zur Reichskirche dient der Bekämpfung der drohenden bekenntniswidrigen, sektenhaften Entwicklung der deutschen protestantischen Kirchen. Die Reichskirche übernimmt als wahre Volkskirche vor Gott und Menschen die vom Bekenntnis geforderte Verantwortung für die Durchdringung des ganzen deutschen Volkes mit dem Evangelium.“¹⁰⁰ Den Vorwurf, dass die Deutsche Evangelische Kirche nicht auf dem Boden des Bekenntnisses stünde, bestritt er ebenso vehement¹⁰¹, wie er sich dafür einsetzte, dass das Führerprinzip eine Möglichkeit von vielen sei, Kirche auf der Basis von Menschensatzungen zu gestalten. Und er hielt fest: „Es gilt hier dasselbe, was in der Kirche des allgemeinen Priestertums der Gläubigen, die doch leicht in die Gefahr gerät, Pastorenkirche zu werden, vom geistlichen Amt überhaupt gilt. Jeder soll dem anderen ein Christus werden auch im Sinne des Führers zu Gott. Damit erhält der Titel des Führers seine geistliche Bedeutung zu seiner rechtlichen. Die Bezeichnung als Führer ist Würdenname des Christus.“¹⁰²

Möglicherweise hatte die enge Beziehung zu seinem Schwager Friedrich Karl Euler ein Übriges dazu getan, dass Bertram immer deutlicher antisemitisch polemisierte. In einer Festgabe, die er zusammen mit Euler 1937 zum 60. Geburtstag von Karl Euler herausgab, bemühte er zunächst das Narrativ vom Christumord durch die Juden, um dann aber sogleich weiter auszuholen: „Das ist die Haltung des Judentums, das auch die alttestamentliche Offenbarung verfälscht hat, um an ihre Stelle eine jüdische Religions- und Kulturpropaganda mit dem Ziele der jü-

97 Ebd., zit. nach Jatho, Unbekannte Fakten, wie FN 8, S. 25.

98 Bertram, Georg, Reichskirche und Bekenntnis, Darmstadt (1935).

99 Ebd., S. 8.

100 Ebd., S. 6.

101 Im ersten Teil seiner Ausführungen zitiert er dazu vielfach die Confessio Augustana, deren Apologie und Aussagen Luthers.

102 Ebd., S. 8.

dischen Weltherrschaft zu setzen. Damit ist das im Alten Testament angekündigte, im neutestamentlichen Geschehen erfüllte Heil für das Judentum verscherzt.¹⁰³

2.3 „Das Judentum als Fäulnisreger“ – Bertrams Tätigkeit im sogenannten „Entjudungsinstitut“

Nachdem in den Jahren 1935/36 noch 40 Personen der Fakultät der Bekennenden Kirche zugeneigt waren¹⁰⁴, hatte sich zum Wintersemester 1938/39, also nur drei Jahre später, nur noch ein Student eingeschrieben. Greschat bilanziert: „[Die letzten Studierenden] verschwanden nach dem letzten Examen an der Fakultät im Sommersemester 1939. Fortan kamen Lehrveranstaltungen nur noch zustande, wenn sich irgendwelche Interessenten fanden. Im Sommersemester 1943 gab es an der Gießener Universität endgültig keine Theologiestudenten mehr. Insofern betraf die im Zuge des ‚totalen Kriegseinsatzes‘ für das Wintersemester 1944/45 verfügte Einstellung des Lehrbetriebs an der Theologischen Fakultät in Gießen niemanden mehr.“¹⁰⁵ Gleichzeitig mit dem Niedergang des Lehrbetriebs in Gießen wurde in der sogenannten Godesberger Erklärung¹⁰⁶ im März/April 1939 die „Gründung eines Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das kirchliche Leben des deutschen Volkes“¹⁰⁷ vorbereitet. Die Erklärung antwortete auf die Fragen „Wie ist das Verhältnis von Judentum und Christentum? Ist das Christentum aus dem Judentum hervorgegangen und also seine Weiterführung und Vollendung, oder steht das Christentum im Gegensatz zum Judentum?“ mit dem lapidaren Satz: „Der christliche Glaube ist der unüberbrückbare religiöse Gegensatz zum Judentum.“ Und auf die Frage „Ist das Christentum wesensmäßig überstaatlich und international?“ griff der Text auf Formulierungen zurück, die etwa aus dem Beitrag Haenchens zu „Volk und Staat in der Lehre der Kirche“ nur allzu vertraut sind: „Überstaatliches und internationales Christentum katholischer oder weltpolitischer Prägung ist politische Entartung des Christentums. Echter christlicher Glaube ent-

103 Bertram, Georg/Euler, Karl Friedrich, Christus für uns. Das Christuszeugnis des Neuen Testaments im Wirken und Leiden Jesu / Daß die Schrift erfüllt wird (Kirche in Bewegung und Entscheidung 36), Bonn 1937, 20, zit. nach: Weise, Diener zweier Herren, wie FN 6, S. 348.

104 Vgl. dazu Greschat, Die evangelisch-theologische Fakultät, wie FN 3, S. 158.

105 Ebd.

106 Text in Herausgefordert, wie FN 92, Nr. 235, 466 f.

107 Ebd., Nr. 236, 468. Zu diesem Institut vgl. ausführlich Arnhold, Oliver, ‚Entjudung‘ – Kirche im Abgrund. Die Thüringer Kirchenbewegung Deutsche Christen 1928–1939 und das Eisenacher ‚Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben‘ 1939–1945 (SKI 25), Berlin 2010; ebenso Arnhold, Oliver, ‚Entjudung‘ von Theologie und Kirche. Das Eisenacher ‚Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben‘ 1939–1945 (Christentum und Zeitgeschichte 6), Leipzig 2020; Schuster, Die Lehre vom ‚arischen‘ Christentum, wie FN 10; sowie den Sammelband von Spehr / Oelke (Hrsg.): Das Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘, wie FN 9. In allen Bänden findet sich selbstverständlich zahlreich weiterführende Literatur.

faltet sich fruchtbar nur innerhalb der gegebenen Schöpfungsordnungen.“ Und damit ist die nationale Zuordnung gemeint, genauer: das deutsche Christentum. Die DC-Landeskirchenleiter schlossen sich am 4. April dieser Erklärung vorbehaltlos an und sahen im „Kampf des Nationalsozialismus gegen jeden politischen Machtanspruch der Kirchen, sein[em] Ringen um eine dem deutschen Volke artgemäße Weltanschauung [... die] Fortsetzung und Vollendung des Werkes, das der deutsche Reformator Martin Luther begonnen hat.“¹⁰⁸ Die Einrichtung des „Entjudungsinstitut“ war in diesem Zusammenhang die logische Konsequenz. Eisenach und Gießen lagen nicht weit auseinander, die Gießener Gelehrten standen mangels vor Ort notwendiger Lehrveranstaltungen zur Verfügung. Karl Friedrich Euler, ab dem Wintersemester 1933/34 mit Vorlesungen zur orientalischen Philologie beauftragt, und Bertram schienen als sprachkundige und auf ihrem Gebiet ausgewiesene Wissenschaftler dafür besonders geeignet, ging es doch vor allem darum, die biblischen Schriften von allem Jüdischen zu bereinigen.

Das Eisenacher Institut trug unübersehbar die Handschrift des Jenaer Neutestamentlers Walter Grundmann. Über dessen Verstrickungen in die nationalsozialistische Ideologie ist bereits viel geschrieben worden¹⁰⁹, ebenso über die Vorreiterrolle der Thüringer DC¹¹⁰ im Blick auf das Bestreben, Christentum und Nationalsozialismus in eins zu denken. Eisenach mit der Wartburg als Sinnbild des Kampfes des „deutschen“ Luthers war also der ideale Ort, um den kruden Anschauungen Grundmanns und seiner Seelenverwandten ein Zuhause zu geben. Nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 war der Weg frei, auch den abstrussten Ideen nachzugeben¹¹¹. Dazu gehörte es, unter dem Deckmantel wissenschaftlicher, akademischer Arbeit eine strikte Trennung zwischen jüdischem und christlichem Glaubensgut vorzunehmen und alles Jüdische aus den Fundamenten und dem Leben der Kirche auszumerzen. Als das Institut im Mai 1939 gegründet wurde, formulierte Grundmann in seinem Eröffnungsvortrag programmatisch: „So wenig die Menschen zu Luthers Zeit sich vorstellen konnten, wie man ohne die Autorität des Papstes Christ sein könne [...], so wenig können es sich heute viele vorstellen, wie man ohne den heilsgeschichtlichen Bezug auf die Geschichte des Alten Testa-

108 Herausfordert, wie FN 92, Nr. 236, 468.

109 Für unseren Zusammenhang vgl. etwa Arnhold, Oliver, Walter Grundmann und das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, in: Gailus, Manfred / Vollnhals, Clemens (Hrsg.), Für ein artgemäßes Christentum der Tat. Völkische Theologen im „Dritten Reich“ (Berichte und Studien 71), Göttingen 2016, S. 203–217. Ebenso Schuster, Die Lehre vom ‚arischen‘ Christentum, wie FN 10, S. 169–198.

110 Vgl. dazu u.a. Schneider, Die „Deutschen Christen“ und ihre ‚Rassentheologie‘, wie FN 16, S. 83–98, hier: S. 85 f.

111 Vgl. dazu u.a. Wiese, Christian, Das Evangelium als „Urkunde der jüdischen Glaubensgeschichte“. Spuren des zeitgenössischen jüdischen geistigen Widerstands gegen die theologisch-völkische Religionswissenschaft des Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘, in: Spehr / Oelke (Hrsg.): Das Eisenacher „Entjudungsinstitut“, wie FN 9, S. 119–154, hier: S. 119–132.

ments [...] noch Christentum und Kirche erhalten könne. [...] Damit ist der religiöse, theologische und kirchliche Ort aufgezeigt, an dem jenes Institut, dessen Arbeit wir heute eröffnen, steht. Es geht um die mit allen Mitteln moderner Wissenschaft durchzuführende Hilfsarbeit innerhalb der großen Stunde, die unter uns angebrochen ist. Die Stunde ist geschichtliches Ereignis; für unser Volk und für das ganze Abendland herbeigeführt durch den Führer wirkt sie sich aus auf alle Gebiete des Lebens. Ihrer Auswirkung zum Durchbruch zu verhelfen, (...) dazu kann auch die wissenschaftliche Arbeit nicht entbehrt werden. Sie zu konzentrieren und an den entscheidenden Punkten zum Einsatz zu bringen, um sie damit für Volk und Kirche fruchtbar zu machen, ist die Aufgabe dieses Instituts.¹¹² Das Eisenacher Institut war nicht das einzige seiner Art¹¹³, aber es unterschied sich sowohl in seiner Größe (es zählte etwa 200 ehrenamtliche Mitarbeiter) als auch hinsichtlich der Tatsache, dass es von gut der Hälfte der evangelischen Landeskirchen getragen wurde und so zumindest finanziell von staatlichem Einfluss unabhängig war. Wie eifrig die Mitarbeiter (und auch einige Mitarbeiterinnen) waren, lässt sich daran ablesen, dass bereits in den ersten beiden Jahren schon einige der angestrebten Ziele erreicht waren, nämlich die Publikationen einer „entjudeten“ Bibel, eines „entjudeten“ Gesangbuchs und eines „entjudeten“ Katechismus.¹¹⁴ Ziel war also ganz offenbar, ein deutsches und von allem jüdischen Einfluss bereinigtes Christentum zum Normalfall im Alltagsleben der Kirchen zu machen. Wer weiß, wie wenig kritisch üblicherweise der einfache Kirchenbesucher ist (und auch damals, als kirchliche Sozialisation noch selbstverständlicher war und von einer größeren Bekanntheit religiöser Inhalte ausgegangen werden darf als heute), der kann sich ungefähr vorstellen, welchen Einfluss der Gebrauch solcher Textsammlungen schleichend haben konnte.

Georg Bertram wurde, nachdem zunächst Walter Grundmann und dann auch sein Nachfolger Heinz Erich Eisenhuth zur Wehrmacht eingezogen wurden, 1943 wissenschaftlicher Leiter des Instituts. Zuvor war Bertram Grundmanns Mitarbeiter in den Arbeitskreisen „Neues Testament“ und „Neues Testament und Altjüdische Religionsgeschichte“ und gehörte neben dem anderen Gießener Protagonisten Karl Friedrich Euler auch dem Arbeitskreis „Schriftprinzip“ unter der Leitung Eisenhuths an.¹¹⁵ Arbeitskreisen, die sich weitergehenden theologischen und gesellschaftlichen Fragen wie auch der Veröffentlichungen von Bibel, Katechismus und Gesangbuch widmeten, gehörte er nicht an.

112 Zit nach: Birkenmeier, Jochen / Weise, Michael, *Erforschung und Beseitigung. Das kirchliche ‚Entjudungsinstitut‘ 1939–1945. Begleitband zur Ausstellung (Veröffentlichungen der Stiftung Luther Haus Eisenach 4)*, 2., durchges. u. erw. Aufl. Eisenach 2019, S. 52.

113 Vgl. die Übersicht ebd., S. 57. Ebenso: Rupnow, Dirk, ‚Judenforschung‘ im Dritten Reich – Institutionen, Konzepte und Dynamiker einer NS-Musterwissenschaft, in: Spehr / Oelke (Hrsg.): *Das Eisenacher „Entjudungsinstitut“*, wie FN 9, S. 99–116.

114 Beispiele bei Birkenmeier / Weise: *Erforschung und Beseitigung*, wie FN 109, S. 75–85.

115 Vgl. ebd., S. 64 f.

Seine Tätigkeit innerhalb des Instituts genauer darzustellen, muss einer weiteren Untersuchung überlassen bleiben.¹¹⁶ Was auf jeden Fall bekannt ist: Bertram hat einige Vortragsreisen unternommen, um die Ideologie des Instituts bzw. die „Forschungsergebnisse“ auch in andere Teile des Reichs zu vermitteln. So war etwa 1943 zusammen mit Eisenhuth eine Vortragsreise nach Siebenbürgen geplant¹¹⁷, 1944 hielt er etliche „kriegswichtige[...]Vorträge[...] im Reich“¹¹⁸, und im Juli 1944 war er durch den Chefideologen der NS, Alfred Rosenberg, zusammen mit Euler und Kittel nach Krakau auf eine internationale Konferenz eingeladen worden.¹¹⁹

Fakt ist ebenso, dass er zur weiteren Radikalisierung des Instituts beitrug, als er 1943 die Leitung übernahm. Der Antisemitismus ist nicht mehr übersehbar, wofür sein Bericht über die Arbeit des Instituts 1942/43 ein sprechendes Beispiel ist: „Es ist das Judentum, das immer deutlicher als der eigentliche und letzte Gegner hervortritt. Dabei sind die Juden nicht die Soldaten, gegen die wir zu kämpfen haben, sondern sie sind die Träger der wirtschaftlichen und geistigen Kriegsmittel, vor allem in Presse und Rundfunk. In jeder Art von Propaganda sind sie die gerissensten Feinde, die hemmungslos gegen alles, was deutsch ist, hetzen. Denn in Deutschland ist endlich die Macht entstanden, die den Kampf der Völker gegen das Judentum, der so alt ist wie das Judentum selbst, ohne Schwäche und ohne falsches Mitleid zu Ende führen wird. Im Judentum ist endlich der Fäulniserreger erkannt, der alle Lebenskräfte der Völker, ihr ursprüngliches Wesen und all die Kulturgüter, die daraus geflossen sind, zersetzt und zerstört. An die Stelle des gewachsenen Volkstums soll unter dem Einfluß des unechten jüdischen Rationalismus eine alles Hohe und Erhabene, alles Eigenwüchsige und Selbständige zu flachem Einerlei herabziehende Wahrheitsdoktrin treten. Damit wäre dem Untermenschentum und den diabolischen Mächten der Weg bereitet und die Voraussetzung für die jüdische Weltherrschaft durch Geld und (zersetzenden) Geist geschaffen.“¹²⁰ Und in seinem Arbeitsbericht 1944 leugnete er gar die Herkunft Jesu aus dem jüdischen Volk: „Jesus ist kein Angehöriger dieser künstlich geschaffenen jüdischen ‚Rasse‘ oder Unrasse. Er stammt nicht aus dem jüdischen Judäa, sondern

116 Ansätze bei Weise, Diener zweier Herren, wie FN 6, S. 349–360.

117 Vgl. Gießener Universitätsarchiv, Berufsakte Bertram LU Nr. 2498 Eg.; Träger der Veranstaltung war die „Arbeitsgemeinschaft des Institutes zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben in der Landeskirche A.B. in Rumänien“ (vgl. Gießener Universitätsarchiv, Berufsakte Bertram, LU Nr. 2498).

118 Gießener Universitätsarchiv, Berufsakte Bertram, Schreiben der Universitätsleitung vom 01.08.1944: „Herr Professor Dr. Bertram, wohnhaft in Gießen, wird zur Abhaltung kriegswichtiger Vorträge und Teilnahme an Sitzungen in der Zeit vom 10. August 1944 bis 31. Oktober 1944 zu verschiedenen Reisen nach Koblenz, Mainz, Düsseldorf, Frankfurt a/Main, Heidelberg, Eisenach, Weimar, Leipzig, Dessau, Berlin, Frankfurt a/Oder, Kottbus und zurück nach Gießen die Eisenbahn in Anspruch nehmen.“ Ein inhaltlich ansonsten identisches Schreiben vom 20.11.1944 nennt als Vortrags- und Sitzungszeitraum den 20.11.1944 bis 28.02.1945.

119 Vgl. Heschel, Die Historiographie, wie FN 84, S. 348.

120 Zit. nach Arnhold: ‚Entjudung‘ von Theologie und Kirche, wie FN 104, S. 205.

aus dem ‚Kreis der Heiden‘, dem erst seit 100 Jahren zwangsweise zum Judentum bekehrten Galiläa. Er gehört also aller Wahrscheinlichkeit nach der dort geschichtlich gewordenen Mischbevölkerung an, in der körperlich wie seelisch mannigfache, auch arische Rassenanlagen vorhanden waren [...]“.¹²¹ Vor allem aber sein früherer Aufsatz „Vom Wesen des Judentums“ von 1940, der schon durch den programmatischen Titel nahelegte, dass es sich hierbei um ein durch und durch von antisemitischen Polemiken geprägtes Werk handelt, erregte nach dem Krieg die Aufmerksamkeit der Untersuchungsbehörden.¹²² In der Tat finden sich darin Passagen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen und abschließend beschreiben mögen, wie aus einem seriösen Wissenschaftler ein fanatischer Irrdenker werden konnte: „Solange das Judentum besteht, haben sich die Völker aus unwillkürlicher natürlicher Abneigung gegen das jüdische Parasitentum gewehrt. [...] Wurzellos und Abschaum des natürlichen Lebens der Menschheit ist der Jude eine schwere Gefahr für die Gastvölker geworden. [...] Judentum ist der Mißbrauch der religiösen Überlieferungen, Geschichten und Gesetze eines untergegangenen Volkes zum Zweck der jüdischen Weltherrschaft! [...] Das Streben nach Weltherrschaft ist auch andern Völkern eigen. Es ist bei ihnen gesunder Ausdruck ihrer Kraft. Ein Kampf aber geht nicht zu Ende: der Kampf gegen den Erzfeind Juda. [...] Seine gefährlichste Waffe ist die Tarnung. Das Judentum ist weder Volk noch Rasse noch Religion. Hinter diesen Menschheitswerten verbirgt es niedrige Machtgier und unbezähmbare Weltherrschaftsgelüste.“¹²³ An diesen Zitaten ist sehr gut abzulesen, dass Bertram frühere Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung überführt hat in neue Zusammenhänge – ein schleichender Prozess mit fatalem Ende, der einmal mehr darauf aufmerksam macht, wie sorgsam Wissenschaft zu sein hat und wie sehr auch wissenschaftliche Ergebnisse stets befragt werden müssen.

3. Es darf nie wieder dazu kommen – Was uns der Blick auf Georg Bertram lehrt

Wie viele, die in die nationalsozialistische Ideologie verstrickt waren und diese auf ihrem jeweiligen Spezialgebiet unterstützt haben, gab es auch bei Bertram nach dem Untergang des „Dritten Reichs“ wenig Unrechtsbewusstsein. Es spricht für sich, wenn er sich zunächst noch zwei Tage vor der Kapitulation darum bemühte, das Institut bei inhaltlicher Umwidmung aufrechtzuerhalten, und dies so begründete: „Der bewußte Gegensatz zum Judentum, von dem das Institut bei seinen Arbeiten ausging, war weder politisch bedingt, noch kam er politisch zum Ausdruck. Ihn zu betonen, war vielmehr zumal während des Krieges eine Notwendig-

121 Bertram, Georg, Bericht über Arbeit und Aufgaben des Neutestamentlichen Arbeitskreises, 14 S., masch., (o.J. [1944]), S. 4, LKA Eisenach, Bibliothek des Predigerseminars Eisenach, NT 600, Nr. 5, zit. nach: Weise, Diener zweier Herren, wie FN 6, S. 357.

122 Vgl. dazu weiter unten.

123 Zit. nach dem Urteil der Berufungskammer Gießen vom 23.04.1948, Gießener Universitätsarchiv, Personalakte Bertram, Bl. 49.

keit für das Institut, um überhaupt von den parteiamtlichen und staatlichen Stellen Duldung zu erlangen und Gehör auch außerhalb der kirchlichen Kreise zu finden. Sachlich begründet aber ist der Gegensatz unserer Arbeit zum Judentum in der Haltung Jesu selber, der den Kampf gegen das Judentum in aller Schärfe aufgenommen hat und ihm zum Opfer gefallen ist, und in der Haltung unserer Kirche, die in der Nachfolge Jesu nicht vergessen konnte, daß es die Juden waren, die Jesus ans Kreuz brachten.¹²⁴ Er blieb bei den bekannten Narrativen, wies aber eine politische Motivation ab – ob es sich dabei um eine Schutzbehauptung handelte oder er tatsächlich davon überzeugt war, muss vorerst dahingestellt bleiben. Es spricht aber mehr noch für sich, dass die neu gegründete Landeskirche Hessen-Nassau ihn bis 1951 mit der Verwaltung und Betreuung verschiedener Pfarrstellen betraut hat: Düdelsheim, Hungen, Grünberg und Frankfurt.¹²⁵ Nach 1951 bat die Kirchenleitung darum, Bertram als Religionslehrer am Landgraf-Ludwig-Gymnasium einzusetzen, weil es offenbar eine Überlastung der bereits zusätzlich für den Religionsunterricht abgestellten Pfarrer gab und weil sich eine Freie Gemeinde gebildet hatte, der etwas entgegengesetzt war.¹²⁶ Offenbar wog das auch für die Kirchenleitung – immerhin war Niemöller noch Kirchenpräsident – schwerer als Bertrams Vergangenheit.

Dazu beigetragen haben dürfte, dass die amerikanische Militärregierung Bertram 1946 zwar wegen seines „politischen Verhaltens“ aus dem Beamtenverhältnis entlassen¹²⁷, die Berufungskammer Gießen ihn aber 1948 im Entnazifizierungsverfahren als „Minderbelasteten“ eingestuft hatte, was eine sechsmonatige Bewährungsstrafe und 500 RM Geldsühne zur Folge hatte.¹²⁸ Ausgesprochen interessant und aufschlussreich ist die Begründung für diese Einschätzung und dieses Urteil. Nachdem zunächst seine Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Alten Testaments und der Septuaginta hervorgehoben und seine Mitgliedschaft in der DC erwähnt werden, kommt das Gutachten auf seine Tätigkeit im Eisenacher Institut zu sprechen. Dazu heißt es: „Er war Mitglied des zu Eisenach im Jahre 1939 gegründeten Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben und hat ab 1943 die Stellung eines stellvertretenden wissenschaftlichen Leiters bekleidet. Dieses Institut ist im Anhang des Gesetzes nicht als nationalsozialistische Nebenorganisation aufgeführt. Die Angabe des Betroffenen, daß dieses Institut sich gegen die Rosenbergische Auffassung der Gleichstellung von Christentum und Judentum gewandt habe, wurde durch Professor Leipoldt,

124 Denkschrift „Aufgaben eines theologischen Forschungs-Instituts zu Eisenach“, Eisenach im Mai 1945, zit. nach: Arnhold, „Im Kampf für die Entjudung des religiösen Lebens“, wie FN 9, S. 169 f.

125 Vgl. Gießener Universitätsarchiv, Personalakte Bertram, Bl. 17.

126 Vgl. das Schreiben vom 15.05.1951, Gießener Universitätsarchiv, Personalakte Bertram, Bl. 46.

127 Vgl. Gießener Universitätsarchiv, Personalakte Bertram, Bl. 39.

128 Vgl. Gießener Universitätsarchiv, Personalakte Bertram, Bl. 49. Damit wurde seinem Einspruch gegen ein früheres Urteil, das ihn als „Belaster“ eingestuft hatte und das den Verlust von 50% seines Vermögens bedeutete hätte, stattgegeben. Nach Ablauf der sechsmonatigen Bewährungsfrist galt er als „Mitläufer“.

Konsistorialrat Pohlmann¹²⁹ und den gegenwärtig sich in Amerika befindlichen Pfarrer Falk, sowie durch Professor Allwoh¹³⁰ als theologischer Sachverständiger bestätigt. In dieser Mitgliedschaft allein kann daher die Kammer einen Nachweis aktivistischen Verhaltens nicht erblicken.¹³¹ Sein Aufsatz „Vom Wesen des Judentums“ aus dem Jahr 1940 allerdings wurde sehr genau untersucht, und man kam auf der Basis etlicher eindeutiger Zitate zu dem Schluss: „Der Betroffene mußte als hochgebildeter Mann erkennen, daß seine Ausführungen auf den Leser die Wirkung einer Unterstützung und Förderung der nationalsozialistischen Lehren haben mußte. Er hat daher nicht nur in objektiver Weise[,] sondern auch subjektiv die nationalsozialistische Weltanschauung gestützt [und i]nsbesondere dazu beigetragen, die Kriegspolitik Hitlers zu rechtfertigen und der Fortsetzung des Krieges Auftrieb zu geben. Darin liegt seine Schuld.“¹³²

Ebenso bemerkenswert ist, dass Bertram 1953, also weit nach der Schließung der Gießener Universität und seiner Entlassung aus dem Beamtenverhältnis, darum ersuchte, in Frankfurt oder Marburg seinen Forschungen weiter nachgehen und diese in der Lehre vermitteln zu können, und sich dazu darauf berief, Sachverständiger für die Septuagintaforschung zu sein und als solcher an der „größten Gemeinschaftsarbeit der gegenwärtigen Theologengeneration“, dem „Theologischen Wörterbuch“ federführend beteiligt zu sein¹³³ – und tatsächlich erhielt er 1955 einen Lehrauftrag in Frankfurt, pikanterweise für „Altes Testament“.¹³⁴ Gutachten bestätigten ihm, ein wie herausragender Wissenschaftler er ist. An seiner Integrität schien niemand zu zweifeln. Oder wollte es nicht. Oder aber – und das ist wohl das Wahrscheinlichste – allgemein herrschte noch kein echtes Bewusstsein darüber, was der Nationalsozialismus wirklich war. „So schlimm war es nun auch wieder nicht“ – ein Satz, der in der Nachkriegszeit und der Zeit des deutschen Wirtschaftswunders immer wieder zu hören war, bis die langen 60er Jahre einen Wandel herbeiführten und zur Aufklärung drängten. Weise zitiert aus einem Gutachten, das das Landeskirchenamt bei dem unverdächtigen Erich Hertzsch eingeholt hatte, der Mitglied der Religiösen Sozialisten und als solcher von den Deutschen Christen beim Thüringer Landeskirchentag 1933 zum Rücktritt gezwungen worden war. Er schrieb zu Bertram und zum Eisenacher Institut: „Die christliche Kirche, z.B. Luther, sieht ja auch im Judentum eine Gefahr, sofern die Ablehnung des christlichen Glaubens das Hauptmerkmal der Juden ist. Allerdings hat der Verfasser es unterlassen, seine Kritik durch eine positive Würdigung der Kirche

129 Leipoldt und Pohlmann gehörten selbst dem Institut an.

130 Allwoh, Professor für Praktische Theologie in Gießen, hatte die Zeitschrift „Kirche im Angriff“ herausgegeben, die als nationalsozialistisch-deutschchristliches Organ gewertet werden muss, vgl. dazu Weise, Diener zweier Herren, wie FN 6, S. 342.

131 Gießener Universitätsarchiv, Personalakte Bertram, Bl. 49.

132 Ebd.

133 Vgl. Gießener Universitätsarchiv, Berufsakte Bertram, Schreiben vom 28.10.1953.

134 Vgl. Gießener Universitätsarchiv, Berufsakte Bertram, Pressemitteilung vom Mai 1955, sowie Personalakte Bertram, Bl. 14. 1959 erhält er einen Lehrauftrag für Hebräisch, vgl. ebd. Bl. 15.

und des Christentums zu ergänzen. [...] Man kann die vorliegende Arbeit [Vom Wesen des Judentums] als gerade typisch ansehen für die ganze Arbeit des oben genannten Instituts. Man geht von Thesen aus, die wissenschaftlich begründet und völlig unpolitisch sind, zieht auch selbst nicht die politischen Konsequenzen, aber legt dem Leser nahe, Folgerungen zu ziehen, die zu einer rechten Beurteilung des Judentums führen müssen.“¹³⁵

Damit schließt sich der Kreis. Der immer noch rudimentäre, dennoch aufschlussreiche Einblick in die Gedankenwelt und das Wirken Bertrams verdeutlicht, wie anfällig vermeintlich objektive Wissenschaft für ideologische Infiltrierungen ist, wie voreingenommen Forschung und Lehre durch diejenigen, die sie betreiben, immer schon sind, wie schnell Wege der Forschung zu Abwegen werden können. Und wie leicht es geht, ideologische Narrative zu pflanzen, zu verbreiten und als Verschwörungstheorien ihr zerstörerisches Werk sich entwickeln zu lassen. Unsere Welt heute ist – sicherlich befeuert durch social media und mangelnde Bildungsarbeit – ein Sammelsurium solcher Narrative und durch mancherlei Krisen besonders empfänglich für alle Arten von Sündenbocktheorien. Wollen wir den Fortsetzungen der Anfänge wehren (den Anfängen zu wehren, scheint es fast schon zu spät), ist umfangreiche Bildungs- und Aufklärungsarbeit ein unerlässliches Instrument. Niemand soll mehr sagen können, er hätte nichts gewusst.

135 [Kirchenrat Erich Hertzsch] an das Großhessische Staatsministerium, Öffentl. Kläger bei der Spruchkammer der Stadt Gießen, Eisenach 1. Februar 1947, LKA Eisenach, A 921-2, Bl. 244, zit. nach: Weise, Diener zweier Herren, wie FN 6, S. 364.

Ihr Vaterland war Deutschland – Angenrods israelitische Emigranten in der NS-Zeit

INGFRIED STAHL

Angenrod, Landgemeinde im oberhessischen Vogelsbergkreis, das in 2022 auf 750 Jahre erster urkundlicher Erwähnung zurückblicken konnte und dieses besondere Jubiläum durch eine Reihe gelungener Veranstaltungen feierte,¹ kann aus historischer Sicht als angestammtes Dorf mit einigen Haupterwerbsbauern und diversen Gewerbetreibenden wie Getreidemüllern, Schmieden, Schreincrnern, Maurerunternehmen eingestuft werden.

Vor allem aber war Angenrod, das ursprüngliche „Ingerode“ aus 1272,² auch ein Dorf mit einer zunehmend emanzipierten und überregional bedeutenden Israelitischen Religionsgemeinde (seit 1736 und bis 1942) sowie auch von einfachen Arbeitern, Tagelöhnern, Dienstknechten und Dienstmägden.³

Die 550-Seelen-Gemeinde war dank des etablierten Händlergeschicks seiner Israeliten und ihrer Geschäfte ein vielbesuchtes Einkaufszentrum in der näheren Umgebung.⁴ Mit 247 Juden unter 589 Einwohnern entsprechend 41,94 Prozent hatte Angenrod 1861 nach Rhina (Hünfeld) (52,21 %) den zweithöchsten jüdischen Bevölkerungsanteil im heutigen Bundesland Hessen und den damals höchsten in ganz Hessen-Darmstadt, Rheinhessen mit eingeschlossen.⁵

Der Anteil von Häusern in jüdischem Besitz betrug den Recherchen des Verfassers zufolge um 1867, legt man die Brandkataster-Eintragungen und das Grundbuch der ehemaligen Gemeinde Angenrod zugrunde, sogar mehr als 45 Prozent.

Auch noch um die Jahrhundertwende war nach Volkszählungen in Angenrod der jüdische Bevölkerungsanteil vergleichsweise weiter recht hoch – er lag bei fast 25 Prozent der gesamten Dorfbevölkerung.

1 Mit einer Serie von aktuellen Berichten in 2022 begleiteten die „Oberhessische Zeitung“ (Alsfeld) und „Oberhessen live“ die verschiedenen Jubiläumsveranstaltungen.

2 Urkundliche Ersterwähnung am 26.04.1272 von Angenrod als Ingerode: HStAM, Urk. 37, 315. In dieser bereits stark vermoderten Urkunde befreit Alheid, Witwe des Ritters Albert von Romrod dem Ritter Conrad v. Linden alle Güter in Ingerode von Abgaben.

3 Stadtarchiv Alsfeld: Gesindebuch Angenrod.

4 Das wurde dem Verfasser von den mittlerweile verstorbenen Angenröder Zeitzeugen und auch von Karl Fey (Ohmes) überliefert und lässt sich auch aus vielen, vom Verfasser ausgewerteten Inseraten jüdischer Angenröder Händler und Gewerbetreibender in der „Oberhessischen Zeitung“ (Alsfeld) ableiten.

5 Hakehillot, Pinkas, Encyclopaedia of Jewish Communities from the foundation till after the Holocaust. Germany Vol. III Hesse – Hesse-Nassau – Frankfurt, Yad Vashem, Jerusalem 1992; Uziel Oscar Schmelz in: „Die jüdische Bevölkerung Hessens. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933“ (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts 51), Tübingen, Mohr-Siebeck 1996. 330 dto.

Eine vervollständigende detaillierte Übersicht über die Statistik der Israelitischen Religionsgemeinden im Altkreis Alsfeld gibt Paul Arnsberg (1971).⁶ Demnach werden für Angenrod in 1830 insgesamt 132 israelitische Gemeindeglieder nachgewiesen, in 1905 sind es noch 105 (18,3 Prozent) von insgesamt 573 ortsanwesenden Angenröder Bürgern,⁷ in 1910 sind es 109 Personen (20,0 % von 546 Personen), in 1925 70 Bürger israelitischer Religionszugehörigkeit (13,5 % von 517 Personen) und in 1933 nur noch 65 Angenröder Israeliten.

Die Statistik von Pinkas Hakehillot gibt folgenden Quervergleich: 247 Israeliten in 1861 (41,9 %), 180 in 1880 (29,6 %), 140 in 1895 (24,6 %), 109 in 1910 (20,0 %), 70 in 1925 (13,3 %), 63 in 1933 (12,2 %), 10 in 1939 (2,0 %) und am 5.2.1942, die Deportierten aus dem Hause Speier, jetzt Leuseler Straße 3.⁸

Die Zahl 10 in 1939 beinhaltet neben den acht Angenröder Deportierten sicher auch Sally Abt, der in 1940 letzter Angenröder Verstorbener der israelitischen Gemeinde war und – wie üblich – auf dem jüdischen Friedhof Angenrods, einem Sammelfriedhof mehrerer Gemeinden, bestattet wurde. Zudem dürfte die Schankwirtin und Lebensmittelhändlerin Jeanette Wertheim („Jeanette“ vom „Bergschlösschen“) darunter gewesen sein, die später im jüdischen Altersheim in Bad Nauheim lebte, aber 1942 ebenfalls Opfer der Shoah wurde, oder möglicherweise Rosa Schaumberger, die über Gießen letztlich Shoah-Opfer durch Euthanasie in Brandenburg wurde.

Die Zahlen von 1925 bedeuten für Angenrod im hessenweiten Vergleich der jüdischen Gemeinden immer noch Platz 4, damals bedeutete es weiter noch Rang 1 für Hessen-Darmstadt.

Um einen Vergleich mit anderen Orten im Altkreis Alsfeld zu ziehen, die über eine beachtlich große jüdische Gemeinde verfügten, seien hier auch die entsprechenden Zahlen genannt (jeweils für die Jahre 1830 und 1905): Alsfeld (61/228, entsprechend 4,94 %), Bobenhausen II (44/54, entsprechend 9,73 %), Crainfeld (36, 88, entsprechend 16 %), Grebenau (122/130, entsprechend 12,67 Prozent), Homberg/Ohm (88, entsprechend 5 %, 56, entsprechend 4,65 %), Kestrich (73/34) und Kirtorf (49/45). Über die jeweiligen Einwohnerzahlen als Basis für den Bevölkerungsanteil der Israeliten informieren zum einen die offiziellen Volkszählungen im Deutschen Reich, aber auch Angaben zur Seelenzahl, wie sie in der Oberhessischen Zeitung veröffentlicht wurden.

Mit der fast Gleichstellung von israelitischen und christlichen Bürgern nach der deutschen Revolution 1848 änderte sich allgemein auch – unterschiedlich ausgeprägt – die Wohnortverteilung. Einerseits wanderten sehr viele auch Angenröder

6 Paul Arnsberg: „Die jüdischen Gemeinden in Hessen – Bilder, Dokumente“, Darmstadt, Roether 1973.

7 Die statistischen historischen Vergleichszahlen (Zollabrechnungs-Bevölkerung, Ortsanwesende Bevölkerung) erhielt der Autor dankenswerterweise vom Hessischen Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt (2009).

8 Pinkas Hakehillot in: „Encyclopaedia of Jewish Communities from the foundation till after the Holocaust. Germany Vol. III Hesse – Hesse-Nassau – Frankfurt“, Yad Vashem, Jerusalem 1992.

Juden – zusammen mit übrigen Einwohnern – vor allem nach Nordamerika aus, zum anderen zog es aber auch zahlreiche Israeliten in die oberhessische Kleinstadt Alsfeld. Ansässig in Angenrod blieben offensichtlich lediglich die Oberhäupter der Familien mit Kindern, die dort über ein stationäres Handelsgeschäft verfügten.

Der Aderlass Angenröder Israeliten in jener Epoche – also noch lange vor der Zeit des Nationalsozialismus – spiegelt sich, wie bereits statistisch belegt, eindrucksvoll in den Bevölkerungszahlen wider. Bedingt war der rapide Bevölkerungsschwund bis 1939 durch Emigration zahlreicher Juden vorwiegend in die USA, aber auch durch Umzug in die Metropole Frankfurt am Main vor allem nach 1935.⁹

Judengesetze 1935 im Deutschen Reich

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Deutschen Reich am 30. Januar 1933 unter Führer Adolf Hitler und seinen Gefolgsleuten setzte auf Basis des rücksichtslosen Antisemitismus eskalierend die Repression der jüdischen deutschen Bevölkerung ein.

Dabei handelten Hitler und seine Entourage analog ihrem Agieren auf innen- und außenpolitischem Gebiet keineswegs nach einem zeitlich gestuften und festgelegten Programm. Vielmehr reagierten sie jeweils spontan, so sich denn eine vorteilhafte und für „den jeweiligen Zweck gut nützbare Gelegenheit bot.“¹⁰

Schon in seinem während seiner Festungshaft in Landsberg verfassten Buch „Mein Kampf“ sind die beiden alles andere überragenden ideologischen Schwerpunkte des Hitler’schen Weltbildes klar und unverhohlen thematisiert: Hass auf die Juden und Lebensraumerweiterung für das deutsche Volk im Osten.¹¹

Es waren die zentralen Themen, die den Diktator zeitlebens umtrieben. Das wird auch immer wieder in seinen mit ausfälliger Rhetorik ausgelegten propagandistischen Reden deutlich. In Hitlers verworrener politischen Weltanschauung waren die Juden schlichtweg die Wurzel allen Übels auf der Welt.

Noch in seinem politischen Testament, das Hitler kurz vor seinem Selbstmord verfasste, verpflichtete er in seiner Schlussbemerkung „vor allem“ „die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das inter-

9 Helmuth Riffer: „Die Auswanderer von Angenrod“ in „Angenrod – Bilder und Texte zur Geschichte eines Ortes“, S. 73–78, Bildband Angenrod, Magistrat der Stadt Alsfeld in Verb. mit dem Schmalfilm- und Fotoclub Alsfeld e.V., mit dem Fotoclub Lauterbach e.V. und dem Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V., Ehrenklau Druck und Verlag, 1989.

10 Der Pogrom vom November 1938 „Reichskristallnacht“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. Host Pötzsch (Redaktion), Dr. Helmut Kistler, München (Text) (keine Datumsangabe).

11 Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, herausgegeben von Christian Hartmann, Thomas Vordermayer, Othmar Plöckinger, Roman Töppel unter Mitarbeit von Edith Raim, Pascal Trees, Angelika Reizle, Martina Seewald-Mooser; im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin, 2016; <https://d-nb.info/1081845457> (abgerufen am 13.07.2023).

nationale Judentum“.¹² Bereits in seinen einführenden Worten und mit Blick auf den Weltkrieg und seine weltweit verheerenden Auswirkungen hatte Hitler testamentarisch festgehalten, „dass der eigentlich Schuldige an diesem mörderischen Ringen ist: Das Judentum!“

Die Abfolge der zunehmenden und bis ins Unerträgliche gesteigerten politischen Rahmenbedingungen für Deutschlands jüdische Bevölkerung sei an dieser Stelle in Schlagworten zusammengefasst. Sie zwang letztendlich die jüdischen Konfessionsangehörigen im Reich und somit auch in der Region Oberhessen mit Angenrod als bedeutendem Wohnsitz von Israeliten, obwohl sie seit langem etabliert und emanzipiert an der Seite ihrer christlichen Glaubensangehörigen in Stadt und Land zusammenlebten, ihrem Vaterland „Deutschland“ den Rücken zu kehren und in sichere Länder zu emigrieren.

Boycott-Aktion eine Woche nach Erlass des „Ermächtigungsgesetzes“ vom 24. März 1933

In dieser hatten die Nationalsozialisten am 1. April 1933 zu einem Boycott jüdischer Geschäfte, Ärzte- und Anwaltskanzleien aufgerufen. Wie auch Filmdokumente aus jener Zeit belegen, waren hier sogar entsprechende Sperrposten aufgestellt worden.

Mit Parolen wie „Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!“ begann dieser erste großangelegte Boycott, organisiert vom „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ unter Julius Streicher, dem fränkischen Gauleiter. Doch die antijüdischen Aktionen und Boykotte hatten bereits Mitte der 1920er Jahre deutlich an Fahrt aufgenommen. Sie erfolgten zeitgleich mit dem Erstarken des Nationalsozialismus im Deutschen Reich.¹³

In der Zeit von 1933 bis 1935 erfolgten dann weitere Boycott-Versuche. Dabei handelte es sich um einzelne und auf Basis von Notverordnungen und dem Ermächtigungsgesetz vorgenommene Maßnahmen mit dem eindeutigen Ziel, die Juden aus dem öffentlichen Leben auszuschalten.¹⁴

Beispielhaft hierfür sei das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ vom 7. April 1933 angeführt, mit dem „nichtarische“ und somit jüdische Beamte aus ihren Stellungen vertrieben wurden. Wenig später, am 10. Mai 1933, folgte die von Reichspropagandaminister Josef Goebbels inszenierte öffentliche Verbrennung von Büchern jüdischer Autoren als Auftakt des Kampfes „gegen den deutschen Ungeist“.

Schon diese perfide Aktion veranlasste viele jetzt verfemte jüdische Künstler und Wissenschaftler gezwungenermaßen zur Emigration. Wohl berühmtester die-

12 https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0228_hte&object=translation&l=de (abgerufen am 13.07.2023).

13 <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung-und-verfolgung/geschäftsboykott-1933.html> (abgerufen am 16.07.2023).

14 Die Nacht in der die Synagogen brannten, Dokumente und Materialien zur Orientierung über die Reichskristallnacht (9./10.11.1938), Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Neckar-Verlag Villingen-Schwenningen 1978.

ser Emigranten dürfte Nobelpreisträger Albert Einstein gewesen sein. Auch von ihm waren symbolisch Schriften verbrannt worden. Einstein hatte sogar herausgefunden, dass Kopfgeld auf ihn ausgesetzt worden war.¹⁵ Von einer Reise kehrte Einstein 1933 nach der Machtübernahme der Nazis nicht mehr nach Deutschland zurück. 1940 erhielt er die US-amerikanische Staatsbürgerschaft.

Die Nürnberger Gesetze 1935

Mit den von Hitler am 15. September 1935 erlassenen „Nürnberger Gesetzen“ wurde dann von den Nazis die pseudojuristische Grundlage für die Juden-Diskriminierung und –Verfolgung geschaffen. Waren die antisemitischen Aktionen bislang nur legal, so waren sie fortan gesetzlich verordnet.

Die „Nürnberger Gesetze“ bildeten mithin die rechtliche Grundlage für die Verfolgung der Juden in Deutschland.¹⁶

Eine Fülle darauf basierender Verfügungen und Verordnungen diskriminierte Juden als Staatsbürger minderen Rechts und grenzte die jüdische Bevölkerung in eklatanter Weise von der Allgemeinheit aus. Dabei handelte es sich um zwei auf dem Nürnberger Reichsparteitag erlassene Gesetze: das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“.

Das Erstgenannte machte politische Rechte wie das aktive und passive Wahlrecht vom Nachweis der sogenannten arischen Abstammung abhängig. Das bezog sich dann auch auf die Bekleidung öffentlicher Ehrenämter. Nur derjenige, der einen „Arier-Nachweis“ erbringen konnte, kam dafür in Frage. Den jüdischen deutschen Mitbürgern war mithin das Reichsbürgerrecht verwehrt.

Mit dem zweiten der berüchtigten Nürnberger Gesetze, dem „Blutschutzgesetz“, wurden unter Androhung von Zuchthausstrafen Eheschließungen zwischen Juden und „Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ untersagt.

Als „Rassenschande“ gebrandmarkt wurden durch dieses zweite Gesetz auch jegliche weiteren außerehelichen Kontakte. So war es jüdischen Bürgern verboten, „arische“ Haushaltshilfen unter 45 Jahren zu beschäftigen.

Deutsche Juden konnten von nun an nur noch „Staatsangehörige“ des Deutschen Reiches ohne jegliche politischen Rechte sein. Mit vollen Rechten ausgestattet waren dagegen die „Reichsbürger“, die „deutschen oder artverwandten Blutes“ sein mussten.

In den nachfolgenden Jahren steigerte sich die Judendiskriminierung und –entrechtung weiterhin durch auch von der NS-Regierung erlassene ganz spezielle Gesetze bis hin zum Ausschluss von Juden aus dem Staatsdienst und sogar zum totalen Berufsverbot für jüdisch-gläubige Deutsche, dann sogar noch mit der Einführung von Zwangsvornamen wie „Israel“ und „Sarah“ und der Judenkennzeichnung mit „J“ in den Pässen. Die jetzt völlig entrechteten Juden mussten ab 1941

15 Walter Isaacson: *Einstein: His Life and Universe*. Simon & Schuster, 2007, S. 407–410.

16 Im Ausland und von Gegnern des NS-Regimes wurden diese Gesetze als Pervertierung des Rechtsstaatlichkeits-Grundsatzes geächtet.

sogar noch den „gelben Stern“ auf ihrer Kleidung tragen. Mithin waren jüdische Deutsche völlig aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Sie gehörten nicht mehr zur deutschen Gesellschaft.

Die Pogrome in der „Reichskristallnacht“ 1938

Die furchtbaren Ausschreitungen bereits zuvor in der „Reichskristallnacht“ vom 9./10. November 1938 hatten den noch in Deutschland verbliebenen Israeliten dann endgültig signalisiert, dass in Deutschland kein friedliches und mit der übrigen Bevölkerung harmonisches Zusammenleben mehr möglich sein würde.

Deutschlandweit gingen Synagogen, die jüdischen Gotteshäuser, in Flammen auf. 30 000 jüdische Männer wurden als sogenannte „Aktionsjuden“ in Konzentrationslager eingewiesen. Ausgewählt wurden „Juden, die besonders vermögend“ waren. Darunter waren auch Angenröder Israeliten: Parnass Sally Wertheim, Abraham Steinberger, Moritz Schaumberger und auch Leopold Speier.¹⁷

Wer von den deutschen Israeliten die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt hatte, machte sich schon nach der Hitler-Machtergreifung 1933 und forciert ab 1935 auf den Ausreiseweg aus dem Deutschen Reich, entschloss sich also zur Emigration aus dem angestammten Vaterland Deutschland.

Dass diese Entscheidung für die Auswanderer mit Blick auf ihr friedliches und sicheres Weiterleben in nunmehr fremden Ländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Großbritannien, Südafrika und weitere ferne Länder die richtige war, wurde dann in furchtbarer Weise mit dem Beginn und der Durchführung der Judenvernichtungsaktionen in den Konzentrationslagern im Osten Europas wie vor allem Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor, Kowno, Minsk und weiteren deutlich.

Die Konferenz am Wannsee 1942 – Festlegung der Logistik für den Genozid der Juden

Von der NS-Administration mit fünfzehn hochrangigen Vertretern der Reichsregierung und der SS wie Obergruppenführer Reinhard Heydrich,¹⁸ der als Leiter des Reichssicherheitshauptamtes den Vorsitz führte, waren in einer geheimen Konferenz am 20. Januar 1942 in einer Villa am Großen Wannsee die grauenhaften Rahmenbedingungen für den bislang furchtbarsten Völkermord der Weltgeschichte festgelegt worden.

De facto begonnen hatten aber die Judenermordungen bereits mit Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939. Auf Einladung Heydrichs ging es in der Konferenz insbesondere um die Organisation der Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung Europas mit Zielrichtung ihrer Vernichtung und um die

17 Ingfried Stahl, Angenrod vor 1945 – Band 2, Vom Anfang bis zum Ende der NS-Diktatur, S. 224 ff. Selbstverlag 2017.

18 Beauftragt worden mit der Gesamtorganisation der „Endlösung der Judenfrage“ war Heydrich von Hermann Göring am 31. Juli 1941.

Sicherung der hierfür notwendigen Koordination, also im heutigen Sprachgebrauch der „Logistik“.¹⁹

Zu den Teilnehmern der Wannsee-Konferenz zählten unter anderem auch SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Roland Freisler, damals noch Staatssekretär, später berüchtigter Präsident des Volksgerichtshofs, Reichsamtsleiter (Ministerium für die besetzten Ostgebiete) Georg Leihbrandt, SS-Gruppenführer Heinrich Müller (Chef der Gestapo – Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes) und Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Reichsministerium des Inneren.

Die Teilnehmer terminierten dabei Schritt für Schritt den zeitlichen Ablauf für die weiteren Massenermordungen, dies auch unter zunehmender Erweiterung auf andere Opfergruppen. Einigung wurde erzielt bezüglich einer Kooperation unter der Leitung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), dem Reinhard Heydrich vorstand.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Untergang Nazi-Deutschlands wurde das grauenhafte Ausmaß dieses weltweit einmaligen Genozids dann deutlich. Etwa sechs Millionen unschuldige europäische Juden fielen auf schreckliche Weise dem Rassenwahn der NS-Ideologie zum Opfer, darunter auch viele Kinder und alte Menschen. Überdies wurden auch geschätzte 220.000 bis 500.000 Sinti und Roma²⁰ und psychisch kranke Menschen, nach NS-Diktion mit „unwertem Leben“, ermordet.

Ausgrenzung der Juden auch in Angenrod

Das wie selbstverständliche Miteinander von Christen und Israeliten in ihrem Dorf Angenrod bis zu Beginn der Nazizeit in 1933 wurde dem Verfasser übereinstimmend durch eine Vielzahl örtlicher Zeitzeugen, die leider alle inzwischen verstorben sind, überliefert und in früheren Publikationen auch eingehend beschrieben.²¹

Angenröder Israeliten waren immer auch in den Vorständen von Vereinen sowie natürlich auch im Gemeinderat – mit nachgewiesenermaßen zwei Gemeindevertretern von sechs – repräsentiert.²²

Noch im letzten Gemeinderat vor der Hitler'schen Machtergreifung und der Nazizeit ist 1931 Oppenheimer (Hirsch Oppenheimer, „Manesse“) als Mitglied des Gemeinderats aufgeführt. Seinerzeitiger Bürgermeister war Hofgutpächter Oekonomierat Gustav Korell (1871–1935), zugleich auch hessischer Landtagsabgeordneter. Korell war zuvor auch Bürgermeister in Leusel gewesen.

19 Eberhard Jäckel: *Die Konferenz am Wannsee. „Wo Heydrich seine Ermächtigung bekanntgab“ – Der Holocaust war längst im Gange.* In: Die Zeit vom 17. Januar 1992, S. 33 ff.

20 <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/voelkermord/voelkermord-an-sinti-und-roma.html> (abgerufen am 18.07.2023). Autor: Arnulf Scriba, Deutsches Historisches Museum Berlin, 15. Mai 2015.

21 Aus der Serie der Veröffentlichungen des Autors sei hier beispielhaft erwähnt: Ingfried Stahl, Die Israelitische Religionsgemeinde Angenrod, Mitt. GMVA Heft 1, Juni 2007, S. 15–35.

22 Stadtarchiv Alsfeld, Protokollbuch der Gemeinde Angenrod 1901–1934.

Auch Angenrod passte sich letztlich in den „Mainstream“ der deutschlandweiten Hitler-Bewegung seit Mitte der Zwanziger Jahre ein, wenngleich zunächst nur reserviert: so wehte in 1925 von einer auf eine lange Tradition zurückblickenden Angenröder Gastwirtschaft die Hakenkreuzfahne, wobei sich der damalige Ortsdiener gehalten sah, einzuschreiten und die Fahne entfernen zu lassen.²³

Bei den ersten Reichstagswahlen am 5. März 1933, also nur fünf Wochen nach Hitlers Machtergreifung, erzielte die NSDAP in Angenrod im Vergleich mit allen übrigen der insgesamt 96 Gemeinden des Altkreises Alsfeld ihr schlechtestes Ergebnis. Bei damals noch neun kandidierenden Parteien erhielten die Nationalsozialisten „nur“ 159 der gültigen Stimmen (48,9 %), die SPD immerhin noch 130 (40 %).²⁴

Bei den anschließenden Bürgermeisterwahlen in Angenrod, nachdem Gustav Korell aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt vom Amt erklärt hatte, wurde dann deutlich, dass sich die politischen Bedingungen mit Blick auf Demokratie und hin zur Diktatur entschieden geändert hatten.

Zwar hatte Johannes Bernhard 2. („Scholtesse“),²⁵ dem gute Beziehungen zu den Angenröder Arbeitern und auch den Israeliten eine Herzensache waren, die Bürgermeisterwahl damals mit 148 : 145 Stimmen, also mit drei Stimmen Vorsprung, für sich entschieden, wurde aber dennoch nicht zum Bürgermeister ernannt.²⁶ Die regionale NS-Administration bestimmte vielmehr den bei der Wahl unterlegenen, aber parteikonformen Karl Hoffmann („Feicks“) zum Angenröder Bürgermeister.

Bei diesen Bürgermeisterwahlen war es den jüdischen Bürgern Angenrods noch gestattet, ihre Stimme abzugeben – vermutlich, wie auch übereinstimmend Zeitzeugen berichten, für den ihnen wohlgesonnenen Johannes Bernhard 2.

Bei den nachfolgenden Reichstagswahlen jedoch – die nächste bereits am 12. November 1933 – hatte sich auch in Angenrod das Gleichschaltungsprinzip der Hitler-Diktatur voll durchgesetzt. 321 Wähler (99,7 %) votierten für die NSDAP, die zudem als einzige kandidierte.²⁷ Es gab lediglich eine ungültige Stimme. Unter Berücksichtigung der Gesamtzahl der Wahlberechtigten dürften damals auch die noch in Angenrod lebenden Israeliten für die Nationalsozialisten gestimmt haben. Laut Bevölkerungsstatistik wohnten 1933 in Angenrod noch 63 jüdische Mitbürger, zu denen jedoch auch die nicht wahlberechtigten Kinder und Jugendlichen zählten.²⁸

23 HStAD, Best. G 27 Darmstadt Nr. 42, Justizaktenzeichen SM 62/33.

24 OZ-Archiv: 06.03.1933.

25 Johannes Bernhard II. war übrigens ein Nachfahre der „Scholtesse“ (Schultheiße), der Großherzoglichen Bürgermeister der Linie der Bernhards des 18. und 19. Jahrhunderts in Angenrod.

26 OZ-Archiv: 13.03.1933.

27 OZ-Archiv: 13.11.1933.

28 Pinkas Hakehillot in: „Encyclopedia of Jewish Communities from the foundation till after the Holocaust. Germany Vol. III Hesse – Hesse-Nassau – Frankfurt“, Yad Vashem, Jerusalem 1992.

In der „Oberhessischen Zeitung“ erfolgt dann, mit Blick auf die Standard-Inserate der kirchlichen Veranstaltungen, der Gottesdienste, schon mit Beginn von 1933 ein Umbruch. Waren in den zurückliegenden Jahrzehnten stets alle Gottesdienste der Stadt Alsfeld, also sowohl der evangelischen, der katholischen und auch der israelitischen Gottesdienstveranstaltungen, im Inserateblock dokumentiert, so ist dies letztmalig am 17.02.1933 der Fall.²⁹ Danach wurden keine israelitischen Gottesdienste mehr in der örtlichen Zeitung bekannt gemacht. Die israelitischen Gottesdienste speziell Angenrods – seine Israelitische Gemeinde war streng orthodox orientiert – wurden allerdings standardmäßig nicht in der OZ angekündigt, lediglich die der benachbarten Stadt Alsfeld.

Der Angenröder Gemeinderatsbeschluss 1935³⁰

Die möglicherweise Hoffnung der Angenröder Juden, dass es für sie auch in der NS-Zeit eine Chance zum Verbleiben im Heimatort Angenrod geben werde, sollte sich allerdings auch in Angenrod – wie für die jüdische Bevölkerung im gesamten deutschen Reich – nicht erfüllen. Das machten die nachfolgenden Jahre menschenverachtend-schonungslos deutlich.

Auch in Angenrod schlug der mit den Nürnberger Gesetzen von 1935 vom Hitler-Regime verordnete und krass demütigende Antisemitismus von oben wie in allen Städten und Gemeinden des Deutschen Reichs durch. In einem Angenrod, in dem in der Folgezeit – wie überall im Reich – auch alle bekannten Suborganisationen der NSDAP Fuß fassen sollten wie NSDAP-Ortsgruppe, NS-Frauensschaft, Jungvolk, BDM, HJ, Reichsluftschutzgruppe, aber auch eine stramme SA-Ortsgruppe und weitere. Und auch nichtjüdische Angenröder mussten dem NS-Terrorregime Tribut zollen. Acht Angenröder wurden aufgrund des Gesetzes zur Erhaltung der Erbreinheit in Kliniken – insbesondere in der Uni-Klinik Gießen – zwangssterilisiert.³¹

Und dann dokumentiert letztlich der Angenröder Gemeinderatsbeschluss die rigorose Abkehr der nichtjüdischen Angenröder von ihren jüdischen Mitbürgern. Er wurde noch vor Erlass der Nürnberger-Rassegesetze im August 1935 gefasst und ist im OZ-Archiv nachzulesen.³²

Dieser demütigende und diskriminierende Beschluss ist übrigens im Protokollbuch der Gemeinde Angenrod (ab 1901), das sich jetzt im Stadtarchiv Alsfeld befindet, nicht zu recherchieren. Vermutlich in der Nachkriegszeit wurden die Seiten ab Protokoll vom 3. April 1934, also nur 14 Monate nach dem Beginn der Hitler-Ära auch in Angenrod, allesamt herausgeschnitten.

29 OZ-Archiv: 17.02.1933; Ingfried Stahl, Angenrod vor 1945 – Band 2 – Vom Anfang bis zum Ende der NS-Diktatur, Selbstverlag 2017, S. 55–56.

30 Ingfried Stahl, Opfer des NS-Regimes – Angenrods letzte Israeliten, MOHG 95. Band, 2010, S. 196 ff.

31 HStAD, Best. G 29 U, Signaturen 1461, 1578, 1608, 1458, 1513, 1577, 1460, 1395.

32 OZ-Archiv: 17.08.1935.

**** Angenrod, 15. August.** Der Gemeinderat beschloß in seiner jüngsten Sitzung, daß in Zukunft sämtliche Gemeinderatsmitglieder, Gemeindebeamten und Volksgenossen, welche irgend Geldbezüge aus der Gemeinde beziehen, auf der Bürgermeisterei eine eidesstattliche Erklärung abzugeben haben, daß sie sowie ihre Angehörigen nicht mehr mit Juden Geschäfte tätigen oder sonstigen Verkehr pflegen. Kein Handwerker, kein Geschäftsmann oder sonstiger erhält eine Gemeindegabe oder Lieferung, der noch mit Juden verkehrt oder sie im Handel unterstützt. Desgleichen wird die Gemeindeviehwaage für jüdische Händler nicht mehr zugelassen. Landwirte, welche unter ihrem Namen für den Juden wiegen lassen, werden zur Anzeige gebracht oder öffentlich als Verräter gebrandmarkt.

Abb. 1: Der Gemeinderatsbeschluss zur Ausgrenzung der Angenröder Israeliten.
OZ-Archiv: 17.08.1935.

„Angenrod, 15. August. Der Gemeinderat beschloß in seiner jüngsten Sitzung, dass in Zukunft sämtliche Gemeinderatsmitglieder, Gemeindebeamten und Volksgenossen, welche irgend Geldbezüge aus der Gemeinde beziehen, auf der Bürgermeisterei eine eidesstattliche Erklärung abzugeben haben, dass sie sowie ihre Angehörigen nicht mehr mit Juden Geschäfte tätigen oder sonstigen Verkehr pflegen. Kein Handwerker, kein Geschäftsmann oder sonstiger erhält eine Gemeindegabe oder Lieferung, der noch mit Juden verkehrt oder sie im Handel unterstützt. Desgleichen wird die Gemeindeviehwaage für jüdische Händler nicht mehr zugelassen. Landwirte, welche unter ihrem Namen für den Juden wiegen lassen, werden zur Anzeige gebracht oder öffentlich als Verräter gebrandmarkt.“³³

Aus archivalischer Sicht bedeutsam ist, dass das originalhandschriftliche Protokoll des Gemeinderatsbeschlusses, wohl direkt während der Sitzung angefertigt – wenngleich stark unansehnlich wegen durch Wassereinwirkung verlaufener Tinte – noch im Stadtarchiv Alsfeld erhalten ist und noch ohne weiteres gelesen werden kann.³⁴ Es entspricht vollinhaltlich dem in der „Oberhessischen Zeitung“ veröffentlichten Beschlusstext.

Von allen Gemeinderatsmitgliedern (Bürgermeister Karl Hoffmann, Beigeordneter Karl Höhler sowie den seinerzeitigen (ab 1933) Gemeinderatsmitgliedern Jung 6., Tröller II., Jung V., Schlitt und Krämer) unterzeichnet ist dieses Dokument der einzige Original-Beleg einer Gemeinderatsaktivität in Angenrod seit Entfernen (Heraus schneiden) der offiziellen Gemeinderatsprotokolle aus dem Protokollbuch.

33 Ebd.

34 Stadtarchiv Alsfeld: Abt. XV, Abschn. 2 – Angenrod, Gemeinderatsbeschluss vom 15.08.1935.

Die in Angenrod damals noch lebenden israelitischen Familien erkannten somit jetzt: In Deutschland ist für uns keine Zukunft mehr möglich. Dennoch: Viele Angenröder – darunter auch die Großmutter des Verfassers, Katharina Fink geb. Meier (1877–1963) – bekundeten auch damals durch kleine, versteckte Gaben ihre Verbundenheit und ihr Mitgefühl mit den ausgegrenzten jüdischen Mitbürgern.³⁵

Für Angenrod ist die Namensänderung – Zusatzvorname Sarah beziehungsweise Israel – durch die Einträge im Standesamtsregister, jeweils gültig ab dem 1. Januar 1939, nachweisbar.

Die meisten dieser so stigmatisierten Angenröder Juden – die letzten in Angenrod Verbliebenen liefen, wie überall im NS-Staat Deutsches Reich, auch in Angenrod³⁶ mit dem „gelben Stern“ gebrandmarkt durch den Ort – überlebten jedoch den Zweiten Weltkrieg nicht. Sie kamen in den SS-Vernichtungslagern um, wurden Opfer des Holocaust.

Zwangsarisierung des jüdischen Grundbesitzes in Angenrod

Schon bald nach der Machtergreifung Hitlers und somit der NSDAP setzte das Naziregime mit dem Boykott jüdischer Geschäfte ein unübersehbares Signal seiner ausgrenzenden Judenpolitik. Grundlage aller späteren antisemitischen Aktionen im Deutschen Reich waren die beiden bereits erwähnten 1935 auf den Weg gebrachten sogenannten Nürnberger Rassengesetze, die vom damaligen Reichsparteitagspräsidenten Hermann Göring feierlich verkündet wurden.

Diese der Menschenwürde eklatant Hohn sprechenden Gesetze verliehen der antisemitischen Ideologie der Nationalsozialisten eine formalrechtliche Grundlage. So mussten auch die auswanderungswilligen Angenröder Juden ihren Haus- und Grundbesitz an „arische“ Interessenten verkaufen, dies nicht zum tatsächlichen Verkehrswert, sondern zum Einheitswert, der ganz erheblich darunter lag.³⁷ Die letztlich offiziellen „Kaufverträge“ wurden von einem Notar (zumeist in Alsfeld) abgefasst und beurkundet.

So war es auch in Angenrod so, wie generell im Deutschen Reich, dass die einzelnen in jüdischem Besitz befindlichen Angenröder Wohn- und Stallgebäude beziehungsweise Grundstücke aufgrund der Basierung auf dem Einheitswert deutlich unter tatsächlichem Verkehrswert verkauft werden mussten. Selbst wenn der Käufer, was durchaus denkbar war und auch vielleicht in dessen Absicht lag, deutlich mehr zu bezahlen gewillt gewesen wäre, er hätte dies aufgrund der Einheitswert-Basierung rechtlich gar nicht praktizieren können.

35 Gespräche, Interviews und private Mitteilungen der Angenröder Zeitzeugen.

36 Gespräche, Interviews und private Mitteilungen der Angenröder Zeitzeugen.

37 Der Autor bedankt sich hier sowie auch an anderen Stellen dieses zeithistorischen Beitrags ganz besonders bei Herrn Prof. Dr. Michael Kißener (Historisches Seminar der Universität Mainz) für wertvolle Hinweise mit Blick auf Beachtung des Personendatenschutzes und relevanter Passagen.

**** Angenrod, 27. Juni. (Juden wandern aus.)**
Die Zahl der in unserer Gemeinde wohnenden Juden wird nach und nach immer kleiner. Das Anwesen der Josef Wertheim Ww. (früher Gastwirtschaft) ging in den Besitz des Viehhändlers Jung über; dasjenige des Siegmund Hecht hat der Arbeiter Karl Stieler von Altenburg erworben und das Anwesen des Simon Wertheim kaufte Karl Gonder.

Abb. 2: Bericht in der „Oberhessischen Zeitung“: „Die Juden wandern aus“.
OZ-Archiv: 27.06.1938.

Auch die „Oberhessische Zeitung“ (Alsfeld) berichtete über die Hausverkäufe 1937 unter der Titelzeile „Juden wandern aus“³⁸ über das Abwandern der Angenröder Israeliten aus ihrem angestammten Heimatort – oft nach dem als für Juden als sicher geglaubten Frankfurt am Main oder in einigen Fällen nach Übersee, überwiegend in die USA.

„Die Zahl der in unserer Gemeinde wohnenden Juden wird nach und nach immer kleiner. Das Anwesen der Josef Wertheim Ww. (frühere Gastwirtschaft) ging in den Besitz des Viehhändlers Jung über; dasjenige des Siegmund Hecht hat der Arbeiter Karl Stieler von Altenburg erworben und das Anwesen des Simon Wertheim kaufte Karl Gonder.“

Retrospektiv und mit Blick auf die gut zweihundertjährige Geschichte der Angenröder jüdischer Konfession fühlten sich die Angenröder Israeliten grundlegend als deutsche Staatsbürger: Ihr Vaterland war Deutschland. Sie waren im Wesentlichen gut integriert in die Gesamtbevölkerung, wie sich an der Beteiligung in den örtlichen Vereinen und an den Veranstaltungen, aber auch an persönlichen Erklärungen wie der von Parnass Sally Wertheim³⁹ festmachen lässt.

Der Deutschland-Bezug lässt sich unter anderem auch an diversen Grabsteinen auf dem jüdischen Gemeinschaftsfriedhof Angenrods aufzeigen. Hier sind Eichenlaub-Reliefs auf den historischen Grabmalen als eindeutige Bekenntnisse zur deutschen Zugehörigkeit zu interpretieren.

Ab 1935, nach dem die jüdische Bevölkerung stigmatisierenden und ausgrenzenden Nürnberger Parteitag, begannen also leider auch in Angenrod die notgedrungenen Veräußerungen von Häusern und Grundstücken der israelitischen Mitbürger – zum einen, um das erforderliche Geld für die Emigration ins Ausland – zumeist in die USA – aufzubringen und zum anderen, um in dem vermeintlich sicheren Frankfurt am Main eine neue Heimat zu finden.

Die Chronologie der Haus- und Grundstücksverkäufe in Angenrod, soweit sie ab 1935 im Rahmen der sogenannten Entjudung beziehungsweise „Zwangsarisierung“ vorgenommen wurden oder werden mussten, lässt sich anhand der

38 OZ-Archiv: 27.06.1938.

39 HStAD, Best. G 27, Nr. 42.

Dokumente des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt – Bestand G 15 Alsfeld⁴⁰ –, des Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden – den Devisenakten, den Entschädigungsakten und den Rückerstattungsakten – aber auch den Eintragungen in die Brandkataster⁴¹ archivisch belegen.

„Arische“ Grunderwerber waren teils Bürger Angenrods selbst, teils aber auch Käufer, die von Nachbarorten nach Angenrod kamen, also „Neu-Angenröder“ wurden. Die Erstehungskosten im Rahmen dieser sogenannten Entjudungen – sie wurden in Einzelfällen sogar noch amtlich heruntersgesetzt – lagen in Angenrod in der Spanne von unterhalb 1000 Reichsmark bis noch unterhalb 5000 Reichsmark (RM).

Aus Rücksichtnahme auf die Angehörigen beziehungsweise Nachfahren der inzwischen verstorbenen Käufer nimmt der Autor ganz bewusst Abstand von der Nennung der einzelnen Grunderwerber und der detaillierten Dokumentation der im Gefolge der Nachkriegszeit abgewickelten Entschädigungen beziehungsweise Rückerstattungen.

Die emigrierten Angenröder Israeliten kommen zu Wort⁴²

Abt, Julius *20.12.1904 in Angenrod, ausgewandert am 28.12.1934 aus Deutschland nach New York U.S.A.

Julius Abt, Sohn des Angenröder Schafhändlers und Vorsängers (Benscher) der Israelitischen Religionsgemeinde Angenrod, entschied sich schon relativ früh, knapp zwei Jahre nach der Machtergreifung Adolf Hitlers, seinen Heimatort Angenrod und somit auch seine angestammte deutsche Heimat endgültig zu verlassen. Sein am 10.12.1906 ebenfalls in Angenrod geborener Bruder Herbert Abt tat es ihm gleich. Er wohnte in New York in der Sedgwick Avenue, sein älterer Bruder Julius in der Seaman Avenue.⁴³



*Abb. 3: Herbert Abt 1929 in Halberstadt.
Foto: Privatarchiv Prof. Dr. Roslyn Schindler (USA).*

40 HStAD Best. G 15 Alsfeld, Nr. T 93.

41 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster über die Gebäude in Angenrod, Ortsexemplar, Alsfeld, 18. Mai 1867.

42 Auszüge aus den amtlichen Stellungnahmen der jüdischen Emigranten im Rahmen ihrer Entschädigungs-Anträge nach dem Zweiten Weltkrieg auf Basis des „Wiedergutmachungsgesetzes“ der Bundesrepublik Deutschland. Die in den Original-Dokumenten fast durchgehend mit Doppelbuchstaben geschriebenen Umlaute ä, ü und ö wurden in dieser Mitteilung allesamt in moderner Typografie geschrieben.

43 HHStAW, Abt. 518, Nr. 23064.



Abb. 4: Herbert Abt 1965 in Fleischmann, NY. Foto: Privatarchiv Prof. Dr. Roslyn Schindler (USA).

Julius Abt zog am 24.09.1924 von Angenrod nach Laubach, heiratete dort Lucie Heynemann, und wohnte nach offizieller Aufenthaltsbescheinigung des Bürgermeisters bis zum Abmeldetag, dem 22.12.1934, in Laubach. Noch vor der Geburt seines Sohnes Peter wanderte Julius Abt dann in die USA aus.

In seinem Antrag an die Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten in Darmstadt mit Datum vom 04.08.1958, eingegeben von einem Rechtsanwalt und Notar in Gießen, gibt der dann in New York ansässige Julius Abt Einblicke in seinen Lebensweg in seinem Geburts- und Heimatort Angenrod, seine ersten Ehejahre in Laubach und dann in den Vereinigten Staaten von Amerika.

„Anlage.

Ich bin am 20. Dezember 1904 in Angenrod/Kreis Alsfeld in Hessen geboren. Dort besuchte ich 8 Jahre die Volksschule.

Im Anschluss daran war ich Lehrling bei der Firma N. Spier Söhne in Alsfeld, Herren und Damenkonfektion. Gleichzeitig besuchte ich die Abendschule.

Nach Beendigung der Lehre war ich noch 1 Jahr als Verkäufer tätig.

Im Jahr 1924 trat ich als Reisender und Verkäufer in die Firma S. Heynemann, Laubach/Hessen ein.

Dort verblieb ich auch in führender Position und heiratete am 26. Juli 1934 die Tochter des Inhabers S. Heynemann, Lucie.

Am 4. Juni 1935 wurde unser Sohn John Peter Abt geboren.

Der nationalsozialistische Terror wirkte sich in Hessen und insbesondere in unserer Gegend besonders stark aus. So konnte ich z. B. schon am Tage der Machtübernahme am 31. Januar 1933 mein Leben nur durch Verstecken retten.

Da sich die politische und wirtschaftliche Situation von Tag zu Tage mehr zuspitzte, sah ich mich zu einer raschen Auswanderung gezwungen. Unter Zurücklassung meiner Frau, bereits vor der Geburt meines Kindes, verließ ich Deutschland am 28. Dezember 1934 und landete am 7. Januar 1935 in New York U.S.A. Meine Frau Lucie Abt geb. Heynemann und mein Sohn John Peter Abt folgten im März 1936.

Um mich und meine Familie ernähren zu können, war ich viele Jahre hindurch gezwungen, untergeordnete Beschäftigungen anzunehmen mit geringem Verdienst. Erst 1950 konnte ich wieder eine selbständige Tätigkeit in meiner Branche aufnehmen. Angesichts der oben geschilderten Situation mache ich daher Ansprüche geltend für:

Gepäcktransport

Schaden im beruflichen Fortkommen durch Verdrängung (als Schwiegersohn des Firmeninhabers wäre ich Mitinhaber geworden)

Angestelltenversicherung

Verlust des Mobiliars, Einrichtung etc.

(Autograph Julius Abt)“

In beigefügten Anlagen bescheinigte „Loew's Metropolitan Theatre“ (Brooklyn) mit notarieller Beglaubigung dem Antragsteller, dass er vom 12.01.1935 bis zum 07.02.1937 dort angestellt gewesen sei. Er habe 15 Dollar pro Woche verdient.

Auch im Anschluss sei er dort bis zum 14.08.1942 beschäftigt gewesen mit einem Verdienst von dann 18 Dollar pro Woche. Nach einer weiteren Bescheinigung der Firma Joseph Obstler, Associates, Inc. war Julius Abt von 1942 bis 1946 dort beschäftigt, jetzt mit einem Wochenverdienst von 40 Dollar.

Ergänzend fügte Abt noch hinzu, er habe 1947 unter dem Namen seiner Frau als deren Teilhaber Handschuhe hergestellt und an Wiederverkäufer verkauft. Die auf ihn entfallenden Hälften hätten 1947 1059 Dollar, 1948 1161 Dollar, 1949 572 Dollar und 1950 1745 Dollar betragen.

Der Antragsteller begehre nun Entschädigung aus dem Schaden an beruflichem Fortkommen nur bis zum 31.12.1950, da er ab 01.01.1951 „wieder eine ausreichende Lebensgrundlage“ erlangt habe.

Dem Antrag auf Entschädigung wurde behördlicherseits entsprochen. Den Erben Julius und Herbert Abt wurde eine Kapitalentschädigung auf der Grundlage der Dienstbezüge eines Bundesbeamten des einfachen Dienstes zugesprochen.

Der Antrag der beiden Brüder Julius und Herbert Abt auf Entschädigung nach dem Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Schäden an Leben) wurde allerdings abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung für die beiden Kinder der Eheleute Abt mit ihrem Alter, das bereits über der gesetzlichen Altersgrenze für Entschädigung wegen Schadens an Leben läge.

In ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 13.02.1957 hatten die Brüder Abt noch erklärt, ihre Mutter Frieda Abt geb. Bauer sei gemäß Mitteilung der Bürgermeisterei in Angenrod vom 5.12.1956 „nach dem Osten zwangsdeportiert“ worden und umgekommen. Ihre Mutter sei gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ab 1. September 1941 Trägerin des Judensterns gewesen.

Bei ihrer Zwangsdeportation habe ihre Mutter „Möbel, Wäsche und Kleider im Stich gelassen, die von der N.S.-Organisation eingezogen“ worden seien. Den Wert dieser Gegenstände bezifferten die beiden Antragsteller mit 1000 R.M.

Zu ihrem Vater Sally Abt gaben die beiden Söhne an, der habe eine Viehhandlung gehabt, „die gut ging“. „Mit der Machtergreifung Adolf Hitlers und den da-

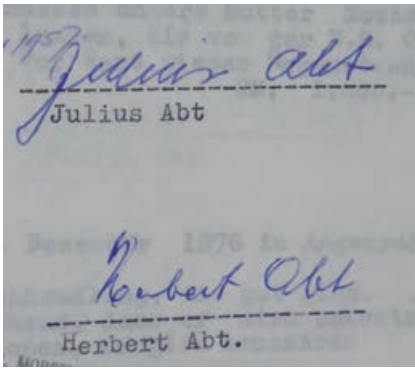


Abb. 5: Autographen von Julius und Herbert Abt in ihrer eidesstattlichen Versicherung beim Entschädigungsantrag. Quelle: HHSStAW, Abt. 518, Nr. 23064.



Abb. 6: Sonja Rothschild verh. Barnett als noch Schülerin vor ihrer Emigration nach Südafrika. Quelle: HStAD, Best. G 15 Alsfeld, Q 173, Aufn. 0017.

mit verbundenen Judenverfolgungen kam dieses Geschäft ganz schnell zum Erliegen, da die Bauern Angst hatten, mit dem „Jud“ Geschäfte zu machen und unser Vater andererseits die Umgegend nicht mehr besuchen konnte, da überall Schilder an den Eingang der Ortschaften angebracht wurden.“

„Juden ist der Zutritt verboten“, „Juden unerwünscht“ etc. Ihr Vater sei am 21. Oktober 1940 in Angenrod verstorben. Er war der letzte Angenröder Israelit, der auf dem jüdischen Sammelfriedhof bestattet worden war (d. Verf.).

Julius Abt und auch die gesamte Familie Abt in der Judengasse waren den Angenröder Zeitzeugen, die bei allen bisher erschienenen Veröffentlichungen des Verfassers wichtige Informationen und Erläuterungen über das Zeitgeschehen insbesondere in der NS-Diktatur-Ära lieferten, durchaus gut bekannt.

So wurde der spätere Auswanderer Julius Abt, der unter anderem auch festes Mitglied des Angenröder Radfahrer-Vereins war, ortsinterner-vertraulich als „Abts Jule“ bezeichnet. Auf dem überlieferten Gruppenfoto des Vereins ist er mit der für ihn typischen Nickerbocker-Hose abgelichtet.

Barnett, Sonja geb. Rothschild * 18.12.1927 in Angenrod

Die Angenröder Schülerin Sonja Rothschild (*18.12.1927), später in Südafrika verheiratete Barnett⁴⁴, schildert im Rah-

44 Einreiseantrag Brasilien https://www.ancestry.de/discoveryui-content/view/802963:9800?tid=&pid=&queryId=ae553ce2713b5caafd2be33879b32c&_phsrc=svo2205&_phstart=successSource (abgerufen am 20.10.2023; Der Verfasser bedankt sich ganz herzlich bei Herrn Klaus Flick (Wiesbaden) für die Recherche dieser genealogischen Quelle. Klaus Flick ist auch der Homepage-Herausgeber von „Judenhäuser in Wiesbaden. 1939–1942“ (<https://moebus-flick.de/>). Aus dem Einreisepapier geht auch hervor, dass Sonja Barnett geb. Rothschild 1960 zwei Kinder hatte: Die damals 10jährige Tochter Terry und den 12jährigen Sohn Laurence.

REPÚBLICA DOS ESTADOS UNIDOS DO BRASIL
FICHA CONSULAR DE QUALIFICAÇÃO

MODELO S.C. 139

Esta ficha, expedida em duas vias, será entregue à Polícia Marítima e à Imigração no porto de destino

Nome por extenso Sonja BARNETT
Admitido em território nacional em caráter Turista
Nos termos do art. 7 letra a do dec. n. 7967, de 1945 (comprário ou permanente)
Lugar e data de nascimento Alemanha - 18.12.27.
Nacionalidade sul-afr. Estado civil cas.
Filiação (nome do Pai e da Mãe) Isidor e Irene Rothschild
Profissão dom.
Residência no país de origem 23 Washington Crt, Johannesburg
NOME IDADE SEXO
FILHOS
MENORES
DE 18 ANOS
Terry 10 anos F.
Laurence 8 " M.
Passaporte nº 6142 expedido pelas autoridades de Johannesburg
visado sob n. 319 na data 13.1.60.
ASSINATURA DO PORTADOR:
S. Barnett
NOTA—Esta ficha deve ser preenchida à máquina pela autoridade consular, sendo as duas vias em original.


 Consulado GERAL do Brasil
em CAPE TOWN
2 de novembro de 1960.
O CONSUL:
Hermann Rothschild
LAFEL SINDRES BARBOSA ROQUES
Vice Consul

Abb. 7: Ausreisedokument von der damals 33jährigen Mutter Sonja Barnett als Touristin 1960 nach Brasilien. Quelle: https://www.ancestry.de/discoveryui-content/view/802963:9800?tid=&pid=&queryId=aee553ce2713b5caaafd2be33879b32c&_pbsrc=svo2205&_pbstart=succesSource (abgerufen am 20.10.2023).

men der Entschädigungsansprüche nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Verfolgungsvorgang mit Erläuterung des Schadensfalles wie folgt:⁴⁵

„Ich, die Unterzeichnete, Sonja Barnett geb. Rothschild, wohnhaft⁴⁶ 14 Gill Street, Observatory, Johannesburg/Südafrika, bin am 18.12.1927 in Angenrod/Hessen als Tochter der jüdischen Eheleute Isidor Rothschild und Frau Irene geb. Stein geboren. (Meine Geburtsurkunde, ausgestellt am 1.7.1957, liegt an). Zum Nachweis meiner rassistischen Abstammung nehme ich auf den Entschädigungsantrag meines Vaters Bezug.

Mein Vater, der in Angenrod ein seit Jahrzehnten bestehendes, von seinem Großvater (David Hirsch Rothschild, 1848–1916, d. Verf.) gegründetes Manufakturwaren- und Viehhandelsgeschäft betrieb, verlor infolge der rassistischen Verfolgungsmaßnahmen und des sich besonders in Angenrod stark auswirkenden Boykotts seine Existenz und wanderte mit meiner Mutter, meinem Großvater (Hermann Rothschild, 1864–1937, d. Verf.)⁴⁷ und mir Anfang Oktober 1936 nach Südafrika aus.

45 HHStAW, Abt. 518, Nr. 23231.

46 Adresse eingefügt vom Original-Briefkopf Sonja Barnetts.

47 Ein Passfoto Hermann Rothschilds ist archiviert bei: HStAD, Best. G 15 Alsfeld, Nr. Q 173, Aufn. 1275.

Ich war von Ostern 1935 bis zur Auswanderung in der Volksschule in Angenrod. Nach meiner Ankunft in Südafrika lebte ich bei meiner Großmutter Jeanette Stein in Maquassi/Western Transvaal und wurde dort im Januar 1937 in die niedrigste Klasse der Africaans Gemeindeschule eingestuft, da ich dieser Sprache nicht mächtig war, sodass ich durch diese Umschulung fast 2 Jahre verlor.

Nach einem Jahr übersiedelten meine Eltern nach Johannesburg und ich wurde in Standard I der englischen Gemeindeschule in Observatory eingeschult. Obwohl ich im Laufe der Jahre eine Klasse überspringen konnte, habe ich erst im Januar 1946 in meinem 19. Lebensjahr das hiesige Matrik erhalten, während das Durchschnittsalter der hiesigen Matrikulanten 17 Jahre ist.

Es war meine Absicht, Lehrerin zu werden. Ich konnte jedoch aus wirtschaftlichen Gründen diesen Beruf nicht sofort einschlagen, da mein Vater sich zur damaligen Zeit in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage befand. (Ich nehme Bezug auf die Angaben, die er in seinem Entschädigungsantrag gemacht hat).

Aus diesem Grunde war ich gezwungen, eine Stellung als Büroangestellte anzunehmen. Erst im Februar 1949 war ich in der Lage, mein Studium auf der Witwatersrand Universität in Johannesburg zu beginnen. Ich lege eine Bescheinigung der Universität vom 20.6.1957 nebst deutscher Übersetzung bei. Ende des Jahres musste ich jedoch von diesem Studium Abstand nehmen, da meine Mittel für das Weiterstudium nicht ausreichend waren.

Ich bitte mir daher für den Schaden, den ich durch Unterbrechung meiner vorherberuflichen Ausbildung und gleichzeitig die Unmöglichkeit, meine erstrebte Ausbildung zu beenden, eine Entschädigung in Höhe von DM ... gewähren zu wollen. Ich habe meine erstrebte Ausbildung bisher nicht nachgeholt und habe nicht die Absicht, diese nachzubolen.

Johannesburg-Südafrika, den 16. Jan. 1958

*Sonja Barnett geb. Rothschild
(Autograph)“*

Beglaubigt wurde der vorstehende Entschädigungsantrag Sonja Barnettts mit gleichem Datum vom Konsulatssekretär der Bundesrepublik Deutschland.

Gans, Jenny geb. Oppenheimer *20.06.1890 in Angenrod⁴⁸ ausgewandert nach Frankfurt, ermordet in der Shoah (08.05.1945)

Antragstellerin für ihre in der Shoah ermordete Mutter Jenny Gans geb. Oppenheimer, in Angenrod geborene Tochter von Zaduk Oppenheimer und dessen Frau Hannchen geb. Nußbaum („Manesse“)⁴⁹ war ihre nach Hartford/USA ausgewanderte Tochter und Erbin Dora Margot Lion geb. Gans (*07.07.1921 in Frankfurt am Main). Ihren Entschädigungsantrag reichte sie am 08.03.1957 aus New York bei den deutschen Wiedergutmachungsbehörden ein.

48 HStAW, Abt. 518, Nr. 11708.

49 HStAMR, Best. 921, Nr. 67.

Im gleichen Sinne machten auch Bruder Fritz Moritz Gans (geb. 19.03.1902 in Frankfurt) und Johanna Freier geb. Gans (geb. 07.06.1920 in Frankfurt) mit einer an einen Fuldaer Rechtsanwalt gegebenen Prozessvollmacht ihre Entschädigungsansprüche geltend.

In ihrer gemeinsamen eidesstattlichen Begründung des Antrages machten sie nähere Angaben zur Biographie ihres Vaters Selmar Gans (*29.05.1870 in Bebra):

„Unser Vater Selmar Gans, geboren am 29. Mai 1870 in Bebra, zuletzt wohnhaft gewesen in Frankfurt am Main, Vogelsbergstraße 30, war von Beruf Dekorateur und Polsterer. Er betrieb sein Geschäft in der Fischerfeldstraße 8 Frankfurt a. Main.

Vor der Machtergreifung der nationalsozialistischen Regierung beschäftigte er zwei Gehilfen und hatte einen großen Kundenkreis.

In den Jahren 1930 – 1931 – 1932 verdiente er pro Jahr RM 5000.- RM 6000.- Nach 1933 ging sein Geschäft infolge des Boykottes jüdischer Handwerker und Kaufleute sehr zurück, bis es ganz zum Erliegen kam. Damit verlor unser Vater seine Existenz.

Laut Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden musste unser Vater ab 15. September 1941 den Judenstern tragen.

Er verstarb am 21. März 1942 im Gagern Krankenhaus in Frankfurt.

Wir machen unsere diesbezüglichen Ansprüche geltend.“

Im Bescheid vom 29.07.1959 der Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten Wiesbaden wird dem Antrag der Antragstellerinnen hinsichtlich des Anspruchs auf „Entschädigung zur gesamten Hand für Schaden und Freiheit der Erblasserin“ nach dem BEG mit Festsetzung eines Geldbetrags vom 29.06.1956 entsprochen. Begründet wird dies mit „Freiheitsbeschränkung durch Judenstern tragen und für Freiheitsentziehung infolge Inhaftieren der Erblasserin.“

Hecht, Zaduk *19.03.1903 in Angenrod, emigriert nach Montevideo (Uruguay)

Zaduk Hecht (*19.03.1903) war Sohn des Handelsmanns Sigmund Hecht (1875–1941) und dessen Frau Johanna (Hannchen) Hecht geb. Lorsch (1871–1943). Zweites Kind der Eheleute Hecht war Zaduks Schwester Mathilde Hecht verh. Klein, geb. 1905.⁵⁰ Seine Eltern zogen in der NS-Zeit nach Frankfurt am Main um und hatten ihr Haus an der Antrift infolge Arisierung jüdischen Wohn- und Grundbesitzes verkaufen müssen. Vater Sigmund Hecht verstarb 1941 in Frankfurt in einem Krankenhaus, seine Mutter Johanna Hecht fiel nach Deportation ab 15. September

50 Mathilde Klein wurde wie ihre beiden kleinen Töchter Hilma und Ruth nach Emigration nach Benfeld (Elsaß) vom Sammellager Drancy bei Paris ab 13.04.1944 deportiert und ebenfalls in Auschwitz ermordet: Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945 Bundesarchiv.

1942 ab Frankfurt nach Theresienstadt mit Todesdatum 26.02.1943 dem NS-Genozid zum Opfer.⁵¹

Zaduk Hecht gelang es aber, wie sein Entschädigungsantrag⁵² nach dem Krieg belegt, nach Uruguay auszuwandern. Er lebte in Montevideo, Soriano 1010. Der Regierungspräsident in Wiesbaden als Entschädigungsbehörde nach dem BEG vom 29.06.1956 (BGBl. I, S. 559) entschied mit Bescheid vom 22.03.1961, der Antragsteller habe „Anspruch auf Auszahlung einer Entschädigung wegen Schadens an Freiheit an die Erbengemeinschaft nach der Verfolgten zur gesamten Hand in Höhe von 2550,-- DM.“ Die Auszahlungsanordnung ist auf den 24.03.1961 datiert.

Gemäß Erbschein des Amtsgerichts Frankfurt am Main vom 14. März 1961 sei die Erblasserin von ihrem Sohn – dem Antragsteller – und ihrer Tochter (Mathilde Klein geb. Hecht, d. Verf.) beerbt worden.

Unter „Entscheidungsgründe“ wurde dann ausgeführt, es sei davon auszugehen, dass Hannchen Hecht in Frankfurt am Main auf Grund der Polizeiverordnung vom 1.9.1941 seit dem 1.9.1941 bis zu ihrer Deportation den Judenstern getragen habe. Für diesen Zeitraum bestehe daher Anspruch auf Entschädigung wegen Freiheitsbeschränkung. Für die Zeit ab der Deportation vom 15.9.1942 bis zum Tode der Erblasserin am 26.2.1943 bestehe nach § 43 BEG Anspruch auf Entschädigung wegen Freiheitsentziehung.

Der gesamte Entschädigungszeitraum erstreckte „sich daher für die Zeit vom 19.9.1941 bis 26.2.1943“. Es wurde eine Kapitalentschädigung pro jeden vollen Monat, in der die Freiheit entzogen oder beschränkt war, gewährt. Dies galt auch für je 30 Monate, in denen die Freiheit nur zeitweise entzogen oder beschränkt war.

Weitere Details zu dem Entschädigungsverfahren für Zaduk Hecht sind archivisch nicht mehr zu ermitteln. Seine Schwester als Miterbin ihrer Mutter wurde 1944 Opfer der Shoah. Ihre letzte Lebensstation war das Vernichtungslager Auschwitz.

Herz, Hilda geb. Wertheim *26.12.1884 in Angenrod⁵³

Hilda Herz geb. Wertheim wurde am 26.12.1884 als Tochter von Herz Wertheim und seiner Frau Hannchen Wertheim geb. Levi im familieneigenen Wohnhaus eingangs der Judengasse – Dorfname: „Herze“ – geboren. Beglaubigender Standesbeamter war damals Angenrods langjähriger großherzoglicher Bürgermeister Heinrich Obermann (1829–1914).

Hilda Wertheim war somit auch ältere Schwester des 1888 geborenen letzten Angenröder Parnass Sally Wertheim, der zu den letzten acht aus Angenrod letztlich in die Vernichtungslager im Osten deportierten Israeliten zählte.

51 Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945 Bundesarchiv.

52 HHStAW, Abt. 518, Nr. 14083.

53 HHStAW, Abt. 518, Nr. 15080.

Hilda Herz, die damals auch die Angenröder Volksschule als Gemeinschaftsschule besuchte, gelang es noch rechtzeitig kurze Zeit vor den einsetzenden Juden-Deportationen im Nazi-Deutschland als 57-Jährige 1941 in die Vereinigten Staaten von Amerika auszuwandern. Die Verschleppung ihres Bruders Sally und seiner Ehefrau Minna geb. Löwenthal zusammen mit den sechs übrigen letzten Angenröder Israeliten fand am 7. September 1942 statt: ab dem Ghettohaus Speier an der Hauptstraße, der jetzigen Gedenkstätte.

Im Krieg mit ihrem Mann Abraham Herz war sie dann in der NS-Zeit mit zunehmenden Juden-Repessionen, wie viele weitere ihrer Konfessionsangehörigen, in das vermeintlich sichere Frankfurt am Main umgezogen. Sie wohnte dort in der Beethovenstraße 40.⁵⁴

Aus den USA als sicherem Auswanderungsland stellte Hilda Herz dann in der Nachkriegszeit bei den deutschen Behörden ihren Entschädigungsantrag. Sie war bei Antragsstellung bereits 72 Jahre alt.

In ihrer Eidesstattlichen Versicherung 1956 vor einem New Yorker Notar teilte sie folgendes mit:

„Ich, die Unterzeichnete: Hilda Herz geb. Wertheim geb. am 26. 12. 1884 in Angenrod zuletzt wohnhaft in Deutschland in Frankfurt am Main jetziger Wohnsitz 608 West 177th Str. New York U.S.A. erkläre das Folgende:

Mein Ehemann Abraham Herz geb. am 9. 5. 75 in Altenkirchen betrieb in Haiger im Dillkreis ein gutgehendes Viehhandelsgeschäft.

Ich war im Geschäft meines Mannes tätig und zwar verrichtete ich alle vorkommenden Büroarbeiten wie Korrespondenzen, Buchführung und bediente auch die Kunden, die zu uns kamen. Mein Mann ersparte durch meine Mitarbeit eine Hilfskraft, die mindestens RM 200,-- monatlich oder RM 2400,-- jährlich bekommen hätte.

Mit der Machtergreifung Adolf Hitlers kam dieses Geschäft zum Erliegen. Infolge des immer größer werdenden Antisemitismus siedelten wir nach Frankfurt/M. um und wanderten von dort im Jahre 1941 nach Amerika aus.

Ich mache meine diesbezüglichen Ansprüche geltend.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem unten bezeichneten, beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

New York, den 24. September 1956.

*State of New York
County of New York*

Sworn to before me

This 24 day of September 1956

Benjamin S. Morgenstern, New York

(Autograph)“

(Autograph)

Hilda Herz geb. Wertheim

New York den 4. Oct. 1956

54 Arolsen Archives, Sign. 02010101 oS (Beleg der Devisenstelle der Landeszentralbank).

Im Bescheid der Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten Wiesbaden vom 07.12.1957 wird die Entschädigung für Schaden am beruflichen Fortkommen abgelehnt. Mit der Entschädigung für berufliches Fortkommen des Ehemannes sei der Schaden für den Verlust des Geschäftes abgegolten. Darüber hinaus gehender Schaden sei nicht entstanden und weitere Entschädigung daher nicht möglich.

Hirsch, Henni geb. Stern * 10.06.1905 in Angenrod⁵⁵

Henni Stern, Tochter Juda Sterns, wanderte nach Chicago (Illinois), also in die U.S.A. aus.

In ihrem Wiedergutmachungsantrag, dem auch ihre Heiratsurkunde beiliegt – sie heiratete bereits am 31. Januar 1938, begleitet von Rabbi Mayer Lipman, den 27jährigen Chicagoer Israeliten Julius Hirsch – schildert sie die Umstände ihrer Emigration in üblicher Eidesstattlicher Versicherung wie folgt:

„Ich, die Endesunterzeichnete Henni Hirsch geb. Stern, wohnhaft West Albion Avenue, Chicago 26 Illinois, wurde am 10.06.1905 in Angenrod, Kreis Alsfeld, Oberbessen geboren. Nach Erreichung des 6. Lebensjahres trat ich in die Volksschule Angenrod ein, in der ich bis zu meinem 14. Lebensjahr verblieb.

Ich erlernte daraufhin in Alsfeld das Nähen und Bügeln und die Küche. Nach Vollendung meiner Lehrzeit nahm ich eine Stelle als Stütze der Hausfrau an. Meine letzte Stellung war bei einer Frau Eisenmann in Frankfurt/M., in welcher ich 5 Jahre tätig war. Nach Machtergreifung durch die Nationalsozialisten war Frau Eisenmann gezwungen, ihren Haushalt aufzugeben und wanderte nach Holland aus und ich verlor deshalb meine Stellung.

Da es mir durch die politischen Verhältnisse nicht möglich war, eine andere Stellung zu bekommen, ging ich zu meinen in Angenrod wohnenden Eltern zurück. Im Oktober 1933 bin ich dann nach Frankreich ausgewandert und habe dort bei einer mir bekannten Dame gewohnt. Nachdem ich im August 1934 eine Einreisegenehmigung nach USA erhielt, wanderte ich daraufhin nach USA aus.

Meine hier in USA wohnende Schwester Rosa bezahlte an die in Frankreich wohnende Dame den Betrag von 125.00 Dollar. Als ich hier in USA ankam und die englische Sprache nicht beherrschte, war es mir für längere Zeit nicht möglich, eine Stellung zu bekommen und musste meine Schwester Rosa mich noch weiterhin unterstützen.

In meiner ersten Stellung als Stütze der Hausfrau im Jahre 1935 verdiente ich \$ 25.00 monatlich nebst Kost und Logis. In dieser Stellung verblieb ich ca. 10 Jahre. Über meine weiteren Einkommensverhältnisse nach dieser verweise ich auf die bereits eingesandten Erklärungen.

Chicago-Illinois, den 6.4.1959.

*Henni Hirsch geb. Stern
(Autograph)“*

55 HHStAW, Abt. 518, Nr. 56779.

Das Entschädigungsverfahren wurde am 27.09.1963 mit einem Vergleichsabschluss des Regierungspräsidenten in Darmstadt für das Land Hessen und dem Rechtsbeistand für die Antragstellerin abgeschlossen.

Hoogstraal, Sally * 10.10.1908 in Angenrod, ausgewandert nach New York (USA)

Sally Hoogstraal, später in Frankfurt am Main wohnend, aber 1908 in Angenrod geboren, war bei den Recherchen zur Zeitgeschichte Angenrods eigentlich kaum aufgefallen. Zeitzeugen haben ihn dem Verfasser der bisher veröffentlichten zeitgeschichtlichen Dokumentationen nie namentlich genannt. Doch in seinem Antrag bei den Wiedergutmachungsbehörden nach dem Zweiten Weltkrieg wird insbesondere seine Reise nach Übersee durch den von ihm verfassten Lebenslauf vom 10. September 1956 transparent.



„Ich habe acht Jahre die israelitische Volksschule zu Frankfurt Röderbergweg besucht. Ich habe eine dreijährige kaufmännische Lehrzeit bei der Firma Adolf Solnitza Frankfurt a. M. Zeil 9 durchgemacht.

Weitere 3 Jahre war ich bei dieser Firma als kaufmännischer Angestellter. Da ich bei dieser Firma, welche selbst in Auflösung als Jüdische Firma begriffen war, nicht mehr beschäftigt werden konnte, wurde ich Straßenbändler in Obst und Gemüse. 1938 wurde mir der Einkauf in der Markthalle immer schwieriger gemacht und später wurde mir (Anfang März 1938) der Straßenhandel als Jude gesetzlich verboten.

Um weiteren Verfolgungen, denen ich als Jude ausgesetzt war, zu entgehen, wanderte ich am 10.4.1939 über Triest nach Shanghai aus. Nach meiner Befreiung aus dem dortigen Ghetto wanderte ich im Jahre 1948 nach USA aus. Meine Einkünfte in Deutschland betrugen ca. RM 3000,--. Als Straßenbändler konnte ich nur ca. 3,-- bis 5,-- im Durchschnitt täglich verdienen.

Nach meiner Ankunft in USA lebte ich ein halbes in San Francisco, Cal. Von diesem halben Jahre wurde ich circa 4 Monate vom Komitee betreut, die anderen beiden Monate verdiente ich als Tischwascher zusammen ca. 200,--.

Später lebte ich in Boston, wurde über ein halbes Jahr unterstützt und dann fand ich vorübergehende Arbeiten. Ich verdiente in diesem Jahre (1949) ca. 600,-- Dollar. Im Jahre 1950 war ich verschiedentlich erwerbslos und verdiente das ganze Jahr ca.

Abb. 8: Passfoto von Sally Hoogstraal.

Quelle: HHStAW, Abt. 518, Nr. 17115.

1000,-- Dollar. Das gleiche wie 1950 gilt für das Jahr 1951. Vom Jahre 1952 ab arbeitete ich als Shippingclerk und verdiente im Jahre 1952 2000,-- Dollar, 1953 2300,-- Dollar, 1954 2600,--Dollar, 1955 3000,-- Dollar.

Bis Juli 1956 bekam ich wöchentlich 66,-- und ab August bekomme ich wöchentlich 70,-- Dollar.

Meine Auswanderungskosten betragen Visabeschaffung ca. RM 150,--, Bahnfahrt nach Triest RM 50,--, Schiffsreise nach Shanghai ca. RM. 750,--. In Shanghai hatte ich keine Einkommen und wurde unterstützt.

New York, den 10. September 1956

Sally Hoogstraal
(Autograph)"

Über den Anspruch des Antragstellers wegen Schaden in beruflichem Fortkommen wurde durch Urteil des Oberlandesgerichtes Frankfurt/M. vom 25.04.1961 rechtskräftig entschieden. Der Entscheidungszeitraum lag ein Entschädigungszeitraum von 1936 bis 31.12.1941 zugrunde.

Kaufmann, Clothilde geb. Oppenheimer * 03.02.1893 in Angenrod⁵⁶

Clothilde Kaufmann geb. Oppenheimer (*03.02.1893 in Angenrod) war Tochter des Angenröder Handelsmannes Zadik Oppenheimer und dessen Ehefrau Hannchen Oppenheimer geb. Nußbaum Die Angenröder Oppenheimers ihrer Familienlinie wurden mit dem Dorfnamen „Manesse“ bezeichnet, weil sie sich auf Manasse Oppenheimer (02.02.1837–20.12.1886)⁵⁷ als Stammvater zurückführen ließen. Das ursprüngliche Wohnhaus von Manasse Oppenheimer war das später von der Familie Justus bewohnte Haus – nach dem Krieg von Fritz Göbel und Paul Salamon – unterhalb der oberen Antriftbrücke an der Oberen Mühle.

Clothilde dagegen wurde bereits in dem Wohnhaus an der Billertshäuser Straße, dem auch Geburtshaus von Professor Dr. Hugo Schaumberger, geboren. Bei diesem historischen Fachwerkhaus handelt es sich um das aktuell älteste Wohnhaus Angenrods, erbaut wohl bereits im 18. Jahrhundert.

Eine in ehrenamtlichem Engagement des Verfassers von einer Alsfelder Firma hergestellte Tafel mit Aufführung des historischen Backgrounds dieses Gebäudes war im August 2006 in vorbildlicher Kooperation mit den weiteren Angenrödern Installateur und Stadtrat Dieter Ermel und Elektromeister i. R. Gerd Stahl dauerhaft und deutlich sichtbar an der linken Frontseite des Hauses angebracht worden. Die Tafelinstallation erfolgte auch im Beisein von Alsfelds Bauamtsleiter Bernhard Hofmann und von Pfarrer Walter Bernbeck.⁵⁸

Wie fast alle ihrer Glaubensangehörigen besuchte auch Clothilde Oppenheimer die gemeinsame Volksschule Angenrod an der Hauptstraße. Und wie fast immer

56 HHStAW, Abt. 518, Nr. 29748.

57 Der Grabstein Manasse Oppenheimers ist noch auf dem Angenröder Gemeinschaftsfriedhof erhalten.

58 OZ-Archiv: 16.08.2006.

fand auch sie ihren Ehepartner später außerhalb Angenrods, zumeist auch durch Heiratsvermittlung realisiert. Es war Albert Kaufmann aus Laubach, der dort einen Metzgereibetrieb leitete.

Über ihren weiteren Lebensweg berichtet Clothilde Kaufmann dann im Zuge ihrer Entschädigungsantragstellung am 25. August 1955 aus den U.S.A. Um der Verfolgung der Nazis zu entgehen, war sie noch rechtzeitig nach Hartford/Connecticut emigriert. Ihren Antrag stellte die damals 62-jährige Angenröderin dann schon als Witwe. Ihr Mann Albert Kaufmann war erst 54-jährig bereits am 14. November 1946 in Hartford gestorben.

In ihrer eidesstattlichen und von einem New Yorker Rechtsanwalt an den Regierungspräsidenten Darmstadt als Entschädigungsbehörde weitergeleiteten Schreiben führt die Antragstellerin folgendes aus:

„Ich, die Unterzeichnete Clothilde Kaufmann geb. Oppenheimer geboren am 5. Februar 1893 in Angenrod, zuletzt in Deutschland wohnhaft gewesen in Laubach, Wildemannngasse 10 ausgewandert von dort im Januar 1936 jetzige Wohnung 149 Homestead Avenue, Hartford, Conn USA erkläre hiermit Folgendes:

Mein am 26. Juni 1892 in Ettingshausen geborener und am 14. November 1946 in Hartford verstorbener Ehemann ALBERT KAUFMANN betrieb in Laubach eine Viehhandlung und Metzgerei. Ich war stets im Geschäft mit tätig. Unser Geschäft ging sehr gut und verdienten wir in den Jahren 1930 bis 1932 durchschnittlich im Jahr Mk. 3000,-- bis 4000,--.

Durch die Machtergreifung Adolf Hitlers und die damit verbundene Boykottpolitik gegen die Juden kam unser gutgehendes Geschäft nach und nach zum Erliegen. Wir konnten keine Geschäfte mehr tätigen und unsere Kundschaft wagte nicht mehr, die Metzgerei zu betreten. Die Geschäfte, die wir gewissermaßen noch hinten herum abschließen konnten, brachten keinen Nutzen mehr und wir lebten ab 1933 von unserem Vermögen.

Wir betrieben unsere Auswanderung und es gelang uns im Januar 1936 auszuwandern.

Wir benutzten für die Überfahrt die „Washington“ der United States Line und bezahlten für 4 Fahrkarten, d. h. mein Mann, ich, unsere Tochter und die in unserem Haushalt lebende Tante Settchen incl. Bordgeld. Mk. 2000,--

Für die Reise nach Stuttgart zum Amerikanischen Konsulat, um unser Einreisevisum für Amerika zu erhalten und die Fahrt an den Seehafen entstanden uns mit Übernachtungen für 4 Personen nochmals..... Mk. 500,--

Wir verpackten durch den Spediteur Lyncker in Giessen 6 Kisten und bezahlten für die Herstellung der Kisten, Fracht und Verpackung bis New York..... Mk. 900,--

Vom Pier in unsere Wohnung kosteten die Kisten nochmals \$ 40,--..... Mk. 168,--

Nach unserer Ankunft in New York verdiente mein Mann

im Jahre 1936 \$ 480,-
im Jahre 1937 \$ 630,-
im Jahre 1938 \$ 480,-
im Jahre 1939 \$ 480,-

im Jahre 1940 \$ 480,-
im Jahre 1941 \$ 480,-
im Jahre 1942 \$ 480,-
im Jahre 1943 \$ 480,-
im Jahre 1944 \$ 480,-
im Jahre 1945 \$ 480,-

im Jahre 1946 erkrankte mein Mann und starb am 14.11.46.

Ich mache meine Ansprüche hiermit geltend.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem unten verzeichneten, beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

Hartford, z. Zt. New York, den 25. August 1955

Clotilde Kaufmann (Autograph)

Clotilde Kaufmann geb. Oppenheimer

State of New York

County of New York

Sworn so before me this

25th day of August 1955

by (Autograph des Notars)“

Das Entschädigungsverfahren endete am 14.08.1958 mit einem Vergleich. Der Antragstellerin wurde eine Entschädigung wegen Verschleuderung verschiedener Einrichtungsgegenstände zugesprochen.

Leiser, Kathinka geb. Wertheim * 27.08.1889 in Angenrod⁵⁹

Kathinka Leiser war Tochter von Herz Wertheim und auch Schwester von Angenrods letztem israelitischen Gemeindevorsteher Sally Wertheim. Über ihre Emigration nach New York berichtet sie in ihrem Entschädigungsantrag vom 24. Juli 1957 in einer eidesstattlichen Erklärung wie folgt:

„Die unterzeichnete Frau Kathinka Leiser versichert folgendes an Eidesstatt: Meine Eltern waren die Eheleute Herz Wertheim in Angerod {sic} bei Alsfeld in Oberhessen. Ich wurde am 27. August 1889 in Angerod {sic} bei Alsfeld in Oberhessen geboren. Ich besuchte die Volksschule bis zum 10. Lebensjahr und anschließend hieran in Alsfeld die höhere Töchterschule bis zum 15. Lebensjahr.

Dann kam ich 2 ½ Jahre in die Lehre in das Kaufhaus Moses Rosenthal, Nassau an der Lahn, und war dann ein Jahr dort als Verkäuferin tätig. Wegen Krankheit meiner Mutter (Hannchen Wertheim geb. Levi, d. Verf.) gab ich diese Stelle auf und führte bei meiner Mutter den Hausbalt. Im Jahre 1912 beiratete ich meinen jetzigen Ehemann und wohnte mit ihm in Niederurf.

59 HHStAW, Abt. 518, Nr. 82045.

Wir hatten ein gutgehendes Manufactur- und Colonialwarengeschäft und führten u. a. auch Eisenwaren. Während mein Mann seine Reserveübungen beim Militär ablegen musste und besonders während des ersten Weltkrieges 1914–1918 führte ich das Geschäft allein in Abwesenheit meines Mannes. Mein Ehemann fuhr fast täglich in die umliegenden Ortschaften, wo wir viel Kundschaft hatten, zum Verkauf. Außerdem bewirtschaftete er selbst einen Teil seiner landwirtschaftlichen Grundstücke.

Aus diesen Gründen musste ich dem Geschäft selbst vorstehen. Bis Mitte 1933 hatten wir eine Hausangestellte, sodass ich hierzu in der Lage war, ohne meinen Haushalt zu vernachlässigen. Ich ersetzte eine volle Arbeitskraft und wir brauchten kein fremdes Personal anstellen.

Bis Anfang 1933 erhielt ich von meinem Mann monatlich 300,-- DM. Wie uns das Finanzamt in Homburg, Bezirk Kassel, im Jahr 1955 mitgeteilt hat, sind dort leider keine Steuerbescheide mehr vorhanden. Das Hitler-Regime setzte meiner Tätigkeit ein Ende, da das Geschäft anfangs 1933 nachließ. Ich erinnere mich genau, Ende März 1933 erhielt ich meinen letzten Gehalt.

Im Jahre 1938 zogen wir von Niederurf nach Frankfurt am Main, Bäckerweg 36. Im selben Jahr wanderten wir nach den Vereinigten Staaten von Amerika aus. In der ersten Zeit meines Aufenthaltes in New York wurde ich durch einen privaten Wohltätigkeitsverein unterstützt. Arbeit konnte ich dort nicht finden. Im Jahre 1941 musste ich mich einer schweren Unterleibsoperation unterziehen und der Arzt gestattet mir nur leichte Arbeit. Ein ärztliches Attest vom 27. Mai 1957 überreiche ich zu den Akten.

Die Rente, die ich hiermit beanspruche, ist mein einziger Wiedergutmachungsantrag aus eigenem Recht.

New York, den 17. Juni 1957

*Kathinka Leiser
(Autograph)“*

Kathinka Leiser verstarb nach beigelegtem Zertifikat am 28.10.1973 im Alter von 84 Jahren in New York.

Levi, Hermann * 24.10.1891 in Angenrod, gest. 19.12.1944⁶⁰

Den Entschädigungsantrag für ihren in den Vereinigten Staaten von Amerika schon am 19.12.1944 verstorbenen Angenröder Auswanderer Hermann Levi stellte namens ihres Gatten dessen Ehefrau Mathilda Levi geb. Groos, in den U.S.A. umgeändert in Gross.

In ihrer eidesstattlichen Erklärung vom 28.01.1954 schilderte die am 03.07.1900 in Fischelbach/Westfalen geborene Ehefrau des Angenröder Handelsmannes ihre Auswanderungs-Vita von Angenrod in die Vereinigten Staaten von Amerika mit folgendem Schreiben:

60 HHStAW, Abt. 518, Nr. 45901.



Abb. 9: Hermann Levi als Soldat für die kaiserliche deutsche Armee im Ersten Weltkrieg. Foto: F. Kuno Borst, Gießen. Entnommen wurde das Bild der Lebensbeschreibung „The way it was“ von Mathilda W. Stein (2000), von der der Verfasser gegen Bezahlung die Veröffentlichungsgenehmigung erhalten hatte.

finden, sodass ich ruhig behaupten kann, dass mein Mann nach unserer Auswanderung nichts oder sehr wenig verdient hat, was ich auch bestätigen lassen kann. Steuer hat er nie zu zahlen gehabt. Mein Mann war sehr unglücklich darüber, dass er keinen Fuß fassen konnte, er erkrankte und verstarb am 19. Dezember 1944.

Ich mache meine Ansprüche für die verlorene Existenz bis zum heutigen Tage geltend, außerdem auch meine Ansprüche für die Fabrkarten für 4 Personen mit RM 2000,-- und für die Fracht der Kisten mit RM 1200,--.

Mein Mann, die Kinder und ich änderten unsere Namen bei der Einbürgerung von Levi auf Gross.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem untenstehenden beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

New York, den 28. Januar 1954

„Mein verstorbener Ehemann Hermann Levi betrieb in Angenrod bei Alsfeld ein Viehhandelsgeschäft und einen Pferdehandel. Das Geschäft ging sehr gut, und wir kamen im Laufe der Jahre zu Wohlstand. Leider wurde dies durch die Machtergreifung Adolf Hitlers im Jahre 1933 unterbrochen.

Plötzlich wollten die Bauern, die gerade in Oberbessen von jeher antisemitisch waren, unter Berufung auf den Nationalsozialismus nichts mehr von uns kaufen. Wir hatten grosse Schwierigkeiten, und konnte mein Mann nach 1933 nichts mehr verdienen.

Von 1930 bis 1932 hatten wir ein Einkommen von ca. 5 bis 6.000,-- DM p.a. Wir entschlossen uns auszuwandern und kamen im Mai 1936 in New York USA an. Nach unserer Ankunft in Amerika war mein Mann zunächst arbeitslos. Ich, die Unterzeichnete, musste Haushaltsstellen annehmen, um meinen Mann, meine Kinder und mich zu ernähren. Mein Mann war in Vieh- und Pferdehandelsgeschäft beschlagen, aber er war hier nicht sprachkundig.

Er machte verschiedene Versuche als Hausierer und arbeitete auch in Fabriken, aber er konnte weder bei dem einen noch dem anderen eine dauernde Stellung

finden, sodass ich ruhig behaupten kann, dass mein Mann nach unserer Auswanderung nichts oder sehr wenig verdient hat, was ich auch bestätigen lassen kann. Steuer hat er nie zu zahlen gehabt. Mein Mann war sehr unglücklich darüber, dass er keinen Fuß fassen konnte, er erkrankte und verstarb am 19. Dezember 1944.

Ich mache meine Ansprüche für die verlorene Existenz bis zum heutigen Tage geltend, außerdem auch meine Ansprüche für die Fabrkarten für 4 Personen mit RM 2000,-- und für die Fracht der Kisten mit RM 1200,--.

Mein Mann, die Kinder und ich änderten unsere Namen bei der Einbürgerung von Levi auf Gross.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem untenstehenden beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

(Autograph Martha Levi Gross früher Martha Levi geb. Groos.)”

Der Antragstellerin wurde wegen des dem verfolgten Erblasser entstandenen Schadens in beruflichem Fortkommen eine Kapitalentschädigung zugesprochen.

Löb, Rosalie geb. Kleeblatt * 24.06.1913 in Angenrod⁶¹

Rosalie Löb war die Tochter des zeitweiligen israelitischen Lehrers in Angenrod, Baruch Kleeblatt, und seiner Gattin Elma Kleeblatt geb. Baum, die beide Opfer der Shoah wurden.⁶² Vor der Ära der Deportation war Lehrer Baruch Kleeblatt, der noch im Ersten Weltkrieg die Tapferkeitsmedaille für herausragenden Einsatz im Felde in der Deutschen kaiserlichen Infanterie erhalten hatte,⁶³ seit 1922, seinem Weggang aus Angenrod,⁶⁴ jüdischer Pädagoge in Meerholz (Gelnhausen).

Tochter Rosalie Löb wanderte noch rechtzeitig vor der sich anbahnenden Ausgrenzung und bürgerlichen totalen Entrechtung mit Anbahnung des weltgeschichtlich einzigartigen Zivilisationsbruches der Deportationen und Ermordungen in den Vernichtungslagern der SS nach Israel aus.

Ihren Entschädigungsantrag stellte Rosalie Löb als eidliche Erklärung beim Sachbearbeiter bei der United Restitution Organization, Tel Aviv, dem früheren Rechtsanwalt in Czernowitz I. Loebel.

„Ich bin geboren am 24.06.1913 in Angenrod. Name d. Vaters: Baruch, Name d. Mutter Elma Kleeblatt geb. Baum. ...“

Zur Sache erklärte Rosalie Löb:

„Mein Vater war seit 1922 Lehrer an der jüdischen Schule in Meerholz Kreis Gelnhausen, seit 1926 war er Lehrer an der jüdischen Schule in Felsberg Bezirk Kassel und etwa sei 1932 Lehrer der staatlichen jüdischen Schule in Kassel.

Im Jahre 1938 wurde er zwangsweise in den Rubestand versetzt. Seine letzte mir bekannte Adresse war Kassel, Schillerstr. 9. Vorher wohnte er Schillerstr. 71. Die letzte Wohnung in der Schillerstraße 71 bestand aus 5 Zimmern, Küche und Nebenräumen. Aus einem Schreiben eines Vetters Bernhard Katz vom 27.9.1945 habe ich erfahren, dass meine Eltern am 09.12.1941 aus Kassel nach Riga deportiert worden sind und dass sie am 02.11.1943 aus Riga nach Auschwitz kamen.

Seither habe ich über meine Eltern nichts weiter gehört. Ich muss daher annehmen, dass sie in diesem Vernichtungslager ums Leben gekommen sind. Bis zu welchem Zeitpunkt mein Vater seine Rubegehaltsbezüge erhalten hat, kann ich ebenfalls nicht angeben. Über die Wohnungseinrichtung meiner Eltern werde ich genaues Verzeichnis nachreichen. Über das Schicksal derselben kann ich keine Angaben machen.

Meines Wissens nach hat mein Vater bei der Städtischen Sparkasse in Kassel eine Spareinlage gehabt. Die Höhe derselben kann ich nicht angeben. Das Schreiben

61 HHStAW, Abt. 518, Nr. 61000.

62 <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/> (abgerufen am 14.09.2023).

63 OZ-Archiv: 10.11.1914.

64 OZ-Archiv: 11.10.1921.

meines Veters Bernhard Katz vom 27.9.1945 lege ich in Abschrift meiner eidesstattlichen Versicherung bei.

Ich besuchte von April 1919 in Angenrod die Volksschule und nach der Überstellung meiner Eltern nach Meerholz war ich zunächst Schülerin der jüdischen Volksschule in Meerholz. Anschließend besuchte ich drei Jahre lang das Lyceum in Gelnhausen. 1926 besuchte ich ein Jahr lang die jüdische Schule in Felsberg und beendete somit 8 Schulklassen. Krankheitshalber musste ich ein Jahr lang meinen Schulbesuch unterbrechen.

Aus Gesundheitsgründen habe ich 1931 meine weitere Ausbildung bis 1933 unterbrechen müssen. Anfang 1933 entschloss ich mich, den Beruf einer Krankenschwester zu lernen und überreichte ein Gesuch um Aufnahme als Lehrschwester beim Städtischen Säuglingsheim in Kassel.

Die Aufnahme wurde mir jedoch verweigert mit der Begründung, dass ich Jüdin wäre. Mein Gesuch der Aufnahme als Lehrschwester, das ich anschließend an das Jüdische Krankenhaus in Frankfurt richtete, wurde ebenfalls abgewiesen mit der Begründung, dass die Schwesterschule überfüllt sei.

Diese Tatsachen belehrten mich, dass ich als Jüdin eine Berufsausbildung in Deutschland nicht werde durchmachen können und so beschloss ich meine Auswanderung in die Wege zu leiten.

Im Jahre 1934 ging ich nach Hamburg in das jüdische Pflegeheim und war dort als Praktikantin etwa 7 Monate lang tätig. Anschließend ging ich nach Blankenese auf landwirtschaftliche Ausbildung, wo ich 11 Monate lang zubrachte. Ende 1935 kehre ich aus Blankenese in das Elternhaus nach Kassel zurück und bin von dort am 10. Januar 1936 nach Palästina ausgewandert. Polizeiliche Abmeldung aus Kassel schließe ich bei.

In Palästina konnte ich wegen vollständiger Mittellosigkeit meine geplante Berufsausbildung als Krankenschwester nicht aufnehmen. Ich ging zunächst in eine landwirtschaftliche Kollektivsiedlung nach Benjamina namens Cberuth Charud. Dort lernte ich meinen jetzigen Ehegatten Karl Wilhelm Loeb kennen.

Wir heirateten am 28.10.1938. Während dieser Zeit besuchte ich einen drei monatlichen Pflegerinnenkurs bei der Krankenkasse in Chedera und arbeitete bis etwa 1941 als Hilfschwester in dem vorher genannten Kibbuz.

1941 verliessen ich und mein Mann die Kollektivsiedlung und liessen uns in Chedera nieder. Mein Mann hat eine Zeitlang als Hilfspolizist gearbeitet und verdient seinen Unterhalt seit 1943 als selbständiger Polsterer in Chedera. Da mein Mann schlecht verdient hat, musste ich nach Verlassen des Kibbuzes weiter arbeiten. Als Pflegerin fand ich keine Arbeit und habe deshalb als Hausgehilfin bei verschiedenen Familien in Chedera Stellung gefunden. Aus Gesundheitsgründen habe ich 1945 diese Arbeit aufgeben müssen.

Mein Bruder Max Ernst Kleebblatt, der seinen Namen in Jean Henry Watford in England geändert hat, war nach Beendigung seiner Berufsausbildung in einem Häute- und Felle-Geschäft in Kassel tätig. 1937 ist aus Deutschland ausgewandert und lebt heute in London.

Schulzeugnisse besitze ich nicht.

Tel-Aviv, den 27. November 1956

(Autograph Rosalie Loeb geb. Kleeblatt)
(Stempel United Restitution Organization,
Tel-Aviv)
(Autograph Sachbearbeiter I. Loebel)“

**Oppenheimer, Bertha * 25.01.1880 in Angenrod^{65 66},
gestorben am 07.03.1962 in Hartford/Conn. (USA)**

Bertha Oppenheimer, die unverheiratet blieb, war Tochter des Angenröder Israeliten Manasse Oppenheimer, Handelsmann von Beruf, und seiner Ehefrau Vogel Oppenheimer geb. Lorsch (*25.01.1880 in Angenrod).⁶⁷ Sie gehörte der israelitischen Angenröder Dorflinie der „Manesse“ um die Brüder Hirsch und Zaduk Oppenheimer an, die wie Schwester Bertha ebenfalls in die Vereinigten Staaten emigrierten.

Bertha Oppenheimer verließ Angenrod 1936 und wanderte auf dem Seeweg in die U.S.A. aus. Ihre neue Wohnadresse in den Vereinigten Staaten war dann 45 May Street, Hartford, Connecticut.

„Ich wurde am 25. Januar 1880 in Angenrod Krs. Alsfeld geboren und besuchte die dortige Volksschule.

Nach Absolvieren meiner Schulzeit bildete ich mich als Schneiderin aus, ich lernte Nähen und Zuschneiden in Alsfeld.

Ich habe von meinem 14. Lebensjahre ab stets als Schneiderin gearbeitet und lebte in finanziell geordneten Verhältnissen. Meine Tätigkeit als Schneiderin führte ich in Alsfeld soweit in der näheren Umgebung aus und zwar arbeitete ich nicht nur zu Hause, sondern oft arbeitete ich auch in Häusern meiner Kunden. Ich kann heute nach so vielen Jahren mich nicht entsinnen, was mein jährliches Einkommen war, ich glaube aber mit Bestimmtheit sagen zu können, dass mein Einkommen in der Vorhitler-Zeit dem eines mittleren Beamten entsprach.

Mit der Machtergreifung Adolf Hitlers und den damit verbundenen Judenverfolgungen kam jedoch meine Schneiderei schnell zum Erliegen, da die Juden auf den kleineren Plätzen entweder auswanderten oder nach der Stadt verzogen und die arischen Leute bei mir als Jüdin nicht arbeiten ließen.

Meiner Existenz beraubt, betrieb ich meine Auswanderung, die mir auch im Jahre 1936 gelang. Ich benützte {sic} die S.S. Washington und bezahlte für die Schiffskarte DM 500,--.

Für die Fahrt zum amerikanischen Konsulat in Stuttgart, sowie zum Seehafen incl. Übernachten, Verpflegung etc. hatte ich weitere Unkosten incl. der Fracht meines Gepäckes in Höhe von 300.—.

65 HHStAW, Abt. 518, Nr. 34747.

66 Die Emigrantin Bertha Oppenheimer ist namensgleich mit dem Angenröder Shoah-Opfer Bertha Oppenheimer, die zu den letzten acht Angenröder Deportierten zählte. Letztere war ledig geblieben.

67 HStAMR Best. 921, Nr. 67, Blatt 187.

Infolge meiner Auswanderung war ich gezwungen, meine Möbel und Nähutensilien zu verschleudern und erlitt hierdurch einen großen Verlust. Es handelte sich um:

1 Nähmaschine, 1 Zuschnidetisch, Bügeleisen, Puppe etc., 1 Bett mit Matratze, Kleiderschrank, Sessel, Stühle, Küchenschrank, Küchenutensilien etc.

Wert all dieser Gegenstände RM 1500,--

Erlös 200,--

Verlust RM 1300,--“

Zu den von Bertha Oppenheimer gestellten Entschädigungsansprüchen wurde auch Angenrods Nachkriegsbürgermeister Willi Müller, wie auch in den anderen Auswanderungsvorgängen, seitens der Behörde konsultiert.

Der Bürgermeister schilderte seine Sicht der Dinge mit Schreiben an den Regierungspräsidenten in Darmstadt am 17.04.1960 wie folgt:

„Eine nochmalige Überprüfung der Angelegenheit hat keine Anhaltspunkte ergeben, wonach Frau Oppenheimer das Gewerbe als Hausschneiderin ausgeübt hat.

Sie lebte im gemeinsamen Haushalt ihres Bruders Zaduck Oppenheimer und der Familie dessen Sohnes Karl Oppenheimer. Sowohl der Bruder als auch der Neffe dürften im Wesentlichen für ihren Lebensunterhalt gesorgt haben.

Im gleichen Haushalt lebten noch ein weiterer Bruder namens Hirsch und dessen Tochter Hilda Oppenheimer. Auch diese dürften zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten beigetragen haben.

Die Angaben vor Frau Oppenheimer, dass sie nur in jüdischen Familien gearbeitet und sich vornehmlich auf das Nähen von Sterbekleidern spezialisiert habe, vermag ich weder zu bestätigen noch zu verneinen. Ich halte es durchaus für möglich, dass Frau Oppenheimer diese Tätigkeit ausgeübt haben mag. Das daraus erzielte Einkommen kann jedoch nur ganz bescheiden gewesen sein. Auf keinen Fall dürfte es für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten ausgereicht haben.

Diese Tatsache dürfte sich schon daraus ergeben, dass der Umfang der gewerblichen Tätigkeit so gering gewesen ist, dass das Gewerbe zu keiner Zeit ordnungsgemäß angemeldet gewesen ist.“

Durch Vergleich vom 15.08.1960 war Bertha Oppenheimer eine monatliche Rente zuerkannt worden, deren Zahlung nach ihrem Versterben im März 1962 eingestellt wurde.

**Oppenheimer, Hirsch *07.03.1868 in Angenrod,
gest. 19.02.1950 in Hartford (U.S.A.)⁶⁸**

Hirsch Oppenheimer (*07.03.1868) wanderte am 15.07.1937 zusammen mit Tochter Hilda Kaufmann aus Kelsterbach mit Ziel „Amerika (Nord)“ aus Deutschland aus.

In Kelsterbach hatte er als dann schon dort gemeldeter Einwohner 1937 einen Antrag auf Erteilung eines Reisepasses gestellt.⁶⁹

In Angenrod war er auch als einer von zwei Vertretern der Israelitischen Religionsgemeinde auf kommunaler Ebene im Gemeinderat tätig.

Weitere Details zu seiner Emigration können in den Hessischen Staatsarchiven nicht recherchiert werden.

Fündig wurde der Verfasser aber online bei Recherche in ancestry.de.

Danach starb Hirsch Oppenheimer im 82. Lebensjahr am 19. Februar 1950 in Hartford (Connecticut) und wurde auf dem Thikvoh Chodoshoh Cemetery bestattet.⁷⁰



Abb. 10: Reisepass-Foto aus dem Jahr 1936 von Hirsch Oppenheimer, somit kurz vor seiner Auswanderung am 15.07.1937 in die USA. Quelle: HStAD, Best. G 15 Alsfeld, Nr. Q 173.

**Oppenheimer, Karl *19.05.1895 in Angenrod,
gest. 03.03.1948 in Hartford (U.S.A.)⁷¹**

Karl Oppenheimer (*19.05.1895), gebürtiger Angenröder Israelit und im Haus der „Manesse“ an der Billertshäuser Straße wohnend, wanderte mit seiner Ehefrau Martha geb. Kahn (*04.02.1899 in Marisfeld) und ihrem Sohn Alfred (*27.05.1931 in Angenrod) und mit Vater Zaduck Oppenheimer im März 1937 von Angenrod auf dem Seeweg in die USA aus.

Wie Martha Oppenheimer in ihrem Antrag auf Wiedergutmachung vom 15.08.1955, verfasst von einem in New York ansässigen Rechtsanwalt, ausführt, sei ihr Mann Karl Oppenheimer bereits am 03.03.1948 in Hartford (Connecticut), in dem die Familie nach der Auswanderung wohnte, verstorben. Sie als Witwe sei inzwischen arbeitsunfähig und werde von ihrem Sohn unterhalten.

68 HHStAD, Best. R 21 B, Nr. Nachweis.

69 HStAD, Best. G 15 Gross-Gerau, Nr. Q 778.

70 https://www.ancestry.de/search/categories/34/?name=Hirsch_Oppenheimer (abgerufen am 19.08.2023).

71 HHStAW, Abt. 518, Nr. 25737.



Abb. 11: Pass-Foto von Karl Oppenheimer vor seiner Emigration in die USA. Quelle: HStAD, Best. G 15 Alsfeld, Nr. Q 173, Aufn. Nr. 1261.

Martha Oppenheimer geb. Kahn, Witwe Karl Oppenheimers, erklärte in ihrem Entschädigungsantrag, ihre Familie habe für 3 ½ Schiffskarten (3 Erwachsene, 1 Kind, d. Verf.) incl. Bordgeld 1 750 Mark bezahlt.

„Für die Reisen nach Stuttgart zum Amerikanischen Konsulat, um unser Einreisevisum für Amerika zu erhalten, entstanden uns mit Übernachtungen und der Reise an den Seebafen Hamburg nochmals 500,-- Unkosten. Wir benutzten für unsere Überfahrt den Dampfer „Deutschland“.

Wir verpackten durch die Firma Danzas & Cie. einen Lift und bezahlten für die Herstellung des Liftes, Fracht und Verpackung bis New York 1400,--. Vom Pier in die Wohnung zu bringen kostete der Lift nochmals \$ 50,-- 210,-- Mein verstorbener Ehemann war in der kaufmännischen Lehre bei der Firma Spier, Manufakturgeschäft und Konfektion & Möbel in Alsfeld und blieb dann weiter in dieser Stellung. Später fing er sein eigenes Geschäft in Angenrod an, im elterlichen Hause.

Ich selbst war stets im Geschäft mit tätig.

Das Geschäft ging sehr gut und verdienten wir in den Jahren 1930 bis 1932 durchschnittlich pro Jahr Mk. 3000 bis Mk. 4000,-.

Nach der Machtergreifung Adolf Hitlers im Jahr 1933 änderte sich das gewaltig. Der Antisemitismus war in Angenrod und der Umgegend besonders groß und unsere Kunden wagten nicht mehr, unseren Laden zu betreten, ebenso wurde uns auch der Einkauf erschwert. Die Geschäfte, die wir ab und zu noch gewissermaßen hinten herum tätigen konnten, brachten keinen Nutzen mehr und wir mussten von unserem Vermögen leben.

In Angenrod war Martha Oppenheimer geb. Kahn noch im Geschäft ihres Mannes tätig gewesen. Auch ortsintern war dieses Geschäft, wie Zeitzeugen überlieferten, eine gute Adresse für den Kauf von Weißwaren, also Textilien.

Im Antrag nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und unter Beifügung einer Bedürftigkeitsbescheinigung des Deutschen Generalkonsulats in Boston (USA) sowie eines ärztlichen Attests führt der mit Vollmacht beauftragte Anwalt adressiert an die Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten Darmstadt aus: „... ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Anbetracht des leidenden Zustandes der Witwe und der Bedürftigkeit baldmöglichst in eine Bearbeitung eintreten würden ...“

Mein Sohn setzte alles daran, um auswandern zu können, was uns aber erst im März 1937 gelang.

In Amerika angekommen fand mein Mann ab 1. Juli Arbeit. Er verdiente im Jahre

1937	\$ 250,-
1938	\$ 580,-
1939	\$ 700,-
1940	\$ 750,-
1941	\$ 825,-
1942	\$ 1544,95
1943	\$ 1558,87
1944	\$ 1344,47
1945	\$ 1764,06

....

Ich mache meine diesbezügl. Ansprüche hiermit geltend.“

Zum Antrag Martha Oppenheimers nahm Angenrods Nachkriegsbürgermeister Willi Müller mit Schreiben an den Regierungspräsidenten vom 12. November 1955 befürwortend Stellung. Er teile mit, dass die im Entschädigungsantrag dargelegten Schilderungen der Antragstellerin „in vollem Umfange der Wahrheit entsprechen. Eine Abmeldung des Manufakturwarengeschäftes im hiesigen Gewerbetagebuch ist niemals erfolgt.

Die vierköpfige Familie Oppenheimer hat sich lt. polizeilichem Melderegister am 16. Februar 1937 nach Hartford/Conn./USA abgemeldet. Der mutmaßliche aus dem Gewerbebetrieb erzielte jährliche Gewinn dürfte die angegebene Summe von 3000,- bis 4000,- RM erreicht haben.

Haus- und Grundbesitz besaßen die Eheleute Karl und Martha Oppenheimer in Angenrod nicht. Dieser war vielmehr im Besitz des Vaters und Onkels von K. Oppenheimer und wurde auch vor der Auswanderung zum Betrage von 11000,- DM veräußert.

Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der Ansuchenden und ihres Ehemannes sind mit denen eines mittleren Angestellten vergleichbar.“

Im Festsetzungsbescheid der Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten Darmstadt vom 5. November 1956 wird dann Martha Oppenheimer sowie ihrem Sohn Alfred Oppenheimer als Erben des verstorbenen Ehemannes und Vaters Karl Oppenheimer offiziell mitgeteilt, dass sie Anspruch auf eine Kapitalentschädigung wegen Schadens in beruflichem Fortkommen hätten. Die nicht unerhebliche Gesamtsumme werde in zwei Raten, der weitaus größte Teil umgehend fällig, der kleinere Rest-Teil dann am 1.4.1957.

Ein weiterer Antrag von Martha und Alfred Oppenheimer als Erben Karl Oppenheimers wegen Verlustes des good-will, des vom Erblasser in Angenrod betriebenen Geschäftes, wurde später aber mit Bescheid vom 8.4.1960 abgelehnt. Mit am 13.9.1960 bei Gericht eingegangenen Schriftsatzes erhoben die Kläger dann Klage gegen diesen Ablehnungsbescheid. Sie wendeten sich hierbei insbesondere gegen die Höhe des von der Entschädigungsbehörde angenommenen und

von dem Jahresverdienst des Erblässers abgesetzten Unternehmerlohns. Auch diese Klage gegen das Land Hessen (Entschädigungsbehörde Darmstadt) wurde am 10.02.1961 mit Urteil des Landgerichts Darmstadt abgewiesen.

Rauch, Frieda geb. Wertheim * 25.04.1914 in Angenrod⁷²

Frieda Rauch geb. Wertheim war erstgeborenes Kind der Eheleute Simon und Jenny Wertheim geb. Oppenheimer und Schwester von Fritz und Meta Wertheim, alle in der Angenröder Judengasse in unmittelbarer Nähe der Synagoge zur Welt gekommen. Im großen Gruppenbild von der Tanzschule in Angenrod um Mitte der 1920er-Jahre ist sie als junges Mädchen mit abgebildet, später auch auf dem Foto der Oberklasse der Angenröder Volksschule.

In der Hoffnung, sich durch Wegzug von Angenrod in das von der Judenverfolgung im Dritten Reich sicher geglaubte Frankfurt am Main zu retten, verließ die fünfköpfige Familie um Simon Wertheim ihren Heimatort Angenrod. Es waren insgesamt 16 Angenröder Israeliten, die es ihnen gleich taten. Doch die Hoffnung sollte sich nicht erfüllen.

Frieda Wertheims Eltern und ihre beiden Geschwister Fritz und Meta wurden wie so viele ihrer Glaubensangehörigen jüdischer Konfession auch in Frankfurt von der Gestapo verhaftet und letztlich über den Ostbahnhof in der Mainmetropole deportiert. Alle vier wurden im Sammellager Minsk ermordet und somit Opfer der Shoah.

Frieda Wertheim war es aber, wie sie in den nach dem Krieg verfassten Entschädigungsakten beschrieb, gelungen, 1938 nach England und nach ihrer Heirat in London 1948 in die USA auszuwandern.

In ihrer offiziellen Wiedergutmachungs-Eingabe an die Behörde im August 1959 – Frieda Rauch war damals 45 Jahre alt – beschrieb sie ihren Lebensweg mit folgenden Worten:

„Ich, Frieda Rauch geb. Wertheim, bin am 25. April 1914 in Angenrod, Krs. Alsfeld, geboren. Meine Eltern waren Simon und Jenny Wertheim, Angenrod. Mein jetziger Wohnsitz ist: Gary, Indiana, U.S.A. Ich habe vom Anfang bis zum Ende die Gemeinde-Schule in Angenrod, Krs. Alsfeld (8 Jahre) besucht. Nach Ablauf meiner Schulzeit folgte ich dem Wunsch meiner Eltern, den Haushalt zu erlernen. Im Jahre 1930 verließ ich das Elternhaus und übersiedelte nach Frankfurt am Main, um mich weiterhin praktisch auszubilden. Nachdem ich ausreichend Kenntnisse erworben hatte, bekam ich eine Anstellung bei Professor Isaac, Frankfurt a. M., Kettenhofweg 112 als Haushalts- und Sprechstunden-Hilfe, im Jahre 1933.

In dieser Stellung verblieb ich bis zu meiner Auswanderung im Jahre 1938 nach England. Obwohl ich bei Prof Isaac ein monatliches Gehalt bezog, kann ich mich auf die Höhe desselben nach dieser langen Zeit nicht mehr erinnern. Die Schiffs- und Bahnreise bis zu meinem Bestimmungsort wurde von Prof. Isaac verauslagt und mir

72 HHStAW, Abt. 518, Nr. 49622.

nicht bekannt, ebenso wenig der Name des Schiffes erinnerlich. Im Jahre 1938 fand ich Anstellung als Köchin für Allgemeine und Diät-Küche in dem deutsch-englischen Boardinghouse, Nr. 2, Adamson Road, London NW. 3., England unter Leitung von Dr. Pick (M.D.) und Mrs. Pick.

In dieser Stellung verblieb ich bis zu meiner Weiterreise nach Amerika im Jahre 1948. Diese Stellung hatte ich ca. 10 Jahre inne und mein Verdienst war etwas über 3,- englische Pfund per Woche, was ca. 160 Pfund im Jahre betrug und auf die Dauer meiner Anstellung (10 Jahre) ca. 1600 engl. Pf., welches nach deutscher Wertung etwa RM 32000,-- ausmachen sollte.

Am 30. Juni 1944 hatte ich geheiratet (Arthur Rauch).

Hier in Amerika folge ich weiterhin meinem Beruf.

Hiermit versichere ich an Eidesstatt, dass obenstehende Angaben von mir nach bestem Wissen gemacht worden sind.

GARY, Indiana, U.S.A., den 11. August 1959

763 Mississippi-street“

Der Antrag Frieda Rauchs auf Entschädigung für Schaden an beruflichem Fortkommen wurde mit Bescheid vom 15.11.1961 zwar als zulässig, aber als nicht begründet erachtet. Die wenigen Wochen, die die Antragstellerin einer beruflichen Tätigkeit nicht nachgehen habe können, genügten nicht, ihr einen Entschädigungsanspruch zuzubilligen. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Auch das Begehren Frieda Rauchs vom 21.03.1973 auf Wiederaufgreifen des durch Bescheid vom 26.03.1968 abgeschlossenen Entschädigungsverfahrens wegen Schadens in beruflichem Fortkommen und auf Gewährung einer weiteren Entschädigung im Wege der Abhilfe wurde mit Bescheid vom 17.07.1978 von der Entschädigungsbehörde Wiesbaden abgelehnt. Begründet wurde dies mit der Einkommenssituation der Antragstellerin.

Frieda Rauch stellte auch Anträge auf „Grund des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ bezüglich ihrer in der Shoah ermordeten Eltern Simon und Jenny Wertheim geb. Oppenheimer sowie ihrer Geschwister Fritz (*21.03.1917)⁷³ und Meta Wertheim (*31.03.1919).⁷⁴ Nach Einsprüchen Frieda Rauchs gegen die Bescheide wurde das Verfahren dann von der Entschädigungskammer des Landgerichts Wiesbaden mit Bescheid vom 10.03.1967 und Gewährung einer weiteren Kapitalentschädigung wegen Schadens im beruflichen Fortkommen des Erblassers (ihres Bruders Fritz Wertheim, d. Verf.) abgeschlossen.

73 HHStAW, Abt. 518, Nr. 42958.

74 HHStAW, Abt. 518, Nr. 55413.

Rothschild, Isidor *01.02.1898 in Angenrod,
gest. 22.04.1959 in Johannesburg (Südafrika)⁷⁵



Abb. 12: Pass-Foto von Isidor Rothschild vor seiner Emigration nach Südafrika.
Quelle: HStAD, Best. G 15 Alsfeld, Nr. 0015.

Der Angenröder Emigrant Isidor Rothschild, damals geboren und wohnend im Haus der „Heschjes“, also Nachfahre des Angenröder Handelsmannes David Hirsch Rothschild (1828–1916)⁷⁶, schilderte in seinem Antrag an den Regierungspräsidenten in Darmstadt – Fachbehörde nach dem Entschädigungsgesetz – seinen Verfolgungsvorgang und somit auch seiner dreiköpfigen Familie mit Frau Irene geb. Stein⁷⁷ überaus detailliert und engagierte:

„Ich, der Unterzeichnete Isidor Rothschild, bin in Angenrod Kreis Alsfeld (Hessen) am 1.2.1898 als Sohn der jüdischen Eheleute Hermann Rothschild und Frau Lina geborene Schaumberg geboren. Beglaubigte Fotokopie meiner Geburtsurkunde zum Nachweise meiner jüdischen Abstammung liegt bei.

Ich habe am 6.2.1927 mit Irene geborene Stein, Tochter der jüdischen Eheleute Aron Stein und Frau Jeanette geborene Rothschild vor dem Standesamt

in Reichensachsen Kreis Eschwege die Ehe geschlossen.

Aus unserer Ehe ist eine Tochter (Sonja, d. Verf.) hervorgegangen.

Als Volljuden waren ich und meine Familie nach der Machtübernahme den bekannten Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt.

Ich betrieb in Angenrod ein Manufakturwarengeschäft, Handel mit Nähmaschinen und Viehhandel. Ich hatte ausschließlich nichtjüdische Kundschaft, die unter dem Einfluss des Judenboykotts wegbleiben musste. Angenrod ist nur ein kleiner Platz und meine Kunden konnten nicht mehr wagen, meine Geschäftsräume zu betreten. Ich konnte keine öffentlichen Viehmärkte mehr beschicken.

75 HHStAW, Abt. 518, Nr. 33090.

76 Der Grabstein von David Hirsch Rothschild mit seinen Lebensdaten ist noch auf dem Angenröder jüdischen Gemeinschaftsfriedhof vorhanden.

77 Ein Passfoto von Irene Rothschild ist archiviert bei: HStAD, Best. Q 173, Nr. 1281.



Abb. 13: Historisches Wohnhaus der „Heschjes“ (Rothschild) in der Angenröder Judengasse.
Foto: Bilder-Archiv Edmund Bonn.

Meine Firma war unter dem Firmennamen Hermann Rothschild im Handelsregister eingetragen. Mein Vater war mein Geschäftsvorgänger, der im Jahre 1895 die Firma von seinem Vater D. H. Rothschild (David Hirsch Rothschild, d. Verf.) übernommen hatte. Infolge des Judenboykotts kam diese alte Firma zum Erliegen. Meine Firma wurde 1937 von Amtswegen im Handelsregister gelöscht.

Da ich weitere Verfolgungsmaßnahmen fürchtete, beschloss ich auszuwandern. Ich verließ mit meiner Familie und meinem 71-jährigen Vater Deutschland am 5. Oktober 1936, um mir in Südafrika eine neue Existenz zu gründen.“

Nach dieser persönlichen Schilderung des Auswanderers folgte seine Versicherung an Eidesstatt, wie bei allen Entschädigungsanträgen bei der zuständigen Behörde erforderlich und auch üblich.

Seine Schilderung datierte Isidor Rothschild am 19. Oktober 1955 mit eigenhändiger Unterschrift unter seine maschinenschriftlichen Ausführungen. Beglaubigt wurde sein Autograph vom zuständigen Beamten des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Johannesburg mit dem gleichen Datum.

In seinen „Erläuterungen der Schadenfälle“, zunächst Schaden an Eigentum und Vermögen, verdeutlichte Rothschild weitere Details im Zusammenhang mit seiner Auswanderung aus Deutschland.

Durch seine und seiner Familie aus „rassischen Gründen notwendige Auswanderung“ habe er, Isidor Rothschild, folgende Auswanderungskosten aufwenden müssen:

„Ich bin mit meinem alten Vater (den damals 71 jährigen Hermann Rothschild, d. Verf.), meiner Ehefrau und einem Kind (Sonja, d. Verf.) im Oktober 1936 nach Südafrika ausgewandert, und wir haben für Fahrkosten von Angenrode (sic) über Frankfurt, Schweiz bis zum Abfahrtschafen Genua nach bester Erinnerung mit Übernachten in Frankfurt und Genua schätzungsweise etwa Mk. 500,-- aufwenden müssen.

Wir mussten in Genua 4 Nächte übernachten, um auf die Abfahrt des Schiffes zu warten. Wir fuhren mit dem Dampfer „Duilio“ von Genua bis Kapstadt und die Schiffskosten betragen £ 208,8/3. Wir mussten I. Klasse fahren, da keine billigere Klasse mehr verfügbar war und die Einwanderung meines Wissens für Südafrika Ende 1936 gesperrt wurde. Ich besitze noch die Schiffskarte und lege eine beglaubigte Fotokopie diesem Antrage bei.

Eisenbahnkarte von Kapstadt nach Johannesburg (circa ... km, d. Verf.) betrug £ 8,10 pro Person für Erwachsene und 4,5 für mein Kind. Ich habe somit insgesamt £ 29,15 für die Fahrkarten bezahlt.

Frachtkosten:

Meine Familie hatte die Erlaubnis erhalten, 2 Lifte mit nach Südafrika zu verbringen. Der Transport wurde von der Firma Danzas & Co. in Frankfurt a/M. ausgeführt. Die Frachtkosten für die Lifte betragen Mk. 3 800,-- und wurden in 2 Teilbeträgen von 2800 und 1000 Mk. am 5. und 9.10.1936 dort bezahlt. Ich besitze noch die beiden Quittungen und lege dieselben in beglaubigter Fotokopie diesem Antrage bei.

Weitere Frachtkosten entstanden durch Versendung von Schiffskoffern; die Verfrachtung wurde ebenfalls von der Firma Danzas vorgenommen, und ich habe dafür am 12. Oktober 1936 dort bezahlt. Ich besitze noch die beiden Quittungen und lege dieselben in beglaubigter Fotokopie diesem Antrage bei.

Weitere Frachtkosten entstanden durch Versendung von Schiffskoffern; die Verfrachtung wurde ebenfalls von der Firma Danzas vorgenommen, und ich habe dafür am 12. Oktober 1936 mit Scheck Nr. 079686 von meinem Konto Nr. 1761 bei der Bezirks-Sparkasse in Alsfeld den Betrag von 434,-- bezahlt. Ich besitze noch den Original Scheckabschnitt und kann denselben auf Verlangen jederzeit in Vorlage bringen.

Durch meine Auswanderungskosten, wie oben geschildert, habe ich eine schwere Schädigung in meinem Eigentum und Vermögen erlitten. Ich habe vor meiner Auswanderung meinen Grundbesitz verkauft und den Erlös hierfür musste ich zur Finanzierung verwenden.

Ich kam vollkommen mittellos mit meiner Familie in Südafrika an.

Ich bitte und beantrage den Ersatz der Auswanderungskosten.

Verschleuderungsschaden:

Eine weitere schwere Schädigung in meinem Eigentum und Vermögen habe ich dadurch erlitten, dass ich mein Warenlager verschleudern musste.

Ich betrieb außer dem Viehhandelsgeschäft noch ein Manufakturwarengeschäft und hatte den Vertrieb der Nähmaschinen (Seidel & Naumann). Vor meiner Auswanderung hatte ich noch ein Warenlager im Schätzungswerte von Mk. 6000,--. Ich kann dies mit Bestimmtheit versichern.

Einige Monate vor meiner Auswanderung musste unsere Dienstmagd Maria Müller, jetzte (sic) Frau Annuss (Annuß, d. Verf.), die Schwester des späteren Bürgermeisters Willi Müller aus unseren Diensten ausscheiden, aber Frau Annuss (Annuß, d. Verf.) kann als Zeugin darüber vernommen werden, dass wir ein großes Warenlager besaßen und dass wir um jeden Preis ausverkauften. Die Familie Müller hat sich selbst an diesem Ausverkauf beteiligt, und kann über die Verschleuderungspreise Auskunft geben. Der vorgenannte Betrag von Mk. 6000 war mein Kostpreis und nach meiner besten Erinnerung habe ich alles für die Hälfte weggegeben.

Ich beziffere den Verschleuderungsschaden mit rund Mk. 3000,- und bitte um Ersatz desselben.

Boykottschaden:

Durch den Boykott hat meine Firma erheblichen Schaden erlitten. Es dürfte bekannt sein, dass durch die Verfolgung insbesondere die jüdischen Viehhändler gelitten haben. Ich betrieb neben dem Viehhandel noch ein Manufakturwarengeschäft, in welchem sich der Boykottschaden in geringerem Ausmaße bemerkbar machte. Ich habe die Firma von meinem Vater im Jahre 1927 übernommen, mein Vater hatte dieselbe Firma von seinem Vater im Jahre 1895 übernommen. Meines Wissens wurde unser Geschäft schon seit dem Jahre 1817 an demselben Platze betrieben.

Ich kann keine genauen Angaben über meine Einkommensverhältnisse in den letzten 3 Jahren vor der Verfolgung machen. Das Finanzamt Alsfeld hat mir mitgeteilt, dass keine Steuerakten mehr vorhanden seien. Ich kann aber mit Bestimmtheit sagen, dass mein Einkommen in den letzten 3 Jahren vor der Verfolgung jährlich zwischen 6 und 7000 Mk. gewesen ist. Ich benenne einen Herrn Willi Müller, der im Jahre 1946 Bürgermeister der Ortschaft Angenrod war und mein Geschäft kannte, als Zeugen für meine obigen Angaben. Seine Schwester Maria Annuss (Annuß, d. Verf.) geborene Müller war bei uns bedienstet und kann ebenfalls als Zeugin vernommen werden.

Durch den Boykott ist mein Einkommen nach und nach zurückgegangen und meine Firma ist durch den Boykott zu Grunde gerichtet worden. Ich beziffere den Boykottschaden nach Jahren gesondert wie folgt: ...

Da nach meinem besten Gewissen und Erinnerung mein Einkommen vor der Machtübernahme durchschnittlich jährlich Mk 6500,- betrug, so habe ich nach der Machtübernahme bis zu meiner Auswanderung einen Boykottschaden von insgesamt Mk. 15 000,-- erlitten. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die Schätzung eine sehr vorsichtige ist, und dass ich mich bemüht habe, an der unteren Grenze zu bleiben. ...

Verlust des Geschäftswertes meiner Firma:

Durch die rassistische Verfolgung wurde meine Firma zugrunde gerichtet, und ich musste dieselbe schließen.

Am 3. Mai 1937 wurde meine seit mehr als 100 Jahre bestehende Firma, die immer im Familienbesitz und im Handelsregister des Amtsgericht Alsfeld eingetragen war, gelöscht.

Das Durchschnittseinkommen in den letzten 3 Jahren vor der Verfolgung betrug mindestens Mk. 6.500,-

Als Geschäftswert (Firmenwert) wird gemäß kaufmännischer Gepflogenheit das Reineinkommen für 3 Jahre bilanzmäßig angesetzt. Im Falle eines ordnungsmäßigen Verkaufs der Firma werden mindestens 2 Jahreseinkommen als Verkaufswert in Ansatz gebracht.

Beweis: *Auskunft der Handelskammer Giessen oder Darmstadt. Der Verkaufswert meiner Firma war daher Mk. 13.000,-, nämlich zwei Jahreseinkommen von je Mk. 6.500,-.*

Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen.

Zu a) Durch Verdrängung aus einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschließlich landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Ich habe bereits oben ausgeführt, dass ich Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Firma Hermann Rotschild, Vieh- und Manufakturwaren war und dass ich in den Jahren vor der Verfolgung ein Durchschnittseinkommen von mindestens Mk. 6.500,- hatte. Daneben hatte ich noch ein Einkommen aus meiner Landwirtschaft von 12 Morgen Grund und Boden und drei Holzberechtigungen aus dem Katzenberg.

Über den Umfang meiner Firma können heute noch lebende Landwirte in Angenrod und Katzenberg Auskunft geben.

Durch die rassistische Verfolgung habe ich mein Einkommen aus meiner Firma vollkommen verloren und hierdurch meine Altersversorgung eingebüßt. Aus meinem Einkommen konnte ich meine Familie, einschließlich meines alten Vaters, gut bürgerlich ernähren und konnte außerdem Ersparnisse machen.

All dies habe ich durch meine erzwungene Auswanderung verloren, und ich habe lediglich die mir zur Mitnahme erlaubten Gegenstände nach Suedafrika (sic) verbracht und musste einen Teil derselben in Suedafrika (sic) verkaufen, um mit meiner Familie die erste Zeit leben zu können.

Ich möchte erwähnen, dass ich eine sehr gute Schul- und Berufsausbildung genossen habe. Ich habe das Zeugnis der mittleren Reife nach sechsjährigem Besuch der Oberrealschule in Alsfeld erhalten, habe anschließend daran für 2 Jahre die Handelschule in Marburg besucht und meine kaufmännische Lehrzeit bei der Firma M. Eichelberg Nachf., Manufakturen Engros in Marburg a. d. Lahn verbracht.

Ich war Frontsoldat im ersten Weltkrieg, wurde zwei mal (sic) verwundet. Ich war Vorstand der Israelitischen Gemeinde in Angenrode (sic) und weiß daher, dass ich innerhalb der Juedischen (sic) Gemeinde Angenrods der höchste Steuerzahler war. Auch dies lässt einen Rückschluss auf mein Einkommen zu.

Als ich in Südafrika ankam, konnte ich wegen der Sprachschwierigkeiten keine Anstellung finden. Mein Schwager, Fritz Stein, der schon seit 1927 hier ansässig ist, hat mich und meine Familie unterstützt. Ich war unter diesen Umständen ge-

zwungen, Ende 1937 einen Hausierhandel anzufangen und habe denselben bis Ende 1941 betrieben.

Mein Einkommen war gering und reichte nicht aus, um meine Familie zu ernähren. Ich brauchte auch nicht wegen meines geringen Einkommens keine Steuern bezahlen. Meine Frau hat durch Strümpfe stopfen und Wäsche flicken ein wenig zum Unterhalt beigetragen. Ohne die Unterstützung meines Schwagers hätte ich die Wohlfahrt in Anspruch nehmen müssen. Mein Vater wurde in einem Altersheim untergebracht und ist dort im Jahre 1941 verstorben.

Meine erste Anstellung fand ich in Maquassi in Western Transvaal auf dem Lande. Ich verdiente monatlich £ 25,- Ich verblieb bei dieser Firma für 8 Jahre bis zum Jahre 1949. Dann fand ich Anstellung in einem Hotel (Welverdiend) auf dem Lande, etwa 75 km von Johannesburg entfernt.

Infolge eines Nierenleidens wurde ich am 1. Juli 1954 arbeitsunfähig, da mir eine Niere entfernt wurde. Ich bin seit dieser Zeit in ständiger ärztlicher Behandlung.

Bei der Feststellung der Entschädigung für den Schaden, den ich in meinem beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen erlitten habe, bitte ich zu berücksichtigen, dass das südafrikanische Pfund im Verhältnis zur deutschen Mark nur eine Kaufkraft von Mk. 6.20 besitzt und dass das Deutsche Konsulat in Johannesburg dies jederzeit bestätigen kann.

Ich bin belehrt worden, dass die Bundesversicherungsanstalt in Berlin, Wilmersdorf, Rubrstrasse 2, dieses Umrechnungsverhältnis von Mk. 6.20 anerkannt hat und das Einkommen, welches Mitglieder der Bundesversicherungsanstalt in Südafrika haben, nur mit Mk. 6.20 für das südafrikanische Pfund in Anrechnung bringt.

Ich bitte hierüber bei vorgenannter Bundesversicherungsanstalt eine Bestätigung anzufordern. (Dienststelle I/6 Ausland).

Ich bitte und beantrage hiermit, mir den Schaden zu ersetzen, den ich im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen nach Massgabe vorstehender Ausführungen erlitten habe.“

Die Entschädigungssachen Isidor Rothschild und nach dessen Ableben am 22.04.1959 für dessen Frau und Witwe als Alleinerbin wurden in einem jahrelangen Verfahren über die United Restitution Organization (URO) mit Sitz in Frankfurt am Main, Grüneburgweg 119, abgewickelt.

Auf Antrag von Irene Rothschild geb. Stein vom 06.01.1966 wurde mit Bescheid der Entschädigungsbehörde in Darmstadt vom 16.04.1966 über die zuvor wegen Auswanderungskosten bereits gewährte Entschädigungsleistung hinaus eine weitere Entschädigung wegen Nutzungsschaden in allerdings geringfügiger Höhe zugesprochen. Der Wohnort der Witwe Isidor Rothschilds war damals Yeoville, Johannesburg (Südafrika).

Ihrem Mann als Erblasser war mit Bescheid vom 22.07.1957, also noch zu dessen Lebzeiten, eine nennenswerte Entschädigungssumme bezüglich der entstandenen Auswanderungskosten zuerkannt worden.

Mit einem offiziellen Schreiben der URO an den Regierungspräsidenten Darmstadt – Entschädigungsbehörde – vom 08.01.1969 wird dann das Verfahren abgeschlossen.

Unter Bezugnahme auf das Schreiben der Behörde vom 23.12.1968 bestätigt die URO die Erledigung des Nutzungsschadens aufgrund des behördlichen Bescheids vom 16.04.1968. Die Witwe Irene Rothschild, so ist zu lesen, „erhält vom Tode ihres am 22.04.1959 verstorbenen Ehemannes Isidor Rothschild ab eine laufende monatliche Berufsschaden-Witwenrente. Die Akte nach Isidor Rothschild ist bei uns als erledigt weggelegt.“

Rothschild, Mathilde geb. Levi * 10.10.1871 in Angenrod⁷⁸

Mathilde Rothschild geb. Levi war es wie nicht allzu vielen Angenröder Israeliten gelungen, durch Emigration in die Vereinigten Staaten dem tödlichen Zugriff der Nationalsozialisten im Deutschen Reich zu entkommen.

Als ein Mitglied der Angenröder Familienlinie der Levi („Lejbjes“), abstammend von dem vermutlichen Viehhändler und Schutzjuden Löb Levi (1782–1842),⁷⁹ war ihr Geburtshaus das auch heute noch an der Bundesstraße 62 stehende Wohnhaus der Levi, ab Mitte der 1930er Jahre der Familie Ludwig Jost. Mathilde Rothschild war Tochter des Joseph Levi (1849 –) und seiner Ehefrau Ester geb. Mayerfeld. Ihre Großeltern väterlicherseits waren Herz Levi und dessen Frau Karoline geb. Rosenberg.

Der standesamtlichen Eintragung von Angenrods Bürgermeister Heinrich Obermann zufolge war Mathilde Levi das neunte Kind ihrer Eltern. Zeugen der amtlichen Erklärung waren damals Karl Selzer und Manasse Oppenheimer, Geburtshilfe hatte Angenrods Hebamme Elisabeth Selzer geleistet.⁸⁰

Am 4. Januar 1939 ergänzte Angenrods Bürgermeister im Dritten Reich, Karl Hoffmann, diesen Geburtseintrag dann noch mit dem Vermerk:

„Gemäß § 2 der 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938 hat die Nebenbezeichnete mit Erklärung vom 2. Januar 1939 mit Wirkung vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich den weiteren Vornamen Sara angenommen.“

In ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 27. Juli 1953, verfasst in ihrem neuen Wohnort New York, gibt die gebürtige Angenröderin einen detaillierten Einblick in ihre bis dato bereits fast 82jährige Vita:

78 HHStAW, Abt. 518, Nr. 57495.

79 Mathilda Wertheim Stein in *The way it was – The Jewish World of Rural Hesse*, Frederick Max Publications, 2000. S. 53.

80 HStAD, Bestand C 12, Nr. 279/6, S. 68.

„Ich, die Unterzeichnete Mathilde Rothschild Witwe geb. Levi, geb. 10.10.1871 in Angenrod, früher wohnhaft in Alsfeld, Oberbessen, später Fulda, jetzt wohnhaft 80 Fort Washington Avenue New York 32 N.Y. USA betrieb das von meinem Manne Abraham Rothschild in Alsfeld in den Neunziger Jahren unter der Firma: Moses Rothschild Sohn, Leder & Schuhmacher-Artikel, Baugasse Alsfeld gegründete Geschäft, nach dessen Tod im Jahr 1923, weiter.

Ich war schon immer mittätig im Geschäft, sodass ich genügend Branchenkenntnisse besaß und die treue und alte Kundschaft mir sehr zugetan war. Mein Geschäft war gut florierend und hatte ich in den Jahren vor 1933 ein netto Einkommen von ca. RM 6000,- jährlich.

Dies änderte sich jedoch alles nach der Machtergreifung Hitler's im Jahr 1933. Durch den Boykott gegen jüdische Geschäfte und die überall eingerichtete Kontrolle, dass niemand jüdische Geschäfte betrat, kam mein Geschäft vollkommen zum Erliegen. Im Jahr 1927 hatte ich meinen Neffen mit in mein Geschäft genommen, der reiste und die Kundschaft in der Umgebung besuchte.

Ab 1933 musste er aber seine Reisetätigkeit vollkommen einstellen, denn er konnte sich nicht mehr getrauen Ortschaften zu besuchen, an deren Eingang große Schilder angebracht waren:

„Juden unerwünscht“ oder „Juden haben keinen Zutritt“.

Gerade in der Alsfelder Gegend und in ganz Oberbessen war {sic} die Gewalt und der Zwang der Nazis ganz ungeheuer.

Bekanntlich wurden in unserer Branche die Waren auf Kredit verkauft, und so hatte ich noch im Jahre 1933 große Außenstände, die früher regelmäßig eingingen. Durch die Propaganda Hitler's, dass man an J u d e n nichts zu bezahlen brauchte, meinten auch meine Kunden, dass ihre Schulden erlassen wären, und es ging bei mir nur wenig oder gar kein Geld mehr ein. Ich hatte große Last, meine Außenstände zu realisieren. Da mein Geschäft nicht mehr ging, musste ich von meinem Vermögen leben und zwar vom Jahre 1933. – Das Leben in Alsfeld wurde für J u d e n unerträglich, und so verzog ich im Jahre 1938 nach Fulda. Erst im Jahre 1941 konnte ich nach USA auswandern, aber hier keine Arbeit finden und wurde von meinen Verwandten unterstützt.

Ich mache hierdurch meine Ansprüche für meinen Existenz-Verlust ab dem Jahre 1933 geltend.

Als Zeugen für altrenommiertes gutgehendes Geschäft überreiche ich in Anlage zwei eidesstattliche Versicherungen von:

- 1) Moritz Floersheim früher Alsfeld jetzt 608 West 177 Street, New York N.Y. USA.*
- 2) Arthur Rothschild früher Alsfeld jetzt 68 Bennet Ave New York ebenso {sic} die Bürgermeisterei Alsfeld.*

Die hier gemachten Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem untenstehenden beglaubigenden Notar und den zuständigen Deutschen Behörden.

New York, den 27. Juli 1953

*Autograph Mathilde Rothschild Wwe. geb. Levi
(MATHILDE ROTHSCHILDE geb. Levi)*

*State of New York
County of New York
Sworn to before me this 27th day of July 1953 by (Autograph und Stempel Benjamin Morgenstern)*

Mit Bescheid des Regierungspräsidenten Kassel vom 23.04.1957 wurde der Antragstellerin eine laufende monatliche Rente für Schaden in wirtschaftlichem Fortkommen unter Einreihung der Verfolgten in die vergleichbare Beamtengruppe des mittleren Dienstes für die Zeit vom 01.04.1933 bis zum 10.10.1941 zugesprochen.

**Schaumberger, Prof. Dr. Hugo *11.08.1875 in Angenrod,
gest. 08.01.1962 in Neustadt/Weinstr.⁸¹**

Hugo Schaumberger wurde am 11.08.1875 als Sohn des Ellenwarenhändlers Haune Schaumberger und dessen Ehefrau Thirza Bein aus Steinach (Bayern) geboren.⁸²



Abb. 14: Prof. Dr. Hugo Schaumberger, auch letzter Leiter des Frankfurter Philantropins in der Hebelstraße. Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Best. S 2/661.

Er war ältestes Kind der insgesamt fünf Kinder – drei Brüder: Alexander, geb. 03.11.1877, Max, geb. 24.10.1879 und Simon, geb. 01.01.1882 – und eine Schwester, Jeanette, geb. 11.02.1886. Geheiratet hatten Hugo Schaumbergers Eltern am 07.08.1873 in Angenrod vor dem Standesbeamten, dem Grhzgl. Bürgermeister Heinrich Obermann.⁸³

Geburts- und Wohnhaus der Familie war das damalige Haus Nr. 2 Angenrods, am Ortsausgang der Billertshäuser Straße gelegen. Dorfintern wurde es als „Manesse-Haus“ bezeichnet. Dieses Haus wurde 1937, als die letzten Israeliten dieses Hauses (Familien Hirsch und Zaduk Oppenheimer) in der NS-Zeit Deutschland verließen, von dem Angenröder Landwirt Johannes Geisel („Kochs“) gekauft und als Alterssitz bewohnt. Es ist heute das älteste Wohnhaus Angenrods und dürfte, wie auch eine historische Erinnerungstafel seit 2005 dokumentiert, um 1650 erbaut worden sein.

81 HHStAW, Abt. 518, Nr. 84602.

82 HStAD, Best. C 12, Nr. 279/6 (Aufnahmenummer. 101).

83 HStAD. Best-C 12, Nr. 279/10 (Aufnahmenummer: 30).

Er mag – legt man die biographischen Angaben zu Gabriel Bamberger zugrunde – der wohl zweite Angenröder Professor, wiederum Bürger israelitischer Konfession, gewesen sein: Hugo Schaumberger (1875–1962), promovierter Lehrer am ehemaligen Frankfurter Philantropin – ein Mitglied der ehemals großen israelitischen Religionsgemeinde in Angenrod. Quellen aus dem Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main erhellen die Vita und Persönlichkeit des geborenen Angenröders, der in Gießen promovierte, den Großteil seines Lebens in Frankfurt lebte und wirkte, nach seiner Emigration nach Belgien wieder in die Mainmetropole zurückkehrte und im hohen Alter von 86 Jahren in Neustadt an der Weinstraße in einem jüdischen Altenheim starb.

Nach gegenwärtigem Stand der Geschichtsforschung ist also Prof. Gabriel Bamberger (1845–1909) der erste Angenröder Professor, Schaumberger der wohl zweite. Schon Helmuth Riffer hatte in seinem Beitrag „Die jüdische Gemeinde zu Angenrod“ (1989) Hugo Schaumberger als herausragende Persönlichkeit der Angenröder Geschichte schlagwortartig dokumentiert. Als Schaumberger 1875 geboren wurde, verfügte der jetzige Alsfelder Stadtteil bereits über eine weit über hundertjährige Geschichte, was die Zugehörigkeit von Juden zum Ort anbelangt.

Der Name Schaumberger ist übrigens in Angenrod erst seit Anfang des 19. Jahrhunderts vertreten. Die Linie der Schaumbergers hat Dr. Ursula Wippich (Schöppingen) in ihrem handgeschriebenen „Memorbuch über Klein-Jerusalemern“ (1981)⁸⁴ sehr weit zurückverfolgt. Wippichs Recherchen zufolge kamen Schaumbergers um 1700 mit der Zinzendorfer Brudergemeinde zugleich in der Ronneburg an und in den Schutz des Grafen von Büdingen.

Sie kamen aus Chamblay le Pagne sur Moselle (südlich von Metz) und hießen dort Texeiro de Matteo del Mayo, also wiederum wohl nach einer Herkunft vom Rio Tejo in Spanien, Familie Meir. Es darf angenommen werden – da es sich in der Moselregion bei Metz um ein Gebiet alter Metallindustrie handelt mit Herstellung von Rüstungen und Klingen –, dass die Schaumberger-Ahnen dort seit Spanien noch in dieser Branche tätig waren.

Da es in Ronneburg – so Ursula Wippich – unruhig wurde, zogen die späteren Schaumbergers weiter in den Vogelsberg. Ein Teil nannte sich Chambré, ein Teil Schamber(g). Einige Nachfahren wurden Ärzte, wovon zwei sogar nach England auswanderten. Ein Arzt, Dr. Hirtz Leo Schamberg, ist 1731 in Schweinsberg dokumentiert. Von diesem stammen die Angenröder und auch die Alsfelder Schaumberger ab.

Jacob Schaumberger (1789–1835) kann als der Stammvater der Angenröder Schaumbergers bezeichnet werden. Er dürfte wohl in Schweinsberg geboren sein und kam vor rund zweihundert Jahren als Knecht nach Angenrod. Jahre später bewohnte dann ein Schaumberger, nämlich Hesekeel Schaumberger – verehelicht mit Scheinige (Schedda) Rothschild (geb. 18.8.1809), einer Tochter des Haune

84 <http://juedische-geschichte-vogelsberg.de/memorbuch-klein-jerusalemern-in-angenrod/> (abgerufen am 28.09.2023).

Moses Rothschild (1775–1842) – das historisch älteste Haus in Angenrod an der Billertshäuser Straße.

Aus dieser Ehe gingen sechs Kinder hervor – vier Töchter und zwei Söhne. Der jüngste Sohn, Haune Schaumberger (geb. 21.2.1846) – von Beruf Ellenwarenhändler – heiratete dann 1873 die gleichaltrige Israelitin Thirza Bein aus Steinach (Bayern). Das Ehepaar wohnte ebenfalls, wie aus den Archivunterlagen hervorgeht, im ehemaligen Haus „Manesse“ an der Billertshäuser Straße. Dieses Haus wurde 1937, als die letzten Israeliten dieses Hauses (Oppenheimer) in der NS-Zeit Deutschland verließen, von dem Angenröder Landwirt Johannes Geisel gekauft und als Alterssitz bewohnt.

Wie viele Kinder Haune und Thirza Schaumberger aufzogen, ist aus den Unterlagen bislang nicht vollständig ableitbar. Es müssen aber mindestens vier Söhne und eine Tochter gewesen sein: Hugo (geb. 11.8.1875), Alexander (geb. 3.11.1877), Max (geb. 24.10.1879), Simon (geb. 1.1.1882) und Tochter Jeanette (geb. 11.2.1886). Die Söhne Hugo (Eintritt mit neun Jahren in 1884) und Max (Eintritt in 1889) waren später Schüler der Alsfelder Realschule. Und Sohn Hugo sollte es ganz weit bringen: er wurde erster Angenröder Professor und war letzter Leiter des hochangesehenen Philantropins, der jüdischen Lehranstalt in Frankfurt am Main.

Über Hugo Schaumberger ist hier in Angenrod, seinem Heimatort, nichts mehr bekannt. Alle eventuellen Zeitzeugen sind längst verstorben. Aber ein Presseinterview, nachlesbar im Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main, beleuchtet die Persönlichkeit des herausragenden Angenröders jüdischer Religionszugehörigkeit in lebendiger Weise.

„Ich bin aus Gesundheitsgründen auf dem Land geboren“, sagte Schaumberger damals scherzhaft. Und die Berichterstatte leitete aus dieser humorigen Bemerkung des Gegenübers ab, dass diese weise Voraussicht offensichtlich ihre Früchte getragen habe. Geistig wie körperlich gleichermaßen frisch und lebendig sitze der Dreiundachtzigjährige gegenüber – schlank von Figur, mit schmalen Kopf und schütterem weißen Haar, mit langen, feingliedrigen Händen und klugen, gutmütigen Augen, die hinter der schmalumrandeten professoralen Brille noch jungenhaft verschmitzt aufleuchteten, wenn er an die Streiche oder Dummheiten seiner früheren Schüler zurückdachte.

Professor Dr. Hugo Schaumberger war der letzte Lehrer des „Philantropins“ und lebte nach dem Krieg – nach einer Interimsphase in der Emigration – wieder in Frankfurt. Schaumberger kam ein Jahr vor dem hundertjährigen Bestehen, im Jahr 1903, als Lehrer ans „Philantropin“. Da gab es noch nicht den Radioapparat oder den Fernseher, die später in seiner Wohnung im kleinen Siedlungshaus am Frankfurter Stadtrand stehen sollten. Auch nicht das Buch vom Staat Israel, das oben auf seinem Bücherregal lag.

Aber viele Bücher, die in den Regalen seines Wohnbereichs standen, die gab es schon: die Bibel, die jüdische Geschichte, Kant, Goethe und Lessing. Alle diese Zeugen der humanistischen Idee, die dreißig Jahre später mit Füßen getreten und für zwölf lange bittere Jahre vernichtet werden sollten, weiß die Interviewerin zu

berichten. Der Wohnbereich Schaumbergers sei kultiviert eingerichtet und der Humanismus sei deutlich spürbar gewesen.

Dies, obwohl die Fächer, die Schaumberger unterrichtete, nicht auf dem Gebiet der Literatur und Geschichte lagen. „Seine“ Fächer waren vielmehr Mathematik, Physik und Erdkunde. In Mathematik hatte der junge Hugo Schaumberger an der Universität Gießen 1904 sogar zum Dr. phil. promoviert, und zwar in Mathematik über das komplexe Thema „Über einen besonderen Linienkomplex vierten Grades“. Den Gymnasialabschluss als Voraussetzung für das spätere Studium hatte Schaumberger nach seiner Alsfelder Realschulzeit ebenfalls in Gießen erworben.

Frisch von der Uni gekommen unterrichtete Hugo Schaumberger zunächst als Lehrer in Neu-Isenburg, dann als Oberlehrer und später als Studienrat am „Philantropin“, wo er fast fünfunddreißig Jahre lang lehrte. Das „Philantropin“ – zu deutsch: „Stätte der Menschlichkeit“ – war in 1908 als Schulneubau errichtet worden, nachdem es 1804 von Mitgliedern der israelitischen Gemeinde Frankfurts als private „Schul- und Erziehungsanstalt für arme jüdische Kinder“ gegründet worden war. Es sollte zum Zentrum von „Wissen, Aufklärung, Toleranz und gegenseitiger Duldsamkeit“ werden.

Im Gebäude in der Frankfurter Hebelstraße, das heute noch seinen Namen trägt, wurden vom Kindergarten bis hin zum Gymnasium zeitweise über 1000 Schüler aller Schulformen unterrichtet. Im Oktober 1938 sprach das nationalsozialistisch geführte Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung dem Philantropin den Charakter einer öffentlichen Schule ab. 1939 fanden die letzten Abiturprüfungen statt, 1941 begannen die Deportationen von Lehrern und Schülern.

Damit endete durch das Unrecht der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, so ist heute auf der Website des Philantropins nachzulesen, nach 138 Jahren die Geschichte der bedeutenden jüdischen Bildungsstätte. Hugo Schaumberger wirkte von 1903 bis 1937 an diesem jüdischen Realgymnasium. Ab 1932 war er sogar dessen Leiter. Dem Nazi-Terror vermochte Schaumberger jedoch nach Schließung des reputierten Instituts in der Frankfurter Hebelstraße zusammen mit seiner Gattin durch Emigration nach Brüssel (Belgien) zu entfliehen.

Dort schlug sich der in Angenrod aufgewachsene Professor mühselig mit Privatunterricht und Übersetzungen durchs Leben, bis mit den deutschen Soldaten auch die Gestapo kam. Es folgten Jahre der Angst und großen Sorge für das Ehepaar. Im Jahr 1949 – als die neue Bundesrepublik Deutschland gegründet worden war und der Nazi-Terror ein Ende gefunden hatte – kehrten die Schaumbergers wieder in die Mainmetropole – 100 Kilometer vom Geburtsort Hugo Schaumbergers entfernt – zurück.

Ungebrochen stellte sich der leidgeprüfte kluge Mann wieder neuen Aufgaben und nahm Kontakt mit der alten Heimat und den Fragen ihres geistigen und kulturellen Aufbaus auf. Schaumberger befasste sich mit seinen ureigenen Fachgebieten – der Mathematik und Physik – und studierte sogar die neuesten Ergebnisse der Einstein'schen Relativitätstheorie.

Aber die Beschwerden des zunehmenden Alters gingen naturgesetzmäßig auch an Prof. Hugo Schaumberger nicht spurlos vorbei. Der Alt-Angenröder verlor sein Gehör und wurde – vermutlich infolge des Grauen Stars – völlig blind. Körperliche Beeinträchtigungen vermochten dem großen Angenröder jedoch eines nicht zu nehmen: die innere Schau.

Im Greisenalter zog Hugo Schaumberger mit seiner Ehefrau ins jüdische Altenheim in Neustadt an der Weinstraße und wurde dort wegen seiner stets hilfsbereiten Freundlichkeit verehrt. Aus aller Welt schrieben ihm damals – kurz vor seinem Ableben in 1982 im gesegneten Alter von 86 Jahren – seine ehemaligen Schüler. Zwar leidgeprüft – doch bis zum Tode ungebrochen – so lässt sich das Lebenswerk Hugo Schaumbergers beschreiben.

Doch lassen wir zum Schluss dieses Beitrags die Gesinnung und Persönlichkeit des Alt-Angenröders noch einmal durch einige Zitate deutlich werden. Prof. Hugo Schaumberger sagte unter anderem wörtlich folgendes: „Damals legte man noch Wert auf eine schöne saubere Schrift, denn die Schreibmaschine war noch nicht verbreitet“, „Und das Rechnen, das war von besonderer Wichtigkeit, vor allem das Kopfrechnen. Da hatte der Kaufmann noch keine vollendete Rechenmaschine, die ihm die Arbeit abnahm“, „Langeweile? Oh nein, die habe ich nie! Ich habe ja so viele Bücher zu lesen, dass ich niemals damit durchkomme ... Ich bin Mitglied im Physikalischen Verein, wo ich noch bis zum vorigen Jahr regelmäßig hinging“.

Und auf seinen Hörverlust zu sprechen kommend sagte Schaumberger: „Auch meine geliebte Musik kann ich nicht mehr ausüben. Ich habe nämlich vierzig Jahre lang im Quartett Geige oder Bratsche gespielt. Das war mein Hobby, wie man heute sagt. Aber jetzt bin ich nur noch auf 'das da' – er deutet auf den Fernseher – angewiesen. Da kann ich wenigstens Theater sehen und was sonst in der Welt los ist ... Sehr schön, dass es das heute gibt.“

Und zum Schluss des Interviews in 1958 – Hugo Schaumberger war 83 Jahre alt – bekundete der Neu-Frankfurter und letzte Lehrer von Frankfurts jüdischer Schule seine Liebe zur hessischen Heimat: „Erst gestern sind wir in den Taunus gefahren und dort gewandert. Das tun wir oft. Und jeden Schabbath gehe ich selbstverständlich in die Synagoge!“ Und die Gesprächspartnerin bilanziert aus den Mosaiksteinchen des Interviews: „Nein, er ist wirklich nicht alt, der 83-Jährige. Er ist so jung, wie nur ein Mann sein kann, in dem die Liebe zum Menschen, die Freude an der Natur und die Weisheit eines langen Lebens durch echte Religiosität verbunden ist.“

Doch Prof. Hugo Schaumberger, der Angenröder israelitischer Religionszugehörigkeit, hatte zum Abschied noch eine Lebensweisheit in petto. Gefragt danach, was er im darauffolgenden Jahr zu tun beabsichtige, antwortete Schaumberger gütig lächelnd: „Dasselbe wie bisher. Weiter lernen! Denn in der Jugend studiert man und macht seinen Doktor. Aber das meiste im Leben lernt man erst nach dem Studium!“

Mit Festsetzungsbescheid des Bundesverwaltungsamts Köln vom 19.02.1962 wurden Hugo Schaumbergers Witwe Mathilde gen. Tilly verw. Höchster geb. Goldschmidt auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur

Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 06.07.1956 monatliche Hinterbliebenenbezüge gewährt.

Schindler, Rose geb. Justus * 17.04.1915 in Angenrod⁸⁵

Rosalie (Rosi) Schindler geb. Justus, Tochter der Angenröder Eheleute Julius Justus (1886–1961) und seiner Frau Sophie geb. Friedmann (geb. 1885) wohnte vor ihrer Emigration in die Vereinigten Staaten von Amerika in Angenrods Mühlecke nahe der Oberen Mühle und direkt an der Antrift. Sie war unter anderem als Kind und Jugendliche gut in die Angenröder Dorfgemeinschaft integriert. So spielte sie unter Leitung von Marie Müller verh. Hock und zusammen mit Robert Merle im damaligen Angenröder Mandolinclub mit. Ihren Lebensweg seit ihrer Geburt in Angenrod skizzierte Rose Schindler als dann US-Amerikanerin 1956 in der Anlage zu ihrem Entschädigungsantrag, den sie beim Regierungspräsidenten Darmstadt, Fachreferat Entschädigungsbehörde, einreichte.



Abb. 15: Rosi Justus, später verh. Schindler und Angenröder Emigrantin, hier noch als Jugendliche in Angenrod. Foto (ausg.): Bilderarchiv Ingfried Stabl.

Zu ihrem Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen führte Rose Schindler das Folgende aus:

„Ich bin im Jahre 1915 in Angenrod, Kreis Alsfeld, geboren und besuchte von 1921–1925 die Volksschule in Angenrod und von 1925–1929 die Oberrealschule in Alsfeld (Vorläuferin der jetzigen Albert-Schweitzer-Schule, d. Verf.), die damals in der Lutherstraße stand.

Im Jahre 1929 kam ich in die kaufmännische Lehre zu der Berufskleiderfabrik Steinberger & Co. in Alsfeld für 3 Jahre.

Nach beendiger Lehre im Jahre 1932 verblieb ich noch etwa 2 Jahre bei dieser Firma als kaufmännische Angestellte. Als zu Beginn des Jahres 1935 bei dieser jüdischen Firma für mich keine Beschäftigung mehr war, ging ich dann nach Düsseldorf, wo ich etwa ein halbes Jahr auf dem Büro arbeitete.

Dann kehrte ich wieder nach Angenrod zurück, um Vorbereitungen für meine Auswanderung nach USA zu treffen. – Ich fuhr im April 1936 von Angenrod über Hamburg mit der „Washington“ nach New York und kam am 1. Mai 1936 in New York an. – Was ich von 1932 bis Ende 1935 verdient habe, weiß ich nicht mehr.

85 HHStAW, Abt. 518, Nr. 28597.

Es dürfte das Übliche gewesen sein, was damals kaufmännische Büro-Angestellte in Deutschland bekommen haben.

Nach meiner Ankunft in New York suchte ich meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Etwa 4 Wochen lang verrichtete ich Hausarbeit, wofür ich ca. \$ 10,- pro Woche erhielt. – Dann arbeitete ich etwa 1 Jahr lang in einem Versandgeschäft, in welchem ich Pakete zu packen hatte. Auch hier verdiente ich durchschnittlich \$ 10,- pro Woche. – Etwa Mitte 1937 fand ich Anstellung in einem Büro. In dieser letzteren Stelle war ich eine ganze Anzahl Jahre. – Nachstehend Aufstellung über mein Einkommen in den Jahren von Mitte 1936 bis Ende 1943.

Ab 1944 stelle ich keinen Antrag auf Entschädigung.

Als meinen Zustellungsbevollmächtigten ernenne ich:

Herrn Heinrich Loeb, Angenrod Kreis Alsfeld, Mühlecke.

(Autograph Rose Schindler).“

Im Festsetzungsbescheid des Regierungspräsidenten Darmstadt vom 26.09.1967 wird der Antragstellerin wegen Schadens im beruflichen Fortkommen eine weitere Kapitalentschädigung zuerkannt. Durch Vergleich vom 25.04.1957 mit dem Land Hessen war ihr bereits aufgrund des zulässigen und begründeten Antrags eine erste Kapitalentschädigung gewährt worden.

Speier, Bernhard *18.07.1910 in Alsfeld, emigriert nach Johannesburg (Südafrikanische Union)⁸⁶

Bernhard Speier, geb. am 18.07.1910 in Alsfeld, war Sohn des Angenröders und dann in Alsfeld als Handelsmann tätigen Hermann Speier (1872–1933)⁸⁷, der – wie sein Bruder Wolf Speier – auf dem jüdischen Teil des Alsfelder Friedhofs zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Bernhard Speier ist der Einzige der hiesigen Speier-Familie, der, um dem Rassenwahn und der Verfolgung der Nationalsozialisten im Deutschen Reich zu entgehen, nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern in die Südafrikanische Union auswanderte. Seine neue verfolgungsbedingte Heimat fand Speier in der Metropole Johannesburg in Transvaal.

Auch er ließ seine Entschädigungsansprüche an die Bundesrepublik Deutschland von einem Rechtsanwaltsbüro vertreten.

Bernhard Speiers eidesstattliche Versicherung trägt folgenden Wortlaut:

„Eidesstattliche Versicherung.

Ich, der unterzeichnete Bernhard Speier, wohnhaft 70, 8th Avenue, Orange Grove, Johannesburg, Provinz Transvaal, Südafrikanische Union, gebe hiermit die folgende Eidesstattliche Versicherung ab, nachdem ich auf die Bedeutung einer solchen Ver-

86 HHSStAW, Abt. 518, Nr. 5984.

87 Lebensdaten vom auf dem jüdischen Friedhof vorhandenen Grabstein Hermann Speiers entnommen.

sicherung und die strafrechtlichen Folgen der Abgabe einer falschen Eidesstattlichen Versicherung hingewiesen worden bin, und erkläre:

1. Ich bin geboren am 18.07.1910 in Alsfeld. Ich besuchte dort die Schule und erlernte den Beruf meines Vaters, der unter dem Namen Hermann Speier in Alsfeld ein Vieh- und Manufakturwarengeschäft hatte. Mein Vater erkrankte im Jahre 1930 und von der Zeit an habe ich das Geschäft als Mitinhaber geleitet. Meine Mutter und meine Schwestern halfen im Manufakturwarengeschäft. Mein Anteil am Verdienst des gesamten Geschäftsbetriebes belief sich auf rund RM 1200,-- im Jahr.
2. Mein Vater starb im Jahre 1933. Gleichzeitig ging das Geschäft mit der Macht-ergreifung Hitlers so zurück, dass wir bald das Viehgeschäft ganz aufgeben mussten. Das Manufakturwarengeschäft haben wir zunächst weitergeführt. Alle Familienmitglieder halfen mit und wir haben den Gesamtverdienst geteilt. Der Mann meiner Schwester, der Reisender war, wurde als Reisender in unserem Geschäft angestellt. Obgleich wir alle halfen, ging auch dieses Geschäft so sehr zurück, dass wir es im Jahre 1936 ganz aufgeben mussten. Wir haben ausverkauft und große Verluste erlitten.
3. Über den Lebensstandard meiner Eltern, der den guten Geschäftsgang vor dem Hitlerregime widerspiegelt, mache ich folgende Angaben: Mein Vater hatte ein eigenes Haus, das bei seinem Tode auf meine Mutter überging. Wir beschäftigten ein Dienstmädchen im Hause und waren gut eingerichtet.
4. Ich selbst wurde im September 1933 verhaftet und in Alsfeld ins Gefängnis geworfen. Hier wurde ich einen Monat festgehalten. Der Gefängnisaufseher war ein gewisser Wittekind, die mich verhaftende Person Karl Becker aus Alsfeld. Im Oktober, also nach 1 Monat, wurde ich aus dem Gefängnis entlassen.

Ich bin im Oktober 1936 nach Südafrika ausgewandert. Ich fuhr auf der „Stuttgart“, die gesamten Auswanderungskosten einschl. Transportkosten betragen meiner Erinnerung nach Pfund 80.--. Ich kam im Oktober 1936 in Johannesburg an. Mit dem mir vom South African Fund for German Jewry geliehenen Geld, etwa Pfund 100.--, habe ich Waren gekauft und habe diese als Reisender abgesetzt. Dies habe ich 3 Jahre getan, wobei ich aber kaum so viel verdiente, dass es zum Leben reichte. Ich heiratete im Jahre 1939 und ging dann in ein Geflügelgeschäft, das ich 10–12 Jahre betrieb.

Ich versichere an Eides statt, dass mir nichts bekannt ist, das den vorstehenden Angaben entgegensteht. Gleichzeitig weise ich auf meinen Antrag unter dem Bundesergänzungsgesetz hin, den ich hier beifüge.

Ich beantrage Ersatz des

- 1.) Schadens wegen Freiheitsberaubung
- 2.) Schadens für Auswanderungskosten in Höhe von Pfund 50.—
- 3.) Schadens im wirtschaftlichen Fortkommen.

JOHANNESBURG, den 22. Januar 1957

B. Speier (Autograph)

SWORN BEFORE ME this 22nd day of January 1957 at JOHANNESBURG, by the Deponent who has acknowledged that he knows and understands contents of this Affidavit.

*COMMISSION OT CATHS ATTORNEY – TRANSVAAL (Autograph)
Gesehen im Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Johannesburg zur Legalisation der vorstehenden Unterschriften des Dr. K. Steinberg, Commissioner of Caths Johannesburg, Südafrika
Dienststempel des Konsulats
Johannesburg, den 25. Jan. 1957 (Autograph)
Konsulatssekretär beim Konsulat der Bundesrepublik Deutschland.“*

Das Entschädigungsverfahren wurde im Mai 1958 mit einem Vergleich zwischen dem Antragsteller und der Entschädigungsbehörde in Darmstadt abgeschlossen. Zur Auszahlung gelangten die Auswanderungskosten.

Speier, Berthold *15.09.1905 in Alsfeld, emigriert in die U.S.A. New York 33⁸⁸



*Abb. 16: Passfoto von Berthold Speier vor seiner Emigration in die USA.
Foto: Privatsammlung Artie Speier (1941–1983) (Dallas, USA).*

Berthold Speier war Bruder von Hugo Speier, beide Söhne von Wolf Adolf Speier (1873–1923)⁸⁹, und wurde auch in Alsfeld geboren. Sie waren Neffen des Angenröder Shoah-Opfers Leopold Speier und somit Enkel von Isaak und Betty Speier geb. Bacharach (Angenrod).

Den beiden Alsfelder Brüdern Berthold und Hugo Speier gelang es noch rechtzeitig, nachdem die Nazi-Übergriffe auf ihr Wohnhaus und Metzgerei-Geschäft in der Landgraf Hermannstraße unerträglich-bedrohlich geworden waren, in die Vereinigten Staaten von Amerika auszuwandern.

Berthold, in Alsfeld als selbständiger Kaufmann eine Viehhandlung betreibend und dann in den USA auch Geschäftsführer eines Restaurants geworden, gibt in seinem Entschädigungsantrag vom

88 HHHStAW, Abt. 518, Nr. 29181.

89 Lebensdaten vom auf dem jüdischen Friedhof vorhandenen Grabstein Adolfs Speiers entnommen.

30. Juli 1954 an die deutschen Wiedergutmachungsbehörden folgende eidesstattliche Erklärung ab:

„Ich, der Unterzeichnete Berthold Speier, geboren am 15. September 1905 in Alsfeld/Oberhessen, zuletzt in Deutschland wohnhaft gewesen in Alsfeld, von dort ausgewandert im Jahre 1938, jetzige Wohnung 562 West 129. Street, New York City erkläre hiermit Folgendes:

Von 1911–1921 besuchte ich die Oberrealschule in Alsfeld und wurde mit dem Einjährig-Freiwilligen Zeugnis entlassen.

Im Jahre 1921 kam ich in die Lehre in die Metzgerei, Moritz Levy, Fulda. In 1923 musste ich die Lehre unterbrechen, da mein Vater starb. Mein Vater hatte eine Viehhandlung und ich trat nach seinem Tode in sein Geschäft ein.

Im Jahre 1930 bekam ich mein eigenes Geschäft und hatte ich in den Jahren 1930–1932 einen Jahresverdienst von durchschnittlich RM 3000,--.

Ich hatte eine rentable Viehhandlung, die gut ging bis zur Machtergreifung des nationalsozialistischen Regimes. Von 1933 an kauften die Bauern nichts mehr von Händlern und in 1934 kam meine Viehhandlung zum Erliegen, da die Legitimationskarte mir entzogen wurde.

Von 1934–1938 lebte ich von meinen Ersparnissen.

Im Jahre 1938 wanderte ich von Alsfeld in die U.S.A. aus, da ich als Jude im Hitlerdeutschland keinen Beruf mehr ausüben konnte.

Meine Auswanderung von Alsfeld nach U.S.A. verursachte mir erhebliche Kosten.

Die Reise nach Stuttgart auf das amerikanische Konsulat zwecks Erlangung des amerikanischen Visums für mich und meine Frau RM 200,--

2 Schiffskarten von Bremerhaven mit der SS. „Hansa“-Reise von Alsfeld nach Bremerhaven mit Übernachtungen und sonstige Spesen für 2 Personen RM 250,--

Transport des Liftes mit Möbeln, Ausstattung etc. laut Rechnung des Spediteurs Heinrich Wenzel, Kassel RM 900,--

Transport des Liftes vom Pier in New York nach der Wohnung \$ 50 = 210,--
RM 170,--

Ich mache hierdurch meinen Vermögensschaden und den Schaden, den ich im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, geltend.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem unten verzeichneten beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.“

Mit Bescheid vom 25.09.1967 wurde Berthold Speier über die bereits gewährte Entschädigungsleistung hinaus eine weitere Entschädigung wegen Nutzungsschädigung zugesprochen.

Speier, Hugo *06.11.1908 in Alsfeld, emigriert in die U.S.A.
East Brooklyn 43rd Street, New York⁹⁰



Abb. 17: Die junge Familie von Hugo Speier in einer Aufnahme noch vor der Emigration in Alsfeld: Hugo Speier, Ehefrau Meta geb. Berliner und Tochter Beate Speier. Foto: Privatarchiv Artie Speier (Dallas, Texas).

„HUGO SPEIER
929 East 43rd Street
Brooklyn 10, N.Y.
USA

Eidesstattliche Erklärung

Ich, der Endunterzeichnete, erkläre hiermit an Eidesstatt die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dieser Erklärung gemachten Angaben. Über die Bedeutung einer derartigen Versicherung und die Strafbarkeit einer falschen Versicherung an Eidesstatt bin ich unterrichtet.

Hugo Speier, geb. am 06.11.1908 in Alsfeld, war der jüngere von zwei Söhnen seiner Eltern Wolf (Adolf) Speier und dessen Ehefrau Emma Speier geb. Mannheimer⁹¹, verheiratet mit Meta Speier geb. Berliner, geb. am 24.07.1907 in Wörth am Main, und nach seiner Volksschulzeit in Alsfeld gelernter Metzger. Sein gutgehendes Geschäft und zugleich auch Wohnhaus befand sich direkt gegenüber dem damaligen Alsfelder Amtsgericht, jetzt des Amtsgerichts Alsfeld-Lauterbach, an der Landgraf Hermann-Straße.

Mit Bevollmächtigung des New Yorker Rechtsanwalts Dr. Siegfried Spiegel (06.05.1955) stellte Hugo Speier am 07.06.1955 aus New York seinen Antrag aufgrund des Bundesergänzungsgesetzes für Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18.09.1953 (BGBl. I S. 1387).

In seiner eidesstattlichen Erklärung schilderte der US-Emigrant mit Alsfelder Wurzeln die Vorgeschichte und die Hintergründe seiner Auswanderung in die Vereinigten Staaten:

90 HHSStAW, Abt. 518, Nr. 28564.

91 Meta Speier war nur vom 03.06.1938 bis zum 28.07.1938 in Alsfeld wohnortlich gemeldet und meldete sich dann nach New York (USA) ab.

Ich bin am 6.11.1908 in Alsfeld als Sohn des verstorbenen Adolf Speier und seiner Ehefrau Emma geb. Mannheimer geboren. Ich besuchte die Volksschule und später die Oberrealschule in Alsfeld.

Nach Beendigung der Schule trat ich als Lehrling bei dem Fleischermeister, Emil Loewenstein, in Kassel ein. Nach Beendigung dieser Lehre hatte ich verschiedene Stellen als Metzgergeselle in Gießen, Hanau und Mainz. Schließlich eröffnete ich im Jahr 1930, unter dem Namen meiner Mutter, Emma Speier, einen Metzgereibetrieb in Alsfeld. Von 1933 bis 1937 führte ich dann diesen Metzgereibetrieb unter meinem eigenen Namen, Hugo Speier.

Im August 1937 bin ich nach Stuttgart gereist, um dort mein Einwanderungs-Visum nach den Vereinigten Staaten von Amerika (# 6267) in Empfang zu nehmen. Die Reise, einschließlich des Aufenthaltes in Stuttgart, nahm zwei Tage in Anspruch. Die Kosten der Eisenbahnfahrt von Alsfeld nach Stuttgart und zurück sowie die Kosten für den Aufenthalt sind mir nicht mehr erinnerlich. Ich bitte diese amtlicherseits festzusetzen. Kurz darauf bin ich von Deutschland ausgewandert.

Ich bin von Alsfeld nach Hamburg gefahren, von wo aus ich mich auf den Dampfer „New York“ der Hamburg Amerika Linie, Touristen-Klasse nach den Vereinigten Staaten von Amerika eingeschifft habe. Die Kosten der Bahnfahrt bitte ich gleichfalls amtlicherseits festzusetzen.

Meine Frau und mein Kind haben die Ausreise 8 Monate später mit Dampfer „Hamburg“ der Hamburg Amerika Linie angetreten. Die Kosten der Schiffskarten sind mir im Einzelnen nicht mehr erinnerlich. Ich weiß mich jedoch noch zu erinnern, dass sie bei der „HAPAG“ in Frankfurt a. Main gekauft worden sind.

Zu den Kosten der Auswanderung gehören auch noch die Kosten für die Beförderung des Liftvans, sowie die – anlässlich der Neuanschaffung von Gebrauchsgegenständen, die für die Auswanderung bestimmt waren – gezahlte Sonderabgabe an die Golddiskontbank.

Vor meiner Ausreise nach Deutschland habe ich meiner Frau noch einen Betrag von RM 5960,-- zurückgelassen, von dem meine Frau bei ihrer Ankunft in den Vereinigten Staaten nichts mehr übrig hatte. Der obige Betrag ist demnach restlos für Beförderungskosten für sie selbst, das Kind, den Liftvan und die Abgaben an die Golddiskontbank verwandt worden. Weder meine Frau noch mein Kind haben von diesem Betrag gelebt, denn meine Frau ist, nach meiner Auswanderung, mit ihrem Kind zu ihren Eltern nach Woerth zurückgekehrt und hat dort bis zu ihrer Auswanderung kostenlos gelebt.

*Autograph
(Hugo Speier)*

*Sworn to and subscribed before me
This 22 day of (hebräisch) 1958
(Autograph)
Edmund Dutkiewicz
Stempel des Notariats in New York"*



Abb. 18: Hugo Speier, gebürtiger Alsfelder (links), zusammen mit weiteren Immigranten bei seiner Ankunft 1937 in New York. Foto: Privatsammlung Artie Speier (Dallas, Texas).



Abb. 19: Reisepass der Ehefrau Hugo Speiers, Meta Speier, bezüglich Auswanderung in die USA. Foto: Privatsammlung Artie Speier (Dallas, Texas).

Im Verlauf des sich über mehrere Jahre hinziehenden Verfahrens mit einer Vielzahl von Aktenseiten gab Hugo Speier am 22.04.1961 noch eine weitere eidesstattliche Erklärung ab:

„Ich, der Unterzeichnete Hugo Speier, bin geboren am 6. November 1908 in Alsfeld und habe im Juni 1935 in Alsfeld die am 24.06.1907 in Wörth/Main geborene Meta Berliner geheiratet. Aus der Ehe ist unsere Tochter Beate hervorgegangen. Sie ist am 22. Juni 1936 in Fulda geboren. Ein weiteres Kind, mein Sohn Arthur, ist nach meiner Auswanderung in die Vereinigten Staaten dort geboren worden. Ich habe mit meiner Familie in Alsfeld, Landgraf-Hermann-Str. 2, gewohnt und habe im gleichen Hause bis zu meiner Auswanderung Ende September 1938 eine Metzgerei betrieben. Am 1. April 1933 wurden die Fenster meines Geschäfts zertrümmert und 1 ½ Stück Vieh auf die Straße geworfen. Dadurch ist mir ein Sachschaden in Höhe von RM 600,-- entstanden. Ende 1935 wurde mir der Zutritt zur Städtischen Küblanlage verboten. Deshalb war ich gezwungen, mir eine eigene Küblanlage zum Preise von 3000,-- RM zu beschaffen. Am 20. Dezember 1938 bin ich dann nach den Vereinigten Staaten ausgewandert. Meine Frau und mein Kind habe ich bis zu deren später erfolgten Auswanderung zurücklassen müssen. Zu ihrem Aufenthalt ließ ich einen Betrag von RM 6500,-- zurück. Aus diesem mußten die Lebenshaltungskosten bis zur Auswanderung sowie die Kosten für die Fahrt ans Amerikanische Konsulat nach Stuttgart zwecks Einholung des Visums sowie die Fahrt an den Einschiffungshafen, nach Hamburg, und die Schiffspassage selbst bestritten werden. ...“

Mit Festsetzungsbescheid vom 01.08.1960 wurde dem Antragsteller wegen Schadens im beruflichen Fortkommen eine Kapitalentschädigung gewährt. Das Rentenwahlrecht stehe ihm nicht zu. Das Entschädigungsverfahren war damit aber nicht abgeschlossen und erstreckte sich noch über mehrere Jahre.

Letztlich kam es am 5. Februar 1965 zu einem Vergleich im Rechtsstreit von Kläger Hugo Speier gegen das Land Hessen als Vertreter der Entschädigungsbehörde. Auf Vorschlag des Landgerichts Darmstadt schlossen die Parteien den Vergleich, dass das beklagte Land über den angefochtenen Bescheid vom 25.05.1962 zuerkannten Betrag hinaus an den Kläger eine weitere Summe zahlt.

Am 6.10.2023 verstarb im Alter von 82 Jahren der als zweites Kind der Eheleute Hugo und Meta Speier geb. Berliner und dann bereits in New York geborene Arthur (Artie) Speier, der auch



Abb. 20: Das vom Förderverein zu einer Gedenkstätte umfunktionierte und sebenswert restaurierte ehemalige Wohnhaus der Angenröder Familie Speier. Foto: Ingfried Stabl.

maßgeblicher und großzügiger Förderer der Angenröder Gedenkstätte „Haus Speier“ seiner Familienvorfahren war. Mit seiner Frau Anita hatte er 2021 die mittlerweile gut entwickelte Gedenkstätte bei einem Mehrtagesbesuch in Alsfeld und Angenrod kennenlernen können und die vor Ort geleistete Erinnerungsarbeit an die Shoah und die frühere Israelitische Gemeinde Angenrods gewürdigt.

Artie Speiers Familienangehörige in den USA hatten sich in all den Jahrzehnten nach ihrer verfolgungsbedingten Auswanderung in den Vereinigten Staaten eine neue Existenz aufbauen müssen und dieses dann auch in unterschiedlichen beruflichen Umfeldern realisiert.



Abb. 21: Artie Speier (1941–2023), Großneffe des Angenröder Shoah-Opfers Leopold Speier und großzügiger Förderer der Gedenkstätte Haus Speier in Angenrod, mit seiner Frau Anita bei ihrem Vorortbesuch 2021 in Oberhessen. Foto: Privatsammlung Artie Speier (Dallas).



Abb. 22: Nun schon lange Jahrzehnte US-amerikanische Staatsbürger: Ausgewanderte Angehörige der Alsfelder Familie Speier mit, v. li. Hugo Speier, Karl Speier, Malanie Stein, Bertold Speier, Luisa Seiferheld, Max Speier und Altersjubilare Emma Speier geb. Mannheimer (sitzend). Foto: Privatsammlung Artie Speier (Dallas, Texas).

**Speier, Ludwig *13.05.1924 in Angenrod,
gest. 14.01.2007 in New York^{92 93}**

Ludwig Speier (*13.05.1924) war zweitältestes der vier Kinder seiner Eltern Leopold Speier (1872–1944) und Johanna Speier geb. Weisenbach (1898–1944) und einziger Familien-Überlebender der Shoah. Ihm gelang es noch rechtzeitig, von Basel in die Vereinigten Staaten auszuwandern. Seine Eltern und seine drei Geschwister Willi (*1922), Alfred (1927–1944) und Liselotte (1933–1944) dagegen wurden in Auschwitz ermordet.

Ab 5. Januar 1939 lebte Ludwig Speier fluchtbedingt in Basel, wo er als Flüchtling im Arbeitslager in Schauenburg (oberhalb Liestal im Baselland, d. Verf.) interniert war und bei Straßenarbeiten eingesetzt wurde.

In Basel erlernte Speier, der noch bis 10. November 1938 die jüdische Bezirksschule in Bad Nauheim besucht hatte, das Bäckerhandwerk. Von 1941 bis September 1943 war er als Bäckergehilfe

bei Bäcker Willi Sutter in Basel, Lothringer Straße 110, beschäftigt. 1947 wanderte der damals 23-Jährige in die USA aus. In New York fand er als Bäckergehilfe erneut Arbeit: „Anstatt Arzt zu werden, bin ich nunmehr Bäcker.“ Ludwig Speier wohnte 1967 in Belle Harbor, N. Y.

Am 01.02.1951 erhob der unverheiratet gebliebene Angenröder jüdischer Konfession als Erbe über eine Frankfurter Rechtsanwältin beim Hessischen Innenminister, Abt. VI Wiedergutmachung, in Wiesbaden Anspruch auf Schaden an Eigentum und Vermögen.⁹⁴

Im vom Amtsgericht Alsfeld am 29.11.1950 ausgefertigten gemeinschaftlichen Erbschein war zuvor amtlich bestätigt worden, dass „die vermutlich gleichzeitig am 08.05.1945 zuletzt in Angenrod, Kreis Alsfeld, wohnhaft gewesenen Leopold und Johanna Speier geb. Weisenbach (Eltern Ludwig Speiers, d. Verf.), und seine Geschwister Willi, Alfred und Liselotte Speier von ihrem Sohn bzw. Bruder Ludwig Speier in New York (32, N.Y., 511 West 160 Street) als Alleinerben beerbt werden.“



Abb. 23: Ludwig Speier, hier noch 1930 als Schüler in der Angenröder Volksschule, und als USA-Emigrant einziger Überlebender der Angenröder Familie Speier. Foto (ausg.): Bildersammlung Ingfried Stabl.

92 H 12 Darmstadt, Nr. 9141.

93 HHStAW, Abt. 518, Nr. 28732.

94 HStAD, Best. H 12 Darmstadt, Nr. 9141.

Ueberseeische Auswanderung
 Emigration pour les pays d'outre-mer
 Emigrazione per i paesi d'oltre mare

19 *45*

N^o *491*

WM. MÜLLER & Co. BASEL
 Aktiengesellschaft

Agentur — Agence — Agenzia

Name *SPEIER*
 Nom
 Nome

Vorname *Ludwig*
 Prénom
 Cognome

Geschlecht *m.*
 Sexe
 Sesso

Geburtsjahr *1924*
 Année de naissance
 Anno di nascita

Civilstand: ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden
 Etat-civil: célibataire — marié — veuf — divorcé
 Stato civile: celibe — maritato — vedovo — divorziato

Heimatgemeinde *St. Gallen* Kanton (ev. Land)
 Commune d'origine *Basel N* Canton (ev. Etat)
 Comune d'origine Cantone (ev. Stato)

Letzter Wohnort *Basel N* Kanton (ev. Land)
 Dernier Domicile Canton (ev. Etat)
 Ultimo domicilio Cantone (ev. Stato)

Beruf *Bäcker* oder des Ernährers
 Profession ou de celui qui l'entretient
 Professione o di chi la mantiene

Monat der Abreise aus der Schweiz *12* *Novembre 1926*
 Départ de la Suisse au mois de
 Partenza dalla Svizzera nel mese di

Einschiffungshafen. Port d'embarquement. Porto d'imbarco *Aarau*

Dampfer — Vapeur — Vapore *Frixos I*

Ausschiffungshafen. Port de débarquement. Porto di sbarco *New York*

Bestimmungsort. Lieu de destination. Luogo di destinazione *30*

Pauschaltransportpreis *1282 30* Preis des Bahnbillets *64 80*
 Prix total du transport Fr. Prix du billet de chemin de fer Fr.
 Prezzo globale del trasporto Prezzo del bigl. ferr.

Originalpreis des Schiffsbillets { frz. Fr. } *6* schweiz. Fr. *1282 30*
 Prix original du billet de vapeur { Doll. etc. } = frs. suisses
 Prezzo originale del bigl. del vap. { L. it } fr. svizzeri
 { L. st. }

Preis des überseeischen Inlandbillets { schweiz. Fr. }
 Prix du billet de chemin de fer transoc. { Doll. } = frs. suisses
 Prezzo del bigl. ferr. transoc. { etc. } fr. svizzeri

War der Reisende Auswanderer oder Passagier? *Auswanderer*
 Le voyageur était-il émigrant ou passager?
 Il viaggiatore era egli emigrante o passeggero?

*) v. verso et Circ. 20 oct. 1916

30267

Abb. 24: Auswanderungsdokument Ludwig Speiers aus Basel.

Quelle: <https://www.ancestry.de/discoveryui-content/view/3037664902:7488>
 (abgerufen am 19.10.2023).

REGISTRATION CARD—(Men born on or after January 1, 1922, and on or before June 30, 1924)

SERIAL NUMBER **N. 296 B** 1. NAME (Print) **Ludwig Speier** ORDER NUMBER **12,269-B**

2. PLACE OF RESIDENCE (Print) **511 West 160 Street Apt. 7 New York NY**

[THE PLACE OF RESIDENCE GIVEN ON THE LINE ABOVE WILL DETERMINE LOCAL BOARD JURISDICTION; LINE 2 OF REGISTRATION CERTIFICATE WILL BE IDENTICAL]

3. MAILING ADDRESS

4. TELEPHONE

5. AGE IN YEARS **22** 6. PLACE OF BIRTH **Berlin**

DATE OF BIRTH **May 13 1924** **Germany**

7. NAME AND ADDRESS OF PERSON WHO WILL ALWAYS KNOW YOUR ADDRESS **Fritz Rollhaus Uncle Same**

8. EMPLOYER'S NAME AND ADDRESS **Pastry Shop**

9. PLACE OF EMPLOYMENT OR BUSINESS **634 Mac Clellan St Yonkers, N.Y.**

I AFFIRM THAT I HAVE VERIFIED ABOVE ANSWERS AND THAT THEY ARE TRUE.

D. S. S. Form 1 (Revised 6-1-42) (over) 16-21630A-4 **Ludwig Speier**

Abb. 25: Registrierungskarte der Einwanderung Ludwig Speiers in New York.
 Quelle: <https://www.ancestry.de/discoveryui-content/view/194532621:2238>
 (abgerufen am 16.10.2023).

Zur Schilderung des Vorgangs ließ der aus Angenrod ausgewanderte und einzige Überlebende der Angenröder Familie Speier in seinem Antrag bemerken: „Wohnung meiner Eltern (Leopold und Johanna Speier geb. Weisenbach, d. Verf.) wurde geplündert oder zerstört. Anspruch erstreckt sich auf Möbel, Geschirr, Wäsche und Silberzeug.“

Das Entschädigungsverfahren, das mit einem Festsetzungsbescheid über eine Kapitalentschädigung wegen des dem Erblasser Leopold Speier im beruflichen Fortkommen zugefügten Schadens zum Abschluss kam, zog sich über mehrere Jahre hin. Unter anderem wurde im Verlaufe des Verfahrens seitens der mit Vollmacht ausgestatteten Rechtsanwältin ein Schreiben der Bürgermeisterei Angenrod vom 03.06.1953 beigefügt, „woraus ersichtlich ist, dass die damalige NSV-Kreisverwaltung das Inventar an sich genommen hat – d. h. nach der Deportation des Verfolgten dessen Wohnung plünderte.“

In einem ebenfalls beigefügten Schreiben der Polizei-Station Alsfeld vom 7.8.1953 sei ersichtlich, „dass im Herbst 1942 der Abtransport erfolgte“ (am 7. September 1942, d. Verf.). Aus einem weiteren Schreiben der Bürgermeisterei Lauterbach vom 13.8.1953 und aufgrund von Zeugenvernehmungen in der Bürgermeisterei am 11.8.1953 könne ersehen werden, dass „die vorstehenden Angaben über die im Herbst 1942 – also nach der Deportation – erfolgte Plünderung zutreffen.“

Mit kurzem Schreiben vom 3.6.1953 an die beauftragte Rechtsanwältin nahm auch Angenrods Nachkriegsbürgermeister Willi Müller (1916–1990) zur „Wieder-

gutmachungssache der Erben von Leopold Speier Erben“ Stellung. Von „Stehlen und Plündern des Inventars aus dem Hause Angenrod Nr. 113“ habe er „nichts gesehen oder beobachtet.“

„Nach inoffiziellen Informationen soll die ehemalige NSV-Kreisverwaltung Alsfeld-Lauterbach mit ihrem Sitz in Lauterbach/Hessen das Inventar an sich genommen und zum Teil auch hier in Angenrod verteilt haben.“

In einer Stellungnahme der Alsfelder Polizeistation vom 7.8.1953 in der gleichen Angelegenheit wird der Versand der Einrichtungsgegenstände durch die örtliche NSV-Waltung an die Kreisverwaltung der NSV Lauterbach bestätigt: „Im Orte Angenrod kamen nur die restlichen Kleinigkeiten unbedeutenden Wertes zum Verkauf. Die einzelnen Käufer konnten nicht ermittelt werden.“

Es wurde empfohlen, sich diesbezüglich an die Stadtpolizei Lauterbach zu wenden. Dieser Empfehlung entsprach dann auch der Rechtsbeistand, enthielt aber aus Lauterbach mit Schreiben vom 13. August 1953 keine weiterführenden Angaben: Bürgermeister Döll als Ortspolizeibehörde teilte mit, von der Stadtpolizei Lauterbach/H. werde „berichtet, dass über den Verbleib des aufgeführten Mobiliars und sonstiger Gegenstände der Eheleute hier nichts bekannt geworden ist.“

Der aus Angenrod über die Schweiz in die USA ausgewanderte einzige Überlebende der sechsköpfigen Familie Speier, Ludwig Speier, starb am 14.01.2007 in New York. Er wurde 82 Jahre alt.

Speier, Sally * 13.10.1876 in Angenrod⁹⁵

Sally Speier (*13.10.1876), nach Willi Speier (*06.05.1891)⁹⁶ und Mathilde Joel geb. Speier (*12.01.1879)⁹⁷ drittjüngstes Kind der sechs Kinder Isaak Speiers und seiner Gattin Betty geb. Bacharach und wie alle auch in Angenrod geboren und dann Schüler der 1888 neugebauten Volksschule Angenrod, wohnte den Personenstandsdaten und auch amtlichen Akten zufolge später in Heidelberg. Von Beruf war er Kaufmann.⁹⁸

Wie auch seinem jüngeren Bruder Willi, später William Speier, gelang auch Sally Speier noch 1940 die Emigration in die Vereinigten Staaten von Amerika. Von 1905 bis 1940 war er in Obermoschel (Rhein-Pfalz) polizeilich gemeldet.⁹⁹

Bezüglich seiner nach dem Krieg gestellten Rückerstattungsforderungen (Rückerstattung nach Gesetz Nr. 59) erteilte Sally Speier am 4.10.1949 einem Gießener Rechtsanwalt eine umfassende Vollmacht. Speiers damalige Anschrift lautete: 111 Franklin Avenue, New Rochelle, New York.

Hinsichtlich seines erlittenen Schadens an Freiheit gab Sally Speier an, dass er ab dem 22.10.1940 in einem Konzentrationslager interniert gewesen sei. Die Zeitdauer war zunächst noch nicht angegeben. Bei Schaden an Eigentum und Vermö-

95 HStAW, Abt. 518, Nr. 65337.

96 HStAMR, Best. 921, Nr. 67, S. 425.

97 HStAMR, Best. 921, Nr. 67, S. 139.

98 HStAW, Abt. 518, Nr. 27836.

99 HStAW, Abt. 518, Nr. 65337.

gen nannte er Frankfurt als Ort der Geschehnisse. Dort seien die Beschlagnahmen von Konten und Bargeld am 19. November 1938 und am 25.06.1942 vorgenommen worden. Dabei handelte es sich um eine nicht unerhebliche Gesamtsumme.

In einer kurzen Schilderung der Vorgänge ging Speier dann auf grundlegende Details ein. So habe er bei der Frankfurter Bank (jetzt die „Frankfurter Sparkasse von 1822“) über ein Depot verfügt. Am 19. November 1938 habe dann die Sparkasse eine erhebliche Summe an die Finanzkasse Obermoschel abführen müssen, und zwar als „angebliche Reichsfluchtsteuer“. Er, Speier, sei damals in Obermoschel wohnhaft gewesen und habe nicht beabsichtigt auszuwandern. Folglich habe er auch keine „Reichsfluchtsteuer“ zu bezahlen gehabt. Dann allerdings sei er am 22. Oktober 1940 nach Gurs (Frankreich) deportiert worden. Seine noch vorhandenen Bank-Guthaben seien beschlagnahmt und an die Finanzkasse Westmark, Saarbrücken, abgeführt worden. Als Beweis hierfür berufe er sich auf die Akten der Frankfurter Bank, so die kurzen Ausführungen Sally Speiers zu seinem Vermögensverlust im Deutschen Reich.

In einem seine verschiedenen Entschädigungspunkte zusammenfassenden „Nachtrag zum Antrag auf Entschädigung“ vom 22.09.1950 führte der mit Vollmacht beauftragte Gießener Rechtsanwalt dann aus:

„Herr Sally Speier ist Eigentümer des im Grundbuch von Heidelberg Flur V Nr. 64 (Acker, 6187 qm) eingetragen gewesenen Grundstücks gewesen. Dieses Grundstück ist Herrn Speier auf Grund der 11. Durchführungsverordnung entzogen worden und vom Kulturamt Lauterbach in die Feldbereinigung einbezogen worden. Er hat hierfür keine Entschädigung erhalten.

Es ist ihm die gezogenen Nutzungen und die Wertminderung zu erstatten Das Rückerstattungsverfahren läuft beim Amt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Gießen zu Aktenzeichen Wi-Gi-A-252, da ein Vergleich nicht zustande gekommen ist, ist die Sache an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht in Gießen verwiesen worden. Da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, bleibt die Antragstellung mit genauen Zahlen noch ausdrücklich vorbehalten. Die sich nach dem Verfahren ergebenden Rechte und Ansprüche auf Grund des Entschädigungsgesetzes bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Herr Sally Speier hat auch Bankkonten besessen, die Endsalden und die Beträge, die von diesen Bankkonten für Judenvermögensabgabe, Reichsfluchtsteuer sowie andere ungesetzliche Steuern und Abgaben abgeführt wurden, stehen noch nicht fest. Es laufen hierwegen noch Ermittlungen. Diese Beträge, die noch festzustellen sind, werden hiermit gemäß dem Entschädigungsgesetz angemeldet.

Beweis: Auskunft der entsprechenden Banken, die noch beigebracht werden.

Herr Sally Speier ist ausgewandert. Er hat nicht alle seine Möbelstücke, Wäsche, Bekleidung und Einrichtungen mitnehmen können, so dass diese Sachen ihm verloren gegangen sind. Der genaue Wert dieser Sachen wird noch ermittelt. Der sich daraus ergebende Betrag wird hiermit angemeldet.

Beweis: noch beizubringende eidesstattliche Erklärung.

Herr Speier betrieb auch ein Geschäft in Heidelberg. Dieses kam durch den Boykott und die Auswanderung zum Erliegen. Er hat durch die Boykottierung, die Stilllegung seines Geschäftes Verluste erlitten. Die genauen Beträge über die entstandenen Verluste werden noch ermittelt, da es sehr schwierig ist von den Finanzämtern Auskünfte zu erhalten. Die sich ergebenden Beträge werden schon jetzt angemeldet.

Beweis: noch vorzulegende eidesstattliche Erklärung und evtl. Auskunft des Finanzamtes

Es waren auch Lebensversicherungen und andere Versicherungen abgeschlossen, die sich daraus ergebenden Rechte werden hiermit angemeldet. Die genauen Angaben werden noch nachgereicht, sobald die Ermittlungen hierzu abgeschlossen sind.

Da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, wird hiermit die Höchstsumme von 75000,-- DM, die nach dem Auszahlungsgesetz kommen kann, angemeldet. Sollten sich noch weitere Schäden und Verluste (A bis F des Antrages) ergeben, so bleibt deren Geltendmachung hiermit ausdrücklich vorbehalten.

Gießen den 22. September 1950

xxx (Rechtsanwalt).“

Bezüglich Rückerstattung von Grundstücken und anderer Vermögensgegenstände hatte Sally Speier am 22.04.1949 einen Antrag bei der Restitutionskammer Kaiserslautern eingebracht. Das bestätigt Speier dann auch in seinem Antrag auf Wiedergutmachung beim Hessischen Ministerium des Innern in Wiesbaden, verfasst am 15.06.1950 in New Rochelle (USA).

Insgesamt wurden also über seinen beauftragten Rechtsanwalt von Sally Speier folgende Ansprüche gestellt:

A gem. Paragraph 15 (Schaden an Leben), B gem. Paragraph 14 (Schaden an Körper und Gesundheit), C gem. Paragraph 15 und 16 (Schaden an Freiheit), D gem. Paragraph 17, 18, 19 u. 20 (Schaden an Eigentum und Vermögen), E gem. Paragraph 21 und 22 (Schaden an wirtschaftlichem Fortkommen bei Versicherungen und Rentenanstalten).

Der Entschädigungsvorgang Sally Speier konnte letztlich durch Weiter-Bearbeitung des Landesamts für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen (Rheinland-Pfalz) in Mainz am 10.09.1953 und dann abgekoppelt von dem bereits in Hessen laufenden Verfahren zu einem für den Antragsteller Sally Speier zufriedenstellenden Abschluss gebracht werden.

Das stellte dann auch der bevollmächtigte Gießener Rechtsanwalt fest. Am 19.03.1958 hatte er dem Regierungspräsidenten in Darmstadt mitteilen können, dass durch die erhaltene Mitteilung Sally Speiers sein bislang gestellter Antrag seine Erledigung gefunden habe und somit zu den Akten gelegt werden könne. Und auch sein Schreiben vom 10.11.1961 habe somit seine Erledigung gefunden, schrieb der Rechtsanwalt in seinem letzten und seine anwaltliche Tätigkeit endgültig abschließenden Schreiben an die Wiesbadener Entschädigungsbehörde.

**Steinberger, Abraham * 14.10.1877 in Angenrod,
ermordet 08.05.1945 in der Shoah¹⁰⁰**

Wegen ihres in der Shoah ermordeten Vaters Abraham Steinberger (*14.10.1877 in Angenrod, deportiert und verschollen) und ihrer Schwester Bertha Steinberger, beide zuletzt wohnhaft in Frankfurt am Main, stellte deren verfolgungsbedingt in die USA (Indianapolis) emigrierte Tochter Frieda Steinberger, geb. 21.11.1914 in Eifa, am 28.01.1958 den Antrag auf Entschädigung gemäß dem Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz).

In ihrem Antrag erklärte Abraham Steinbergers Tochter Frieda, ihr Vater und ihre Schwester seien bei ihrer Deportation bereits im Besitz der Einreisegenehmigung nach Cuba gewesen. Bei der Beschaffung dieser Papiere sei ihr, Frieda Steinberger, ein Vermögensverlust entstanden, den sie mit diesem Antrag nun geltend mache.

Die Antragstellerin ging auch auf die konkreten Umstände im Zusammenhang mit der Deportation ihres Vaters, von Beruf Viehhändler, und ihrer Schwester ein:

„Meine Eltern, die aufgrund der antijüdischen Strömung ihre Wohnung in Eifa verlassen mussten, ließen sich unter Mitnahme ihres Haushaltsgutes in Frankfurt am Main, Rhönstraße 28, nieder.

Meine Mutter starb dort in 1940.

Bei der Deportierung meines Vaters und meiner Schwester ist der gesamte Hausrat mit allen Wertgegenständen zurückgeblieben. Ich erbehe Anspruch auf Entschädigung und schätze den Gegenwert auf mindestens DM 7000,--.“

In Abschrift wurden dem Entschädigungsantrag von Frieda Steinberger auch der am 26.03.1950 vom Amtsgericht Frankfurt am Main Abteilung 52 in erster Ausfertigung zugestellte Erbschein für sowohl ihren Vater Abraham Steinberger als auch ihrer Schwester Bertha Steinberger beigelegt:

„Der am 8. Mai 1945 gestorbene, zuletzt in Frankfurt am Main wohnhaft gewesene Abraham Steinberger ist von seiner Tochter Frieda Steinberger in Indianapolis als Alleinerbin beerbt worden.

Das Vermögen der im Ausland wohnenden Erbin ist nach dem Gesetz der Militärregierung Nr. 53 gesperrt.“

Mit gleichem Wortlaut ist dann auch diese Feststellung für Frieda Steinbergers Schwester Bertha Steinberger amtlich dokumentiert.

Im Bescheid der Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 7. Oktober 1960 in der Entschädigungssache der Frieda Steinberger als Alleinerbin von sowohl ihrem Vater Abraham Steinberger als auch ihrer Schwester

100 HHStAW, Abt. 518, Nr. 43322.

Bertha Steinberger, vertreten durch Rechtsanwalt Leopold Landenberger, Broadway 280, New York 7, N. Y., USA wird dann die Entscheidung des Regierungspräsidenten wie folgt mitgeteilt:

„I. Der Antrag auf Entschädigung wegen Schadens an Vermögen wegen Auswanderungskosten wird abgelehnt.

II. Kosten werden nicht erhoben.“

Steinberger, Julius * 31.07.1878 in Angenrod¹⁰¹

Den Antrag auf Entschädigung wegen Schaden in beruflichem Fortkommen ihres bereits am 30.10.1934 in Frankfurt am Main verstorbenen Ehemannes Julius Steinberger stellte dessen Ehefrau Johanna Steinberger geb. Abraham (*13.05.1880 in Schenkklengsfeld bei Bad Hersfeld) am 12.07.1955 aus Johannesburg/Südafrika, wohin sie ausgewandert war.

In ihrer eidesstattlichen Erklärung schilderte die Witwe Julius Steinbergers den Verfolgungsvorgang im Einzelnen:

„Als Witwe und Erbin meines am 30.10.1934 im Jüdischen Krankenhaus, Frankfurt/M. Gagerstraße, verstorbenen Ehemanns, Herrn Julius Steinberger, mache ich meine Ansprüche für den von meinem Manne durch die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden erlittenen Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen geltend.

Mein Ehemann war Inhaber eines Viehhandels- und Textilwarengeschäftes in Alsfeld-Oberbessen.

In normalen Zeiten erzielte er ein sehr gutes Einkommen aus seinem Geschäftsunternehmen. Wir lebten in geordneten Verhältnissen, machten alljährlich Erholungsreisen und konnten uns ohne Schwierigkeiten erlauben unserem einzigen Kinde, einer Tochter, eine akademische Ausbildung zuteilwerden zu lassen. Sie hat Jura studiert.

Ich schätzte, dass mein Mann aus seinen Geschäftsunternehmen anfangs der 30. Jahre einen Reinverdienst von mindestens ... bis 10000,-- Mk pro Jahr erzielte.

Durch die gerade in Ober-Hessen besonders starken Ausschreitungen und Boykottmaßnahmen gegen die jüdischen Geschäftsinhaber, die der Machtergreifung vorausgingen, ging das Geschäftsunternehmen meines Mannes schon ab 1930 mehr und mehr zurück, bis uns schon im Juli 1932 ein Verbleiben in Alsfeld unmöglich gemacht wurde und wir gezwungen waren, unseren Wohnsitz dort aufzugeben und nach Bad Hersfeld umzusiedeln.

Von dort aus hat mein Mann seine berufliche Tätigkeit fortgesetzt, wobei ich ihm ebenso wie früher in Alsfeld aktiv zur Seite stand. Jedoch wurden ihm durch den Judenboykott immer größere Schwierigkeiten entgeggestellt, die nach der Machtergreifung so weit gingen, dass die Schuldner ihre Zahlungen verweigerten. Die nicht

101 HHStAW, Abt. 518, Nr. 38375.

betreibten {sic}Außenstände beliefen sich auf mindestens Mk. 15,- bis 20000,-, während die Einkünfte in den Jahren 1931 und 1932 kaum noch die Hälfte des Normaleinkommens erreichten, so war der Verdienst im Jahre 1933 höchstens noch Mk. 20000,-; im Jahre 1934 hat mein Mann vor dem Ausbruch seiner zum Tode führenden Erkrankung die Geschäftsführung mir allein überlassen und infolge der sich täglich verschärfenden Judenhetze konnte ich kaum noch Erfolge erzielen, sodass bis zum Tode meines Mannes im Oktober 1934 praktisch kein Verdienst erlangt werden konnte.

Als Alleinerbin meines Mannes setzte ich meine berufliche Tätigkeit als Alleinerbin des Geschäftes fort; ich bereiste den sehr geringen uns noch treu gebliebenen Kundenkreis in Bad Hersfeld. Schon nach kurzer Zeit musste ich jedoch meine Tätigkeit einstellen, da ich nur Schmähungen und Beleidigungen erntete.

Das restliche Warenlager übergab ich einer befreundeten Textilfirma und musste im übrigen von meinen Erbsparnissen und den kärglichen Eingängen aus der ererbten Schuldforderung aus der Vor-Hitlerzeit leben, mit deren Einziehung ich eine Treuhandgesellschaft in Offenbach beauftragt hatte, nachdem meine persönlichen Verhandlungen mit den Schuldnern mir ebenfalls nichts weiter als Beschimpfungen eingebracht hatten. Aber auch die Treuhandgesellschaft hatte nur sehr geringen Erfolg. Als Jüdin hatte ich keine Möglichkeit gegen die Schuldner gerichtlich vorzugehen und die Forderungen einzuklagen, sodass ich Außenstände von ca. 12,- bis 15 000 Mk. im Stich lassen musste, als ich im Jahr 1936 auswandern musste.

Ich mache als Erbin meines Mannes den Anspruch auf den Vermögensschaden, den ich durch den Verdienstaustfall meines Mannes bis zu seinem Tode und durch Verlust der Außenstände erlitten habe, geltend.

Dem Antrag auf Entschädigung wurde von der Entschädigungsbehörde in Wiesbaden mit Bescheid vom 30.01.1959 durch Festsetzung einer Kapitalentschädigung für die in der Zeit vom 01.02.1933 bis zum 30.10.1934 erlittenen Schaden in beruflichem Fortkommen entsprochen. Es erfolgte eine Einstufung des Verfolgten in die vergleichbare Beamtengruppe des mittleren Dienstes.

**Steinberger, Sally, *14.08.1875 in Angenrod,
gest. 24.06.1955 in New York¹⁰²**

Sally Steinberger, wie sein Bruder Abraham Steinberger im zweistöckigen „Steinberger’schen“ Fachwerkhause an der Angenröder Breiten Bach als Familienmitglied der Linie Steinberger Angenrods („Gescho“, Haus Nr. 12 – alt, 21 – neu) geboren und dort auch aufgewachsen, siedelte wie auch Bruder Abraham nach Heirat von Angenrod in den Osten des Kreises Alsfeld um: Sally Steinberger nach Grebnau, Abraham Steinberger nach Eifa.

102 HHStAW, Abt. 518, Nr. 28720.



Abb. 26: Das frühere Fachwerkwohnhaus der Angenröder Familie Steinberger im Dorfzentrum an der „Breiten Bach“. Foto: Bildersammlung Ingfried Stabl.

Steinberger, entsprach die Entschädigungsbehörde des Regierungspräsidiums Darmstadt mit Festsetzungsbescheid vom 14.06.1956.

Er wurde wie folgt begründet: *„Die Antragstellerin hat wegen Schadens im beruflichen Fortkommen, den der verstorbene Sally Steinberger erlitten hat, ... Anspruch auf eine Kapitalentschädigung von xxx Deutsche Mark.“*

Zum Sachverhalt wird dann ausgeführt:

„Der Ehemann der Antragstellerin, Sally Steinberger, der jüdischer Abstammung war, betrieb in Grebenau Krs. Alsfeld das umfangreichste Viehbandelsgeschäft am Ort. Sein durchschnittlicher Jahresgewinn vor 1933 belief sich auf 6000,- bis 7000,- RM. Nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus gingen die Geschäftseinnahmen infolge der Boykottmaßnahmen gegen jüdische Unternehmen im Jahre 1933 um 30 %, 1934 um 10 %, 1935 um weitere 30 % zurück und waren in den Jahren 1936 und 1937 nicht mehr nennenswert.

1938 war der Verstorbene völlig ohne Einkommen. Er wanderte Ende des gleichen Jahres nach den USA aus. Dort fand er zunächst eine Verdienstmöglichkeit als Hilfsarbeiter und verdiente 1939 300,- US \$ und 1949 200,- US \$. Danach lebte er von der Unterstützung durch seine Kinder.

Am 24.6.1955 starb der Verfolgte.

103 Lebensdaten auf dem noch vorhandenen Grabstein auf Angenrods israelitischem Friedhof.

Die Antragstellerin beantragt Entschädigung für den beruflichen Schaden des Verstorbenen.“

Danach wird im Bescheid detailliert die festgesetzte beachtliche Entschädigungssumme unter Berücksichtigung des erbrechtlichen Sachverhalts begründet. Es wurde eine Einstufung des verstorbenen Viehhändlers nach seiner beruflichen Vorbildung in die Beamtengruppe des gehobenen Dienstes zugrunde gelegt.

Stern, Juda * 16.11.1873 in Angenrod, gest. 04.10.1951 in New York¹⁰⁴

Für den Angenröder Israeliten Juda Stern, der mit Teilen seiner Familie 1938 in die U.S.A. auswanderte, aber fast 78jährig am 04.10.1951 in New York verstarb, stellte dessen Sohn Zadock gen. Sol, geb. 1903 in Angenrod – übrigens ein Schulkamerad von Elise Stahl (1903–2000, der Mutter des Verfassers) –, am 07.11.1958 den Antrag an die Entschädigungsbehörde in Wiesbaden. Stern wurde am 10.02.1960 vom Bezirksamt für Wiedergutmachung in Mainz noch gesondert bescheinigt, dass er vor seiner Auswanderung im Dezember 1938 seinen Wohnsitz in Frankfurt/Main hatte.

Für seine Familie schilderte Zadock Stern mit damaligem Wohnsitz in 227 Audubon Avenue, New York, N. Y. die Emigration seines Vaters Juda Stern in die Staaten mit folgender Erklärung:

„Ich mache hiermit meine Ansprüche geltend nach meinem Vater: Juda Stern, geboren am 16. November 1873 in Angenrod. Meine Mutter Lina Stern geb. Buchheim verstarb bereits im Jahre 1932 in Angenrod.

Vor der Machtergreifung der nationalsozialistischen Regierung betrieb mein Vater in Angenrod ein sehr gut gebendes Geschäft in Manufakturen und Fellen.

In den Jahren 1930, 1931, 1932 verdiente er RM 5000 bis 6000 RM pro Jahr.

Nach 1933 ging sein Geschäft infolge der Boykottmaßnahmen der Hitlerregierung immer mehr zurück, bis es ganz zum Erliegen kam.

Nachdem er seine Existenz verloren hatte und die Judenverfolgungen von Tag zu Tag zunahmen, wanderte mein Vater im Dezember 1938 nach U.S.A. aus. Zur Überfahrt benutzte er die SS. „Washington“, United States Line und zahlte für seine Schiffsfahrt incl. Bordgeld den Betrag von RM 500,--,

Zur Fahrt nach Stuttgart zwecks Erlangung des Amerikanischen Visums und nach dem Seebafen Hamburg mit Übernachtungen und sonstigen Unkosten für die Ausreise verausgabte er weitere RM 250,--.

Vor seiner Auswanderung verkaufte mein Vater seine Wohnungseinrichtung zu Schleuderpreisen und erlitt dadurch einen erheblichen Verlust.

Es handelte sich um

104 HHStAW, Abt. 518, Nr. 81887.

1. *Wohnzimmer: Sofa, Sekretär, 1 Tisch, 6 Stühle, Wanduhr, Gardinen, 1 Sessel ...*
2. *Küche: 1 Küchenbuffet, 1 Kredenz, 1 Tisch, 4 Stühle, Koch- und Essgeschirr, 1 Ess- und Kaffeeservice, Bügeleisen etc.*
3. *Elterliches Schlafzimmer: (Mahagoni) 2 Betten, 2 Nachttische, 1 großer Kleiderschrank, 1 Waschtisch, 1 Kommode ...*
4. *Diverses: Mehrere Betten, Tische, Stühle, Bett- und Tischwäsche und Kleider etc. ...*

Die Namen der Käufer waren meinem Vater nicht bekannt, da ja jeder derselben der Gefahr ausgesetzt war, denunziert und in den nationalsozialistischen Zeitungen angeprangert zu werden. Sie nannten daher in keinem Falle ihre Namen. Die Käufer von Möbeln machten sich diesen Zustand natürlich zu Nutze und boten nur ganz geringe Preise. Dadurch erklärt sich der hohe Verlust.

In U.S.A. angekommen und der englischen Sprache nicht mächtig war es für meinen Vater bei seinem Alter außerordentlich schwer sein Brot zu verdienen und war er zum großen Teile auf die Unterstützung seiner Kinder angewiesen.

Am 4. Oktober 1951 verstarb mein Vater in New York.

Mit mir erberechtigt sind meine Geschwister:

1. *Rosa Stern: geboren am 28. April 1901 in Angenrod, wohnhaft 727 W. Cornelia Avenue, Chicago, Illinois.*
2. *Henny Hirsch geb. Stern, geboren am 10. Juni 1905 in Angenrod, wohnhaft 727 W. Cornelia Avenue, Chicago, Illinois.*
3. *Leopold Stern, geboren am 5. Juli 1909 in Angenrod, wohnhaft 1975 East 73 Place, Chicago, Illinois.*

Ich mache gemeinsam mit meinen Geschwistern die Ansprüche nach meinem Vater geltend:

1. *Für Schaden im beruflichen Fortkommen und gemäß dem goodwill des Geschäftes.*
2. *Für den erlittenen Vermögensschaden.*

Vorsorglich werden alle anderen Schadensansprüche, die sich aus dem BEG (Bundesentschädigungs-Gesetz, d. Verf.) ergeben, angemeldet.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem unten verzeichneten, beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

New York, den 10. März 1958

*Zadock gen. Sol Stern
(Autograph)“*

Mit Bescheid der Entschädigungsbehörde Wiesbaden vom 12.08.1960 wurde den vier Kindern als Erbengemeinschaft eine Entschädigung für Schaden an beruflichem Fortkommen ihres verstorbenen Vaters Juda Stern zugesprochen.

Stern, Zadock (Sol) *11.02.1903 in Angenrod, ausgewandert nach New York

Zadock Stern, geb. am 11.02.1903 in Angenrod, war Sohn des Angenröder Israeliiten Juda Stern und wohnte bis zu seiner Emigration in die Vereinigten Staaten von Amerika im jüdischen Angenröder Haus der „Ranjes“, das direkt oberhalb der jetzigen Gedenkstätte „Haus Speier“ stand. Das damals zweistöckige Fachwerkwohnhaus, an das heute noch einige Familienfotos erinnern, wurde in den 1980er Jahren von seinem „arischen“ Erwerber in der Zeit des Nationalsozialismus (1936) infolge massiver Baufälligkeit niedergelegt. Die frei gewordene Fläche wird heute für Hühnerhaltung genutzt.

Zadock Stern, gleichen Geburtsjahrs wie die Mutter des Autors, Elise Stahl geb. Fink, war in seiner Volksschulzeit auch Klassenkamerad von Elise Stahl und deren Mitkameraden wie Heinrich Decher („Äwels“), Otto Bambey („Wänesch“), Anna Schneider verh. Ohlwein („Schneiders“) und auch Otto Hoffmann („Feicks“). Damaliger Volksschul-Lehrer war der aus Seeheim an der Bergstraße stammende und später in Köddingen bestattete Pädagoge Karl Pfeiffer. Pfeiffers Ehefrau war Köddingerin.

Zadock Stern, in den USA als Sol Stern benannt, stellte am 22. Januar 1958, also über zwanzig Jahre nach seiner Auswanderung und der seiner überlebenden Familienangehörigen um Vater Juda Stern den gesetzlich zugestandenen Entschädigungsantrag für Verlust an Freiheit und Vermögen.

In seiner beim beauftragten Rechtsanwaltsbüro von L. Sondheim (New York) eingegebenen eidesstattlichen Versicherung gibt Stern kurz skizziert Einblicke in die Umstände, die ihn zum Verlassen Angenrods und mithin Deutschlands in der NS-Diktatur veranlasst hatten.

„Eidesstattliche Versicherung. Ich, der Unterzeichnete: Zadock gen. Sol Stern geboren am 11. Februar 1903 in Angenrod Kreis Alsfeld, ausgewandert im Februar 1937 von Grossen-Buseck nach New York, jetzige Wohnung 227 Audubon Avenue New York 33 N Y USA erkläre hiermit Folgendes:

Ich besuchte in Angenrod die Volksschule und trat dann meine kaufmännische Lehre an. Ich war bei verschiedenen Firmen in Stellung, besuchte die Kaufmännische Fortbildungsschule und lernte außerdem Buchhaltung, Stenografie und Schreibmaschine. Nach meiner Verheiratung machte ich mich selbständig in Grossen-Buseck. Ich betrieb in Grossen-Buseck ein Manufakturwarengeschäft, welches sehr gut ging. Ich war bei meinen Kunden in Grossen-Buseck und Umgebung sehr beliebt und geachtet. Das angenehme Verhältnis zu meiner Kundschaft änderte sich plötzlich mit der Machtergreifung Adolf Hitlers im Jahr 1933.

Plötzlich erschienen SS und SA Leute, die genau darauf achteten, wer meinen Laden betrat. Während ich in den Jahren 1930 bis 1932 durchschnittlich p. Jahr Mk. 3 000,- verdiente, musste ich ab 1933 schon von meinen Ersparnissen leben. Ich betrieb meine Auswanderung, und es gelang mir im Jahr 1937 mit meiner Familie nach Amerika auszuwandern.

Wir benutzten das Schiff „Washington“ der United States Line ab Hamburg und bezahlte ich für die Überfahrt für mich, meine Frau und meine drei Kindern(sic) Mk. 1750.-

Ich verpackte durch die Firma Brasch & Rothenstein 13 Kisten und bezahlte für die Herstellung der Kisten, Fracht und Verpackung bis New York Mk. 900,-. Vom Pier in meine Wohnung kosteten mich die Kisten nochmals \$ 40,- ...Mk. 168,-.

Für die Reise nach Stuttgart zum Amerikanischen Konsulat, um das Einreisevisum für Amerika zu erhalten und die Reise nach Hamburg zum Seebafen entstanden mir für 5 Personen mit Übernachtungen nochmals Mk. 450,- Unkosten, die ich ebenfalls geltend mache.

Nach meiner Ankunft in Amerika konnte ich keine Arbeit finden. Es herrschte hier große Arbeitslosigkeit und ich beherrschte die Landessprache nicht. Erst am 1. August 1937 fand ich Arbeit.

Ich verdiente im Jahre 1937 \$ 210,-; 1938 \$ 650,-; 1939 \$ 885,-; 1940 \$ 1080,-; 1941 \$ 1225,-; 1942 \$ 1016,26; 1943 \$ 1400,17; 1944 \$ 1692,94; 1945 \$ 1599,53; 1946 \$ 1770,65; 1947 \$ 1927,91; 1948 \$ 2090,36; 1949 \$ 2136,50; 1950 \$ 2127,-; 1951 2791,65; 1952 \$ 2356,30.

Ich mache meine diesbezügl. Ansprüche hiermit geltend.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem unten verzeichneten, beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

New York, den 22. Juli 1955

(Autograph Zaduk genannt Sol Stern)

State of New York, County of New York, Sworn to before me this 22 th day of July 1955 by (Autograph und Stempel Morris Morgenstern)“

In einem amtlichen und an die von Stern beauftragten beiden Gießener Rechtsanwälte gesandten Schreiben des Regierungspräsidiums betr. Entschädigungssache Sol Stern werden den Anwälten folgende ergänzende Fakten mitgeteilt:

„In obiger Entschädigungssache hat der Bürgermeister von Großen-Buseck auf eine diesseitige Anfrage zum Verschleuderungsschaden des Antragstellers folgendes mitgeteilt:

Der Obengenannte ist mit seinem Schwiegervater Ferdinand Wallenstein am 26.1.1937 nach Frankfurt/M. umgezogen. Die Möbel wie Schlafzimmer und Küche wurden alle mitgenommen. Wertlose Kleinigkeiten sollen in Großen-Buseck verkauft worden sein. Die Familie des Zadok Stern lebte ebenso wie sein Schwiegervater in ärmlichen Verhältnissen, sodass das Vorhandensein eines Speisezimmers fraglich erscheint. Außerdem waren die Wohnungsverhältnisse sehr beengt.‘

Aus diesen Angaben des Bürgermeisters muss entnommen werden, dass der Antragsteller den wesentlichen Teil seiner Wohnungseinrichtung mit nach den USA genommen hat. Dies ergibt sich auch aus den Erklärungen des Antragsstellers, wonach er 13 Kisten mit in die USA genommen hat.

Unter diesen Umständen lege ich Ihnen nahe, den Antrag wegen Ersatzes des Verschleuderungsvermögens zurückzunehmen.

*Hochachtungsvoll
Im Auftrag
(Autograph)
Reg.-Assessor“*

Zadok Sol Stern machte dann am 22. Januar 1958 noch ergänzende Mitteilungen zu seinem Basis-Entschädigungsantrag:

„Ich, der Unterzeichnete Sol Stern, geboren am 11. Februar 1903 in Angenrod Kreis Alsfeld, jetzige Wohnung 227 Audobon Avenue New York 33 N Y USA ergänze meine eidesstattliche Versicherung vom 22. Juli 1955 wie folgt:

Ich besuchte bis zum Jahre 1917 die Volksschule in Angenrod, ebenso die Fortbildungsschule.

Ich lernte dann im Geschäft meines in New York verstorbenen Vaters Juda Stern und bildete mich als Kaufmann aus. Ich übernahm das Geschäft meines Vaters etwa im Jahre 1928.

Ich verheiratete mich dann. Meine Frau wollte jedoch ihren Heimatort Großen-Buseck nicht verlassen und ich zog entgegen meinem Wunsche in das Haus meines Schwiegervaters nach Großen-Buseck.

Ich hatte meine eigenen Möbel.

Ich besuchte dann von Großen-Buseck aus meine frühere Kundschaft in der Umgegend von Angenrod in den Orten Bernsburg, Fischbach, Arnshain, Wahlen, Rublkirchen, Schwabenrod, Seibelsdorf usw.

Ich kann ruhigst behaupten, dass die der Behörde zugegangene Auskunft nicht stimmt. Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem unten verzeichneten, beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

New York, den 22. Januar 1958.

(Autograph Sol-Zaduk Stern)

Sol Zaduk Stern“

Auf nachfragendes Schreiben des Regierungspräsidiums vom 15. April 1958 antwortete Sol Stern dann, wiederum mit einer eidesstattlichen Versicherung vor dem Rechtsanwalt L. Sondheim (New York), mit folgender Erklärung:

„Ich verzog vor meiner Auswanderung von Großen-Buseck nach Frankfurt am Main, wohnte jedoch dort nur 14 Tage möbliert bis zu meiner Auswanderung. Es waren noch verschiedene Anschaffungen für die Ausreise zu machen, wodurch der Aufenthalt in Frankfurt am Main entstanden ist.

Mein Schlafzimmer wurde im Jahre 1931 von dem Schreinermeister Mohr in Angenrod angefertigt.

Das Speisezimmer kaufte ich neuwertig im Jahre 1933 von einer Familie, die nach Israel auswanderte. Dasselbe war in einem erstklassigen Zustande.

Für meine Auswanderung habe ich mir ausschließlich neue, für Amerika geeignete Möbel gekauft und zwar im Jahre 1936 in dem Möbelhaus Zimmer, Frankfurt am Main, Hanauer Landstraße 44.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eidesstatt vor dem unten verzeichneten, beglaubigenden Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

New York, den 7. Mai 1958

(Autograph Sol Stern)

Stempel und Autograph des Rechtsanwalts L. Sondheim“

Und in der letzten im HHStAW archivierten eidesstattlichen Versicherung vor Rechtsanwalt L. Sondheim, datiert auf den 26. Juni 1957, präzisierte der gebürtige Angenröder USA-Auswanderer Sol Stern dann die in der Nazi-Zeit erfolgte Verschleuderung eines großen Teils seiner Möbel in Angenrod.

„Vor meiner Auswanderung nach Amerika war ich genötigt, einen großen Teil meiner Möbel zu verschleudern, und zwar handelte es sich um:

Es waren die neu angeschafften Möbel (den Wert, Erlös und Verlust gab Stern dann jeweils in DM tabelliert an, d. Verf.).

1 Schlafzimmer: 2 Betten m. Matratzen und Federbetten, 2 Nachttische, 1 Frisier-toilette, Schränke.

Wert. 1500,-- Erlös 200,-- Verlust 1300,--

1 Speisezimmer: 1 Buffet, 1 Anrichte, Tisch, 6 Stühle

Wert 1200,-- Erlös 200,-- Verlust 1000,--

1 Küche: Buffet, Tisch, Stühle

Wert 550,-- Erlös 100,-- Verlust 450,-

Ich mache meine diesbezüglichen Ansprüche geltend.

Die Namen der Käufer sind mir nicht bekannt, da sich solche fürchteten, bei uns Juden zu kaufen, infolge des herrschenden Boykotts gegen uns. Sie kamen daher auch aus der Umgebung und wurden auf diese Weise nicht von den Nachbarn erkannt und liefen nicht Gefahr, denunziert zu werden. Ihre Namen nannten sie in keinem Falle. Die vorstehenden Angaben habe ich nach bestem Wissen und Gewissen gemacht, versichere diese hiermit an Eidesstatt, vor dem unten bezeichneten und beglaubigten Notar und den zuständigen Behörden in Deutschland.

New York, den 26. Juni 1957

(Autograph Sol Stern)“

Über Zaduk Sterns Angenröder Zeit ist unter anderem überliefert, dass er dem 1927 gegründeten Fußballsportverein Angenrod (FSV) angehört hat. So wird er zusammen mit Heinrich Weißbeck als einer von zwei Kontrolleuren des FSV in der Anfang 1929 durchgeführten Generalversammlung gewählt.

Und auch im seinerzeitigen Angenröder Kegelclub war Zaduk Stern aktives Mitglied, wie aus der Pressemeldung über die am 3. Januar 1929 in der Gaststätte von Joseph Wertheim stattgefundene Generalversammlung mitgeteilt wurde.¹⁰⁵

105 OZ-Archiv: 12.01.1929.

Zusammen mit Willi Hartmann zählte Zaduk Stern zu den beiden gewählten Kontrolleuren des Clubs.

Vorsitzender des Kegel-Clubs war damals Heinrich Weißbeck, Schriftführer Peter Martin 3. und Rechner Gastwirt Joseph Wertheim selbst.

Schon ein halbes Jahrzehnt früher hatte das erste Familienmitglied der „Ranjes“ Angenrod durch Auswanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika für immer verlassen. Es waren vermutlich wirtschaftliche Gründe, die Leopold Stern und dies gemeinsam mit dem Angenröder Heinrich Jost zur Emigration bewogen. Der Aufschwung der Nationalsozialisten und der damit einhergehende menschenverachtende Antisemitismus hatten damals noch nicht deutliche Konturen angenommen.

Das Entschädigungsverfahren für Zadock (Sol) Stern wurde mit Bescheid vom 6. August 1967 abgeschlossen. Der Antragsteller erhielt über die wegen Auswanderungskosten bereits gewährte Entschädigungsleistung hinaus eine weitere Entschädigung geringfügigen Betrages.

Zimmermann, Rebekka geb. Abt * 27.11.1881 in Angenrod¹⁰⁶

Rebekka Zimmermann, als Verheiratete wohnhaft in Ober-Seemen, war Tochter des Angenröder Israeliten Heinemann Abt und dessen Ehefrau Jettchen geb. Höchster. Rebekka Zimmermanns Bruder Sally Abt (16.12.1876–21.10.1940) – dörflich als „Schafsjud“ bezeichnet, da er Viehhandel trieb – war mit Frieda Abt geb. Bauer aus Merlau verheiratet. Frieda Abt (*04.04.1874 in Merlau, ermordet 16.05.1944 in Auschwitz) zählte zu den letzten acht in Angenrod verbliebenen und von hier letztlich in die Vernichtungslager im Osten deportierten Angenröder jüdischer Konfession. Frieda Abt wurde in Auschwitz ermordet.¹⁰⁷ Sowohl von Heinemann und Jettchen Abt geb. Hoehster als auch von Bruder Sally Abt, dem letzten regulär in Angenrod bestatteten Israeliten, sind noch Grabsteine auf dem Angenröder jüdischen Gemeinschaftsfriedhof erhalten.¹⁰⁸

Rebekka Zimmermann formuliert ihren Entschädigungsantrag als eidesstattliche Versicherung mit Datum vom 22.10.1957 als nach Johannesburg/Südafrika emigrierte geborene Angenröderin wie folgt:

„Ich, die Unterzeichnete Rebekka Zimmermann geb. Abt., wohnhaft Johannesburg/Südafrika, erkläre hiermit: Die Strafbarkeit einer falschen Versicherung an Eides Statt ist mir bekannt. In ihrer Kenntnis versichere ich Folgendes an Eidesstatt. Ich bin am 27.11.1881 als Tochter des Viehhändlers Heinemann Abt und dessen Ehefrau Jettchen Abt geb. Hoehster, jüdischer Konfession, zu Angenrod geboren. Ich absolvierte die Bürgerschule zu Angenrod und erlernte den Beruf einer Schneiderin bei einer Schneidermeisterin in Alsfeld. Nach Beendigung meiner Ausbildung betätigte ich mich als selbständige Schneiderin in Angenrod, während ich nebenher in dem väterlichen Geschäftsunternehmen in das kaufmännische Wesen eingeführt wurde.

106 HHSStAW, Abt. 518, Nr. 72397.

107 <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de828116> (abgerufen am 03.10.2023).

108 Jüdischer Sammelfriedhof am westlichen Ortsausgang Angenrods.

Im Jahr 1908 verheiratete ich mich mit dem Gemischtwarenhändler und Mitinhaber der Firma Levi Zimmermann, Herrn Kaufmann Zimmermann aus Oberseemen. Vom Tage meiner Eheschließung bis zur erzwungenen Geschäftsaufgabe im Jahre 1937 war ich als Mitarbeiterin in dem ehemännischen Geschäftsunternehmen tätig. Während der häufigen Abwesenheit meines Mannes auf Geschäftstour und bei Versorgung der ausgedehnten Landwirtschaft habe ich das Ladengeschäft völlig allein und selbständig geführt. Da ich mit Rücksicht auf meine familienrechtlichen Beziehungen zu dem ehemännischen Geschäftsinhaber kein Entgelt für meine Tätigkeit erhalten habe, so habe ich meinem Mann die Kosten einer fremden Arbeitskraft erspart, der er für eine gleichwertige Arbeitsleistung ein Gehalt von mindestens 300,-- bis 350,-- Mark monatlich hätte zahlen müssen, zumal es sich bei der von mir bekleideten Stellung um eine verantwortungsvolle Vertrauensposition handelte, die grundsätzlich kaufmännische Kenntnisse und Umsicht erforderte. Auch hätte ich aufgrund meiner Fähigkeiten in einem fremden Betrieb ein Gehalt in dieser Höhe ohne weiteres erlangen können.

Nachdem mein Ehemann und ich durch die nationalsozialistischen Boykott- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden im Jahr 1937 unsere gute und gesicherte Existenz verloren hatten und Oberseemen wegen der Besorgnis für Leib und Leben praktisch fluchtartig verlassen mussten und zunächst in Fulda Schutz suchten, bis wir im Mai 1938 nach Johannesburg/Südafrika auswanderten, habe ich keinen Erwerb und keinerlei Einkommen mehr gehabt. Nach unserer zwangsweisen Übersiedlung nach Fulda waren mir als Jüdin alle Türen verschlossen.

Auch in Südafrika konnte ich nichts verdienen. Meine Einwanderungsgenehmigung war mit einem dreijährigen Arbeitsverbot verknüpft, aber auch nach Ablauf dieser Frist konnte ich im vorrückenden Alter bei nur mangelhafter Kenntnis der Landessprachen und ohne jegliche Beziehungen keine Anstellung finden, während mir zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit die erforderlichen Mittel fehlten. So war und bin ich vom Tage meiner Ankunft in Südafrika bis heute in vollem Umfang auf die Unterstützung meiner Kinder angewiesen.

Ich mache meine Entschädigungsansprüche für den schweren und nachhaltigen Schaden im beruflichen Fortkommen, den ich durch die Verdrängung aus meiner Tätigkeit als Mitarbeiterin meines Ehemannes erlitten habe, in vollem Umfang geltend und beantrage die Gewährung einer meiner früheren Lebensstellung entsprechenden Rente.

Johannesburg/Südafrika, den 22. Okt. 1957

(Autograph:Rebekka Zimmermann geb. Abt“

Die vorstehende eigenhändige Unterschrift beglaubigte abschließend der Konsultssekretär beim Konsulat der Bundesrepublik Deutschland.

Das Entschädigungsverfahren für Rebekka Zimmermann wurde nach intermediärer Klage der Antragstellerin letztlich durch einen angenommenen Vergleichsvorschlag der 7. Zivil- und I. Entschädigungskammer des Landgerichts Kassel vom 03.11.1959 abgeschlossen.

Dokumentation

Beiträge aus Anlass der Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises 2023¹

Rede der Oberbürgermeisters Frank-Tilo Becher

Sehr geehrte Frau Dr. Tittel,
sehr geehrte Vertretungen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung,
sehr geehrte Mitglieder der Jury zur Vergabe des Wilhelm-Liebknecht-Preises,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises erinnern wir nicht nur an die Persönlichkeit Wilhelm Liebknecht, sondern insbesondere an seine Ideen sowie seinen leidenschaftlichen Einsatz für eine gerechte und freie Gesellschaft. Wilhelm Liebknechts politische Ideen hatten maßgeblichen Einfluss auf politische Entwicklungen und Bewegungen und waren entscheidend nicht nur für die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sondern für alle Parteien unserer parlamentarischen Demokratie. Wir können stolz sein, mit Wilhelm Liebknecht einen großen Sohn unserer Stadt zu haben, der einen außergewöhnlichen und dauerhaften Beitrag für den Fortschritt von Politik und Gesellschaft geleistet hat. Wilhelm Liebknecht, geboren, aufgewachsen und sozialisiert wie politisiert in Gießen, war schon zu Lebzeiten eine bedeutende Persönlichkeit. Er war so bedeutend, dass er für seine Ideen und Überzeugungen immer wieder vor Häschern und Verfolgern eines reaktionären Staates fliehen musste, dennoch gefasst wurde und Jahre im Gefängnis saß. Der „Soldat der Revolution“ im 19. Jahrhundert, als der er sich selbst bezeichnen bezeichnete, war einer ihrer Anführer. Schon in jungen Jahren, im Vormärz, war er einer der führenden und frühen Köpfe der Radikaldemokraten, später Vordenker und Vorkämpfer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, schließlich Mitbegründer der ältesten Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei.

Ich freue mich, Sie alle hier im Namen des Magistrats der Universitätsstadt Gießen zur Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises 2023 begrüßen zu dürfen. Besonders freue ich mich, die Preisträgerin, Frau Dr. Tittel, hier im Wilhelm-Liebknecht-Haus willkommen zu heißen. Hier im Wilhelm-Liebknecht-Haus wird Gemeinwesen-Arbeit für einen Stadtteil gestaltet, in dem viele benachteiligte Menschen leben und in dem die Armutsquote besonders hoch ist. Im Wilhelm-Liebknecht-Haus bekommen Menschen Unterstützung, Hilfe und Beratung, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens geboren wurden. Und hier ist ein Ort auch

1 Veranstaltung zur Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises an Dr. Laura Soréna Tittel zur preisgekrönten Arbeit „Umriss einer Theorie des Antiziganismus“ am 26. November 2023 im Wilhelm-Liebknecht-Haus.

der Bildung. „Wissen ist Macht“ – hat Wilhelm Liebknecht einst im Kampf um die Bildung für alle Bevölkerungsgruppen postuliert, Arbeiterbildungsvereine gegründet und sich damit gegen das traditionelle Schulsystem gewendet, das dazu angetan war, die alte Stände-Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten und Arbeiter von Bildung auszuschließen. Wir als Stadt Gießen sehen uns in der Tradition dieser wichtigen Erkenntnis, dass Bildungsgerechtigkeit neben der existentiellen Sicherheit der wichtigste Baustein für sozialen Frieden, eine gelingende Demokratie und eine gerechte Teilhabe aller an unserem Gemeinwesen ist.

Mit dieser heutigen Veranstaltung wollen wir uns daran erinnern, in welcher Tradition wir als Gießener*innen stehen. In dieser Stadt, über die Liebknecht einst in seinen Erinnerungen sagte:

„Und ‚mein Gießen lob‘ ich mir‘; es ist kein Klein-Paris, aber es ist Gießen, und wenn immer ich einmal daran denke, fern vom Kampfgewühl, in Ruhe und Freiheit – nicht im Gefängnis, wo allein ich bis jetzt „Ruhe“ gehabt, Einkehr und Selbstschau zu halten –, dann denke ich an mein liebes Gießen mit der schönen Umgegend, in welcher weit und breit kein Stein ist, den ich nicht in der Kindheit und Jugend betreten.“

Liebknecht hat seine Stimme erhoben; hat die Interessen derjenigen, die keine Stimme hatten, konsequent vertreten. Er gehört zu den ganz Großen, die ideengeschichtlich weit über unsere Stadt, unser Land hinaus strahlen.

Und darum hat sich der Magistrat der Universitätsstadt Gießen im Jahre 1990 dazu verpflichtet, zu seinem Andenken einen Preis zu stiften; einen Preis, der Menschen auszeichnen soll, die sich in ihren Arbeiten „den sozialen Grundlagen zum Aufbau und zur Sicherung demokratischer Gemeinwesen widmen“, diese erforschen und damit auch die Auseinandersetzung mit dem geistigen Erbe Liebknechts wachhalten. In den vergangenen Jahren hat diese Verleihung eine erfreuliche Entwicklung genommen. Zunächst als Preis für historische Arbeiten gedacht, sprach er nur einen sehr kleinen Kreis an Wissenschaftler*innen an. Er wurde dann so erweitert, dass nunmehr wissenschaftliche Arbeiten zum Zustand des demokratischen Gemeinwesens gewürdigt werden. Und durch eine kluge Veränderung im Ausschreibungsverfahren stand die Jury in diesem Jahr abermals vor der großen Aufgabe, aus einem größeren Bewerber*innenfeld mit sehr unterschiedlichen Themen und Zugängen eine/n würdige/n Preisträger*in zu bestimmen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle sehr bei den Mitgliedern der Jury – bestehend aus Professorin Brockmeyer und Prof. Breitmeier als Vertreter der JLU, Dr. Breitbach als Vertreter des Oberhessischen Geschichtsvereins, den Vertretungen der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung und dem Kulturamtsleiter Dr. Neubacher als beratendem Mitglied –, die gerne die Aufgabe wahrgenommen haben, die eingereichten Arbeiten zu begutachten und sich gemeinsam in reger Diskussion einmütig auf eine würdige Preisträgerin zu verständigen. Die thematische Spannweite der eingereichten Arbeiten reichte, um nur eine kurze Auswahl zu nennen, von Ungleichheitsforschung, vergleichender Bildungsforschung im inter-

nationalen Kontext bis zu einer sehr originellen Arbeit, die dem Prinzip des Dramas, der Tragik im Komik im politischen nachgeht.

Und eben Frau Dr. Laura Sorena Tittels grundlegende Arbeit „Umriss einer Theorie des Antiziganismus“. Frau Dr. Tittel bearbeitet eine wissenschaftliche Leerstelle in der Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in der Antiziganismus neben z.B. Rassismus und Antisemitismus noch kaum vorkommt. Und ich möchte nicht vergessen zu erwähnen, dass Frau Dr. Tittel ihre Dissertation, die wir heute würdigen, als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität verfasst und eingereicht hat, also zudem ein besonderer Bezug zur Heimatstadt Wilhelm Liebknechts besteht.

Ohne der Laudatio von Professorin Regina Kreide vorgereifen zu wollen, möchte ich doch in wenigen Worten die Arbeit von Frau Dr. Tittel „Grundzüge einer Theorie des Antiziganismus“ vorstellen und meinen persönlichen Blick darauf darlegen: Was macht die Gruppe der Sintiza, Romn:ja – und ich ergänze der Jenischen – so besonders, dass ihre Diskriminierungsgeschichte bis heute eine wissenschaftliche Leerstelle ist? Frau Tittel füllt mit ihrer Arbeit sowohl diese Leerstelle und macht zugleich Vorschläge für eine Antwort auf diese Frage. Ihr Abschluss und ihre Verfolgung basieren sehr wohl auf rassistischen Mustern und dennoch können diese Theorien den Antiziganismus nicht aufnehmen, erklären. Frau Dr. Tittel geht dem Antiziganismus im wissenschaftlichen und philosophischen Denken nach, untersucht und befragt dabei Kant, Marx sowie Horkheimer und Adorno auf diskriminierende Muster. Und wird fündig. Es ist davon auszugehen, dass Wilhelm Liebknecht, Genosse und Zeitgenosse von Karl Marx, nicht anders als dieser über diese Gruppe gedacht hat. Die Kritik an Marx trifft somit auch Liebknecht. Den Preis an Frau Tittel zu vergeben, bedeutet mit Liebknecht, im Sinne Liebknechts über Liebknecht hinauszugehen. Denn zweifelsohne ging es Liebknecht um eine demokratische Gesellschaft. Grundlage für unser Zusammenleben in einer solchen Form setzt immer Chancengerechtigkeit voraus, die nur in einer Überwindung von Ressentiments, Stigmatisierungen und diskriminierenden Vorurteilen voraus. Als radikaler Demokrat würde sich Liebknecht heute sicher für die Belange der Sintiza und Romn*ja einsetzen.

In zweifacher Hinsicht hat Frau Dr. Tittels Arbeit selbst, jenseits ihrer persönlichen Situation als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der JLU, einen Bezug zu Gießen. Zum einen ist die Berichterstattung und visuelle Verarbeitung eines Prozesses gegen eine sogenannte Zigeunerbande im 18. Jahrhundert in Gießen Teil ihres Materials, an dem sie die Dynamik beschreibt, mit der diese soziale Gruppe zu einem Sicherheitsproblem gemacht wird.

Zum anderen ist Gießen die Stadt des Manischen, dem Soziolekt einer Gruppe, die den gleichen Zuschreibungen und Stigmatisierungen ausgesetzt war und ist, wie sie im Antiziganismus konstituierend sind.

Die Verleihung des Wilhelm Liebknecht Preises an Frau Tittel und ihre Arbeit „Grundzüge einer Theorie des Antiziganismus“ fällt in eine Zeit, in der wir beginnen, uns intensiver mit sozialer Ausgrenzung insbesondere der Jenischen zu beschäftigen. Die Ausstellung „Digge Mal – Das Manische in Gießen“ ist Aus-

druck dieser Beschäftigung. Ebenso die zur Zeit laufenden Überlegungen zur Gestaltung der ehemaligen Kneipe „Knochenbrecher“ auf der Gummiinsel zu einem Ankerpunkt der Geschichte sozialer Ausgrenzung in Gießen.

Die Geschichte der Jenischen gehört hier wesentlich dazu.

Sehr geehrte Frau Titel vielen Dank für diese erhellende und wichtige Arbeit, die in Gießen einen besonderen Beitrag leistet.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, um kurz den Blick auf die Zukunft zu richten – denn 2026 würde Wilhelm Liebknecht 200 Jahre alt werden.

Diesen Geburtstag wollen wir angemessen begehen und die Bedeutung Liebknechts für das politische Leben in Deutschland – und darüber hinaus – in den Fokus stellen. Gießen soll in diesem Jahr das bundesweit sichtbare Zentrum eines Nachdenkens über Gesellschaft, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit werden. Wir wollen noch in diesem Jahr mit ersten Vorbereitungen dazu beginnen. Und so viel ist sicher: Die Preisträger*innen des Wilhelm-Liebknecht-Preises werden im Rahmen dieser Feierlichkeiten sicher auch eine Rolle spielen, womit ich Sie, liebe Frau Dr. Tittel, schon jetzt herzlich zu einem weiteren Besuch nach Gießen einlade.

Vielen Dank Vincent Rocher und Norbert Schikowski, die die Preisverleihung mit Musik von Django Reinhard begleiten.

Und im Anschluss daran freuen wir uns auf die Laudatio von Dr. Regina Kreide, Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität. Da sie bedauerlicherweise heute nicht vor Ort sein kann, wird unser Kulturamtsleiter, Herr Dr. Neubacher, ihre Würdigung der Preisträgerin verlesen.

Laudatio von Prof. Dr. Regina Kreide

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Becher,
sehr geehrte Frau Stadträtin Eibelshäuser, sehr geehrter Herr Stadtrat Arman,
sehr geehrte Mitglieder des Magistrats,
sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Gießen,
sehr geehrte Damen und Herren der Auswahlgremien,
sehr geehrte Gäste,
sehr geehrte Familie Tittel,
liebe Laura,

in einer Welt, die durch multiple Krisen und Kriege gekennzeichnet ist, durch rasante Veränderungen und enorme Unsicherheiten, ist es nicht nur ein ganz besonderer, sondern auch ein ganz besonders schöner Anlass, an einer festlichen Preisverleihung teilnehmen zu dürfen.

Laura Tittel und ich kennen uns seit sechs Jahren. In einem hart umkämpften Bewerber:innenumfeld zur Besetzung einer Stelle in dem großen Forschungsverbund „Dynamiken der Sicherheit“ der Universitäten Gießen und Marburg, in dem ich zusammen mit Dr. Huub van Baar das Projekt „Roma-Minderheiten in Europa. Eine historische Perspektive“ leite, war Laura Tittel unsere „erste Wahl“ – – – und sie hat zum Glück zugesagt.

Vom ersten Moment des Gesprächs an war sie an Inhalten interessiert und weniger – wie es leider so häufig der Fall ist gegenwärtig – daran, ob diese Stelle gut für die Karriere ist, welche positiven formalen Anforderungen sie mit sich bringt und so weiter. Sofort spürte man die Begeisterung, mit der sie über die Theorien der älteren „Kritischen Theorie“ – über die Arbeiten von Max Horkheimer und Theodor Adorno und anderen – sprach, und mit denen sie sich in ihrer Masterarbeit, die sie an der Goethe-Universität zu Kritischer Theorie und Antisemitismus schrieb, beschäftigt hatte.

Schon bei der Lektüre dieser frühen Arbeit fiel die enorme Präzision auf, die klare, wissenschaftlich-nüchterne (und ich meine das im besten positiven Sinne), analytische und zugleich eingängliche Weise des Schreibens und damit auch – denn beides hängt eng zusammen – des Denkens, mit der sie gesellschaftliche Probleme philosophisch durchdringt. Laura hat diese Begabung in ihrer Dissertation auf beeindruckende Weise nochmals bewiesen, verfeinert und perfektioniert.

Worum geht es in ihrer Arbeit? Laura geht der bislang wenig beachteten, aber in ihrer Konsequenz radikalen Frage nach, wie der immer noch bestehende Antiziganismus, d.h. die Verächtlichmachung, Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber Angehörigen von Rom:nja-Minderheiten, innerhalb der Politischen Theorie, einer wissenschaftlichen Disziplin, die zwischen Philosophie und Politikwissenschaft angesiedelt ist, systematisch ausgeblendet wurde und noch wird. Die Arbeit spannt dabei den Bogen von einer gesellschaftlichen Analyse der Alltagsdiskriminierungserfahrungen über historische und ideengeschichtliche Repräsen-

tation von Rom:nja-Minderheiten bis hin zur erkenntnisreichen Analyse bislang kaum oder gar nicht gesichtetem historischen Materials in Form von schriftlichen Dokumenten, bildnerischen Darstellungen, Photographien, das bislang so noch nicht gezeigt und ausgewertet wurde. Wochen hat sie dafür in verschiedenen Archiven zugebracht.

Insofern betritt Laura Tittel mit ihrer Forschung wirkliches Neuland: Sie hat Archivmaterial gesucht, gesichtet und analysiert und in einen theoretischen Kontext gebracht, durch den ein lange bestandener „blinder Fleck“ in der Wissenschaft schlagartig ausgeleuchtet wurde. Wieso, so fragt man sich nach der Lektüre ihres bald beim Transcript-Verlag als Buch erscheinenden Werkes, hat sich die Ideengeschichte und politische Theorie noch nie zuvor der sogenannten „Warnschilder“ angenommen, die schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts Rom:nja -Minderheiten daran hindern sollten, Städte oder Dörfer zu betreten? Wieso fand die lange Geschichte der Ausgrenzung und Diskriminierung keine systematische Beachtung in den klassischen Ausführungen der Philosophie über die Legitimation des Staates und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung – weder bei Immanuel Kant, noch bei Karl Marx und auch nicht bei Max Horkheimer und Theodor Adorno? Und wieso werden Rom:nja-Minderheiten, wenn sie denn erwähnt werden, meist in einem Atemzug mit Frauen und „Wilden“, als Bürger:innen gesehen, die sich – wenn überhaupt – erst auf dem Weg hin zu einem rationalen Vernunftwesen befinden. Die wissenschaftliche Debatte, die Laura ingenios rekonstruiert, geht somit weit über den Kontext der nationalsozialistischen Ermordung und Inhaftierung der Rom:nja-Minderheiten hinaus und verhandelt letztlich eine lange Genese des Antiziganismus, sowohl ideengeschichtlich als auch gesellschaftlich-institutionell.

Die Verdrängung des Antiziganismus in der Wissenschaft wiederum zeigt sich auf zwei Ebenen: Auf gesellschaftlicher Ebene beispielsweise darin, dass erst im Juni 2021 eine parlamentarisch einbestellte Kommission aus Expert*innen zentrale Befunde zum Thema Antiziganismus vorstellte. Und zweitens kommt hinzu, dass auch die Wissenschaft erst in den letzten 30 Jahren begonnen hat, sich überhaupt des Begriffs und Phänomens des Antiziganismus anzunehmen, was vor allem durch die Bürgerrechtsbewegungen der Rom:nja seit den 1980er-Jahren angestoßen wurde.

In kritischer Auseinandersetzung mit aktueller Antisemitismusforschung – hier kann sie auf ihr Wissen aus ihrer Masterarbeit zurückgreifen –, den ersten Ansätzen der Antiziganismusforschung und der Minderheitenstudien in Deutschland und Europa, gelangt Laura zu der Annahme, dass Antiziganismus nicht nur als Frage der individuellen Einstellung, sondern als strukturgebender Mechanismus verstanden werden sollte, der weitverzweigt in der Funktionsweise moderner europäischer Gesellschaften hineingewachsen ist. Und der sowohl ideengeschichtliche Vorstellung von Aufklärung (Was verstehen wir unter einer modernen Gesellschaft? Was unter Freiheit?) als auch nationalstaatlich organisierte Gesellschaftsformen geprägt hat. Wie unsere Gesellschaft mit den sogenannten „Barbaren“, den Fremden, den Anderen umgeht, wie sie gesehen, beschrieben, ignoriert, abgewertet wurden, ist tief im philosophischen Gedankengut verankert.

Der Antiziganismus, so bringt es Laura auf den Punkt, ist geprägt durch die hochambivalente Imagination von Bedrohung und Bedrohtsein, von Sicherheit und Unsicherheit, oder, in den Worten des italienischen Philosophen Giorgio Agamben, von der Vorstellung des „Homo Sacer“, der Figur des Menschen, der sich völlig ausgegrenzt jenseits der Gesellschaft befindet, und der doch durch das Ausgegrenztsein in den Lagern an den Rändern der Städte als Teil der Gesellschaft verortet wird.

Im Durchgang durch die Ideengeschichte schlägt Laura aus den Arbeiten von Kant, Marx sowie Horkheimer und Adorno auf gelungene Weise Funken, obgleich man meinen könnte, zu diesen Autoren sei eigentlich schon alles gesagt. Aber es kommt auf die Perspektive und die hermeneutische Kraft an. Bei Kant arbeitet sie das Entstehen eines rassifizierten Bildes des unzivilisierten orientalischen „Zigeuners“ heraus. Mit der Figur des „Dunkelhäutigen“ und des „Primitiven“, der angeblich aus Indien stamme, skizzierte Kant nach Ansicht von Laura ein rassifiziertes Bild, das zu seiner Zeit in der akademischen Welt Europas weit verbreitet war, aber beweisbaren Tatsachen widersprach.

Bei Marx nähert sich Laura dem Gegenstand anders, nämlich über die Beschreibung des „Vagabundentums“ und der „Nichtsesshaftigkeit“, Begriffe, die einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zugeordnet werden, die von Marx als Lumpenproletariat bezeichnet wird. Bemerkenswert ist hier, wie Laura den Widerspruch herausarbeitet, der darin besteht, dass auf der einen Seite von „Vagabunden“ die Rede ist, die einem diskriminierenden System unterliegen, und auf der anderen Seite ökonomische Forderungen bestehen, möglichst viele Menschen in die Lohnarbeit hineinzuzwingen. Für das Verständnis von Rassismus auch heutzutage ist das ein wichtiger Punkt: ökonomische Verhältnisse sind in der Regel nicht frei von Diskriminierungen.

In den Werken von Horkheimer und Adorno schließlich spielt der dialektische Fortschrittsbegriff eine zentrale Rolle, der mit den verschiedenen Funktionen des Narrativs eines unzivilisierten „Anderen“ die uneingeschränkte „Tatsache des Fortschritts“ brüchig werden lässt. Unter Rückgriff auf einen Begriff von vermeintlichem Fortschritt und von Entwicklung, lassen antiziganistische Denkmuster auch Rückschlüsse auf weitreichende geschichtsphilosophische Fortschritts- und Verfallsnarrative zu. Die Ausblendung und Ausgrenzung einer ganzen Bevölkerungsgruppe lässt deutlich werden, dass die Fortschrittsidee einmal mehr, wenn nicht aufgegeben, so doch einer genaueren Beschreibung unterzogen werden muss.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass die Ergebnisse von Lauras Arbeit direkt auf das Selbstverständnis der europäischen Aufklärung und der spezifischen Art des modernen, kategorisierenden Denkens, das schon Adorno als Problem beschrieben hatte, zielen. Es ist gegenwärtig vielleicht gerade die Vorstellung des Fortschrittsgedanken, an dem wir, angesichts des „Rückfalls“ in barbarische Kriege, schrille Hassnachrichten und autoritäre politische Tendenzen in Europa, Indien, den USA, Argentinien, Russland und China, auch öffentlich zu zweifeln beginnen. Aber wenn man Lauras Arbeit gelesen hat, fragt man sich: Kann man wirklich von „Rückfall“, von „Rückschritt“ sprechen? Was für ein Fortschritt in

der Moderne war es, der von Anfang an so viel Leid für so Viele brachte? Wessen Fortschritt was es? Und auf wessen Kosten?

Auf der Theorieebene legt Laura den Finger genau dahin, wo es am meisten weh tut: Es bedarf der permanenten Selbstinfragestellung der eigenen, wissenschaftlichen Kategorien, um die „blinden Flecken“ bei der Erforschung gesellschaftlicher Verhältnisse immer wieder aufs Neue auszuleuchten. Lauras Studie weist uns, gerade in den gegenwärtigen Zeiten großer Verwirrung, eindrücklich und in unmissverständlicher Klarheit auf diese Notwendigkeit hin.

Dafür, liebe Laura, sind wir Dir dankbar! Herzlichen Glückwunsch zu dem Karl-Liebknecht-Preis der Stadt Gießen!

Rede der Preisträgerin Dr. Laura Soréna Tittel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Becher,
sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Grußdorf, sehr geehrte Frau Stadträtin Eibelshäuser, sehr geehrter Herr Stadtrat Arman, sehr geehrter Herr Kulturamtsleiter Neubacher,
sehr geehrte Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung Gießen,
sehr geehrte Mitglieder der Auswahlkommission,
sehr geehrte Gäste,
liebe Familie, Freundinnen und Freunde,
liebe Regina,

ich möchte mich ganz herzlich für die Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises und die damit verbundene Wertschätzung meiner Arbeit „Umriss einer Theorie des Antiziganismus“ bedanken. Es ist mir eine außerordentliche Ehre und zugleich eine große Verantwortung, die mir durch diese Auszeichnung zuteilwird.

Die Arbeit, die ich eingereicht habe, hätte nicht ohne die Unterstützung vieler Personen, die hier heute teilweise im Publikum sitzen, entstehen können. Dafür danke ich meiner Familie, meinem Partner, meinen Freundinnen und Freunden, Kolleg*innen und Mentor*innen, die ihr mich auf diesem Weg unterstützt habt, von ganzem Herzen. Einen ganz besonderen Dank richte ich an Dich, liebe Regina, nicht nur für die Laudatio, sondern auch dafür, dass Du mir seit meinem Vorstellungsgespräch vor fast sechs Jahren hier in Gießen einen stabilen Rahmen für meine Arbeit erschaffen hast, mich unermüdlich in meinem Projekt unterstützt hast und immer – auch gemeinsam mit meinem Zweitbetreuer Prof. Dr. Huub van Baar – für Diskussionen bereit standest. Dadurch erst konnte ich mich intensiv mit dem Thema Antiziganismus beschäftigen und – so mein Anspruch an meine Arbeit – nach den gesellschaftlichen Wurzeln dieses Phänomens suchen.

Bevor ich weiter auf den Inhalt meiner Arbeit zu sprechen komme, möchte ich meine Dankbarkeit gegenüber der Universitätsstadt Gießen ausdrücken, die diese Auszeichnung ins Leben gerufen hat. Der Wilhelm-Liebknecht-Preis steht nicht nur für die Würdigung guten wissenschaftlichen Arbeitens, sondern auch für die Bemühungen um soziale Gerechtigkeit und die Sicherung demokratischen Zusammenlebens. In einer Zeit, in der wir uns mit komplexen sozialen Herausforderungen konfrontiert sehen, ist die Anerkennung von Arbeiten, die sich kritisch mit Diskriminierung – und auch mit der Verstrickung des Staates und der Politik in diese – auseinandersetzen, von hoher Bedeutung und zeugt – das sage ich voller Respekt – von Kritikfähigkeit.

In meiner Arbeit beschäftige ich mich mit Fragen, die sich – ganz im Sinne Wilhelm Liebknachts – um die Grundlagen für ein freies und gerechtes Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften drehen. Wie kann es sein, dass sich

Rassismus auch im 21. Jahrhundert hält? Werden demokratische Gesellschaften ihrem eigenen Anspruch nach Freiheit und Gleichheit gerecht? Warum haben Sinti:ze und Rom:nja als Angehörige einer Minderheit ein erhöhtes Risiko, aus sozialer Teilhabe und politischen Zusammenhängen ausgeschlossen zu werden und Diskriminierung zu erleben?

Im Sinne Liebknechts widmet sich meine Arbeit einer Problemlage demokratischer Gemeinschaften aus Perspektive der Schwächeren und von Ausgrenzung Betroffenen. Zugleich, und auch hier sehe ich Liebknechts Erbe vertreten, gehe ich davon aus, dass eine Gesellschaft und ihre Mitglieder nicht frei sein können, wenn nicht alle in ihr frei sind. Die Beschäftigung mit Antiziganismus ist somit keineswegs eine altruistische Angelegenheit – sie geht alle Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft etwas an.

Ausgehend von diesen Fragen und der Erkenntnis, dass ein freies Zusammenleben unter aktuellen politischen und sozialen Verhältnissen nicht für alle – und damit in der Konsequenz eigentlich für niemanden – möglich ist, widmet sich meine Arbeit dem Gegenstand Antiziganismus als einem strukturellen Problemfeld. Um ein tiefergehendes Verständnis des Phänomens zu entwickeln, untersuche ich die historische Genese des Antiziganismus sowohl ideengeschichtlich im Denken über Politik, etwa auch bei kritisch-emanzipatorischen Philosophen wie Kant, Marx, Horkheimer und Adorno, als auch in gesellschaftlichen und staatlichen Praktiken. Denn erst durch ein Verständnis von Antiziganismus als eines historisch gewachsenen und gesellschaftlich verankerten Phänomens, kann sich der Frage angenähert werden, weshalb die bestehenden diskriminierenden Stereotype, Denkweisen und Handlungsmuster in ihren tatsächlichen Ausprägungen verbreitet sind.

Moderner Antiziganismus, so das zentrale Ergebnis meiner Arbeit, lässt sich anhand dreier großer Stränge gesellschaftlicher Entwicklung verstehen: Erstens entstand mit der Durchsetzung des kategorialen Denkens in der Aufklärung eine neue Basis für eine hierarchisierende Differenzierung zwischen Menschen. Dies ist Teil der Dialektik der Aufklärung. Zweitens findet sich im Kapitalismus eine spezifische Funktionslogik wieder, die ungleicher Verhältnisse bedarf und diese immer wieder herstellt. Darunter leiden die ökonomisch sowieso schon Abgehängten besonders. Dies hat einer der Weggenossen von Wilhelm Liebknecht, Karl Marx, in seinem Werk eindrücklich herausgearbeitet. Ich habe dies in Verbindung mit Antiziganismus gebracht, um aufzuzeigen, dass die Feindschaft gegenüber (in Anführungszeichen) „Zigeunern“ und „Zigeunerinnen“ von Anfang an eine sozio-ökonomische Komponente hatte. Und drittens legitimierten sich moderne Nationalstaaten wiederum von Anfang an durch ihre Funktion als Sicherheitsgaranten und speisten sich durch Bedrohungsnarrative von außen. Aus diesen drei Strängen – kategorisierendem Denken, Kapitalismus und Nationalstaatenbildung – hat sich eine Kriminalisierung von Armut und eine rassistische Abwertung von Menschen entwickelt, von der Sinti:ze und Rom:nja besonders betroffen sind.

Soweit die übergreifenden Thesen. Um das Ganze etwas greifbarer zu machen, möchte ich einen meiner untersuchten Fälle kurz darstellen. Hier in Gießen fand vor knapp 300 Jahren, im November des Jahres 1726, ein Gerichtsprozess gegen

eine aus 28 Personen bestehende, sogenannte „Zigeunerbande“ statt. Da über diesen Fall ein ganzes Buch geschrieben wurde, lässt sich relativ gut nachvollziehen, welche Vorstellungen zu der betroffenen Gruppe damals kursierten und wie der Fall politisch einzuordnen ist.

Kurz zu den Hintergründen: Die Anwesenheit von sogenannten „Zigeunern“ und „Jaunern“ war zu jener Zeit in Hessen (wie auch anderswo) unerwünscht. Bereits für die alleinige Anwesenheit drohte ihnen laut einer hessischen Strafverordnung von 1722 bei erstmaligem Aufgreifen eine Brandmarkung und bei erneutem Aufgreifen die Todesstrafe, „wann auch sonst weiter keine spezielle Missethat auff sie gebracht werden könnte“ (Poenal-Sanction 1722).

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, „Zigeuner“ zu sein, zu stehlen, zu morden und zu rauben. Dies waren damals keine unüblichen Vorwürfe gegen Menschen, die als „Zigeuner“ stigmatisiert wurden, sondern vielmehr Aspekte des Bildes von „Vagabunden“, denen eine klare sozioökonomische Komponente zukommt. Ein großer Teil des Buches über den Prozess, das 1727 von einem der am Prozess Beteiligten (Gerichtsassessor Dr. J. B. Weissenbruch) im Auftrag des Landgrafen Ernst Ludwig von Hessen veröffentlicht wurde, beschäftigt sich auch gar nicht mit den Tatvorwürfen. Stattdessen verhandelt das Buch ausführlich Fragen danach, wer und was eigentlich „Zigeuner“ seien, woher diese kämen, wie sie lebten und ob sie „in einer Republic zu dulden“ (Weissenbruch 1727) seien. Darin verdeutlicht sich auch die politische Dimension des Strafprozesses, der als großer Schauprozess geführt wurde und ganz zentral der Abschreckung dienen sollte.

Die Strafen wurden im Buch bildlich dargestellt, darunter Enthauptungen mit Schwert, Hängungen und Räderungen, die vor großem Publikum durchgeführt wurden. Letztlich wurden 25 der 28 Angeklagten, darunter acht Frauen, hingerichtet.

Nun sind seit 1727 fast 300 Jahre vergangen und es stellen sich viele Fragen: Inwiefern ist eine demokratische Gesellschaft anders in der Lage, mit Differenzen umzugehen, wo stellt sie diese aber auch her? An welchen Stellen verhaftet sie in radierten Stereotypen und Vorurteilen? Gibt es Mechanismen, die immer wieder auftauchen und greifen?

Diesen Fragen gehe ich in meiner Arbeit nach: Ich habe Quellen aus unterschiedlichen Jahrhunderten auf die Selbstdarstellung staatlicher Akteure hin untersucht und die Widersprüche davon aufgezeigt, dass Sicherheit für manche, gleichzeitig Unsicherheit für andere, etwa die von Antiziganismus Betroffenen, bedeutet. Dadurch entsteht jedoch mehr, nämlich ein Kreislauf der Versicherheitlichung, wie es in der Fachsprache heißt, in dem Unsicherheit produziert wird, auf die mit Sicherheitsmaßnahmen reagiert wird, welche wieder neue Unsicherheit produzieren. In diesem Kreislauf geht die Macht immer wieder zurück an diejenigen Akteure, die definieren können, was überhaupt als Bedrohung verstanden wird – im beschriebenen Fall also die staatlichen Akteure, denen damit eine besondere Verantwortung zukommt. Zugleich bleibt die Situation, und damit komme ich wieder zum Anfang meiner Rede, insgesamt eine unsichere, denn nicht nur ist niemand frei, wenn nicht alle frei sind: Eine Gesellschaft und ihre Mitglieder sind

auch nicht sicher, wenn nicht alle sicher sind. Daher halte ich es für unvermeidlich, Sicherheit von einer anderen Perspektive her zu denken.

Die Auseinandersetzung mit Antiziganismus ist somit von grundlegender Bedeutung für eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft. Ich hoffe, dass meine Arbeit einen Beitrag dazu leisten kann, das Bewusstsein zu schärfen und einen Dialog über notwendige Veränderungen anzuregen.

Nochmals meinen herzlichen Dank an die Universitätsstadt Gießen für diese Auszeichnung und an alle, die mich auf meinem Weg begleitet haben.

Beiträge von Nachwuchshistorikerinnen und -historikern¹

STEFFEN BOSSHAMMER²

Begleitend zu diesem 108. Band der „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen“ erscheint erstmalig ein digitales Beiheft, in welchem vier Beiträge von ehemaligen Schülerinnen und Schülern des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums (LLG) abgedruckt wurden, die im Jahr 2021 bzw. 2023 erfolgreich ihre Abiturprüfung abgelegt haben.³ Diese Arbeiten entstanden im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten, des „größte[n] historische[n] Forschungswettbewerb[s] für junge Menschen in Deutschland“⁴. Am LLG nahmen erstmalig im Jahr 1986 unter Anleitung von Christoph Geibel Schülerinnen und Schüler am Geschichtswettbewerb teil.⁵ Seitdem entstanden zahlreiche mit Förder-, Landes- und Bundespreisen ausgezeichnete Arbeiten. Im Vordergrund des Wettbewerbs, der in geraden Jahren am 1. September startet und im Folgejahr am 28. Februar endet, steht, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu wechselnden Themen eigene Projekte entwickeln, an denen sie in einer Zeitspanne von sechs Monaten arbeiten. Im Sinne des forschend-entdeckenden Lernens gehen die Schülerinnen und Schüler selbstständig in den Archiven und Museen der Heimatregion und ggf. in den Unterlagen der eigenen Familie auf Spurensuche oder führen Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Die gefundenen Zeugnisse werden anschließend unter Einbezug von Forschungsliteratur ausgewertet und in schriftlichen bzw. kre-

-
- 1 Anmerkung der Redaktion: Der Verein schließt mit dieser Rubrik an die erstmalige Veröffentlichung von preisgekrönten Schülerinnen- und Schülerarbeiten, wie diese in MOHG Band 93 (2008), 355 ff. erfolgt war, an. Die Arbeiten, die zur Aufarbeitung bisher nicht erforschter Ereignisse und Vorgänge der Geschichte der heimischen Region beitragen, werden damit einem breiten Publikum zugänglich und für weitere Forschungszwecke über den Weg ihrer Online-Stellung nutzbar gemacht.
 - 2 Der Autor ist Studienrat am Landgraf-Ludwigs-Gymnasium Gießen und unterrichtet neben Geschichte auch Politik und Wirtschaft sowie Ethik. Seit dem Schuljahr 2020/21 begleitet er Schülerinnen und Schüler bei ihrer Teilnahme am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. Er hat die im Begleitheft abgedruckten fünf Beiträge – teilweise zusammen mit Christoph Geibel – als Tutor begleitet.
 - 3 Der Autor möchte sich – auch im Namen der Nachwuchshistorikerinnen und -historikern – an dieser Stelle bei dem Vorstand des Oberhessischen Geschichtsvereins, vor allem bei Herrn Dr. Breitbach, ausdrücklich für diese Möglichkeit bedanken.
 - 4 <https://koerber-stiftung.de/projekte/geschichtswettbewerb/>, letzter Aufruf: 29.12.2023.
 - 5 Auch lange nach seiner Pensionierung begleitet Christoph Geibel weiterhin Schülerinnen und Schüler als Tutor bei ihrer Teilnahme am Geschichtswettbewerb und steht auch den übrigen Tutorinnen und Tutoren der Schule mit Rat und Tat zur Seite. Die im Begleitheft abgedruckte Arbeit von Rami Ladouz begleitete er als Tutor.

ativen Beiträgen festgehalten. Häufig stehen am Ende des Arbeitsprozesses neue Erkenntnisse zur Gießener Regionalgeschichte.

Im Jahr 2020/21 bildete das Thema „Bewegte Zeiten. Sport macht Gesellschaft“ den Rahmen. Erschwert wurde die Spurensuche von Maya Katharina Gelzenleuchter, Johanna Gerschlauber und Pascal Jung durch die damals geltenden zahlreichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. So waren in diesem Zeitraum beispielsweise Bibliotheken und Archive entweder gar nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen zugänglich und auch Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen oder mit mir als Tutor konnten meist nur telefonisch oder als Videokonferenz erfolgen. Es ist den jungen Autorinnen und Autoren deshalb noch höher anzurechnen, dass am Ende bei jeder/m eine preisgekrönte Arbeit steht.

Maya Katharina Gelzenleuchter thematisiert in ihrer mit einem Landespreis ausgezeichneten Arbeit, vor welchen Problemen und Herausforderungen die Gießener Rudergesellschaft (GRG) nach dem Zweiten Weltkrieg stand. Gestützt auf Zeitzeugeninterviews und Unterlagen ihrer Familie stehen in ihrer Studie vor allem die Organisation des Vereinslebens, die Wiederaufnahme des Trainingsbetriebs, das soziale Miteinander und damit auch die Frage, welchen gesellschaftlichen Beitrag die GRG in der Nachkriegszeit leistete, im Vordergrund. Johanna Gerschlauber geht in ihrer ebenfalls mit einem Landespreis ausgezeichneten Arbeit am Beispiel des 1985 bei einem Rennen in Belgien verstorbenen Gießener Formel-1-Fahrers Stefan Bellof der Frage nach, welche gesellschaftlichen und sozialen Funktionen einzelne Sportler erfüllen. U.a. auf Zeitungsartikeln basierend steht in diesem Projekt der Zusammenhang zwischen der Popularität Bellofs auf der einen und die gesellschaftliche Einstellung zu Sport auf der anderen Seite im Vordergrund. Pascal Jung thematisiert in seiner mit einem Förderpreis ausgezeichneten Arbeit am Beispiel seiner Großmutter Sigrid Magel (geb. Wagner), wie Frauen in der Anfangszeit im Radsport bzw. Kunstradsport benachteiligt wurden. Basierend auf Zeitzeugeninterviews und Unterlagen seiner Familie schloss er Fragen nach der generellen Benachteiligung von Frauen im Sport sowie die Entwicklung des Frauenradsports in Deutschland an.

Im Jahr 2022/23 bildete das Thema „Mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen hat Geschichte“ den Rahmen. Rami Ladouz geht in seiner mit einem Landespreis ausgezeichneten Arbeit der Frage nach, welche Auswirkungen die Hyperinflation des Jahres 1923 auf den Gießener Wohnungsmarkt hatte. Basierend auf der Auswertung von Unterlagen aus dem Gießener Stadtarchiv thematisierte er u.a. Konflikte sowie deren Lösung zwischen Gießener Mietern, Vermietern und städtischen Behörden sowie die generelle Entwicklung des Wohnungswesens in Gießen.

Die im Begleitheft abgedruckten Aufsätze zeigen, auf welche beeindruckende Weise sich die Schülerinnen und Schüler ihren Themen genähert haben und zu welchen enormen Leistungen sie – neben dem normalen „Alltagsgeschäft“ in der Schule – in der Lage sind, sofern man ihnen den Raum zur persönlichen Entfaltung gibt und den Arbeitsprozess als Tutor in angemessenem Rahmen unterstützt und begleitet.

Die Beiträge (online):

- Steffen Boßhammer: Beiträge von Nachwuchshistorikerinnen und -historikern
(<http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-18226>)
- Maya Katharina Gelzenleuchter: Probleme und Herausforderungen bei der Wiederaufnahme des Ruderbetriebes nach 1945 in der Gießener Rudergesellschaft 1877 e.V.
(<http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-18227>)
- Johanna Gerschlauser: Wie beeinflusste die Person Stefan Bellof die Popularität des Rennsports
(<http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-18228>)
- Pascal Jung: „Als das Fahrrad auf die Welt kam, war es männlich“. Die Geschichte von Sigrid Magel und dem Radsport
(<http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-18231>)
- Rami Ladouz: Die Hyperinflation und der Gießener Wohnungsmarkt 1923. Konflikte zwischen Mietern, Vermietern und städtischen Behörden
(<http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-18232>)

II. Miscellen

Anmerkungen zur Geschichte der Orgel in Kirtorf¹

GERHARD AUMÜLLER

Bereits die beim großen Stadtbrand 1725 untergegangene alte Kirche besaß eine kleine Orgel. Sie war 1658 von dem oberhessischen Orgelbauer Thilemann Knipp (auch Kneipius, Knöpp) erbaut worden.² Knipp, der 1667 in Ranstatt starb, führte 1659 eine größere Reparatur in Alsfeld durch und war auch der Erbauer der Orgel in Schlitz (1660), die sechs Register auf einem Manual besaß.³ Seine Kirtorfer Orgel war zwar ein ähnlich „bescheidenes Wercklein“,⁴ aber auch zugleich ein Zeugnis für die künstlerischen Ambitionen der Stadt. So hatte bereits 1630 der Kirtorfer Bürger und Maler Johannes Bender (auch Benner) die von dem Licher Orgelbauer Georg Henrich Wagner (um 1610–1686) in der Patronatskirche von Schweinsberg errichtete Orgel mit „schönen Historien“, dem Schenckschen Wappen und „grünem Laubwerk“ bemalt und einige Pfeifen und Verzierungen vergoldet.⁵ Aus Kirtorf stammte auch der „Schuldiener“ und Organist Johann Conrad Schmitt,⁶ der 1686 in Hatzfeld und 1690 in Rosenthal tätig war und später von Höchst an der Nidder aus kleine Orgeln im Darmstädtischen baute.⁷

Das Aussehen der ersten Kirtorfer Orgel ist unbekannt. Sie dürfte sich nicht wesentlich von der von Georg Henrich Wagner 1639 in Breidenbach erbauten einmanualigen Orgel mit sechs Registern unterschieden haben, von der eine Skizze überliefert ist. Die drei Pfeifenfelder (der „Prospekt“) mit verzierten („bossierten“) Pfeifen mit vergoldeten Pfeifenöffnungen („Labien“) konnten mit bemalten Orgelflügeln verschlossen werden, z.B. in der Passionszeit oder wenn Landestrauer nach dem Tod eines Mitglieds der landgräflichen Familie herrschte und keine (Orgel-)Musik erklingen durfte.

-
- 1 Dem aus Kirtorf stammenden Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie und Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik Mainz, Prof. Dr. med. Hauke Lang, zum 60. Geburtstag gewidmet.
 - 2 Otto Christ, *Aus Kirtorfs Vergangenheit. Beiträge zur Geschichte der Stadt Kirtorf und des Eußer-Gerichts (Kirtorfer Chronik)*. Kirtorf 1932, S. 48, Anm. 87.
 - 3 Zu Knipp s. Hermann Fischer / Theodor Wohnhaas, *Lexikon süddeutscher Orgelbauer*. Wilhelmshaven 1994, S. 204.
 - 4 Christ, *Kirtorfer Chronik* (wie Anm. 2), S. 48.
 - 5 Gerhard Aumüller, *Geschichte der Orgel von Bad Wildungen im 16. und 17. Jahrhundert*. *Acta organologica* 31 (2009), S. 111–148, hier S. 144 f.
 - 6 Fischer / Wohnhaas (wie Anm. 3), S. 365.
 - 7 Eckhard Trinkaus, Gerhard Aumüller, *Orgelbau im Landkreis Waldeck-Frankenberg*, in: Friedhelm Brusniak, Hartmut Wecker (Hrsg.), *Musik in Waldeck-Frankenberg. Musikgeschichte des Landkreises*. Korbach 1997, S. 144–169, hier S. 145 u. Anm. 29.

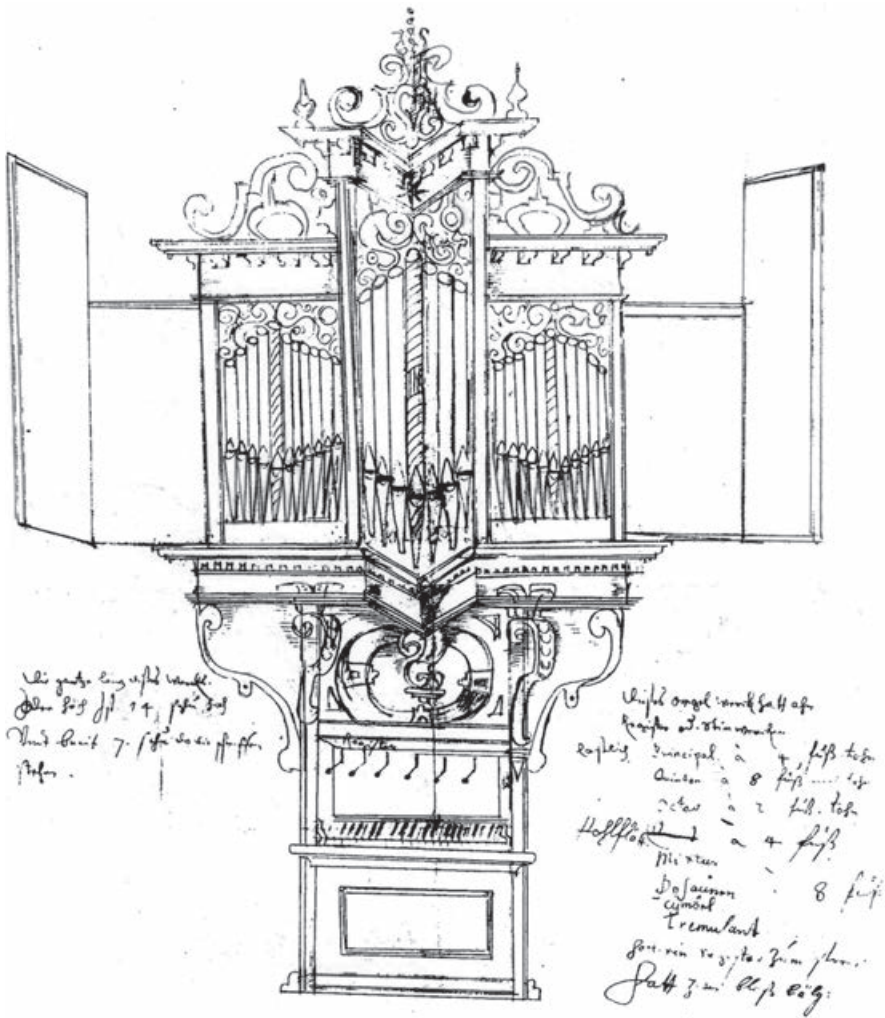


Abb. 1: Skizze Georg Henrich Wagners von seiner Orgel in Breidenbach (bei Biedenkopf)

Über der Klaviatur (zumeist mit 45 Tasten) waren die eisernen Registerhebel angebracht, mit der die etwa vier bis acht Register ein- oder abgeschaltet werden konnten.

Die Orgel diente damals allerdings noch nicht zur Begleitung des Gemeindegesangs, sondern erklang nur am Beginn des Gottesdienstes und nach der Predigt, zum Abendmahl („sub communione“) und bei Musikaufführungen.

Nach der Errichtung der neuen Kirche bis 1731 wurde bereits 1732 eine neue Orgel angeschafft,⁸ die entsprechend der Anordnung in Predigtkirchen über dem Altar und der Kanzel im Osten der Kirche eingebaut wurde. Sie stammte von dem in Ohrdruf und Eisenach ansässigen Orgelbauer Johann Georg (auch Johann Gottfried) Stertzing (1690–1735). Sein älterer Bruder war der Kasseler Hoforgelbauer Johann Friedrich Stertzing (1681–1731), dessen Umbau der Orgel der Martinskirche 1732 von Johann Sebastian Bach abgenommen wurde.⁹ Stertzings Vater, Georg Christoph (1660–1717) hatte u.a. die Orgel in der Eisenacher Georgenkirche erbaut, der Taufkirche Johann Sebastian Bachs. Bei ihm und in Kassel, bei dem damaligen Hoforgelbauer Johann Wilhelm Dibelius (1688–1748), hatte Johann Georg Stertzing seine Ausbildung erhalten. Man kann deshalb davon ausgehen, dass er ein tüchtiger Orgelbauer war; dafür spricht auch das Privileg, Orgeln im Herzogtum Sachsen-Gotha bauen zu dürfen. So hat er 1727–1729 in Lauterbach, 1729 in Freistein und danach in Kirtorf neue Orgeln gebaut und u.a. bereits 1721 die Orgel der Eisenacher Georgenkirche umgebaut.¹⁰ Seine Kirtorfer Orgel besaß nur ein Manual, aber immerhin acht Register und kostete damals bereits 260 Gulden. In seiner Kirtorfer Chronik drückt Otto Christ eine gewisse Skepsis zur Qualität der Orgel aus und begründet dies mit dem (nicht erhaltenen) Abnahmebericht des Laubacher Kantors Johann Tobias Loch, in dem es heißt, die Orgel habe keine Hauptmängel, und er habe bisher „in keiner weniger Defecta“ (d.h. keine Mängel) gefunden.¹¹ Das spricht eher dafür, dass das Instrument nicht die üblichen „Kinderkrankheiten“ hatte, wie sie bei neuen Orgeln nicht ungewöhnlich waren.

Die Orgel ist „seitenspielig“ angelegt, d.h. der Spielschrank mit der Klaviatur befindet sich (vom Altar aus gesehen) an der linken Schmalseite, die beiden Fußtritte für die Bälge liegen an der rechten Seite. Sie ist als „Brüstungsorgel“ mit ihrem Untergehäuse an die Brüstung der Empore über der Kanzel angebaut. In den



Abb. 2: Die Position der Orgel in der Kirtorfer Kirche (Wikipedia Commons, Ausschnitt)

⁸ Christ, Kirtorfer Chronik (wie Anm. 2), S. 55.

⁹ Fischer / Wohnhaas, Orgelbauerlexikon (wie Anm. 3), S. 584 f.

¹⁰ Ebd., S. 585.

¹¹ Christ, Kirtorfer Chronik (wie Anm. 2), S. 55.



Abb. 3: Instrumentalisten-Gemälde an der Orgelempore



Abb. 4: Geschnitzter Dekor der Orgel; hinter dem mittigen Stadtwappen ragen die Holz Pfeifen des Principalbass-Registers empor.

Feldern der Empore ist ein ganzes zeitgenössisches Orchester (mit Geigen, Lauten, Schalmei, Pauken und Trompeten) abgebildet, mit dem Harfe-spielenden König David hinter der Kanzel, eine Apotheose der Musik und in reizvoller Darstellung des bäuerlichen Kirchenstils im 18. Jahrhundert.

Die Anordnung der insgesamt sieben Pfeifenfelder („Prospekt“) ist typisch mitteldeutsch, d.h. an den zentralen niedrigen flachrunden Turm schließen sich beiderseits je ein kleines Flachfeld an, über dem das Gesims der beiden außen liegenden etwas höheren Spitztürme liegt.

Die Basen der beiden außen liegenden Rundtürme liegen tiefer als die Fußzone des Mittelbereichs und ruhen auf auskragenden Konsolen des Gehäuses. Von auffällig hoher Qualität ist der gesamte Dekor des Prospekts mit elegant geschnitzten seitlichen „Ohren“, Bekrönungen und „Schleierbrettern“ an der Oberseite der Pfeifenfelder.

Für die Qualität der Orgel spricht u.a., dass erst im Jahr 1760 ein Reparaturvertrag mit dem damals in Laubach, später in Gießen ansässigen Orgelbauer Johann Andreas Heinemann (1717–1798) abgeschlossen wurde, dem damals bedeutendsten Meister in Oberhessen. Der aus dem thüringischen Großlöbichau stammende Heinemann hatte bei Johann Caspar Beck in Herrenbreitungen seine Ausbildung erhalten, an dessen Bau der Laubacher Orgel mitgewirkt und anschließend einen ganz eigenen Bau- und Dispositionsstil entwickelt.¹² Sein Vertrag mit der Kirchengemeinde Kirtorf ist erhalten und wird hier in zeitgenössischer Orthografie wiedergegeben:

„Actum Kirtorff den 12ten November 1760 (0?)

Ist die allhiesige Ortel zu *repariren* dem Orgelmacher Herrn Heinemann von Laubach folgendermaßen verdingen worden, und soll Er

- 1.) Die Bälge neu beledern, und zwar mit gut bere(itetem //Ausriss) hierzu erforderlichem Leder, mit Roßadern wi(e)derum wohl verwarhen, und mit Gegengewichten oder Federn von Tannen Diehlen versehen.
- 2.) Die *Ventile* untersuchen und wohl verwarhen, auch die *Ventile* so den Wind schlucken, doppelt machen, damit die Bälge so geschwinder aufgehen.
- 3.) Die Bälge so einrichten, daß sie wie die Obergleener oder Gemünder getreten werden können.
- 4.) Alles Pfeiffen Werck *visitiren*, *repariren*, wo nicht lautet, lautbar machen, solche und die Lad(en) durchsuchen, von allen Fehlern reinigen, das Werck wiederum rein *stimmen*, und in Summa, was Er schädliches findet oder wahr nimt, treu und gut verbeßern und *renoviren*.
- 5.) Hergegen Ihme dann zu Lohn versprochen worden 50 fl (Floreni=Gulden) ad 30 alb.(us) in 8 d/o gerechnet. Woran Hr. *Metropolitan* Stockhausen Ihme 25 fl. aus dem Kasten bezahlet, die übrige 25 fl. aber will die Stadt dazu ge-

12 Fischer / Wohnhaas, Orgelbauerlexikon (wie Anm. 3), S. 271 f.

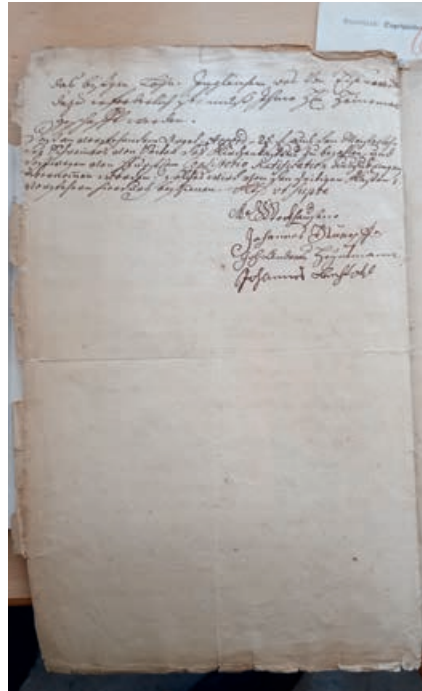
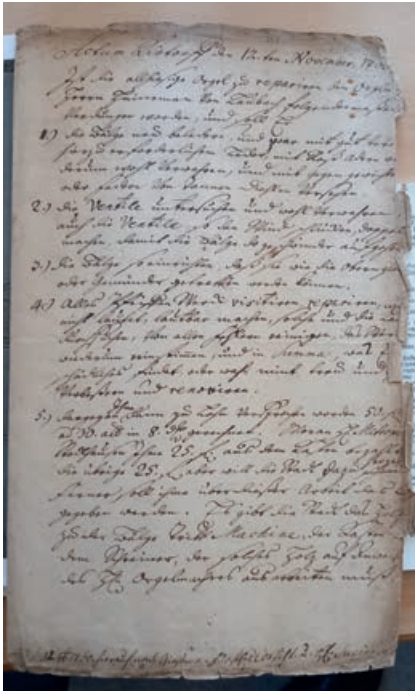


Abb. 5 a und b: Original des Vertrags von 1760 (Pfarrarchiv Kirtorf)

ben. Ferner soll ihm über dießer Arbeit das L(ogis?) gegeben werden. Es gibt die Stadt das Holz zu der Bälge Tritt Machine, der Kasten dem Schreiner, der solches Holz auf Anweisung des Hrn Orgelmachers ausarbeiten muß 12.9brs [Novembris] 1760 hierauf nach Gießen an hfürstl. Consistorium u. Hrn. Sup. intendenten“

(folgend die Rückseite)

„das bißgen Lohn. Ingleichen was von Eisenwerck darzu erforderlich, muß Ihme, Hrn. Hainemañ geschafft werden.

Daß an vorstehendem Orgel-Accord – 25 fl. den Meisterlohn des Schreiners von Seiten des Kirchenkastens zu bezahlen, und deßwegen von H.fürstlichem Consistorio Ratification anzubringen, übernommen worden: solches wird von den zeitigen Kastenvorstehern hierdurch beschieden [bescheinigt]. Dt.. ut supra. [Datum wie oben]

Mag.(?)JFStockhausen
 Johannes Stumpf
 Joh. Andreas Heynemann
 Johannes Oberchtohl (??)“

Der Umfang der mitten im Siebenjährigen Krieg durchgeführten Arbeiten ist nicht sehr groß, worauf auch die relativ niedrige Lohnsumme von 50 Gulden deutet, zu der noch der Arbeitslohn von 25 Gulden für Schreinerarbeiten kam. Es waren die üblichen Reparaturarbeiten an den Bälgen und den Ventilen der Windlade, die im Lauf der Zeit durch Verschleiß, Fraßschäden durch Nagetiere und Risse im Holz entstanden. Das Pfeifenwerk dürfte durch Staub und Korrosion, auch mechanische Deformation beeinträchtigt gewesen sein und erforderte eine gründliche Überarbeitung.

Dass die Orgel dann doch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts ihren Dienst tat, spricht sehr für die Solidität des Werks. Spätestens zum Zeitpunkt der Reparatur Heinemanns dürfte die Orgel auch zur Begleitung des Gemeindegesangs herangezogen worden sein. Üblicherweise war einer der Lehrer der Lateinschule oder der Mädchenschullehrer zugleich auch Organist. Und vielleicht deutet die Erwähnung eines ortsansässigen Musikanten in Kirtorf vor 1735 darauf hin¹³, dass auch bei besonderen Anlässen Instrumentalmusik in der Kirche erklang. Die Fülle der abgebildeten Instrumente auf den Gemälden der Orgel-Empore spricht zumindest für ein ausgeprägtes musikalisches Interesse der Gemeinde.

Das 19. Jahrhundert bewirkte einen deutlichen Umschwung in der Ästhetik des Orgelklangs, und das dürfte der Hauptgrund gewesen sein, dass 1905 das ursprüngliche Orgelwerk hinter dem Prospekt durch ein neues „modernes“ Instrument ersetzt wurde.

Dabei wurde auch anstelle der alten Orgelmechanik (sog. mechanische Schleiflade) eine durch Druckluft in Metallröhren (sog. Röhrenpneumatik) gesteuerte Übertragung der angeschlagenen Tasten auf das Pfeifenwerk eingebaut. Zugleich wurden die alten Register durch neue ersetzt und ein zweites Klavier mit etwas zarter klingenden Stimmen eingebaut. Die Orgel hat seither die folgende Registerzusammenstellung („Disposition“):

I. Manual (Unterklavier)		II. Manual (Oberklavier)		Pedal	
Bordun	8'	Lieblich Gedeckt	8'	Subbass	16'
Principal	8'	Salicional	8'	Principal	16'
Gamba	8'	Äoline	8'	Violoncello	8'
Flöte	8'	Voix celeste	8'		
Oktav	4'	Flauto dolce	4'		
Rohrflöte	4'				
Mixtur 3–4 f.	2 ^{2/3} '				

Nebenzüge: Manual- und Pedalkoppeln, Superoktav-Koppel.

13 Kirchenbuch Kirtorf 1725–1768, Taufen, 28. Februar 1735; Erwähnung der „nachgelassenen“ Tochter des Musicus Johann Conrad Stein.



Abb. 6: Der horizontale Labienverlauf der hölzernen Pfeifenattrappen im Prospekt.

Der Principal 8' ist in den hohen Lagen etwas scharf. Das volle Werk ist sehr kräftig und hat durch einen Terzchor in der Mixtur einen hornartigen Charakter.

Das entspricht dem Klangbild einer typischen „romantischen“ Orgel. Ungewöhnlich ist der Principal 16' im Pedal, der dem Gesamtklang („Plenum“) eine sonore Gravität verleiht und der eigens angefordert wurde. Die einzelnen Stimmen sind charakteristisch und schön intoniert und lassen sich gut mischen.

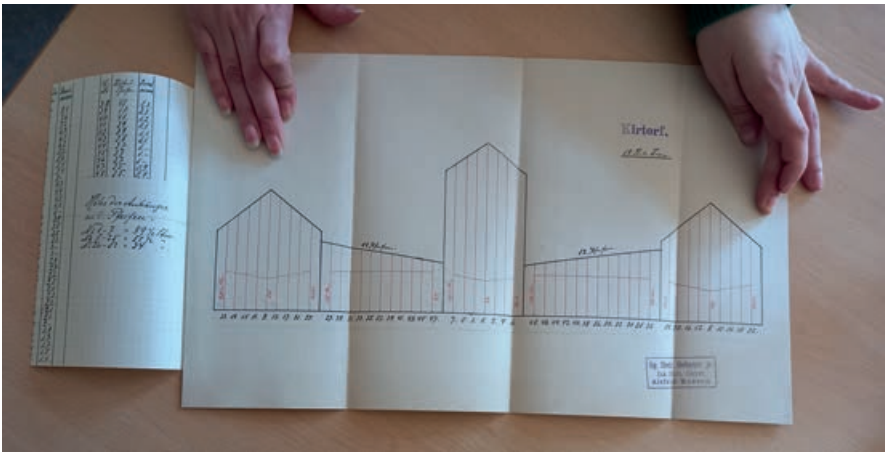


Abb. 7 a und b: Ausschnitt aus dem Abgabeprotokoll der Prospekt Pfeifen mit Maßangaben und Tonböhen der Pfeifen (oben, Pfarrarchiv Kirtorf).
Eine Nahaufnahme (links) zeigt die durch die gleichförmigen Maße und Fußformen etwas klobige Form der vorne gerundeten und hinten eckig zugeschnittenen Holz Pfeifen.

1917 musste die Orgel wie die meisten anderen auch (lt. Bescheinigung im Pfarrarchiv) 39 Prospekt Pfeifen aus Zinn abgeben, die insgesamt 18 kg wogen. Sie wurden durch nicht klingende Holzattrappen ersetzt, die mit Silberbronze angestrichen wurden und anstelle der Pfeifenöffnungen Einkerbungen erhielten. Da



Abb. 8 a und b: Original aus der Erbauungszeit (1905) erhalten sind das doppeltfaltige Magazin mit Schöpfbälgen im Inneren des Orgelfußes (links) und die Tretanlage (rechts).



Abb. 9 a und b: Die Porzellanschildchen an den Registerzügen der Untermanuals und des Pedals sind schwarz, die des Obermanuals rot und die Nebenzüge grün beschriftet.

aber 60 Prospektpfeifen gezählt werden können, muss man davon ausgehen, dass die insgesamt 21 Pfeifen der beiden Basstürme und des Mittelturms (zu je 7 Pfeifen) bereits bei der ursprünglichen Orgel nicht klingende Holzattrappen waren.

Eine solche Lösung war nicht ungewöhnlich und lässt sich auch bei anderen historischen Orgeln nachweisen, z.B. bei der 1696 von Adam Oehninger erbauten Orgel in St. Antonius in Worbis (Eichsfeld).

Ebenfalls original erhalten ist der Spielschrank an der linken Schmalseite der Orgel.

Diese Farbzusammenstellung wiederholt sich im mittig angebrachten Firmenschild über den Klaviaturen des mit Nussbaumholz furnierten Spielschranks.

Fazit

Alles in allem ist die Kirtorfer Orgel ohne Zweifel als Denkmalinstrument anzusehen und ein Zeugnis für die hochstehende Handwerkskunst des oberhessischen Orgelbaus zu Beginn des 20. Jahrhunderts.



*Abb. 10: Prospekt des Schwester-Instruments:
Die Stertzing-Orgel von 1728 in Freiensteinau¹⁴*

¹⁴ Ausschnitt aus: Hans Martin Balz, Reinhardt Menger: Alte Orgel in Hessen und Nassau. Berlin–Kassel, ²1997, S. 87. Dank an Dr. M. Balz, Mühlthal, für die Übersendung der Abbildung.

III. Rezensionen

Stefan Gotthelf Hoffmann: Der „Nord-ecker Judenmord“. Hintergründe zum Tode von Salomon und Johanna Wolf am 3. März 1884. Ein Beitrag zur Familiengeschichte des Schriftstellers Friedrich Wolf (1888–1953). 2 Bände, Edition Schwarzdruck, Gransee 2022, 361 und 466 S., Abb. farb. u. sw, ISBN 978-3-96611-024-2

In seinen „Lebenserinnerungen eines deutschen Juden und Pädagogen“, die Heinemann Stern schon bald nach seiner Emigration nach Brasilien 1940 zu schreiben begann (Warum hassen sie uns eigentlich? Documenta Judaica 3, Düsseldorf 1970), schilderte der 1878 in Nordeck geborene und aufgewachsene Gelehrte in dichter, hochreflektierter Beschreibung seinen Lebensweg zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Stern war am Jüdischen Lehrerseminar in Hannover ausgebildet worden und zunächst als Lehrer in zwei oberschlesischen Städten tätig gewesen, ehe er in Berlin die Knabenschule der Jüdischen Gemeinde in der Großen Hamburger Straße von 1931 bis 1939 als Direktor unter immer schwierigeren Verhältnissen leitete. In dieser sensiblen Autobiographie hat er auch die Lebensbedingungen in den oberhessischen Dörfern reflektiert, die dem Böckelschen Antisemitismus den Boden bereiteten, hat die Sorgen und Nöte der kleinen Bauern beschrieben. Der Prozess gegen den Bauern Konrad Hedderich aus Roßberg, dem der Mord an dem jüdischen Ehepaar Salomon und Johanna Wolf zur Last gelegt wurde, war Auftakt für die antisemitische Agitation Otto Böckels, der nun eine politische Bewegung initiierte und 1887 zum ersten antisemitischen Reichstagsabgeordneten gewählt wurde. Erwin Knauf hat 1969 in den MOHG dazu geschrieben, und Rüdiger Mack verdanken wir

eine sorgfältige Nachzeichnung von Biographie und politischer Tätigkeit Böckels. Was bislang fehlte, war eine Auseinandersetzung mit dem Prozess und mit den Hintergründen der Straftat.

Hoffmann, der sich seit langem intensiv mit Leben und Werk des Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolff beschäftigt, hat nun diese Auseinandersetzung in einer materialgesättigten Studie geführt, und er versteht sie als Beitrag, nach 140 Jahren die zeitgenössischen Verleumdungen, die Agitation Böckels, die Rezeption in der völkischen Bewegung aufzuarbeiten und zu dekonstruieren, ja nimmt auch dezidiert Stellung zu späteren Einordnungen in lokalhistorischen Beschreibungen und selbst in geschichtswissenschaftlichen Darstellungen wie etwa der Formulierung Bernhard vom Brockes 1980, in denen er die antijüdischen Stereotype aufzeigt. Und er lässt uns teilhaben an seinen Eindrücken, Gefühlen, beschreibt ausführlich seine Begegnungen anlässlich der Besuche Nordecks, der Suche nach dem jüdischen Friedhof, den weiteren Spurensuchen vor Ort: wir können damit nachvollziehen, dass er sich als Anwalt versteht, der den Ermordeten und ihrer Familie zu spätem Recht verhelfen möchte. Dieses Anliegen war ihm Antrieb zur minutiösen Aufarbeitung des Falls und seiner Hintergründe, und er legt das ausgewertete Quellenmaterial detailliert offen.

Ausgehend von den Erinnerungen Heinemann Sterns, aber auch unter Heranziehung der zeitgenössischen Arbeiten Isaak Rülfs zur entstehenden und mit den wirtschaftlichen Umbrüchen in der preußischen Zeit wachsenden Judenfeindlichkeit steigt er ein in den Versuch, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext der siebziger und achtziger Jahre in der Region zu verstehen, eine sondierende, abwägende Beschreibung in sorgfältiger

Heranziehung und Auswertung der Sekundärliteratur. In diesem ersten der beiden Bände hat er akribisch, ja in penibler kriminalistischer Manier die Akten des Strafprozesses wie auch die Zeitungsberichterstattung über die Verhandlung im Landgericht Marburg ausgewertet, die Rekonstruktion des Tathergangs analysiert und sich mit den Tatmotiven und dem Täterprofil auseinandergesetzt, Flucht und Inhaftierung des Tatverdächtigen, die Anklage und den Prozess vor dem Marburger Schwurgericht genau beschrieben. Eingehend befasst hat er sich dann mit den Akteuren des Prozesses, mit dem Tatverdächtigen und Angeklagten, mit dem Staatsanwalt Bertram, mit dem Anwalt, Justizrat Dr. Grimm, mit dem Entstehen der antisemitischen Hetzschriften und dem Erfolg Otto Böckels. Hoffmann hat auch das weitere Geschehen nach dem Freispruch Hedderichs „aus Mangel an Beweisen“ im Blick, hat die Akten zu den gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Hedderich und den Erben des Salomon Wolff wegen Schadenersatzforderungen ausgewertet und sich eingehender mit der Nachwirkung im öffentlichen Bewusstsein befasst, ist dem weiteren Weg des Tatverdächtigen gefolgt, einer Spur, die sich verliert und damit wohl zu jenem dörflichen Narrativ einer Auswanderung Hedderichs nach Amerika geführt hat, dem er akribisch nachgeht und damit nahezu ausschließen kann, dass Hedderich tatsächlich ausgewandert: Grund für die Frage, warum dieses Narrativ sowohl der Verarbeitung vor Ort dienen als auch von den Antisemiten instrumentalisiert werden konnte – alles Fragen, die weit über den konkreten Fall hinausweisen und das Buch zu einer exemplarischen Auseinandersetzung mit der Zeit machen.

Den zweiten Band hat Hoffmann dem Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolff gewidmet, dem Enkel, und er fragt nach den Nachwirkungen des Familientraumas in der Persönlichkeitsentwicklung, im Denken, im sozialpolitischen Handeln, im literarischen

Werk Wolffs. Wieviel Mühe sich Hoffmann nicht nur mit der akribischen Recherche, Auswertung und Interpretation der Quellen, sondern auch mit der Erschließbarkeit des gewaltigen Lesepensums von über 800 Seiten gemacht hat, ist dem Anhang zu entnehmen: genealogische Spuren mit Anmerkungen, Quellen- und Literaturverzeichnis, Bildnachweis und vor allem das Personenregister verbinden die beiden Bände und stützen damit das Anliegen Hoffmanns, den generationenübergreifenden Folgen des Gewaltverbrechens nachzuspüren. Das ist ihm mit seiner sorgfältigen Studie gelungen.

Siegfried Becker

Der Untere Hardthof – Geschichte einer Gießener Brauerei. Neue Publikation von Dieter Hoffmeister. Hardcover, 208 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 28,- Euro

Auch das zweite Buch von Dieter Hoffmeister hat der Oberhessische Geschichtsverein mit einem Druckzuschuss unterstützt. Zum Jahresbeginn 2022 hatte er das Buch „Friedrich Wilhelm von Humbracht und der Untere Hardthof in Gießen“ vorgelegt, eine Rekonstruktion aus Prozessakten des Großherzoglich Hessischen Hofgerichts. Diese Recherche war sozusagen ein Nebenergebnis aus seinem eigentlichen Forschungsziel, mehr zur Geschichte der Brauerei auf dem Hardthof herauszufinden.

Die weiteren Recherchen haben jetzt zu einem beeindruckenden Ergebnis geführt, das eine Lücke in der Geschichtsschreibung Gießens schließt: „Der Untere Hardthof – Geschichte einer Gießener Brauerei“. Hoffmeister wohnt auf dem Unteren Hardthof seit dieser unter dem Begriff „Künstlerkolonie“ von einer Gruppe junger Menschen übernommen und in Eigenleistung ausgebaut wurde. Aus den alten Industriegemäuern wurden Wohnungen und Ate-

liers, das einstige Kesselhaus wurde Galerie und seit 1979 findet auf dem Gelände das sommerliche Hardthof-Fest statt.

Von Anfang an waren die Beteiligten an der Geschichte des Ortes interessiert, mussten jedoch feststellen, dass es nur wenig Substantielles, teils auch Widersprüchliches gab. Einige Geschichten konnte er vom heutigen Wissensstand aus in den Bereich der Legenden verweisen. Der damalige städtische Denkmalpfleger Bernhard Bachmann hatte dem Verein Unterer Hardthof einen Ordner mit Kopien von Planzeichnungen zur Verfügung gestellt. Diese waren die Ausgangsbasis für Hoffmeisters Beschäftigung mit der Historie des Ortes. Doch konnten die Originalvorlagen von einigen der Kopien im Bauamt nicht mehr gefunden werden. Daher wurden diese für die Publikation digital aufgepeppt.

Insgesamt ist die Abbildungsqualität in dem 208-Seiten-starken Werk hervorragend. Es gibt nur wenige historische Fotografien, dafür umso mehr interessante Baupläne. Abgedruckt sind wichtige Briefe, Verträge, Zeitungsausschnitte und andere Textquellen. Die allerersten Anfänge der Brauerei sind archivalisch nicht belegt, doch werden Hardthof und die Restauration als Ausflugsziel bereits 1847 von dem heimischen Autor Dieffenbach in seinen „Ansichten von Gießen“ beschrieben.

Die Brauereibesitzer haben in den folgenden Jahrzehnten mehrmals gewechselt, von Wilhelm Heyer (bis 1863) über Friedrich Textor (bis 1893) zu Georg Bichler (bis 1924). Jeder von ihnen hat vergrößert und angebaut. Unter Bichler gehörten neben der Brauerei schließlich 300 Hektar Landwirtschaft zum Betrieb.

Hoffmeister, der auch Maler und Zeichner ist, hat Überblickszeichnungen vom Gebäudebestand in seinen verschiedenen Stadien gefertigt, was eine gute räumliche Vorstellung ermöglicht. Beeindruckend sind bei einer Brauerei immer

die Kühlkeller, von denen bekanntlich ein Teil noch existiert und öfter für Kunstaktionen genutzt wird. Die Gesamtgröße der in den Felsen getriebenen Keller ist allerdings kaum noch vorstellbar, da ein Teil der unterirdischen Keller zugemauert wurde. Oberirdisch liegende Kühlkeller wurden zu Wohngebäuden umgebaut. Eine computergenerierte Grafik gibt eine Vorstellung davon.

Auch zu den Personen musste Hoffmeister recherchieren. Dass der Brauereibesitzer Wilhelm Heyer ein Enkel des bekannten Buchhändlers Heyer war, war bald geklärt. Der Name Textor ist von Postkarten mit Textors Terrasse noch am geläufigsten im Zusammenhang mit dem Hardthof, von der Person ist jedoch nur wenig bekannt. Zum letzten Besitzer, dem Schweizer Georg Bichler, konnte Hoffmeister am meisten herausfinden, auch dank der verschriftlichten Erinnerungen von dessen Nichte.

Als Bichlers Sohn im Ersten Weltkrieg starb, war Bichlers Schwung dahin. Die Brauerei wurde 1920 geschlossen, die Braurechte verkaufte er an die Licher Brauerei, ebenso ein Großteil der Maschinen. Er ließ sogar Gebäude abreißen, dort wo heute der hofähnliche Garten ist. Bichler und seine Frau zogen zu ihrer Tochter Anna, die in der Schweiz reich geheiratet hatte. Ihren Lebensabend verbrachten sie auf deren Besitz, Schloss Pfeffingen bei Basel. Auch diesem Ort stattete Hoffmeister einen Besuch ab und war beeindruckt von der Anlage, die heute eine Schule beherbergt. Diverse Archive waren weitere wichtige Anlaufstellen für Hoffmeisters Suche.

1924 ging das Hardthof-Areal an die Stadt Gießen, die es an die Universität verpachtete. Von nun an gab es nur noch Landwirtschaft und Viehzucht auf dem gesamten Hardthof. An diesem Punkt hört das Buch zum Glück nicht auf. Es gibt einen Exkurs zu dem Orientalisten der Gießener Universität, Prof.

Johann August Vullers (1803–1880), der das obere Gebäude samt der einstigen Textor-Terrasse kaufte und erweiterte. Die Inschrift der kleinen Gedenktafel über dem Eingang konnten Marburger Sprachwissenschaftler als Sanskrit identifizieren, die Bedeutung ist wohl „Das ist die Terrasse des Lehrers Vullers 1860“.

Dieser Teil wurde lange als Jugendherberge genutzt, heute vom Evangelischen Krankenhaus.

Nachzulesen ist auch die Entstehung der Künstlerkolonie. Dass der Untere Hardthof beim Bau des Gießener Rings

vom Abriss bedroht war, ist heute kaum noch bekannt. Komplette verschwunden sind jedenfalls die Radrennbahn und die Fabrikantenvilla. Desweiteren vorgestellt werden Veranstaltungen seit dem ersten Hardthof-Fest im September 1979.

Das Buch erschien zum Tag des offenen Denkmals September 2023. Es ist bestellbar über hardthofit@web.de. Dieter Hoffmeister: Der Untere Hardthof – Geschichte einer Brauerei.

Dagmar Klein

IV. Neue Publikationen

Aumüller, Gerhard, Hedwig, Andreas:

Regionale Medizingeschichte. Konzepte – Ergebnisse – Perspektiven, (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 92) Marburg 2022, ISBN 978-3-942225-53-3

Enke, Ulrike:

Emil von Behring 1854–1917. Immunologe – Unternehmer – Nobelpreisträger, Göttingen 2023, ISBN 978-3-8353-5501-9

Gräf, Holger Th., Jendorff, Alexander (Hg.):

Die geistlichen Territorien und die Reichsstädte, (Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 7), Marburg 2023, ISBN 978-3-942225-57-1

Kingreen, Monica, Eichler, Volker (Hg. und Bearb.):

Die Deportation der Juden aus Hessen 1940 bis 1945 Selbstzeugnisse · Fotos · Dokumente. Aus dem Nachlass hg. und bearb. von Volker Eichler, (Schriften der Komm. f.d. Gesch. d. Juden in Hessen 32) Wiesbaden 2023, ISBN 978-3-921434-37-6

Langefeld, Kristin:

Zwischen Collegium, Kämpfrasen und Kaffeehaus. Lebenswelt, Alltag und Kultur. Marburger Studenten im 18. Jahrhundert, (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 192) Darmstadt, Marburg 2023, ISBN 978-3-88443-347-8

Langenberg, Julia:

Pferde, Banken, Schweinepest. Die Geschichte der Behrungwerke in Marburg 1918–1928, (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Band 190) Marburg, 2023, ISBN 978-3-88443-345-4

Mühlhausen, Walter:

Hessen im 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte, Wiesbaden 2023, ISBN 978-3-7374-0500-3

Schwersmann, Aloys (†), Mötsch, Johannes (Hg.):

Urkunden und Regesten des Klosters Felchtodorf, (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 9, Klosterarchive, Bd. 10) Marburg 2022, ISBN 978-3-942225-54-0

Stahl, Ingfried:

1272–2022 – Wie Angenrod geworden ist, Neustadt an der Aisch 2023.

V. AUS DEM VEREINSLEBEN 2023

ZUSAMMENGESTELLT VON DAGMAR KLEIN (Presse und Öffentlichkeit)

Auch das Jahr 2023 war anfangs noch von Verschiebungen aus der CoVid19-Pandemie betroffen. Die Wintervortragsreihe konnte im alten Rhythmus immer mittwochs um 19 Uhr im Netanya-Saal des Alten Schlosses am Brandplatz stattfinden.

1. VORTRÄGE 2023

Verantwortlich Dr. Michael Breitbach

a. Winterreihe 2022/23

Mittwoch 25. Januar

Heidrun Helwig (Gießen)

Die Abrahams: Eine jüdische Familie aus Gießen

Mittwoch 1. März

Dr. Stephan Brakensiek, (Trier)

Neue Perspektiven auf einen „Alten Meister“ – Zur Aktualität des deutsch-französischen Kupferstechers Johann Georg Wille (1715–1808)

b. Vorträge im Sommer 2023

Mittwoch 26. April, nach der Mitgliederversammlung

Dr. Eva Marie Felschow (Wetzlar, Gießen)

Justus Liebig (1803–1873): Erinnerung an den berühmten Chemiker aus Anlass seines 150. Todestages

Mittwoch 7. Juni

Gaby Reber (Hungen)

Amalie Seckbach (1870–1944) – Eine Spurensuche zu Leben und Wirken der lange Zeit vergessenen jüdischen Kunstsammlerin und Künstlerin

Freitag, 23. Juni

Jan Philipp Wölbern (Berlin)

Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR, in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Lern- und Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Gießen e.V.

c. Vorträge Winterreihe 2023/24

18. Oktober 2023

Dr. Carsten Lind (Marburg)

Goethe war hier! – Gießen in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts

8. November 2023

Prof. Dr. Christian Kleinschmidt (Gießen, Marburg)

Seuchenbekämpfung, Wissenschaft und Unternehmensstrategien – **Die Behringwerke und die Philipps-Universität Marburg** im 20. Jahrhundert

22. November 2023

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn (Wetzlar, Jena)

Die **Deutsche Revolution von 1848/49** – zu Ursachen und Folgen ihres Scheiterns

6. Dezember 2023

Bernd Vorlaeufer-Germer (Bad Homburg)

Die **12. SS-Eisenbahn-Baubrigade** – Ein mobiles Konzentrationslager im Nazi-Kriegseinsatz in Gießen und Großen-Buseck

2. EXKURSIONEN 2023

a. Winter 2022/23

Samstag, 18. Februar 2023

Halbtagesexkursion: **Erd- und Kulturlandschaftsgeschichte und moderne Technik zwischen Weidhof und Eichwald in Staufenberg**

Organisation: Volker Hess und die Heimatvereinigung Staufenberg

b. Sommer

Samstag, 22. April 2023

Ganztagesexkursion nach Thüringen: **Schmalkalden und Todenwarth**, Führungen vor Ort

Organisation: Dagmar Klein, Eva-Marie Felschow, Karin Bautz

OHG zusammen mit Wetzlarer Geschichtsverein und Freundeskreis Museum Grünberg

Montag, 15. Mai 2023

Marburg – Elisabeth-Kirche, Restaurierung der Kirchenfenster, einstündige Führung durch Dr. Bernhard Buchstab

Organisation: Dr. M. Breitbach

Samstag, 17. Juni 2023 (Nachholtermin)

Ganztagesexkursion **Weilburg – Geopfad**, Führung durch Prof. Dr. Wolfgang Frank

Organisation: Dr. M. Breitbach

Samstag, 08. Juli 2023

Halbtagesexkursion zur **Wasserkunst in Grünberg**, Führung durch Arnulf Kuster

Organisation: Susanne Gerschauer

Samstag, 2. September 2023 (Nachholtermin)

Halbtagesfahrt **Stätten des Zweiten Weltkriegs**: Vom Führerhauptquartier „Adlerhorst“ im östlichen Taunus bis zu Schloss Kransberg, Führung durch Bernd Vorlaeufer-Germer

Organisation: Dr. Michael Breitbach

c. Winter2023/24

Freitag, 20. Oktober 2023

Zeppelin-Museum in Zeppelinheim, Neu-Isenburg

Museum der Luftschiffahrt, Vorstellung und Erprobung des Actionbound „Kleiner Ort – Riesen der Lüfte“ der Museen der Stadt Neu-Isenburg

Organisation: Karin Bautz und Carsten Lind

3. MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2023

Die Mitgliederversammlung fand am 26. April 2023 wie gewohnt im Netanya-Saal im Alten Schloss am Brandplatz statt. Die Jahresberichte des Vorstands wurden vorab versendet, so dass die Mitglieder über die Tätigkeiten des Vereins und den Kassenstand des Vorjahres informiert waren.

Im Anschluss an die Tagesordnung hielt Vorstandsmitglied Dr. Eva-Marie Felschow einen Vortrag zu Justus Liebig, als Auftakt zum Gedächtnisjahr 150 Jahre Todestag des Gießener Professors für Chemie (s.o).

VI. Presseberichterstattung

Für ein modernes Leben auf dem Land. Vortrag zu Entstehung der Aussiedlerhöfe beim Oberhessischen Geschichtsverein

Sogenannte Aussiedlerhöfe sind in vielen Teilen Hessens ein prägendes Element der Kulturlandschaft. Inmitten von Feldern, weit weg vom Dorfkern aufgebaut – doch wie sind sie entstanden? Dr. Matthias Bode aus Marburg begab sich am Mittwochabend mit seinem Vortrag im Alten Schloss auf Spurensuche. Dabei spielten Themen wie Modernisierung, die deutsche Teilung oder der „grüne Plan“ eine tragende Rolle.

Wie viele Aussiedlerhöfe in Deutschland existieren, vermochte der vom Oberhessischen Geschichtsverein (OHG) zu diesem Vortrag eingeladene Geschichtslehrer nicht zu beantworten. Die Literaturlage sei »sehr dünn«. Die Bedeutung dieser Höfe wurde dank seines Referats dagegen deutlich: Durch mehr Ackerfläche, rationales Arbeiten und Optimierung durch Maschineneinsatz sollte den Bauern „ein modernes Leben im eigenen Familienbetrieb“ möglich werden.

Doch wie so oft liegen Vorstellung und Realität weit auseinander. Ihren Ursprung fand die Idee im Jahr 1919, als der Gedanke einer Bodenreform in Form eines „Reichssiedlungsgesetzes“ in die Tat umgesetzt werden sollte. Wer das Land bearbeite, „sollte es auch schuldenfrei besitzen und nicht Pächter von Großgrundbesitzern sein.“ heißt es dort. Ein Gesetz, das bis heute gültig ist. Es sah die Bildung gemeinnütziger Unternehmen vor, die Land zu Siedlungszwecken erwerben und weitergeben durften. Doch es dauerte drei Jahrzehnte, bis das „Projekt Aussiedlerhöfe“ in Deutschland erfolgreich starten konnte. Als Vorbild dienten in den 1930ern die niederländischen Nachbarn, die mit dem Landgewinnungskonzept „Zuider-

zeewerken“ das neu entstandene IJsselmeer trockenlegten, um die landwirtschaftliche Nutzung auszudehnen.

Der deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning sah im landwirtschaftlichen Siedlungswesen die Lösung für die Weltwirtschaftskrise. Ungenutztes Land in Ostpreußen sollte als Nutzfläche erhalten, unproduktive Betriebe sollten zusammengeschlossen werden. Doch erst nach dem Zweiten Weltkrieg trugen die Ideen erste Früchte. Durch die Auswirkungen des Krieges war die Rückständigkeit auf dem Land groß, es fehlte an Maschinen und Ackerfläche, vieles war zerstört. „Hinzu kam die Not der unzähligen Flüchtlinge“, berichtete Bode. Aus dieser Not wurde versucht, eine Tugend zu machen, indem man die Vertriebenen eingliederte, ihnen Land und Höfe gab. So entstanden Strategien, um die Landwirtschaft in Deutschland und Hessen zu fördern: Der grüne Plan sowie der Hessen-Plan, die beide Anfang der 50er Jahre entstanden. Ersterer stellte ein Förderprogramm dar, um mit Strukturen im ländlichen Raum die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Der Hessen-Plan war ein Entwicklungsprogramm für „Wohnen, Soziales, Kultur, Wirtschaft und Verkehr“. Außerdem sah dieser vor, Familienbetriebe zu stärken und den Lohn anzugleichen.

„Das Einkommen eines Industriearbeiters sollte so hoch sein wie das eines Landwirts“, fügte Bode hinzu, der seit 2007 an der Elisabeth-Schule in Marburg unterrichtet. Beides mündete im „Landwirtschaftsgesetz“, welches 1955 verabschiedet wurde und der Landwirtschaft die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung ermöglichte.

In der sowjetisch besetzten Zone wurde zwar das gleiche Ziel verfolgt: die Landwirtschaft für das Maschinenzeitalter zu rationalisieren. Jedoch mit einem an-

deren Ansatz. Ab 1952 kam es zur „Kollektivierung“, verteilter Besitz wurde zusammengeführt und Betriebe zusammengelegt, um große Felder zu schaffen und den Maschineneinsatz zu optimieren.

„So wurden die Bauern gleich zu Arbeitern gemacht, wohingegen im Westen die Landwirte die Chance bekamen, auf ihrem eigenen Land zu wirtschaften.“ Seitdem wurden laut „Zeit“ etwa 20000 „Aussiedlungen“ in Deutschland vorgenommen, wobei alleine zwischen 1956 und 1959 über 3000 Aussiedlerhöfe in Hessen entstanden sein sollen. Zahlen, die „mit Vorsicht zu genießen sind“, wie Bode sagte. Sein Fazit: „Der Bauer durfte Bauer bleiben und musste nicht in die Stadt ziehen, um die Vorzüge der Moderne genießen zu können. Jedoch gelingt das heutzutage nur jenen Landwirten, die genügend Land haben, um profitabel arbeiten können.“ Dies sei von „Ort zu Ort unterschiedliche und könne nicht pauschalisiert werden, auch aufgrund von fehlenden Quellen.

*Felix Müller;
Gießener Anzeiger 16. September 2022*

Erster Schritt in die Moderne durch Verfassung von 1820

Dreimal hatte er verschoben werden müssen, der Vortrag von Prof. Dr. Ewald Grothe über die hessen-darmstädtische Verfassung von 1820, zu dem der Oberhessische Geschichtsverein geladen hatte. Fast zwei Jahre später konnte er jetzt im Netanya-Saal des Alten Schlosses stattfinden, und dessen Vorsitzender Dr. Michael Breitbach freute sich über eine beachtliche Anzahl von Besuchern. Breitbach bezeichnete den Leiter des Archivs für den Liberalismus in Gummersbach, der auch an der Universität Wuppertal lehrt, als „ausgewiesenen, herausragenden Kenner“ der Verfassungsgeschichte. Zudem verwies er auf die Aktualität der Verfassungsdiskus-

sion, wie es sich etwa am Brexit und dem Parlamentssturm in Washington gezeigt habe.

Grothe erinnerte daran, dass Hessen-Darmstadt zu den Rheinbundstaaten gehörte und nach Napoleon vor einer Neuordnung stand, die für alle betroffenen süddeutschen Staaten von der Politik eine aktive Gestaltung zwischen absolutistischen Gepflogenheiten und liberalen Forderungen verlangte. Zentrale Frage war, ob eine oktroyierte oder eine auf die Landstände setzende Konstitution geschaffen werden sollte. Großherzog Ludwig I., der einst die Landstände als „gefährlich“ bezeichnet hatte, entschied sich angesichts wachsender Unruhen, nicht zuletzt in Oberhessen, und „wilder Landtage“ im Mai 1820 für das Zugeständnis einer „konstitutionellen Versammlung“. In dieser Zeit verlagerten sich die Proteste auch nach und nach in die Provinz Starkenburg, so dass Zwingenberg, Michelstadt und Heppenheim eine Rolle spielten. Finanzprobleme und die Verweigerung von Steuerzahlungen zwangen die Regierung zum Einlenken. Als ungewöhnlich für die damalige Zeit bezeichnete der Liberalismus-Forscher die in 100 Dörfern des Odenwaldes erfolgte Sammlung von 4000 Unterschriften, die großen Eindruck machte.

Das Verfassungsedikt vom 18. März 1820 war, wie Grothe unterstrich, für die Erwartungen radikaler fortschrittlicher Kräfte eher dürftig. Die Verfassungsakte vom Oktober 1820 konnte zwar nicht Metternichs Zustimmung finden („weit entfernt, meinen Beifall zu geben“) und basierte auf dem Zensuswahlrecht, war aber vereinbart und nicht verordnet, wie etwa die Bayerns. Frauen durften noch gar nicht wählen und selbst bei den Männern sorgte das vom Vermögen abhängige Wahlrecht dafür, dass nur eine Minderheit wählen durfte. So brachten die erbitterten Gegner der Verfassung die Formulierung von der „Darmstädter Prostitution“

auf. In seinem mit aufschlussreichen Bild-dokumenten illustrierten Vortrag stellte der Referent auch bedeutende Politiker des Großherzogtums vor, etwa das starke Engagement der Herren Karl Ludwig von Grolmann oder Karl Jaup, des Karl Freiherr du Bos du Thil oder von Friedrich Wilhelm Schulze.

Grothe zeigte auch deutliche Berührungspunkte zur späteren Paulskirchen-Diskussion auf und vertrat die Überzeugung, dass die Proteste und Debatten „für diese Zeit einzigartig waren“. Nicht zuletzt dadurch könne die hessen-darmstädtische Verfassung von 1820 als ein erster Schritt in die Moderne bezeichnet werden.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek M.A.;
Gießener Zeitung 5. Dezember 2022

Gleichsetzung von Hessen und Chatten nicht gesichert. Vortrag des Oberhessischen Geschichtsvereins stieß auf großes Interesse

Mit einem Vortrag über „Die Chatten und die Germania Superior – ein Überblick“ und dem Referenten Dr. Armin Becker (Xanten) beendete der Oberhessische Geschichtsverein für dieses Jahr seine Vortragsreihe. Vorsitzender Dr. Michael Breitbach begrüßte die Besucher und den Referenten und verwies auf dessen enge Bindung zum mittelhessischen Raum, nicht zuletzt bestätigt durch seine verantwortungsvolle Beteiligung an der Grabung im Römerlager Waldgirmes und frühere Vorträge. Zugleich sah Breitbach durch den guten Besuch die Erfahrung bestätigt, dass archäologische Themen beim Publikum besonders gut ankämen.

Gleich zu Beginn seiner Ausführungen über Germanien in der Spätantike bezeichnete der Vortragende die Vorstellung als irrig, wonach die Varusschlacht das Ende römischen Vordringens über den Rhein bedeutet habe. Bei einem Feldzug 49/50 berichten Quellen gar von einer Befreiung letzter Gefangener der Varusschlacht.

57/58 fielen zwei römische Heere in Germanien ein, und 58 fand eine Schlacht zwischen Chatten und Hermunduren um die Salzquellen der Werra statt. Neue Militärlager lassen sich u.a. an der Lahn-mündung bei Lahnstein und Bad Ems nachweisen, wie viele andere aber nicht von Dauer. Beim Überblick über die Germanenpolitik der Flavier, verbunden mit den Namen Vespasian und Domitian, zeige sich, die Germanenpolitik sei für Rom eine „recht mühselige Kriegsführung“ gewesen, da die Chatten große Schlachten mieden und eine Art Guerillakrieg führten. Trotzdem sei in den Chattenkriegen 83/85 die dauerhafte Absicherung der Wetterau gelungen.

Für das 2. Jhd. sei die Quellenlage dürftig, doch wurde der unter Domitian begonnene Limes Mitte des 2.Jhds. durch Steintürme, die die alten hölzernen Gebäude ablösten, abgesichert. 213 führte Caracalla einen Germanenfeldzug, 235 tat dies M(aximinus) Thrax. Die letzte Erwähnung der Chatten findet sich 392/393. Dr. Becker verwies auf große Umbrüche im Raum Germanien u.a. in den Markomannenkriegen und die Alamannen. Desweiteren ging der Referent in seinem mit ausgewähltem Bildmaterial illustrierten Vortrag auf das Reich unter den Severern ein, als es den germanischen Gebieten „recht gut ging“.

Mit zwei fest verbreiteten Ansichten setzte sich der jetzt im Archäologischen Park Xanten für Bodenfunde zuständige Kenner der germanischen Frühzeit kritisch auseinander. Der nahtlose Übergang von Chatten zu den Hessen werde gern geglaubt, sei aber nicht gesichert, lediglich die gleichen Gebiete wurden bewohnt. Vermutlich seien die Chatten im Stammesverbund der Franken aufgegangen. Auch sei der Limes eher der Kontrolle wegen eingerichtet worden als zur Verteidigung des römischen Reiches.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek M.A.;
Gießener Zeitung 26. Dezember 2022

Familie Abraham in Gießen unvergessen

Heidrun Helwig referierte im Oberhessischen Geschichtsverein. Zeitnah zum Gedenktag für die Opfer des Holocaust bot der Oberhessische Geschichtsverein einen Vortrag im Netanya-Saal des Alten Schlosses über die Geschichte der jüdischen Familie Abraham an, die aus Ehringshausen und Katzenfurt im Dilltal nach Gießen übersiedelte. Dr. Michael Breitbach als Vorsitzender des gastgebenden Vereins freute sich über zahlreiche Besucher und begrüßte diese und die Referentin Heidrun Helwig M.A. herzlich. Helwig war lange als Redakteurin beim Gießener Anzeiger tätig und ist jetzt in Heidelberg für die Öffentlichkeitsarbeit der Sinti und Roma zuständig. Zudem ist sie weiterhin Lehrbeauftragte für Journalismus an der Gießener Universität und kann dank intensiver Studien als hervorragende Kennerin der Familiengeschichte der Abrahams gelten, hob Breitbach hervor.

Persönliche Bekanntschaft machte Helwig 2017 mit der in England lebenden Hildegard Abraham anlässlich der Verlegung von vier Stolpersteinen vor dem Haus Neustadt 31 zur Erinnerung an die ehemaligen Bewohner. Hildegard war sehr daran gelegen, dass man sich in Gießen an ihre Vorfahren Adolf, seine Frau Clementine, seine Mutter Fanny und seinen Sohn Siegbert erinnern werde. Ihr Hildegard gegebenes Versprechen löste Helwig eindrucksvoll ein, wie ihre Publikationen und dieser Vortrag bewiesen. Sie zeigte im Detail auf, wie die Nazis die vier jüdischen Bewohner des damaligen Hauses schikanierten, peinigten und vernichteten. An anderen Verwandten, nicht zuletzt dem Schicksal zweier Brüder von Adolf Abraham und ihren Familien, schilderte sie, wie diese auf unterschiedlichen Wegen nach Brasilien und in die USA auswandern konnten. Angesichts des Lebensweges von Adolfs Bruder Karl wies Helwig darauf hin, wie der für viele Juden damals häufige

Beruf des Viehhändlers schon Ende 1933 nicht mehr ausgeübt werden konnte, weil Juden den Schlachthof nicht mehr betreten durften.

Tochter Meta und ihrem Mann Max gelang 1939 die Flucht nach Brasilien, wo sie allerdings nicht mehr den Lebensstandard wie vor dem Naziterror erreichten. Adolfs Bruder Karl wurde kurz vor der Reichspogromnacht als angeblicher Sozialist nach Buchenwald verschleppt, kam aber wieder frei und konnte die Auswanderung in die USA, die schon geplant war, realisieren. Allerdings standen sie mit leeren Händen da, da ihre Gepäckkisten „verschwunden“ waren. Ihr Sohn Fred zählte als US-Soldat zu den ersten, die das KZ Dachau befreiten und den grauenvollen Anblick von Eisenbahnwaggons mit hunderten Leichen ertragen mussten. Ausdrücklich würdigte die Referentin die Bemühungen Karls und des im Bankgewerbe tätigen Siegfried anderen Familienmitglieder zur Ausreise zu verhelfen. Siegfried überlebte mit seiner Familie wie durch ein Wunder als „Austauschjuden“ die Deportation nach Bergen-Belsen.

Keine Rettung gab es für Adolf, der als Kriegsfreiwilliger an die Front im 1. Weltkrieg kam, zweimal verwundet wurde, als Epileptiker aus dem Krieg zurückkehrte und 100 Prozent kriegsversehrt war. Unsägliche Schikanen der Naziärzte machten aus dem Kriegsoffer einen „Simulanten“, der letztlich in Hadamar vergast wurde. Seine Mutter Fanny wurde aus einem Bad Nauheimer Altenheim verschleppt und fand in Theresienstadt den Tod. Adolfs Frau Clementine und Sohn Siegbert wurden im besetzten Polen ermordet.

Ein Vortrag, der unter die Haut ging und deutlich machte, dass auch heute noch bestehender Antisemitismus konsequent bekämpft werden sollte.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek M.A.;
Gießener Zeitung 30. Januar 2023

Neue Perspektiven auf den Biebertaler Kupferstecher Wille

Geplant war er schon für 2020, aber erst im vierten Versuch fand er nach dem erhofften Ende der Pandemie statt, der Vortrag des Trierer Kustos Stephan Brakensiek, mit dem er neue Perspektiven auf den aus der Biebertaler Obermühle stammenden Johann Georg Wille versprach. Im Netanya-Saal des Alten Schlosses freute sich Dr. Michael Breitbach, der Vorsitzende des OHG, über den guten Besuch beim letzten Vortrag des Winterhalbjahres. Er verwies auf die 133 im Besitz des Oberhessischen Museums befindlichen Blätter des Kupferstechers Wille und die Ausstellung vor wenigen Jahren in Wetzlar, würdigte einige in Gießen entstandene Forschungsarbeiten zu diesem „alten Meister“ und versprach neue Perspektiven, die Brakensiek mit seiner Forschung über den „Künstler als Sammler“ erarbeitet habe.

Brakensiek erinnerte daran, dass Paris bereits unter Ludwig XIV. zur geschmacksbildenden Institution in Europa geworden sei, wobei fortschrittliche Sammlungen auch zur Repräsentation eigener Bedeutung dienten. Im Zuge einer „Verbürgerlichung der Kunst“ bildete sich eine Entwicklung aus, die weg von der Historienmalerei hin zu Landschaft und Genre führte. Besonders gefragt waren niederländische Maler, so dass sogar vom „Hollandismus“ oder gar „Rembrandtismus“ die Rede war. Genau zu dieser Zeit zwischen 1770 und 1780 war Johann Georg Wille in der französischen Hauptstadt und erlebte mit dem Kupferstich die am weitesten verbreitete Kunstform der Aufklärung. Er war nicht nur als meisterlicher Kupferstecher von europäischer Bedeutung, Zeichner und Lehrer gefragt, sondern wurde auch Sammler und letztlich gefragter Berater in Kreisen von Kunstfreunden und Sammlern. Nach Brakensieks Einschätzung stand Wille als gefragte Autorität im Zentrum eines Netzwerkes und bekannte nach dem Erwerb

eines Bildes, sich als „der glücklichste Mensch der Welt“ gefühlt zu haben.

Aus der Sicht des Referenten war Wille „in jedem Fall ein anspruchsvoller Sammler, der bereit war, wenn er etwas mochte, auch entsprechend zu zahlen“. Als Wille seine Sammlung auflöste, stand ein opulenter Auktionskatalog zur Verfügung, erstellt durch einen Freund und Kenner, erschienen 1784. Ausführlich widmete sich Brakensiek einzelnen Werken wie etwa „Der Tod des Marcus Antonius“ und ihrer Bedeutung für den Künstler, der nur noch einmal nach Deutschland kam. Der gebürtige Oberhesse erhielt zahlreiche Ehrungen, wurde Mitglied der „Académie Française“ und von Napoleon Bonaparte zum „Ritter der Ehrenlegion“ ernannt. Wille wohnte eine Zeit neben Diderot und die ersten Jahre mit Georg Friedrich Schmidt, Künstlerkollege und Freund fürs Leben. Herder führte er in die Pariser Kunstszene ein. In seinem opulent illustrierten Vortrag zeigte der Vortragende verschiedene Ansätze zur weiteren wissenschaftlichen Arbeit über diesen bedeutenden deutsch-französischen Künstler auf, der völlig verarmt und fast blind im Alter von 93 Jahren verstarb. Ein Medaillon an der Fassade der alten Hamburger Kunsthalle erinnert noch an den genialen Kupferstecher und Kunsthändler und natürlich sein Porträt, ein Ölgemälde seines Künstlerfreundes Jean Baptiste Greuze.

Viel Applaus für einen Vortrag, der insbesondere Kunstfreunde begeistern konnte.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek M.A.;
Gießener Zeitung 5. März 2023

Neuigkeiten über einen streitbaren Geist. Vortrag beim Oberhessischen Geschichtsverein erinnert an den Chemiker Justus Liebig

Am 18. April 1873 verstarb an seiner letzten Wirkungsstätte in München der 1840

in Gießen zum Ehrenbürger ernannte Justus Liebig. Anlass genug für den Oberhessischen Geschichtsverein – dessen Vorsitzender Dr. Michael Breitbach unter den zahlreichen Besuchern auch Prof. Gerd Hamscher, den Vorsitzenden der Liebig-Gesellschaft, begrüßen konnte –, Liebig zu gedenken, Breitbach versprach, dass die Referentin Dr. Eva-Marie Felschow Neues über den weltbekannten Chemiker mitzuteilen habe und Bekanntes kritisch überprüfen werde. Ein Versprechen, das Felschow in ihrem Vortrag, der mit wenigen Bildern angereichert war, überzeugend einlöste.

Felschow, die 33 Jahre lang als gelernte Historikerin das Universitätsarchiv betreute, machte von Anfang klar, dass Liebig nicht nur ein herausragender Chemiker war, sondern auch ein streitbarer Geist, der rigoros alles für seinen Vorteil getan habe. Dies habe an seiner vielschichtigen Persönlichkeit gelegen, wobei mit seiner abgebrochenen Gymnasialzeit und der schnell wieder abgebrochenen Apothekerlehre nichts auf den späteren Welt Ruhm hindeutete.

London als „Filiale von Gießen“

Der Weg in die Labore von Paris, nicht zuletzt durch ein Stipendium der Großherzoglichen Regierung in Darmstadt möglich (wobei ihm eine Empfehlung Wilhelm von Humboldts dienlich war), half ihm mit der Chemie und auch deren experimenteller Auslegung seinen Weg zu finden, der so ganz anders als die in Deutschland noch vielerorts betriebene „romantische Naturphilosophie“ war. Mit 21 Jahren wurde er Professor und lehrte 28 Jahre in Gießen an der Universität, die nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Namen tragen sollte.

Felschow hob als typische Eigenschaften Liebigs hervor, dass er nicht nur viel und schnell publizierte, sondern auch in englischer und französischer Sprache. Auf seiner ersten Englandreise lernte er auf dem Höhepunkt der Industriellen Revo-

lution Manchester kennen, das er als „die Hölle“ bezeichnete. England selbst war, was die Wissenschaft der Chemie anbelangte, von Liebig begeistert. Eine Zeitanlang war, wie Felschow hervorhob, „London eine Filiale von Gießen“. Selbst in Harvard fanden seine Methoden Anklang.

Von Liebig waren auch die Universitäten in Glasgow und Edinburgh beeinflusst, in Liverpool begeisterte er mit seinem Vortrag. Stets blieb Liebig seinen Schülern in Freundschaft verbunden, einigen konnte er die berufliche Karriere fördern. Seine Kontakte führten nicht nur zu einer stetigen Erhöhung seines Einkommens, sie verschafften ihm auch Zutritt zu höchsten Kreisen. In Darmstadt fand er in Justin Linde einen einflussreichen Politiker, der seinen Wunsch nach einem Adelstitel erfüllen half. Als späterer Kanzler der Gießener Universität wurde Linde zwei Jahre nach Liebig Gießener Ehrenbürger.

Beim Versuch, seine Wünsche durchzusetzen, sprach Liebig davon, dass an der Gießener Universität und in der Stadtregierung kaum einer „über Klein-Linden“ hinausdenken würde. Keine Skrupel hatte er bei der Verwendung von Plagiaten wie etwa bei der Aneignung der Mineralstoffchemie. Als Geschäftsmann hatte Liebig keine glückliche Hand, so scheiterte er beim Versuch, Tee in Gießen heimisch zu machen. Seine Kontakte zu Königin Viktoria und König Max von Bayern nutzte er zur Eigenwerbung. Dessen Nachfolger Ludwig II. waren dann seine Märchenschlösser wichtiger.

Abschließend sprach Felschow Liebig viele moderne Züge zu, mit »Fake News« hätte er nichts anfangen können. Neben seinem Weltruhm, der sich auf mehr als Dünger und Fleischextrakt gründe, habe er die Naturwissenschaft generell revolutioniert. Das letzte Wort in diesem Liebig-Gedenkjahr sei noch nicht gesprochen, betonten Breitbach und Felschow.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek M.A.;
Gießener Allgemeine 29. April 2023

Vom Abbrecher zum Freiherrn.

Eva-Marie Felschow zeigt in ihrem

Vortrag zum 150. Todestag den etwas anderen Justus von Liebig

Wer war Justus Liebig? Anlässlich seines 150-jährigen Todestages widmete sich der Oberhessische Geschichtsverein Gießen (OHG) dieser Frage mit einem Vortrag von Dr. Eva-Marie Felschow.

Liebigs Karriere begann zunächst wenig erfolgreich: Am 12. Mai 1803 als Sohn eines Drogisten in Darmstadt geboren, brach er die Schule ohne Abitur und später auch die Ausbildung zum Apotheker ab. Glück für Liebig: Das Abitur wurde erst 1831 verpflichtende Voraussetzung für den Besuch einer Universität, so dass er sein Studium zunächst in Bonn und ab 1821 in Erlangen bei Karl Wilhelm Gottlob Kastner beginnen konnte.

1822 erhielt Liebig durch die Vermittlung Kastners einen Studienplatz an der Pariser Sorbonne, wo er mit den Prinzipien der Empirie und dem, was uns heute als Fach Chemie bekannt ist, in Berührung kam. Nach seiner Promotion in Abwesenheit und der Rückkehr nach Deutschland, konnte sich Liebig durch eine Empfehlung von Alexander von Humboldt mit gerade einmal 21 Jahren über eine Professur an der Ludwigs-Universität in Gießen freuen.

Zwar hatte Liebig ein altes Kasernengebäude als Laboratorium überlassen bekommen, doch dessen Ausstattung war mehr als dürftig: Man habe ihm „vier leere Wände statt eines Laboratoriums gegeben“, zitiert Felschow den jungen Wissenschaftler. Aber nicht nur die Ausstattung der Universität, sondern auch ihre Forschungsmethoden waren für Liebig unliebsam: Den damals vorherrschenden Ansatz der Naturphilosophie lehnte er zugunsten der Empirie ab, welchen er aus Frankreich mitgebracht hatte. Besonders irritierte ihn dabei, dass die Ausbildung Studenten keine Möglichkeit bot, selbst zu forschen und zu eigenen Erkenntnissen zu kommen. Sein Ansatz, die „forschen-

de Lehre“, vermittelte dagegen Studenten das nötige Wissen, selbst Versuchsanordnungen zu konzipieren. Auch die gängige Praxis, Doktoren und Professoren mehr nach Abstammung als nach wissenschaftlichem Verdienst zu berufen, war Liebig ein Graus.

Forschende Lehre

Ein besonderes und besonders erfolgreiches Anliegen war ihm die Etablierung der Chemie als eigenes Studienfach. Bis dahin war die Chemie nämlich nur ein Teilbereich der Medizin und unterstand dem Gremium der medizinischen Fakultät, die wegen ihrer naturphilosophischen Arbeitsweise für Liebig ein rotes Tuch war.

Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Gremium der medizinischen Fakultät zeigt sich aber auch eine andere Seite von Liebigs Charakter. Einem Mitglied des Gremiums warf er beispielsweise vor, er sei „nur bis Kleinlinden bekannt“. Und auch sonst teilte Liebig verbal ganz schön aus. In seiner Zeitschrift „Annalen der Pharmacie“, die den Stand der Forschung allgemeinverständlich wiedergab, versah er unliebsame Beiträge mit harschen Kommentaren, um deren „Unrichtigkeiten“ herauszustellen. „Sie müssen endlich aufhören, chemischer Scharfrichter zu sein.“, zitiert Felschow ein Opfer seiner Verbalattacken.

Den Großherzog von Hessen-Darmstadt ließ Liebig wissen, er habe kein Interesse an einem niedrigen Adelstitel – mindestens der Freiherr müsse ihm für eine Adellung angeboten werden.

Eine Handlung des Freiherrn von Liebig sticht besonders hervor: In seinem bekannten Werk zur Agrikultur Chemie formuliert er die Bedeutung von Mineralien für das Wachstum von Pflanzen – eine These, die vor ihm schon Carl Sprengel vertreten hatte. Zwar hatte er Sprengel in der englischen Auflage seines Buches zitiert, doch in der deutschen Fassung sollte dieses Zitat nie von ihm eingefügt

werden. „Sprengel wird gewaltige Gesichter schneiden.“, zitiert Felschow den Freiherrn und kommentiert selbst: „Wir würden das heute als Plagiat brandmarken.“

*Jan Schneider;
Gießener Anzeiger 5. Mai 2023*

Eine Frau des Aufbruchs. Ein Vortrag über die jüdische Künstlerin Amalie Seckbach aus Hungen

Eine interessante Reise in die Vergangenheit gab es beim Oberhessischen Geschichtsverein (OHG) bei einem Vortrag über die jüdische Sammlerin und Künstlerin Amalie Seckbach (1870–1944). Sie stammte aus Hungen und zog um die Jahrhundertwende nach Frankfurt, wo sie ein aktives, erfolgreiches Leben in Gesellschaft und Kunstszene aufnahm, bis sie von den Nazis verfolgt wurde und 1944 im KZ Theresienstadt starb. Zahlreiche ihrer Gemälde aus dieser Zeit sind verschollen. Die Historikerin Gabriele Reber nahm die Spur der Hungenerin auf, mit erstaunlichem Erfolg.

Gabriele Reber (88) studierte in Gießen Literaturgeschichte, Kunstgeschichte, Kunstpädagogik, Literaturwissenschaften und in Marburg europäische Ethnologie. Wie Michael Breitbach, Vorsitzender des OHG in seiner Einleitung berichtete, hat sie über Kunstgeschichte wie über Heimat- und Regionalgeschichte publiziert. „Amalie Seckbach (geborene Buch) war in der Region lange Zeit vergessen“, sagte Reber, die selbst lange in Hungen lebte. „Dabei war sie eine sehr interessante Frau.“ Zunächst absolvierte sie die Volksschule, später setzte sie noch zwei Jahre Bürgerschule drauf. „Aber es gab in Hungen nichts, was sie forderte oder interessierte.“

Im Jahr 1902 zog sie mit ihrer Mutter nach Frankfurt, wo sie von der Familie Adorno eine repräsentative Wohnung am Mainufer mieteten. 1907 heiratete Amalie den renommierten Architekten Max

Seckbach. Doch erst nach dem Tod ihres Gatten 1922 begann die kinderlos gebliebene Oberhessin, ihrer Passion für ostasiatische Kunst zu intensivieren. Denn Max und ihre Mutter hemmten ihre künstlerische Entwicklung, was erst nach deren Tod aufhörte. Reber: „Das war auch ein Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben.“ Zunächst begann sie, solche Kunst zu sammeln, bevor sie sich bald darauf auch selbst als Bildhauerin und Malerin ausprobierte.

Dennoch wusste „zu Beginn meiner Recherchen in Hungen niemand über sie Bescheid“, berichtete die in Usingen lebende Gabriele Reber. Auch in Frankfurt fanden sich kaum Quellen zur Malerin und Kunstsammlerin. Das Frankfurter Wohnhaus war zudem im Krieg zerbombt worden.

„Aber ich habe nicht locker gelassen“, sagte Reber. Man habe ihr dann ein Konvolut an künstlerischen Arbeiten aus dem Besitz Seckbachs zukommen lassen. Die Autodidaktin habe ein großes Talent zur Vernetzung besessen, so war sie mit vielen Künstlern und dem damaligen Oberbürgermeister bekannt, und ihre Sammlung hochwertiger asiatischer Kunstwerke machte großen Eindruck. „Seckbach verkaufte Bilder auch an Mahatma Gandhi“, berichtete Reber.

Richtig Schub nahm ihre Künstlerkarriere 1929 auf, als sie den bedeutenden belgischen Expressionisten James Ensor traf. Unter der schützenden Hand des Malers begann sie im Alter von 60 Jahren international auszustellen und konnte sofort Erfolge verzeichnen. „Sie zeigte ihre Arbeiten in Madrid, Paris und Florenz“, sagte Reber, die für ihre umfangreiche wissenschaftliche Arbeit nie Unterstützung erhielt.

Angesichts der stetig zunehmenden Repressalien durch die Nazis strebte die Jüdin Ende der 1930er die Ausreise an und musste Bilder aus ihrer Sammlung verkaufen, um sich zu finanzieren. Freunde halfen ihr, ein Ausreisevisum zu bekom-

men, doch es war bereits zu spät – die Flucht scheiterte. Sie wurde 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert, wo sie zwei Jahre später starb. Dort schuf sie düstere Bilder („Höllenspukghetto“). „Schönheit malte sie nicht“, sagte Reber, „bei ihr schimmerte immer ein Seelenzustand durch.“

Letztlich scheint Seckbachs Werk im allgemeinen Rauschen des speziellen Schweigens versunken zu sein, das in Deutschland noch lange nach dem Krieg herrschte. Doch „man muss sich erinnern“, sagte Michael Breitbach. Immerhin: Das Jüdische Museum Frankfurt zeigte bis ins Frühjahr eine erfolgreiche Ausstellung über vier Frankfurter Künstlerinnen, die heute beinahe vergessen sind. Eine von ihnen: Amalie Seckbach.

Das Buch von Gabriele Reber mit dem Titel »Lasst meine Bilder nicht sterben. Amalie Seckbach: Bruchstücke einer Biographie« aus dem Jahr 2006 ist derzeit nur antiquarisch zu erwerben.

*Heiner Schultz;
Gießener Anzeiger 10. Juni 2023*

Busfahrten in die Freiheit

Offiziell gab es in der DDR keine politischen Häftlinge. Und dennoch nutzte das Regime den Handel mit von der BRD freigekauften Gefangenen, um Waren aus dem Westen und Devisen zu bekommen. Über dieses Ost-West-Gebahren zwischen Menschenhandel und humanitärer Aktion berichtete nun Jan Philipp Wölbern im Oberhessischen Geschichtsverein.

Es müssen unbeschreibliche Gefühle gewesen sein, die die Menschen in den deutsch-deutschen Bustransporten auf ihrer Fahrt vom Gefängnis in Chemnitz zum Aufnahmelager in Gießen durchlebt haben. Freigekauft vom Westen aus der DDR, wo es sie als politische Gefangene offiziell gar nicht gab, war für sie die Fahrt über den Grenzübergang Herleshäusen eine Fahrt in die Freiheit. „Ein einziger Aufschrei ging durch den Bus“, berichtet der eine. Ein

anderer erinnert sich an seine Gedanken: „Endlich raus, endlich frei, frei für immer“. Der Historiker Dr. Jan Philipp Wölbern hat die Geschichte der Häftlingsfreikäufe aus der DDR erforscht und berichtete nun darüber auf Einladung des Oberhessischen Geschichtsvereins. Passend dazu zeigte er das Foto, das der Gießener Fotograf Karlheinz Brunk 1977 am Grenzübergang Herleshäusen geschossen hatte. Es zeigt zwei der Busse beim Passieren der deutsch-deutschen Grenze.

3,5 Milliarden DM für 33.755 Häftlinge
Insgesamt wurden zwischen 1963 bis 1989, dem Jahr, in dem die Mauer fiel, von der Bundesrepublik mehr als 33.000 Häftlinge aus der DDR freigekauft. Die Bundesrepublik lieferte dafür Rohstoffe im Gesamtwert von 3,5 Milliarden D-Mark aus. Als „Kirchengeschäft B“ getarnt, wickelte das Diakonische Werk in Stuttgart den Warentransfer ab. Dass das in der DDR nicht publik werden sollte, liegt auf der Hand. Aber auch in der BRD umgab die Aktionen eine „Aura des Geheimnisvollen“, waren sie „Verschlussache“.

Offiziell galten die in der DDR rund 300.000 politisch Verfolgten – verfolgt wegen Kritik an der Staatsführung, Fluchtversuchen oder Spionageverdacht – als „kriminelle Verbrecher“. In der BRD fühlte man sich diesen Menschen gegenüber schon in den Anfängen der 1950er Jahre in der „Obhutspflicht“, nahm Kontakt mit DDR-Anwälten wie Wolfgang Vogel auf, um Menschen aus der DDR herauszuholen. Es entwickelte sich ein „institutionelles Modell“, wie der Referent betonte, weil man in der DDR die „Subversiven“ los werden wollte, später, als in den Sechzigerjahren die DDR-Wirtschaft zu schwächeln begann, Kredite bedienen musste. 1963 wurde der erste DDR-Häftling freigekauft, es folgten schon bald, auch vorangetrieben durch den gesamtdeutschen Minister Rainer Barzel, längere Namenslisten. Als sich ab 1964 die Kirchen einschalteten, lief alles im größeren

Stil ab. 800 Häftlinge konnten so 1964 in den Westen. DDR-Politiker wie Erich Honecker und Stasi-Chef Erich Mielke entschieden später, wer inhaftiert wurde, im Ministerium für Staatssicherheit wählte Heinz Volpert aus, wer in den Westen wechseln durfte. Verhandelt wurde mit der BRD – vertreten durch den Bundeskanzler und den gesamtdeutschen Minister – im kleinen Kreis unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Was noch bis 1973 eine „regelmäßige Ausnahme“ war (maximal 1.000 pro Jahr, und nur Häftlinge mit einem Strafmaß über fünf Jahren oder Jugendliche), nahm ab 1974 Fahrt auf. Bis 1989 gab es nie wieder weniger als 1.000 Freikäufe pro Jahr.

Doch, so sorgte der Referent für Ernüchterung bei seinen Zuhörern: Nicht alle Gefangenen kamen auch im Westen an. Ein erheblicher Teil wurde in die DDR entlassen, außerdem waren viele westliche Fluchthelfer darunter. Die Listen mit Gefangenen waren zudem schwer überprüfbar, 102 wurden nachweislich erfunden und eingerechnet. „16 Millionen D-Mark wurden so für eine geringe oder keine Gegenleistung erwirtschaftet“, berichtete Wölbern. Aber das Klima zwischen BRD und DDR verbesserte sich, nach oft monatelangen Verhandlungen einigten sich beide Seiten schließlich auf eine Pauschale von 95.800 DM pro Häftling und freie Ortswahl nach der Entlassung.

Auch unter Bundeskanzler Helmut Kohl wurde dies weiter praktiziert, aber in den 1980er Jahren auch zunehmend in Frage gestellt. Der Verdacht, dass die DDR gezielt Menschen verhaftete, die Ausreiseanträge gestellt hatten, um mit ihnen Geld zu machen, ist nicht von der Hand zu weisen. Mehr wird man dazu aber erst erforschen können, wenn die Akten dieser Zeit freigegeben sind.

In den insgesamt 26 Jahren des Häftlingsfreikaufs wurden 33.755 Inhaftierte freigekauft. Es gab in der DDR 17 Hoch-

sicherheitsgefängnisse, in denen diese Menschen untergebracht waren. Fast alle hatten das Gefängnis in Chemnitz – zynisch „Aktion Peppelanstalt“ genannt – als letzte Station, von wo aus sie die Reise nach Gießen antraten. Bis 1975 wurden die Freigekauften mit DDR-Bussen bis an die Grenze gebracht, stiegen dort in Busse aus Gießen um, wurden im hiesigen Aufnahmelager eingekleidet, bekamen Starthilfe, Pass und wurden befragt. Später wurden sogar Busse aus Gießen komplett für den Transport genutzt. Um das Unterfangen möglichst geheim zu halten, hatten diese Wechselnummernschilder.

Und die Gegenleistungen aus dem Westen? „Die kamen nicht wirklich der Bevölkerung in der DDR zugute, sondern leisteten einen Beitrag zum Aufrechterhalten des Systems“, bilanziert Wölbern.

Gratwanderung für beide Seiten

Bis heute sind die Wirkungen des Freikaufs umstritten, denn für beide Seiten stellte er eine Gratwanderung dar: Für den Westen, da er zwar unschuldig Inhaftierten zur Freiheit verhalf, die Gegenleistungen jedoch das SED-Regime stabilisierten. Noch größer waren die Widersprüche seitens der DDR: Einerseits wurden die Waren bzw. Devisen für Wirtschaft und Schuldendienst verwendet, doch demoralisierte der Freikauf die Mitarbeiter des Repressionsapparates, eröffnete Ausreisewilligen ein Schlupfloch in der Mauer und beschädigte das internationale Ansehen der DDR. Jan Philipp Wölbern bringt es auf den Punkt: „Die DDR handelte mit Menschen, die BRD mitmenschlich“. Eine Geschichte, die es auch beim geplanten Erinnerungsort Meisenbornweg im _ ehemaligen Gießener Notaufnahmelager – die Eröffnung ist für November 2024 geplant – zu thematisieren gilt.

Karola Schepp;

Gießener Allgemeine 28. Juni 2023

VII. Autorinnen und Autoren

Professor Dr. Gerhard Aumüller,
aumuelle@staff.uni-marburg.de

Frank-Tilo Becher,
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Dr. Steffen Boßhammer,
s.bosshammer@llg-giessen.de

Prof. Dr. Reinhard Damm,
rdamm@uni-bremen.de

Jürgen Dauernheim,
juergen.dauernheim@gmx.de

Dr. Eva-Marie Felschow,
Am Lotzengraben 21 A, 35584 Wetzlar-Naunheim, emfels118@gmail.com

Dr. Rolf Haaser,
rolf.haaser@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn,
Schulstraße 6, 35614 Aßlar-Berghausen, Hans-Werner.Hahn@t-online.de

Dr. Joachim Hendel,
Universitätsarchiv Gießen, joachim.hendel@admin.uni-giessen.de

Prof. Dr. Regina Kreide,
Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Karl-Glückner-Straße 21 E,
35394 Gießen, regina.kreide@sowi.uni-giessen.de

Prof. Dr. Athina Lexutt,
Universität Gießen, Institut für Evangelische Theologie, Karl-Glückner Straße 21 H,
35394 Gießen, Athina.Lexutt@evtheologie.uni-giessen.de

Dr. Christian Pöpkén,
Christian.Poepken@giessen.de

Dr. Axel G. Posluschny M.A. FSA Scot,
Forschungszentrum der Keltenwelt am Glauberg, Am Glauberg 1, 63695 Glauberg,
axel.posluschny@keltenwelt-glauberg.de

Dr. Werner Schmidt,
Bürgermeister-Jung-Weg 35, 35398 Gießen, za.w.schmidt@t-online.de

Prof. Dr. Ingfried Stahl,
Seestraße 7, 36304 Alsfeld, Ingfried.Stahl@web.de

Henriette Stuchtey M.A.,
denkmalschutz@giessen.de

Dr. Laura Soréna Tittel,
Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Karl-Glückner-Straße 21 E,
35394 Gießen

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 15,- € jährlich für Einzelmitglieder
20,- € für Familienmitgliedschaft

Konten: Sparkasse Gießen
IBAN DE23 5135 0025 0200 5085 12, BIC SKGIDE5F

Sparkasse Gießen (Freundeskreis Alter Friedhof)
IBAN DE86 5135 0025 0200 6039 90, BIC SKGIDE5F

Volksbank Gießen
IBAN DE55 5139 0000 0000 4577 01, BIC VBMHDE5F

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“. Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die Zustellung ist mit Portokosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und verbilligter Teilnahme an den Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen“ sind die Verfasserinnen und Verfasser verantwortlich. Uns zugesandte Manuskripte werden in folgender Form erbeten: Unformatierte Texte als Word-Datei auf CD abgespeichert oder als Anhang zu einer Email und einen Ausdruck. Sofern Abbildungen vorgesehen sind, bitte diese nummerieren und die entsprechende Stelle im Text markieren. Die Abbildungen möglichst gescannt (300 dpi) und auf CD.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Geschäftsstelle im Stadtarchiv
Postfach 11 08 20, 35353 Gießen
www.ohg-giessen.de

Besuchsadresse: Geschäftsstelle im Stadtarchiv
Berliner Platz 1, 35390 Gießen
Telefon: 0641/3061549, Fax: 0641/3061545
E-Mail: info@ohg-giessen.de



Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen
ISSN: 0342-1189
Online – URN: [urn:nbn:de:hebis:26-opus-124759](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hebis:26-opus-124759)

